Bismarck-Por...

Otto Bismarck (Fürst von), Heinrich ...


TAYLOR INSTITUTION
DOMI NUS ILLU MINA TIO MEA

Bismarck-Portefeuille.

Vierter Band.

Bismarck-Portefeuille.

Vierter Band.

Bismarck-Portefeuille.

Herausgegeben

von

Heinrich von Poschinger.

Vierter Band.



Stuttgart und Leipzig.
Deutsche Verlags-Anstalt.
1899.



Papier und Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart.

Inhaltsverzeichnis.

Neue Bismarck-Briefe.

Neue Bismarck-Briefe.

Es wäre eine dankenswerte Aufgabe, festzustellen, welchen Einfluß Bismarck auf die deutsche Litteratur ausgeübt hat. Einen Anlauf zu einer derartigen Untersuchung finde ich in einem in die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ Nr. 232 vom 23. August 1898 übergegangenen Artikel, welcher zunächst die Verdienste erwähnt, die sich Bismarck um die Säuberung des Aktenstils erworben hat, und sodann fortfährt: „Wenn es als das erste Kennzeichen eines großen Schriftstellers gilt, den menschlichen Geist bereichert, die Schätze unseres Geisteskapitals vermehrt zu haben, so hat Bismarck diese Voraussetzung zunächst erfüllt in seinen Staatsschriften, die sich heute noch zum großen Teile der Oeffentlichkeit entziehen. Nur mehrere Bände von Denkschriften und Abhandlungen politischen Charakters aus seiner Feder sind bisher der größeren Oeffentlichkeit zugänglich geworden. Aber schon hier zeigte sich der Reichtum und die Kraft des Bismarckschen Geistes ... Am eigenartigsten aber und wohl auch als Schriftsteller am größten zeigt sich Bismarck in seinen Briefen. Hier spielt sein Geist, seine reiche Phantasie, sein echt deutscher Humor in den buntesten Farben. Trotz einer etwas burschikosen Ader sieht er Menschen und Dinge mit der milden Ruhe eines Philosophen. Inhalt wie Stil dieser Briefe sind derartig, daß eine Sammlung derselben wohl später in keiner deutschen Familie fehlen wird.“

Von dem Gesichtspunkt geleitet, eine derartige Sammlung vorzubereiten, reihe ich eine neue Serie Bismarckscher Privatbriefe an. Einzelne davon sind mir von den Besitzern zur Veröffentlichung übergeben worden, die Mehrzahl ist allerdings bereits publizirt, teils in Zeitungen, teils in Büchern, jedoch so zerstreut, daß eine Sammlung den Bismarck-Forschern willkommen sein dürfte.[1])

[1]) Von der Aufnahme jener neuen Bismarck-Briefe wird Abstand genommen, welche man in Kohls Bismarck-Jahrbuch gesammelt findet, desgleichen jener, welche kürzlich (Dezemberheft 1898) die „Deutsche Revue“ zu publiziren in der Lage war (Briefe Bismarcks aus Frankfurt a. M. und Petersburg an den verstorbenen Unterstaatssekretär v. Gruner). Auch diejenigen Briefe Bismarcks, welche wir bisher erst aus der mangelhaften englischen Ausgabe von M. Buschs Werk: „Some secret pages of his history“ kennen, mußten ausgeschieden werden, da der Wortlaut nur durch Rückübersetzung aus dem Englischen hätte festgestellt werden können, also authentisch noch nicht feststeht.

I. Aus der Zeit vor Bismarcks Entlassung.[1])

An die Redaktion der „Kreuzzeitung".

Reinfeld bei Zuckers, den 5. Juli 1848.[2])

Sehr haben wir uns hier erfreut, die ersten Nummern der neuen Preußischen zu erhalten, und uns an den metallischen Körnern gefreut, die sie in den Brei und Schmutz der Tagespresse geworfen. Ein Vorwurf, den ich dem Blatte mache, und der seiner Verbreitung auf dem Lande hinderlich wird, ist, daß es zu wenig Annoncen giebt. In der ländlichen Einsamkeit ist es ein Bedürfnis, solche zu lesen; die Frauen besonders können nicht ohne sie existiren, und zuletzt beruht auch das selbständige Bestehn eines Blattes wesentlich mit auf den Insertionsgebühren. Neue Blätter pflegen sich sonst damit zu helfen, daß sie die Annoncen der bestehenden mit abdrucken und so vermöge des Scheins allmählich in die Wirklichkeit eines bedeutenden Intelligenzblattverkehrs treten, indem sich die Insertionen dahin wenden, wo sie dem Anschein nach Gefährten und Leser finden. Die Verlobungs-, Geburt-, Sterbe-Annoncen müßten meines Erachtens jedenfalls vollständig in Ihre Listen aus der Spener-Vossischen übergehn, wenn auch ohne die Phrasen. Sie glauben nicht, wie viele Frauen auch in dieser Zeit lediglich nach diesen Annoncen in die Zeitung sehn und, wenn sie sie nicht finden, ihrem Mann das Blatt verbieten. Eine auszugsweise Liste der angekommenen Fremden, am Schluß mehr Handels- und Börsenberichte, auch nach Art der Zeitungshalle eine Eisenbahntabelle, ist vielen Lesern ein Grund, ein Blatt zu halten. Klappern gehört zum Handwerk.

Sie haben noch keine Einzahlungen der Aktionäre gefordert? mir ist es, bei jetziger Geldklemme lieb, wenn meine Zeichnung einstweilen als eine subsidiäre, aber jedenfalls feststehende betrachtet wird, wogegen ich auf Zinsen rc. oder gar Dividende durchweg verzichte. — Die beifolgende Skizze über die pommerschen Wahlen bitte ich Sie, wenn sie Ihnen konvenirt, aufzunehmen, wenn nicht, so haben Sie wohl die Güte, sie in meinem Namen an Florencourt nach Halle zu schicken. Die Wahlumtriebe, zu denen ich noch mehr Belege als die angeführten namentlich machen könnte, müßten überhaupt mehr mit Namen und Thatsachen ans Licht gebracht werden. Sie sollten dazu auffordern. Verzeihen Sie nur die schlechte und confuse Schreiberei; ich bin jetzt augenblicklich so voll Korrespondenz, daß ich es nicht abschreiben kann, das nächste Mal soll es besser sein.

Der Ihrige

Bismarck.

---

[1]) Die sämtlichen folgenden Schreiben sind bei einer neuen Bearbeitung der Kohlschen Bismarck-Regesten zu berücksichtigen.

[2]) Die drei folgenden Briefe Bismarcks aus dem Jahre 1848 wurden von der „Kreuzzeitung" bei Durchsicht alter Papiere aufgefunden.

An den Chefredakteur der „Kreuzzeitung".

Reinfeld bei Zuckers, den 15. Juli 1848.

Ihren Brief, verehrtester Herr und Freund, habe ich erhalten und danke dafür; beifolgend eine ähnliche Notiz über die Wahlen bei Schönhausen. Noch in großer Eile einige Fragen, auf die ich keine Antwort erwarte: Könnte die Zeitung nicht den Bericht über die ständischen Sitzungen gleichzeitig mit der Neuen Berliner, also die Sitzung vom 11. am 12. bringen? Erlaubt der Raum nicht, die französischen und englischen Verhandlungen, zum Beispiel eine so wichtige wie das Verwerfen der neuen Parlamentsreform, ausführlicher zu geben? Verzeihen Sie die wohlgemeinte, aber vielleicht unrichtige Bemerkung.

Der Ihrige

Bismarck.

*

An den Assessor Wagener in Berlin, Dessauerstr. 5.

Schönhausen, den 25. August 1848.

Lieber Herr Wagener!

In jedem Blatt Ihrer Zeitung suche ich, sobald ich es entfalte, nach Artikeln, welche die Frage wegen der Grundsteuer und der Rentablösung behandeln, und jedesmal suche ich zu meinem Kummer vergebens. Dem größten Teil der Leser wird gewiß eine gründlichere Beleuchtung dieser Fragen, die bisher in der Zeitung kaum anders als obenhin berührt worden sind, wichtiger sein als die zerbrochenen Scheiben sämtlicher Ministerhotels oder alle mystères der roten Republik. Fehlt es Ihnen an Artikeln darüber? Ich würde sehr gern welche liefern, wenn Sie es wünschen, sehr gemäßigte; aber Sie haben deren noch einige von mir in Händen über dies Thema; streichen Sie alle Bitterkeiten daraus, wenn Sie wollen; finden Sie sie aber gar nicht geeignet, so schicken Sie sie mir zurück, damit ich sehe, was ich davon für die „Magdeburger Zeitung" gebrauchen kann. Es handelt sich in diesen Fragen nicht nur buchstäblich um die Existenz eines großen Teils der konservativen Partei, sondern darum, ob der König und die Regierung, am Scheidewege stehend, sich der Revolution in die Arme werfen, sie für permanent erklären und auf das soziale Gebiet übertragen wollen, oder ob sie den Weg Rechtens, so gut es sich thun läßt, gehn wollen; ob sie den Besitzenden den Krieg erklären oder nicht. Bitte schreiben Sie mir mit zwei Worten, ob oder warum nicht Sie auf dies Thema eingehn werden, und schicken Sie das, was Sie von meinen Aufsätzen nicht gebrauchen, zurück. Die Auseinandersetzung wegen der Taglöhner möchte ich à tout prix gedruckt haben, sei es in der Neuen Presse oder als bezahltes Inserat in einer anderen Zeitung. Meine Frau hat eine Tochter; beide sind leidlich wohl, aber ich kann sie noch nicht verlassen. Der Ihrige

Bismarck.

P. S. Gerlach sagte neulich sehr gut: es ist ein Kriterium des Adels, daß er dem Lande umsonst dient; um das zu können, muß er aber ein eignes Vermögen haben, von dem er leben kann, sonst geht die Sache absolut nicht. Daher müssen wir schon so materiell sein, unsere materiellen Interessen zu verteidigen.

*

An Herrn Hageborn in Hamburg.

Frankfurt a. M., den 7. Mai 1852.

Eure Wohlgeboren

ersuche ich ergebenst, mir von den letzten Regalia wiederum 500, sowie 1000 St. Rio Hondo (ich glaube 40 Th.) zu schicken. Bei dem Herzog von Augustenburg habe ich neulich eine sehr gute Traburillo, er sagte, wie mich dünkt, zu 70 Th., von Ihnen geraucht. Haben Sie davon noch, so bitte ich um eine Probe von 100 St.

Hochachtungsvoll

Eurer Wohlgeboren

ergebener

v. Bismarck.[1])

*

An den späteren Königlich preußischen Geheimen Kriegsrat Müller.[2])

Frankfurt a. M., den 11. April 1853.

Eurer Wohlgeboren dürfte bereits durch den Konrektor Lindstädt in Schönhausen bekannt geworden sein, daß demselben durch die beabsichtigte Anstellung

---

[1]) Der „Indépendence Belge" wurde von ihrem Berliner Korrespondenten geschrieben (cf. Nr. 231 vom 19. August 1898):

On voit, depuis quelques jours, apparaître de tous côtés: dans les hôtels, les restaurants, chez les marchands de vin et aux vitrines des magasins, des lettres que le prince de Bismarck a adressées à ceux qui les exhibent pour les remercier des cadeaux qu'ils lui avaient envoyés à l'occasion de son anniversaire.

Toutes ces lettres sont écrites, en caractères de grandes dimensions, par la main même du prince et il ne perdait pas de temps à manifester sa reconnaissance; car j'ai vu plusieurs de ces remerciements qui étaient datés du 4 et du 5 avril, de différentes années, alors que la naissance du prince datait du 1er du même mois.

Les possesseurs de ces écrits les ont fait soigneusement encadrer et sont fiers de pouvoir les montrer à leurs clients ou aux passants. Der obenstehende Brief ist einer dieser Art.

[2]) Ueber das Verhältnis Bismarcks zu Müller wurde dem „Kleinen Journal" (Nr. 221 vom 13. 8. 98) von seinem Dresdener Korrespondenten geschrieben: Auf dem Weißen Hirsch bei Dresden, dem sich an Oberloschwitz anschließenden bekannten Luftkurort, hat ein Jugendbekannter des Fürsten Bismarck, von dem ich hier berichten will, der im 89. Lebensjahr stehende Königlich preußische Geheime Kriegsrat a. D. Müller, sein schlichtes, gemütliches Villenheim. Dort lebt er seit zweiundzwanzig Jahren in still-behaglichem Ruhestande, den er sich durch eine beinahe halbhundertjährige verdienstvolle amtliche Wirksamkeit erarbeitete. Hier,

eines zweiten Lehrers daselbst eine bedeutende Verkürzung seines Einkommens droht. Auf seinen Wunsch habe ich mich bei Sr. Excellenz dem Herrn Minister der geistlichen Angelegenheiten für ihn verwandt, und da ich nicht zweifeln darf, daß auch Eure Wohlgeboren geneigt sein werden, für Ihren früheren Lehrer dort geeignete Schritte zu thun, so würde ich Ihnen zu besonderem Danke verpflichtet sein, wenn Sie durch Ihre persönlichen Bekanntschaften im geistlichen Ministerium dahin wirkten, daß demselben eine möglichst günstige Entscheidung in jener Angelegenheit zu teil wird.

Zugleich ergreife ich diesen Anlaß zur Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung, mit welcher ich die Ehre habe zu sein Eurer Wohlgeboren

ergebener

v. Bismarck.

*

in diesem echt stillzufriedenes Glück ausatmenden Heim, besuchte ich dieser Tage den rüstigen Greis, und hier erzählte mir der liebenswürdige Alte von seinen langjährigen Beziehungen zu Bismarck und von seiner eigenen, nicht minder interessanten und höchst merkwürdigen Lebenslaufbahn. „Ich habe den Fürsten Bismarck noch gekannt, da er etwa als achtjähriger Knabe in kurzer Jacke in Schönhausen einherging. Ich selbst war eines Schönhausener Kossäten Sohn und besuchte die Dorfschule, wo ich so gute Fortschritte machte, daß der Lehrer, Konrektor Lindstädt, mich als den Ersten in der Klasse zu seiner Hilfe beim Unterricht heranzog, so daß ich die Mitschüler insbesondere im Schreiben unterrichten mußte. Da meinten denn oftmals die anderen Bauern zu meinem Vater, der außer mir noch sechs Kinder besaß und außerdem gar viel unter dem Druck der Kriegszeiten und deren Nachwehen zu leiden gehabt hatte, es wäre doch schade, wenn ich, der ich eine so gute Hand schrieb und auch sonst begabt war und leicht lernte, als Knecht in Dienste gehen müßte. Nun, daß mein Vater mich hätte etwas Besonderes lernen lassen können, daran war nicht zu denken! Aber er wandte sich um Rat an den Gutsherrn, und so kam ich mit vierzehn Jahren nach Genthin, wo ich als Schreiber in der Bürgermeisterei angestellt wurde und Zeit fand, nebenbei tüchtig zu lernen. Ich besuchte die Bürgerschule und brachte mich selbst im Französischen vorwärts. Dann aber ging ich mit siebzehn Jahren als Soldat nach Berlin, nicht aber vornehmlich aus Liebe zum Militärstande, sondern um dadurch Gelegenheit zu haben, die Brigadeschule besuchen zu können, die ich nun innerhalb zweier Jahre bis zur ersten Klasse durchmachte. Und als ich 22 Jahre alt war, kam ich auf besondere Empfehlung des Generals v. Witzleben ins Kabinet des Königs Friedrich Wilhelm III. als Hilfsarbeiter, doch berief mich der General, als er zum Kriegsminister ernannt wurde, in das Kriegsministerium, wo ich nunmehr nach der Reihe allen Kriegsministern bis zum Kriegsminister v. Kamecke diente und im Jahre 1876 meinen Abschied nahm.“ Hatte nun auch Geheimrat Müller in seiner langjährigen Dienstzeit mit Bismarck niemals eigentlich dienstlich direkt zu thun, so fanden sich doch zahlreiche Gelegenheiten, die Schönhausener Bekanntschaft zwischen beiden immer wieder zu erneuern, insbesondere als Fürst Bismarck noch Deichhauptmann von Schönhausen war, zu welcher Zeit derselbe gern und oft die Vermittlung des Schönhausener Kindes in Anspruch nahm. Wenn zum Beispiel die Schönhausener Bauern mit ihrem Prediger nicht einig waren, sie ihm die Abgaben verweigerten und Bismarck den Streit schlichten sollte, wandte sich dieser an Müller, daß er seine Diplomatenkünste bei den Schönhausener Bauern, bei denen er ja viel gelte, versuchen möge. Und Müller, der allerdings bei den Schönhausener Bauern viel galt, weil er der einzige war, der von ihnen heraus etwas Großes geworden, wußte denn auch bald in

An den hannoverschen Minister von Schele.

Frankfurt a. M., den 27. April 1853.

Verehrtester Freund und Gönner!

Von Ihrem Sinn für Kollegialität darf ich erwarten, daß Ihre Teilnahme an den Leiden und Freuden des Militärausschusses nicht ganz erstorben sein und der Hilferuf eines Mitgliedes desselben bei Ihnen ein geneigtes Ohr finden wird.

Die peinliche Aufgabe der Beseitigung der Marinetrümmer ist fast vollendet, da fällt es einem demokratischen Apotheker in Bremerhaven ein, wegen einer Nachforderung für Abnutzung aus einem Mietverhältnis einen Teil des zu verkaufenden Bundeseigentums mit Arrest belegen zu lassen. Das Bremer Gericht zeigt sich willig und der Mann findet mehr als einen Nachfolger; ohne vorgängige Benachrichtigung des Bundes-Kommissars werden für 20- bis 30000 Thaler Gegenstände beschlagen und die Polizeidragoner weisen ihm die Thür, als er zur angekündigten Versteigerung schreiten will. Wenn das so weiter geht, so werden unsere Geschütze auf den Mainzer Wällen noch wegen vermeintlicher Forderungen an den Bund mit Arrest belegt, und die Regierungen, die jedenfalls ebensoviel Recht gegen den Bund haben als ihre Unterthanen, werden klüger thun, anstatt ihre Ansprüche zu liquidiren, die Forderungen des Bundes an sie selbst, d. h. ihre Beiträge zu Umlagen, mit Arrest zu belegen. Ich begreife den alten Smidt nicht; der Bremer Senat hat sein Gerichtsamt gegen

---

gewünschter Weise den Frieden herzustellen, was in späteren Jahren, als aus dem Deichhauptmann der Weltenlenker geworden war, zu der scherzhaften Bemerkung Müllers gegenüber Bismarck Anlaß gab, daß dieser wohl in der weiten Welt mehr als er zu sagen habe, er aber, Müller, in Schönhausen doch mehr als Bismarck gelte, was er ihm schriftlich zugestanden habe. Ein andermal wieder, als zwischen Fischbeck und Schönhausen durch eine große Ueberschwemmung ein Deichbruch herbeigeführt worden war und es nun galt, einen neuen Deich herzustellen, wandte sich Bismarck an seinen Jugendbekannten, daß er ihm das wissenschaftliche Material für die Vorarbeiten beschaffe, und im Schönhausener Gutsarchive muß heute noch die eingehende Arbeit aufbewahrt sein, die Müller damals lieferte. Fürst Bismarck hat seinem Schönhausener Jugendbekannten niemals diese bereitwilligen Unterstützungen seiner Thätigkeit vergessen, und wo er jemals dem Kriegsrat Müller begegnete, ehrte er ihn in auszeichnender Weise; so weiß zum Beispiel der alte Herr zu berichten, wie er, der in der Begleitung des Kriegsministers Grafen Roon die Kriege von 1864 und 1866 mitmachte, einst von Bismarck in Böhmen bemerkt wurde, als Müller eben in einen Wagen gestiegen war und fortfahren wollte. Da winkte Bismarck dem Kutscher Halt zu, begrüßte den Kriegsrat, bedauerte, ihn so lange nicht gesehen zu haben, schalt ihn in freundlicher Weise, daß er ihn, Bismarck, nicht in Berlin besuche, und nahm ihm das Versprechen ab, daß es nach der Rückkehr in die Heimat geschehe. So blickt der greise Kriegsrat auf eine erinnerungsreiche Dienstzeit zurück. Er hat das Rad der Weltgeschichte, wenn auch in bescheidenem Maße, mit drehen helfen, und diesem Schatze der Erinnerungen, die aus seiner arbeitsreichen Dienstzeit flossen, lebt er nun in behaglicher Zurückgezogenheit. Und die schönsten sind gewiß jene Erinnerungen, die sich an den heimgegangenen Meister der Politik knüpfen, der auch auf der Höhe seiner Triumphe den schlichten Bauernsohn aus Schönhausen nicht vergaß. Müller ist vor kurzem gestorben.

Reklamation des Bundes-Kommissars in Schutz genommen, während ihm doch klar sein muß, daß, so lange es kein kompetentes Gericht giebt, vor welchem der Bund verklagt werden kann, auch keines kompetent ist, sein Eigentum mit Arrest zu belegen. Dabei hat der Vorgang, nach den hierher berichteten Einzelheiten, vielmehr die Färbung eines Versuchs, sein Mütchen am Bunde zu kühlen und ihn zu Nutzen der Demokratie herabzusetzen, als sich vor Geldverlust zu wahren. Der Militärausschuß hat vorläufig den Senat in Bremen aufgefordert, für Aufhebung des Arrestes Sorge zu tragen und ihn für die aus der Anlage desselben dem Bunde erwachsenden Nachteile verantwortlich gemacht. Weigert sich Senatus, darauf einzugehen, so bleibt dem Bunde nur ein exekutivisches Einschreiten übrig, wenn er nicht die Rolle einer von den Spatzen verunreinigten Vogelscheuche spielen will. Meine Bitte und gleichzeitig die der Herren von Prokesch und von Nostiz geht nun dahin, daß Sie die Güte hätten, Ihren freundnachbarlichen Einfluß bei dem Senat aufzubieten, um ihn zur Raison zu bringen und weiteren Kollisionen vorzubeugen, und wir haben das Vertrauen, daß Sie gern bereit sein werden, uns diese Erleichterung einer ohnehin peinlichen Aufgabe, diese Vermeidung eines skandalösen Konflikts durch Ihren Beistand zu ermöglichen. — Im übrigen ist von hier nicht viel zu melden. Bothmer verlieren wir ungern, er ist ein gründlicher Arbeiter und ein grader, glaubwürdiger Charakter. In Lorsbach habe ich mich im Bergsteigen nach Schnepfen in diesem Jahre geübt; indessen hatte dieses angenehme Geflügel im heurigen Frühjahr nicht nur Oculi ganz verstreichen lassen, sondern auch diese Versäumnis durch eine sehr beschleunigte Durchreise wieder einzubringen gesucht. Ich habe eigenhändig nur Eine geschossen. Meine Frau empfiehlt sich Ihrer freundlichen Erinnerung und ich verbleibe in aufrichtiger Verehrung und Ergebenheit stets der Ihrige.

v. Bismarck.

P. S. Wenn Ihre Zeit Ihnen eine kurze Benachrichtigung über den Verfolg und Ihre Auffassung der obigen Sache gestattet, so würde ich es dankbar erkennen.

*

An den Bürgerverein zu Ziesar, Kreis Jerichow.[1])

Berlin, den 4. Oktober 1862.

Den verehrten Vorstand ersuche ich ergebenst, dem dortigen Bürgerverein für die, in der überreichten Adresse, mir kundgegebene Gesinnung meinen verbindlichsten Dank auszusprechen. Es hat mir eine besondere Freude gewähren

[1]) Bei der Nachricht von Bismarcks Ernennung zum Minister ging lauter Jubel durch die Herzen jener Patrioten, denen es bereits vergönnt war, Bismarck zu kennen. Das zeigte sich auch in einer Versammlung monarchisch gesinnter königstreuer Männer in der kleinen Provinzialstadt Ziesar. Nach verschiedenen Reden wurde einstimmig beschlossen, an Bismarck eine Adresse zu richten und dieselbe durch eine Deputation von drei Mitgliedern

müssen, aus einer meiner Heimat benachbarten Stadt eine solche vertrauensvolle Begrüßung zu empfangen und ich werde auch nicht unterlassen, die Adresse als ein patriotisches Zeugnis zu Allerhöchster Kenntnis Sr. Majestät des Königs zu bringen.

Der Staatsminister:
v. Bismarck.

*

An Herrn Dr. Samwer.[1])

Berlin, den 17. Januar 1864.

Ew. Hochwohlgeboren haben an das Königliche Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten das anliegende Schreiben d. d. Kiel, den 6. d. M. gerichtet. Das Königliche Ministerium ist in der dermaligen Sachlage nicht im stande, eine amtliche Mitteilung, welche Ew. Hochwohlgeboren demselben auf Befehl „Sr. Hoheit des Herzogs von Schleswig-Holstein" zugehen lassen, amtlich entgegen zu nehmen. Ich beehre mich daher, Ew. Hochwohlgeboren das erwähnte Schreiben hierbei wieder zuzustellen.

Genehmigen Ew. Hochwohlgeboren die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

v. Bismarck.

*

An den Freiherrn Anton v. Gablenz.[2])

Varzin, den 10. August 1869.

Eurer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für die beiden heute und gestern erhaltenen Schreiben, und würde ich das erste von beiden mit gestriger Post schon beantwortet haben, wenn ich nicht das Bedürfnis gehabt hätte, die

---

des patriotischen Vereins zu überreichen. Die Deputation wurde freundlich empfangen und die Adresse mit schönem Danke angenommen. Bereits am 5. Oktober brachte die „Kreuzzeitung" in Nr. 233 folgende Notiz, die von B. selbst der Zeitung zugegangen war:

„Der Bürgerverein zu Ziesar, Kreis Jerichow, hat an den Vorsitzenden des Staatsministeriums, Hrn. v. Bismarck, eine Adresse gerichtet, in welcher derselbe seine Freude darüber ausdrückt, daß Se. Majestät einen echten Jerichowschen Mann an die Spitze des Ministeriums berufen habe, und die Hoffnung ausspricht, es werde nun Preußen seine hohe Mission erfüllen, das rechte deutsche Königtum, ein freies Volk unter einem freien Könige, der Demokratie, dem falschen Konstitutionalismus abzuringen, indem es Sr. Excellenz, fest auf dem Boden der Verfassung stehend, gelingen werde, diese Aufgabe zu lösen."

Daß dem Minister durch die Adresse eine Freude bereitet wurde, geht aus dem obenstehenden Dankschreiben hervor.

[1]) Zuerst veröffentlicht in dem Werke Samwers „Schleswig-Holsteins Befreiung" S. 701.

[2]) Freiherr v. Gablenz hatte, wie aus den Geschichtswerken bekannt ist, im Jahre 1866 erfolglos eine Vermittlung zwischen Preußen und Oesterreich angestrebt. Im Jahre 1869 brachte die „Sächsische Zeitung" eine auf die gepflogenen Verhandlungen bezügliche Nachricht. Gablenz verfaßte folgende, allerdings sehr „diplomatische" Berichtigung:

Tonart der zu widerlegenden Erfindungen zu kennen. Nach Eingang Ihres Schreibens vom 8. habe ich sofort nach Berlin an Thile telegraphirt, mit der Bitte, Ihnen mein volles Einverständnis mit der beabsichtigten Form der Widerlegung auszusprechen. Meines Wissens und meiner Ueberzeugung nach sind damals gar keine Schreiben zwischen beiden Monarchen gewechselt worden, und wenn die letzten Bestrebungen des Königs zur Erhaltung des Friedens in der ganzen Welt bekannt würden, so glaube ich, daß das Sr. Majestät nur zum Ruhm gereichen und auch nicht einmal in Frankreich Verstimmung wecken könnte. Nicht ganz so wird es mit den letzten von Wien aus in Paris gemachten Versuchen liegen.

Mit ausgezeichneter Hochachtung bin ich

Eurer Hochwohlgeboren

ergebenster

v. Bismarck.

*

An den General Frhrn. von Manteuffel.

Berlin, den 9. Juni 1866.

(Rückübersetzung ins Deutsche aus dem Englischen. [1])

Excellenz!

Bekannt mit der jüngst bei Gelegenheit der letzten vertraulichen österreichischen Friedensverhandlungen (die durch den Bruder des Generals v. Gablenz geführt wurden) von Ihnen mir gegenüber geäußerten Ueberzeugung, dahin gehend, daß wir aus allen politischen, militärischen und finanziellen Gründen sofort die Entscheidung des Krieges annehmen müßten, wo immer sie sich bietet, fühlte ich mich sicher, daß mein Telegramm mit dem Umriß Ihrer Weisungen Sie bestimmen würde, in dem obigen Sinne zu handeln, und ich sah daher im Laufe des gestrigen Tages wichtigen Nachrichten entgegen. Die Kunde von dem beiderseitig freundschaftlichen Tone der Musikanten in dem militärischen

---

„Die ‚Sächsische Zeitung‘ behauptet in einer ihrer letzten Nummern mit gesperrten Lettern, daß im Anfang des Juni 1866 zwischen den Monarchen Preußens und Oesterreichs eine politische Korrespondenz, deren wesentlicher Inhalt ebendaselbst wörtlich angeführt ist, stattgefunden, sowie daß ich die Ehre gehabt hätte, diesen Briefwechsel der beiden Herrscher zu vermitteln. Diesen angeblichen ‚Thatsachen‘ gegenüber, welche es — der ‚Sächsischen Zeitung‘ zufolge — unmöglich sein soll zu dementiren, erkläre ich hiermit öffentlich, daß ich weder zu der angegebenen noch zu einer anderen Zeit einen Brief Seiner Majestät des Königs Wilhelm an den Kaiser von Oesterreich zur Beförderung erhalten habe, und daß ich ebensowenig in der Lage gewesen bin, ein Schreiben Seiner Majestät des Kaisers Franz Joseph dem König von Preußen zu überbringen.“ —

Diese „Berichtigung“ legte Gablenz Bismarck brieflich vor, der damals in Varzin weilte. Bismarck antwortete in dem oben mitgeteilten Briefe, der einschließlich der Aufschrift auf dem Briefumschlag in den bekannten großen Schriftzügen von seiner Hand geschrieben ist.

[1]) Der Brief erschien am 24. Oktober 1898 zum erstenmal in der „Times“.

chassez croisez ist aber nicht im entferntesten zu dem Geiste gestimmt, in welchem wir hier die Nachricht vom ersten Kanonenschuß erwarteten. Sie sagen, die Besetzung würde als ein Akt der Gewaltthat die Gemüter des Volkes verwirren, und ich erwidere Ihnen mit Devereux: „Freund, jetzt ist der Augenblick, Lärm zu schlagen.“ Thun wir es nicht, dann stürzen Sie nicht nur den ganzen europäischen Plan aus militärischer Höflichkeit gegen Gablenz um, sondern Sie werden auch in der Armee, die Württemberger ausgenommen, keine Seele finden, die für Ihre Haltung Verständnis hat. Jede drei Tage kosten uns zwei Millionen, und wir halten das nicht lange aus, da wir nicht wie Oesterreich auf Kosten unserer Gläubiger leben. Jede drei Tage bedeuten 5000 Mann Bundestruppen für die Oesterreicher. Der Wind ist heute günstig für uns in ganz Europa. Jedermann erwartet von uns, daß wir handeln, hält es für natürlich, daß wir handeln. In acht Tagen ist das möglicherweise nicht mehr der Fall. Vor drei Tagen haben wir die Einlage den befreundeten Höfen mitgeteilt, und gegenwärtig interpellirt man uns von diesen Seiten bezüglich unseres Höflichkeitsfeldzuges in Holstein. In Anbetracht all dieser Umstände hatte ich gehofft, Sie würden sogar ein wenig „York“ dort gespielt haben. Jetzt aber haben Sie des Königs bestimmte Befehle zum Handeln, und falls Sie dieselben nicht so schleunig ausführen, als die Anforderungen unserer allgemeinen Politik es erheischen, werden Sie nach meiner Meinung Preußen ernsten Schaden anthun. Wenn wir wieder in den Sumpf der halben Maßregeln und des Kondominiums zurücksinken, wird es uns schwer halten, im rechten Augenblick einen so günstigen casus belli zu finden wie den heutigen. Falls die Möglichkeit eines ehrenvollen Friedens dadurch zu fördern wäre, würde ich mich von Herzen freuen. Allein alle Hoffnung darauf ist geschwunden, und die Leute in Wien treiben nur ihr Spiel mit uns, bis sie und ihre Verbündeten bereit sind, um dann entweder selbst loszuschlagen oder uns als die Anstifter hinzustellen, sobald der heute in London, Paris und Petersburg durch ihren Wortbruch verursachte Eindruck verwischt ist. Einzelne Aeußerungen von Gablenz' Bruder bringen mich fast zu der Befürchtung, daß die Herausforderungsmaßregel oder Einberufung des Bundestages vor Montag wieder zurückgezogen wird, und damit verlieren wir den schlagendsten Beweis dafür, daß wir berechtigt sind, zur That zu schreiten. Entweder der Vertrag von Gastein ist verletzt oder er ist es nicht. Wenn nicht, haben wir kein Recht, in Holstein einzumarschiren. Wenn er aber verletzt ist, so haben wir auch das Recht, weiter zu gehen. Jedermann glaubt heute das letztere, bei uns wie im Auslande und in Wien. Warten wir, so erhält die österreichische Lügenpresse wieder die Oberhand. Ich habe soeben zuverlässige Nachrichten aus Süddeutschland erhalten des Inhaltes, daß Oesterreich noch nicht mit seinen eigenen Rüstungen fertig sei und daß deshalb von Wien an Gablenz Befehle ergangen sind, zu temporisiren und sich freundlich zu zeigen. Daraufhin werde ich Seiner

Majestät raten, daß, abgesehen von der Besetzung von Holstein, die Sie sicher ausgeführt haben werden, ehe dieser Brief Sie erreicht, sobald der Bundestag sich am Montag versammelt, wir alsbald an Gablenz die Aufforderung zum Abzug richten. Falls der Bundestag sich entschließt, den Augustenburg zu proklamiren, wird es Ihre Sache sein, das, im Notfalle mit Gewalt, zu verhindern. Andernfalls verfehlen Sie, des Königs gutes Recht aufrecht zu erhalten. Ich hoffe indessen für Sie vor Montag Abend, falls Sie es wünschen, den bestimmten Befehl zu erlangen, die Räumung Holsteins durch die Oesterreicher zu erzwingen. Ich muß schließen. Entschuldigen Sie den hastigen Stil meines Briefes, allein Ihr Telegramm hat mir heute morgen die Nerven erschüttert, und jetzt tritt die Reaktion ein. Ich lege Ihnen ein, was am 5. an Goltz geschrieben wurde. Er hat immer in diesem Sinne mit dem Kaiser Napoleon gesprochen.

In großer Eile, aber in alter Freundschaft

Ihr v. Bismarck.

Ich that's mit Widerstreben,
Da es in meine Wahl noch war gegeben:
Notwendigkeit ist da, der Zweifel flieht,
Jetzt fecht' ich für mein Haupt und für mein Leben.
(Wallensteins Tod. 3. Aufzug, 10. Auftritt.)

*

An den Bürgermeister und Lieutenant Reimann in Bütow.

Varzin, den 4. August 1869.

Eurer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für Ihre freundliche Zusendung (scil. seltener Fische), welche mir beweist, daß Ihre Fürsorge den Ehrenbürgern der Stadt in gleichem Maße zugewendet ist wie der ortsanwesenden Gemeinde.

Mit der Bitte, mich den Herren zu empfehlen, welche mich im vorigen Jahre hier mit einem Besuche beehrten, bin ich Eurer Hochwohlgeboren

ergebenster

v. Bismarck.

*

An Herrn F. W. Schannebein in Schönefeld [1]).

Berlin, Mitte Juni 1871.

Eurer Wohlgeboren Telegramm vom 15. d. Mts., in welchem Sie auf Grund Ihrer meteorologischen Beobachtungen für den Einzug (scil. der aus Frankreich zurückkehrende Truppen) das schönste Wetter in Aussicht gestellt haben,

---

[1]) Dem im Verlage von E. Herfurth, Leipzig, erschienenen Werke von Johs. Penzler: „Fürst Bismarck und Leipzig“ entnommen.

habe ich zur Kenntnis des Kaisers gebracht, und hat Allerhöchstderselbe mir befohlen, Ihnen für diese Mitteilungen mit dem Hinzufügen zu danken, daß Ihre Voraussetzung vollkommen eingetroffen sei. Indem ich mich des Allerhöchsten Auftrages entledige, nehme ich auch meinerseits gern Veranlassung, Ihnen für die mir erwiesene Aufmerksamkeit meinen verbindlichsten Dank zu sagen.

v. Bismarck.

*

An den bayerischen Minister des Aeußern und des Königlichen Hauses v. Pfretzschner in München.[1])

(?) 1873.

Ueber den strategischen Wert von Ingolstadt maße ich mir kein Urteil an. Aber darüber bin ich mir vollkommen klar, daß ein reichstreues bayerisches Ministerium für mich mehr wiegt als so etliche Millionen Thaler. Ich werde mich bemühen, daß Sie die vier Millionen erhalten.

*

---

[1]) Die oben auszugsweise mitgeteilte Antwort Bismarcks an Pfretzschner wurde durch die „Münchner Allgem. Ztg." bekannt, welcher ein angesehener bayerischer General geschrieben hatte: In den Jahren 1872 bis 1873 beriet die Landesverteidigungskommission, an deren Spitze der deutsche Kronprinz stand, deren Mitglieder Graf Moltke, der Chef der Artillerie, der Chef des Ingenieurcorps und andere höhere Generale waren, über die Verstärkung der bestehenden Festungen, die Auflassung einzelner, das Fortbestehen anderer und ermittelte einen Bedarf von 68 Millionen Thalern aus der französischen Kriegsentschädigung, außer 28 Millionen Thalern, die für die elsaß-lothringer Festungen benötigt waren. Bayern sollte dabei ganz leer ausgehen. Für Ingolstadt, dem die Kommission keinen Wert beilegte, ebenso für Germersheim war nichts ausgeworfen. Kriegsminister v. Pranckh besprach sich mit mir und dem Ingenieur-Referenten, Oberstlieutenant Gläser. Das bayerische Kriegsministerium wurde in Berlin vorstellig, aber die Antwort lautete ablehnend, da die Gelder überhaupt nur für Festungen nahe der Grenze verlangt würden. Nun erwiderten wir, daß für Spandau 4 Millionen Thaler angesetzt wären. Ja, hieß es zurück, das sei etwas anderes: in Spandau würden alle militärtechnischen Etablissements vereinigt. Das wollen wir in Ingolstadt auch, antworteten wir. Doch unsere Bemühungen waren umsonst. Man setzte nichts für Ingolstadt aus; die Landesverteidigungskommission blieb taub für die Wünsche des bayerischen Kriegsministeriums. — Nun wendete sich der Kriegsminister an den Minister des Aeußern v. Pfretzschner. Dieser schrieb an Bismarck, ihm auseinandersetzend, daß das bayerische Ministerium gegenüber der Kammer der Abgeordneten dem Reiche gegenüber einen noch weiter erschwerten Stand haben würde, wenn aus der französischen Kriegsentschädigung eine so kolossale Summe vorweggenommen werden und Bayern für seine Festungen, namentlich seine Hauptlandesfestung Ingolstadt gar nichts erhalten würde. Die Antwort Bismarcks an Pfretzschner ließ nicht lange auf sich warten. Sie ist, wie oben mitgeteilt, wörtlich in meinem Gedächtnisse haften geblieben. Und richtig: Bismarck setzte es trotz allen Widerspruchs durch, daß dem Reichstag ein Antrag statt auf 68 auf 72 Millionen Thaler, darunter 4 Millionen für Ingolstadt, vorgelegt wurde, und Bayern erhielt dann auch 4 Millionen, womit dasselbe Ingolstadt zu einer Festung ersten Ranges umgestalten konnte.

An den Grafen Andrassy.[1])

September (?) 1879.

Ich freue mich, aus Ihrem Schreiben zu ersehen, daß unser Herr (der Kaiser Franz Joseph ist gemeint) den einen Fuß im Bügel hat, und verzweifle nicht, daß es unserer gemeinsamen Arbeit gelingen wird, ihn vollständig sattelfest zu machen. Leider liegt es in der Natur der Dinge, daß meine Aufgabe so schnell nicht lösbar ist wie die Ihrige. Der mündliche Vortrag hat nicht nur den Vorzug der Geschwindigkeit, sondern auch der Beschränkung auf die Beantwortung der Fragen, die Allerhöchsten Orts wirklich aufgeworfen werden. In der schriftlichen Darlegung aber muß ich alle die Mißverständnisse vorbeugend besprechen, von denen ich befürchten kann, daß sie möglich sind. Ich bin in die Lage gekommen, daß ich meinem Sohne, der mit Ihrer freundlichen Erlaubnis dieses schreibt, genau 60 Bogenseiten diktiren und den Inhalt durch telegraphische und gesonderte Zusätze dennoch ausführlich motiviren zu müssen (mußte). Demungeachtet ist es mir trotz aller Sorgfalt nicht geglückt, das Mißverständnis damit vollständig zu verhüten, als ob in unseren friedlichen Plänen ein Hintergedanke aggressiver Handlung stecken müsse. Dieser Gedanke ist einem mehr als achtzigjährigen Herrn ein unsympathischer, aber ich darf hoffen, daß eine Beseitigung möglich sein wird, wenn es mich auch ein ziemlich umfängliches Postskriptum zu jenen 60 Seiten kosten wird. Weniger Feld für meine Thätigkeit bietet mir die im Temperament meines Herrn liegende Abneigung gegen ein rasches Eingehen auf neue Situationen. Für Allerhöchstdenselben ist das jüngste Verhalten des Kaisers Alexander die erste, mehr blitzartige Beleuchtung einer Situation, die ich in den letzten Jahren schon öfter mir zu vergegenwärtigen genötigt war. Es wird Seiner Majestät außerordentlich schwer, zwischen den beiden Monarchien optiren zu sollen, und deshalb wird Allerhöchstderselbe sich der Ueberzeugung, daß der Moment dazu gekommen sei, möglichst lange verschließen. Die Gewohnheit hat in unserem Königshause eine gewaltige Kraft, der Trieb zum Beharren wächst mit dem Alter und wehrt sich gegen das Erkennen unbestrittenen Wechsels der Außenwelt.

*

[1]) Der obenstehende Privatbrief wurde von M. Busch gleich nach Bismarcks Ableben zuerst in der „Times" veröffentlicht und ging demnächst in dessen Buch: „Bismarck und sein Werk. Beiträge zur inneren Geschichte der letzten Jahre bis 1896 nach Tagebuchblättern" über. Ort der Abfassung und Datum sind nicht bekannt geworden. Der Brief fällt in die Zeit, da das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich abgeschlossen wurde (zwischen dem 22. und 24. September 1879). Die Genehmigung des Kaisers Wilhelm I. zu diesem Bündnisse zu erlangen, machte bekanntlich große Schwierigkeiten, zu deren Begleichung der Kronprinz und Graf Stolberg nach Baden-Baden in das Kaiserliche Hoflager geschickt wurden. Die Unterzeichnung des Bündnisvertrages erfolgte erst am 7. Oktober 1879.

An Herrn Dr. Lüdicke in Halle a. S.

Berlin, den 12. April 1881.

Eure Wohlgeboren und die übrigen Herren Mitglieder Ihres Vereins haben mich durch Ihre guten Wünsche zu meinem Geburtstage sehr erfreut. Ich bitte Sie, dafür und für die wohlwollenden Gesinnungen, welchen das mir übersandte Lied [1]) Ausdruck giebt, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

*

---

[1]) Auf das Konkurrenz-Ausschreiben, betreffend „Kernlied auf den Fürsten Bismarck“ war eine Anzahl Gedichte eingesandt worden. — Den Anforderungen hatte nach unparteilichem Urteil folgendes entsprochen:

Motto: 'ne eiserne Hand, ein grader Sinn,
Die führen zur höchsten Höhe dich hin.

Das Lied vom eisernen Fürsten.

Als Gott das Eisen wachsen ließ, zum Schrecken aller Knechte,
Da dacht' er das und dachte dies und fand, wie stets, das Rechte:
Er schuf von Eisen einen Mann
Und nannte ihn Fürst Bismarck dann; —
Der schmiedet 's Reich zusammen.

Er ward ein großer Diplomat, verstand sich wohl aufs Wetter,
Er ward ein Mann der kühnen That, des Vaterlandes Retter.
Und wenn ein Sturmwind brach herein,
So brockt er heiße Suppen ein, —
Die Feinde mußten's essen.

Bei Königsgrätz, da beugte er Haus Habsburgs stolzen Nacken,
Im Mainfeldzug, da säubert' er Germanias Gold von Schlacken,
Dann rupfte er den welschen Hahn,
Und alle es mit Staunen sah'n: —
Das deutsche Reich war fertig.

Er will das Volk auch geistig frei, die inn're Wohlfahrt mehren,
Wehrt ab drum röm'sche Heuchelei, hält Wahrheit hoch in Ehren.
So waltet er im Vaterland,
Schafft unser Glück mit fester Hand, —
Ein starker Hort des Friedens.

Was dieser Kopf für uns erdacht, das woll' uns Gott erhalten;
Er möge stärken Deutschlands Macht, im Reiche kräftig walten.
Du aber, Deutscher, hoch 's Panier
Und rufe freudig aus mit mir: —
Der Fürst von Bismarck lebe!

Verfasser des eingesandten Liedes war Herr Emil Sachse, Lehrer in Halle a. S., welcher auch eine entsprechende Melodie dazu eingesandt hatte.

An den Verein deutscher Studenten in Breslau. (Telegramm.)

Berlin, den 25. Juni 1881.[1])

Ich danke herzlich für Ihren freundlichen Gruß, an dem sich meine Hoffnung stärkt, daß der nationale Sinn der deutschen Jugend in Zukunft unserem Vaterlande den inneren Frieden bringen werde, den die Parteien der mit mir absterbenden Generation auf dem Boden des neu erstandenen Deutschen Reichs nicht gefunden haben.

v. Bismarck.

*

An den Redakteur Dr. Gaudil.

Varzin, (?) 1882.

Eurer Wohlgeboren danke ich verbindlichst für die Uebersendung des Briefes meines verstorbenen Vaters.[2]) Ich freue mich sehr, dieses Zeichen väterlicher Liebe und Fürsorge in Händen zu haben, wenn auch meine Erinnerung dabei mit dem Vorwurfe verknüpft ist, daß nicht Krankheit, sondern der studentische Mißbrauch jugendlicher Selbständigkeit die Ursache des meinen Vater beunruhigenden Schweigens gewesen war.

v. Bismarck.

*

---

[1]) Kohl erwähnt dies Telegramm in seinen Bismarck-Regesten, jedoch unter dem irrigen Datum des 27. Juni 1881.

[2]) Das von Bismarcks Vater an den Professor Dr. Hausmann gerichtete Schreiben lautet: Wohlgeborener Herr, Hochzuverehrender Herr Professor! Durch die Freundschaft meines Vetters, des Geheimen Finanzrats Kerl, ist mein Sohn, welcher in Göttingen studirt, so glücklich, Eurer Wohlgeboren Güte empfohlen zu sein, und in dieser Hinsicht werden Sie es gütigst entschuldigen, daß ich mich mit nachstehender ergebensten Bitte an Sie wende. Mein Sohn hat nämlich seit fünf Wochen nicht geschrieben, und wir sind sehr bekümmert, daß ihm etwas Uebles zugestoßen, welches ihn daran behindert. Meine gehorsamste Bitte an Eure Wohlgeboren geht nun dahin, daß Sie die Güte haben, zu meinem Sohn zu schicken (welcher in der Roten Straße beim Bäcker Schuhmacher wohnt) und sich gefälligst erkundigen ließen, wie es ihm geht, und was die Ursache sei, daß er so lange nicht geschrieben. Ich ersuche Eure Wohlgeboren inständigst, mir die Ursache seines Schweigens nicht zu verhehlen; es ist wohl möglich, daß er bei seinem raschen und lebhaften Temperament etwas auf die Finger bekommen hat; sollte er aber krank sein, so erbitte ich, den besten Arzt, so in Göttingen ist, zu seiner Herstellung zu benutzen. Da letzteres der Fall sein kann und er nicht im stande sein könnte, sein Geld selbst in Empfang zu nehmen, so füge ich 50 Reichsthaler mit der ergebenen Bitte bei, ihm selbige gefälligst einhändigen zu lassen. Eure Wohlgeboren werden gewiß einen bekümmerten Vater entschuldigen, und ich bitte, die Versicherung meiner dankbaren Anerkennung Ihrer Güte zu genehmigen. Ich habe die Ehre, mit der vollkommensten Hochachtung zu sein Eurer Wohlgeboren ganz ergebenster Diener

F. v. Bismarck.

Kniephof bei Naugardt in Pommern, den 25. August 1832.

An den Schriftsteller Moritz Busch. (Auszug.)

Kissingen, den 3. August 1883.

Bei früheren Gelegenheiten ähnlicher Art habe ich alle thatsächlichen Irrtümer berichtigt, welche durch Mißverständnisse Ihrerseits oder seitens anderer entstanden waren. Jetzt aber wollen Sie dem Publikum mit Bezug auf meine Denkungsart und meinen inneren Menschen Schlußfolgerungen vorlegen, gezogen aus Ihren und anderer Beobachtungen, welche großenteils thatsächlich unrichtig sind . . . Es sind (in den übersandten Korrekturbogen) [1]) eine Anzahl ärgster thatsächlicher Irrtümer, Verwechselungen von Scherz und Ernst, in den Ausdrücken und Zwischenfällen, auf welche Sie Ihre Ansicht von meiner vermeintlichen Denkungsart begründen. Sie setzen voraus, daß in jedem Worte, welches ich in Ihrer Gegenwart zur Unterhaltung meiner Gäste bei Tische oder in meiner Häuslichkeit gesagt habe, oder in dem, was Sie durch unzuverlässige Mitteilungen dritter Personen erfahren haben, ich allemal meinen innersten Empfindungen mit der Vorsicht eines vor Gericht unter seinem Eide aussagenden Zeugen Ausdruck gegeben habe. Angesichts der Pedanterie, mit der Sie die zerstreuten Bestandteile einer Unterhaltung ausnutzen, würde ein Mann in meiner Stellung keinen Augenblick von der formellsten Ausdrucksweise abgehen oder von den amtlichen Stelzen herabsteigen dürfen. Alles, was Sie insbesondere hinsichtlich meiner Stellung zum Christentum und in der Judenfrage sagen, ist nicht allein ungeheuerlich indiskret, sondern durchaus falsch . . . Was Sie über die Katholikenfrage sagen, ist unvollständig und oberflächlich . . . Das Werk ist viel zu umfangreich, und es enthält insonderheit zu viel Material, welches von Ihnen und anderen schon längst veröffentlicht worden ist. Was neu darin ist, das ist teilweise von geringem Interesse, während andere Abschnitte unrichtig sind, so daß ich genötigt sein würde, öffentlich ihre Genauigkeit zu bestreiten.

*

An die Handelskammer zu Nordhausen. (Telegramm.)

Friedrichsruh, den 5. März 1884.

Verbindlichsten Dank für freundliche Begrüßung. [2])

*

[1]) Scil. zu dem später abgeändert erschienenen Werke von M. Busch „Unser Reichskanzler“.

[2]) Bei der am 5. März 1884 stattgehabten Feier des fünfundzwanzigjährigen Jubiläums der Handelskammer zu Nordhausen wurde folgendes Telegramm nach einem seitens des Stadtrats Jäger, früheren nationalliberalen Reichstagsabgeordneten, auf den Handelsminister und Reichskanzler Fürsten Bismarck ausgebrachten Hoch an diesen gesandt:

„Die Handelskammer Nordhausen teilt Eurer Durchlaucht gehorsamst mit, daß diese aus Anlaß des fünfundzwanzigjährigen Jubiläums soeben ein donnerndes Hoch auf den allverehrten Handelsminister und Reichskanzler ausgebracht hat.“

Schon nach wenigen Stunden traf die oben mitgeteilte Antwort ein.

An den Rechtsanwalt Dr. Pensquens z. Zt. in Berlin.

Berlin, den 5. Dezember 1884.

Eure Hochwohlgeboren bitte ich, dem Cölner Männer-Gesangverein meinen verbindlichen Dank dafür auszusprechen, daß er die freundliche Absicht gehabt hat, mir einen musikalischen Gruß zu entbieten. So gern ich mich diesem Genuß hingeben und so sehr es mich freuen würde, die anerkannt hervorragenden musikalischen Leistungen gerade meiner Cölner Mitbürger zu hören, so ist doch leider mein Befinden im Augenblick von der Art, daß ich nicht im stande bin, die Herren bei mir willkommen zu heißen. Die Anforderungen, welche dienstliche Obliegenheiten an meine Zeit und meine Kräfte stellen, stehen so sehr im Mißverhältnis zu dem Maße der mir verbliebenen Arbeitskraft, daß ich auf alle nicht amtlich gebotenen Beziehungen leider ausnahmslos verzichten muß, so angenehm dieselben mir auch sein würden.

Eure Hochwohlgeboren bitte ich daher, mich bei den Herren Mitgliedern des Vereins zu entschuldigen, und würde Ihnen meinen Dank für die mir zugedachte Ehre gerne mündlich aussprechen, wenn Sie die Güte haben wollten, mich zu besuchen.

v. Bismarck.[1])

*

An den Vorsitzenden des Verbandes der rheinisch-westfälischen Schneiderinnung, Peter Cramer in Barmen.

Berlin, den 7. Februar 1886.

Eurer Wohlgeboren Telegramm habe ich erhalten[2]) und danke Ihnen

---

[1]) Infolgedessen wurde der Vorsitzende, Rechtsanwalt Dr. Pensquens, am 6. Dezember 1884 vom Fürsten empfangen. Im Namen des Vereins sprach derselbe dem Fürsten das Bedauern aus, daß es dem Verein nicht vergönnt sein könne, dem Fürsten, dem Ehrenbürger von Cöln, einen musikalischen Gruß darbringen zu dürfen, und gab den Gefühlen der innigsten Verehrung und Ergebenheit, welche die Mitglieder des Vereins wie jeden Cölner und Rheinländer erfüllten, Ausdruck. Der Fürst erwiderte, daß er an den Leistungen des Vereins Anteil nehme; die Stadt Cöln sei ja auf dem Gebiete der Musik löblich bekannt; er selbst habe in früheren Jahren musikalischen Kreisen der Stadt näher gestanden. Jetzt aber müsse er schon seit Jahren jeden musikalischen Genuß entbehren, da er bei seinem Gesundheitszustande die ganze ihm verbleibende Arbeitskraft seinen dienstlichen Obliegenheiten widmen müsse, und er sei daher auch zu seinem Bedauern gezwungen, auf den ihm seitens des Vereins gebotenen Genuß zu verzichten, um so mehr, als auch die Rücksicht auf seine Gesundheit einen geselligen Verkehr mit einem größeren Kreise von Personen ihm nicht gestatte. Er bemerkte noch, wenn er auch auf Vergnügungen Verzicht leisten müsse, so müsse er doch im Dienste ausharren; hiervon sich zurückzuziehen, würde sein Kaiser ihm schwerlich gestatten. Der Fürst verabschiedete sich mit dem wiederholten Ersuchen, den Herren vom Verein seine freundlichsten Grüße zu übermitteln. Die vorstehende Unterredung ist in Kohls Bismarck-Regesten gleichfalls übersehen.

[2]) Auf dem IX. Verbandstag der rheinisch-westfälischen Schneiderinnungen in Bochum am 6. Februar 1886 wurde auf Antrag des Herrn Karl Schreiber-Ruhrort mit großer Majorität beschlossen, folgendes Telegramm an den Reichskanzler abzusenden:

sowie Ihren Auftraggebern verbindlichst für die in demselben ausgesprochene wohlwollende Gesinnung.

v. Bismarck.

*

An den Oberbürgermeister in Leipzig (Telegramm).[1])

Berlin, den 2. April 1888, Vormittag 11 Uhr 25 Minuten.

Eurer Hochwohlgeboren würden mich zu Dank verpflichten, wenn Sie gütigst vertraulich darauf hinwirken wollten, daß die Absendung der intendirten Adresse unterbleibe, so schmeichelhaft dieselbe auch für mich ist. Meine Beziehungen zu Seiner Majestät, welche ganz ungetrübt sind, würden durch dieselbe peinlich berührt werden. Eine Meinungsverschiedenheit zwischen Seiner Majestät und mir besteht nicht.

v. Bismarck.

*

An den Landgerichts-Präsidenten Koppen in Hanau.

Berlin, den 22. Januar 1889.

Für die freundliche telegraphische Begrüßung vom 19. d. Mts. sage ich allen beteiligten Herren meinen verbindlichsten Dank. Es hat mich auch für meinen Sohn gefreut, daß Sie bei seinem Abschied meiner in so liebenswürdiger Weise gedacht haben.

v. Bismarck.

*

„Seiner Durchlaucht dem Fürsten Bismarck, Berlin. Der heute zu Bochum tagende Verband der rheinisch-westfälischen Schneiderinnungen entbietet Eurer Durchlaucht auch diesmal seinen Gruß und hofft, daß Seine Durchlaucht auch ferner den Bestrebungen der Handwerker seine starke Hand nicht entziehen werde. Der Vorstand des rheinisch-westfälischen Schneiderinnungs-Verbandes. Der Vorsitzende: Cramer."

[1]) Im April des Jahres 1888 wurde bekanntlich der Rücktritt des Fürsten Bismarck allgemein befürchtet wegen dessen entschiedener Stellungnahme gegen das sogenannte Battenberger Verlobungsprojekt. Damals regte Professor Dr. Biedermann in Leipzig die Absendung einer Adresse an den Fürsten Bismarck an, in welcher dieser gebeten werden sollte, von seinen Rücktrittsabsichten, deren Verwirklichung eine große Gefahr für das Deutsche Reich bedeuten würde, abzusehen. Während in Berlin an der Schlichtung der Krise mit Erfolg gearbeitet wurde, bedeckte sich in Leipzig die Adresse schnell mit mehr als 4000 Unterschriften. Aus den Tagesblättern hatte auch Fürst Bismarck schon davon erfahren. Da erhielt, wie in der bereits oben erwähnten Schrift von Johs. Penzler „Fürst Bismarck und Leipzig" (Verlag von E. Herfurth) mitgeteilt wird, der Oberbürgermeister das obenstehende Telegramm. Darauf erschien sofort folgende Bekanntmachung: Adresse an den Reichskanzler Fürst Bismarck. Die uns soeben von bestunterrichteter Seite zugegangenen Nachrichten über den Stand der Kanzlerkrisis lassen es uns geboten erscheinen, für jetzt von der Absendung der ausgelegten Adresse abzusehen, wovon wir nicht verfehlen, die Unterzeichner hierdurch in Kenntnis zu setzen. Leipzig, den 12. April 1888. Die Vorstände des Nationalliberalen Vereins für das Königreich Sachsen und des Konservativen Vereins.

II. Nach Bismarcks Entlassung. [1])

An Seine Majestät den Kaiser.

Berlin, (Ende) März 1890.

Ich danke Eurer Majestät respektvoll für die gnädigen Worte, womit Eure Majestät meine Entlassung begleitet haben, und ich bin hocherfreut über das Geschenk des Bildes, das mir ein ehrenvolles Andenken an die Zeit bleiben wird, während welcher Eure Majestät mir erlaubten, meine Kräfte Eurer Majestät Dienst zu widmen. Eure Majestät hat zu gleicher Zeit mir gnädigst die Würde eines Herzogs von Lauenburg verliehen. Ich habe mir respektvoll die Freiheit genommen, mündlich dem Geheimen Kabinetsrat Lucanus die Gründe auseinanderzusetzen, welche es für mich schwierig machen, einen solchen Titel zu führen, und ihn zugleich gebeten, diesen zweiten Gnadenakt nicht zu veröffentlichen. Die Erfüllung dieses Gesuches war nicht möglich, da zur Zeit, als ich meine Bedenken darüber ausdrückte, die Publikation schon stattgefunden hatte, am 17. März. Ich erlaube mir jedoch, Eure Majestät zu bitten, mir gnädigst zu erlauben, in Zukunft den Namen und den Titel zu führen, den ich bisher getragen habe. Ich bitte um die Erlaubnis, Eurer Majestät meinen ehrerbietigsten Dank für die hohe, mir durch die militärische Beförderung gewährte Ehre zu Füßen zu legen, sobald ich im stande sein werde, mich zu melden, woran ich im gegenwärtigen Augenblick durch Unwohlsein verhindert bin.

*

An eine Dame in Berlin. [2])

Friedrichsruh, den 14. Mai 1890.

Eurer Wohlgeboren gefälliges Schreiben vom 10. dieses Monats und die zugleich übersandte Decke habe ich erhalten. Leider kann ich der gütigen Verfertigerin, die ich zu erraten glaube, meinen Dank nicht persönlich sagen und bitte Sie daher, mein Vermittler sein und derselben aussprechen zu wollen, daß sie mir durch ihr prächtiges Geschenk und durch die beigefügten Verse eine besondere Freude bereitet hat.

v. Bismarck.

*

[1]) Die obenstehenden Briefe vermißt man in Kohls Bismarck-Jahrbuch.

[2]) Die „Düna-Zeitung" vom 4. September 1898 teilte bei der Veröffentlichung des obenstehenden Briefes nachstehende kurländische Erinnerung an Bismarck mit:

Es dürfte manchem Leser unbekannt sein, daß Fürst Bismarck, als er Gesandter in Petersburg war, freundliche Beziehungen zu Kurland unterhielt und auf dem Gute Popen, das sich bis zur Ostsee erstreckt und herrliche Wälder hat, in denen das Elentier zu Hause ist, einige Tage verbrachte. Er verlebte sie dort unter Studien- und Jugendfreunden, wie Baron Adolf Behr-Edwahlen, Graf Hermann Keyserling, Baron Firks-Samiten, Graf Gustav Lambsdorff-Suhrs, in heiterster Stimmung. Obgleich der Besitzer des schönen Gutes, Baron

An den Leiter des Cottaschen Verlags Adolf Kröner in Stuttgart.

Friedrichsruh, den 30. Juni 1890.

Eurer Wohlgeboren erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 23. d. M., daß ich mich freuen werde, wenn Sie mich behufs Besprechung der bewußten

---

Karl v. Behr, abwesend war, wurden für Otto v. Bismarck mehrere Jagden veranstaltet, auf denen er zwei Elche, die ersten in seinem Leben — wie er selbst gesagt —, erlegte. Es war dies kein günstiger Zufall, sondern ein alter Buschwächter Ohsol, der später sein 50jähriges Jubiläum als Buschwächter gefeiert hat, hatte ihm den besten Platz angewiesen. Das Geweih des einen Tieres sowie das Fell nahm Otto v. Bismarck nach Deutschland mit, und es soll sich vor dem Schreibtische des Fürsten in Friedrichsruh befunden haben; das zweite Geweih wird in Popen in der Eintrittshalle mit einer Silberplatte, mit Namen und Jahreszahl versehen, zum Andenken an den Fürsten aufbewahrt. Der damalige Gesandte hatte bei seiner Ankunft eine Verletzung am Schienbein, und auf sein Befragen riet ihm mein Mann, der damals Arzt dort war, dem Fuß einige Tage Ruhe zu gönnen, doch jener erwiderte, er sei zur Jagd gekommen und werde sie jedenfalls mitmachen. — Auf meine Frage nach dem Aussehen des fremden, ausländischen Herrn erhielt ich die Antwort, er habe wunderbare Augen.

Viele Jahre waren seitdem vergangen, wir Kurländer teilten in hohem Grade die Begeisterung für den größten Mann unseres Jahrhunderts, der einst in unserer Mitte geweilt, und ich wagte dem Ausdruck zu geben, indem ich eine Bettdecke, aus dortiger Wolle angefertigt, von mir selbst gefärbt und erdacht, ihm anonym, durch eine mir bekannte Dame in Berlin, übersandte. — Ich nannte meinen Namen nicht, um dem Fürsten die Mühe des Dankens zu ersparen, doch begleiteten folgende Verse die Decke, die am 10. Mai 1890 von Berlin nach Friedrichsruh gesandt wurde:

Du großer Kanzler, sieh, ich fleh',
Was ich Dir sende, nicht verschmäh! —
Vor vielen Jahren warst Du hier,
Erlegt'st bei uns ein Elentier;
Daß ich Dich damals nicht gesehn —
Vor Aerger möcht' ich schier vergehn,
Denn was ich gehört seitdem von Dir —
Es gehet nichts darüber mir! —
Nun ward hier von hiesiger Wolle gesponnen,
Von mir gefärbt, gefertigt, ersonnen
Die Decke, die nie auf ein Lager gebreitet,
Sie ist ja nur für Dich bereitet!
Zwar hat man jüngst gefragt mich frei,
Ob sie wohl zu verkaufen sei. —
Verkäuflich ist sie um keinen Preis,
Doch Dir zu schenken, begehr' ich zu heiß;
Verschmähst Du sie aber von vornherein,
So setzt Du die Motten als Erben ein!
Doch nein! — Du weißt bei Deinen Gaben
Genau, wie ich's gemeint will haben,
Sie soll Dir eben nur einfach sagen,
Wie viele Herzen hier für Dich schlagen. —

Angelegenheit[1]) besuchen wollen. Ich bitte, mich von Ihrer bevorstehenden Ankunft Tags zuvor zu benachrichtigen.

v. Bismarck.

*

[1]) Gemeint ist die Herausgabe der Memoiren des Fürsten Bismarck. Die Anregung zu dem Werk ging, wie wir einem Artikel der „Münchener Allgemeinen Ztg." No. 280 vom 9. Oktober 1898 entnehmen, von der Cottaschen Buchhandlung aus. Schon im Januar 1889 hatte die letztere durch eine befreundete Persönlichkeit die Frage an den Fürsten gerichtet, ob er Aufzeichnungen besitze und im bejahenden Fall vielleicht geneigt wäre, dieselben der Cottaschen Buchhandlung anzuvertrauen. Der Fürst ließ erwidern, daß er keine Aufzeichnungen habe und, solange er im Amt sei, auch keine machen könne. — Nach dem Rücktritt des Fürsten wiederholte der Leiter des Cottaschen Verlags, Adolf Kröner, die Anfrage zunächst durch Vermittelung eines im Fürstlichen Hause verkehrenden Herrn, dann durch ein direktes Schreiben. Gleichzeitig hatte sich der damalige Chefredakteur der „Allgemeinen Zeitung", Hugo Jacobi, an Lothar Bucher, der beim Fürsten in Friedrichsruh weilte, gewandt. Bucher antwortete unterm 27./28. Juni folgendes: . . . „Der Fürst gab mir den Brief von Herrn Kröner vom 23. Juni zu lesen und fragte, was ich dazu meinte. Ich bat ihn, mir zu sagen, wie er das Werk anzulegen dächte und welche Hilfe ich dabei zu leisten haben würde; erst wenn ich das wüßte, könne ich beurteilen, ob ich der Sache gewachsen sein würde. Die Antwort lautete: er wolle nach und nach, wie es ihm der Geist eingäbe, Episoden aus seinem Leben diktiren, wozu er meiner nicht bedürfte. Alsdann würden diese Bruchteile zu verbinden und aus dem brieflichen Material zu ergänzen sein. Zunächst käme es darauf an, das letztere zu ordnen. Es läge noch viel davon in Schönhausen, und dahin wolle er sich nächstens auf einige Tage begeben.

Damit brach er das Gespräch ab. Das hiesige Material habe ich geordnet; ob er mich auffordern wird, das Schönhausener in das hergestellte Fachwerk hier einzureihen, weiß ich nicht. . . .

Eine Antwort des Fürsten an Herrn Kröner ist so bald nicht zu erwarten. Der Brief vom 23. ist in Verwahrung des Dr. Chrysander, ich stelle anheim, diesem nach einiger Zeit Anlaß zu geben, den Fürsten an die Sache zu erinnern."

Es folgen in dem Bucherschen Schreiben sodann andere mit dem Gegenstand nicht in Verbindung stehende Mitteilungen und am nächsten Tag ein

„Postskript": „Gestern abend kam der Fürst auf die bewußte Sache zurück und erklärte zu meiner angenehmen Ueberraschung, daß er Herrn Kröner hierher einladen werde. Sie werden durch diesen also mehr und Bestimmteres erfahren, als ich Ihnen geben könnte." Am 5. Juli traf Kröner in Friedrichsruh ein, und es kam, nachdem die Angelegenheit im Hause des Fürsten, auf einem längeren Spaziergang und einer Fahrt durch den Wald besprochen worden war, schon am Abend des 6. Juli ein Abkommen zu stande, durch welches für den Fall, daß der Fürst die Niederschrift der „Erinnerungen aus seinem Leben" zur Ausführung bringe, der Cottaschen Buchhandlung der Verlag derselben übertragen wurde.

Den Titel „Gedanken und Erinnerungen" gab der Fürst dem Werk nach längerem Schwanken. Die Bezeichnung „Memoiren" war ihm unsympathisch, wohl hauptsächlich deshalb, weil dieselbe eigentlich eine fortlaufende Darstellung bedingt, und ferner, weil sie doch viel minderwertige, auf Sensation und Skandal berechnete Werke deckt. Eine Zeit lang dachte der Fürst an den Titel „Denkwürdigkeiten". Aber auch dieser wurde verworfen und schließlich, nachdem bereits die erste Niederschrift des Werkes nach Diktaten des Fürsten vorlag, der Titel „Gedanken und Erinnerungen" von ihm festgestellt.

Lothar Bucher war es, welchem der Fürst, meist in den Vormittagsstunden, frei sprechend

An den Polizeihauptmann Liebe in Chemnitz. (Auszug.)

Kissingen, (?) August 1890.

Daß ich nach der Mensur mit ihm (Liebe) [1]) persönlich befreundet wurde, bezeugt der Pfeifenkopf mit meinem Wappen, und ich bin erfreut, zu hören, daß meine damalige Dedikation noch heute bei seinen Nachkommen fortgeerbt ist.

v. Bismarck.

*

An den Vorsitzenden des Veteranen- und Kriegervereins von Bad Kissingen, Freiherrn v. Lochner in Kissingen.

Friedrichsruh, den 7. Januar 1891.

Eurer Hochwohlgeboren freundlichen Glückwunsch zum neuen Jahr erwidere ich aufrichtig, und wird es mir eine hohe Ehre sein, Ihrem Kriegerverein

---

diktirte, wobei ihm sein wunderbares Gedächtnis zu Hilfe kam. Genaue Daten, die momentan fehlten, hatte Bucher herbeizuschaffen bezw. nachzutragen. Vielfache Anregung fand der Fürst durch die Lektüre von Zeitungen, Zeitschriften, Aufsätzen historisch-politischen Inhalts und historischen Werken, welche häufig seinen Widerspruch und seine schlagende Kritik herausforderten.

Für die Herstellung des ersten Bandes waren schon die Wintermonate 1890/91 sehr ergiebig. „Ich habe," schreibt Lothar Bucher unterm 18. April 1891 an Adolf Kröner, „vom 24. September bis 28. März, eine Weihnachtspause abgerechnet, jeden Vormittag etwa zwei Stunden nach dem Diktat Sr. Durchlaucht stenographirt. Ich glaube, daß der Fürst sich jetzt einstweilen erschöpft hat, daß ich ihn nur noch auf Lücken aufmerksam zu machen habe, und daß es jetzt an der Zeit ist, ihm die Lektüre zuzuführen, die in Ihrem Brief bezeichnet ist (neuere historisch-politische Werke), und über die Sie viel besser orientirt sein werden als ich. Ich stelle also anheim, was Sie für einschlagend halten, an Dr. Chrysander zu übersenden, der es nach und nach vorlegen wird. Ich werde morgen abreisen, um auf einige Wochen ein behaglicheres Klima aufzusuchen, und werde etwa am 1. Juni wieder in Friedrichsruh eintreffen. — Der Fürst hat sich noch nicht schlüssig machen können, ob das ganze Werk posthum oder ein Teil desselben schon bei Lebzeiten erscheinen soll."

Die Frage des richtigen Zeitpunkts für das Erscheinen des Werkes wurde in den folgenden Jahren noch vielfach mündlich und schriftlich zwischen dem Fürsten und der Verlagshandlung erwogen.

[1]) Im Jahre 1832 focht der 17jährige Bismarck, der dem Göttinger Corps „Hannovera" angehörte, eine seiner 60 Mensuren gegen den Corpsburschen Liebe von den Göttinger Braunschweigern. Das Paukbuch der letzteren berichtet darüber, daß Liebe, der selbst nur einen kleinen „Blutigen" bezog, erfolglos geblieben sei. Zum Andenken an den Waffengang schenkte Bismarck seinem Gegner einen mit dem Bismarckschen Wappen bemalten und der Dedikation „v. Bismarck s. l. Liebe" versehenen Pfeifenkopf. Liebe starb als Gerichtsamtmann im Jahr 1872 in Oelsnitz i. V. Von ihm, dem Großvater, erbte Polizeihauptmann Liebe in Chemnitz den Kopf nebst Pfeife. Um sicher zu sein, daß die Dedikation wirklich von dem späteren Reichskanzler herrühre, wandte er sich im August 1890 mit einer Bitte um Aufklärung an den zu jener Zeit gerade in Kissingen weilenden Fürsten, die dieser auch alsbald gab.

angehören. Ich bitte Sie, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen und den Herren Kameraden auszusprechen.

v. Bismarck.

*

An die Gebrüder Borchers, Verlag der „Lübeckischen Anzeigen".

Friedrichsruh, den 3. März 1891.

Ihr Blatt, welches Sie bereits früher mehrfach die Freundlichkeit hatten mir zu übersenden, habe ich immer gern und mit Interesse gelesen und bitte Sie, auch für den neuen Ausdruck Ihres Wohlwollens, wie ich ihn in der Nummer vom 28. vor. Mts. und in Ihrem Begleitschreiben finde, meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

*

An den Vorsitzenden des Veteranen- und Kriegervereins von Bad Kissingen, Freiherrn v. Lochner in Kissingen.

Friedrichsruh, den 15. Juni 1891.

Geehrter Freiherr!

Das Schreiben des Veteranen- und Kriegervereins, die Fahnenweihe betreffend, habe ich erhalten und werde mit Vergnügen Taufpate sein und mich sehr geehrt fühlen, wenn Herr Freiherr v. Poißl die Güte haben will, mich in diesem Amt zu vertreten. Ich danke den Herren des Vereins verbindlichst für Ihren ehrenvollen Antrag.

v. Bismarck.

*

An den Leiter des Cottaschen Verlags Adolf Kröner in Stuttgart.

Friedrichsruh, den 5. Februar 1893.

Ihr freundliches Schreiben vom 28. vorigen Monats [1]) habe ich mit Dank erhalten. Bei der Durchsicht des zum ersten Bande gehörigen Manuskripts

---

[1]) Unterm 28. Januar 1893 richtete Adolf Kröner die Bitte an den Fürsten, „die Veröffentlichung wenigstens des ersten Bandes nunmehr zu genehmigen und durch die Thatsache des Erscheinens sowohl die dringenden Wünsche seiner Verehrer zu erfüllen als auch dem müßigen Gerede über die ‚Memoiren' ein Ende zu bereiten. . . ."

finde ich, daß noch Aenderungen und Ergänzungen notwendig sind. Diese füge ich durch Korrektur ein und werde dann eine Reinschrift zu Ihrem Gebrauche anfertigen lassen.

v. Bismarck.[1])

*

An den Lohgerber Friedrich Staps in Reinickendorf bei Berlin, Provinzstraße 69.

Friedrichsruh, den 3. April 1893.

Die freundlichen Glückwünsche zu meinem Geburtstag erwidere ich zu dem gleichzeitigen Ihrigen[2]) mit herzlichem Dank.

v. Bismarck.

*

---

[1]) Ueber die weitere Entstehungsgeschichte von Bismarcks Memoiren erfahren wir aus dem oben S. 29 erwähnten Artikel der „Münchener Allgemeinen Ztg.“:

Gelegentlich eines Besuches in Friedrichsruh im Mai 1893 wiederholte Adolf Kröner seinen dringenden Wunsch, und der Fürst war schon damals nicht abgeneigt, ihn zu erfüllen. Am 29. August traf dann gleichzeitig mit Zeitungsnachrichten über eine schwere Erkrankung des Fürsten in Kissingen ein Schreiben Dr. Chrysanders bei Adolf Kröner ein mit der Nachricht: „Seine Durchlaucht würde erfreut sein, Sie oder, falls Sie behindert sind, Ihren Bruder hier zu begrüßen.“ Sofort, Donnerstag den 31. August, reisten beide Brüder nach Kissingen, wo ihnen schon bei der Ankunft auf dem Bahnhof ihre Befürchtung bestätigt wurde, daß der Fürst schwer erkrankt sei. Er beabsichtige deshalb, ihnen das Manuskript der „Erinnerungen“ persönlich zu übergeben.

Für alle Fälle hatten die Brüder noch Herrn Hugo Jacobi telegraphisch nach Kissingen gebeten, da derselbe nach dem inzwischen erfolgten Tode Lothar Buchers zuweilen mit Sichtung und Prüfung des Materials betraut und in die Angelegenheit eingeweiht war.

Der Zustand des Fürsten war nun aber ein so bedenklicher, daß Geheimrat Schweninger weder am Donnerstag Abend noch am Freitag Vormittag die vom Fürsten gewünschte Besprechung zuließ. Erst am Freitag Abend gestattete er, die Herren — auf höchstens fünf Minuten! — in das Zimmer des Fürsten zu führen, welcher sich aus dem Bett auf eine Chaiselongue hatte tragen lassen. Nach kurzer Begrüßung beauftragte der Fürst den gleichfalls ins Zimmer getretenen Dr. Chrysander, das Manuskript zu übergeben. „Ich habe,“ äußerte er, „diesen Teil des Manuskripts ganz durchgesehen, mancherlei korrigirt und hinzugefügt. Es sind wohl noch immer einzelne Lücken vorhanden, die ich bei der Korrektur ausfüllen will, wenn ich noch dazu komme. Da ich aber nicht weiß, ob diese Krankheit nicht zum Ende führt, so wollte ich wenigstens das von mir überarbeitete Manuskript übergeben. Mit dem weiteren Band, der hier auf meinem Schreibtisch liegt, ist es eine andere Sache, der ist noch nicht so weit, könnte auch jedenfalls so bald nicht gedruckt werden.“

Das Manuskript brachten die Herren Adolf und Paul Kröner am anderen Tage nach Stuttgart, wo sofort der Satz hergestellt und eine geringe Anzahl von Abzügen gemacht wurde, deren Geheimhaltung in dem kleinen Kreise der Eingeweihten bis heute gelang.

[2]) Staps, ebenfalls am 1. April 1815 geboren, ist ein Verwandter des deutschen Studenten Friedrich Staps, der am 17. Oktober 1809 in Schönbrunn auf das Geheiß

An einen bayerischen Post- und Telegraphenbeamten.[1])

Kissingen, den 1. Oktober 1893.

Bei meiner jetzt in Aussicht stehenden Abreise ist es mir ein Bedürfnis, Ihnen für die pflichttreuen Dienste, welche Sie mir und den Meinigen seit fünfzehn Jahren und während des letzten langen Aufenthalts freundlich erwiesen haben, wiederholt meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

*

An den Vorstand des Veteranen- und Kriegervereins von Bad Kissingen.

Friedrichsruh, den 5. Januar 1894.

Die warmen Glückwünsche des Vereins zum neuen Jahre erwidere ich in angenehmer Erinnerung an unsere persönlichen Beziehungen und bitte Sie und die Herren Kameraden für das freundliche Gedenken meinen verbindlichsten Dank entgegenzunehmen.

v. Bismarck.

*

Napoleons I. erschossen wurde, weil er diesem nach dem Leben getrachtet haben soll. Bekanntlich soll Napoleon den Jüngling gefragt haben: „Wie werden Sie es mir danken, wenn ich Sie begnadige?", worauf dieser erwiderte: „Ich werde Sie darum nicht minder hassen!"

[1]) Adressat ist derjenige bayerische Beamte, welcher während Bismarcks Aufenthalt in Kissingen mit der Direktion der Post- und Telegraphenverwaltung betraut wurde. A. S. hat in Nr. 94 des „Sammlers, Belletristische Beilage zur ‚Augsburger Abendzeitung'" vom 6. August 1898 das obenstehende Schreiben mit folgender Einleitung der Oeffentlichkeit übergeben: „Fünfzehn Sommer ist eine lange Zeit, und doch ist es mir wie ein Traum, wenn ich daran denke, wie ich als junger Beamter zum erstenmal klopfenden Herzens vor dem Geistesriesen stand, der damals auf dem Höhepunkte seines Ruhmes es dennoch nicht unter seiner Würde fand, sich auch eines niederstehenden Beamten zu erinnern, wenn dieser nur seine Pflicht that. So ging es viele Sommer hindurch — es wurde ruhiger Der idyllische Aufenthalt auf der Oberen Saline wurde nur durch die glänzenden Ovationen unterbrochen, die das dankbare Volk seinem Altreichskanzler brachte. Eine schwere Krankheit war der Abschluß des Aufenthalts in dem bekannten Weltbade. Wieder einige Jahre später, und ich befand mich als Gast im Sachsenwalde. Die Kraft der alten deutschen Eiche war gebrochen. Es wird so viel darüber geschrieben, was Bismarck als Staatsmann geleistet hat — und zwar mit Recht; aber auch als Mensch hatte Bismarck Tugenden, die ihn vor vielen auszeichneten. Ich rechne darunter die Dankbarkeit gegen Niederstehende. Hatte jemals ein solcher Gelegenheit, dem großen Staatsmann auch nur den kleinsten Dienst zu leisten, so konnte man stets des Dankes sicher sein."

An den Generallieutenant v. Quistorp.[1])

Varzin, den 27. Juli 1894.

Eurer Excellenz

danke ich verbindlichst für Ihre freundlichen Mitteilungen vom 24. und bin bereit, Ihre Frage zu beantworten, soweit mein Gedächtnis reicht.

Ich habe am Tage der Schlacht von Königgrätz den hochseligen König von dem Augenblick an, wo er bei Langenhof von den Gardeschützen begrüßt wurde, begleitet und bin an dem Tage nicht mehr aus seiner nächsten Nähe geschieden. Ich habe nicht wahrgenommen und glaube nicht, daß Prinz Albrecht in dieser Zeit mit dem Könige über Verwendung von Kavallerie gesprochen hätte; sicher bin ich, daß der König kein Wort mit mir über diese Frage gewechselt hat, namentlich nicht infolge einer Anregung des Prinzen Albrecht, die ich hätte wahrnehmen müssen. Wenn die Frage mit mir besprochen worden wäre, so würde ich Seiner Majestät lebhaft zugeredet haben. Meine Aufgabe war aber nur, den König aus dem Granatfeuer zu bringen, was Adjutanten und Aerzte bis dahin vergeblich versucht hatten. Ueber den Abschluß des Kampfes und die Verfolgung der Geschlagenen hat der König weder mit mir noch in meiner Gegenwart mit anderen ein Wort gewechselt; aus eigenem Anlaß war ich nicht berufen, in die Leitung des Kampfes durch Ratschläge oder Bemerkungen einzugreifen. Ich glaube auch nicht, daß der König geäußert hat, man müsse Oesterreich nicht aufs Aeußerste treiben. Ich habe noch in Nikolsburg Mühe genug gehabt, den hohen Herrn zu überzeugen, daß wir gegen sie schonend verfahren müßten. Am 3. Juli aber lag es mir noch fern, diesen politisch richtigen Gedanken irgendwie zum Ausdruck zu bringen, namentlich dem König gegenüber. Wie groß der Gewinn der Schlacht war, ließ sich in den Stunden, von denen die Rede ist, noch nicht übersehen. Ich hielt den Feldzug mit dem, was geschehen war, am Abend des 3. Juli noch nicht für entschieden und hätte kein militärisches Mittel versäumen mögen, um den Krieg ohne französische Einmischung zu Ende zu führen. Ich habe nicht wahrgenommen, daß der König irgend jemand einen Befehl erteilt hätte, aus dem der Allerhöchste Wille, die Schlacht abzubrechen, zu entnehmen gewesen wäre.

---

[1]) Der im Verlage der Mittlerschen Buchhandlung soeben erschienene zweite Band der Geschichte des Krieges von 1866, von Oberst a. D. v. Lettow-Vorbeck, veröffentlicht ziemlich viel neues Material zur politischen und militärischen Geschichte des Krieges. Um die Behauptung, daß die Anordnung des Unterbleibens der Verfolgung des Feindes durch die preußische Kavallerie vom Könige unter dem Einfluß des Fürsten Bismarck ausgegangen sei, aufzuklären, hatte Generallieutenant v. Quistorp sich im Sommer 1894 brieflich an den Fürsten gewendet und darauf die obenstehende Antwort erhalten.

Der König begegnete unter meiner Begleitung dem 6. Kürassier-Regiment und dem 26. Infanterie-Regiment, die nach meiner Wahrnehmung nebst einem mir unbekannt gebliebenen Jäger-Bataillon dem österreichischen Artilleriefeuer am nächsten standen, in deren Reihen in Gegenwart des Königs Granaten wirksam einschlugen. Kurz darauf sah ich mit Erstaunen, daß die Kürassier-Regimenter Kehrt schwenkten und zum Bivouac zurückritten. Ich ritt an Herrn v. Rauch, Kommandeur des Brandenburger Kürassier-Regiments, heran und fragte ihn nach der Bedeutung dieser Wendung. Er sagte, es sei Befehl zum Einrücken gegeben, und nannte den Verlust seines Regiments an Mannschaften und Pferden durch Granatfeuer. Ich antwortete ihm: „Diesen Verlust habe ich mit Bedauern in nächster Nähe gesehen, und ich dachte mir, Sie würden nun hinreiten, um nachzusehen, wo die Granaten herkommen.“ Er sagte darauf, die Pferde hätten seit vier Uhr morgens nicht gefressen und wären schwer ermüdet, außerdem könne er nichts anderes thun, als was ihm befohlen würde. Es sei das Ganze Halt geblasen, und er habe Befehl, ins Bivouac zu rücken.

Ich sah das 6. und andere Kürassier-Regimenter rückwärts vorbeimarschiren und hatte innerlich den Eindruck, daß wir unsere Manövergewohnheiten auf die große Schlacht übertrügen, wo Hahn in Ruh geblasen wird, wenn das Manöver seinen programmmäßigen Abschluß erreicht hat. Ich bin von dem Befehl, die Kavallerie zurückzuziehen, überrascht gewesen, weiß nicht, von wem er ausgegangen ist; wäre er vom Könige unmittelbar gegeben worden, so hätte ich dies bemerken müssen, da ich während der ganzen Zeit nicht eine Pferdelänge von ihm entfernt gewesen bin. Ich weiß nur zu sagen, daß die Wahrnehmung mir überraschend war und niederschlagend auf mich wirkte.

(Bemerkung über Gefecht von Hagelsberg.)

In Erinnerung an unsere gemeinsamen Erlebnisse bin ich

Eurer Excellenz

ergebenster

v. Bismarck.

*

Adressat unbekannt.[1])

Friedrichsruh, den 2. Mai 1895.

Eurer Hochwohlgeboren und den übrigen Damen, die das Schreiben vom 30. v. Mts. zu unterzeichnen die Güte hatten, erkläre ich ganz mein Einverständnis damit, daß die von Ihnen beabsichtigten Sammlungen als Frauen-

[1]) Mittelst des obigen Schreibens gab Fürst Bismarck eigenhändig seine Zustimmung zu Sammlungen, die den Namen Frauen-Bismarck-Spende tragen und den Zweck der Errichtung wirtschaftlicher Frauenschulen auf dem Lande haben sollen.

Bismarck-Spende zum Andenken meiner verstorbenen Frau veranstaltet werden.

v. Bismarck.

*

An einen Klub in New York.

Friedrichsruh, den 12. März 1897.

Geehrter Herr,

ich bitte Sie, den Vereinigten Kegelklubs in New York für die Uebersendung Ihres Ehrendiploms meinen verbindlichsten Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

Im Auftrage Bismarcks ergangene Kundgebungen.

Im Auftrage Bismarcks ergangene Kundgebungen,

welche in Kohls Bismarck-Regesten nachzutragen sind.[1])

† An den Präsidenten des Abgeordnetenhauses v. Forckenbeck.

Berlin, den 29. November 1866.

Eurer Hochwohlgeboren beehre ich mich unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 4. September d. J. anliegend beglaubigte Abschrift der Friedensverträge mit dem Königreich Sachsen, Großherzogtum Hessen, Sachsen-Meiningen und Reuß älterer Linie ergebenst zu übersenden. Die Ratifikation dieser Verträge ist erfolgt und die Auswechselung der Ratifikationsurkunden bewirkt worden.

Ich bitte ergebenst, dem Hause der Abgeordneten von dieser Mitteilung Kenntnis geben zu wollen.

v. Thile.

*

† An die Herren Aeltesten der Kaufmannschaft in Danzig.

Berlin, den 14. Dezember 1868.

Die Postverträge, welche seit dem Erlasse des Bundesgesetzes über das Postwesen vom 4. November v. J. mit mehreren fremden Staaten abgeschlossen, und die Verhandlungen, welche zu gleichem Zwecke mit anderen Staaten bereits eingeleitet sind, können, wie ich den Herren Aeltesten der Kaufmannschaft auf die Eingabe vom 25. November cr. hierdurch erwidere, dem Handelsstande eine Bürgschaft dafür sein, daß die Förderung der internationalen Postverkehrsinteressen auch bezüglich des Postverkehrs mit Frankreich nicht aus dem Auge verloren werden wird. Der Zeitpunkt für die Revision der diesen Verkehr

---

[1]) Die mit einem Kreuze versehenen Schreiben waren zur Zeit der Abfassung der gedachten Regesten bereits veröffentlicht.

betreffenden Vereinbarungen mit Frankreich kann indessen noch nicht bezeichnet werden, da die desfallsigen Absichten der französischen Regierung bis jetzt nicht bekannt sind.

Der Bundeskanzler.
Im Auftrage:
Delbrück.

*

† An den Präsidenten des Hauses der Abgeordneten
v. Forckenbeck.

Berlin, den 9. November 1869.

Eurer Hochwohlgeboren beehre ich mich in der Anlage die Beantwortung der Fragen, welche nach dem gefälligen br. manu-Schreiben vom 28. v. Mts. von dem Abgeordneten v. Hoverbeck über den Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten für das Jahr 1870 gestellt worden sind, ganz ergebenst zu übersenden.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten.
In Vertretung:
v. Thile.

*

An Herrn v. Diest-Daber.

Berlin, den 17. Januar 1870.

Sehr geehrter Herr!

Der Herr Ministerpräsident Graf Bismarck hat mich beauftragt, Eurer Hochwohlgeboren mit Bezug auf Ihren Antrag und Ihr betreffendes gefälliges Schreiben vom 7. d. Mts. eine mündliche Mitteilung zu machen. Eure Hochwohlgeboren ersuche ich deshalb ergebenst, mir gefälligst eine Zeit bestimmen zu wollen, wo ich Sie mit Sicherheit zu Hause treffe, oder aber mich mit Ihrem Besuche beehren zu wollen; ich stelle mich morgen vormittag von 11 bis 1 und nachmittag von 6 bis 7 zur Disposition.

Mit vorzüglicher Hochachtung habe ich die Ehre, mich zu unterzeichnen als
Eurer Hochwohlgeboren ganz ergebenster
H. Wagener.

*

An einen Lehrer im Jura.[1])

Bern, Anfangs April 1873.

Monsieur, le prince de Bismarck me charge de vous faire ses excuses, car il ne peut pas vous être utile pour la demande que vous

---

[1]) Es war im Jahre 1873. Zwei junge Jurassier saßen in einem Wirtshaus und besprachen lebhaft das Projekt des einen, der im Sinne hatte, nach Deutschland zu gehen, um



lui avez soumise le 17 février. Son altesse vous conseille plutôt de vous adresser à M. de Mœller, président de l'Alsace-Lorraine.

Le Général v. Rœder.

*

† An die Direktoren der 24 höheren öffentlichen Lehranstalten von Elsaß-Lothringen.

Straßburg, den 17. Dezember 1877.

Der Herr Reichskanzler hat mich auf Grund eines Berichtes der Reichs-Schul-Kommission veranlaßt, für sämtliche elsaß-lothringische höhere Lehranstalten, welche den Zeitpunkt der Militärberechtigung nur um einen Jahreskursus überschreiten, Maßregeln zu treffen, um die wirklichen Leistungen der Schüler der obersten Klassen genauer zu kontrolliren und eine Herabminderung der an dieselben zu stellenden Anforderungen zu verhüten. Ich bestimme infolgedessen, daß an den nachbenannten, hier in Frage kommenden Anstalten, nämlich:

1. den Realklassen des Lyceums in Colmar, des Gymnasiums in Buchsweiler und des Protestantischen Gymnasiums in Straßburg,
2. den Realprogymnasien in Altkirch, Bischweiler, Diedenhofen, Markirch, Schlettstadt und Thann,
3. den Realschulen in Barr, Forbach, Münster und Wasselnheim,

alljährlich im Monat Juli für die Versetzung in die oberste Klasse (die Sekunda der Realgymnasien, die Prima der Realschulen) eine schriftliche Prüfung abzuhalten ist, welche vier Arbeiten umfaßt:

1. einen in vier Stunden abzufassenden deutschen Aufsatz,
2. eine Uebersetzung aus dem Deutschen ins Französische (in zwei Stunden),
3. eine mathematische Arbeit (vier Aufgaben in drei Stunden),
4. eine geschichtlich-geographische Arbeit (in drei Stunden).

Die Themata zu den Arbeiten sind von den Fachlehrern im Einvernehmen mit dem Direktor festzustellen, für die Aufsicht der Klausur treten die Regeln der Abiturientenprüfung in Kraft. Die Ergebnisse der korrigirten Arbeiten sind bei der Konferenzberatung über die Versetzungen wesentlich in Anschlag

---

die deutsche Sprache zu erlernen. Er suchte eine Stelle an einer Privat- oder Staatsschule. Sie kamen auf den Namen Bismarck zu sprechen; plötzlich fuhr ein Gedanke durch ihren Kopf: Wenn wir an den großen Staatsmann schreiben würden? Das war vielleicht ein sehr naiver Einfall; aber gesagt, gethan. Nach ungefähr drei Wochen brachte der Briefbote dem jungen Lehrer obigen, mit rotem Siegel versehenen Brief von der deutschen Gesandtschaft in Bern.

zu bringen. Die Papiere sind aufzubewahren und meinem Schulrat, welcher nach Befinden der Umstände eine mündliche Prüfung anordnen wird, auf Verlangen jederzeit vorzulegen.

Der Oberpräsident von Elsaß-Lothringen.

*

† An den Präsidenten des Deutschen Kriegervereins in Cöln
Herrn Kienemund in Cöln a. Rh.

Berlin, den 11. Februar 1878.

Der Fürst-Reichskanzler hat die ihm mittelst gefälligen Schreibens vom 31. v. M. angetragene Ehren-Mitgliedschaft des Deutschen Kriegervereins in Cöln mit verbindlichem Dank angenommen. Erhaltenem Auftrage zufolge beehre ich mich, Ew. Wohlgeboren ganz ergebenst hiervon zu benachrichtigen.

v. Kurowski,
Regierungsassessor.

*

† An den Präsidenten des Abgeordnetenhauses v. Köller.

Berlin, den 7. Februar 1881.

Eure Hochwohlgeboren beehre ich mich ganz ergebenst zu benachrichtigen, daß für die bevorstehenden Beratungen des Gesetzentwurfs und der Verträge, betreffend das Fideikommißvermögen des vormals Kurfürstlich hessischen Hauses (Drucksache Nr. 201), als Kommissarius des diesseitigen Ressorts der Legationsrat Dr. Freiherr von Richthofen bestellt worden ist.

Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten.
In Vertretung:
Graf zu Limburg-Stirum.

*

† An die Handelskammer zu Halle a. d. S.

Berlin, den 4. März 1882.

Der Handelskammer erwidere ich auf die gefällige Eingabe vom 16. Dezember v. J., daß es der Beurteilung seitens der Landesbehörden unterliegt, ob und inwieweit ein Bedürfnis besteht, für die verschiedenen Handelsplätze diejenigen Ortschaften zu veröffentlichen, welche innerhalb der unter 3 der „Befreiungen“ zu Ziffer 4 des Tarifs zum Reichs-Stempelabgabengesetz vom

1. Juli v. J. bestimmten Entfernungszone liegen. Dementsprechend habe ich den Bundes-Regierungen von dem Inhalt der bezeichneten Eingabe Mitteilung gemacht.

Der Reichskanzler.
In Vertretung:
Scholz.

*

† An den Vorstand des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

Berlin, den 20. Juli 1882.[1])

Dem Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller erwidere ich auf die gefällige Eingabe vom 24. v. M., betreffend die russische Zollerhöhung auf Eisendraht, daß durch die Anmerkung zu § 95 des mit dem 1. Juli (a. St.) in Kraft getretenen, im Reichs-Anzeiger vom 28. v. M. in Uebersetzung mitgeteilten neuen russischen Zolltarifs in Verbindung mit § 167[1] desselben der Zoll auf Walzendraht in der That auf 1 Rubel 10 Kopeken per Pud erhöht worden ist. Nach einer inzwischen aus St. Petersburg eingetroffenen amtlichen Mitteilung hat sich jedoch die russische Regierung bereit finden lassen, den Interessenten insofern eine Erleichterung zu gewähren, als denjenigen Fabriken in Rußland, welche Walzdraht als Material zur Bearbeitung beziehen, gestattet werden wird, den genannten Artikel bis zum 1. November d. J. zu dem vor dem modifizirten Tarife bestandenen Zollsatze einzuführen.

Der Reichskanzler.
Im Auftrage:
Göring.

*

† An das Präsidium des Deutschen Handelstages.

Berlin, den 1. Juli 1883.

Dem Präsidium des Deutschen Handelstages erwidere ich auf die Eingabe vom 17. Mai d. J. ergebenst, daß ich aus dem vorgelegten Bericht über die Auslegung und Anwendung des Reichsstempelgesetzes vom 1. Juli 1881 die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer alsbaldigen Umarbeitung des bezeichneten Gesetzes nicht zu gewinnen vermocht habe. Die in dem Berichte zusammengestellten Beschwerdepunkte richten sich zum weitaus größten Teile gegen Ansichten der Stempel-

[1]) Nach Kohls Bismarck-Regesten wäre dieses Schreiben von dem Fürsten Bismarck ausgegangen, was sich als ein Irrtum erweist.

revisionsbeamten und Entscheidungen der Steuerbehörde und erscheinen insoweit völlig ungeeignet, die gegen das Gesetz gerichteten Angriffe zu begründen. Es wäre Sache der Interessenten gewesen, ihre abweichenden Meinungen im Instanzenwege geltend zu machen, und es läßt sich nicht bezweifeln, daß bei ausgiebigerer Benutzung des Beschwerderechts die hinsichtlich der Anwendung des Gesetzes auf den einzelnen Fall hervorgetretenen Meinungsverschiedenheiten und Unsicherheiten, welche bei der Neuheit des Gesetzes und der Schwierigkeit der Materie unausbleiblich waren, eine wesentliche Einschränkung erfahren haben würden. Wenn im übrigen auch einzelne Beschlüsse des Bundesrats als mit dem Wortlaut oder der Absicht des Gesetzes nicht übereinstimmend angefochten werden, so wird der Umstand, daß bei einem mehr oder minder großen Teil der Steuerpflichtigen eine andere Auffassung über die Anwendung des Gesetzes besteht als beim Bundesrat, an sich keinen ausreichenden Anlaß zu einer Gesetzesänderung geben können. Es wird den Beteiligten vielmehr zu überlassen sein, nach Maßgabe der in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden gesetzlichen Bestimmungen die richterliche Entscheidung anzurufen. Der Bundesrat hat die geeigneten Veranstaltungen getroffen, um die ergehenden Entscheidungen der Gerichte, und insbesondere diejenigen des Reichsgerichts, für die Handhabung des Gesetzes fruchtbar zu machen, indessen ist den Gerichten bisher nur in sehr geringem Umfange Gelegenheit gegeben worden, sich über die bestehenden Differenzpunkte auszusprechen.

Schließlich weise ich noch auf den Bericht der XII. Reichstagskommission (Nr. 314 der Drucksachen der letztabgelaufenen Session, Seite 32—36) hin, wonach diese Kommission nach eingehender Beratung der auf das Gesetz vom 1. Juli 1881 bezüglichen Petitionen zu einer der vorstehenden entsprechenden Anschauung gelangt ist.

Der Reichskanzler.
In Vertretung:
Burchard.

*

† An Herrn Peter Rickmers in Bremerhaven.

Friedrichsruh, den 15. November 1885.[1])

Eurer Hochwohlgeboren gefälliges Schreiben vom 11. d. M. habe ich bei dem Reichskanzler zum Vortrag gebracht. Im Auftrage desselben beehre ich mich, Eurer Hochwohlgeboren ergebenst mitzuteilen, daß Seine Durchlaucht dem ausgesprochenen Wunsche gern entspricht und es sich zur Ehre rechnen wird, dem Klub „Glocke“ als Ehrenmitglied anzugehören.

---

[1]) Kohl erwähnt in seinen Bismarck-Regesten dieses Schreiben, derselbe vermag aber das Datum, unter dem es ergangen, nicht anzugeben.

Genehmigen Eure Hochwohlgeboren die Versicherung der ausgezeichneten Hochachtung, mit der ich mich zeichne als Ihren ergebensten

Dr. Rottenburg.[1])

*

† An den Königlichen Staatsminister und Minister für Handel und Gewerbe Fürsten v. Bismarck.

Berlin, den 15. Januar 1889.

Wie Eurer Durchlaucht bekannt, ist diesseits anläßlich mehrerer aus Interessentenkreisen eingegangener Petitionen die Frage der Aufhebung des Verbots der Einfuhr von Schweinen ꝛc. dänischen, schwedischen oder norwegischen Ursprungs in Erwägung gezogen. Ich bin hierbei von der Voraussetzung ausgegangen, daß die sogenannte Schweinepest in diesen Ländern — nachdem mehrere Monate hindurch neue Erkrankungsfälle nicht gemeldet worden waren — als endgiltig betrachtet werden könne. Diese Voraussetzung hat sich indessen nicht als zutreffend erwiesen. Bereits im August vorigen Jahres berichteten die Zeitungen von der wiederholten Verbreitung der Seuche in Jönköpings Land. Im September beziehungsweise Oktober vorigen Jahres sind, gesandtschaftlichen Meldungen zufolge, auf der Insel Wermdö bei Stockholm und bei Roeskilde auf Seeland weitere Erkrankungen amtlich festgestellt, welche die sofortige Abschlachtung größerer Bestände notwendig gemacht haben. Ebenso sind weitere Seuchenfälle im November und Dezember v. J.

---

[1]) Bei dem Stiftungsfeste des Klubs „Glocke“, welches am 5. Dezember 1885 in Bremerhaven abgehalten wurde, wurde die obenstehende Kundgebung Rottenburgs verlesen, worauf P. Rickmers das Wort ergriff und ungefähr folgendes ausführte: „Wohl dem Lande, welches, wenn Wirren drohen, ruhig sich anlehnen kann an einen Mann, der — der deutschen Eiche gleichend — sein Vaterland vor Stürmen schützt. Soviel ich auch im Auslande gereist, überall sprach man mit großer Verehrung von unserem Fürsten. Und wir sollten ihn nicht ehren? Wenn wir auch in staatlicher Beziehung zu Bremen gehören, so ist doch in unserer jungen Vaterstadt fast ein jeder deutsche Volksstamm vertreten! Wir kennen hier daher auch keinen Partikularismus; hier heißt es nicht: ich bin Preuße, Oldenburger oder Hannoveraner, sondern wir stimmen stets fröhlich mit ein, wenn es heißt: Deutschland, Deutschland über Alles! Daher halten wir auch treu zu dem Manne, der in erster Reihe mit unser mächtiges Deutsches Reich geschaffen! Jetzt, meine Herren, bitte ich Sie, mit mir anzustoßen: Auf den Förderer Deutschlands! Auf die mächtige, knorrige Eiche, unter deren Schutz wir allen Stürmen trotzen! Auf unser Ehrenmitglied, das uns noch lange, lange zum Segen Deutschlands erhalten bleiben möge!“ Es wurde darauf beschlossen, eine Depesche an den Fürsten Bismarck abzuschicken; dieselbe lautete: „Seiner Durchlaucht Fürst Bismarck, Berlin. 208 Mitglieder des Klubs Glocke in Bremerhaven beim zweiten Stiftungsfeste brachten soeben ihrem Ehrenmitgliede, Eurer Durchlaucht, ein brausendes, donnerndes Hurra, mit dem innigst gefühlten Wunsche, daß der Förderer deutscher Einigkeit und Macht als treuer Diener seines Kaisers und Herrn noch lange, lange Jahre die Geschicke unseres teuren Vaterlandes lenken möge. Klub Glocke.“

aus der Nähe von Stockholm und von Linköping (Provinz Oestergötland) und aus der Stadt Eksjö (Provinz Jönköping) gemeldet worden. Ob hiermit die Zahl der in neuerer Zeit eingetretenen Seuchenausbrüche erschöpft ist, erscheint nicht unzweifelhaft. Jedenfalls lassen schon die vorerwähnten Fälle die Besorgnis vor demnächstigen weiteren Erkrankungen gerechtfertigt erscheinen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß gelegentlich eines solchen Ausbruchs die Seuche wiederum einen akuten Charakter annimmt, der uns nach etwaiger Aufhebung des Einfuhrverbots zur erneuten Abschließung der Grenze veranlassen müßte. Ein derartiger Wechsel in veterinärpolizeilichen Sperrmaßregeln ist erfahrungsgemäß dem Handelsverkehr besonders nachteilig. Ich glaube mich daher für die einstweilige Aufrechterhaltung des Verbots um so mehr aussprechen zu sollen, als die dänische Regierung selbst die Seuchengefahr nicht für beseitigt erachtet. Letzteres dürfte aus der Thatsache zu entnehmen sein, daß die mit dem 1. Januar d. J. ablaufende Giltigkeitsdauer des dänischen Gesetzes vom 14. Dezember 1887, betreffend Maßregeln gegen die Schweinepest, neuerdings bis zum 1. April 1891 verlängert worden ist.

Der Reichskanzler.
In Vertretung:
Eck.

Bismarck im deutsch-französischen Kriege.

Nach der Schilderung von Augenzeugen.

Bismarck im deutsch-französischen Kriege.

Nach der Schilderung von Augenzeugen.

Nachträge zum ersten Teil.[1])

Ich schließe hier noch einige Nachträge zu der ersten Periode (31. Juli bis 1. September 1870) an, Notizen, welche erst nach dem Erscheinen des dritten Bandes des „Bismarck-Portefeuille" bekannt geworden sind.

Zwischen Berlin und Mainz, den 1. August 1870.

Aus den Memoiren von Abeken[2]) erfahren wir, daß Bismarck für sich und seinen diplomatischen Generalstab zur Fahrt von Berlin nach Mainz den ehemaligen Königlich hannoverschen Salonwagen benützte, den der König nicht gebrauchen wollte, obgleich er viel bequemer war als sein eigener; das Wunderliche war, daß der blinde König sich am Ende des Salons einen Fauteuil förmlich in Art eines Thrones mit einem Himmel darüber hatte einrichten lassen. Bismarck meinte, der Kaiser würde, wenn beide Armeen einander gegenüber gestanden hätten, mit einem Male eine Wendung gemacht haben und Preußen vorgeschlagen haben, Frieden zu schließen, um mit dieser ungeheuren Doppelmacht gemeinsam der erstaunten Welt Gesetze vorzuschreiben, wenn Bismarck ihm dies nicht durch die Publikation des Benedettischen Aktenstückes unmöglich gemacht hätte. In Magdeburg machte der König in dem Wagen Bismarcks einen Besuch. Obgleich der Zug in Köln zwei Stunden früher ankam, als er erwartet wurde, waren der Bahnhof, alle Plätze und Straßen umher, der Dom-

---

[1]) Derselbe steht im Bismarck-Portefeuille Bd. III. S. 19—50.

[2]) Heinrich Abeken, Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit, aus Briefen zusammengestellt. Berlin 1898. Ernst Siegfried Mittler & Sohn. Diesem bedeutsamen Geschichtswerke sind auch die folgenden Notizen unter dem Datum des 4. 6. 7. 9. 11. 13. 15. 16. 17. August entnommen.

platz, alles voll von einer wie dichte Wellen umherwogenden Menschenmasse. Das brauste und wogte von unaufhörlichen Hurras für den König, für Bismarck, für Moltke.

*

Mainz, den 2. August 1870.

In Mainz wurde Bismarck gemeinschaftlich mit Abeken und Keudell bei dem reichen Weinhändler Kupferberg sehr schön einquartiert, nur für Graf Bismarck zu weit vom König; auf dem höchsten Punkt der Stadt, mit einer wundervollen Aussicht auf diese und auf den lachenden Rheingau.

Am Morgen nach der Ankunft in Mainz wollte sich Bismarck rasiren lassen, und es wurde deshalb der damals in der Gaustraße, jetzt in der Augustinerstraße wohnende Barbier Philipp Ernst in das Absteigequartier des Bundeskanzlers, die Villa Kupferberg, gerufen. Als der Mann beim Grafen eintrat, war dieser, seine lange Pfeife rauchend, mit dem Durchsehen von Einläufen beschäftigt, erhob sich jedoch sofort, stellte seine Pfeife weg, trat auf den bescheiden an der Thür stehenden Bartkünstler zu, sah ihm fest in die Augen und sagte in seiner lakonischen Weise: „Rasiren!" wobei er sich auch schon auf einen Fauteuil niederließ und selbst die Serviette umband. Ohne ein Wort zu sprechen, vollendete Ernst seine Arbeit und wurde mit dem Zuruf: „Morgen wieder!" entlassen. So ging es Tag für Tag, bis das Hauptquartier aufbrach. Am letzten Morgen fragte Bismarck seinen Barbier scherzhaft: „Sie nehmen doch auch preußisches Geld als Zahlung?" worauf der schlagfertige Ernst im echten rhein-hessischen Dialekt erwiderte: „Gewiß, Excellenz, mir geht's in der Beziehung wie de Preiße, ich nemme, was ich krieche kann." Mit dem Finger drohend, aber dabei herzlich lachend, gab ihm der Bundeskanzler sechs Thaler für seine Mühewaltung.

Beim Abendessen (2. August) war Bismarck unglaublich amüsant, in seiner rosigsten Laune, und er faszinirte seinen Wirt, Kupferberg, förmlich mit Patriotismus und allem möglichen. Um 10 1/2 Uhr mahnte Abeken zum Aufbruch und fand nach einigem Drängen auch Gehör. Am andern Morgen bewies derselbe natürlich wieder seine Schlafkraft am Tage. Bis 10 1/2 Uhr keine Spur von Erwachen.

*

Am 3. August, am Vorabend von Weißenburg, begegnete Bismarck auf einem Ausgang in Mainz den Zollparlamentarier Dr. Ludwig Bamberger, den er auf der Straße anredete und begrüßte. Dieser drückte seine Freude über das herrliche Aussehen und die kräftige Haltung Bismarcks aus. „Von der Gelbsucht keine Spur mehr."

„C'est la guerre," antwortete der Kanzler, „ich habe mit einem Male Nerven wie Stricke bekommen."

*

Mainz, den 4. August 1870.

Abends kommt Bismarck auf Abekens Zimmer, um demselben ein Konzept zu einem Brief an den König von Bayern zu diktiren, welches Abeken entworfen, Bismarck aber so durch Korrekturen zurechtgemacht hatte, daß er meinte, es könne sich niemand herausfinden, wenn er es Abeken nicht diktirte. Abeken mußte zugestehen, Bismarck habe es sehr schön gemacht.

*

Mainz, den 6. August, Nacht vom Sonnabend auf Sonntag, 2 Uhr.

Die Adjutanten des Königs, Lehndorff und Alten, wecken Bismarck und bringen demselben die Siegesnachricht vom Kronprinzen.

*

Homburg vorm Wald, den 7. August.

Das Hauptquartier fiel in dieses Landstädtchen von 2000 Einwohnern wie eine Bombe, da ursprünglich in Kaiserslautern übernachtet werden sollte. Vom Bahnhof zog Bismarck mit seinen Leuten unter der herrlichsten Abendglut der unter den Wolken vorkommenden Sonne dem Städtchen zu, wo der König im Bezirksamt, Bismarck bei einem Bauern, Abeken und Dr. Ludwig Bamberger, den der Minister zu politischen Einwirkungen von Mainz aus mitgenommen hatte, bei einer Judenfamilie einquartiert wurden. Bismarcks Sorge und die Aufgabe seiner Chiffreure war, die Nachrichten über den Sieg des Kronprinzen bei Wörth gehörig der Welt zu verkünden.

*

Zwischen Homburg und Saarbrücken, den 9. August 1870.

Den Weg von Homburg nach Saarbrücken legte Bismarck per Achse zurück, Abeken an seiner Seite. Es war ein milder, halb bewölkter Tag, wundervolle Luft, kein Staub, eine herrliche, reiche hügelige Gegend, schöner Wald, Acker- und Gartenland, aber fast fortwährend sah man zur Seite ein Lager, ein Bivouak, einen Train, aus dem Walde, von den Wiesen Dampf von den Feldküchen, unzählige Truppenmassen zu beiden Seiten aufgestellt: die Leute sahen alle frisch und munter aus. Hie und da immer einer, der Bismarck erkannte. Dann brach der Jubel los, und das Hurra ging Viertelstunden am Wege entlang fort, dabei lachte den Leuten das ganze Gesicht, und es war eine wehmütige Freude, diese frischen Jungen zu sehen, welche dem Minister dankbar waren, der ihnen doch gewissermaßen diesen Krieg verschafft hatte, dessen Nöte, Mühen und Gefahren sie über die Begeisterung für das Vaterland vergaßen! Auf der Mitte des Weges zwischen Homburg und Saarbrücken machte

Bismarck Halt, um die Pferde zu tränken; dort holte ihn erst Moltke ein, dann der König, welchem die Tochter des Forsthauses, die sich einen schönen Rosenkranz dazu aufgesetzt hatte, nun das Bouquet überreichen konnte, das sie erst Bismarck, ihn für den König haltend, dargereicht hatte. [1])

*

Forbach, ca. 10. August 1870.

Senator Cucchi, der bekannte Agent der Aktionspartei vor 1870 in Rom und Vertrauensmann Victor Emanuels, trifft Bismarck in Forbach an der Grenze und begleitet ihn in den folgenden Tagen bis unter die Mauern von Metz. Er kehrte — so erzählte er kürzlich einem Redakteur des „Don Chiscotte" [2]) — nach Italien mit der ausdrücklichen Zusage Bismarcks zurück, daß Preußen die Einnahme Roms fördern und Oesterreichs Zustimmung erlangen würde. Cucchi setzte hinzu: „Bismarck hielt Wort." [3])

*

[1]) Am 10. August abends schreibt Abeken an seine Frau: „Ich habe eine Depesche etwas eilig, vielleicht zu eilig abgemacht, so daß Graf Bismarck sie mich am Ende morgen noch umschreiben lassen wird; das thut aber nichts ... Eben schickt der Minister schon mein Konzept wieder, und zwar nicht, um es umzuschreiben, sondern mit wenigen Korrekturen, um es zu mundiren."

[2]) Bismarck hielt, so erzählt Cucchi, im Jahre 1870 Italien unverwandt im Auge. Um Victor Emanuels Absichten zu durchkreuzen, sendete er einen Vertrauensmann nach Florenz, damit er sich mit der Aktionspartei verständige, die bekanntlich alles daran setzte, ein Bündnis mit Frankreich zu verhindern und den Marsch nach Rom zu beschleunigen. Bismarck war entschlossen, die Ziele der Partei in jeder Weise zu fördern, und Cucchi läßt durchblicken, daß er der Aktionspartei sogar die Mittel zu einem Freischarenzuge nach Rom zur Verfügung stellte. Bismarcks Agent sah die hervorragendsten Männer der Linken, Fabrizi, Crispi, Cairoli, und bat schließlich, einen verläßlichen Mann nach Deutschland zu senden, um mit Bismarck ein entscheidendes Abkommen zu treffen. Cucchi ward auserwählt.

[3]) Ein zweites Mal sah Cucchi den Fürsten Bismarck im Jahre 1889, eben als das Gerücht auftauchte, Frankreich wolle den italienischen Kriegshafen Spezia überrumpeln. Die englische Flotte war zur Unterstützung Italiens vor Genua erschienen. „Ich war" — so berichtet Cucchi — „in Berlin, und Crispi bat mich, Bismarck aufzusuchen. Der Reichskanzler weilte in Varzin. Er empfing mich auf das herzlichste, und wir sprachen von vielen Dingen; als ich ihn fragte, ob er einen Anschlag Frankreichs gegen Italien für möglich halte, antwortete er wörtlich: ‚Nein, ich glaube es nicht; meine Nachrichten schließen es aus. Davon absehend, kann ich nicht zugeben, daß eine Nation oder ein Staatsoberhaupt heute wahnsinnig genug sei, um die Verantwortung für einen Krieg zu übernehmen, der bei den heutigen Zerstörungsmitteln auch dem Sieger verderblich wäre. Meines Glaubens könnte das nur dann geschehen, wenn der Angreifer an der ganzen gesitteten Welt einen Rückhalt hätte.'"

St. Avold, den 11. August 1870.

Gleich nach Mittag fuhr Bismarck von Saarbrücken weg und überschritt etwa eine halbe Meile dahinter die Grenze, von welcher die Deutschen vor wenigen Tagen den Feind zurückgeworfen hatten. Bismarck war im Städtchen St. Avold mit seinem diplomatischen Generalstab recht gut aufgehoben. Geradezu Unglaubliches leisteten an diesem Tage seine Bureaubeamten, um den Kurier nach Berlin noch vor der Abreise nach Saarbrücken abzufertigen. Bismarck begab sich, um 4 Uhr in St. Avold angekommen, alsbald zum König. Die Nacht schliefen Bismarck und seine Leute nur mit einem Auge; in Feindesland und, wie einige behaupten wollten, etwas unvorsichtig vorgeschoben, ohne genau zu wissen, ob eine hinreichende Armee vorhanden sei, um sicher zu sein, daß der jetzt in Metz kommandirende Bazaine keinen Ausfall wagen könne. Bismarck beobachtete fortan in Feindesland die Vorsicht, seine Umgebung zusammenzuhalten, beziehungsweise dieselbe nicht eparpilliren und in verschiedene Häuser auseinanderlegen zu lassen. Die Neuerung kam natürlich auch der Arbeit zu gute.

*

St. Avold, den 13. August 1870.

Abeken giebt in einem an seine Frau gerichteten Briefe der Hoffnung Ausdruck, daß die Früchte der blutigen Arbeit uns nicht verkümmert werden. „Darin ist Graf Bismarck wirklich unvergleichlich; unerschöpflich in Gedanken im einzelnen und dabei unverrückt auf das Ziel gerichtet. Hier und da geschieht bei der großen Hast und Fülle einmal etwas Ueberflüssiges; aber darauf kommt nichts an. Versäumt wird nicht leicht etwas, und in der Regel trifft er mit bewundernswürdiger Schärfe das Richtige. Dabei würde auch, abgesehen von dem eigentlich diplomatischen Felde, eine Menge notwendiger Sachen unterbleiben, wenn er nicht eine so bewundernswürdige Initiative hätte und an alles dächte.“

*

Falkenburg oder Foulquemont, Sonnabend den 13. August 1870.

Es fand an diesem Tage eine Trennung des Hauptquartiers statt; Bismarck, der mit dem König in einem kleinen Dorf eine Stunde von hier lag, hatte diesmal seinen Vetter Carl Bohlen mit sich genommen, während sein übriges Gefolge mit Prinz Karl und den übrigen Fürstlichkeiten in Falkenburg liegen blieb. Das war für die Herren nun ungeheuer behaglich, daß der Chef nicht jeden Augenblick mit Aufträgen aus der andern Stube kommen konnte, sondern erst einen reitenden Boten eine Stunde weit schicken mußte, wenn er den Herren irgend ein Telegramm auftragen wollte. Dies Eldorado währte aber für dieselben nicht lange. Eben, als Abeken sich niederlegen wollte,

kam Geheimrat Stieber von Herny, wo Bismarck und der König sich aufhielten, mit einem Schmerzensschrei des ersteren nach seinem Bureau zurück, und in der Nacht traf noch eine zweite Ordonnanz ein, mit einem zweiten Schmerzensschrei und einer Menge Telegramme in Chiffres. Bismarck vor unentzifferbaren Telegrammen! Eine für ihn sehr schmerzliche, höchst tragikomische Scene, der derselbe durch den Wunsch ein Ende machte, die Herren von seiner Umgebung möchten so früh als möglich aufbrechen und zu ihm kommen, für Unterkommen würde er schon sorgen. Abeken sah bereits die auf die nächsten kriegerischen Schläge folgende diplomatische Campagne voraus. „Da wird Bismarck alle seine Klugheit und alle seine Energie nötig haben, um Maß zu halten, das heißt das rechte Maß zu treffen, nicht zu viel, aber auch nicht zu wenig.“

„In der Nacht kam eine Sendung von Berlin, die mir mancherlei zu thun brachte, was abgethan sein mußte, ehe Graf Bismarck aufwachte. Letzteres fand nun für mein Behagen diesmal viel zu früh, für die Geschäfte aber kaum früh genug statt; daher denn auch eine große Hetze entstand, da ein Kurier nach Berlin, ein anderer an den Kronprinzen abgefertigt werden mußte, ein Gendarm nach Saarbrücken zurück, um Proklamationen (die Graf Hatzfeldt in sehr schönes Französisch gebracht hatte) drucken zu lassen.“

*

Herny, den 15. August 1870.

Bismarck verließ Herny in der Frühe mit seinem Vetter, drei Meilen zu Wagen zurücklegend, um dann zu Pferde zu steigen und dem König auf die Anhöhen zu folgen, von denen man das ganze Terrain übersehen konnte. Man sah die hohe stolze Kathedrale von Metz ganz deutlich und hinter ihr die Staubwolken der abziehenden Armee der Franzosen!

*

Pont-à-Mousson, Dienstag den 16. August 1870, abends.

Es war ein heißer Tag, das heißt nicht an Arbeit, sondern an wirklicher Sonnenhitze; fast den ganzen vier bis fünf Stunden langen staubigen Weg mußte Bismarck langsam fahren, neben endlosen Kolonnen, bald Infanterie, bald Kavallerie, bald Munitions- oder Proviantwagen, und um auf halbem Weg einmal den Pferden Ruhe und Wasser zu geben, gab es nur einen schattenlosen Fleck. Desto behaglicher war Bismarck mit seinem Gefolge in Pont-à-Mousson untergebracht, in einem hübschen Hause mit einem kleinen vorderen, von zwei Flügeln eingefaßten Hofe, dessen Seiten von dichten blühenden Rankengewächsen, welche bis in die Fenster hineindrangen, bewachsen waren. Abeken bewohnte

den einen Flügel, Graf Hatzfeldt den andern; Bismarck, Keudell und Graf Bohlen das mittlere Corps de logis.

Unterwegs kam zu Fuß mitten im ärgsten Staube der Oberst v. Willisen heran, um sich bei Bismarck vorzustellen, welcher etwas contre cœur im Staube halten ließ, weil er doch einen Regimentskommandeur, der zufällig zu Fuß war, nicht neben dem Wagen herlaufen lassen könne.

*

Pont-à-Mousson, den 17. August 1870.

Bismarck war mit dem König bereits um 3 1/2 Uhr früh nach dem Schlachtfelde von Mars-la-Tour, etwa drei Meilen von Pont-à-Mousson, gefahren, und erst dort zu Pferde gestiegen, während Abeken erst um 4 1/2 Uhr zu Pferde folgte. Als derselbe bei der Suite des Königs ankam, ritt Bismarck gerade mit seinem Vetter Bohlen fort, nach dem eine Stunde entfernten Campement der Dragoner, bei dem seine beiden Söhne standen, die so furchtbar im Gefecht waren. Nach stundenlangem Harren kam Bismarck-Bohlen zurück. Dem Chef war zuerst gesagt worden, sein zweiter Sohn Wilhelm sei tot, aber es war nicht der Fall; er war beim Einhauen in ein Carré mit dem Pferde gestürzt, das erschossen war, aber er war wieder aufgekommen und vorwärts, und der Vater traf ihn frisch und gesund. Seinen ältesten Sohn Herbert fand er in einem etwas entlegenen Lazaret in einem großen Gehöft, Mariaville, mit einer ganz ungefährlichen Fleischwunde im Schenkel; der Knochen nicht getroffen, die Kugel wieder hinausgegangen und gar keine Gefahr.

*

18. August 1870. Bivouacscene bei Gravelotte. König Wilhelm bemerkt zu Louis Schneider beim Betrachten des Entwurfs zu dieser Scene:

„Das Haus hinter mir brannte noch, als ich Bismarck die Depesche über den Sieg diktirte. Als Moltke dazu kam, befahl ich, daß sie ihm gezeigt werden solle. Er war es, der hinzusetzte ‚unter Meiner Führung‘ — ich hatte das nicht diktirt. Auch den Schluß änderte er dahin ab, daß nun die Verbindung der Armee unter Bazaine mit Paris abgeschnitten sei.“ [1])

*

Pont-à-Mousson, 20. und 21. August 1870.

Der „Gaulois“ veröffentlichte in der Nr. 6085 vom 3. August 1898 Erinnerungen eines in die deutsche Gefangenschaft geratenen französischen Offiziers.

---

[1]) Louis Schneider, Aus dem Leben Kaiser Wilhelms I. Bd. III. S. 223.

Unter dem 20. August heißt es: 3 Uhr nachmittags. — Von Novéant an sind wir dem linken Ufer der Mosel gefolgt. Wir rücken in Pont-à-Mousson ein, wo der alte König Wilhelm, v. Moltke, Bismarck und ihre Stäbe einquartiert sind.

21. August 9 Uhr morgens, Pont-à-Mousson. — Zusammenkunft der französischen Offiziere in dem großen Saale des Stadthotels. Wir sind etwa 80. Abgesehen von zehn Offizieren der Brigade Collin, welche am 18. bei Sainte-Marie-aux-Chênes gefangen genommen wurden, sind alle verwundet, die meisten ziemlich schwer. Viele Kavallerie-Offiziere, heroische und blutige Trümmer des Tages vom 16. Unter ihnen ein General mit verbundenem Kopf; man sagt mir, daß es General Montaigu sei.

Kein Ausdruck vermag das Malerische dieser Zusammenkunft wiederzugeben: zerfetzte Uniformen, mit Schmutz und Blut befleckt; Arme in der Binde, umwickelte Köpfe, geschwärzte Gesichter mit blutigen Streifen und Flecken; Amputirte, auf Stroh liegend, in einer Ecke des mächtigen Raumes.

Feierliches Stillschweigen. Bismarck, in Helm und Waffe, mit dem großen grauen Mantel angethan, tritt ein, von einigen Offizieren der Adjutantur geleitet. Er redet uns französisch an, fast ohne Accent. Seine Stimme ist stark.

„Meine Herren," sagt er, „ich habe Sie vor Ihrer Abreise nach Deutschland zu sehen gewünscht. Seine Majestät der König hat Ihre Tapferkeit bewundert. O, Sie haben uns Schlimmes zugefügt! . . . Ihre Gewehre sind furchtbar. Am 16. August ging ich hinter unserer Gefechtslinie ganz ruhig auf und ab und glaubte mich außer Schußweite, als ich Ihre Kugeln pfeifen hörte. Meiner Treu, es ist nicht mein Beruf, tapfer zu sein, und ich habe mich zurückgezogen.

(Ein verhaltenes und gedämpftes Lachen ist in unseren Reihen vernehmbar. Das Auge Bismarcks funkelt.)

Eine noch schwierigere Sache, meine Herren. Der Große Generalstab hat soeben ärgerliche Nachrichten empfangen. (Ein Freudenschauer gleitet durch unsere Reihen.) Ihre Vorposten haben auf unsere Parlamentäre geschossen. Sie werden mir zugestehen, daß dies nicht die Art einer zivilisirten Nation ist . . .

(Hier einige ausdrucksvolle Mißfallensbezeigungen unter uns.) . . . Kurz gesagt, meine Herren, das ist's, worum es sich handelt: ich fürchte, daß Ihre Abgeordneten sich schlecht ausgedrückt haben, weil keiner von Ihnen die wohlwollenden Absichten Seiner Majestät bezüglich Ihrer hat benützen wollen.

Sie werden begreifen, daß wir uns mit Ihnen in Ihrem Lande nicht beschweren können; wir sind gezwungen, Sie weit, sehr weit fortzuschicken, um denjenigen — Zahlreichen — Platz zu machen, welche Ihnen folgen werden. Wir haben mit Königsberg begonnen, wir werden mit den Festungen an der russischen Grenze fortfahren. Aber ich hoffe, daß Sie uns davon entbinden

werden, zu gleichen Mitteln unsere Zuflucht zu nehmen, und daß Sie Ihre Unterschrift unter das kleine Schriftstück setzen werden, welches man Ihnen vorlegen wird . . . Wir fordern nur dies, um Ihnen die Freiheit wiederzugeben."

Mit sichtlicher Genugthuung durchmißt Bismarck den Saal, während die Offiziere uns das famose „kleine Schriftstück" hinhalten. Mit vollkommener Uebereinstimmung kreuzen sich unsere Hände hinter dem Rücken.

„Nach Ihrem Belieben, meine Herren. Wollen Sie sich auf den Platz hinaus begeben, wo man Sie zu Abteilungen formiren wird."

Und die letzten im Saal gebliebenen Offiziere können, ebenso wie ich, folgendes deutsch gepflogene Gespräch zwischen Bismarck und seinen Adjutanten vernehmen:

„Nun, meine Herren, was sagen Sie dazu?"

„Ich würde das niemals von ihnen geglaubt haben."

„Sie haben einen wahrhaft diabolischen Starrsinn."

„Es sind Unvernünftige (brutes)!" schloß philosophisch Bismarck.

*

Bar-le-Duc, 26. August 1870.

Ueber den bereits in Band III. Seite 43 geschilderten Besuch Bismarcks im Lyceum von Bar-le-Duc schreibt Emil Gebhart im „Journal des Débats":

Am 26. August 1870 gegen $10^1/_4$ Uhr morgens waren einige Lehrer des Lyceums von Bar-le-Duc im Speisesaal versammelt und frühstückten; es war ein trauriges Frühstück. Das Haus war leer, die Klassen geschlossen. In der Stadt herrschte eine unheilverkündende Bewegung, das Kommen und Gehen der Invasionstruppen. Die deutschen Heeresmassen wälzten sich damals gen Sedan, und Bar-le-Duc war die Durchgangsstation. Plötzlich drangen zwei preußische Offiziere in das Lyceum ein. Der eine von ihnen, ein Riese, in weißer Kürassieruniform, mit einer weißen Mütze, die von einem breiten gelben Streifen umgeben war, war der Mann, den man damals ruhig inmitten der aufgeregten Menge spazieren gehen sah, der furchtbare Zimmerer dieses Krieges, der Graf v. Bismarck. In sehr höflichem Tone bat er um die Erlaubnis, das Lyceum besichtigen zu dürfen. Einer von den letzteren bot sich dem Minister des Königs Wilhelm als Führer an, und die Promenade begann durch die Gänge und die Höfe, in welche aus weiter Ferne der Lärm der vorüberrollenden Kanonen und der mit Mundvorrat beladenen Wagen drang, die dann mit Beute reich beladen nach Deutschland zurückkehren sollten. Als erster trat Herr v. Bismarck in die Säle ein; aber er wünschte, daß Herr H . . ., der Lehrer, als zweiter eintreten sollte, vor dem Adjutanten, der „Ehre wegen", sagte er (oder aus Vorsicht?). Die Unterhaltung zwischen dem Minister und

dem Lehrer war sehr interessant. Bismarck informirte sich über die Zahl der Schüler in jeder Klasse, über die Zahl der Unterrichtsstunden, über den Grad der Studien. In den Sälen der oberen Stockwerke, großen Zellen, die den Zöglingen als Arbeitsräume dienten, gab der gepanzerte Diplomat sein Erstaunen kund über die blinden Fensterscheiben, die verhindern sollten, daß man von der Außenwelt etwas zu sehen bekomme, über die Fenster, die die Schüler nicht öffnen konnten, und über die starken Riegel an allen Thüren. Er erinnerte sich wohl nicht an den Ausspruch Montaignes, den er wahrscheinlich gar nicht kannte: „Das Gefängnis der eingekerkerten Jugend"; aber er ereiferte sich gegen das Internat: „Mein ganzer Haß," sagte er, „erwacht, wenn ich ein solches Institut sehe. Ich habe die ersten Jahre meiner Jugend in einem Internat verbracht; lange Zeit durfte ich meine Familie nicht sehen; ich wurde sehr streng gehalten." Er fügte hinzu, daß Frankreich früher oder später, gleich Deutschland, das Internat unterdrücken würde. Die Einrichtung der Schlafsäle billigte er und fragte nach der Zahl der Schüler, die in jedem Zimmer lägen. Er lobte auch die Turnhalle. Entblößten Hauptes trat er in die Kapelle, die ihm etwas dunkel zu sein schien, und tadelte die Anordnung der Bänke, die nicht dem Altar gegenüberstanden, sondern parallel an den Seitenwänden aufgestellt waren. Man sagte ihm, daß das Lyceum einen Klub für die Lehrer habe; er wollte ihn besuchen. Mehrere Lehrer saßen im Klubzimmer; er setzte sich zu ihnen an den Tisch und trank ein Glas Kirsch: „Auf den Frieden!" sagte er. Er gab zu, daß der Krieg für Deutschland ein ebenso großes Unglück sei wie für Frankreich, und eine Erklärung, die er, glaube ich, 1887 vor dem deutschen Parlament wiederholte — daß die Gefahr neuer Verwicklungen zwischen den beiden Ländern noch 50 Jahre dauern werde. Dann kritisirte er unsere Heeresorganisation, unsere Mobilmachung, die Massenerhebung, die seiner Ansicht nach nur in Spanien gelingen könnte. Darauf sagte er: „Sie sind für uns sehr unruhige Nachbarn. Seit Louis XIV. greifen Sie uns, wie ich glaube, schon das zwölfte Mal an. Deshalb wollen wir, daß so etwas in der Zukunft nicht mehr vorkommen soll." Nach und nach wurde er mitteilsamer, familiärer und führte die Unterhaltung in harmloser, aufrichtiger Weise. Der Zeuge, dem ich die Schilderung des idyllischen Vormittags an den Ufern des Ornain entnehme, schreibt: Er sagte uns mehreremal, daß er den Krieg nicht erwartet habe; daß er im Augenblicke der Kriegserklärung in einem Badeorte war, und daß er ganz erstaunt gewesen sei, als er eine Depesche aus Berlin empfing, die ihn zur schleunigen Rückkehr aufforderte(?). „Ich konnte nicht glauben, daß es wahr sei, daß Frankreich uns den Krieg erklären würde." Nachdem er jedem besonders die Hand gereicht hatte, verließ er das Lyceum.

*

Zweiter Teil.

Von Sedan bis Ferrières.

1. bis 19. September 1870.

Vendresse, den 1. September 1870.

Bismarck verließ früh um 3 Uhr Vendresse zu Pferde mit dem Grafen Hatzfeldt im Gefolge des Königs, nachdem er dem zurückgebliebenen Abeken auf offenem Markte einen halbstündigen Vortrag gewährt hatte. Keudell und Abeken hatte derselbe in Vendresse zur Erledigung dringlicher Arbeiten zurückgelassen; erst spät abends ging ihnen die Weisung zu, sie möchten gleich nach Donchery kommen; sie reisten sofort dorthin, fanden den Minister natürlich schlafend, Graf Hatzfeldt aber mit der französischen Uebersetzung der Kapitulationsbedingungen für die Armee, über welche die Generalstabsoffiziere inzwischen verhandelt hatten, beschäftigt.

*

Vor Sedan, 1. September 1870.

Der amerikanische General Sheridan, der sich den ganzen Tag in Bismarcks Nähe aufhielt, berichtet:

„Um 3 Uhr befanden sich die Franzosen bereits in einer so verzweifelten und hoffnungslosen Lage, daß der König Befehl gab, das Feuer einzustellen, und ein Mitglied seines Stabes, den Obersten von Bronsart, mit der Aufforderung, sich zu ergeben, an den Gegner abschickte.[1]) Gerade als dieser Offizier aufbrach, bemerkte ich zum Grafen Bismarck, wahrscheinlich werde der Kaiser Napoleon selbst einen der Preise des Tages bilden, aber der Graf erwiderte ungläubig: „O nein, der alte Fuchs ist zu gerieben, um sich in einer solchen Falle fangen zu lassen; er ist zweifelsohne nach Paris entwischt!“ — eine Ansicht, die im Hauptquartier fast allgemein geteilt wurde.

In der Ruhepause, die jetzt eintrat, lud der König eine Anzahl aus seiner Umgebung zum Frühstück; ein Wirt aus der Nähe hatte nämlich einen tüchtigen Imbiß, bestehend aus gutem Brot, Koteletten und Erbsen, nebst einem reichlichen Vorrat von Rotwein und Sherry herbeigeschafft. Unter den Teilnehmern befanden sich Prinz Karl, Bismarck, v. Moltke, v. Roon, der Großherzog von

[1]) Der Sendung Bronsart v. Schellendorffs nach Sedan voraus ging eine Beratung des Königs mit dem von Donchery eingetroffenen Kronprinzen, mit Bismarck, Moltke und Roon. Vergl. Archibald Forbes, Kaiser Wilhelm S. 289.

Weimar, der Herzog von Coburg, der Großherzog von Mecklenburg, Graf Hatzfeldt, Oberst Walter von der englischen Armee, General Forsyth und ich."

Der „Times"-Correspondent William Russel erzählt in der Schilderung über den Sedantag, er sei, während er den Kronprinzen aufgesucht, plötzlich auf eine Gruppe von Offizieren gestoßen, die durch ihre Fernrohre schauten. Weiter rückwärts, durch eine Bodenvertiefung gedeckt, befand sich eine noch größere Anzahl derselben mit einer Ulaneneskorte. „Ich hielt sie für die des Kronprinzen und galoppirte freudig auf sie zu, als ein Offizier wütend gegen mich ansprengte und mir zurief: ‚Abgestiegen, Herr! Sehen Sie denn nicht, daß der König dort steht?' Kaum hatte er geendet, flog eine aus Sedan abgefeuerte Kugel daher und bohrte sich in den Boden, nahe an dem Punkte, woselbst der König mit Moltke, Bismarck und drei oder vier Herren seines Stabes Stellung genommen. Dadurch entstand einige Bewegung unter den Offizieren, und mehrere von ihnen warfen mir wütende Blicke zu, als ob ich verbrecherischerweise schuld an dem Schusse gewesen wäre. Die Eskorte erhielt Befehl, noch weiter zurückzuweichen, und die um den König stehenden Offiziere wurden angewiesen, minder dichte Gruppen zu formiren."

Als Winterfeld mit der Nachricht Bronsarts, daß Napoleon in Sedan sich aufhalte und demnächst einen Bevollmächtigten in das deutsche Hauptquartier senden werde, zum König kam, reichte dieser Bismarck die Hand, der sie ehrfurchtsvoll küßte, und zog sich dann mit seinem großen Minister von der Umgebung (Kronprinz, Moltke) etwas zurück, um demnächst angelegentlich weiter mit demselben zu sprechen. [1])

*

Bei der Entgegennahme des Briefes Napoleons aus den Händen des Generals Reille schritt der König, von Bismarck, Moltke und Roon gefolgt, eine Strecke voran, während seine Begleiter stehen blieben, und eine etwa zwanzig Schritt im Hintergrunde befindliche Gruppe eine Linie bildete. [2])

*

Nachdem General Reille dem König das Schreiben Napoleons übergeben, wonach er dem König seinen Degen überreicht, unterhielt sich Bismarck mit dem französischen Sendboten. [3]) Auch der König trat an Bismarck heran und bemerkte: „Dies welthistorische Ereignis, fürchte ich, bringt uns den Frieden noch nicht!" [4])

*

[1]) Archib. Forbes, Kaiser Wilhelm S. 292.
[2]) Sheridan, Erinnerungen, deutsch von Brachvogel.
[3]) Dr. L. Kayßler, Aus dem Hauptquartier und der Kriegsgefangenschaft S. 80.
[4]) L. Schneider, Aus dem Leben Kaiser Wilhelms I. Bd. II. S. 210.

Die Vorgänge bei der Uebergabe des Napoleonischen Briefes an den König durch den General Reille schildert der Berichterstatter der „Pall Mall Gazette“ wie folgt:

Sobald der französische General in Sicht war, formirte sich die kleine Eskorte von Kürassieren und Dragonern in doppelter Linie hinter dem König. Vor dieser Linie stand der Stab und zehn Schritte weiter vor Se. Majestät selbst, um den General Reille zu empfangen, der ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers an den König überbrachte. Nach Empfang dieses höchst erstaunlichen Briefes wurde eine kurze Beratung gehalten zwischen dem König, dem Kronprinzen, der inzwischen nach der Ankunft des Parlamentärs herangekommen war, Graf Bismarck, v. Moltke und v. Roon. Nach einigen Minuten Besprechung setzte sich der König auf einen Strohstuhl, zwei Adjutanten hielten einen zweiten Stuhl wie einen Tisch, und der König schrieb eine Antwort, worin er den Kaiser ersuchte, am nächsten Morgen ins Hauptquartier nach Vendresse zu kommen. Der König überreichte das Schreiben selbst an General Reille. Um 7 Uhr 40 Minuten kehrte der General wieder nach der belagerten Stadt zurück, eskortirt von den Ulanen mit der weißen Parlamentärflagge.

Während dieser Brief geschrieben wurde, kam Bismarck auf die Generale Sheridan, Forsyth und mich zu und schüttelte unsere Hände recht herzlich.

„Meinen aufrichtigsten Glückwunsch, Graf,“ sagte General Sheridan; „ich kann die Uebergabe Napoleons nur mit der des Generals Lee im Gerichtshause zu Appomatox vergleichen.“

Als die Reihe an mich kam, dem Bundeskanzler die Hand zu drücken, konnte ich nicht umhin, nachdem ich ihn warm beglückwünscht hatte, zu bemerken: „Sie müssen sich stolz fühlen, Graf Bismarck, so reichlich zu dem heutigen Siege beigetragen zu haben.“

„O nein, mein lieber Herr,“ lautete die bescheidene Antwort, „ich bin kein Stratege und habe nichts mit Schlachtengewinnen zu thun. Aber ich bin stolz, daß die Bayern, die Sachsen und die Württemberger heute nicht nur auf unserer Seite standen, sondern auch einen so großen Anteil — den größten — an dem Ruhm des Tages hatten. Daß sie mit uns, nicht wider uns sind, das ist mein Werk. Die Franzosen werden nun nicht mehr sagen können, daß die Süddeutschen nicht für unser gemeinsames Vaterland kämpfen würden.“

Ich fragte Se. Excellenz, ob Lulu mit seinem Papa gefangen genommen worden; der Graf antwortete mir, niemand wisse es, und niemand schien sich um den kleinen Knaben zu bekümmern. Jetzt entstand ein allgemeiner Begehr nach Getränken. Graf Bismarcks Adjutant brachte zwei Flaschen belgisches Bier zum Vorschein; eine teilte Seine Excellenz mit den Generalen Sheridan, Forsyth und mir und sagte, er trinke auf die nähere Vereinigung der drei großen teutonischen Völker.

Abends 7 Uhr nach der Schlacht von Sedan begleitete der General Sheridan den Grafen Bismarck nach Donchery. Auf dem Wege dorthin begegnete denselben der Neffe des Bundeskanzlers, Graf Bismarck-Bohlen, der einen ausgezeichneten Cognac bei sich führte. Indem er die Flasche seinem Oheim reichte, sagte er: „Du hast einen harten Tag hinter dir; willst du dich nicht erfrischen?“ Der Kanzler setzte die Flasche an die Lippen und rief aus: „Auf die Einheit Deutschlands!“ — Worte, die er durch den gurgelnden Ton eines erstaunlich langen und tiefen Zuges bekräftigte. Nachdem sein Neffe die Flasche zurückerhalten hatte, schüttelte er sie und erklärte: „Wir können dir nicht Bescheid thun — es ist nichts übrig!“ worauf der Kanzler schelmisch erwiderte: „Pardon — es ist so dunkel; ich konnte nichts sehen.“ Etwas aber war doch noch in der Flasche geblieben, wie sich General Sheridan überzeugen konnte.[1])

*

Donchery, 2. September 1870.

Morgens etwa 1/27 Uhr kam von Sedan General Reille zu dem Hause in der Hauptstraße geritten, wo Bismarck einquartiert war, stieg ab und ging hinein. Bald darauf fand die Begegnung Bismarcks mit dem Kaiser Napoleon statt. Bei der ersten Begegnung trug Bismarck seine Feldmütze, die er aber, nachdem er sich kurze Zeit entfernt, mit dem Kürassierhelm vertauschte.[2])

*

Die Zusammenkunft Bismarcks mit Napoleon bei Frénois schildert Sheridan wie folgt: Etwa eine Meile von Donchery entfernt liegt ein aus drei oder vier kleinen Häusern bestehendes Oertchen. Vor dem ersten derselben hielt der Landauer des Kaisers Napoleon, um den Grafen Bismarck zu erwarten, mit dem die diplomatischen Abmachungen getroffen werden sollten. Einige Minuten vergingen, bevor der Graf erschien. Napoleon blieb im Wagen sitzen, rauchte ruhig weiter und ertrug mit vollkommener Gelassenheit das Anstarren einer Gruppe deutscher Soldaten, die den gefallenen Feind mit begreiflicher Neugierde und Aufregung betrachteten. Plötzlich wurden Hufschläge vernehmlich: Graf Bismarck trabte die Straße herauf. An der Kutsche stieg der Graf ab, trat an den Wagenschlag und grüßte den Kaiser schnell und kurz angebunden, so daß dieser betroffen zu sein schien. Nachdem einige Worte gewechselt waren, bewegte sich die Gesellschaft etwa 100 Meter weiter vor und machte gegenüber dem von jenen Tagen her so berühmten Weberhäuschen Halt. Das Häuschen steht auf der Ostseite der Donchery-Straße nahe der Stelle, wo diese sich mit dem nach Frénois führenden Wege vereinigt, etwa 20 Schritt hinter der Straße entfernt. Vor demselben befindet sich eine mit Schlinggewächsen über-

---

[1]) Sheridan, Erinnerungen S. 58.

[2]) Dr. Kayßler a. a. O. S. 84, 85.

zogene Mauer, und von einer Thür in dieser Mauer führt ein um diese Jahreszeit ebenfalls von Schlingpflanzen eingefaßter Weg zur Hausthür.

Nachdem der Kaiser vor der Mauerpforte ausgestiegen war, gingen er und Bismarck zusammen den schmalen Pfad zur Hausthür entlang und traten ein. Nach etwa einer Viertelstunde erschienen sie wieder im Freien und ließen sich, nachdem der Weber ihnen ein Paar Stühle herausgebracht hatte, unter freiem Himmel nieder. Hier entspann sich zwischen ihnen eine Unterhaltung, die, nach den Gebärden zu schließen, recht lebhaft war. Die Besprechung dauerte eine volle Stunde, und zwar schien Bismarck hauptsächlich ihre Kosten zu tragen. Aber schließlich erhob er sich, grüßte den Kaiser und ging nach der Landstraße hinunter zu seinem Pferde. Als er hier meiner in der Nähe der Pforte ansichtig wurde, trat er einen Augenblick zu mir und fragte mich, ob ich bemerkt hätte, wie betroffen der Kaiser gewesen sei, als er ihn zuerst angesprochen habe, und als ich erwiderte, daß mir das in der That aufgefallen sei, setzte er hinzu: „Nun, der Grund dafür muß in meiner Manier und nicht in meinen Worten gelegen haben, denn diese lauteten: ‚Ich grüße Ew. Majestät, wie ich meinen König grüßen würde!" Nachdem wir noch einige Minuten geplaudert hatten, teilte der Kanzler mir mit, daß hier nichts weiter vor sich gehen würde; wir möchten uns nach Schloß Bellevue begeben, wo die förmliche Uebergabe erfolgen solle.

Ueber die Begegnung Bismarcks mit Napoleon bei dem Weberhäuschen liegt eine weitere authentische Mitteilung aus der Feder des Herrn Salingré vor, welcher, der Verwaltung im Hauptquartier des Königs attachirt, eine der drei Zivilpersonen war, welche allein, wie er schreibt, das Glück hatten, Augenzeugen dieses wichtigen historischen Aktes zu sein; es waren dies außer ihm lediglich noch Herr Alippi, der Berichterstatter der „Leipziger Nachrichten", und Dr. Kayßler aus Berlin, beide von einem glücklichen Zufall an diese Stelle geführt.

„Ich war eben," heißt es in dem Berichte Salingrés [1]), „von Vendresse auf dem Wege nach Sedan, Donchery vorbei, als mich die ungeheure Nachricht von der Anwesenheit Napoleons traf. Ich eilte zu dem mir bezeichneten Hause, und hier allerdings bot sich mir ein überraschender Anblick. An dem Wege, welcher zu dem isolirt dastehenden einstöckigen Hause des Webers August Fournais führt, sah ich den Kaiser Napoleon, umgeben von französischen Offizieren, darunter seine beiden Generaladjutanten Reille und Fürst von der Moskwa. Er saß auf einem einfachen Bauernstuhl, sprach wenig oder gar nicht und blickte, fortwährend rauchend, auf die ihn angaffenden Soldatengruppen. Ich hatte über eine halbe Stunde Zeit, ihn zu beobachten, und nützte diese Zeit auch bestens aus. Der Kaiser sah nicht so schlimm aus, wie

[1]) Gartenlaube 1870 Nr. 43 S. 724.

ich nach all den lautgewordenen Krankheitsgerüchten geglaubt hatte. Vielleicht trug auch die bunte Uniform, bestehend aus roten Hosen mit goldenen Borten, dunkelblauem Rock und weitem blauem Mantel, der, zurückgeschlagen, das rote Futter sehen ließ, viel dazu bei; die Farbe des Gesichtes war allerdings fahl, die Haare melirt, der Bart blond, aber stark in Grau übergehend.

So saß der Kaiser vor dem bezeichneten Bauernhause, als sich — es mochte schon stark auf acht Uhr gehen — die Scene durch die Ankunft mehrerer höherer preußischer Offiziere und Beamten belebte. In nächster Nähe des Fournaisschen Hauses sah man die Generale v. Tresckow, v. Podbielski, den Chef der preußischen Feldtelegraphen Oberst Maidam und mehrere höhere Polizeibeamte, welche mit Hilfe einiger Kürassiere bemüht waren, die von allen Seiten umdrängte Chaussee frei zu halten.

In diesem Augenblick erschien der Bundeskanzler, zu Pferde und gefolgt von seinem Adjutanten, Rittmeister Graf Bismarck-Bohlen. Der Graf schwang sich rasch aus dem Sattel, vertauschte seine Mütze mit dem bereit gehaltenen Helm und eilte dann, nachdem er wenige Worte mit den Generalen gewechselt hatte, auf die Stelle zu, wo der Kaiser saß. Dieser, kaum des Ministerpräsidenten ansichtig geworden, erhob sich von dem Stuhle, ging dem Grafen einige Schritten entgegen und grüßte, indem er die Mütze sehr höflich abnahm und einen Augenblick in der Hand behielt, während Bismarck nur militärisch salutirte.

Die Unterredung dauerte etwa eine halbe Stunde, dann entfernte sich Bismarck, wie er gekommen, eine offene Postkutsche fuhr vor, in welcher Napoleon mit drei Generälen Platz nahm; Bismarck aber stieg wieder zu Pferde und stellte sich an die Spitze einer Kürassierabteilung, welche den Wagen des gefangenen Kaisers in ihre Mitte nahm und nach Schloß Bellevue eskortirte. Eine Stunde darauf wurde die Kapitulation von Sedan unterzeichnet, und an sie reihte sich als nächste Folge im Laufe des Tages die Begegnung des Königs Wilhelm mit Napoleon."

*

Nach Louis Schneider [1]) schilderte Bismarck die Unterredung, welche er mit Napoleon vor Donchery gehabt, als eine „langweilige, nichtssagende und geschraubte".

Prinz Karl von Preußen hatte Louis Schneider kurz nach der Schlacht bei Sedan erzählt, was ihm Graf Bismarck von seiner Zusammenkunft mit dem Kaiser Napoleon bei Donchery am 2. September mitgeteilt hatte; nämlich unter anderem, daß, als die Unterhaltung nach und nach langweilig wurde und schließlich ganz stockte, er mit dem Kaiser Zigarren geraucht habe. Diese Anekdote benützte Schneider im Soldatenfreund für den Artikel: „Unser König

[1]) L. Schneider, Aus dem Leben Kaiser Wilhelms I. Bd. II. S. 214.

bei Sedan.“ Es hieß darin: „Unterdessen war Graf Bismarck herangekommen, und es begann nun eine Unterhaltung, von welcher der ‚Soldatenfreund‘ jedenfalls nichts verraten kann, da er sie nicht mit angehört hat. Andere wurden aber auch nicht zum Zuhören eingeladen; dagegen sah man, daß beide Herren eine Zigarre zusammen rauchten, was man in Nordamerika eine Friedenspfeife nennen würde.“ Das war — so schreibt L. Schneider in seinem Buche „Aus dem Leben Kaiser Wilhelms I.“ Bd. III. S. 3 — gewiß ein harmloser Scherz, gegen den auch der König, als ich ihn vom Korrekturbogen abgelesen, kein Bedenken gehabt hatte.

Dessenungeachtet rief er folgende Berichtigung in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hervor:

„Der ‚Feld-Soldatenfreund‘ vom 19. September enthält auf Seite 10 verschiedene unrichtige Mitteilungen über die Zusammenkunft des Kaisers Napoleon mit dem Grafen Bismarck. Unter anderem heißt es da: ‚dagegen sah man, daß beide Herren (der Kaiser und der Bundeskanzler) eine Zigarre zusammen rauchten,‘ woran der Verfasser die geschmackvolle Bemerkung knüpft, ‚was man in Nordamerika eine Friedenspfeife nennen würde.‘ Wir erklären diese ganze Rauchgeschichte für eine Erfindung und zwar für eine recht ungeschickte. Nur der Kaiser rauchte, und auch er nur, als ihn der Bundeskanzler allein gelassen hatte.“

*

Nach der Schilderung des Grafen Wimpffen,[1] der sich um 10 Uhr früh in das preußische Hauptquartier begeben hatte, traf derselbe dort den Kaiser Napoleon.

„Sire,“ fragte ihn Wimpffen, „was haben Sie durchzusetzen vermocht?“

„Nichts, ich habe den König noch nicht gesehen.“

Wimpffen hielt es alsdann für geboten, die Kapitulation abzuschließen, und begab sich in ein Zimmer, wo alles für den Akt vorbereitet war.

Bismarck, so erzählt Graf Wimpffen, würdigte meinen tiefen Schmerz und wollte sich mit mir unterhalten, indem er mit schmeichelhaften Worten von unserer Armee und von mir sprach.

*

Der verstorbene englische Maler John O'Connor, der für Londoner illustrirte Zeitschriften den deutsch-französischen Krieg mitmachte, saß an dem Tage nach der Schlacht bei Sedan gemächlich auf seinem Dreifuß und skizzirte einen Teil des Schlachtfeldes. In seine Arbeit vertieft, bemerkte er nicht, daß sich ihm ein gigantischer preußischer General genähert hatte, der ihn deutsch ansprach. Als O'Connor, der kein Wort Deutsch verstand, den Kopf schüttelte, unterhielt sich der General in vorzüglichem Englisch mit ihm. Er sagte ihm,

[1] Wimpffen, Sedan. S. 248.

ob er auch wisse, daß, wenn er jenem Posten da hinten keinen Befehl gegeben hätte, er, der Maler, längst totgeschossen sei. O'Connors kaltblütige Antwort lautete: „Ich — freue mich, daß Sie mit dem Posten gesprochen haben. Da Sie nun aber einmal so freundlich sind, können Sie mir vielleicht sagen, wo Bismarcks Quartier ist. Ich möchte für mein Leben gern eine Skizze davon machen."

„Mit Vergnügen," entgegnete der General. Und nun spazierten die beiden durch den Schlamm, bis sie vor einem sehr bescheidenen Häuschen angelangt waren. „Hier ist Bismarcks Quartier. Sie dürfen es getrost zeichnen, und (indem er sich mit gekreuzten Armen vor die Thür stellte) vielleicht nehmen Sie Bismarck selbst gleich dazu."

*

Dem englischen Maler Sir William Richmond, welcher im November 1887 eine Woche lang Gast des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh gewesen war, um dessen Porträt zu malen, machte derselbe folgende Schilderung von seiner Begegnung mit Napoleon (nach Briefen Richmonds veröffentlicht in den „Daily News" vom 2. August 1898):

„Der Kaiser sandte um fünf Uhr morgens nach mir. Ich war nur drei Stunden im Bett und 48 Stunden ohne Nahrung gewesen. Ich ritt in voller Eile etwa vier englische Meilen. Als ich dem Kaiser in Sicht kam — er befand sich in einem Wagen —, ritt ich, der Etikette gemäß, mit größter Geschwindigkeit auf ihn zu und hielt, an den Wagen herangekommen, mein Pferd plötzlich an, so daß es das Pflaster entlang glitt. Während meines Rittes hatte ich mich über die dem Kaiser gegenüber zu beobachtende Haltung schlüssig gemacht. Ich gedachte den Kaiser so zu behandeln, als ob er in Versailles wäre. Ich stieg vom Pferd und hielt es selbst, denn ich war ganz allein. Der Kaiser nahm seine Mütze ab, und ich salutirte ihn. Ich bemerkte daß, als ich meine Hand erhob und diese über meinen Revolver streifte, der Kaiser totenbleich wurde.

Ich sagte alsdann: ‚Welches sind die Befehle Eurer Majestät?'

‚Ich wünsche den König zu sprechen.'

Ich setzte ihm darauf auseinander, daß der König mehr als zwei Meilen entfernt sei.

Er sagte: ‚Ist hier kein Ort, wo wir in Ruhe miteinander sprechen können?'

Wir waren nahe bei Donchery; nicht weit stand ein Weberhaus, in welches wir hineingingen. Die Frau arbeitete am Webstuhl, und ihr Mann, ein aufgeblasener Franzose mit einem sehr großen Schnurrbart, trat, bedeckten Hauptes, in die Stube. Ich sagte zu ihm: ‚Nehmen Sie Ihren Hut ab — dies ist Ihr Kaiser.'

Er nahm seinen Hut ab, schien jedoch nicht sehr betroffen zu sein.

Ich sagte: ‚Ist hier kein Zimmer, in welchem wir ungestört sein können?‘

Die Frau wies mit der Hand auf eine wackelige, morsche Treppe, welche wir hinaufgingen. In dem oberen Zimmer befanden sich ein Tisch und zwei Stühle aus Tannenholz. Der Kaiser setzte sich und begann über die Kapitulation der Armee zu sprechen. Ich entgegnete, daß ich darüber nicht verhandeln könnte, da der Gegenstand außerhalb meines Geschäftsbereichs läge.

Der Kaiser sagte: ‚Ich kann nicht nach Sedan zurückgehen. Ich habe mich gefangen gegeben.‘

Ich fragte, ob er nicht Friedensvorschläge machen wollte.

Er erwiderte: ‚Wie vermag ich dies? Ich bin Gefangener. Der einzige Vorschlag kann aus Paris kommen.‘

Ich wußte nicht," sagte Bismarck (zu Sir William Richmond), „daß am folgenden Tage die Republik in Paris proklamirt werden würde. Zu dieser Zeit hätten wir den Kaiser wieder einsetzen können und wollten es auch thun. Die Armee würde ihn zurückerhalten haben.

Ich zögerte jedoch vierzehn Tage mit meiner Entschließung. Endlich mochte ich die Sache nicht länger hinausschieben und entschied mich für die Republik. Ich bedaure es jetzt nicht, aber damals war ich doch sehr zweifelhaft, ob es nicht das beste wäre, den Kaiser wieder einzusetzen.

Ich blieb vielleicht eine Stunde in Unterhaltung mit dem Kaiser, vermied indessen, die Kapitulation der Armee zu berühren. Ich hatte 48 Stunden nichts gegessen, meine Kleidung war vom Tage der Schlacht her noch über und über mit Schmutz bedeckt, und ich führte dies, sowie den Wunsch, für den Kaiser ein geeignetes Logis ausfindig zu machen, als Entschuldigung an, um mich zu verabschieden.

Der König und der Kaiser hatten später eine Begegnung; viele Thränen wurden dabei auf beiden Seiten vergossen.

Das letzte Mal, als ich den Kaiser sah (3. September), befand er sich auf dem Wege nach Cassel. Der Zug, welcher ihn und sein Gefolge enthielt, sowie seine Wagen befanden sich in vollkommener Ordnung, als ob sie eben aus Versailles gekommen wären und nicht zwei Monate hindurch einen beschwerlichen Feldzug mitgemacht hätten. Er nahm seine Kopfbedeckung vor mir ab und ich die meinige vor ihm.

Napoleon war ein braver Mann, kein Feigling," schloß Bismarck seine Erzählung, „er war nur durch Krankheit zerrüttet und stand zu sehr unter dem Einfluß seiner Frau. Er täuschte mich vollständig über den Krieg, sonst hätte ich ihn wieder auf den Thron bringen können, ich hatte die beste Gelegenheit dazu."

*

Nach erfolgter Uebergabe von Sedan ritten der König in Begleitung des Grafen Bismarck und eines Teiles seines Stabes das Schlachtfeld ab, eine

Gepflogenheit, die Seine Majestät sich zur Regel gemacht hatte, um sich persönlich davon zu überzeugen, daß die Verwundeten nicht vernachlässigt würden. [1])

*

Eine Episode vom 2. September 1870 erzählte Bismarck am 1. September 1890 in Kissingen beim Frühstück einer Deputation des Veteranen- und Kriegervereins daselbst, die gekommen war, um den Altreichskanzler zur Sedanfeier einzuladen. „Ich ritt“ — so berichtete Bismarck — „schon sehr früh von Donchery weg, um mit dem Kaiser Napoleon zu unterhandeln, und daß diese Unterhandlungen lange dauerten und anstrengend waren, kann man sich denken; ich war froh, als ich gegen Abend mich auf den Rückweg machen konnte, ich war leer und meine Stute unter mir ebenso, so daß wir beide schlotterten. Plötzlich begegnete ich unserem hochseligen König, der eben begonnen hatte, einen Rundritt durch die Bivouacs der Truppen zu machen. Ich mußte mich anschließen, und so ging es weiter und weiter. Endlich bekam ich einen intensiven Zwiebelgeruch in die Nase, und sofort regte sich in mir der Appetit aufs neue, denn ich hatte fast 40 Stunden nichts genossen. Als wir weiter ritten, gesellte sich zu dem Zwiebelgeruch der Geruch von gebratenem Fleisch, und mir wässerte der Mund. Plötzlich entdeckten wir, woher der Geruch kam — es waren gebratene Leichen in den ersten Häusern von Bazeilles. Der Appetit war sofort vergangen; später verschaffte mir Busch (‚Büschchen‘) eine Flasche Wein und ein Stück Butterbrot von einem Königlichen Lakaien, und als ich die Flasche ansetzte, sagte Busch, er wolle auch einen Schluck abhaben; als ich sie wieder absetzte und sie ihm reichte, war sie leer; wohin der Wein so rasch gekommen, weiß ich nicht.“ Der Fürst blieb eine kurze Zeit in Gedanken versunken, dann sagte er: „Es steht mir noch so gut im Gedächtnis, wie ich andern Tages die Fourgons, alle so nett und propre, die Pferde unter den schönen Decken an mir vorüberkommen sah, die dem Kaiser nach Wilhelmshöhe folgten. Es schien, als wenn sie eine Stunde vorher aus den Tuilerien gefahren wären.“

*

Aus Kaiser Friedrichs Tagebuch.

Donchery, 3. September.

„Bismarck besucht mich, wir behalten Elsaß in deutscher Verwaltung für Bund oder Reich; der Kaiseridee wurde kaum gedacht, ich merkte, daß er ihr nur bedingt zugethan sei, und nahm mich in acht, nicht zu drängen, obwohl ich überzeugt bin, daß es dazu kommen muß, die Entwicklung drängt dahin und kann nicht günstiger kommen als durch diesen Sieg.“

[1]) Sheridan a. a. O. S. 66.

Augenscheinlich auf diese Begegnung Bismarcks mit dem Kronprinzen bezieht sich ein in Friedrichsruh geführtes Gespräch Bismarcks mit Moritz Busch vom 26. September 1888,[1]) worin es heißt: „Es war schon“ — so erzählte Bismarck — „vor oder gleich nach Sedan, bei Beaumont oder bei Donchery, und unsere Unterhaltung fand in einer langen Allee statt, wo wir nebeneinander herritten. Wir gerieten dabei mit unseren Ansichten über das, was möglich und moralisch zulässig war, hart aneinander, und als er von Gewalt und Zwangsmaßregeln gegen die Bayern sprach, erinnerte ich ihn an Markgraf Gero und die dreißig Wendenfürsten, auch an die Mordnacht von Sendling. Als er aber bei seiner Meinung blieb, sagte ich ihm (wohl nicht so schroff und unverblümt), das könne vielleicht ein Prinz, aber kein Edelmann versuchen. Es wäre Treulosigkeit, Mißhandlung und Verrat an Bundesgenossen gewesen, die ihre Schuldigkeit gethan hatten, ganz abgesehen von der Unklugheit des Attentats, wo wir sie noch nötig hatten.“

*

4. September 1870.

Einem Feldpostbriefe[2]) entnehme ich folgende Stelle:

Heute morgen — 4. September also — rückten wir um 6 Uhr ab, auf Reims zu; der Kronprinz kam vorbei, von tausendstimmigem Hurra begrüßt; noch größer wurde der Jubel, als später auch der König vorbeifuhr. Grade bei unserem Regiment mußte der Königliche Zug einen kleinen Halt machen; unmittelbar neben uns stand eine Equipage aus der Suite des Königs, worin ein Offizier in Kürassieruniform ganz gleichgiltig zurücklehnte, als ob gar nichts passiert sei. Die Mütze saß ganz hinten; das war Bismarck! ‚Bismarck! Bismarck!‘ schrie es überall. Die Offiziere traten an den Wagen, ich mit ihnen, und ich hörte, wie Bismarck sagte: ‚Meine Herren, der vorgestrige Tag wird in der Weltgeschichte vermerkt werden; ich habe an diesem Tage in einer ärmlichen Arbeiterwohnung, in einem Zimmer so groß wie mein Wagen, mit Lehmwänden umschlossen, an einem Fichtentische, auf Binsenstühlen sitzend, zwei Stunden mit dem Kaiser konferirt. Das war unser erstes Wiedersehen nach 1867 in den Tuilerien. Den Kontrast vergesse ich nie. Er hat übrigens seinen ganzen Troß mit und namentlich seine Küche. Wir bringen ihn nach Cassel; er hat gute Pferde, aber er mußte doch Majestät heute um 10000 Thaler anpumpen (das ist die volle Wahrheit). Auf Wiedersehen, meine Herren!‘

Damit fuhr er fort.

*

[1]) Vergl. „Bismarck und sein Werk“, Beiträge zur inneren Geschichte der letzten Jahre bis 1896. Nach Tagebuchblättern von Moritz Busch. S. 41.

[2]) Aus: Feldbriefe von Mitgliedern des Vereins pp. aus der Zeit von August 1870 bis Juni 1871. Für die Vereinsmitglieder als Manuskript gedruckt. — Berlin 1894.

Rhetel, 4. September 1870.

Bismarck bemerkt zu seinem Tischnachbar, dem Adjutanten des Großherzogs von Sachsen, Grafen Friedrich Hermann Beust:[1]) er habe am Tage nach Sedan, während Moltke die Uebergabe der Festung Sedan mit General Wimpffen abschloß, mit Napoleon gesprochen und, da es geschmacklos gewesen wäre, mit ihm von Politik zu sprechen, während dieser Zeit ungefähr eine Unterhaltung mit ihm geführt, wie man sie mit einem jungen Mädchen hat, mit dem man zum erstenmal den Cotillon tanzt und das man wenig kennt.

*

Reims, 5. September 1870.

Von den beiden Zeitungen, welche bis dahin in Reims erschienen waren, „Le Courrier de la Champagne“ und „L'Indépendant Rémois“, wurde Opposition durch ihr Nichterscheinen gemacht. Graf Bismarck ließ den Redakteuren sagen, daß die deutsche Occupation ihnen durchaus kein Hindernis in den Weg lege, wenn sie sich nur enthalten wollten, über Truppenbewegungen und -Stärken etwas mitzuteilen. Die Herren machten den Einwand, daß ihnen durch die Unterbrechung der Kommunikation mit Paris die Mittel abgeschnitten seien, ihre Blätter zu füllen, worauf der Bundeskanzler ihnen entgegnete, man würde ihnen von preußischer Seite Aktenstücke liefern und zugleich jemand mit der Zensur beauftragen, der sie vor Verantwortung schützen könne. Mit diesem Auftrage, als vom Bundeskanzler-Amt ausgehend, kam der Geheime Regierungsrat Dr. Stieber zu dem Vorleser des Königs, L. Schneider, da es von Wichtigkeit sei, daß auch außerhalb Paris eine Zeitungspresse existire und eine geschickte Benützung derselben von großem Vorteil sein könne. So wurde Schneider für einige Tage zum Zensor zweier französischer Zeitungen.[2])

*

Reims, 6. September 1870.

Bismarck las nach der Königlichen Tafel in der großen Halle, wo ehedem die französischen Könige vor der Krönung gesalbt wurden, die Depeschen aus Paris über den Umsturz der Regierung vor.[3])

*

[1]) Die Bekanntschaft des Grafen Beust mit Bismarck datirte schon von längerer Zeit her. Als Graf Beust am 3. Juli 1866 nach Gitschin kam, um mit Bismarck über das Schicksal des Großherzogtums Sachsen zu verhandeln, empfing ihn letzterer mit den Worten: „Ich freue mich, daß der Großherzog Sie gerade geschickt hat, Graf Beust; Sie werden nicht allzu weitläufig sein, und ich dächte, wir machten die ganze Unterredung bei einer Zigarre ab.“ In Kohls Bismarck-Regesten ist diese Begegnung unerwähnt.

[2]) L. Schneider, Aus dem Leben Kaiser Wilhelms I. Band II. S. 239.

[3]) Wilmowski, Feldbriefe von 1870/71. S. 46.

Reims, 7. September 1870.

Die Wohnung des Grafen Bismarck, nahe an der Kathedrale belegen, war von früh bis spät von Neugierigen umlagert, die den „grand Comte" sehen wollten; die Gelegenheit dazu bot sich jedoch äußerst selten, da der Bundeskanzler außerordentlich stark beschäftigt war. „In seinen Mußestunden — so wurde der ‚Elberfelder Zeitung' berichtet — geht Graf Bismarck ohne jede Begleitung in der weitläufigen Stadt spazieren, so daß man oft um ihn in Sorge war; gestern abend war man in ernstlichen Nöten, da der Bundeskanzler noch um 11 Uhr nicht zu Hause sich blicken ließ; er hatte sich verlaufen und mußte endlich einen Einwohner von Reims als Führer nehmen."

*

Reims, 8. September 1870.

Durch die Proklamirung der Republik verwirrte sich die politische Lage. Bismarck teilte zwar die Veränderungen der Umgebung des Königs (Wilmowski)[1]) mit und machte dabei hin und wieder einen Scherz; aber über die Folgen für die deutsche Sache schwieg er.

*

An demselben Tage richtete Geheimrat Stieber an den Maire von Reims, Herrn Dauphinot, welchen die dortigen Republikaner aus seiner Stellung verdrängt hatten, in der Absicht, denselben durch einen Konvent von zehn Bürgern zu ersetzen, das nachstehende Schreiben:

„Ich habe Ihnen am 6. d. M. mitgeteilt, daß mir von Seiner Excellenz dem Grafen v. Bismarck die Funktionen des Präfekten für dieses Departement übertragen sind, und hat mich der Militärkommandant dieses Platzes Ihnen in dieser Eigenschaft vorgestellt. Ich habe Sie hier in Ihrer Stellung als Maire belassen, und mein Gouvernement hat diese meine Maßregel gebilligt. Zu meinem Erstaunen lese ich heute in einer hiesigen Zeitung das Protokoll einer Sitzung des hiesigen Magistrats, nach dessen Inhalt Sie in Anbetracht der inzwischen in Paris eingetretenen Verhältnisse ihr Amt als Maire niedergelegt haben. Ein Konvent von zehn Bürgern ist an Ihre Stelle getreten. Ich bin vom Grafen v. Bismarck beauftragt, Ihnen zu eröffnen, daß man ein solches Verfahren nicht dulden wird. Sie sind vom preußischen Gouvernement als Maire anerkannt, und während Sie unter dem Schutz der preußischen Waffen stehen, können die Ereignisse in Paris auf Sie keinen Eindruck machen. Veränderungen in der Verwaltung der Stadt dürfen nicht ohne meine Genehmigung und noch weniger, ohne daß hiervon Anzeige gemacht wird, eintreten. Mein Gouvernement erteilt Ihnen hiermit den gemessensten Befehl, Maire zu bleiben, das sogenannte administrative Komitee sofort aufzulösen und auf dem

[1]) Wilmowski, Feldbriefe von 1870/71, S. 47.

ehrenvollen Platz des Maire so lange auszuharren, bis mein Gouvernement es für angemessen finden wird, Sie zu entlassen. Falls Sie hiermit nicht einverstanden sind, wird man der Stadt Reims eine starke Kriegskontribution auferlegen, um eine ordnungsmäßige Verwaltung der Stadt herbeizuführen und die Interessen derselben zu wahren, die uns allen am Herzen liegen."

Infolge dieser Eröffnung übernahm Dauphinot wiederum die Leitung der Stadt, nachdem der Konvent sich schleunig aufgelöst hatte.

*

Reims, 9. September 1870.

Bismarck teilte dem General Sheridan [1]) mit, daß die Regentschaft der Kaiserin Eugenie am 4. gestürzt worden und daß die Kaiserin nach Belgien entkommen sei. Der König von Preußen habe ihr eine Zuflucht bei dem Kaiser auf Wilhelmshöhe angeboten, „wohin sie", wie der Kanzler wörtlich hinzusetzte, „gehen sollte, denn ihr richtiger Platz ist bei ihrem Manne", aber er fürchte, daß sie das Anerbieten nicht annehmen werde. Gleichzeitig teilte der Kanzler Sheridan mit, Jules Favre, das Haupt der provisorischen Regierung, habe ihm den Vorschlag gemacht, daß jetzt nach dem Sturz des Kaiserreichs Friede geschlossen werden und Deutschland seine Truppen zurückziehen solle, daß jedoch er, Bismarck, nachgerade ebenfalls die Unmöglichkeit anerkennen müsse, dies vor erfolgter Einnahme von Paris zu thun, denn obgleich er selbst sofort nach der Uebergabe der französischen Armee bei Sedan den Frieden gewünscht habe, so hätten es ihm doch die letzten Tage klar gemacht, daß die Truppen sich ohne den Besitz von Paris nicht zufrieden geben würden, welche Regierungsform die Franzosen schließlich auch annehmen möchten.

Abends besuchte Graf Bismarck den Kriegsminister v. Roon und war sehr aufgeräumt. Es war die Rede davon, daß der König jetzt die Königsgemächer der alten französischen Könige bewohne, worauf Bismarck scherzhaft meinte: „Der König kann sich ja hier zum Kaiser von Deutschland und König von Frankreich krönen lassen; das würde keine besonderen Schwierigkeiten haben — wer wollte es uns verwehren?"

*

Ueber Differenzen zwischen dem Bundeskanzler-Amt und dem Generalstab berichtet Louis Schneider wie folgt: [2])

Der Maire von Reims, Herr Dauphinot, ein ruhiger, klarer, aber energischer Mann, hatte nach dem Eintreffen der Revolutionsnachrichten aus Paris den Conseil Municipal der Stadt zusammenberufen, sein Amt „vu les événements

---

[1]) Sheridan, S. 72.

[2]) Aus dem Leben Kaiser Wilhelms I. Bd. II. S. 233.

de Paris“ niedergelegt, aber, da er sehr wohl fühlte, daß Reims gerade in einem so schwierigen Augenblicke nicht ohne eine geordnete städtische Verwaltung sein könne, eine Kommission von zehn Mitgliedern unter seinem Vorsitze installirt, welche nichts anderes als der bisherige Conseil Municipal war. Am 8. erschien die Verkündigung dieser Maßregel in den Blättern und konnte allerdings so gedeutet werden, als erkenne die Municipalität von Reims die in Paris proklamirte Republik an. Am 9. kam daher Dr. Stieber zu mir, bat mich, ihm bei einer Verhandlung auf dem Rathause gegen den Maire und die Municipalräte als Dolmetscher und Protokollführer beizustehen, und erklärte sich durch den Grafen Bismarck ermächtigt, eine solche Prozedur einzuleiten, da man doch nicht gestatten könne, daß dergleichen während der Occupation der Stadt und während der Anwesenheit des Königs hier vorgehe, weil auch andere Städte sich danach richten würden. Ich übersah die mögliche Tragweite des Vorganges nicht gleich und hielt mich außerdem verpflichtet, jeden Dienst zu leisten, den man im allgemeinen Interesse von mir verlangte. So fand das Verhör und die Verwarnung des Maire ganz in der Weise statt, wie Nr. 815 des „Indépendant Rémois“ beides darstellte. Die Ausdrucksweise des Protokolls hatte ich so viel wie möglich gemildert, denn Dr. Stieber verlangte die härteste Form, um dem von der Stadt Reims gegebenen bösen Beispiel für die anderen occupirten Provinzen die gefährliche Spitze abzubrechen. Der Ausdruck: „Les événements de Paris ne vous regardent pas, M. le Maire!“ machte mir aber selbst Vergnügen, und ich allein trage die Verantwortung dafür.

Im Bundeskanzler-Amt war man mit dem von Dr. Stieber gethanen Schritt zufrieden, im Generalstabe des Hauptquartiers aber nicht. Man scheint dort von der Ansicht ausgegangen zu sein, daß dergleichen Maßregeln während der Dauer des Krieges nur von dem militärischen Oberkommando und dessen Generalstabe verfügt werden dürften, und daß keine außerhalb der militärischen Aktion stehende Behörde oder Person selbständig in den Gang der Dinge eingreifen dürfe, sondern wenigstens im Einverständnis — also erst nach geschehener Mitteilung — handeln müsse. Dazu kam, daß die Stellung des Geheimen Regierungsrats Stieber als Feldpolizei-Direktor des Hauptquartiers eine mannigfach unklare war. Er gehörte zu den Beamten des Bundeskanzler-Amts, stand aber in seiner Campagnefunktion unter dem Generalstabe, und sein Personal war militärisch organisirt. Soviel ich erfahren konnte, hat dieses selbständige Verfügen des Grafen Bismarck große Mißstimmung in den verschiedenen Bureaux des Generalstabs hervorgerufen, und es sind sogar Briefe gewechselt worden, welche nur zur Schärfung des Konflikts dienten.

Wie ich stets zu thun pflegte, hatte ich auch diesen Vorgang am nächsten Morgen sofort dem König erzählt und ihm das aufgenommene Protokoll vorgelesen. Ich merkte gleich aus der Aufnahme, daß der König schon darum wußte, denn er fragte mich, wer mich zu diesem Dolmetscherdienst und zu der

Protokollführung aufgefordert habe, der Bundeskanzler oder der Feldpolizei-Direktor. Ich antwortete: Dr. Stieber; da derselbe aber fortdauernd in unmittelbarem Auftrage des Grafen Bismarck handle, so hätte ich voraussetzen müssen, daß er nur den Befehl Sr. Excellenz ausführe. Der König äußerte nur ein: „Hm!" Genug für mein Verständnis, daß etwas vorgefallen sein mußte. Kaum war ich in mein Quartier gekommen, so klagte mir Dr. Stieber seine Not, zwischen zwei scharf mahlende Mühlsteine geraten zu sein; erzählte mir von der gereizten Stimmung, welche zwischen dem Bundeskanzler-Amt und dem Generalstabe herrschte, und sagte, daß diese Dinge ihm die wirksame Ausführung seiner Aufgabe als Direktor der Feldpolizei unmöglich machten. Selbstverständlich habe er überall, wo das Hauptquartier sich etablire, die Funktionen eines Polizeipräfekten loci auszuüben und für die Sicherheit des Königs wie seiner Umgebung zu sorgen. Er könne in gewissen Fällen nur seiner eigenen Erkenntnis und Erfahrung folgen und nicht von zwei verschiedenen Behörden abhängen, deren Ansichten sich prinzipiell gegenüberständen. Es hatte fast den Anschein, als sollte auch ich für meine Hilfeleistung verantwortlich gemacht werden. Ich ließ die Dinge aber sehr ruhig an mich kommen, würde im gleichen Falle auch sofort wieder ebenso gehandelt haben.

In hohem Grade interessirte es mich aber, den bei dieser Gelegenheit ganz ungenirt laut werdenden Diskussionen der Offiziere des Generalstabs und der Beamten des Bundeskanzler-Amts zu folgen. Im Generalstabe schien man die Anwesenheit des Bundeskanzlers im Hauptquartier, in täglicher Berührung mit dem Königlichen Oberfeldherrn und gar beim Generalsvortrage nicht allein für überflüssig, sondern sogar für hinderlich zu halten. Es spräche sich dies schon in der offiziellen Liste des großen Hauptquartiers aus, wo das gesamte Bundeskanzler-Amt unter der Rubrik „Außerdem" verzeichnet sei. In der That könne ein fortdauernder politischer Beirat die Kraft und Schnelligkeit der militärischen Aktion nur hemmen und dem raschen Entschlusse durch langsames Erwägen die Spitze abbrechen. Habe Politik und Diplomatie einmal erklärt, nicht weiter zu können und dem Kriege die Entscheidung überlassen, so müsse ihre jeden Schritt begleitende Einwirkung auch aufhören. Der Soldat habe nur die Aufgabe, den Feind zu überwinden und ihn so gebunden der nun wieder eintretenden politischen Aktion zu Füßen zu legen, daß diese nach ihren Interessen mit ihm schalten könne. Alles Raten, Eingreifen, Fördern oder Aufhaltenwollen auf Grund politischer Rücksichten sei in einem Hauptquartier vom Uebel. So die militärische Argumentation und so weit Schneider.

Bei Leuten, die aus einer Mücke einen Elefanten zu machen lieben, verdichteten sich solche Vorkommnisse bis zu „einem Hasse zwischen Bismarck, Moltke, Roon". Diesen und anderen abgeschmackten Mitteilungen brachen die „Hamburger Nachrichten" in der Nr. 298 vom 15. Dezember 1892 die Spitze ab.

Unter demselben Datum (9. September) schrieb Geheimrat Stieber an seine Frau: „Bismarck ist überaus gnädig gegen mich. Er läßt mich manchen Tag fünf- bis sechsmal rufen. Alle Morgen, wenn er Kaffee trinkt, muß ich zu ihm kommen und mit ihm plaudern, wie es in Reims aussieht. Er verhandelt immer persönlich mit mir und ist sehr offen über alle Dinge gegen mich.“

*

Reims, Anfangs September 1870.

Von einem ehemaligen Angehörigen der württembergischen Felddivision wird berichtet: Es war in den ersten Septembertagen 1870, als mit dem Hauptquartier des Königs von Preußen auch ein Teil der württembergischen Felddivision in der alten Krönungsstadt Reims einrückte. Für uns Schwaben bot sich damit die in dem Kreuz und Quer unserer Märsche bis dahin seltene Gelegenheit, den obersten Kriegsherrn von Angesicht zu Angesicht zu sehen, und als einer der ersten stand Schreiber dieser Zeilen vor dem erzbischöflichen Palais, dem Absteigequartier des Königs, um eine Gelegenheit zu erhaschen, des Königs ansichtig zu werden. Es bot sich aber nichts, und enttäuscht wandte ich mich zu dem nahen Hotel Maison Rouge, in welchem Moltke mit seinem Stab abgestiegen war, um nun wenigstens den großen Schlachtendenker zu sehen. Heiterer Lärm drang aus dem mit Offizieren überfüllten Gasthofe, aber Moltke zeigte sich nicht. Da auf einmal tritt ein großer, breitschultriger Offizier heraus in dunkelblauem Waffenrock mit gelbem Kragen und weißer, gelbgeränderter Mütze. Gestalt, Haltung und Gesichtszüge fesselten mich sofort, und mit einer Art freudigem Schreck sagte ich mir: Das ist Bismarck und kein anderer! Raschen Schrittes, meinen militärischen Gruß kaum beachtend, ging er an mir vorüber, die Straße an der Vorderfront der Kathedrale entlang einer engen Gasse zuschreitend. Instinktiv folgte ich ihm, stand doch in mir fest, daß es Bismarck sei; denn oft gesehene Bilder hatten ihn zu gut gezeichnet, und genau so hatte ich ihn mir auch gedacht. Durch eine, zwei, drei enge Gassen ging es, der große Breitschultrige immer voraus, ich in bescheidener Zurückhaltung und Entfernung hinterher. In immer einsamere Gassen verlor er sich, nie um sich blickend und die scheu vor ihm ausweichende Straßenjugend ebensowenig eines Blickes würdigend wie die ihm begegnenden und an ihm emporschauenden Blusengestalten. Ebensowenig schien er sich um den Weg zu kümmern, denn er schritt immer geradezu, scheinbar stets die nächste beste Straße nehmend. Ich sagte mir: wanderst du denn gar so unbesorgt auf dem Boden dieser feindlichen Stadt und schützt dich auf der ganzen Welt hier keiner, so will wenigstens ich dich schützen, wenn dir etwas passiren sollte! Mit der Hand am Säbel zog ich wenigstens noch eine halbe Stunde als freiwillige Leibwache hinter dem Großen her, der mir schon seiner Unerschrockenheit wegen immer mehr als der richtige Bismarck erschien. Endlich

schlug er eine Richtung ein, die zurückzuführen schien; auch zog er wiederholt die Uhr und sah aufwärts, als suche er die Türme der Kathedrale, um sich zu orientiren. Diese zeigten sich denn auch in etwa halbstündiger Entfernung, und nun ging die Wanderung in beschleunigtem Tempo durch eine Reihe neuer Straßen in der Richtung der Kathedrale zurück. Als wir wieder in die lebhafteren Teile der Stadt kamen, wandte er sich nach dem Platze, auf dem das Gebäude der Mairie steht, in dem das Etappenkommando und andere militärische Behörden und Spitzen ihren Sitz aufgeschlagen hatten. Hier machte er einen Augenblick Halt, zog nochmals die Uhr und schritt dann elastisch und aufrecht wie ein Grenadier die große, prächtige Freitreppe hinan, um, von dem Doppelposten mit präsentirtem Gewehr empfangen, in der Mairie zu verschwinden. Jetzt faßte ich mir ein Herz, schritt durch den Doppelposten und ging ohne weiteres auf einen in der Vorhalle stehenden Offizier zu und fragte ihn, mich militärisch meldend, wer der eingetretene Offizier gewesen sei. „Das war Bismarck," antwortete, mich mit dem strengen, aber doch gütigen Blick des Vorgesetzten messend, der Offizier, sichtlich erfreut über die Neugier seines schwäbischen Kampfgenossen im schlichten Soldatenrock. Ich war stolz und glücklich, daß ich also mich nicht getäuscht hatte, aber noch stolzer und glücklicher, daß ich fast eine Stunde lang in dieser feindlichen Stadt der Beschützer Bismarcks hatte sein können. Man bedenke: in dem großen, von Truppen eben nicht allzusehr besetzten Reims mit seinem ungeheuren müßiggehenden Proletariat und Franctireurgesindel wanderte Bismarck, dieser verhaßteste Deutsche, fast eine Stunde mutterseelenallein durch die entlegensten Straßen, furchtlos, nicht um sich blickend und mit dem augenscheinlichen Gefühl der Sicherheit, als wandle er auf dem trauten Boden der Heimat.

*

Reims, 11. September 1870.

Am 11. September suchte William Russell die Wohnung Bismarcks auf, dem er seine Aufwartung machen wollte und Briefe zu übergeben hatte. An seiner Stelle traf er Keudell nebst anderen Herren aus den Bureaux der Wilhelmstraße, die er früher nur in Zivil gesehen und in ihrer kriegerischen Verpuppung kaum erkannte.

Um nicht im Hause zu warten, schlenderte Russell auf die Straße, und eben als er um die Ecke beim Dome bog, sah er, wie der Graf die Straße einhergeschritten kam, ohne Begleitung, in seiner gewöhnlichen Kürassieruniform, die Zigarre im Mund und um eine Kopfeslänge über alle anderen hervorragend. Er hatte offenbar Eile, und als Russell ihn ansprach, um ihn von seiner raschen Reise nach London zu benachrichtigen, bedeutete der Graf ihn, daß er mit ihm nach Hause gehen solle. Die Aufforderung war gewiß recht freundlich gemeint, aber die Anstrengung, die der untersetzte, ziemlich schwer-

leibige Russell machen mußte, um mit dem rasch dahinschreitenden Riesen Schritt zu halten, war darum nicht minder Mitleid erregend.

Er nahm mich — so erzählt Russell[1]) — in seine Schlafstube, gab mir eine Zigarre, entschuldigte sich, daß er vor mir seine Toilette mache, da er zur Königlichen Tafel befohlen sei, und war überhaupt so liebenswürdig, offen und lebhaft, wie es kein anderer so leicht sein kann als er, vorausgesetzt, daß er in huldreicher Stimmung sei.

Während er sich anzog, erzählte er in lebhafter Weise seine Zusammenkunft mit dem Kaiser nach Sedan: „Ich lag im tiefen Schlafe nach der großen Ermüdung des Tages, als ein Adjutant mich mit der Meldung weckte, daß der Kaiser nach Donchery komme. Dies überraschte mich, denn unter allen Umständen dachte ich der letzte Mensch in der Welt zu sein, den er aufsuchen würde. Ich hatte die Nacht zuvor bis halb zwei Uhr gewacht, und es schlug gerade fünf, als ich geweckt wurde. Zog meinen Rock an, rief nach meinem Pferde und war rasch davon, um ihm zu begegnen. Ich hatte keine Ordonnanz bei mir oder war zu schnell vorausgeritten, und kaum war ich eine kleine Strecke außerhalb der Stadt, sah ich schon den Kaiser in einem Wagen mit einigen Offizieren zu Pferde auf mich zukommen. Sofort stieg ich ab, ließ mein Pferd fahren und blieb auf der Straße stehen. Als er mich so dastehen sah (vielleicht mißverstand er meine Bewegung, als ich die Hand erhob, um militärisch zu salutiren) und er gewahr wurde, daß ich meinem Pferd die Zügel überlassen hatte, wurde sein Gesicht für einen Augenblick von einem Ausdruck der Besorgnis überflogen. Im nächsten Moment war er aber schon beruhigt. Ich begrüßte ihn mit derselben Achtung, die ich meinem eigenen König gezollt haben würde. Er stieg aus und ich schlug vor, daß wir in ein nahestehendes Häuschen eintreten möchten, welches von einem Weber bewohnt war. Da es da drinnen aber nicht sauber war, wurden Stühle vor das Haus gestellt, und sitzend pflogen wir die Unterredung."

Graf Bismarck erzählte nun, wie dringlich der Kaiser den Wunsch äußerte, den König zu sehen. „Ich sagte ihm, daß dies vor Unterzeichnung der Kapitulationsbedingungen nicht geschehen könne. Aber- und abermals drang er darauf, worauf ich ihm immer dieselbe Antwort gab. Außerdem hob ich hervor, daß seine Voraussetzung, mit dem König zu unterhandeln, ganz nutzlos sei, nachdem er erklärt hatte, daß er nicht die geringste Macht besitze, und daß die gesamte Autorität über Heer und Land in den Händen der Regentin und der Regierung ruhe. Da die Unterhaltung dadurch eine unangenehme Wendung bekam, schlug ich zuletzt vor, über einen anderen Gegenstand zu sprechen. Was weiter geschah, ist Ihnen bekannt."

In Bezug auf die Gegenwart bemerkte der Graf noch: „Unsere Truppen

---

[1]) Tagebuch, S. 129 f.

müssen vorwärts dahin, wo ihnen noch ein Feind im Wege steht. Wer sind die Leute, mit denen wir in Paris zu thun haben? Wir können mit ihnen nicht unterhandeln. Welche Bürgschaften vermöchten sie uns zu geben? Unmöglich können wir die Früchte dessen, was wir gethan, aufs Spiel stellen. Es wird Ihnen nichts anderes übrig bleiben, als mit uns nach Paris zu marschiren."

In der Eile hatte Graf Bismarck seinen Orden pour le mérite in das Innere seines Militärrocks hineingeknöpft. „Das thut's nimmer," sagte er, indem er ihn herausnahm. „Der Wert dieser Dinge besteht darin, daß sie gesehen werden." Damit ging er, und meine Wenigkeit empfahl sich.

*

Reims, zwischen dem 5. und 14. September 1870.

Bei einem Essen bemerkte der Kanzler dem amerikanischen General Sheridan gegenüber noch einmal, er sei von Hause aus nicht dafür gewesen, daß die deutschen Armeen nach der Schlacht von Sedan gleich auf Paris marschiren sollten. Er sah die Errichtung einer Republik voraus und erwartete von derselben nichts Gutes, während er für den Fall, daß gleich nach Sedan Frieden geschlossen worden wäre, die Hoffnung hegte, daß das Kaisertum in der Person des Kaiserlichen Prinzen fortgesetzt werden könne, der dann in der Erinnerung, daß er den Thron dem Einfluß der Deutschen verdanke, in seinen Händen fügsam sein würde. Aber selbst ein Bismarck vermochte den Marsch nach Paris nicht zu verhindern; es war unmöglich, den von ihrem Erfolge berauschten Deutschen ein Halt zuzurufen. „Nach Paris!" ward von den Soldaten auf jede Thür, auf jedes Zaunbrett längs des Weges nach der Hauptstadt geschrieben, und der Gedanke an einen Siegeseinzug durch die Champs Elysées beherrschte das Fühlen und Denken jedes deutschen Soldaten vom höchsten bis zum niedrigsten.

*

Reims, 13. September 1870.

Nach dem „Figaro" hatte der Bundeskanzler an diesem Tage mit dem Bürgermeister Werlé folgende Unterredung:

Bismarck sagte, „wir reisen morgen; ich verlasse Reims mit schwerem Herzen. Wir hofften den Frieden in Reims zu unterzeichnen; das war der Wille des Königs und mein heißester Wunsch. In dieser Hoffnung sind wir zehn Tage hier geblieben. Man zwingt uns, den Krieg fortzusetzen — man wird es bedauern."

Herr Werlé meinte, die deutschen Friedensbedingungen würden wohl sehr hoch sein. Der Kanzler antwortete: „Wir verlangen 2 Milliarden und Straßburg mit einem Streifen Gebiet von 4—5 Meilen Breite bis Weißenburg,

damit beide Rheinufer deutsch seien. Wir verlangen ferner den Zusammentritt der Kammern, denn mit ihnen allein können wir unterhandeln, — und diese letztere Bedingung stößt auf den meisten Widerstand."

Auf die Bemerkung Werlés, die Abtretung französischen Gebiets würde bittere Erinnerungen zurücklassen und Veranlassung zu beständiger späterer Zurückforderung sein, also die Dauer des Friedens in Frage stellen, erwiderte Graf Bismarck: „Nicht im Interesse Preußens fordern wir Straßburg, sondern in demjenigen der süddeutschen Staaten. Dieselben fühlen sich nicht genügend sicher, solange die Straßburger Garnison, wenn sie über die Kehler Brücke geht, auf deutschem Boden ist. Also Baden, Württemberg und Bayern verlangen diese Bürgschaft, und ihre Hilfe seit Beginn des Krieges war zu ehrlich, als daß wir diese ihre gerechte Forderung nicht berücksichtigen sollten. Frankreich würde verletzt sein, ob wir Straßburg nähmen oder nicht; es wird uns Sedan doch nicht vergeben; das Bedürfnis nach Rache wird sich so wie so geltend machen, und da wir den Krieg eines Tages nicht vermeiden können, so ist es besser, wir haben den Schlüssel zu Frankreich in der Tasche, als Sie denjenigen von Deutschland. Wenn wir die Geschichte zu Rate ziehen, so ergiebt sich, daß Deutschland in zwei Jahrhunderten fünfzehn Invasionen erfahren hat. Um Frankreich zu verhindern, offensiv vorzugehen, müßte man es beinahe ohnmächtig machen. Uebrigens haben die lateinischen Rassen ihre Zeit hinter sich; jetzt ist volle Decadence. Ein einziges Element der Stärke ist ihnen geblieben: die Religion, und wenn wir dereinst den Katholizismus überwunden haben, so werden jene Rassen verschwinden. Ich weiß sehr wohl, daß die Elsässer in dreißig Jahren noch keine Preußen sein werden, wofern nicht die Begebenheiten in Frankreich sie es weniger bedauern lassen, nicht mehr dieser Nation anzugehören."

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" hielt es für angezeigt, den Reichskanzler gegen den etwaigen Vorwurf in Schutz zu nehmen, er habe den Streit mit der katholischen Kirche begonnen. Anknüpfend an das Werlésche Gespräch bemerkte das Leiborgan des Kanzlers: Zwischen der norddeutschen und preußischen Regierung und insbesondere zwischen dem Grafen Bismarck und der katholischen Kirche und ihren Würdenträgern bestand damals keine Spur von Feindseligkeit oder von Befürchtung einer solchen. Noch vor Paris zur Zeit des Waffenstillstands, ja noch in Berlin zur Zeit des ersten Reichstags bestanden zwischen dem Reichskanzler einerseits und dem Grafen Ledochowski sowie dem Bischof Ketteler andererseits Beziehungen ungetrübten Wohlwollens und Vertrauens, wenigstens auf Seite der weltlichen Gewalt, und wurden durch wiederholte Verhandlungen mit beiden Prälaten in Versailles sowohl wie in Berlin bethätigt. Der Kirchenstreit entstand erst, nachdem die Verhandlungen zwischen Herrn v. Ketteler und dem Grafen Bismarck über

weltliches Einschreiten gegen die Italiener und über die Aufnahme der preußischen Verfassungsbestimmungen bezüglich der katholischen Kirche in die Reichsverfassung erfolglos geblieben waren. Der Streit wurde auch dann nicht sofort ein akuter; dies war erst der Fall infolge der Konsolidirung der Zentrumspartei mit anderen regierungsfeindlichen politischen Elementen in einer vorzugsweise durch letztere bestimmten Richtung; und seine volle Schärfe gewann der Streit erst nach Aufhebung der polonisirenden katholischen Abteilung des Kultusministeriums.

Wir sehen in der angeblich von Herrn Werlé herrührenden Insinuation über eine bereits im September 1870 vom Grafen Bismarck gezeigte feindliche Gesinnung gegen den Katholizismus eine tendenziöse Erfindung, und es sollte uns nicht wundern, wenn der ganze Artikel keinen andern Zweck hätte, als das „Glissiren" dieser Geschichtsfälschung zu gelegentlicher späterer Benützung.

*

Ich lasse hier zum Schlusse noch folgen, was Abeken in Reims über Bismarck nach Hause geschrieben hat:

Den 12. September, morgens.

Mit dem Minister ist manchmal schwer auszukommen. Das Schlimmste ist immer, wenn er nicht hören will, während man ihm nur einfache Thatsachen vorlegen will, die er kennen müßte; manchmal freilich will er sie nicht kennen, und manchmal hat er sogar recht daran. Ich muß oft, wenn der erste Aerger vorbei ist, über ihn und über mich lachen. Ich will immer sehr genau auf das antworten, was die Leute gefragt haben. Er antwortet sehr oft gar nicht darauf, antwortet oft auf etwas ganz anderes, hört nicht, was sie sagen, er denkt nur an das, was er sagen will, und das alles geschieht oft ganz unabsichtlich, oft, sehr oft absichtlich. Da haut er denn manchmal sehr daneben, und, was mir leid thut, es kriegt mancher einen Klaps weg, den er gar nicht verdient hatte. Aber oftmals ist es auch gerade das rechte; und es kommt meistens wirklich mehr darauf an, was Bismarck sagen, als was der andere hören wollte. Es ist gerade dies Nichtachten des anderen auch in dieser Beziehung ein notwendiges Element seiner Größe, welches ihn befähigt, mit eiserner Energie auf sein Ziel, wenn auch oft auf sehr schiefem, ja krummem Wege loszugehen. Alles persönlich Unbequeme vergißt und verzeiht man leicht über seinen großen Eigenschaften, die ihn zum Werkzeug in Gottes Hand befähigen.

*

(Später.)

Ich kam vom König um $10^1/_2$ Uhr etwa wieder und fand Bismarck, Keudell und Hatzfeldt noch beim Thee sitzen; da wurde denn noch ein halbes Stündchen über dies und jenes geschwatzt und auch die Zeitungen noch durchgesehen, mit denen ich eben die Theegesellschaft des Königs unterhalten hatte.

14. September 1870.

Aus Château-Thierry schrieb Dr. Kayßler:

„Der Marsch, welchen das Hauptquartier von Reims hierher gemacht hat, ist der stärkste, welcher bisher gemacht worden ist. Die Einwohner von Reims standen neugierig an den Fenstern und den Thüren, um zu sehen, wie die Wagen einer nach dem andern dahinrollten, und zwar auf der Straße nach Paris. Denn für sie, wie für die Bewohner jedes Ortes, giebt es einen politischen Wetterzeiger, dem sie, obgleich sonst in den größten Illusionen lebend, doch nicht die Beachtung versagen können, das ist die Richtung jeder Truppenbewegung. Jede seitliche Bewegung, wie sie ja oft genug vorkommen, erhöht ihre Hoffnungen, aber wenn es gerade auf Paris losgeht, dann müssen die Aktien der Feinde nicht schlecht stehen — gegen dieses Raisonnement ist, man kann sagen merkwürdigerweise, ein französisches Gehirn noch nicht unempfänglich. — Die Gegend hinter Reims ist stundenlang so monoton, wie man daran seit Wochen gewöhnt ist, Hügel folgt auf Hügel, die Straße geht immer bergauf und bergab. In den Dörfern stehen die Leute truppweise an der Straße, gewöhnlich ist der Herr Pfarrer unter ihnen. Sie warten auf le roi Guillaume und Monsieur de Bismarck. Der letztere war übrigens während der letzten Tage seiner Anwesenheit in Reims schon in einer Weise populär geworden, daß es ihm lästig geworden sein muß, denn nachdem die Leute erst wußten, wer eigentlich Bismarck sei, brauchte er sich manchmal nur sehen zu lassen, um sogleich einen Auflauf zu verursachen. Die ihn kannten, waren stolz darauf, ihn zeigen zu können, und die übrigen wünschten ihn kennen zu lernen."

*

Meaux, zwischen 15. und 19. September 1870.

In dieser Zeit ersah Geheimrat Stieber aus den Pariser Blättern, daß eine öffentliche Subskription von 3000000 Franken Prämie, und zwar 2 Millionen für den Mörder des Königs Wilhelm und 1 Million für den Mörder des Grafen Bismarck, veranstaltet wurde. Stieber sorgte demzufolge Tag und Nacht für den König und Bismarck, und auch das Personal der Feldpolizei wurde deshalb in Meaux wesentlich vermehrt.[1]) Polizeileutenant v. Zernicki schlief mit zwei Schutzmännern in der Nacht im Quartier des Königs, die betreffenden Militärpatrouillen wurden von Polizeibeamten geführt, und bei Bismarck schliefen auch zwei Beamte.

*

[1]) Ueber das Personal der Feldpolizei bei der Mobilmachung, seine Verstärkung nach Ueberschreitung der französischen Grenze und seine fernere Vermehrung bei der Annäherung von Paris vergl. „Stieber, Denkwürdigkeiten" S. 251 und 274.

Zwischen Meaux und Ferrières, 19. September 1870.

Während der König im Begriffe war, sein Hauptquartier von Lagny mit Bismarck und Moltke nach Rothschilds Schlosse Ferrières (eine Stunde von Lagny) zu verlegen, hatte Jules Favre durch englische Vermittlung eine Unterredung mit Bismarck nachgesucht; auf seine Ankunft wurde dann in Meaux bis gegen 12 Uhr gewartet. Der König war dann mit den Prinzen und Adjutanten nach Clair gefahren, um sich dort zu Pferde zu setzen. Die Herren von der Umgebung des Königs fuhren mit sämtlichen Wagen unter Bismarcks Führung (er selbst zu Pferde) in der Richtung nach Lagny. Als der Zug Fouilly passirt hatte, begegnete demselben ein zweispänniger Stadtwagen mit vier Personen einschließlich eines preußischen Offiziers. Bald nachher sagte Hofrat Taglioni zu Wilmowski, er habe J. Favre und Prinz Biron erkannt. Sofort ließ Wilmowski das durch einen Feldjäger dem Grafen Bismarck melden, welcher dann ein paar Reiter nachjagen ließ, um die Herren zurückzuholen. Bismarck sagte, es sei ihm lieber, das unterwegs abzumachen; wenn J. Favre ins Hauptquartier selbst komme, würde er ihn nicht wieder los. Darauf trennte sich Bismarck von dem Zuge und besprach sich mit Jules Favre im Schlosse Haute Maison. [1])

Auf dem Wege zwischen Meaux-Ferrières hatte auch General Sheridan Bismarck getroffen, in übler Stimmung, die, wie es schien, sich daher schrieb, daß er den französischen Bevollmächtigten, Jules Favre, nicht an dem Ort angetroffen, wo die Zusammenkunft verabredet war. Er hielt einen Augenblick bei General Sheridan und dessen Begleiter Forsyth und bemerkte, „die Luft schwirre von Lügen und bei der Armee befänden sich eine Menge Personen, die sich um Dinge kümmerten, welche sie nichts angingen“. [2])

---

[1]) Wilmowski, Feldbriefe von 1870/71 S. 57.

[2]) Sheridan, Erinnerungen S. 175.

An Bismarck gerichtete Briefe des Legationsrats Wentzel aus der Frankfurter Zeit.

An Bismarck gerichtete Briefe des Legationsrats Wentzel aus der Frankfurter Zeit.

Im 5. Bande des von H. Kohl herausgegebenen Bismarck-Jahrbuchs finden sich 33 Privatschreiben aufgenommen, welche der preußische Legationsrat v. Wentzel an den preußischen Bundestagsgesandten v. Bismarck richtete, wenn derselbe zeitweise von Frankfurt a. M. abwesend war, um denselben über den Stand der Dinge an der Bundeszentrale auf dem Laufenden zu erhalten. Nachstehend lasse ich noch drei Schreiben dieser Art folgen.

Eigenhändiges Privatschreiben des Legationsrats v. Wentzel an den Gesandten v. Bismarck, d. d. Frankfurt a. M. 15. Januar 1855.

Eurer Excellenz kann ich nur melden, daß es hier durchaus nichts Neues giebt. Ich war soeben bei Herrn v. Prokesch und fragte, ob er schon wisse, was in der Donnerstagssitzung vorkomme, um es Ihnen mitteilen zu können. Er sah alles nach und meinte dann, er habe bis jetzt durchaus nichts, und wenn morgen noch etwas im Militärausschuß vorbereitet würde, so könne es auch nicht von Erheblichkeit sein. In der Haberschen Sache soll der Inhalt der portugiesischen Antwort mitgeteilt werden. Ich ging demnächst zu Herrn v. Reinhard, er bestätigte mir, daß durchaus nichts vorliege. Sie sehen also, daß Sie hiernach über Ihre Rückkehr nach Belieben disponiren können. Man denkt, Sie werden die Entscheidung mitbringen, und ist sehr gespannt darauf. Sonst ergeht man sich nur in Vermutungen, zu denen es an jeder festen Basis fehlt. Herr v. Prokesch sagte mir heute, man hätte in Paris und London die in Wien mit Fürst Gortschakoff getroffenen Verabredungen genehmigt. Herr v. Tallenay hat offizielle Nachrichten aus Paris, wonach man dort großes Mißtrauen in das Entgegenkommen Rußlands setzt.

An die Zuziehung eines Bevollmächtigten des Bundes zu den Wiener Verhandlungen scheint hier niemand zu denken, und man hält dieselbe auch für kaum möglich. Wer sollte einem solchen auch Instruktionen geben, der Ausschuß oder die Bundesversammlung? und soll per majora über die voraus-

sichtlich sehr verschiedenen Auffassungen entschieden werden? Es bliebe wohl nichts übrig, als Preußen und Oesterreich Vollmacht für den Bund zu erteilen, wie auf der Londoner Konferenz bei den Verhandlungen über Belgien. Allein auch das werden die Westmächte nicht wollen.

Ihre Frau Gemahlin hat mir viele Grüße aufgetragen, es gehe ihr wie den Kindern sehr gut.

Eigenhändiges Privatschreiben des Legationsrats v. Wentzel an den Gesandten v. Bismarck, d. d. Frankfurt a. M. 17. Januar 1855.

Eurer Excellenz will ich, auf die Gefahr hin, Bekanntes zu wiederholen, nachstehendes mitteilen.

Herr v. Tallenay hat vorgestern von dem Minister Drouyn de Lhuys eine Depesche, welche eine Unterhaltung desselben mit dem Grafen Hatzfeldt betrifft, mit dem Auftrage erhalten, sie Herrn v. Prokesch vorzulesen. Er hat dies gestern gethan. Die Depesche beginnt damit, daß Graf v. Hatzfeldt Herrn Drouyn de Lhuys eine Depesche des Herrn Ministerpräsidenten (Datum und Gegenstand wußte mein Gewährsmann nicht) vorgelesen, und daß er (Drouyn de Lhuys) darauf Veranlassung genommen habe, dem Grafen Hatzfeldt seine Auffassungsweise darzulegen. Seine Auslassung beginnt mit einer gewissen Empfindlichkeit darüber, daß man in Paris keine Nachricht über den Zweck der Mission des Herrn v. Usedom nach London erhalten habe. Dann fährt er fort: Je mehr man diesen Zweck geheim gehalten, desto mehr habe sich die französische Regierung bemüht, denselben zu erforschen; sie habe dann erfahren, daß die Mission hauptsächlich zwei Gegenstände betroffen haben solle. Herr v. Usedom habe sich einerseits über das Verhalten Oesterreichs gegen Preußen beklagt, andererseits unsere Teilnahme an den in Wien zu eröffnenden Verhandlungen zur Sprache gebracht. Der erstere Punkt sei eine innere deutsche Angelegenheit und gehe nur Preußen und Oesterreich an, Frankreich wolle sich nicht in die deutschen Bundes-Angelegenheiten einmischen. Was den zweiten Punkt betrifft, so ist Herr Drouyn de Lhuys nach seiner Depesche auf eine Vergleichung des Verhaltens Preußens gegen dasjenige Oesterreichs sowie auf die Stellung näher eingegangen, welche Preußen auf den Wiener Konferenzen eingenommen, wo es sich im vollen Einverständnisse mit den Westmächten und Oesterreich befunden habe. Dann sollten die Vorwürfe folgen, die wir aus den Pariser Zeitungen zur Genüge kennen.

Zum Schluß will Herr Drouyn de Lhuys dem Grafen Hatzfeldt gesagt haben: Preußen habe erklärt, es wolle nicht neutral bleiben. Dazu habe Frankreich ihm Glück gewünscht, denn eine Großmacht könne in einer europäischen Krisis nicht neutral bleiben. Sei Preußen aber nicht neutral, so müsse es sich erklären, für wen es sei, ob für oder gegen Frankreich. Davon sei dann auch die Teilnahme Preußens an den weiteren Verhandlungen abhängig.

Dies ist ungefähr der Inhalt der Depesche, wie ihn mir mein Gewährsmann angab. Derselbe bat mich, davon keinen Gebrauch zu machen, da Herr v. Tallenay außer Herrn v. Prokesch nur ihm die Depesche mitgeteilt habe. Vielleicht spricht sich Herr v. Tallenay noch gegen mich darüber aus.

Das Hinweggehen über das Verhalten Oesterreichs läßt annehmen, daß Frankreich das Verfahren desselben gleichfalls nicht billigt, daß der französische Minister dies aber dem Grafen Hatzfeldt nicht sagen wolle. Dies soll auch die Ansicht des Herrn v. Tallenay sein. Sonst macht, wie mir gesagt wird, die Depesche den Eindruck, als wolle Herr Drouyn de Lhuys erklären, Preußen nur dann zu den Wiener Verhandlungen zuzulassen, wenn es sich mit den Westmächten über seine Stellung verständigt und in dieser Beziehung Verpflichtungen übernommen habe.

Was Graf Hatzfeldt gesagt und wie er die Auslassung des französischen Ministers aufgenommen habe, davon sagt die Depesche kein Wort.

Daß morgen keine Sitzung stattfindet, habe ich bereits telegraphisch gemeldet. So arm an Stoff ist der Bundestag, daß nun schon vierzehn Tage die Sitzungen ausfallen müssen.

Eigenhändiges Privatschreiben des Legationsrats v. Wentzel an den Gesandten v. Bismarck, d. d. Frankfurt a. M. 19. Januar 1855.

Eure Excellenz kennen bereits die österreichische Depesche vom 14. d. M., wonach Herr v. Prokesch beauftragt ist, mit Mobilmachungsanträgen im Ausschusse vorzugehen. Ich habe über eine diesfällige Depesche des Herrn v. Dumreicher an die Stadt Frankfurt dem Herrn Minister einen kurzen Bericht erstattet. Herr v. Prokesch, der vorgestern abend jedenfalls schon Nachricht hatte, hat mir nichts davon gesagt, obgleich ich ihn ausdrücklich fragte: es gebe also nichts, was für Sie von Interesse wäre?

Auch Herrn v. Schrenk und Herrn v. Reinhard gegenüber hat er geschwiegen. Beide scheinen noch ganz korrekt. Auffallend ist mir dagegen das Verhalten von Graf Kielmannsegge. Obschon er gestern auf einem Grunelius-schen Ball lange mit Herrn v. Dumreicher in einer Fensternische sprach, und ich bei der Taubheit des Grafen im Vorbeigehen deutlich hören konnte, daß von der Mobilmachung die Rede war, so leugnete er doch jede Kenntnis von der Depesche und erging sich dann in eine lange Verteidigung der österreichischen Politik sowie des Antrages auf Mobilmachung. Komisch war sein Vorwurf, den er uns machte: „Wir fragten Oesterreich zu viel, wir wollten zu viel wissen.“ Allen meinen Widerlegungen setzte er nur immer entgegen: „Es käme doch zum Kriege, Rußland meine es nicht ehrlich, und Napoleon wolle den Krieg.“ Ueber Oesterreichs Friedensliebe will er die allersichersten Nachrichten haben. Kurz, er ist ganz in österreichischen Händen, und seine Regierung muß

ebenso denken, sonst würde er nicht so entschieden sprechen. Den Grund von der Abberufung des Herrn v. Koller aus Hannover kennt man gewiß am besten in Berlin. Graf Kielmannsegge erzählte mir, Herr v. Koller sei entweder für Konstantinopel oder für London bestimmt. Die letztere Version stimmte überein mit einer andern Ansicht, die ich andeuten hörte, nämlich daß Oesterreich England und Frankreich zu trennen suche, um sich mit letzterem zu alliiren. Dann wäre allerdings wohl Graf Colloredo zu sehr engagirt, und für eine solche neue Politik bedürfte es eines neuen Vertreters. Stellt man einen solchen Plan mit der Aeußerung des Herrn v. Prokesch zusammen, daß Oesterreich sich zurückziehen würde, wenn es von Rußland befriedigt sei, so liegt der Gedanke nahe, daß Oesterreich auf eine Allianz mit Frankreich und Rußland spekulirt. Die österreichische Presse fängt schon an, gegen England zu agitiren, wie unter anderem der anliegende Artikel der gestrigen Postzeitung zeigt. Jetzt ist England der Tyrann der Welt, der noch vor wenigen Wochen Rußland war.

Die Friedenshoffnungen sind hier seit einigen Tagen sehr geschwunden. Keiner glaubt, daß der andere es ehrlich meint.

Die österreichische Vorlage wird Sie wohl bald nach Frankfurt zurückführen. Sobald Herr v. Prokesch etwas deshalb thut, telegraphire ich sogleich.

Gespräche des englischen Malers Richmond mit Bismarck.

Gespräche des englischen Malers Richmond mit Bismarck.

Im November 1887 befand sich der englische Maler Sir William Richmond eine Woche lang als Gast des Fürsten Bismarck in Friedrichsruh, um dessen Porträt zu malen.

In Briefen an seine Familie hat Richmond über die Eindrücke berichtet, welche dieser denkwürdige Besuch auf ihn gemacht hat, und interessante Mitteilungen über seine Gespräche mit dem Fürsten aufgezeichnet.

Einem Vertreter der „Daily News" sind Auszüge aus diesen Briefen zur Verfügung gestellt worden, welche die gedachte Zeitung in ihrer Nummer vom 2. August 1898 veröffentlicht hat und die ich hier in Uebersetzung folgen lasse. Ich schicke jedoch voraus, daß ich begründete Zweifel darüber hege, ob Richmond den Fürsten überall richtig verstanden hat. Falls die Gespräche in deutscher Sprache geführt wurden, wären die Mißverständnisse ja erklärlich.

Erste Eindrücke.

Ich bin angekommen. Das Haus ist ein ganz gewöhnliches — kein Luxus, komfortabel, aber ohne jeden Prunk. Bismarck kam, als ich auspackte, in mein Schlafzimmer, um mich in ruhiger, Vertrauen erweckender Art zu bewillkommnen. Er führte mich durch das ganze Haus, sagte, Gladstone hätte die Redewut, und beklagte England, daß es mutwillig in die Anarchie steuere. Er ist ganz anders, als ich ihn mir vorgestellt habe, — sehr liebenswürdig, gerade wie ein Sachse — denn er ist ein Sachse —, vornehm in seinem Wesen, sehr verbindlich, von angenehmer Stimme und bestrickend. Ich fühlte mich sofort nicht mehr fremd ihm gegenüber. Er erinnert in seiner Art und Weise an Darwin, und die einfache Führung des Hauses ist wie in „Down"; das Frühstück war gerade wie ein Frühstück bei uns zu Hause. Hunde wurden gefüttert 2c. Der Fürst liebt, die Unterhaltung zu führen. Der Haushalt besteht aus Bismarck, der Fürstin Bismarck, seinem Schwiegersohn und seiner Tochter. Morgen will ich anfangen und versuchen, eine schnelle und lebensvolle Skizze zu machen. Photographien sowohl wie Bilder stellen den Mann nicht richtig dar. Er sieht darauf immer aus, als wenn er aus Eisen sei.

Sein Gesicht ist dagegen freundlich. Ein wirklicher Freund und ein wirklicher Feind! Sehr viel ruhiger Humor. So ist denn der Reigen angenehm eröffnet, und ich fühle mich durchaus nicht mehr nervös. Wenn er mir die Chance giebt, hoffe ich, was Gutes von ihm zu machen ... Zwei liebe kleine Enkelkinder sind da, die meine großen Freunde geworden sind und mich Deutsch lehren, wofür ich ihnen etwas zeichne. Hier ist nichts Künstliches, sondern solide Größe, Einfachheit; würdige tägliche Arbeit und höhere Interessen machen mir die Atmosphäre zur angenehmsten.

Plaudereien über Politik.

Nach einer dreistündigen Unterhaltung mit dem Fürsten Bismarck bin ich eben in mein Zimmer zurückgekehrt. Nach dem Diner forderte er mich auf, mit ihm zu kommen und mit ihm zu rauchen. Hierbei versuchte ich, ihn auf die Politik zu lenken, und erkannte in ihm einen Mann, der durchaus am Frieden hängt, dabei die klarsten Ideen in politischen Kombinationen hat.

„Rußland und Frankreich," sagte er, „werden früher oder später Deutschland angreifen, und obwohl ich den Wunsch habe, mich zurückzuziehen, muß ich meinem alten Kaiser doch bis zu Ende dienen. Das wenigste, was England thun könnte," fügte er hinzu, „wäre, seine Flotte nach dem Mittelmeer zu senden und Italien zu unterstützen, dessen wir als Bundesgenossen sicher sind. Innerhalb zehn Tagen können wir drei Millionen Menschen ins Feld stellen, eine Million an die russische Grenze, eine Million an die französische und eine Million Reserven. Außerdem aber haben wir für vier und eine halbe Million Soldaten, die wir ausheben können, Waffen und Kleider."

Sein Urgroßvater wurde in den Kriegen unter Friedrich dem Großen getötet. Sein Vater focht im Jahre 1792 und 1815,[1]) „und jetzt habe ich gegen die Franzosen seit 1870 gekämpft," fügte er hinzu.

---

[1]) Ueber die Teilnahme der Vorfahren des Fürsten an vaterländischen Kriegen entnehme ich der Schrift „Schönhausen und die Familie v. Bismarck. Von Dr. Georg Schmidt, P., Berlin 1897" folgendes:

Der Urgroßvater des Fürsten: August Friedrich v. Bismarck (geb. 1695, gest. 1742) wurde als Oberst des Regiments Ansbach-Bayreuth in der Schlacht bei Czaslau verwundet. Er ließ sich aus der Schlacht nach Kattenborn (Kuttenberg) fahren, wurde aber unterwegs von österreichischen Husaren überfallen und, nachdem ihm alles, was er besaß, abgenommen war, erschossen (a. a. O. S. 116).

Der Großvater des Fürsten: Karl Alexander v. Bismarck (geb. 1727, gest. 1797) focht in den Schlachten bei Prag, Collin, Leuthen, Hochkirch und in dem Gefecht bei Tarmstädtel, mußte aber 1758 als Rittmeister beim Schmettauschen Regiment Kürassiere wegen seiner Blessuren seinen Abschied erbitten (a. a. O. S. 124).

Der Vater des Fürsten: Ferdinand v. Bismarck (geb. 1771, gest. 1845) focht im Jahre 1792 in Französisch-Flandern und in der Champagne. In der Schlacht bei Kaiserslautern, in welcher er sich durch Mut und Entschlossenheit auszeichnete, wurde er verwundet.

Seine Mißachtung gegen die Franzosen überschreitet das Maß. „Sie sind glücklich daran,“ sagte er, „daß zwischen Ihnen und Frankreich das Meer liegt. Wenn die Franzosen könnten, würde ihre Eitelkeit sie verleiten, die ganze Welt zu bekämpfen. Frankreich wird niemals zur Ruhe kommen. Sie lieben die Abwechslung und Aufregung, neue Regierungen zu bilden. Ich wünsche Frieden für Deutschland; um diesen zu haben, müssen wir auf den Krieg gerüstet sein.“

Sein Haß gegen Frankreich ist ein eingewurzelter. „Unsere Taktik,“ nahm er dann das Gespräch wieder auf, „wird jedoch diesmal eine andere sein. Wir werden den Angriff abwarten, denn die von den Franzosen errichteten Fortifikationen schließen die Möglichkeit eines unmittelbaren Angriffes aus, der im Jahre 1870 unseren Erfolg ausmachte. Wir werden sie erwarten, sie auf offenem Felde angreifen, und wenn uns Gott Glück verleiht, werden wir dasselbe thun, was wir 1870 thaten. Wahrhaftig,“ schloß er, „ich bin überzeugt, daß, wenn nicht Gott selbst die französische Armee kommandirt, wir siegreich sein müssen.“

Eine natürliche Allianz: England und Deutschland.

Hinsichtlich Englands ist er sehr verzagt. „Ein Krieg,“ sagte er, „würde für England manche Schwierigkeiten lösen, die Klassen einander nähern und England zeigen, daß es für den Frieden Europas eine der starken Mächte ist und sein muß. Die natürliche Allianz ist die zwischen unseren beiden Ländern und Italien. Diese drei Mächte können, wenn auf festem Kriegsfuß, den Frieden Europas gegen Rußland und Frankreich aufrecht erhalten. Ein Friede kann viel unehrenvoller werden als ein Krieg. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß wir Englands für den Fall eines Krieges sicher wären. Wenn Europa zweifellos wüßte, daß England, Deutschland und Italien eng verbündet sind, so wäre der Friede gesichert. Vor 45 Jahren traf ich verschiedene Engländer an Bord eines Dampfschiffes. Wir tranken und toasteten. Mein Toast war: Eine Armee für Preußen und eine Flotte für England, und wir werden der Welt trotzen. Das sind noch heute meine Ansichten im Interesse des Weltfriedens.“

Der Mann aus Nerven, nicht aus Eisen.

Er ist durchaus bestrickend, liebenswürdig, nervös, ein durchaus feiner Mann. Ich fragte ihn, ob er wirklich der eiserne Bismarck sei. „Nein,“ sagte

---

Am 28. Januar 1815 erhielt er, „weil er während seiner Dienstzeit und bei den vorgefallenen Kriegsbegebenheiten, bei denen er sich befunden, sich jederzeit getreu, tapfer und unverweislich erhalten und überhaupt sich zur allerhöchsten Zufriedenheit betragen hat,“ den Charakter als Rittmeister (a. a. O. S. 151). In der Schrift wird indessen nicht erwähnt, daß Ferdinand v. Bismarck als aktiver Offizier an den Freiheitskriegen teilgenommen habe. Wohl aber ist dies der Fall bezüglich seines älteren Bruders Leopold, welcher den Heldentod fand, und seines Vetters Wilhelm.

er, „meine Härte ist angelernt. Ich bin ganz Nerven, und zwar derartig, daß Selbstbeherrschung die einzige Aufgabe meines Lebens gewesen ist und noch ist.“

Ich erzählte ihm, daß ich gestern abend gehört hätte, er sei nur einmal in seinem Leben ins Museum gegangen, und auch das nur, um sich vor dem Regen zu schützen, weil er keinen Regenschirm bei sich hatte. Er erwiderte: „Das ist ganz richtig, und ich bedaure es, aber 25 Jahre lang habe ich nicht einen Augenblick für mich gehabt und kann keine Ruhe finden, ehe mein alter König stirbt.“

Dann machte ich ihn darauf aufmerksam, wie das jährliche Budget für das Museum zu klein sei. „Das weiß ich auch,“ erwiderte er, „aber wir können bei zwei Mächten, von denen die eine rechts, die andere links unsere Existenz bedroht, nicht mehr ausgeben. Der nächste Krieg bedeutet: entweder die Vertilgung Deutschlands von der Oberfläche Europas oder die Vertilgung Frankreichs.“

„Warum,“ fragte er darauf, „haben Sie nicht einen Kriegsminister, der nicht mit den Regierungen wechselt? Warum werden alle Dinge, sogar die militärischen, von Nichtfachleuten geleitet?“

England und die englischen Parteien.

Der Fürst hat eine hohe Meinung von Lord Salisbury. „Wenn er nur fest und schnell zugreifen und nicht immer auf die öffentliche Meinung warten wollte,“ meinte er. „Ihre Parteien in England sind viel zu sehr gespalten,“ fuhr er darauf fort, „zwei Parteien sind nicht schwierig zu behandeln, aber fünf oder sechs — das ist unmöglich.“

Bei der Besprechung der irischen Frage äußerte er: „Je mehr ich zu dem Schluß komme, wie wenig klug es gewesen wäre, jetzt Homerule zu geben, so kann ich mich doch der Ansicht nicht verschließen, daß man Irland Homerule hätte geben können, als dies zum erstenmal vorgeschlagen wurde. Nach allen Hin- und Herreden und Diskussionen darüber aber muß es jede Regierung schwächen, die heute Homerule gewährt. Sie würde dadurch klar zeigen, daß jede Agitation, wenn sie nur lange genug durchgeführt wird, auf Erfolg rechnen kann. Indien mit seiner thörichterweise gewährten Preßfreiheit würde sich sofort zu rühren anfangen.“

Dann wandte er sich plötzlich zu mir und sagte: „Sie sind ein Politiker, Sie begreifen die Schwierigkeiten ja sofort.“ Dann sprachen wir von Sozialismus und Toryismus und der Landfrage. „Unsere Landrevolution,“ sagte er, „trat während des französischen Krieges vor 70 Jahren ein. Für Sie kommt das noch. Der Krieg wird Sie überraschen und Ihnen zeigen, wie Sie sich damit abzufinden haben.“

Bismarck als junger Mann.

Ich hatte zwei Sitzungen heute von zusammen einer Stunde und habe eine gute Skizze gemacht. Der Fürst erzählte mir mancherlei von seinen jungen Jahren — wie sechs Flaschen starken Weines ihm nichts anhaben konnten. „Ah," sagte er, „die englische Politik hat gelitten, seit die englischen Staatsmänner nicht mehr den starken Kopf haben, um Wein vertragen zu können. Sie sind zu vorsichtig und führen niemals einen kühnen Streich. Mein Vater ließ mich nicht zum Militär gehen, was ich bedaure. Wenn die Disziplin mich von einem Bummelleben abgehalten hätte, würde ich ein stärkerer Mann geworden sein."

„Vielleicht," antwortete ich, „aber Sie hätten dann kein Reich geschaffen."

„Vielleicht nicht, aber meine Zeit würde mir mehr angehört haben. Eine große Aufgabe ist es für mich gewesen, es dahin zu bringen, in allen Situationen zu arbeiten. Als junger Mann habe ich oft, wenn das Trinken und alle Art Bummeleien unumgänglich waren, mich auf diese Arbeitsfähigkeit dadurch zu prüfen gesucht, daß ich in einer lärmenden Umgebung die Kubikwurzel aus 6 und 5 auszog. Vielleicht war es doch besser, daß ich ein so bewegtes Leben führte. Es verbrannte damit ein gutes Teil nutzlosen Feuers. Wenn ich dies Feuer gehabt hätte zu all dem, was ich hatte, als mein Leben anfing verantwortlich zu werden, so würde ich vermutlich die Selbstbeherrschung noch schwieriger gefunden haben."

Bismarck sagte, in jungen Jahren — zwischen dem 20. und 30. Lebensjahr — wäre es seine Absicht gewesen, Reisen zu unternehmen; aber er mochte seinen Vater nicht gern verlassen. „Und dann war ich in den Maschen der Politik gefangen. Und wer in dieses Netz gerät, kann sich niemals daraus freimachen."

Napoleon III.

Bismarck sagte, als das Gespräch auf Napoleon kam: „Ich hatte den Mann gern. Er hatte ein gutes Herz, aber er war ungeschickt. Die Kaiserin brachte ihn in ihren strengen katholischen Ansichten und Tendenzen in das Unglück dieses Krieges."

Ich fragte, ob es nicht ein furchtbarer Augenblick für Napoleon gewesen wäre, als er kapitulirte. „Nein," sagte Bismarck, „ich glaube nicht. Es hatten bereits Meutereien in der Armee in der Nacht vor Sedan stattgefunden, und Napoleon fühlte sich bei den Deutschen sicherer als bei den Franzosen . . ."

Darauf gab mir der Fürst eine höchst anschauliche Schilderung der Kapitulation des Kaisers von Frankreich am Morgen nach Sedan.[1])

[1]) Dieser Abschnitt der Richmondschen Aufzeichnungen findet sich oben S. 66 abgedruckt in dem Aufsatz: „Bismarck im deutsch-französischen Kriege." II. Teil. Von Sedan bis Versailles.

Der alte König und die Kugeln.

Der Fürst erzählte mir, wie er bei Königgrätz große Schwierigkeit hatte, den König aus dem Bereich der feindlichen Kugeln zu bekommen. Sie erfüllten die Luft mit ihrem Sausen. Bismarck machte den König darauf aufmerksam. Dieser sah auf und meinte, dies sei nur Sperlingsgezwitscher. Endlich vermochte man den König zu überreden, hinwegzureiten; es geschah dies jedoch nur in kurzem Galopp. Bismarck, welcher erkannte, daß man nur dreihundert Fuß von den österreichischen Vorposten entfernt war, zog seinen Fuß aus dem Steigbügel und stieß das Pferd des Königs von hinten, so daß es einen Sprung vorwärts machte. Der König sah sich vorwurfsvoll um. Bismarck sagte: „Ihr Pferd hat geschreckt, Majestät."

Der König verstand diese Andeutung und ritt geschwind aus der Gefahr. Er telegraphirte denselben Abend an die Königin: „Bismarck trieb mich etwas ungestüm aus der Schlacht."

Bei einer anderen Gelegenheit bohrte sich eine Granate zehn Schritte vom Stabe abseits in die Erde; der König und seine Begleitung fühlten den Boden erzittern wie bei einem Erdbeben. Glücklicherweise krepirte die Granate nicht, sonst würden sie wahrscheinlich alle getötet worden sein.

Rußland und Indien.

Von Rußland sagte er: „Warum sind sie dort nur solche Narren gewesen, Bulgarien in ein zweites Polen für sie zu verwandeln? Der politische Irrtum ist enorm."

Der Fürst ist der Ansicht, daß Rußland beabsichtige, nach dem persischen Golf vorzudringen, aber er glaubt nicht, daß Indier, Mohammedaner oder Buddhisten die russische Regierung der englischen vorziehen würden. Wenn sie es dennoch thäten, so sei dies der Fehler der Engländer. „Wenn jemand wie ich weiß," sagte der Fürst, „wie die Freiheit der Presse von prinzipienlosen gebildeten Männern, die den Wert der Wahrheit kennen oder doch kennen sollten, benützt werden kann, wie unendlich gefährlicher muß es dann sein, einen solchen Spielraum einem unerzogenen und nicht unterrichteten Volke zu gewähren."

Auch über die russische Sprache unterhielt er sich und bemerkte, daß sie wie das Griechische bei einer unendlichen Feinheit die Schärfe der Form besäße; wie dies aber entstanden, davon könne man sich keine Rechenschaft ablegen. Der Bauer in Rußland spreche dieselbe Sprache wie der Kaiser, was beweise, daß die Zivilisation der Nationen nicht immer mit dem Fortschritt ihrer Sprache Hand in Hand ginge.

Er war von einer Bemerkung betroffen, die ich hinsichtlich der slavischen Bevölkerung machte. Ich behauptete, daß, wenn man das barbarische Element beibehielte, dies eine große Macht wäre.

Dies führte uns zu einem Gespräch über den Luxus Roms und den Sieg der Nordländer über die Römer. „Vielleicht,“ sagte der Fürst, „liegt das Geschick der Welt dereinst in der Hand dieses barbarischen Elements.“ Den Papst mag der Fürst gern und findet ihn sehr intelligent; er erzählte mir, daß er die höchste Auszeichnung erhalten, die der Papst einem Ketzer geben könne.

Der Fürst erzählt eine Geschichte von Friedrich dem Großen.

Bismarcks Großvater diente drei Jahre unter dem großen König und erzählte eine Geschichte von einem Fähnrich, der während der Manöver einen Fehler machte, der den König in solchen Zorn versetzte, daß er den Fähnrich mit dem Stock in der Hand verfolgte, um ihn zu schlagen. Der Fähnrich kniff aus, sprang über einen Graben und ließ den König, der noch immer seinen Krückstock schwang, auf der anderen Seite. Der Kommandeur des Regiments kam darauf zu dem König und sagte: „Majestät, der junge Fähnrich hat zweifellos einen Fehler gemacht, ich habe diesen Augenblick sein Gesuch um Entlassung aus Eurer Majestät Dienst erhalten. Es thut mir das sehr leid, denn er war wirklich ein guter Soldat, aber es bleibt ihm nichts anderes zu thun übrig.“ Der König erwiderte kurz: „Schicken Sie ihn mir her.“ Der Fähnrich kam nicht ohne Besorgnis, daß er vielleicht aufs neue bedroht, geschlagen oder gar ins Gefängnis geschickt werden würde. Als er eintrat, sagte ihm der König: „Hier ist Ihr Kapitänspatent, das ich Ihnen heute morgen überreichen wollte, aber Sie liefen so schnell davon, daß ich Sie nicht einholen konnte.“

Religiöse Ansichten.

Wir sprachen über Religion und Gebet. „Ich erinnere mich,“ sagte der Fürst, „daß ich, als ich vierzehn Jahre alt war, das Gebet für unnütz hielt, da ja Gott doch alles besser weiß als ich. Ich denke heute noch so wie damals. Die Nützlichkeit des Gebets aber liegt in der Unterwerfung unter eine stärkere Macht. Ich bin mir jener stärkeren Macht bewußt, die weder willkürlich noch launenhaft ist, und habe keinerlei Zweifel über ein zukünftiges Leben, denn das gegenwärtige ist zu traurig und unvollkommen, als daß es unserem höchsten Selbst entsprechen könnte. Es ist offenbar nur ein Kampf, der vergeblich sein würde, wenn er hier endete; ich glaube an eine letzte Vervollkommnung.“

Bismarck über Erziehung und Sprache.

Hinsichtlich der Erziehung äußerte der Fürst: „Wie sehr man es auch rühmt, daß die Erziehung eine allgemeinere ist, so ist sie doch nicht so gut

und so gesund wie in meinen jungen Tagen. Meine Söhne hatten mehr Gelegenheit, etwas zu lernen, als ich, aber sie kamen vom Gymnasium sehr unwissend zurück.“ Sein Griechisch hat der Fürst vergessen, aber sein Lateinisch sich erhalten, namentlich den Horaz, welchen er sehr liebt. Er sprach tief empfundene Worte über die Notwendigkeit, zart und freundlich mit Kindern zu verkehren, und fügte hinzu: „Ich bin sehr heißblütig und habe immer dagegen zu kämpfen, daß mich mein Temperament im Hause fortreißt. Das Familienleben ist das Band. Kinder sind unsere besten Richter!“ Die Art und Weise, wie er mit seiner Frau und diese mit ihm verkehrt, ist geradezu entzückend . . .

Wir redeten dann über Sprachen, und er hielt mir einen kleinen Vortrag über die deutschen Dialekte, wobei er mir auseinandersetzte, daß die holländische Form der deutschen Küste folge, und daß es viel leichter für einen Engländer sei, hier als in Süddeutschland Deutsch zu lernen. Er hat eine hohe Meinung von dem Schotten und bewundert seine Arbeitskraft und seinen Stammessinn.

Gesellschaft, Bücher und ein Wort über Moltke.

Ich machte heute morgen einen langen Spaziergang im Walde, doch ist das Wetter unerträglich naß und trübe. Wir diniren um sechs. Keine Toilette. Bismarck besitzt keinen Frack und verabscheut Gesellschaft. Er ist ein großer Bewunderer George Elliots, namentlich seines „Adam Bede“. Hinsichtlich Victor Hugos urteilt er mit seinem antifranzösischen Vorurteil: „Er ist zu unmöglich für mich.“ Oft citirt er Shakespeare, noch öfter Horaz. Moltke, erzählte er mir, sei ein sehr, sehr ruhiger Mann. Sehr gut, aber sehr geizig und am Gelde hängend. „Er lebt,“ sagte er, „wie ein Sergeant, das aber ist auch sein einziger Fehler.“

Musik, Vögel und Hunde.

Von Musik und Wagner sprechend sagte der Fürst: „Ja, ich habe Wagner gekannt, aber es war mir unmöglich, mir etwas aus ihm zu machen. Beim ersten und zweiten Frühstück,[1]) beim Diner, in jedem Augenblick erhob Wagner Ansprüche auf Bewunderung. Er wollte immer der Erste sein. Dazu war ich aber zu beschäftigt. Auch Musik zu hören habe ich aufgegeben, ich kann die Melodien nachher nicht aus dem Kopfe kriegen, und dann lockt mir die Musik Thränen aus den Augen, und es ermüdet mich sehr, wenn ich mich habe rühren lassen.“

---

[1]) Richard Wagner war nur einmal und zwar zum Diner bei Bismarck.

Der Fürst liebt Singvögel[1]) und Hunde. Seine großen Doggen folgen ihm überall und liegen sogar neben ihm, wenn ich ihn male.

Eine Geschichte von Disraeli.

Der Fürst äußerte sich sympathisch über Disraeli und erzählte mir eine artige Geschichte. Auf der Berliner Konferenz war Französisch die diplomatische Sprache. Disraeli weigerte sich, anders als englisch zu sprechen. Fürst Gortschakoff, welcher das Englische vollkommen beherrschte, machte dagegen Einwendungen. „Ich," sagte Bismarck, „wollte als Leiter der Versammlung Disraeli nicht allein lassen und bediente mich bei meiner Erwiderung der englischen Sprache. Fürst Gortschakoff antwortete im reinsten Englisch, und wir gewannen."

---

[1]) Nicht weniger war Bismarck auch anderem Gefieder sehr zugethan. Einen eigenen Hühnerhof hat der Fürst nicht gehalten. Das machten sich die Hühner des Posthauses, das an das Besitztum des Fürsten grenzt, zu Nutzen und drangen sehr häufig über den Gartenzaun in das Fürstliche Gebiet ein. Statt sie, die das fremde Eigentum durchaus nicht respektirten, zu verjagen, fütterte der Fürst sie eigenhändig oder ließ sie füttern. Als einst Postmeisters Hühner dem Veilchenbeet der Frau Fürstin übel mitgespielt hatten und sich die Fürstin darüber beklagte, da stellte Bismarck einen Knaben als Wache an dem Beet auf, aber den Missethätern selbst ließ er das Gastrecht in seinem Hof und Garten. Er kannte jedes einzelne Tier aus dem Geflügelvolk genau und fand sofort ein fremdes Huhn heraus, das sich zu dieser Schar verirrt hatte. Der große stolze Hahn war des Fürsten besonderer Liebling; einen Fehler an dem Prachttier sah das Auge des Fürsten ebenfalls wieder zuerst; eines Tages ließ er der Frau Postmeisterin sagen, der Hahn sei ja auf einem Auge blind. Niemand von den Angehörigen und dem Gesinde des Postmeisters hatte das bemerkt, aber es hatte doch seine Richtigkeit. Am letzten Lebenstage des Fürsten, so erzählten die „M. N. N.", als er aus dem wohlthätigen und schmerzstillenden Schlummer, in den er seit 1 Uhr nachmittags verfallen war, gegen 4 Uhr für wenige Minuten erwachte und sein Kammerdiener Pinnow sich über ihn beugte und ihn, um dem Kranken vielleicht einige zerstreuende Worte zu sagen, auf das Gegacker der Hühner in der Nähe des Schlafzimmers aufmerksam machte, antwortete der Fürst mit der besorgten Frage: „Die Hühner sind doch jeden Tag gefüttert worden?"

Der Fürst sowohl als auch die Fürstin waren für die Winterfütterung der Vögel sehr besorgt. An den Bäumen in der Nähe des Friedrichsruher Herrenhauses konnte man im Winter stets die Gerippe von Gänse- und anderen Braten hängen sehen, die für die überwinternden Vögel bestimmt waren. Welche Arten der letzteren anwesend waren, bildete oft den Gesprächsstoff. Aber auch die Pferde hatten es gut. In Varzin befindet sich eine Fohlenkoppel. Eines Tages sagte der Fürst: „Wenn ich nach Varzin komme, besuche ich gleich am nächsten Morgen die Fohlen. Wenn dann die Tiere zu mir herangesprungen kommen und ihre Köpfe mir auf die Brust oder den Arm legen, dann bekommt der Wärter ein Zwanzigmarkstück, weil ich daraus ersehe, daß die Tiere gut behandelt werden." Bei anderer Gelegenheit sagte er, daß er auf der Fohlenkoppel Hindernisse aller Art habe anbringen lassen. „Die Fohlen sollen den Kampf mit dem Leben so früh als möglich lernen; lernen sie ihn spielend, dann um so besser für sie."

Sein Vater und seine Mutter.

Bismarck machte heute einen langen Spaziergang mit mir im Walde, um einige seiner Pächter aufzusuchen. Sein Verkehr mit ihnen ist außerordentlich höflich. Während wir neben einander hergingen, erzählte er mir, daß er eine sehr unglückliche Kindheit verlebt habe. Seine Mutter war streng, ehrgeizig und hart. „Sie verdarb meinen Charakter.“ Von seinem Vater sprach er mit Enthusiasmus, als von einem großen und guten Manne.

Absolute Wahrhaftigkeit und ein gewaltiger Patriotismus sind, so möchte ich sagen, die hervorspringendsten Charakterzüge des Fürsten.

Aus Bismarcks Leben.

Nach Mitteilungen von Lothar Bucher u. A.

Aus Bismarcks Leben.

Nach Mitteilungen von Lothar Bucher[1]) u. A.

I.

Ueber die erste Periode seiner Schulzeit sprach Bismarck selten und nie ohne eine gewisse Bitterkeit. Er verbrachte sie in der Plamannschen Erziehungsanstalt in Berlin. Die Wahl derselben war keine glückliche. Es ging dort, wie der Kanzler öfters sagte, „zuchthausmäßig“ zu. Die Aufsicht war ebenso streng als die Kost ungenügend. Als der sechsjährige Knabe dorthin kam, empfand er den Gegensatz zwischen dem freien, ungebundenen Leben auf dem väterlichen Rittergut Kniephof in Pommern und „der Häuser bedrückender Enge“ in Berlin auf das schmerzlichste. Er sehnte sich nach den Seinen, nach seinem Freund, dem alten Kuhhirten Brand, dessen Namen ihm, wie er sagte, auch in späteren Jahren noch immer eine Empfindung „wie Heidekraut und Wiesenblumen“ erweckte.

Sechs Jahre dauerte diese Leidenszeit, bis 1827 seine Eltern nach Berlin zogen. Als sie es nach vier Jahren wieder verließen, gaben sie ihren Sohn Otto zum Dr. Bonnell am Friedrich Wilhelms-Gymnasium, später am Gymnasium „Zum grauen Kloster“, in Pension. Dieser, später Direktor der letztgenannten Lehranstalt, kam dem sich verlassen fühlenden Knaben mit warmem Gemüt entgegen, und letzterer schloß sich innig an ihn und seine Familie an. „Dem alten, guten Bonnell habe ich viel zu danken,“ äußerte er einmal zu Lothar Bucher, „bei ihm bin ich in Berlin zuerst richtig warm geworden.“

1832, siebzehn Jahre alt, kam Bismarck nach Göttingen auf die Universität. „Ich wäre eigentlich lieber Soldat geworden,“ sagte er zu Bucher. „Unsere Familie ist einmal eine Soldatenfamilie, und es paßte mir damals

---

[1]) Die obenstehenden Mitteilungen kommen aus der Verlagshandlung von M. v. Hartung in Konstanz. Der Verdacht, daß mit Lothar Buchers Namen Mißbrauch getrieben wurde, muß zurückgewiesen werden. Die betreffenden Notizen stammen allerdings nicht aus dem Nachlaß Buchers, sie wurden vielmehr von demselben in seinen letzten Lebensjahren einem Herrn, der Gelegenheit hatte, Bucher einen schwerwiegenden Dienst zu erweisen, mitgeteilt. Die Aufzeichnung erfolgte vor dem Erscheinen von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“.

gar nicht, daß ich so der einzige Zivilist darin sein sollte. Aber meine Mutter wollte durchaus einen Diplomaten aus mir machen. Na, so ziemlich ist es ihr ja auch gelungen!"

In der ersten Zeit war er im Hörsaal selten zu sehen, desto mehr im Paukſaal und bei den Kneipen, besonders nachdem er in das Corps „Hannovera" getreten war. Es mag letzteres einigermaßen überraschen, denn in dem damaligen Bismarck steckte, wie er selbst sagte, ein demokratischer Zug, der bei den Burschenschaften, die damals in einem viel stärkeren Gegensatz zu den aristokratischen Corps standen als heutzutage, viel eher seine Befriedigung gefunden hätte. „Ohne daß irgend eine Absichtlichkeit," drückte Bismarck sich später aus, „im Unterrichtsplan dahin zugespitzt war; aber in uns jungen Leuten wirkte der ganze Strom, den wir aufnahmen, dahin, daß wir für Harmodius und Aristogiton eine gewisse Sympathie übrig behielten und es schwer verständlich fanden, warum so viele Leute Einem gehorchten, wo er ihren Wünschen und ihrer Geschmacksrichtung als Herrscher nicht entsprach." Aber die damals in Göttingen studirenden Burschenschafter gefielen ihm persönlich nicht. „Es waren zu viele darunter," sagte er, „die nur mit der Zunge fechten mochten und vor dem Rapier eine heidenmäßige Angst hatten." Auch hätte seine Mutter, deren Einfluß in allen wichtigen Familienfragen der maßgebende war, sich entsetzt bei dem Gedanken, daß er den „teutonischen Krakeelern", wie sie die Burschenschafter zu bezeichnen pflegte, beitreten könne. Ohnedem schon erfüllten manche etwas kraftgenial klingende Aeußerungen des jungen Studenten seine Mutter, die feingebildete Tochter des Königlichen Kabinetsrats Mencken, mit mißbilligendem Schauder und trugen wohl auch die Schuld daran, daß ihm der gewünschte Besuch der durchaus von liberalem Geist erfüllten Heidelberger Universität nicht gestattet wurde.

Ich verzichte auf die Wiederholung der allgemein bekannten Anekdoten aus Bismarcks Studentenzeit und begnüge mich, zu erwähnen, daß Bismarck selbst die Erzählung, er habe sogleich nach seinem Eintreffen in Göttingen einen Engländer, der Deutschland wegen seiner politischen Zerrissenheit verhöhnte, zum Duell gefordert und trotz mangelnder Fechtübung den Sieg davongetragen, als aus der Luft gegriffen bezeichnete. Thatsache ist allerdings, daß er verhältnismäßig viele Mensuren hatte, wie dies auch bei seiner ausgesprochenen Selbständigkeit im Denken, Reden und Handeln, die sich schon damals scharf markirte, kaum anders möglich war.

Diese Selbständigkeit ließ ihn auch in seiner Beamtenlaufbahn zunächst scheitern. Er vermochte sich mit dem Bureaukratismus nicht zu vertragen. Er gab seiner Ansicht Ausdruck, unbekümmert um die unausbleiblichen Folgen — nebenbei bemerkt dasjenige, was er später von seinen Untergebenen am wenigsten vertragen konnte. Im Anfang ging ihm dies hin, so die Scene mit dem Berliner Stadtgerichtsrat, bei dem er, damals Auskultator am Berliner

Stadtgericht, als Protokollführer thätig war. Der Delinquent trat so unverschämt auf, daß Bismarck ihm zurief: „Wenn Sie sich nicht anständig benehmen können, werfe ich Sie hinaus!“

„Pst! Herr v. Bismarck,“ sagte der Stadtgerichtsrat, „das Hinauswerfen ist meine Sache!“

Bismarck schwieg. Der Delinquent wurde nun natürlich noch unverschämter, bis Bismarck zum zweitenmal aufsprang und rief: „Wenn Sie sich aber jetzt nicht sofort menagiren, lasse ich Sie durch den Herrn Stadtgerichtsrat hinauswerfen!“

Verhängnisvoll wurden ihm seine Konflikte mit dem Ministerialdirektor v. Meding, den er nicht nur selbst als „einen der widerwärtigsten Menschen auf Gottes Erdboden“ schilderte, sondern den auch andere Beurteiler übereinstimmend in gleicher Weise charakterisiren, in voller Zustimmung zu Bismarcks Schilderung: „Rücksichtslos, herrisch nach unten, aalglatt nach oben. Ihm fehlte nicht der Kopf, aber ihm fehlte das Herz.“ Meding, nicht dem Minister v. Rochow persönlich, wie oft irrtümlich behauptet wird, entstammt das geflügelte Wort vom „beschränkten Unterthanenverstand“. Meding haßte und chicanirte Bismarck ganz besonders. Wenn Bismarck bei ihm erschien, traf er den hohen Vorgesetzten öfters im Schlafrock an einem Fenster stehend und auf demselben trommelnd. Das hörte erst auf, als Bismarck eines Tages rasch entschlossen an das andere Fenster trat und auf diesem den Dessauer Marsch mit aller Fingerkraft zu trommeln begann. Als bald darauf Bismarck wieder einmal kam, um einen Urlaub nachzusuchen, ließ ihn der, wie Bismarck wußte, gänzlich unbeschäftigte Meding im Vorzimmer warten, bis nach einer halben Stunde Bismarck dem Diener befahl: „Sagen Sie dem Herrn Oberpräsidenten, ich wäre fortgegangen, aber ich käme auch nicht wieder!“ Er reichte seinen Abschied ein und erhielt ihn.

Bismarck schilderte Bucher gegenüber das bureaukratische Treiben der damaligen Zeit in ebenso scharfer, als zweifellos treffender Weise. „In einer anderen Umgebung aufgewachsen,“ sagte er, „können Sie keine Ahnung davon haben, wie groß damals die Kleinlichkeit, wie klein die Größe war. Die Mehrzahl der Herren glaubte, der Staat gehe unter, wenn einmal nicht ein Federhalter an der richtigen Stelle lag. Man hätte die Kerls hassen können, wenn man nicht andererseits ihrem Pflichteifer und ihrer Treue gegen Seine Majestät Anerkennung hätte zollen müssen. Schufte — na, die giebt es ja überall, auch bei uns, das haben wir 1848 gesehen“ — Bucher machte eine unwillkürliche Bewegung, der Fürst bemerkte es und fuhr rasch fort — „ich meine natürlich nicht die Leute auf den Barrikaden, die meinten es ehrlich, wenn sie auch auf dem falschen Wege waren, ich meine die Beamten, die damals die altpreußische Beamtenehre besudelten, und die ich hätte aufhängen lassen, wenn ich die Macht dazu gehabt hätte. Na, Gott sei Dank, es waren

ihrer nur wenige! — Einen hätte ich besonders gern hängen gesehen!" fügte er nach einer Weile sinnend hinzu.

Wen er damit meinte, weiß ich nicht bestimmt, glaube indessen, daß sich diese Worte auf den Minister v. Bodelschwingh bezogen, dem der Kanzler nicht vergessen konnte, daß er 1848 den General v. Prittwitz veranlaßt hatte, den Schloßplatz zu räumen. Diese Thatsache wurde, nachdem sie am 22. Februar 1879 bei einer parlamentarischen Soiree besprochen worden war und ein Zeitungsbericht hierüber einem Sohne des Ministers v. Bodelschwingh Anlaß zu einem Dementi gegeben hatte, welches die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" auf Veranlassung des Kanzlers als „vollständig unwahr" zurückwies, von Bismarck noch öfters in sehr scharfer Weise charakterisirt.

Die Zeit nach seinem Ausscheiden aus dem Staatsdienst benützte Bismarck dazu, die väterlichen Güter Kniephof und Jarchelin in Pommern, die unter der Bewirtschaftung seines Vaters ziemlich heruntergekommen waren, wieder in die Höhe zu bringen. Im Jahre 1842 rettete er bei einer Landwehrübung mit Lebensgefahr seinen Reitknecht vom Ertrinken und erhielt dafür die Rettungsmedaille, seinen ersten Orden. Die Abende waren anfänglich nicht selten tollen Zechgelagen mit Gutsnachbarn gewidmet, deren er indessen bald überdrüssig wurde. An ihre Stelle traten ernste Studien der Geschichte, insbesondere derjenigen Englands. Aber er wurde kein Anglomane. „Englands Geschichte und Einrichtungen haben," so äußerte er sich später, und so dachte er jedenfalls damals schon, „zwar von jeher höchst interessanten Stoff zum Forschen und Denken abgegeben, aber die Erhebung Deutschlands mußte entsprechend dem eigentümlichen Charakter der gesellschaftlichen Zustände und politischen Institutionen Deutschlands gestaltet werden." Nichts verdroß ihn mehr, als wenn er, was in seiner politischen Laufbahn häufig der Fall war, auf Leute stieß, die in gedankenloser Weise englische Einrichtungen auf Deutschland übertragen wollten.

Bald nach dem Tode seines Vaters, am 22. November 1845, siedelte Bismarck nach Schönhausen über, wurde dort Deichhauptmann und vermählte sich mit Johanna v. Puttkamer, Tochter eines pommerschen Gutsnachbarn in Reinfeld. Seiner innig geliebten Schwester Malwine, die mit einem Herrn v. Arnim-Kröchlendorf verheiratet war, schrieb er kurz nach seiner Verlobung: „Es ist doch sehr angenehm, verlobt zu sein. Ich sehe seitdem mit ganz anderen Augen in die Welt, langweile mich nicht mehr und habe wieder Lust und Mut, zu leben." Seine Ehe war eine der denkbar glücklichsten, wie er selbst, oft mit überströmendem Dankgefühl, gern kundgab. Mit seiner Gattin und durch sie gewann er den ernsten, festen Gottesglauben zurück, der ihn nun nie wieder verließ und den er stets ohne Scheu kundgab, wenn die Aufforderung hierzu an ihn herantrat.

II.

Anfang 1847 fand die Berufung des Vereinigten Landtags der Monarchie statt. Als Stellvertreter des erkrankten Abgeordneten für Jerichow, des Herrn v. Brauchitsch, wurde Bismarck zu demselben entsandt. Hier trat er mit seiner Jungfernrede vom 17. Mai 1847 dem herrschenden Liberalismus auf das schärfste entgegen. Er verblüffte — am meisten durch den scharfen Gegensatz zu den damals allgemein als giltig anerkannten Prinzipien. „Derselbe Gegensatz," äußerte Bismarck später einmal zu Bucher, „steckte in manchen anderen auch noch, aber sie getrauten sich nicht heraus damit. Und ich konnte nicht anders! Wenn man dieses Phrasengedudel mit anhören mußte, und immer wieder Phrasen und nichts weiter wie Phrasen, dann konnte einen ja ein heiliger Zorn überkommen über diese Zungendrescher, die die kostbarste Zeit vergeudeten. Freilich, bei manchem ist es heutzutage auch nicht besser. Vincke aber und Schwerin, Beckerath und überhaupt der größte Teil von denen, die damals die Opposition machten, die säßen heute ganz wo anders, das ist ganz sicher! Mich nannten sie damals einen Erzreaktionär und hatten vielleicht nicht so unrecht damit! Aber wodurch bin ich's denn geworden? Schließlich nur aus Opposition gegen die Opposition! Das heißt, Monarchist war ich immer durch und durch, das steckt mir schon im Blute. Sonst — na, Sie wissen ja, wie nahe es mir oft gelegen hat, den ganzen Krempel einmal liegen und alle meine Feinde bei Hofe und sonstwo wirtschaften zu lassen nach ihrem Belieben! Da hätte der eine den anderen aufgefressen! Aber wir wären dabei auf eine Bahn gekommen, von der das Umkehren nicht leicht gewesen wäre!"

Ein andermal sagte er zu Bucher: „Diese Krakeeler von heute sind doch noch genau dieselben wie die von damals: sie wissen nicht, was sie wollen, und sie wollen nicht, was sie wissen! Jetzt freilich fehlt ihnen eine Waffe, die sie, als ich anfing, mich bemerkbar zu machen, mit Vorliebe gegen mich anwandten: sie versuchten immer wieder, mich so von oben herab abzuthun, wie eine Dogge einen Teckel. Aber der Teckel hatte scharfe Zähne, das haben sie gemerkt! Jetzt geht das freilich nicht mehr, oder höchstens, wenn sie so ganz unter sich sind. Ich bin ihnen zu populär geworden. Und dabei wird mir manchmal bange, und ich denke, wenn man mich so recht lobhudelt: Habe ich auch nicht eine große Dummheit gemacht?"

Ein ferneres, sehr charakteristisches Wort von ihm zu Bucher lautet: „Ich war damals genau so deutsch denkend und genau so liberal wie die anderen auch, aber ich war auch preußisch dabei, und das waren die anderen im preußischen Landtag nicht. Darum fehlte ihnen die Grundlage zur Arbeit. Darum konnte es vorkommen, daß sie aus lauter Nationalismusdusel vom Großdeutschtum zur Schwärmerei für das Großpolentum kamen. Es ist kaum

glaublich, aber es ist so, Sie wissen es ja aus der Geschichte. Und liberal war ich auch, aber das Verschwommene, das" — hier suchte er augenscheinlich nach einem recht charakteristischen Ausdruck — „das Herumgondeln ohne Kompaß, das gegenseitige Bedufeln mit Schönrednerei, das konnte ich nicht ausstehen. Glauben Sie, daß mir die Stahl und Genossen sympathisch gewesen wären? Ganz gewiß nicht! Aber die hatten doch wenigstens ein greifbares Ziel und dann — ein Stück konnte ich schon mit ihnen zusammengehen: ich wußte ja doch ganz genau, wo unsere Wege sich trennten . . . Was damals am meisten böses Blut gegen mich gemacht hat, das weiß ich ganz genau, das war, daß ich nicht auf ihre Nationalitätswünsche einging, daß ich grausam genug war, ihnen immer wieder den Schleier von den Augen zu reißen, ihnen zu zeigen, daß sie Seifenblasen nachjagten . . . ich wollte ja dasselbe wie sie, aber auf ihrem Wege ging es absolut nicht, da wären wir in eine Konfusion sondergleichen gekommen . . . Sie fingen das Gebäude beim Dach an, und das waren noch die Klügsten unter ihnen, die wenigstens Stützen unter das Dach stellen wollten, bis sie die Mauern aufgebaut hätten . . . Es waren übrigens recht tüchtige Männer dabei, aber sie wurden mit fortgerissen von den anderen, vom Schwall der Phrase, gerade so, wie es heute noch manchmal in Frankreich geht . . ."

Die Stelle, an welcher seine Wege von denen der Mehrzahl seiner Genossen sich trennten, kam bald. Sie markirt sich durch die am 3. April 1849 erfolgte Ablehnung der Kaiserwürde seitens Friedrich Wilhelm IV. und das Unionprojekt. Bezüglich der Kaiserwürde geriet er zuerst in lebhaften Gegensatz zum Prinzen Wilhelm, späteren König und Kaiser Wilhelm I. Dieser war dafür, daß sein Bruder sie annehmen solle. „Das bißchen Einfluß, das ich damals hatte," sagte Bismarck später zu Bucher, „habe ich dazu verwandt, gegen das Projekt Stimmung zu machen. Der Hochselige" — Friedrich Wilhelm IV. — „war nahe daran, anzunehmen. Ich mußte die Rücksicht auf Oesterreich in das Feld führen, die für mich durchaus nicht bestimmend war. Ich wollte die Sache deshalb nicht, weil so eine Krone nur fest sitzt, wenn man selbst sie sich auf den Kopf gesetzt hat. In welche Stellung wäre dann der Kaiser von Deutschland gekommen, wenn bei dem ersten besten Konflikt mit dem Parlament irgend ein Vertreter von Krähwinkel und Umgegend ihm gesagt hätte: ‚Du, wir haben dir die Krone gegeben, nun sei auch hübsch dankbar und artig!' Nein, nein, lieber Bucher, Sie müssen jetzt doch einsehen, daß das nicht ging!" (Bucher hatte kurz vorher eine Bemerkung gemacht, nach welcher er hiervon nicht so ganz überzeugt schien.) „Hätte man aber auch das noch ertragen wollen," fuhr Bismarck nach einer Pause fort, „so wäre es schon deshalb nicht gegangen, weil uns über dem neuen Deutschland — Moorboden, Bucher, Moorboden! — Preußen ganz aus den Fingern gerutscht wäre!"

Gegen die Nationalitätsschwärmerei ohne praktische Grundlage einerseits

und gegen die Unionsprojekte der durch Radowitz geleiteten Regierung andererseits ankämpfend, war Bismarck damals fast völlig isolirt, auch in dem am 20. März 1850 zusammengetretenen Erfurter Parlament; und er konnte erst wieder freier aufatmen, als er durch den neuen Ministerpräsidenten Otto v. Manteuffel nach Frankfurt a. M. gesandt wurde, zunächst als „politischer Adjutant" des Generals v. Rochow. Diese Stellung war wenig nach seinem Geschmack; Rochow besorgte alles Geschäftliche selbst, und Bismarcks Thätigkeitsdrang fand keine Befriedigung. Er benützte die unfreiwillige Muße dazu, köstliche Briefe, in denen er sich über den Frankfurter Zopf lustig machte, an seine Frau, seine Schwester, an Manteuffel und an Gerlach zu schreiben.

Am 15. Juli 1851 erfolgte seine Ernennung an Rochows Stelle. Auch in Frankfurt rief er den Eindruck der Verblüffung hervor. Während die zunftmäßige Diplomatie der alten Zeit im gegenseitigen Anlügen und Täuschen gewundene Wege ging, „log Bismarck, indem er die Wahrheit sagte", denn man hielt diese selbstverständlich für Lüge. „Diesen Leutchen," sagte Bismarck später einmal zu Bucher, „deren Magen kaum noch Biscuit vertragen konnte, wollte mein ehrliches pommersches Schwarzbrot gar nicht schmecken," und er schrieb über sie: „Es sind lauter Lappalien, mit denen die Leute sich quälen, und diese Diplomaten sind mir schon jetzt mit ihrer wichtigthuenden Kleinigkeitskrämerei viel lächerlicher als der Abgeordnete der zweiten Kammer im Gefühl seiner Würde . . . Die von den kleinen Staaten sind meist karikirte Zopfdiplomaten, die sofort die Berichtphysiognomie aufstecken, wenn ich sie nur um Feuer zur Zigarre bitte."

Köstlich ist in Bismarcks Briefen die Schilderung des Entsetzens über die „unerhörte Anmaßung", welche Preußen oder richtiger Bismarck dadurch bewies, daß er sich bei einer Bundesratssitzung auch eine Zigarre anbrannte, während es bis dahin das — freilich leider nicht durch Bundesratsbeschluß festgestellte — Vorrecht des österreichischen Bundesratspräsidenten gewesen war zu rauchen. Die Vertreter der Mittelstaaten telegraphirten sofort nach Hause, was zu thun sei, und erhielten die Weisung, unter solchen Umständen ebenfalls zu rauchen, um das Ansehen der von ihnen vertretenen Staaten gebührend zu wahren. Einer von ihnen, der Nichtraucher war, geriet hiedurch in schwere Verlegenheit, nahm aber, um die Würde seines Staates zu retten, wenigstens eine nicht brennende Zigarre in den Mund.

Mit dem Bundesratspräsidenten, dem Grafen Thun, kam Bismarck bald in ein leidliches Verhältnis, nachdem er, als dieser ihn, um ihn von vornherein zu demütigen, in Hemdärmeln empfing, mit raschem: „Excellenz haben recht, es ist furchtbar heiß," den Rock gleichfalls ausgezogen und sich neben jenen gesetzt hatte. Schwerer war mit Thuns Nachfolger, Herrn v. Prokesch, auszukommen. „Dieser Mensch log selbst dann," sagte er über ihn zu Bucher, „wenn es in seinem, ich meine in Oesterreichs Interesse gelegen hätte, die

Wahrheit zu sagen, so sehr war ihm das Lügen zur zweiten Natur geworden. Seine einzige gute Eigenschaft war seine Dickhäutigkeit; wenn ich mich so recht über ihn geärgert hatte, habe ich ihm manchmal Dinge gesagt, die sich kein Berliner Eckensteher hätte gefallen lassen; er steckte aber alles ruhig ein."

Prokesch folgte Graf Rechberg, der von 1855—1859, in welchem Jahre er zum Minister des Aeußern ernannt wurde, Bundestagspräsident war. Mit ihm stand sich Bismarck ganz bedeutend besser. „Rechberg war, abgesehen von wenigen Velleitäten, die ihm von seiner Erziehung anhafteten, ein Mann, mit dem sich leben ließ," sagte Bismarck zu Bucher. „Vor allen Dingen war er persönlich wahrheitsliebend. Er hat es mir auch nicht übel genommen, daß ich 1853 Oesterreichs Pläne, nach welchen wir wieder einmal für die Habsburger die Kastanien aus dem Feuer holen sollten, durchkreuzte. Er war ehrlich genug, zuzugestehen, daß ich damals durchaus im Interesse Preußens und Deutschlands überhaupt — natürlich von Oesterreich abgesehen — gehandelt hatte."

Dieses Auftreten Bismarcks war seine erste größere That auf politischem Gebiet. Mit der ihm schon damals eigenen, zwingenden Logik wußte er selbst die zu Oesterreich neigenden Vertreter der deutschen Mittelstaaten davon zu überzeugen, daß, wenn Deutschland dem Wunsche Oesterreichs gemäß mobil mache, um sich an der Lösung der orientalischen Frage zu beteiligen, die unmittelbare Folge sein werde, daß Rußland es von Osten und Napoleon von Westen angreife. Er setzte es durch, daß nur eine Kriegsbereitschaft gegen französische Uebergriffe stattfand, unter mindestens ebenso großen Schwierigkeiten wie kurz zuvor die Wiederaufrichtung des Zollvereins.

Während damals die sämtlichen Politiker Deutschlands über die Frage debattirten, ob es für Deutschland vorteilhafter sei, sich den Westmächten anzuschließen — der Hauptvertreter dieser Meinung war Prinz Wilhelm von Preußen — oder den Russen — dies war die Politik Friedrich Wilhelms IV. und der Kreuzzeitungspartei —, pflanzte Bismarck damals schon das Banner einer neuen, preußisch-deutschen Politik auf und begründete die Notwendigkeit derselben durch einen Bericht vom 26. April 1856 an Manteuffel, dessen Wiedergabe an dieser Stelle seinem hauptsächlichsten Inhalt nach, obwohl er den Politikern von Fach bekannt ist, hauptsächlich deshalb wünschenswert erscheint, weil er wie kein zweites Dokument beweist, wie weit und wie richtig Bismarck in die Zukunft zu schauen verstand.

In diesem Bericht legt Bismarck zunächst dar, daß von der Zukunft mit Sicherheit ein Bündnis zwischen Rußland und Frankreich zu erwarten sei, den beiden seit dem Erlöschen des Gedankens der heiligen Allianz durch nichts mehr grundsätzlich getrennten, dagegen durch vieles auf einander angewiesenen Nationen. Deutschland habe also um so mehr Anlaß, auf die Lösung der deutschen Frage bedacht zu sein. Je eher diese geschehe, desto eher könnten die beiden

deutschen Großmächte ehrlich gegen Ost und West zusammenstehen. „Nach der Wiener Politik," heißt es in dem Bericht, „ist einmal Deutschland zu eng für uns beide . . . der deutsche Dualismus hat seit 600 Jahren gelegentlich, seit Karl V. in jedem Jahrhundert regelmäßig durch einen gründlichen inneren Krieg seine inneren Beziehungen geordnet, und auch in diesem Jahrhundert wird kein anderes als dieses Mittel die Uhr der Entwicklung auf die richtige Stunde stellen können . . ."

Man hat später Bismarck oft vorgeworfen, daß er politisch „von der Hand in den Mund gelebt", immer nur das Zunächstliegende erstrebt und ergriffen habe. Gewiß ergriff er das Zunächstliegende, wie es jeder praktische Politiker thut und thun muß, aber nur dann, wenn es zu seinem weitgesteckten Ziel führte, das er nie aus dem Auge verlor. Dieses Ziel und den zu ihm führenden Weg, wenn auch nicht in allen Einzelheiten, denn das ist unmöglich, aber doch im wesentlichen Ganzen stets richtig erkannt und konsequent verfolgt zu haben, das ist das Hauptverdienst in Bismarcks Leitung der äußeren Politik. „Ich nehme es den Leuten gar nicht einmal übel," sagte er, vielleicht mit Bezug auf die Aeußerung Albert Trägers, daß ihm die Einheit Deutschlands als reife Frucht in den Schoß gefallen sei, zu Lothar Bucher, „wenn sie, da beim Rückwärtsschauen alles so schön geordnet vor ihnen liegt, jetzt meinen, es sei so gekommen, weil es so habe kommen müssen. Wenn ein Schiff glatt und schön in den Hafen kommt, dann wissen nur die zu erzählen, was es für Stürme durchgemacht hat, die darauf gewesen sind. Die, welche mitgeblasen haben, um den Sturm anzufachen, die könnten freilich auch etwas davon wissen. Aber so etwas vergißt sich rasch!"

III.

Lange dauerte es, ehe Prinz Wilhelm von Preußen sich mit Bismarck befreunden konnte. Die Differenzen zwischen beiden beruhten nicht auf Mangel an persönlicher Sympathie, sondern auf sachlicher Meinungsverschiedenheit. Prinz Wilhelm war damals englischem Einfluß sehr zugänglich, später russischem; Bismarck widerstrebte beiden. Auch als Prinz Wilhelm am 7. Oktober 1858 zum Regenten eingesetzt wurde, näherte er sich wohl Roon und Moltke, deren hohen Wert sein überwiegend auf das Militärische gerichteter Geist rasch erkannte, nicht aber Bismarck, sondern schickte denselben als Gesandten nach Petersburg. Die Idee indessen, Bismarck mit dem Posten eines leitenden Ministers zu betrauen, tauchte schon im Jahre 1860 auf. Bismarck schrieb damals an seinen älteren Bruder Bernhard: „Wollte ich bereitwillig in die Galeere hineingehen, so müßte ich ein ehrgeiziger Narr sein; jeder große Gesandtschaftsposten, auch der Petersburger, der abgesehen vom Klima der angenehmste von allen ist, ist ein Paradies im Vergleich mit der Schinderei eines heutigen Ministergeschäfts, besonders des auswärtigen. Wenn mir aber die

Pistole auf die Brust gesetzt wird mit ja und nein, so habe ich das Gefühl, eine Feigheit zu begehen, wenn ich in der heutigen, wirklich schwierigen und verantwortungsvollen Situation ‚nein‘ sagte .... Kurz, ich thue ehrlich, was ich kann, um unbehelligt nach Petersburg zu gelangen und von dort der Entwicklung in Ergebenheit zuzusehen; wird mir aber der ministerielle Gaul dennoch vorgeführt, so kann mich die Sorge über den Zustand seiner Beine nicht abhalten aufzusitzen."

Im Mai 1862 wurde Bismarck von Petersburg, wo er sich sehr wohl gefühlt und bei Hofe warme Anerkennung gefunden hatte, nach Paris versetzt. Ganz eigenartig gestaltete sich sein Verhältnis zu Napoleon. Vor diesem krochen die Vertreter der Großmächte fast im Staube — Bismarck hielt den Nacken aufrecht. Als Napoleon ihm ein enges Einvernehmen mit Preußen, Annexion Hannovers und Schleswig-Holsteins durch dieses und als Kompensation „Abrundung" Frankreichs auf Kosten Belgiens und Luxemburgs vorschlug, antwortete ihm Bismarck, er freue sich, daß gerade er diese Eröffnungen Seiner Majestät erhalten habe, denn er sei vielleicht der einzige Diplomat, der es persönlich auf sich zu nehmen wage, sie seinem Herrscher lieber zu verschweigen!

Zu Lothar Bucher äußerte sich Bismarck wiederholt sehr anerkennend über Napoleons persönliche Liebenswürdigkeit ihm gegenüber. „Einmal wurde er ganz orientalisch; er legte mir sehr nahe, daß er mir eine Maitresse aussuchen wolle, und schien mir nicht zu glauben, als ich ihm sagte, daß ich nach einer solchen weder Bedürfnis noch Verlangen hätte ... Vom deutschen Familienleben konnte er sich gar keine rechte Vorstellung machen. Bei der Kaiserin konnte er freilich keine rechte Idee von Familie bekommen .... Sie konnte äußerst liebenswürdig sein, wenn sie indessen mir gegenüber von dieser Fähigkeit Gebrauch machte, hatte ich immer das Gefühl, als müsse ich doppelt auf dem ‚qui-vive‘ sein."

Unterdessen nahmen die Dinge in Deutschland eine Entwicklung an, welche eine Katastrophe nahezu unvermeidlich erscheinen ließ. König Wilhelm trug sich Ende 1862 mit Rücktrittsgedanken. Sein Lieblingswerk, die Armeereform, deren Vollbringen sein höchstes Verdienst vor dem Forum der Geschichte sein wird, weil er mit ihr die Grundlage für Preußens und damit für Deutschlands spätere Größe schuf, stand auf dem Punkte, am Widerstand der Volksvertretung zu scheitern. Des Königs Absichten wurden teils nicht erkannt, teils absichtlich mißverstanden. Das Schlagwort vom „Militarismus" beherrschte die Situation im Landtage. Bei Uebernahme der Regentschaft hatte er als Ziel aufgestellt, daß Preußen moralische Eroberungen in Deutschland machen müsse, aber dabei nie den Gedanken beiseite gesetzt, daß ein starkes Heer dem Lande vor allem anderen notthue, in Verfolg dessen, was er 1849 an General v. Natzmer geschrieben hatte: „Wer Deutschland regieren will, muß es sich

erobern; à la Gagern geht es nun einmal nicht.“ Einen andern Weg als diesen fand er nicht, konnte ihn deshalb nicht finden, weil es keinen gab. Und auf diesem Wege ragte ihm eine anscheinend unübersteigliche Barrikade auf!

Bismarck schilderte zu Bucher die Situation folgendermaßen: „Der König wußte damals keinen Ausweg mehr. Vor dem Konflikt sträubte sich sein Gewissen. Edelmütig, wie er durch und durch war, wollte er lieber sich selbst zum Opfer bringen. Als ich nach Babelsberg zu ihm kam, lag die Abdankungsurkunde auf dem Tisch. Er war müde. Ich hatte die größte Mühe, ihn zu überzeugen, daß seine Abdankung die Situation eher verschlimmern als verbessern würde. So wäre es auch gekommen. Der Karren war gründlich verfahren; nicht durch ihn, aber durch die Minister in den letzten Jahren vorher. Alles stürmte auf ihn ein, am meisten die politische Quacksalberei, die mit Kamillenthee heilen wollte, wo nur eine Operation noch helfen konnte.“

Bismarck war damals auf einem Ausfluge in den Pyrenäen, die er sehr schätzen gelernt hatte. Von dort eilte er, durch Roon telegraphisch herbeigerufen, nach Berlin. „Ich mag mich nicht drücken,“ hatte er Roon geantwortet, „denn ich mag mir keiner Feigheit bewußt sein.“ Aber gleichzeitig schrieb er seiner Gattin: „Gewißheit ist jetzt nötig, oder ich nehme Knall und Fall meinen Abschied.“

Die Unterredung zwischen König Wilhelm und Bismarck am 20. September 1862 wurde zum Markstein für Preußens, für Deutschlands Geschichte, für die Geschichte der Welt. „Bis dahin,“ sagte Bismarck zu Lothar Bucher, „hatten wir uns gegenseitig nicht richtig erkannt. Ich hatte den König für unentschlossener gehalten, als er es in Wirklichkeit war, und er mich für — na, so ungefähr für einen politischen Raufbold. Aber es dauerte keine Viertelstunde, da waren wir beide von unserem Irrtum überzeugt. Ich weiß nicht, wie es kam; ich hatte mit einem Male volles Vertrauen zu ihm und er zu mir. Ich hatte mir erst sehr schön die Bedingungen formulirt, unter denen ich nur die Zügel in die Hand nehmen wollte; ich habe sie nicht aus der Tasche gezogen, und als ich nach Hause kam, war das erste, daß ich jenes Blatt vernichtete .... Aber, Bucher, hätten Sie die Umwandlung im ganzen Wesen des Königs gesehen! Als ich hineinkam, sah er so alt und so gebrochen aus, daß es mir heiß ums Herz und vielleicht auch in den Augen wurde, das weiß ich nicht mehr so genau. Der Mann, der so das Allerbeste gewollt hatte! Was ich ihm eigentlich gesagt habe, das weiß ich auch nicht mehr genau, aber aus tiefstem Herzen kam es, und er richtete sich förmlich auf und wurde so ganz der stattliche, straffe Herr, an dem man seine Freude haben mußte, so ganz wieder König! Bucher, von dem Moment an war ich sein mit Leib und Seele!“

Die bereits am 23. September 1862 vollzogene Ernennung Bismarcks

zum Ministerpräsidenten wirkte wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Der „Erzreaktionär“ an der Spitze der preußischen Politik — ja, nun mußte alles zu Grunde gehen! Ich verzichte auf die lockende Versuchung, hier eine Auslese derjenigen Bezeichnungen zu geben, mit welchen der „Bestgehaßte“ damals bedacht wurde, und unter denen „Erzschelm, Krautjunker, eingefleischter Aristokrat, Jagdbummler“ noch zu den milderen gehören.

Genug davon! Hören wir, wie Bismarck selbst sich darüber äußert. Er schrieb damals an Motley: „Dumm in seiner Allgemeinheit ist nicht der richtige Ausdruck .... In auswärtiger Politik sind sie (scil. die Abgeordneten) auch einzeln genommen Kinder, in allen übrigen Fragen aber werden sie kindisch, sobald sie in corpore zusammentreten; massenweise dumm, einzeln verständig.“

Dieses harte Urteil milderte er später im Gespräch mit Bucher wesentlich. „Sie hatten eine Scheuklappe vor,“ sagte er, „und konnten nicht links und nicht rechts sehen. Freilich hatten sie sich diese selbst vorgebunden .... Daß sie auf mich schimpften, nehme ich ihnen nicht übel; an derlei gewöhnt man sich. Sie waren ebenso überzeugt davon, daß ich nichts von Politik verstehe, wie ich das von ihnen glaubte .... Sie sind ja auch meist vom Saulus zum Paulus umgesattelt. — ... Schließlich sprachen sie ja auch nur die Ansicht ihrer Wähler aus, die gerade solche politische Bönhasen waren wie sie selber ... Aber müde machten einen die ewigen Versuche, sie von ihrem Irrtum zu überzeugen, wenn man sah, daß sie auf dem Monde suchten, was vor ihrer Nase auf der Erde lag!“

Trotz zeitweiser Müdigkeit steuerte Bismarck auf das rüstigste vorwärts, auch dann, als mit dem Brennendwerden der schleswig-holsteinschen Frage der Ansturm seiner Gegner sich verdoppelte. Diese Frage gehörte zu den allerschwierigsten. Ebenso wie 1849 und 1850 durch England einerseits und durch Rußland andererseits das Resultat des Feldzuges wegeskamotirt worden war, wäre es zweifellos auch 1864 geschehen, sobald Preußen durch irgend eine Verletzung der bestehenden internationalen Verträge, insbesondere des Londoner Protokolls vom 8. Mai 1852, dem Auslande einen Rechtsgrund zur Einmischung gab. Daß Bismarck sich zu einer Vertragsverletzung nicht drängen ließ, erweckte die heftigste Entrüstung gegen ihn, und im Abgeordnetenhause wurde ihm sogar die Absicht untergeschoben, Schleswig-Holstein an Rußland als Dank für dessen Unterstützung der Reaktion auszuliefern. Auch das wurde geglaubt. — „Nichts ist so dumm, daß es nicht Anhänger fände, wenn es nur mit dem gehörigen Aplomb vorgetragen wird,“ äußerte sich Bismarck einmal; und über die schleswig-holsteinsche Angelegenheit sagte er zu Bucher: „Vom diplomatischen Standpunkt aus betrachtet, war das eine Nuß, an der man sich leicht die Zähne ausbeißen konnte. Wegen Dänemark hatte ich keine Bange; daß man da eine Dummheit machen würde, war sicher vorauszusehen, und es handelte sich nur darum, bis dahin eine günstige Situation zu schaffen.

Oesterreich mußte zur Einsicht gebracht werden, daß es alle Sympathien verscherzte, wenn es nicht mit uns ging; in Rußland mußte die Dankbarkeit für die Dienste, die wir ihm geleistet, als Oesterreich Deutschland mobilisiren wollte, aufgefrischt werden; England mußte isolirt werden, damit es sich auf Drohen beschränkte, wie es das stets thut, wenn niemand ihm die Kastanien aus dem Feuer holen will. Jede einzelne Aktion war an sich eine Kleinigkeit; darin, daß sie alle zusammen klappten, lag die Schwierigkeit. Die Herren im Abgeordnetenhause verlangten nun von mir, ich sollte ihnen die Gründe meiner Politik offenbaren ... wenn ich damals auch nur einen Teil von dem gesagt hätte, was ich jetzt hier sagte, so hätte ich die ganze Sache von vornherein unmöglich gemacht."

Auf Buchers Bemerkung, man habe ihn damals noch zu wenig gekannt, um ihm Vertrauen schenken zu können, erwiderte der Chef: „Da mögen Sie recht haben, aber daran allein lag es nicht! Hat man mir denn Vertrauen geschenkt, als wir zehn Jahre weiter waren und man doch wahrhaftig wissen mußte, woran man mit mir war? Einen allerdings ausgenommen, unsern Königlichen Herrn; wo der einmal Anker geworfen hatte, da hielt er fest, mochte kommen, was wollte."

In der That war auch nach den Erfolgen von 1864 das Mißtrauen des Abgeordnetenhauses oder wenigstens der Majorität desselben gegen Bismarck nicht geringer geworden. Die öffentliche Meinung im liberalen Deutschland war für die Einsetzung des Augustenburgers. Auch die Kreuzzeitungspartei war diesem geneigt, um das Legitimitätsprinzip nicht zu durchbrechen. In den Herzogtümern selbst bildete sich dagegen eine Partei, welche die preußische Oberhoheit erstrebte. „Die wußten am besten, was ihnen gut war," sagte Bismarck später zu Bucher, „ein Kleinstaat mehr wäre nur eine neue Gefahr gewesen, hätte uns im Bundesrat mit niederstimmen helfen." Interessant ist auch das wenig bekannte Faktum, daß unter den Garantien, welche Bismarck von dem Erbprinzen Friedrich — der Herzog selbst war durch Verzicht gebunden — verlangte, und welchen dieser sich zu entziehen suchte, bis es zu spät war, sich auch die Verfügung Preußens über den von Bismarck damals schon geplanten Nord-Ostsee-Kanal befand.

Daß die Annexion den Bruch mit Oesterreich nach sich ziehen müsse, darüber war Bismarck keinen Augenblick im Zweifel. Unmittelbar nach der Gasteiner Zusammenkunft und dem Vertrage vom 20. Juli 1865 ging er nach Biarritz. Er lehnte den Beistand Napoleons, für welchen dieser Landau und Saarbrücken nebst Umgebung forderte, zwar entschieden ab, wußte aber ihn in der Hoffnung zu erhalten, nach dem auch von diesem vorausgesehenen Kriege Europas Schiedsrichter zu werden.

Nachdem dann noch am 8. April 1866 das Bündnis mit Italien geschlossen worden war, konnte kommen, was kommen mußte. „Meine Haupt-

arbeit war nun," sagte Bismarck zu Bucher, „uns den Rechtsboden zu wahren und gleichzeitig zu zeigen, daß der Bund, so wie er war, nicht weiterbestehen konnte. Er mußte verschwinden bis auf die letzte schwarz-rot-goldene Schlafmütze."

IV.

Wer sich dem Rad der Weltgeschichte entgegenstemmt, den zermalmt es! Nirgends zeigt sich dies deutlicher als bei der preußischen Fortschrittspartei im Jahre 1866. Sie war von einem seltsamen Zwiespalt erfüllt. So in ihren Doktrinarismus verbissen, so befangen im Glauben an die alleinseligmachende Theorie des Heils durch den starren, schärfsten Liberalismus waren denn doch nur wenige, daß sie, um in ihrem Hasse gegen Bismarck recht zu behalten, Oesterreich den Sieg, Preußen die Niederlage gewünscht hätten, wenn auch das „Diesem Ministerium keinen Mann und keinen Groschen!" in der fortschrittlichen Presse widerhallte, bis die Donner von Königgrätz den murrenden Laut gewaltig übertönten. Da freilich wurde es anders.

„Da hat man," sagt Bismarck später zu Bucher, „wieder einmal den schönsten Beweis, daß bei der großen Menge der Durchschnittsdenker der Erfolg das einzig Maßgebende ist. Da die Sache gut für uns ausgefallen war, jubelte mir alles zu; wäre das Gegenteil der Fall gewesen, hätte man mich gesteinigt, das heißt mein Andenken, denn ich selbst wäre nicht lebendig wiedergekommen. Ich wäre in ein preußisches Regiment getreten und hätte mich totschießen lassen. Und doch hätte man mir eigentlich keine Schuld beimessen können, denn in der Beziehung mußte ich mich auf Roon und Moltke verlassen. Aber freilich, ich hätte der Sündenbock sein müssen!"

Wenn man, auch in ernsteren Geschichtsbüchern und Zeitungsartikeln, bisweilen liest, Bismarck habe bereits auf dem Schlachtfeld von Königgrätz den Plan gefaßt, dem geschlagenen Feinde goldene Brücken zu bauen, so ist das nicht richtig. Dieser Gedanke bildete, einen Teil des Planes, den er längst vorher, schon in den Frankfurter Tagen entworfen und auch schon mit seinem Königlichen Herrn in allen Einzelheiten durchgesprochen hatte. Daß Bismarck am Abend der Schlacht, nachdem Moltke dem König seine Ueberzeugung ausgesprochen, daß jetzt die Widerstandsfähigkeit des österreichischen Heeres für diesen Feldzug gebrochen sei, noch hinzusetzte: „So handelt es sich von jetzt an darum, die alte Freundschaft mit Oesterreich zurückzugewinnen," geschah auch nicht etwa deshalb, weil er eine solche Mahnung für nötig erachtet hätte aus Besorgnis, daß Seine Majestät im Triumph des Sieges anderer Ansicht geworden sein könne, sondern aus einem Grunde entgegengesetzter Art.

„Der König war," so äußerte er sich Bucher gegenüber, „so erschüttert, so tief in seiner durchaus edlen und vornehmen Natur gepackt, daß er da, wo andere ihren Siegesjubel nicht zu unterdrücken vermochten, wozu ja auch bei

ihnen kein Anlaß vorlag, wehmütig gestimmt war bei dem Gedanken, wie schwer Oesterreich, wie schwer Kaiser Franz Joseph die Niederlage empfinden müsse, weniger noch die Schlacht als solche als den Verlust der Führerschaft in Deutschland. Dieses Gefühl wollte ich mindern; deshalb rief ich ihm in das Gedächtnis zurück, daß Oesterreich an unserer Hand sich wieder aufrichten werde."

Waren die diplomatischen Schwierigkeiten, welche Bismarck zu bekämpfen hatte, um Königgrätz herbeizuführen, wahrlich keine geringen gewesen, so wurden sie durch diejenigen, welche die neugeschaffene Situation hervorrief, beinahe noch übertroffen. Denn nun entwickelte Napoleon eine wahrhaft fieberhafte Thätigkeit, um seinerseits von Preußens Siegen Vorteil zu ziehen. Er intriguirte nach beiden Seiten hin. Oesterreich wiederholte er sein bereits gemachtes Anerbieten, für das linke Rheinufer ihm die verlorenen Besitzungen in Italien wiederzugeben. Gleichzeitig verlangte er das linke Rheinufer von Preußen als „Entschädigung für Frankreich", wogegen er versprach, der Annexion des gesamten nichtpreußischen Norddeutschland durch Preußen und der Gründung eines neuen Deutschen Bundes keine Hindernisse entgegensetzen zu wollen. Benedetti, der diese Forderung überbrachte, sollte von ihr unter keinen Umständen abgehen. Aber Bismarck antwortete mit der Drohung, sofort mit Oesterreich Frieden zu schließen und mit den Heeren beider Reiche das Elsaß zurückzuerobern. „Unsere beiden Heere sind mobil, die Ihren sind es nicht, die Folgen denken Sie sich selbst! . . . Machen Sie Seine Majestät den Kaiser darauf aufmerksam, daß ein solcher Krieg unter gewissen Eventualitäten ein Krieg mit revolutionären Donnerschlägen werden könnte!"

„Das war ein kalter Wasserstrahl," sagte Bismarck später zu Bucher, „der seine Wirkung nicht verfehlte. Aber bei Napoleon, der schon damals seinen Thron wanken fühlte und ihm gern das linke Rheinufer, Belgien und Luxemburg als ein Paar schöne neue Beine eingeleimt hätte, mußte man auf alles gefaßt sein. Darum das flotte Tempo bei den Friedensverhandlungen mit Oesterreich. Kein Mensch konnte wissen, wie lange es mir glücken würde, die Sache mit Frankreich dilatorisch zu behandeln. Das freilich war ein ungeahnter Gewinn, daß Napoleon so unklug war, seine Forderungen uns schriftlich in die Hände zu geben!"

Einen Erfolg hatte Napoleons Intervention indessen doch gehabt, wenn auch nicht für ihn selbst. Bismarck hätte lieber schon damals ein festes Band um Norden und Süden Deutschlands geschlungen. Aber zu so langwierigen Verhandlungen, wie sie hierzu nötig gewesen wären, mangelte die Zeit.

„Mit einzelnen der Südstaaten hätte sich die Sache machen lassen," sagte Bismarck später zu Bucher, „besonders bei Bayern war ich sicher. Allein da hieß es alles oder nichts, nur kein Stückwerk. Schwer aber wurde es mir, Seine Majestät den König von denen loszureißen, die ihn durchaus zu An-

nexionen in Süddeutschland bestimmen wollten. Ich bin ja sonst gerade kein Feind vom Annektiren, wo es sein muß" — der Kanzler lachte herzlich —, „aber in diesem Falle habe ich mit allen Fäusten dagegen gearbeitet. Na, und wenn jemals, so habe ich da recht behalten! Wir hätten nie die Brücke über den Main bauen können, wenn wir 1866 mit schwarz-weißen Farbtöpfen über ihn gegangen wären."

Bereits vor dem Kriege von 1866 hatte Bismarck den Versuch gemacht, durch Besprechungen mit hervorragenden Abgeordneten eine Beseitigung des Verfassungskonflikts herbeizuführen. Er war in seinem Bemühen, sie von der Notwendigkeit des Geschehenen zu überzeugen, mit der Enthüllung seiner Gründe bis an die Grenze des Möglichen gegangen, aber trotzdem war dieses Bemühen gescheitert. Nach dem Kriege aber vergab diese glänzend gerechtfertigte Regierung sich nichts, wenn sie die Indemnitätsvorlage einreichte und so die Brücke zur Verständigung schlug. Daß dies geschah trotz des hartnäckigen Widerstandes, den König Wilhelm I. zuerst dem Plan Bismarcks entgegensetzte, beweist am besten, wie heiliger Ernst es Bismarck mit seinem Streben nach Frieden zwischen Volk und Regierung war.

„So ganz habe ich," äußerte er später zu Bucher, „den König, der bei aller ehrlichen Liebe zu Preußen und später zu Deutschland doch immer sich durchaus als Herrscher fühlte, nie davon überzeugen können, daß wir uns mit der Indemnitätsvorlage nichts vergeben. Wir waren Sieger, und der Sieger darf großmütig sein .... Es wäre mir damals nicht so schwer geworden, wenn nicht die Leutchen, die da glaubten, daß ich mit meiner Politik den Gaul nur zu dem Zweck zugeritten hätte, damit sie sich nun in den Sattel setzen könnten, damals mit ihren Nachtmanövern begonnen hätten. Der Mohr hat seine Arbeit gethan, dachten sie, und wenn das wahr gewesen wäre, so wäre er damals gern gegangen. Aber es war nicht wahr, noch nicht zur Hälfte war die Arbeit gethan."

Konnte Bismarck, nachdem im Abgeordnetenhause die Indemnitätsvorlage mit 230 Stimmen gegen die 75 der von Virchow und Genossen durchgegangen war, die Bismarck einmal zu Bucher als diejenigen bezeichnete, die dem lieben Gott noch einmal schwere Sorge machen würden, wenn er „die Auferstehung nicht genau nach ihrem Programm" stattfinden lasse, sich auf breitere Schichten des Volkes stützen, so erwuchs ihm, wie er in seinen oben citirten Worten darlegte, ein Feind im Rücken, der ihm manche schwere Stunde bereiten sollte. Einem Teil der früheren Genossen war er zu groß geworden und, was in ihren Augen ein todeswürdiges Verbrechen war, zu liberal.

„Die Leute mit dem Rumpelkammergedanken," sagte Bismarck später zu Bucher, „fingen damals an, sich zusammenzuschließen, und suchten und fanden auch bald ihre hohe Protektorin ... Da ging die Maulwurfsarbeit los ... Der General, der Diplomat sein wollte und hier so wenig etwas leistete wie

der .... die von ihren Tressen geblendeten höheren Lakaien (die Hofmarschälle ...., ...), dazu noch ein paar hysterische Frauenzimmer, die da wähnten, ein Hohenzoller ließe sich zum Ludwig dem Vierzehnten degradiren — es war eine nette Sippschaft zusammen!"

So wurde Bismarck die Freude über die Aussicht eines Zusammengehens mit der Landtagsmehrheit durch den manchmal bis zum Ekel gehenden Zorn über die Notwendigkeit, immer und immer wieder gegen ihn gesponnene Intriguennetze zu zerreißen, schon damals getrübt, und es ist das der Militärorganisation würdig an die Seite zu stellende weitere Verdienst König Wilhelms des Ersten, daß er, nachdem er Bismarck richtig erkannt, allen Versuchen, den in seiner zunehmenden Größe immer unbequemer Werdenden „wegzudrängeln", sein entschiedenstes Nein entgegensetzte, mochten diese Versuche selbst von sehr nahestehender Seite kommen. „Ich hatte bei Hofe nur einen einzigen Freund," sagte Bismarck später zu Bucher, „den König — aber der war tausend andere wert!"

„Und Moltke und Roon?"

„Ihnen werde ich doch nicht die Beleidigung anthun, sie zu den Hofleuten zu zählen!"

In der äußeren Politik herrschte Gewitterschwüle. Napoleons diplomatische Niederlage ließ sich nicht verhehlen. Die Weltausstellung von 1867 nahm die Aufmerksamkeit der Franzosen einige Zeit in Anspruch, dann wandte sich diese wieder der Politik zu. In der Luxemburger Frage schien sich ein Napoleon willkommener Kriegsanlaß zu bieten. Auch Moltke war, des Sieges sicher und ebenso überzeugt, daß der Krieg unvermeidlich sei, für Losschlagen. Bismarck jedoch hielt zurück und ging mit Aufgeben des Preußen zustehenden Besetzungsrechts der Festung Luxemburg bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit.

„Noch sträubte ich mich dagegen," sagte er bald darauf zu Bucher, „die unbedingte Notwendigkeit dieses Krieges anzuerkennen, der viele Tausende von Witwen und Waisen schaffen, unsäglichen Jammer hervorrufen mußte. Wir hatten es ja 1866 eben erst gesehen, und gegen das, was da der Welt bevorstand, mußte ja 1866 zum bleichen Schatten werden. Napoleons Thron krachte in allen Fugen; da konnten unberechenbare Ereignisse eintreten .... Es kam auch noch eins hinzu: 1866 war den Südstaaten noch zu frisch im Gedächtnis; der Enthusiasmus, den wir 1870 gehabt haben, wäre damals nicht zu haben gewesen .... Die Entscheidung war nicht leicht, denn noch etwas kam hinzu: die Rechtsfrage! Ich wollte nicht einen Krieg, von dem man uns später einmal vorwerfen konnte, wir hätten ihn freventlich vom Zaun gebrochen, sondern das Recht mußte so unzweifelhaft auf unserer Seite liegen, daß keine fabrikmäßige Geschichtsfälscherei es uns nehmen konnte ..."

Damals zog das Ungewitter vorüber, ohne sich zu entladen. Aber die

elektrische Spannung blieb in der Luft, und nur drei Jahre später wurde die Kriegsfurie doch entfesselt!

V.

„Die Frage, ob Napoleon den Krieg wollte," sagte Bismarck kurz nach der Schlacht bei Sedan, „würde ich mit ‚nein' beantworten. Sein Ziel war Selbsterhaltung, Erhaltung seiner Dynastie durch einen glänzenden Erfolg, wie er ihn schon darin gefunden hätte, daß der König, durch ihn bedroht, die Kandidatur des Hohenzollern für den spanischen Thron für immer unmöglich machte. Um das zu erreichen, mußte er aber mehr in die Wagschale werfen können als seinen eigenen Willen: mit der Kriegslust der ganzen französischen Nation mußte er drohen können; und es entsprach ganz seinem Charakter, daß er diese gleichzeitig als Schild für sich benützen konnte, wenn die Sache schief ging, wie er es ja auch später gethan hat. Da wurde nun in allen offiziösen Blättern und Blättchen so lange kanonirt, bis der gesunde Menschenverstand der Franzosen in die Brüche ging und der gallische Hahn richtig: ‚A Berlin!' krähte ... Dann aber erging es Napoleon wie dem Zauberlehrling: ‚Die ich rief, die Geister, werd' ich nicht mehr los!' ... Ob er noch zurück wollte, mag ja zweifelhaft sein; aber daß er nicht zurück konnte, ist gewiß! Daß er es so weit kommen ließ, das eben war sein Fehler, und das schwebte mir auch in Donchery, als er alle Schuld von sich abzuwälzen suchte, auf der Zunge; ich habe es nur nicht gesagt, weil er mir leid that, so gebrochen und krank, wie er war, und voll Furcht vor seinen eigenen Soldaten!"

Einige Tage später: „Heute, als Sie schon weggegangen waren, stritt man sich bei Tisch, ob es ein Kabinettskrieg oder ein Volkskrieg sei. Beide Teile hatten recht und beide unrecht. Als Kabinettskrieg hat es begonnen, und ein Volkskrieg ist es geworden. Napoleon brauchte ihn; er blies den Funken nationaler Eifersucht so lange zur Flamme an, bis das französische Volk den Krieg wollte, und die Deutschen wollten ihn auch, als sie sahen, daß ihre Ehre nicht anders gewahrt werden konnte. Die Kabinette haben schließlich wieder nur gethan, was sich nun nicht mehr vermeiden ließ ... Aber geben Sie acht, jetzt, nachdem Napoleon vom Schauplatz abgetreten ist, werden ihn die Franzosen zum Sündenbock für alles machen wollen, auch für ihren Mangel an Selbständigkeit und ihre Eitelkeit, ohne die es nicht so weit gekommen wäre!"

So kam es allerdings auch. Doch davon später. Zunächst dürfte es von Interesse sein, zu erfahren, wie Bismarck während des Feldzuges lebte. Wo die Umstände es erlaubten, war seine Tafel reichlich besetzt; ging das nicht an, so nahm er auch die Entbehrungen mit gutem Humor hin — wenn sie nicht zu lange dauerten. Seine menschenfreundliche Gesinnung bethätigte er

oft durch Spenden an die Soldaten. Als er, wie gewöhnlich bei Nacht, so auch in derjenigen vom 24. zum 25. August, arbeitend, in einer kurzen Ruhepause von dem Posten vor der Thür erfragt hatte, daß derselbe seit 24 Stunden nichts genossen, ging er sofort in die Küche und bereitete selbst dem Soldaten eine einfache Mahlzeit. Seine Zigarren gab er oft bis auf die letzte an die Soldaten weg und erbat sich dann solche von seinen Beamten. Sehr scharf äußerte er sich wiederholt über Steinmetz, nachdem derselbe in den Schlachten bei Metz durch rücksichtsloses Draufgehen viele Menschenleben unnötig geopfert hatte, und dessen Eitelkeit er treffend charakterisirte, nicht minder scharf aber auch über die Kriegführung der Franzosen, als dieselben auf Parlamentäre geschossen hatten und die Franctireurbanden bildeten, welche, mit leicht ablegbaren Kriegszeichen versehen, um im Notfall als harmlose Bürger und Bauern gelten zu können, es sich zur Spezialaufgabe machten, kleinere Abteilungen deutscher Truppen und Patrouillen aus dem Hinterhalt zu überfallen und zu vernichten. „Das ist keine ehrliche Kriegführung mehr," sagte er, „solches Gesindel sollte man aufhängen, wo man es nur antrifft."

Seine Erlebnisse am Abend des 18. August — Schlacht bei Gravelotte — erzählte er Bucher und anderen folgendermaßen: „Ich hatte meine Pferde eben zur Tränke geschickt und stand in der Dämmerung bei einer Batterie, welche feuerte. Die Franzosen schwiegen, aber während wir dachten, ihre Geschütze wären demontirt, konzentrirten sie nur ihre Kanonen und Mitrailleusen seit einer halben Stunde zu einem letzten großen Vorstoße. Plötzlich fingen sie ein ganz fürchterliches Feuern an mit Granaten und ähnlichen Geschossen — ein unaufhörliches Krachen und Rollen, Sausen und Heulen in der Luft. Wir wurden vom König, den Roon zurückschickte, abgeschnitten. Ich blieb bei der Batterie und dachte, wenn wir zurückgehen müssen, setzest du dich auf den nächsten Protzkasten. Wir erwarteten nun, daß französische Infanterie den Vorstoß unterstützen würde, und da hätten sie mich gefangen nehmen können, wenn die Artillerie mich nicht mitgenommen hätte ... Der Vorstoß erfolgte aber nicht, und endlich kamen die Pferde wieder, und nun machte ich mich fort, wieder zum König. Aber wir waren aus dem Regen in die Traufe geraten. An der Stelle, wo wir hinritten, schlugen gerade die Granaten ein, die vorher über uns weggeflogen waren. Am andern Morgen sahen wir die Schweinskuhlen, die sie gewühlt hatten. So mußte denn der König noch weiter zurück, was ich ihm sagte, nachdem die Offiziere mir das vorgestellt hatten. Der König äußerte, daß er Hunger habe und was essen möchte. Da gab es wohl zu trinken, Wein und schlechten Rum von einem Marketender, aber nichts zu beißen als trocken Brot. Endlich trieben sie im Dorf ein paar Koteletten auf, gerade genug für den König, aber nichts für seine Umgebung, und so mußte ich mich nach etwas anderem umsehen. Majestät wollte im Wagen schlafen, zwischen Toten und Verwundeten. Er fand später ein Unterkommen in einer

Kabache. Ich mußte mich wo anders unter Dach zu bringen suchen ... Ich machte mich mit Sheridan auf, um nach einer Schlafstelle zu rekognoszieren. Wir kamen an ein Haus, das noch brannte, und da war es zu heiß. Ich fragte in einem andern nach — voll von Verwundeten. In einem dritten — auch voll von Verwundeten. Ebenso hieß es in einem vierten; ich ließ mich aber hier nicht abweisen. Ich sah oben ein Fenster, wo es dunkel war. ‚Was ist denn da oben?‘ erkundigte ich mich. ‚Lauter Verwundete!‘ ‚Das wollen wir doch untersuchen!‘ und ich ging hinauf, und siehe da, drei leere Bettstellen mit guten und, wie es schien, ziemlich reinlichen Strohsäcken. Wir machten also hier Nachtquartier, und ich schlief ganz gut."

Meist schlief Bismarck, nachdem er bis zum Morgengrauen gearbeitet hatte, 5—6 Stunden. Seine Ruhe wurde bisweilen durch krampfartige Schmerzen im Bein gestört. Er pflegte dann aufzustehen und mit bloßen Füßen im Zimmer auf und ab zu gehen, erkältete sich aber hierbei nicht selten. „Schon als Kind und seitdem immer bin ich spät zu Bett gegangen," erzählte er am 1. November 1870 abends beim Dessert, „niemals vor Mitternacht. Ich schlafe dann gewöhnlich schnell ein, wache aber bald wieder auf und finde, daß es höchstens um eins oder halb zwei ist, und dann fällt mir allerhand ein, besonders wo mir unrecht geschehen ist, was dann überlegt werden muß. Dann schreibe ich Briefe, auch Depeschen, natürlich ohne aufzustehen, bloß im Kopfe. Früher, als ich noch nicht lange Minister war, stand ich auf und schrieb es wirklich nieder. Wenn ich's aber am Morgen überlas, war es nichts wert, lauter Platituden, konfuses, triviales Zeug, wie es etwa in der ‚Vossischen‘ gestanden haben könnte ... Ich will nicht, ich möchte lieber schlafen. Aber es denkt, es spekulirt in mir. Kommt dann der erste Morgenschimmer auf meine Bettdecke, so schlummere ich wieder ein, und dann wird bis 10 Uhr oder noch länger fortgeschlafen."

Nach dem Aufstehen pflegte der Kanzler eine Tasse Thee mit zwei harten Eiern zu genießen, dann nichts bis zum Diner in der Abendstunde. Bei diesem aß er sehr reichlich, manchmal zwei bis drei Beafsteaks und noch eine tüchtige Portion Braten. Er liebte auch gutes Hammelfleisch, vom Rind den Brustkern, besonders aber Geflügel, von den Süßwasserfischen am meisten Forellen und Maränen, von Seefischen Dorsch und geräucherten Flunder. Für Austern war er sehr eingenommen und erzählte wiederholt, daß er sich in seiner Jugend um die Bewohner von Aachen ein Verdienst erworben habe, „wie Ceres um die Menschheit durch die Erfindung des Ackerbaues", nämlich dadurch, daß er sie gelehrt habe, Austern zu braten. Von Obst aß er am liebsten Kirschen und die gewöhnlichen Pflaumen (Zwetschgen), aber auch Waldbeeren mochte er gern. In Ferrières sagte er einmal: „Wenn ich tüchtig arbeiten soll, so muß ich gut gefüttert werden. Ich kann keinen ordentlichen Frieden schließen, wenn man mir nicht ordentlich zu essen und zu trinken giebt. Das gehört zu meinem

Gewerbe." Die circa 4—5000 Fasanen, die im Parke des dem Baron Rothschild gehörigen Schlosses zu Ferrières gehalten wurden, reizten seine Jagdlust sehr, er respektirte jedoch den Wunsch des Königs, daß dieselben, wie alles andere in Ferrières, unangetastet bleiben sollten. In der Umgegend ging er einigemal auf die Jagd, aber dort war nicht mehr viel zu holen. Auch meinte er, die dortigen Hasen schmeckten lange nicht so gut wie die zu Hause, deren Wohlgeschmack vom Heidekraut stamme. Als der Intendant des Schlosses die natürlich nur gegen gute Bezahlung verlangte Hergabe von Wein aus den Kellern Rothschilds verweigerte und Bismarck vorlügen wollte, er habe nur einige hundert Flaschen geringer Qualität, während thatsächlich gegen 17000 Flaschen, darunter sehr edle Sorten, dort lagerten, machte der Bundeskanzler ihm erst klar, wie filzig sein Herr, wenn er wirklich einen solchen Befehl erteilt, sich benommen habe, und als der aufgeblasene „Herr Intendant" sich noch immer weigerte, Wein herauszugeben, erklärte Bismarck ihm, daß ein Strohbund sich sehr gut dazu eigne, freche Menschen so darauf zu legen, daß ihre Rückseite nach oben käme. Was dann folgte, könne er sich denken. Dieser Hinweis wirkte sehr rasch.

Bei jeder sich darbietenden Gelegenheit sorgte der Kanzler für die Soldaten, obwohl er sich sonst manchmal recht über einzelne Offiziere ärgerte, besonders dann, wenn sie seiner Meinung nach zu milde mit auf Verrat ertappten Franzosen oder mit Franctireurs umgingen. Auch auf einen Teil der höheren Offiziere war er nicht gut zu sprechen, als das Bombardement von Paris sich immer mehr verzögerte. „Die vielen Ausfälle," sagte er zu Bucher, „kosten uns mehr Mannschaft, als ein Sturm erfordert haben würde, und die Franzosen gewöhnen dabei ihre Leute an den Krieg. Wenn man in England den Franzosen den Unsinn nachbetet, daß ein Sturm auf Paris ein Stich in das Herz der Zivilisation sei, so kümmere ich mich nicht so viel um dieses Gewäsch!" Er machte hierbei eine bezeichnende Handbewegung. „Paris ist Festung, starke Festung; daß es Kunstdenkmäler enthält, ändert daran nichts. Haben denn die Franzosen etwa Rom verschont, das doch noch viel mehr Kunstdenkmäler enthält? Oder St. Cloud? Nicht in den Sinn gekommen ist es ihnen! Wir müssen Paris haben, um den Frieden zu haben! Moltke denkt ebenso wie ich, aber es sind da andere, die das weiche Herz unseres Monarchen benützen, um ein Bombardement oder einen Sturm zu verhindern oder wenigstens zu verzögern! Die sollten in die Kanone geladen und zu ihren lieben Parisern hineingeschossen werden! Da wäre ihnen wohl und uns erst recht!"

Es dauerte ziemlich lange, ehe sein Wunsch in Bezug auf das Bombardement in Erfüllung ging.

VI.

Auch heute noch, wo doch durch historische Forschung schon längst Licht in das Dunkel gebracht worden ist, welches die zur Wiedererrichtung des Deutschen Reichs nötigen Verhandlungen anfänglich bedeckte und bedecken mußte, trifft man noch oft auf die Ansicht, als sei damals alles mit einer „angenehmen Leichtigkeit“ von statten gegangen. Das Gegenteil ist richtig. Allerdings hat der größte Teil der deutschen Fürsten mit anerkennenswerter Opferwilligkeit auf einen Teil seiner Souveränitätsrechte zu Gunsten des neu einzusetzenden Reichsoberhauptes verzichtet; um aber volle Einigkeit auch nach dieser Richtung hin zu schaffen, waren Unterhandlungen nötig, die Bismarcks ganze diplomatische Geschicklichkeit in Anspruch nahmen. „Sie wissen ja, lieber Bucher,“ sagte er zu diesem, als das große Werk endlich gelungen war, „wie unendliche Mühe ich gehabt habe, die Sache zu stande zu bringen, besonders auch unserem Herrn gegenüber. Es ist eigentlich sonderbar, damals, als sein Bruder widerstrebte und ich auch dagegen war, so jung ich noch war, da war er dafür. Jetzt aber bangt ihm in seiner Einfachheit fast vor zu viel Glanz, und wenn er nicht eingesehen hätte, daß ohne den Schein der Kaisersonne die Einheitssaat nicht reifen kann, hätte er sich nicht dazu bewegen lassen. Kaum ist diese Schwierigkeit gehoben, so heißt es, unserem Parlament die Verträge plausibel machen — den Braten wollten ja die meisten, aber wo möglich jeder mit einer besonderen Sauce. Die Herren wußten nicht und glaubten nicht, daß alle Verhandlungen noch einmal beginnen mußten, wenn sie an den Verträgen nur ein Komma änderten . . . Sie finden in ihrer unfehlbaren Weisheit immer gerade das Komplizirteste furchtbar einfach . . . Am liebsten möchte ich mich, wenn der Friede gesichert sein wird, auf mein Altenteil zurückziehen; ich fürchte nur, es geht noch nicht!“

Es ging in der That noch nicht. Der innere Ausbau des Reichs forderte die ganze Kraft des Kanzlers, um so mehr, als hier auch Gebiete auftauchten, die ihm wenigstens teilweise noch fremd waren, in die er sich erst einarbeiten mußte. Zu diesem gehörte die Handelspolitik. Bismarcks praktischer Sinn, die Notwendigkeit, die Majoritäten zu nehmen, wo er sie fand, wies ihn damals um so mehr auf den Liberalismus, als schon der 1866 notwendig gewordene Bruch mit dem Legitimitätsprinzip ihm manche seiner früheren Anhänger und Genossen in den Reihen der konservativen Partei entfremdet und zu Gegnern gemacht hatte. „Diese Leute,“ sagte er damals zu Bucher, „haben sich die Scheuklappe vorgebunden, die ich dem Liberalismus abgerissen habe. Sie sehen nicht und wollen nicht sehen, daß nach dem Eintritt der Hannoveraner und jetzt der Süddeutschen die Liberalen ganz andere geworden sind, als sie früher waren. Hätte ich es doch nur ein paar Jahre so bequem wie meine Kollegen in England! Aber der fortwährende Kampf im eigenen Hause reibt

mich auf, und wenn man sieht, daß man schließlich doch keinen Dank erntet, daß es immer heißt: ‚Der Ketzer wird verbrannt!‘ dann ist es doch kein Wunder, wenn man lieber nach Hause gehen und seinen Kohl bauen und seine Hasen schießen möchte!“

Ermüdend, ja geradezu aufreibend wirkte auf Bismarck jene Zeit um so mehr, als er bald von schweren Zweifeln geplagt wurde, ob er sich auf dem richtigen Wege befinde, ob nicht die Freihandelsdoktrin, das Manchestertum, das damals von den Hauptrednern des Reichstags als „alleinige Staatsmedizin“ gepriesen wurde, für Deutschland eher schädlich als nützlich sei. Nie sonst sah man ihn so oft als damals unter den Bäumen des Gartens an der Königgrätzer Straße umherwandeln, die Hände auf den Rücken gelegt, den schwer arbeitenden Kopf vornübergebeugt, ernste Sorge in den Zügen. Erst als er Ende 1878 zum Entschluß gelangt war, das Schutzzollsystem einzuführen, hob sich seine Haltung wieder, und seine Brust atmete freier, obwohl ihm mit der nun ebenfalls in Angriff genommenen sozialen Gesetzgebung ein neues, gewaltiges Arbeitsgebiet sich erschloß.

„Jetzt habe ich das Ziel,“ äußerte er damals, „und den Weg dahin werde ich finden. Harte Kämpfe wird es kosten — um so besser! Wenn der Arbeiter keinen Grund mehr zur Klage hätte, wären der Sozialdemokratie die Wurzeln abgegraben. Freilich, ob es je dahin kommen wird? Ob nicht die Hetzer immer mehr verlangen werden, je mehr man dem Arbeiter giebt?“ Er blieb einen Augenblick sinnend stehen. „Gleichviel!“ rief er dann, sich straff aufrichtend, „der Versuch muß gemacht werden! Sollte er wirklich mißglücken — ich fürchte es beinahe —, so haben wir wenigstens aller Welt den guten Willen gezeigt, und die Schuld liegt nicht an uns, wenn man sich mit uns nicht verständigen will . . . Deutschland voranschreitend auch auf der Bahn der sozialen Reform . . . wahrlich, ein Gedanke, ‚des Schweißes der Edlen wert!‘ — Aber die meisten von ihnen wollen nicht schwitzen, da liegt der Hund begraben!“ setzte er mit einem der bei ihm häufigen Uebergänge vom höchsten Ernst zum kräftigen Humor hinzu.

Für Bismarck war der Plan der sozialen Reform, vielleicht ohne daß er selbst sich dessen in vollem Grade bewußt wurde, besonders deshalb so willkommen, weil er den Druck minderte, den der Gedanke an das Scheitern des Kulturkampfes auf ihn ausübte. Ueber den Kulturkampf, in dem Bucher, einer der ersten Kirchenrechtskenner seiner Zeit, von dem Fürsten mehr als je zur Mitarbeit herangezogen wurde, hat Bismarck sich naturgemäß zu Bucher am meisten und am eingehendsten geäußert; indessen muß aus politischen Rücksichten der größte Teil dieser Aeußerungen vorläufig der Oeffentlichkeit vorenthalten bleiben.

Gleich zu Beginn des Kulturkampfes äußerte Bismarck zu Bucher: „Ich konnte es mir ja denken, daß man sagen würde, ich führte den Kulturkampf

aus konfessionellen Gründen, obgleich nichts abgeschmackter und hohler sein kann als eine solche Behauptung. Da lasse ich mir noch lieber die Beschuldigung gefallen, daß ich es den Liberalen zu Gefallen gethan hätte, obgleich eins so falsch ist wie das andere. Der Gegensatz zwischen den beiden neuen Mächten, dem unfehlbaren Papsttum im Süden und dem germanischen Kaiserreich im Norden, mußte zum Austrag kommen . . . Aber in einem habe ich mich verrechnet: ich glaubte nicht, daß jetzt, ein paar Jahre nach 1870, der Champagner von damals schon so abgestanden sei . . . In Frankreich wäre es anders gewesen, da wäre die ganze Nation mit mir durch dick und dünn gegangen, Katholiken und Protestanten, Juden und Heiden . . . Aber Frankreich ist auch seit Jahrhunderten geeint, und in Deutschlands Adern wuchert noch fröhlich der Partikularismus-Bazillus weiter . . ."

Zwei Jahre darauf sagte er: „Die beste Vorschule für einen deutschen Reichskanzler wäre jetzt ein Kursus im Zirkus bei einem Jongleur, Konservative, Nationalliberale, Zentrum — eins davon muß immer in der Luft sein, aber nur so weit, daß man es auch wieder fangen kann, und dabei darf man sich die anderen beiden nicht entgleiten lassen . . . So verwirrt waren die Fäden am Webstuhl unserer inneren Politik noch nie als jetzt. Mit einer Aufgabe allein fertig zu werden, wäre schon schwierig genug. Aber da soll neben dem Kulturkampf die soziale Gesetzgebung und neben dem Schutz unserer Landwirtschaft und unserer Industrie die Heeresverstärkung durchgeführt werden, von den vielen kleineren Aufgaben ganz abgesehen — manchmal geht es einem wirklich wie ein Mühlrad im Kopfe herum. Und gerade jetzt möchte ich ihn recht frei haben für die auswärtige Politik . . . Gortschakoff macht mir mehr Sorge, als ich sagen mag; ich möchte unsern Kaiserlichen Herrn, der so sehr an Rußland hängt. nicht beunruhigen. Der alte Knabe an der Newa ist eifersüchtig, weiter ist es nichts, aber das ist mehr als genug . . . Wolken überall, und kein Fleckchen blauer Himmel mehr zu sehen!"

In der That war die Wendung, welche die äußere Politik der europäischen Höfe nahm, wohl dazu angethan, Besorgnis zu erregen. Die orientalische Frage schien wieder einmal den Zündstoff für einen Weltenbrand abgeben zu wollen. Der Berliner Kongreß von 1878 wirkte zwar beschwichtigend, schuf einen Interimszustand, aber auch nicht mehr. Auf den äußeren Glanz, der durch diesen Kongreß auf Deutschland fiel, legte Bismarck wenig Wert.

„Es ist ja ganz hübsch," sagte er zu Bucher, „daß die Herren zu uns gekommen sind, und unser Kaiserlicher Herr hat sich darüber beinahe ebenso gefreut wie Werner (der Maler des großen Kongreßbildes), aber daß ich eben nur der ehrliche Makler sein durfte, während ich, hätte ich meiner persönlichen Neigung folgen dürfen, eher auf Rußlands Seite gestanden hätte, das hat die

Situation zwar geklärt, aber nicht verbessert. Rußland wird es uns nicht vergessen, und Oesterreich und England danken es uns doch nicht. Es ging nun nicht anders. Ich fürchte, die Zeit ist nicht mehr fern, in der der russische Bär sich von madame la république das Fell kraueln läßt, wenn sie auch die Jakobinermütze auf dem Kopfe trägt. Der einzige Trost dabei ist, daß höchstens eine Konvenienzehe zwischen russischem Absolutismus und französischem Radikalismus und Opportunismus bestehen kann, aber nie eine Herzensneigung, und die Konvenienzehen sind meist kinderlos!"

Gegen die drohende Gefahr suchte und fand Bismarck ein Gegengewicht in der Schöpfung des Dreibundes, seiner letzten großen That auf dem Gebiet der äußeren Politik. Noch als Beust österreichischer Premierminister war, hatte Bismarck vorbereitende Schritte gethan, aber erst nachdem Andrassy jenem gefolgt war, das notwendige Entgegenkommen gefunden. Den Beitritt Italiens 1883 Oesterreich mundgerecht zu machen, war wiederum eine schwere Aufgabe.

„Es giebt am österreichischen Hof," rief Bismarck einmal zornig aus, als die hierauf bezüglichen Verhandlungen zu scheitern drohten, „doch noch gar zu viele Leute, die seit 1866 nichts gelernt und nichts vergessen haben. Wen Gott verderben will, den schlägt er mit Blindheit. Dieses Reich, von dem man sagen kann, wie weiland vom Römischen Reich deutscher Nation: ‚Wie hält's nur noch zusammen?' sollte Gott danken, wenn es einen kraftvoll in sich geschlossenen Bundesgenossen bekommt, und statt dessen sträuben sich diese Politiker im Unterrock wie Kinder gegen die Medizin! Wenn ihnen so viel daran liegt, daß wir Gewehr bei Fuß zusehen, wie der slavische Nachbar sie auffrißt, so können sie es haben! Dann werden sie jammern, wenn es zu spät ist!"

Glücklicherweise gelang es damals der Energie Andrassys und seiner Nachfolger, den Widerstand gegen das Zusammengehen mit Deutschland und Italien zu brechen und niederzuhalten. Und am Ende seiner thatenreichen Laufbahn konnte Bismarck noch das Morgenrot der deutschen Kolonialpolitik einleiten, die voraussichtlich einer der gewichtigsten Faktoren in der Gestaltung der zukünftigen politischen Verhältnisse werden wird. Früher als alle anderen sah Bismarck die Ereignisse voraus, die jetzt eingetreten sind und sich noch vorbereiten, denn schon 1878 sagte er zu Lothar Bucher:

„Bis zum Jahre 1866 trieben wir preußisch-deutsche, bis 1870 deutsch-europäische Politik, seitdem Weltpolitik. Bei der Berechnung der zukünftigen Ereignisse müssen wir auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika in das Auge fassen, die sich zu einer jetzt von den meisten noch ungeahnten Gefahr auf wirtschaftlichem Gebiet entwickeln werden und vielleicht auch noch auf anderem. Das eine wird sich in Zukunft vom anderen nicht mehr trennen lassen. Der Krieg der Zukunft ist der wirtschaftliche Krieg, der Kampf

ums Dasein im großen. Mögen meine Nachfolger dies immer im Auge behalten und dafür sorgen, daß, wenn dieser Kampf kommt, wir gerüstet sind!"

Jeder echte Deutsche wird sich diesem Wunsch mit ganzem Herzen anschließen — möge auch jeder das Seinige dazu thun, daß er in Erfüllung gehe!

Fürst Bismarck und seine Mitarbeiter.

Graf Wilhelm Bismarck.

Fürst Bismarck und seine Mitarbeiter.

Graf Wilhelm Bismarck.

I. Aus der Jugendzeit.

Am 1. August 1852 wurde Graf Wilhelm Bismarck als drittes Kind des damaligen Königlich preußischen Bundestagsgesandten v. Bismarck-Schönhausen in Frankfurt a. M., Bockenheimer Landstraße Nr. 40 (Gev. XIII Nr. 22), jetzt Nr. 104, geboren. Die Geburtsanzeige ließ der Vater in der „Kreuzzeitung" (Nr. 179 vom 5. August 1852) in folgender Fassung einrücken:

Die gestern abend 12 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner Frau, geborene v. Puttkamer, von einem gesunden Sohne zeige ich ergebenst an.

Frankfurt a. M., 2. August 1852.

v. Bismarck-Schönhausen.

Am 2. August schrieb Bismarck an den General v. Gerlach: „Der Sohn ist, und zwar nach Gottes Barmherzigkeit leicht und glücklich, geboren, gerade als es zum letztenmal Mitternacht schlug. Ist das am 1. oder 2. August? Darüber muß abgestimmt werden, er schrie in den Uhrschlag."

Von der Taufe spricht der Vater in zwei in meinem Werke „Preußen im Bundestag" veröffentlichten eigenhändigen Berichten an den Minister der auswärtigen Angelegenheiten Freiherrn v. Manteuffel.

In dem ersten, vom 7. August 1852 datirten, heißt es:

„Eurer Excellenz sage ich meinen herzlichen Dank für Ihren Glückwunsch und die Annahme der Patenstelle; meine Frau und das Kind befinden sich bis jetzt über Erwarten wohl. Die Taufe wird, wegen Abwesenheit des dazu ausersehenen Geistlichen, erst in der ersten Hälfte des nächsten Monats stattfinden . . ."

Und am 14. August 1852 schreibt der Vater seinem Chef:

„Eure Excellenz beehre ich mich, unter Wiederholung meiner Danksagung für die gütige Annahme einer Patenstelle, zu benachrichtigen, daß die Taufe meiner Sekundogenitur möglicherweise schon am nächsten Donnerstag den 19.

stattfindet. Seine Königliche Hoheit der Prinz von Preußen will die Gnade haben, gleichfalls die Bürgschaft für die christliche Erziehung des Täuflings zu übernehmen, und Graf Pückler[1]) hat mir heute bei seiner Durchreise nach Pyrmont oder einem benachbarten Badeort die Aussicht eröffnet, daß Seine Königliche Hoheit der heiligen Handlung in Person beiwohnen würden, falls sie am 19. cr. stattfinde. Ich glaube zwar, daß dabei ein Mißverständnis über die Lage der Züge von hier nach Mainz-Coblenz obwaltete, und erwarte morgen noch die genaueren Befehle des Prinzen; sollte es nach diesen aber dabei bleiben, daß die Taufe schon am Donnerstag stattfindet, so würde ich Eure Excellenz bitten, Ihre Vertretung durch meinen Oheim v. Kleist-Retzow,[2]) oder falls der dienstlich verhindert sein sollte, durch den Oberst v. Kessel, Kommandeur des 29. Regiments, zu genehmigen, da ich die Unbescheidenheit nicht so weit treiben kann, Sie zu einer Reise von achtzig Meilen lediglich ad hoc einzuladen, so glücklich ich mich auch schätzen würde, Ihnen die Honneurs von Frankfurt machen und die schöne Aussicht aus meiner Logirstube zeigen zu dürfen, falls Sie ein paar geschäftsfreie Tage hier verleben und den kleinen Heiden aus der Taufe heben wollten . . ."

Postskriptum.

„Der junge Herr wird Wilhelm Otto Albrecht (nach dem Bären) getauft."

Das „Frankf. Journ." erhielt mit Bezug auf eine frühere Mitteilung am 23. April 1875 folgende Zuschrift:

„In der Wochenschau von Nr. 3 der ‚Evangelisch-lutherischen Kirchen-Zeitung' vom 22. Januar 1875 stand die dem ‚Frankfurter Journal' entlehnte Reminiscenz, daß auch Bismarck sich, als er noch in Frankfurt a. M. Bundestagsgesandter war, geweigert habe, die Geburt eines Kindes bei der dortigen Standesbuchführung anzuzeigen. ‚Pfarrer Steitz taufte es erst, nachdem Bismarck die Eintragung in die Militär-Geburtsregister zu Mainz nachgewiesen hatte.'"

In einer in der „Kreuzzeitung"[3]) erschienenen Berichtigung bezeichnete Dr. theol. G. E. Steitz, später Senior des Ministeriums, Konsistorialrat und Pfarrer zu Frankfurt a. M., diese Notiz als eine irrtümliche. „Die Geburt des jüngsten Sohnes Seiner Durchlaucht des Fürsten Reichskanzlers ist nicht in das Militär-Geburtsregister zu Mainz, sondern in das Geburtsbuch der hiesigen Standesbuchführung am 18. September 1852 protokollarisch eingetragen

---

[1]) Hofmarschall des Prinzen von Preußen.

[2]) Ober-Präsident der Rheinprovinz.

[3]) „Kreuzzeitung" vom 25. April 1875 Nr. 95.

und von mir auf die mir vorgelegte Geburtsurkunde dieser letzteren Stelle am 22. September des gedachten Jahres getauft worden. Die Taufurkunde liegt im Archiv des hiesigen lutherischen Gemeindevorstandes."

Ueber die Jugendjahre des Zweitgeborenen ersehen wir Näheres aus Briefen, welche der Vater an die Seinen gerichtet hat. Wir erfahren hier insbesondere, daß die Gesundheit desselben eine äußerst delikate war und verschiedene Male den Eltern schwere Sorgen gemacht hat. Es ist eine förmliche Leidensgeschichte, die uns aus den folgenden Auszügen entgegentritt.

An den Bruder.

Frankfurt a. M., den 10. November 1852.

... Der kleine Junge, der zu Johannas Kummer Wilhelm heißt, nach dem Prinzen von Preußen ..., gedeiht ... und verspricht ein kräftiger Gesell zu werden.

*

An seine Schwester Malwine.

Frankfurt a. M., den 2. Januar 1858.

... Das Fest (scil. Weihnachten) war recht froh, jetzt aber liegen wieder Marie an Grippe und Bill an Rheumatismus im Knie.

*

An den Bruder.

Frankfurt a. M., den 14. Dezember 1858.

... Marie war etwas, Bill sehr krank an rheumatischem Fieber, das sich in Gestalt von Neuralgie auf seine kleinen Nerven geworfen hatte. Er stand viel Schmerz aus und darf seit drei oder vier Wochen nicht aus dem Zimmer Seit 14 Tagen ist die Angst vorbei.

*

An den Bruder.

Frankfurt a. M., den 3. März 1859.

... Wir haben eine böse Krankheitsperiode hier durchgemacht. Johanna, alle drei Kinder und ich selbst haben successive an der Grippe darniedergelegen, bald heftiger, bald gelinder.

*

An den Bruder.

Hohendorf,[1]) den 15. Februar 1860.

... Bill und Marie sind beide einige Tage krank gewesen, um unsere Sorgen zu vermehren, aber gottlob beide in der Besserung, wenn auch Bill

[1]) Auf Urlaub von Petersburg anwesend, um seine Familie zu holen.

noch liegt; eine Art gastrisches Fieber hat ihn scharf geschüttelt, und schwächlich bleibt er immer.

*

An den Bruder.

Stolpmünde, den 11. September 1861.

... Bill, der sich in den ersten Tagen sehr wohl befand, wurde gerade an dem Tage, als Arnims kamen, von einer heftigen Krankheit befallen, welche die Aerzte als Bauchfellentzündung ansehen, mir aber nicht sehr klar darüber zu sein scheinen. Der arme Junge hat schrecklich ausgestanden, so daß man ihn straßenweit schreien hörte. Seit heute früh scheint sich eine Wendung zum Bessern eingestellt zu haben, doch ist er so matt, daß man noch nicht beurteilen kann, wann er transportfähig wird. Zwölf Tage liegt er nun, ohne sich zu rühren, und hat noch keine Lust, sich aufzurichten. Sobald unser kleiner Patient mit Gottes Hilfe so weit ist, daß wir fahren können, bringen wir ihn nach Reinfeld; ich hoffe, die Luftveränderung soll ihm wohl thun.

*

An die Schwägerin, Frau Malwine v. Bismarck-Külz.

Petersburg, den 8. November 1861.

(Nachdem von der Rückreise nach Petersburg die Rede.) Bill litt an Rheumatismus im Knie, so daß er getragen werden mußte, er wurde aber besser in dem Augenblick, wo wir die russische Grenze überschritten.

*

An die Schwester.

Petersburg, den 7. März 1862.

... Bill liegt im Bett, fiebert, Schmerzen in Leib und Hals, was es wird, weiß der Arzt noch nicht.

*

Nach Paris nahm Bismarck seine Familie nicht mit, da er anfänglich nicht wissen konnte, wie lange sich dieser Aufenthalt ausdehnen werde. Erst am 17. Oktober 1862 nahm Frau v. Bismarck mit Familie in dem Dienstgebäude des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Berlin dauernden Aufenthalt.

Im April 1866 bezog Wilhelm mit seinem Bruder Herbert das Friedrich Werdersche Gymnasium in Berlin, dessen Direktor Bonnell war. Ueber deren Aufenthalt daselbst bis zum Bestehen der Abiturientenprüfung ist das Nähere bereits in meinem Aufsatz über den Grafen Herbert Bismarck [1]) mitgeteilt.

---

[1]) „Deutsche Revue“, Juliheft 1898, und „Bismarck-Portefeuille“ Bd. III. S. 90 ff.

Ostern 1869 kam Graf Wilhelm mit seinem älteren Bruder nach Bonn und verblieb daselbst bis zum Ausbruch des deutsch-französischen Krieges, den er zuerst als Einjährig-Freiwilliger, dann als Offizier in den Reihen des 1. Gardedragoner-Regiments mitmachte.

Ueber die Gefahr, der Graf Wilhelm bei der Attacke in der Schlacht von Mars-la-Tour entrann, wissen wir Näheres durch das Tagebuch seines Bruders, des Grafen Herbert.[1]) Danach sah ihn ein Dragoner kopfüber über das Pferd stürzen, als sei er in den Kopf geschossen. Graf Wilhelm wurde bereits tot gesagt; später erwies es sich, daß demselben kurz vor oder mitten in den französischen Linien nur das Pferd durch die Fessel geschossen worden war, so daß es in voller Fahrt stürzte und ihn dabei nicht freiließ. Fürst Bismarck erwähnt einmal, Bill sei durch den Schuß, der sein Pferd verletzt, vielleicht vor größerem Unheil bewahrt geblieben.[2]) Als er, um loszukommen, den Säbel hob und den Koppelriemen durchschneiden wollte, hielt das Pferd diesen wohl für eine Peitsche und sprang von selbst wieder in die Höhe. Er benützte es nun als Deckung gegen die französischen Geschosse, während er zu Fuß seinen Rückzug antrat. Bei diesem Marsch über das Leichenfeld redete ihn ein durch beide Füße geschossener Dragoner mit der Bitte an, ihn mitzunehmen. Er hob diesen Mann mitten im Feuer auf sein Pferd, das schon von mehreren Kugeln getroffen war, und sie marschirten weiter bis in das Dorf Mars-la-Tour, wo Graf Wilhelm den von der Kavallerieattacke der 2. Gardedragoner zurückkehrenden Grafen Lehndorff traf. Dieser gab ihm ein Pferd, das einen verwundeten und gefangenen französischen General getragen hatte, und fand mit ihm nach längerem Suchen schließlich spät abends den Rittmeister von Trotha vom 2. Gardedragoner-Regiment mit seiner 5. Schwadron. Dieser bewirtete den jungen Bismarck in freundlicher Weise und behielt ihn die Nacht im Bivouac bei sich, von wo er am andern Morgen den Weg nach Mariaville fand.

Am 2. September 1870 erzählte Bismarck bei Tisch über sein Zusammentreffen mit seinem Sohne. Ich entdeckte an ihm eine rühmliche Eigenschaft: er besitzt ausnehmende Geschicklichkeit im Schweinetreiben. Er hatte sich das fetteste ausgesucht, da die am langsamsten gehen und nicht leicht entwischen. Zuletzt trug er's fort auf dem Arme wie ein Kind.

Unterm 3. September 1870 schrieb Bismarck aus Vendresse an seine Gemahlin: . . . Bill sprach ich gestern, wie schon telegraphirt, und umarmte ihn angesichts Seiner Majestät vom Pferde herunter, während er stramm im Gliede stand. Er ist sehr gesund und vergnügt. Es wird den gefangenen französischen Offizieren komisch vorgekommen sein, einen preußischen General einen gemeinen Dragoner umarmen zu sehen.

---

[1]) Bismarck-Portefeuille Bd. III. S. 95.

[2]) Roon, Denkwürdigkeiten Bd. II. S. 446.

Und am 11. September 1870 schreibt Major v. Roon: Vorgestern gegen Abend war übrigens auch Graf Bismarck bei Vater, wie um Mittag Moltke ... Bismarck war ebenso aufgeräumt wie Moltke. Ich erzählte ihm, daß ich Bill beim Requiriren eines Schweines belauscht hätte, eine köstliche Scene zum Malen, was ihn sehr amüsirte.

Am 27. September 1870 wurde Graf Wilhelm zum Offizier befördert. Von da ab machte er eine rasche militärische Carrière.[1])

Am 2. Oktober besuchte der Sohn den Vater in Ferrières.

Nach Beendigung des französischen Krieges nahte der Zeitpunkt heran, da sich die Söhne des Reichskanzlers über ihre einzuschlagende Carrière schlüssig machen mußten. Wohin die Neigungen zielten, erfahren wir aus folgendem Briefe des Vaters an den Bruder:

Varzin, 23. Juli 1871.

... In etwa 8 Tagen erwarte ich Herbert, der in Schlangenbad badet. Er will beim Regiment bleiben, Bill wieder studiren, wird einstweilen à la suite gestellt.

Graf Wilhelm studirte darauf bis zum Herbst 1872 in Berlin und unterzog sich alsdann dem Referendar-Examen, das er vorzüglich bestand.

II. Lehrjahre.

Der Bruder hatte im Januar 1874 die diplomatische Carrière ergriffen; der Zweitgeborene schien dafür wenig Neigung zu zeigen; es war ein gemütlicher junger Herr, der sehr wohl auch ohne Akten leben konnte, ja zeitweise dieselben sicherlich verwünschte, und der sich der Bürde, die ihm sein großer Name auferlegte, vielleicht weniger bewußt war als sein ernster veranlagter Bruder; er paßte weit eher für das Innere als für das Aeußere; vorwärtskommen konnte er hier wie dort; auch ist es in den meisten Familien beliebt, daß die Söhne verschiedene Carrièren ergreifen, schon damit sie sich später, falls sie einschlagen, nicht gegenseitig Konkurrenz machen. Erwies sich der von dem Grafen Wilhelm gewählte Beruf später als verfehlt, so konnte er noch immer „umsatteln", und er durfte hoffen, auch in dem Ressort des Auswärtigen Amts noch irgendwo unterzukommen.

Nach den damals in Preußen bestehenden Bestimmungen hatte Graf Wilhelm nach dem Bestehen des Referendar-Examens zunächst bei Gerichten zu arbeiten; er wählte sich das Amtsgericht in Wiesbaden, das Kreisgericht in Schlave (bei Varzin), endlich das Kammergericht in Berlin. Im Jahre 1878 bestand er seine zweite juristische Prüfung.

Jetzt war der Augenblick gekommen, da sich derselbe entscheiden mußte, ob

[1]) 15. September 1884 Beförderung zum Rittmeister, am 25. Februar 1889 zum Major.

er zur Justiz oder zur Verwaltung übergehen wollte. Die Justiz konnte für ihn wenig Verlockendes haben, und so trat er denn in den Verwaltungsdienst über, und zwar unter den allergünstigsten Umständen; nahm doch sein Vater selbst die weitere Ausbildung in die Hände, indem er ihn seiner Person attachirte.[1])

Vom Herbst 1879 ab bis zum Jahre 1881 war der Königlich preußische Gerichtsassessor Graf Wilhelm Bismarck kommissarischer Hilfsarbeiter in dem Bureau des Kaiserlichen Statthalters Freiherrn v. Manteuffel; die Entsendung des Zweitgeborenen nach Straßburg war seitens des Reichskanzlers gewissermaßen ein Kompliment für den Statthalter; denn nur wenn er dort etwas lernen und sehen konnte, war die Maßregel angebracht; Fürst Bismarck hatte bei der Bevorzugung der Reichslande aber sicherlich auch noch einen andern Nebenzweck. Immer den Blick auf das Weitere gerichtet, wollte er den Sohn nicht an eine preußische Regierung schicken; nicht in den engeren preußischen Traditionen sollte er seine Laufbahn im Gebiete der inneren Verwaltung beginnen, sondern an der Stelle, wo mit die besten Kräfte von Deutschland zusammenarbeiteten, zwei wiedergewonnene widerstrebende Provinzen dem Reiche fester anzuschließen.

In einem Briefe des Statthalters v. Manteuffel an den Reichskanzler. d. d. Straßburg 18. Dezember 1879, rühmt derselbe den klaren Blick und das sehr gesunde Urteil, das Graf Wilhelm in seiner Stellung bewiesen.

Graf Wilhelm war es, an dem sich die Kunst Schweningers erprobte, bevor derselbe den Fürsten Bismarck selbst in Behandlung nahm. Mitte Juni 1879 bekam der Graf einen so heftigen Gichtanfall, daß er wochenlang wie gelähmt war. Gichtische Erscheinungen der bedenklichsten Art hatten sich bei ihm eingestellt. Als alle Aerzte nicht helfen konnten, überredete ihn der damals der bayerischen Gesandtschaft in Berlin zugeteilte Legationssekretär Freiherr v. Podewils, sich dem Münchener Doktor Schweninger anzuvertrauen, dem auch er bereits seine Heilung verdankte. Von der Zeit an, da Graf Wilhelm nach Schweningers Anordnungen lebte, vollzog sich seine Genesung. Die Heilmethode bestand in einer vollständig veränderten Ernährungsweise: Entziehung von Fleisch, Kaffee, Thee. Der Erfolg war ein so vollständiger, daß der ehedem wie ein Greis an das Ruhebett gebannte Patient, frisch wie

[1]) Schreiben des Grafen Wilhelm Bismarck an den Freiherrn v. Varnbüler in Sachen der Uebernahme des Vorsitzes der Zolltarif-Kommission, d. d. 3. Dez. 1878, s. in meinem Werke „Fürst Bismarck als Volkswirt" Bd. III. S. 274. Schreiben des Grafen Wilhelm B. an den Minister Hofmann, d. d. 12. Dez. 1879, betreffend die Wahl Tiedemanns in die Zolltarif-Kommission, in meinen „Aktenstücken zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck" Bd. I. S. 297. Schreiben desgl. an den Staatsminister v. Bülow, d. d. 18. Januar u. 1. Februar 1879, a. a. O. Bd. I. S. 302 und 303.

ein Fisch, sich mit seinem Aeskulap in den eisig kalten bayerischen Gebirgsbächen zu baden wagen konnte. Sein Gewicht hatte zwischen 30 und 40 Pfund abgenommen. Man begreift, daß nach dieser Wunderkur es unschwer wurde, Schweninger auch bei dem Vater Bismarck Eingang zu verschaffen.

Ueber seine Aufgabe und seine Methode bei der Behandlung des leidenden Reichskanzlers sprach sich Schweninger zum erstenmal eingehend in dem Widmungsbrief an den Grafen Wilhelm aus, der seinen 1886 erschienenen „Gesammelten Arbeiten" vorausgeschickt ist. Er sagt darin: „Gerade bei dem Fürsten konnte damals durchaus von keiner Beseitigung der Körperfülle die Rede sein — der Fürst war ja abgemagert und heruntergekommen in der bedenklichsten Art —, sondern alles kam darauf an, den Körper zu ernähren, die Kräfte zu heben, die zerrütteten Nerven wieder zu beleben. Ich habe mit Gleichmut ertragen, was über mich als Entfetter, Wasserentzieher, Milchkurdoktor, Herzmuskelstärker u. s. w. gefaselt wurde und mir an der Freude genügen lassen, daß es gelungen ist, wie Sie von der Gicht, so den Fürsten von der allgemeinen Ernährungsstörung mit ihren schlimmen Begleitern zu befreien."

III. Eintritt in die parlamentarische und politische Arena.

Am 25. August 1878 fand in Mühlhausen (Regierungsbezirk Erfurt) im Saale des dortigen Schützenhauses eine Wählerversammlung statt, in welcher Graf Wilhelm Bismarck für seine Reichstagskandidatur daselbst eintrat.[1]) Er sprach folgendermaßen:

„Meine Herren! Es ist ein erhebendes Bewußtsein für mich, ein so weitgehendes Vertrauen Ihrerseits zu besitzen, daß Sie mich für würdig halten, Sie im Reichstage zu vertreten. Ich spreche hierfür allen meinen Dank aus und werde meine Kraft daran setzen, es zu rechtfertigen. Sie haben bisher den Minister Dr. Friedenthal als Ihren Vertreter für den Reichstag entsendet und zuletzt durch überwiegende Majorität bestätigt, daß seine politische Thätigkeit mit Ihren Wünschen und Ansichten harmonirt. Der Minister Friedenthal hat anderswo ein Mandat angenommen in der Voraussetzung, daß Sie wiederum einem Kandidaten derselben politischen Richtung Ihre Stimme geben werden. Ich habe noch keine politische Vergangenheit; ich erkläre einfach, daß ich auf seinem Standpunkt stehe. Ich brauche wohl nicht hinzuzusetzen, daß dies auch die Politik meines Vaters ist, und es wird Sie nicht wundern, daß ich derselben in den Hauptpunkten folgen werde. Aber ich halte es auch, abgesehen von diesen Verhältnissen, nicht für eine Schande, eine Regierung zu unterstützen; wir brauchen eine starke Regierung, um die Verhältnisse zu ordnen. Keine Reaktion, meine Herren, ist das Ziel der Regierung; die das behaupten wollen, sagen eine

---

[1]) In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

tendenziöse Unwahrheit. Ebenso überlegen sich diejenigen, die daraus eine Schande machen, eine Regierung zu stützen, wohl nicht genau, daß sie es für rühmenswert halten, wenn eine Regierung einer Fraktion nachfolgt; das ist nicht logisch, denn: ‚was dem einen recht ist, ist dem andern billig'. Die Regierung verlangt keine absolute Heeresfolge, sie hat stets das größte Entgegenkommen bewiesen. Nur wenn das Staatswohl absolut gefährdet war, hat sie es für ihre Pflicht gehalten, bei ihren Absichten zu verbleiben und ihren Standpunkt zu wahren. Ich glaube, meine Herren, daß ich in dieser Hinsicht auf meinen Namen hinweisen kann, Sie werden ein bestimmtes Programm darin finden. Um jedoch Irrungen zu begegnen und Unklarheit zu vermeiden, werde ich meinen Standpunkt an der Hand der Gesetze, die in der nächsten Reichstagssession eingebracht werden sollen, erörtern. Das vorzüglichste ist das Sozialistengesetz. Sie sind wohl alle der Ansicht, daß etwas gegen diese staatsunterwühlenden Elemente geschehen muß und daß solche Zustände nicht länger geduldet werden dürfen. Es fragt sich bloß, wie dies zu machen ist. Dem Entwurf des Gesetzes wird der Charakter als Ausnahmegesetz entgegengehalten, deswegen findet er Mißbilligung: ‚Die bürgerlichen Freiheiten des Volkes würden dadurch gefährdet' und dergleichen. Ich meine vielmehr, daß wir dieselben gefährden, wenn wir Gesetze, die für bestimmte staatsgefährliche Elemente gegeben sind, auf alle ruhigen Staatsbürger ausdehnen. Wir werden uns diese notwendige Maßregel dadurch erleichtern, daß wir dem Ausnahmegesetze zunächst eine bestimmte Dauer geben, nach deren Ablauf dasselbe aufgehoben werden kann. Gleiches Recht ist allerdings ein schöner Grundsatz; aber gleichen Rechten stehen auch gleiche Pflichten gegenüber. Wenn von einer Partei alle Pflichten geleugnet werden, können ihr auch nicht alle Rechte zustehen. Das neue Gesetz wird der Regierung umfassende Vollmachten geben, wir können gewiß das Vertrauen zu ihr haben, daß sie diese Vollmachten nicht mißbrauchen wird.

Die zweite große Vorlage in der nächsten Session betrifft die beabsichtigte großartige Steuerreform. Es ist klar, und die Regierung hat es schon lange gesehen, daß die Steuern, die jetzt aufgebracht werden, vom Reiche in einer sehr viel bequemeren und weniger drückenden Weise aufgebracht werden können. Sie hat deshalb beschlossen, einen andern Steuermodus einzuführen. Nicht auf einen Schlag kann es geschehen, allmählich muß sich diese Ansicht Bahn brechen. Der Grundgedanke der Regierungsvorlage ist: die direkten Steuern sollen den Gemeinden überwiesen, die Bedürfnisse des Staates aus indirekten Steuern und Zöllen bestritten werden, womit natürlich ganz allmählich angefangen werden soll. Ich glaube, daß es bei den großen Veränderungen der Geldwerte in den letzten Jahren sich empfehlen wird, wenn wir den Anfang der Einkommensteuerstufe höher setzen, so daß etwa von 2000 Thalern an als Minimum Einkommensteuer bezahlt würde, während jedes niedrigere Einkommen nur zur Klassensteuer veranlagt, diese selbst aber gänzlich den Kommunen überwiesen würde. Die

Revision der Gewerbeordnung habe ich mit Freuden begrüßt, wie sie in der letzten Session begonnen, leider aber nicht vollendet wurde. Ich halte es für notwendig, das Lehrlings- und Gesellenwesen zu reformiren, um einen kräftigen Mittelstand in den Handwerkern zu erhalten, der allezeit eine der besten Grundlagen des Staates gewesen ist und bleiben soll.

Bezüglich der Zölle auf fremde Waren glaube ich, daß nur wenige Leute im unklaren sind, wie wir mit dem System des absoluten Freihandels zu weit gekommen sind, so daß wir in dieser Beziehung einen Rückschritt machen und zu den Traditionen des Zollvereins zurückkehren müssen, bei denen wir uns sehr glücklich befanden, und unter denen die deutsche Ware einen großen Ruhm auf dem Weltmarkte behauptet hat.

Meine Herren, ich glaube, daß Sie auch aus diesen wenigen Worten doch schon über meinen politischen Standpunkt orientirt sind. Ich bin bereit, auf etwaige Interpellationen gern noch weitere Auskunft zu erteilen" [1]).

Bei der Stichwahl entbrannte ein lebhafter Parteikampf, der sich aber entschieden zu Gunsten des Sohnes des Kanzlers gestaltete, seitdem ihm die 2000 Stimmen der Ultramontanen von den Führern derselben zugesagt worden, und zwar infolge des nachstehenden seltsamen Depeschenwechsels. Das Wahlkomite der Zentrumspartei richtete an den Grafen Wilhelm Bismarck nach Gastein, wo derselbe sich in der Umgebung des Kanzlers eben aufhielt, folgende telegraphische Anfrage: „Um bei der Stichwahl eventuell Eurer Hochgeboren unsere Stimmen geben zu können, bitten wir um hochgeneigteste sofortige telegraphische Auskunft, ob Hochdieselben Ihren Einfluß auf Aufhebung des Kulturkampfes geltend zu machen gedenken." Hierauf lief am 6. August 1878 abends vom Grafen Wilhelm nachstehende Depesche ein: [2]) „Telegramm von gestern erhalten. Ich glaube nicht, daß die darin gestellte Frage den Reichstag beschäftigen wird. Sollte es dennoch der Fall sein, so werde ich für mein Verhalten den Rat des mir persönlich nahestehenden Reichskanzlers erbitten und um so lieber befolgen, als mir die persönliche Gesinnung desselben bekannt ist."

Es war bei der Jugend des neu gewählten Abgeordneten nicht zu erwarten, daß er sich im Parlament zu großen Thaten aufschwingen werde. Gleichwohl ergriff er in mehreren Fragen die Initiative, zunächst bei Beratung des Wuchergesetzes. In seiner Jungfernrede (8. April 1880) [3]) verlangt er die Aufnahme eines Zinsmaximums in den Entwurf eines Gesetzes, betreffend

---

[1]) Eine Anfrage wurde nicht gestellt.

[2]) In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[3]) Stenogr. Berichte S. 563. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen, ebenso wie die in den folgenden Noten erwähnten Daten.

den Wucher, und trat für diesen Vorschlag[1]) auch am 20. April 1880 bei der zweiten Beratung der Vorlage[2]) ein, ohne aber im Reichstag damit durchzudringen.

Mehr Erfolg hatte der Abgeordnete mit einer von ihm am 22. April 1880 vorgeschlagenen Resolution wegen Einschränkung des im Art. I der Deutschen Wechselordnung gegebenen Begriffs der Wechselfähigkeit.[3]) Nach einer eingehenden Begründung dieses Vorschlags in der Sitzung des Reichstags vom 7. Mai 1880[4]) wurde die Resolution mit 136 gegen 99 Stimmen angenommen.

Auf der parlamentarischen Soiree[5]) am 4. Mai 1880 wurde viel darüber gewitzelt, daß der Abgeordnete Graf Wilhelm Bismarck im Reichstag gegen einen Antrag seines Vaters gestimmt habe. Der Fürst erwiderte, er habe stets dafür gesorgt, seinen Söhnen vollkommene Unabhängigkeit zu wahren; sehr gegen die Neigung seiner Frau habe er — schon als seine Söhne erst sechs Jahre alt gewesen — nicht gefragt oder fragen lassen, wohin dieselben gingen, sondern denselben ganz freie Disposition über sich selbst eingeräumt.

Als Stichprobe, mit welcher Sprache der Abgeordnete Eugen Richter das parlamentarische Debüt des Grafen begleitete, führe ich folgendes an: In Barmen sagte er: „Nicht nur, daß der Vater Bismarck Projekte machte, jetzt fängt der Sohn auch an (große Heiterkeit). Von ihm ist der Vorschlag zur Beschränkung der allgemeinen Wechselfähigkeit ausgegangen, wodurch gerade der Kredit der kleinen Handwerker und Landwirte erschüttert wird. Der Apfel fällt nicht weit vom Stamme, aber ein großer Mann hat auch nicht immer einen großen Sohn“ (Heiterkeit).

Am 25. September 1880[6]) gab Graf Wilhelm Bismarck in Mühlhausen einen Rechenschaftsbericht über seine Thätigkeit als Reichstagsabgeordneter. Er begann damit, daß es für den Abgeordneten notwendig sei, mit seinen Wählern Fühlung zu behalten, und er würde auch stets für ihr Interesse wirken; indem er sich über die zahlreich Erschienenen freue, müsse er jedoch von vornherein bitten, wegen seiner persönlichen Beziehungen nicht irgend welche offiziöse Mitteilungen oder Enthüllungen zu erwarten. Die Thätigkeit des Reichstags habe sich in den beiden verflossenen Jahren hauptsächlich auf die Zollgesetzgebung

---

[1]) Formulirt in der Reichstags-Drucksache Nr. 124 (17. April 1880), 4. Legislatur-Periode, III. Session 1880.

[2]) Stenogr. Berichte S. 828.

[3]) Reichstags-Drucksache Nr. 137, 4. Legislatur-Periode, III. Session 1880. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[4]) Stenogr. Berichte S. 1225. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[5]) Für den Scherz, daß die Abgeordneten zu der parlamentarischen Soiree vom 10. Mai 1889 mit der Bemerkung „zu einer vertraulichen Besprechung“ eingeladen wurden, wurde allgemein Graf Wilhelm verantwortlich gemacht.

[6]) In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

erstreckt, sei jedoch noch nicht zum Abschluß gelangt, da verschiedene Vorlagen vom Reichstag abgelehnt seien. Trotz des kurzen Bestehens der zum Schutze unserer Industrie eingeführten Zölle könne man bereits die Besserung in verschiedenen Zweigen derselben konstatiren; in der Textilbranche hätte er gern Veränderungen in dem von der Kommission beratenen Tarife gewünscht, hätte aber davon abgesehen, um das so schwer zusammengebrachte Werk nicht gänzlich zu gefährden. Für die so viel angefochtene Getreidesteuer habe er gestimmt, da ein solcher Schutz für unsere Landwirtschaft — und Deutschland sei doch vorwiegend ein ackerbautreibender Staat — notwendig sei, dann aber auch, weil ein derartiger Zoll verwerflichen Agitationen der Spekulanten Schranken setze. Die Zölle hätten bis jetzt eine Einnahme von 40 Millionen ergeben; das sei gerade hinreichend, um ein chronisch gewordenes, künstlich verdecktes Defizit in unserem Staatshaushalte zu decken; aber um die Grund- und Gebäudesteuer den Kommunen zu überlassen, was er voriges Mal als zu erreichendes Ziel hingestellt habe, gehörten 100 Millionen, und würde er daher für eine hochveranlagte Börsensteuer und Erhöhung der Brausteuer stimmen. Daß letztere zu ertragen möglich, ersehe man an Bayern, wo dieselbe viel höher sei. Entgegen den Ausführungen von Bennigsen und Kardorff erklärte Graf Bismarck, für Erhöhung der Branntweinsteuer nicht unbedingt eintreten zu können.

Auf die weitere gesetzgeberische Thätigkeit des Reichstags eingehend, bekannte sich Graf Bismarck dazu, für autonome Innungen eingetreten zu sein, da unser Handwerkerstand nur durch Weckung der Standesehre zu heben sei. Mit dem Wuchergesetz habe er sich eingehend beschäftigt; seine Anträge seien zwar nicht durchgedrungen, aber der Wucher wohl auch noch nicht gänzlich ausgerottet, vielleicht komme man darauf zurück. Seine Anträge auf Beschränkung der Wechselfähigkeit fänden viel Widerspruch, so noch neuerdings auf dem Juristentag zu Leipzig; der Reichstag habe sie aber anerkannt, und dessen Spruch sei doch wohl noch gewichtiger. Auch den Anforderungen für Erhöhung der Militärlast glaubte Graf Bismarck zustimmen zu müssen. Deutschland habe eine für die Industrie ausgezeichnete zentrale Lage, aber an seinen Grenzen starke Militärmächte, gegen die es stets gerüstet sein müßte. Was hätte Deutschland im Anfang dieses Jahrhunderts unter der feindlichen Invasion nicht gelitten! Mit einem Appell an die gemäßigten Parteien schloß der Redner: die Fortschrittspartei und die ihr nahe verwandten Sezessionisten hätten noch 1866 kurz vor Beginn des Krieges gesagt: „Diesem Ministerium keinen Groschen, und wenn die Kroaten vor den Thoren von Berlin ständen!“

In der Nr. 276 der „Kölnischen Zeitung“ vom 4. Oktober 1880 veröffentlichte dieselbe folgende ihr zugegangene Zuschrift des Grafen Wilhelm v. Bismarck,[1]) Mitglied des Reichstags:

---

[1]) In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

Friedrichsruh, den 2. Oktober.

In der Nr. 271 der „Kölnischen Zeitung“ vom 29. v. M., welche mir erst heute zu Gesicht gekommen, ist einem von mir am 26. v. M. meinen Wählern erstatteten Rechenschaftsberichte ein Artikel gewidmet, welchem eine irrtümliche Information zu Grunde liegt.[1]) Ich bitte ergebenst um dessen Richtigstellung. Ich habe nicht gesagt, daß die zur Beseitigung der drückendsten direkten Steuern ungefähr erforderlichen 100 Millionen Mark ausschließlich durch die Stempel- und erhöhte Brausteuer zu decken seien; ich habe nur erklärt, daß ich zur Verwirklichung der von der Reichsregierung in Angriff genommenen Steuerreform in erster Linie jene beiden Objekte heranzuziehen wünsche. Es wird aber jedermann einleuchten, daß dadurch allein dem Reiche niemals Einnahmen in Höhe von 100 Millionen Mark zugeführt werden können. Da es bisher nicht in meiner Absicht liegt, mit steuergesetzlichen Initiativanträgen im Reichstage vorzugehen, und ich andererseits nicht weiß, welche Vorlagen wir nach den bisherigen Ablehnungen im Reichstage von seiten der verbündeten Regierungen zu erwarten haben, so habe ich es für überflüssig erachtet, in eine weitere, doch nur akademische Erörterung von Steuerfragen einzutreten, und bloß bei der Branntweinsteuer eine Ausnahme gemacht, weil

[1]) Der betreffende Artikel lautete: In einer Rede, die der Reichstagsabgeordnete Graf Wilhelm Bismarck vor seinen Wählern in Mühlhausen gehalten, ist das Beachtenswerteste wohl die Stelle, worin er sich über die Steuerreform ausspricht. Graf Bismarck wies zwar die Vermutung zurück, daß infolge seiner persönlichen Verhältnisse seinen Mitteilungen ein offiziöser Charakter innewohne, allein „gute Informationen“ wird man ihm doch immer zutrauen dürfen. Der Redner meinte, hundert Millionen Mark neuer Steuern würden zur Erreichung des angestrebten Zieles der Entlastung an direkten Steuern noch nötig sein, und will diese Summe in erster Linie durch die längst bekannten beiden Steuerprojekte aufbringen, die Stempelsteuer, die hinsichtlich der Börsengeschäfte noch etwas höhere Sätze als die der früheren Vorlage vertragen könne, und die Erhöhung der Brausteuer. Dagegen sprach sich Graf Bismarck über die Erhöhung der Branntweinsteuer in einer Weise aus, die, wenn seine Ansichten mit denen des Reichskanzlers übereinstimmen, wenig Aussicht eröffnet, daß auch diese Steuer dem Reichstag vorgeschlagen werden soll. Der Redner meinte, der Branntwein sei jetzt schon unverhältnismäßig hoch besteuert; im Notfall könne man vielleicht später einmal auf das Projekt zurückgreifen. Nachdem noch jüngst Herr v. Bennigsen die höhere Belastung des Branntweins als Bedingung für eine neue Brausteuer bezeichnet, und nachdem man bis tief ins konservative Lager hinein die Gerechtigkeit und Notwendigkeit dieser Maßregel anzuerkennen begonnen hat, ist es nicht erfreulich, diese populäre Steuer, für die sich so zahlreiche wirtschaftliche und moralische Gesichtspunkte geltend machen lassen, jetzt wieder so kühl abgewiesen zu sehen. Wenn der Abgeordnete für Mühlhausen ferner die Regierung gegen den Vorwurf in Schutz nimmt, daß sie das Versprechen einer Steuerermäßigung nicht gehalten habe, indem er fragt: wie man alte Steuern erlassen könne, wenn der Reichstag in den letzten Sessionen die vorgelegten Steuerprojekte zurückgewiesen habe, so vergißt er dabei doch ganz die Bewilligungen des vorigen Jahres, des neuen Zolltarifs und der Tabaksteuer. Die Ueberzeugung, daß in der Steuerfrage jetzt endlich ein Weg eingeschlagen wird, der diese so lange schwebende Angelegenheit zu einem befriedigenden Ziele führt, wird man aus den Darlegungen des Grafen Bismarck nicht gewinnen können.

es bekannt ist, daß sie bei der Ablehnung der Brausteuervorlage von entscheidendem Einflusse gewesen ist. Ich habe erklärt, daß ich den Standpunkt einer großen Zahl von Abgeordneten hierin nicht teilte, und nicht wie diese aus der Erhöhung der Branntweinsteuer eine conditio sine qua non für die der Brausteuer machen würde, daß ich aber im Falle des Bedarfs die erhöhte Branntweinsteuer nicht ablehnen würde, vorausgesetzt, daß die Landwirtschaft nicht dadurch geschädigt wird. Uebrigens sind meine Aeußerungen im wesentlichen richtig von einem — wenn ich nicht irre — fortschrittlichen Blatte, nämlich in Nr. 225 der „Nordhäuser Zeitung", wiedergegeben, wenn auch die unvermeidliche Kürzung meines Vortrages nicht ohne Einfluß auf Sinn und Zusammenhang desselben hat bleiben können. Wenn schließlich in Ihrem Artikel, trotz meines ausdrücklichen und öffentlichen Protestes, von dem Inhalte meines Vortrages Rückschlüsse auf die zukünftigen Maßnahmen des Herrn Reichskanzlers gemacht werden, so ist es ja für Preßangriffe auf diesen zweifellos bequem, in einer Zeit, wo keine Kundgebungen von ihm zu erwarten sind, ihm persönlich nahestehende Abgeordnete für seine politischen Prokuristen zu erklären. Ich nehme aber wiederholt das Recht für mich in Anspruch, meine Ansichten zu äußern, ohne daß mir derartige Unterstellungen gemacht werden, wenn ich auch erwarte, daß mir eine gewisse Agitationspresse der oppositionellen Parteien dieses Recht nicht zugesteht. Mit dem Ausdrucke meiner Hochachtung bin ich Ew. Wohlgeboren ergebener

Graf W. v. Bismarck, Mitglied des Reichstags.

Es ist gewiß gegen unsere Absicht geschehen, bemerkte die „Kölnische Zeitung" bei Abdruck dieser Zuschrift, wenn in unserem Berichte die Ansichten des Grafen Wilhelm Bismarck nicht ganz richtig getroffen sind.

Eine intensivere Thätigkeit stand dem Grafen Bismarck in der IV. Session der 4. Legislaturperiode des Reichstags bevor, als derselbe zum Berichterstatter des wichtigen Gesetzentwurfs, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung (Regelung der Innungsfrage), [1] ernannt worden war. Der aus der Feder des Grafen Bismarck stammende, überaus klare und das Resultat von 12 Sitzungen zusammenfassende Kommissionsbericht datirt vom 16. Mai 1881 und findet sich abgedruckt als Drucksache Nr. 128, 4. Legislaturperiode, IV. Session 1881.

In drei Sitzungen des Reichstags (19., 20. und 21. Mai 1881) [2]) ergriff der Abgeordnete Graf W. Bismarck dreizehnmal das Wort, um in der Hauptsache für folgende Postulate einzutreten: Aufnahme von Bestimmungen über die Arbeitsbücher der Innungsmitglieder in die Statuten, Ablehnung aller Anträge mit der Tendenz, die Autonomie und Lebensfähigkeit der Innungen zu unter-

[1]) Nr. 49 der Drucksachen, 4. Legislaturperiode, IV. Session 1881.

[2]) Alle drei Daten in Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

graben, Zuweisung des Lehrlingswesens an die Innungen und die Errichtung von Handwerkerkammern.

Mit dem Abgeordneten Lasker hatte der Graf bereits in der Sitzung vom 19. Mai ein Wortgefecht, worauf am folgenden Tage ein scharfes Rencontre folgte, das bezeichnend für die Stimmung war, die bereits damals zwischen dem Hause Bismarck und diesem rechthaberischen und doktrinären Abgeordneten herrschte.

Im weiteren Verlaufe treffen wir den Grafen Wilhelm wiederholt als Unterhändler zwischen seinem Vater und den Parlamentariern, die sich über die Absichten und Wünsche des Reichskanzlers vergewissern wollten.[1] Er arbeitete mehr hinter den Coulissen des Reichstags als auf der Bühne.

Am 25. Juni 1881 hielt Graf Wilhelm eine Rede im Halleschen Thor-Bezirksverein in Berlin, die ungeheuer viel Staub aufwirbelte.[2]

Der Sohn des Reichskanzlers war von dem Vorstande dieses Bezirksvereins, der überwiegend aus gemäßigt konservativen Männern bestand und von den antisemitischen Ausschreitungen nichts wissen wollte, zu einem politischen Vortrag eingeladen. Man hatte aber zahlreiche Einladungskarten auch an Nichtmitglieder ausgeteilt, und auch Antisemiten schienen sich zahlreich eingefunden zu haben. Der Vortrag des Redners wirkte gleichmäßig hinreißend auf alle Elemente der Versammlung durch Art und Persönlichkeit des Redners, vor allem aber durch den Inhalt. Es ist interessant, dies zu erklären. Man konnte in der damaligen, der Wahlschlacht vorausgehenden Zeit die Fortschrittspartei als das Kompendium aller Gegensätze gegen die Regierung bezeichnen. Die Fortschrittspartei hatte von der Sozialdemokratie die demagogische Methode, von dem Zentrum den Partikularismus, von den Sezessionisten das Manchestertum, von den Nationalliberalen das Verlangen nach parlamentarischer Regierung auf jede Gefahr. Da alle andern Parteien auch einen Teil positiver Beziehungen zur Regierungspolitik hatten, so war es sehr natürlich, daß, wer immer die Regierung und die Grundlagen der Bismarckschen Politik verteidigen wollte, die Fortschrittspartei angriff, weil er in ihr alle feindlichen Gegensätze traf, ohne irgend eine mit den Bestrebungen der Regierung auch harmonisch zusammenklingende Saite zu verletzen.

Dieses Vorteils bediente sich auch Graf Bismarck. Indem er die vergangene Legislaturperiode charakterisirte, die Vereitelung der meisten regierungsseitigen Bestrebungen beleuchtete, sprach er fast nur von der Fortschrittspartei, kein Wort vom Zentrum, wenig von den Nationalliberalen und deren Sezessionisten und konnte doch die in diesen Parteien vorhandenen Gegensätze treffen.

[1]) Ein Beispiel findet sich in meinem Werke: „Fürst Bismarck und die Parlamentarier", Bd. II. S. 28.

[2]) Vgl. die „Post" Nr. 173 v. J. 1881.

Allein die Rede war, und dies ist der Hauptpunkt, nur in den Stellen, die mit Recht zündeten, polemisch, ihr Hauptgehalt lag in der Darlegung des Regierungsstandpunktes.

Die Regierung, so begann der Redner, und ihr gegenwärtiges Haupt, der Reichskanzler, konnte der inneren Politik und der wichtigsten Aufgabe derselben, nämlich der sozialen Reform, mit schöpferischem Fleiße sich erst zuwenden, seitdem die europäischen Verhältnisse die Hoffnung auf einen sich mehr und mehr befestigenden Friedenszustand gewährten. Dieser Moment sei erst im Juli 1878 eingetreten, und der am 9. September d. J. eine neue Legislaturperiode eröffnende Reichstag habe zugleich eine Epoche neuer Bestrebungen in der inneren Politik eröffnet. Leider habe dieselbe infolge der traurigen Attentate mit einem Akt der Repression eröffnet werden müssen, aber die Regierung habe die im Sozialistengesetz erbetene Vollmacht auf das loyalste gehandhabt und gezeigt, daß man den Begriff des revolutionären Sozialismus vielleicht nicht wissenschaftlich definiren, aber praktisch sicher feststellen könne, wenn man loyal verfahren wolle. Die Gegner hätten der Regierung die von dieser bewiesene Loyalität schlecht vergolten, indem sie das sozialistische Element in den auf den sozialen Frieden abzielenden Bestrebungen derselben geflissentlich mit dem revolutionären Sozialismus zusammenwürfen. Graf Bismarck sprach dann von der Diktatur, deren Usurpation man dem Reichskanzler vorwerfe. Aber sei es denn Diktatur, ein wohlthätiges Ziel mit gesetzlichen Mitteln unablässig zu verfolgen? Falle das Streben nach Diktatur nicht vielmehr einer Partei zur Last, die wohlthätige Maßregeln nur deshalb bekämpfe, weil sie dabei nicht ans Ruder gelange? Im weiteren Verlauf entwickelte Graf Bismarck die Notwendigkeit der Zollreform namentlich aus der Thatsache, daß wir zwischen auf verschiedenen Gebieten der Produktion bevorzugten Ländern liegen, die sich gleichmäßig durch hohe Zollschranken gegen uns abschließen.

Darauf ging der Redner zur Steuerreform über und stellte namentlich die soziale Bedeutung derselben ins Licht. Den fortschrittlichen Satz, daß die Erträge der indirekten Steuern lediglich aus der Tasche des armen Mannes fließen, berührte er nicht, aber der Redner zeigte, daß eine allgemeine Höhe der direkten Besteuerung wie die in Berlin erreichte jeden Staat und jede wirtschaftliche Entwicklung unmöglich machen würde. Die Ausbildung der indirekten Reichssteuern sei namentlich notwendig, um die Gemeinden durch Zuschüsse aus den Staatskassen vor den unerschwinglichen direkten Steuern zu bewahren. Daraus ergebe sich eine Teilung namentlich der Armenlast zwischen Staat und Gemeinde.

Schließlich kam der Redner auch auf das Unfallversicherungsgesetz und führte aus, daß hier ein ganz neues Gebiet betreten worden sei, auf dem man aber weiter vordringen müsse, und deutete an, daß hier namentlich durch die Teilung der Armenlast zwischen Staat und Gemeinde eine besser organisirte Hilfe möglich werden könne.

Graf Bismarck ließ sich durch keine antisemitischen Zwischenrufe bewegen, auf diese Agitation einzugehen. Weder mit einem Ja noch mit einem Kopfnicken bestätigte er den bei jeder polemischen Schilderung erschallenden Zuruf: „Juden, Juden!“ Der Redner sagte auch kein Wort vom Zentrum, ermunterte nicht etwa die Hörer zum Zusammengehen mit dem Zentrum. Er sprach als Konservativer zu Konservativen, nannte den Reichskanzler den besten Freund der Konservativen und bezeichnete als die nächste Aufgabe derselben lediglich die Durchfechtung der Sozialreform, wie sie Bismarck unternommen hatte und weiterzuführen entschlossen war.

Die Rede war mit Schlagern reich durchsetzt, die stürmische Heiterkeit verursachten. Bei der Kritik des Sozialistengesetzes bemerkte Graf Bismarck, „daß die Hundesperre auf die Mehrzahl der Einwohner mehr drücke als der kleine Belagerungszustand“ (große Heiterkeit), ein Witz, der ihm sogar im „Reichsboten“ eine schlechte Zensur eintrug, da sich das Blatt, unter ganz falschem Citat, bis zu der Aeußerung verstieg: „Wenn man eine Sozialreform durchführen will, dann muß man dazu vor allem auch eine tiefernste sittliche Gesinnung mitbringen und darf nicht, wie der Graf Bismarck zu unserem Bedauern gethan hat, die Ausweisung der Sozialdemokraten mit der Hundesperre vergleichen. Solche Dinge sind sehr geeignet, viel böses Blut zu machen, die Herzen zu verschließen und das Vertrauen zu rauben. Bloßes Donnern oder gar Schimpfen gegen die Fortschrittspartei hält auf die Dauer nicht vor.“

England — so fuhr Graf Bismarck fort — werde sicher dereinst auch zum Schutzzoll übergehen. Nun, dann bleiben wir schließlich ganz allein (wie beim Freihandel): „Und sollen wir denn die ewigen Allerwelts-Potsdamer bleiben?“ (Heiterkeit.)

„Was hat das Volk für Interesse daran, ob Herr Richter, Lasker, Forckenbeck Excellenzen werden?“ (Große Heiterkeit. Anhaltender Beifall.)

Bei der Kritik der Berliner Stadtverwaltung kam die Versammlung aus dem Lachen nicht mehr heraus. „Es wird ein großer neuer Viehhof gebaut — ich weiß nicht, wer den Löwenanteil daran hat.“ — (Heiterkeit. Bravo!) „Außerdem werden fortwährend Rieselfelder angelegt. Wenn die Herren einmal Minister sein werden, haben sie vielleicht das ganze Reich zu einem Rieselfeld verarbeitet. (Große Heiterkeit. Beifall.) Kohl hat der Fortschritt immer reichlich gebraucht, und wenn er einmal um Verwendung verlegen wäre, dann würde er wohl Blechbüchsen finden, um ihn darin aufzubewahren. (Heiterkeit.) Einen Vorteil würden diese Rieselfelder vielleicht haben, denn ich habe kürzlich zu meinem Erstaunen davon gehört, daß die Ansicht fortschrittlicher Chemiker dahin geht, daß das Wasser, welches von den Rieselfeldern abfließt, besseres Trinkwasser ist als ein Gebirgsquell.“ (Große Heiterkeit.)

Graf Bismarck schloß: „In Berlin, in seiner Domäne, in seinem Hauptquartier müssen wir den Fortschritt angreifen; seien Sie emsig und fleißig,

erscheinen Sie alle an der Wahlurne, um Ihre Stimme hineinzuwerfen, und rufen Sie: Nieder mit dem Fortschritt! Nieder mit dem Fortschrittsring! Nieder mit der Fortschrittstyrannei!" (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Die Versammlung dankte dem Redner für seinen Vortrag durch Erheben von den Sitzen und brachte dem Fürsten Bismarck ein stürmisches Hoch. Graf Wilhelm Bismarck dankte für diese Ovation und schloß mit der Aufforderung: „Gehen Sie hin zu ihm (Fürst Bismarck), Sie werden finden, daß er Ihr bester und wärmster Freund ist!"

Professor Brecher feierte darauf das Wachsen der konservativen Partei in Berlin; dadurch, daß Fürst Bismarck seinen Sohn gesandt, sei es jetzt vollständig klar, daß Fürst Bismarck ganz und gar Gesinnungsgenosse sei. Der Vorsitzende teilte dann noch mit, daß man telegraphisch den Gruß der Versammlung dem Fürsten Bismarck übermitteln werde, und schloß darauf, nachdem ein Hoch auf den Kaiser ausgebracht, die Versammlung.

Wie sehr Graf Bismarck mit dieser Rede die politischen Gegner seines Vaters ins Herz getroffen hatte, beweist die Art, mit der die fortschrittlichen und sezessionistischen Blätter über ihn herfielen.

Eugen Richter gab auf die Rede im Saale bei Buggenhagen auf dem Moritzplatz in einer Versammlung des Waldeckschen Vereins folgende Antwort: „Nicht Ueberschätzung der Person des Grafen Bismarck bestimmt mich zu der Erwiderung. Der Redner bedeutet bei der Bismarckschen Rede so wenig wie der Redakteur bei der ‚Provinzialkorrespondenz'. Beide sind nur Instrumente, durch welche der Kanzler selbst seine Stücke in der Wahlagitation spricht. Die Fortschrittspartei antwortet auf diese Rede keineswegs ‚Nieder mit Bismarck!' oder etwa: ‚Nieder mit dem politischen Ring seiner Familie!' Die Fortschrittspartei will auch ihre Gegner leben lassen, sie hält dieselben nicht für Vaterlandsfeinde, sondern für Vaterlandsfreunde, welche mit ihr wetteifern wollen für das Beste des Vaterlandes. Die Fortschrittspartei würde glauben, in diesem Wahlkampf selbst nachzulassen, wenn ihr die Gegner fehlen sollten." [1])

Und in einem Briefe, den Fürst Bismarck bald nach der Rede in Kissingen am 26. Juli 1881 aus Hamburg erhielt, wurde zuerst ihm selbst wegen seiner elenden Tyrannenpolitik der Tod angedroht, worauf es hieß: „Deinem Sohne Wilhelm mit seinen bisherigen maskirten und lächerlichen Redensarten werden wir auch bald was zuschwören, wenn er nicht aufhört zu wühlen. Die Bismarckbrut muß ausgerottet werden."

Eine objektivere Kritik als in Berlin treffen wir im „Pester Lloyd", welcher etwa folgendes ausführte:

[1]) Vgl. auch „Eugen Richter, Im alten Reichstag". Bd. II. S. 230: „Graf Wilhelm Bismarck steigt zum Volke herab."

Es sei ein bekannter Kunstgriff der Presse, daß man Neulinge in der Oeffentlichkeit, die bei ihrem ersten Auftreten etwas laut — sagen wir meinetwegen: etwas zu laut sprechen, vor allen Dingen in das zweifelhafte Licht der Lächerlichkeit zu rücken suche. Da macht sich jemand bemerkbar — wir kennen ihn nicht! Was berechtigt ihn, unsere Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen? Stellen wir ihn zunächst als Narren hin. Das Weitere wird sich finden. — So ungefähr lautet die Losung, die stillschweigend von der Majorität der öffentlichen Wortführer acceptirt wird. Es verschlägt nichts, daß man mit diesem wohlfeilen Stratagem schon trübe Erfahrungen gemacht, bedeutende Männer verkannt und gefährliche Individuen unterschätzt hat. Bei jedem neuen Anlasse beeifert man sich, mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit in den alten Fehler zu verfallen. . . .

Es ist lehrreich, von Zeit zu Zeit einen älteren Jahrgang unserer Tagesblätter wieder zur Hand zu nehmen. Da kann man sich zum Beispiel darüber unterrichten, welcher Empfang dem an die Spitze der Regierung berufenen Herrn v. Bismarck in den Jahren 1863/64 von der sogenannten öffentlichen Meinung bereitet worden ist. Die gesamte liberale Presse schlug damals einen übermütigen Ton an, als ob es sich um die „lustige Person" im Puppentheater der Weltpolitik handle. Man sprach von Bismarck wie von einem hochmütigen Junker, jenem alten Corpsstudenten, der einer Kneiptafel besser präsidire als einem Ministerconseil. Man gab dem Herrn Deichhauptmann den väterlichen Rat, nach Schönhausen zu seinen Bäumen, seinem Viehstande zurückzugehen und dort seinen politischen Dilettantismus abzustreifen. Er möge erst vor allem etwas Tüchtiges lernen — lernen von den zünftigen Herren Professoren des Staats- und Völkerrechts! Dann ließe sich mit ihm reden! „Ce n'est pas un homme sérieux" — dieses lächerliche Wort Napoleons wurde als tiefer Weisheitsspruch mit einer wahren Wollust von der kurzsichtigen Presse citirt.

Graf Wilhelm v. Bismarck teilt gegenwärtig das Los seines großen Vaters. Ich will nicht sagen, daß der Sohn jemals die Höhe erklimmen wird, zu der sich der größte deutsche Staatsmann emporgeschwungen hat. Ich will nur sagen, daß man nicht wohl daran thut, den Grafen Wilhelm mit eleganter Handbewegung bequem als einen jungen Menschen, den man nicht voll nehmen dürfe, abthun zu wollen. Denn Graf Wilhelm v. Bismarck wird von allen, die ihn näher kennen, als ein ganz ungewöhnlich befähigter, weit über seine Jahre hinaus reifer, umsichtiger und schneidiger Mensch geschätzt, als einer der wenigen jugendlichen Politiker, von denen man sich wirklich etwas versprechen darf. Er ist der rechte Sohn seines Vaters, und wie er von diesem einen guten Teil seiner Geistesgaben und Charaktereigenschaften geerbt, so hat auch sein Aeußeres eine auffallende Aehnlichkeit mit der Gestalt und der Physiognomie des Reichskanzlers. . . .

Sonderbar, höchst sonderbar, daß es ihm als erschwerender Umstand angerechnet wird, ein Bismarck zu sein! Sollte man sich mit einiger Anstrengung nicht selbst sagen können, daß der beständige und intime Umgang mit einem der großartigsten Männer, der dazu noch mitteilsam ist, daß diese unausgesetzte Anregung und Belehrung, daß dieser ununterbrochene Aufenthalt auf den höchsten Gipfeln des menschlichen Erkennens für einen jeden einigermaßen Begabten in gar nicht zu berechnender Weise förderſam sein muß? . . .

Wie darf der junge Mann sich herausnehmen, eine so provokatorische Sprache zu führen! Der junge Mann! Das ist wieder ein ganz wunderlicher Vorwurf:

„ . . . aux âmes bien nées
La valeur n'attend pas le nombre des années"

sagt ein klassischer Dichter. Auf die Jugend kommt's doch wahrhaftig nicht an. Pitt war jünger, als er Minister war, und — um viel bescheidenere Verhältnisse zu nehmen — Eugen Richter war nicht älter, als er die Verderblichkeit der Bismarckschen Politik zum erstenmal mit anmutig gerundetem Munde der öffentlichen Mißachtung preisgab.

„Nieder mit der Fortschrittstyrannei!" hat Graf Bismarck ausgerufen. Schaudervoll, höchst schaudervoll! Soll er die Tyrannei vielleicht hochleben lassen? Und ist dieser Ausruf entsetzlicher und stärker als der von der Majorität bejohlte des Dr. Julius Frese: „Nieder mit diesem Ministerium!" Peccatur intra muros et extra! Es wäre gewiß sehr hübsch, wenn in unseren politischen Kämpfen urbanere Gepflogenheiten zur Geltung kämen. Wenn aber die Opposition für ihr Mißvergnügen die kraftvollsten Ausdrücke zu gebrauchen keinen Anstand nimmt, dann soll sie sich auch nicht darüber wundern, wenn ein Anhänger der Regierung auf groben Klotz einen groben Keil setzt und auf einen Schelmen anderthalbe! . . .

Daß Wilhelm Bismarck die Politik des Reichskanzlers verficht, daß er dessen Gegner, die dem Reichskanzler das Dasein zu vergällen suchen, nicht mit Glacéhandschuhen anfaßt, das ist doch ziemlich einleuchtend. Wenn ein Mensch dazu berechtigt oder verpflichtet ist, so ist er es; und wer von der Parteilichkeit nicht ganz mit Blindheit geschlagen ist, der wird begreifen, daß es sich Graf Wilhelm Bismarck zur Ehre anrechnen muß,

„des Vaters Speer,
des Vaters Schild zu tragen".

Bei den Reichstagswahlen vom Herbst 1881 unterlag der Sohn des Reichskanzlers dank der Richterschen Agitation in seinem bisherigen Kreise dem Kandidaten der liberalen Vereinigung, Stadtsyndikus Eberty in Berlin. Seitdem hat er sich um ein Reichstagsmandat nicht wieder beworben. Auf seine parlamentarische Thätigkeit im preußischen Abgeordnetenhaus werden wir weiter unten zurückkommen.

Im Sommer 1880 hatte der „Südungarische Bote" eine seltsame Geschichte vom Grafen Wilhelm Bismarck erzählt und darauf alsbald folgende Berichtigung erhalten:

In Nr. 68 Ihres Blattes befindet sich ein Artikel mit der Ueberschrift: „Womit sich Graf Bismarck im Herkulesbad beschäftigt." Derselbe enthält fast ebensoviel Unwahrheiten als Worte — und wenn mir auch gleichgültig ist, was über mich geschrieben wird, so erbitte ich doch im vorliegenden Falle eine Berichtigung, weil der Artikel die Ehre einer Dame angreift. Die Dame ist in begreiflicher journalistischer Vorsicht nicht genannt, aber so beschrieben, daß sie für jeden Einheimischen kenntlich ist. Es ist unwahr, daß dieselbe irgend welche Einkäufe in Spitzen oder dergleichen gemacht hat, und demnach natürlich ebenfalls unwahr, daß sie mir eine Rechnung dafür hat präsentiren lassen. Thatsache ist, daß ein industrielles Ehepaar Namens Boskowits versucht hat, ihren Namen zu einer Betrügerei zu mißbrauchen, und daß ich dieses Verfahren zunächst beim Bade-Inspektor zur Anzeige brachte. Dieser riet zwar von einer Verfolgung ab, indem er vor dem seiner Vermutung nach entstehenden Preßskandal warnte, ich habe mich aber dadurch nicht abhalten lassen, das zuständige Forum anzurufen, gerade um im Wege einer öffentlichen Gerichtsverhandlung die lügenhaften Gerüchte zu widerlegen, denen es gelang, auch an Stellen Eingang zu finden, bei denen ich es niemals für möglich gehalten hätte. Die Untersuchung ist selbstverständlich auf Betrug gerichtet. Daß in Ihrem Artikel von einem Erpressungsversuch die Rede ist, ist so unlogisch und zeigt eine solche Unkenntnis, daß ich im Zweifel über das Geschlecht Ihres Korrespondenten bin. Seine Qualität kann man aus dem Umstande entnehmen, daß alle Welt hier weiß, daß die Boskowits ihre Lügen eingestanden hat und gleich nach Eröffnung der Untersuchung verschwunden ist. Der Abschluß derselben wird dank dem schnellen Eingreifen der Königlichen Staatsanwaltschaft nicht lange auf sich warten lassen, und die Unwahrheiten Ihres Artikels werden dann authentisch als solche erwiesen werden. Mir erscheint indessen eine sofortige Richtigstellung derselben geboten, und ich ersuche Sie um die Aufnahme dieser Zeilen an derselben Stelle Ihres Blattes, an der jener Artikel gestanden hat.

Graf Wilhelm Bismarck.

IV. Anstellungen in der dienstlichen Umgebung des Vaters. Eintritt ins Abgeordnetenhaus. Verlobung.

In den Haushaltsetat des Reichs für das Jahr 1878/79 ließ Fürst Bismarck bei der Reichskanzlei eine neue Position im Betrage von 6000 Mark einstellen, da es für notwendig befunden wurde, dem Chef derselben, damals Herr v. Tiedemann, einen ständigen Hilfsarbeiter an die Seite zu geben.

„Um hierfür eine tüchtige und geschulte Kraft gewinnen zu können, empfiehlt es sich, den Maximalsatz (6000 Mark) zur Verfügung zu stellen.“ Die Position wurde von dem Reichstag in zweiter (28. Februar 1881) und dritter Beratung (21. März 1881) anstandslos bewilligt und daraufhin Graf Wilhelm Bismarck mit der Stelle betraut; erst als kommissarischer Hilfsarbeiter und später (10. Oktober 1882) in der Eigenschaft eines ständigen Hilfsarbeiters unter Verleihung des Ranges und Titels eines Kaiserlichen Regierungsrats. Graf Wilhelm that demnächst denselben Dienst, den er bereits früher seinem Vater als Sekretär geleistet hatte, nur daß er jetzt auch von Herrn v. Tiedemann zu Expeditionen u. s. w. herangezogen wurde.[1])

Zahlreiche Spuren seiner Thätigkeit in der Reichskanzlei findet man in meinen „Dokumenten zur Geschichte der Wirtschaftspolitik in Preußen und im Deutschen Reich“.[2])

Als die Zeit herannahte, da Graf Bismarck nach den allgemeinen Anciennitätsverhältnissen einer Beförderung entgegensehen durfte, mußte er aus der Reichskanzlei ausscheiden, da daselbst etatsmäßig nur für einen vortragenden Rat Raum ist. Derselbe rückte im Mai 1884 in die frei gewordene Stelle eines vortragenden Rats im preußischen Staatsministerium ein. Es ist dies jene Stelle, wo die Fäden der kollegialen preußischen Ministerverwaltung zusammenlaufen, und deren sich Fürst Bismarck zu seiner dienstlichen und vielfach auch außerdienstlichen Korrespondenz hauptsächlich zu jener Zeit bediente, da die Reichskanzlei noch nicht geschaffen war. Keine Stelle in Preußen ist natürlich mehr geeignet, einen Ueberblick über den Gang der Staatsmaschine zu gewähren, als die erwähnte, die in der Regel als Durchgangspunkt zum Regierungspräsidenten angesehen wird. Die Hauptaufgabe der jüngeren Räte bildet das Votiren für den Ministerpräsidenten, falls derselbe zu einem im Staatsministerium eingebrachten Vorschlag eines Ressortministers Stellung zu nehmen wünscht.

---

[1]) Anerkennende Aeußerung des Reichskanzlers über sein Einarbeiten in die Geschäfte auf der parlamentarischen Soiree vom 20. Mai 1884. Vgl. mein Werk „Fürst Bismarck und die Parlamentarier“, Bd. I., 2. Aufl., S. 268.

[2]) Schreiben vom 27. Dezember 1881 an den Geheimrat Gamp wegen Uebersendung des Werkes: „Die wirtschaftlichen, sozialen Fragen unserer Zeit.“ Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, Bd. II. S. 98 Note; desgleichen vom 12. April 1882 an Geheimrat Dr. v. Rottenburg, betreffend die Tabakmonopolvorlage, a. a. O. S. 107; desgleichen vom 15. September 1882 an den Unterstaatssekretär Dr. v. Moeller, betreffend die Erhöhung des Zolls auf bearbeitete Hölzer, a. a. O. S. 115; desgleichen vom 19. Juli 1883 an den Staatssekretär des Reichsschatzamts v. Burchard, betreffend die Durchführung deutschen Salzes durch Oesterreich, a. a. O. S. 136; desgleichen vom 12. August 1883 an den Staatssekretär Grafen Hatzfeldt, betreffend den Umfang der Hamburger Spritklausel, a. a. O. S. 137; desgleichen vom 31. Dezember 1883 an den Geheimrat Dr. v. Rottenburg, betreffend die Verstaatlichung des Versicherungswesens, a. a. O. S. 147.

Nach meiner Kenntnis der Verhältnisse finden sich aber im Staatsministerium verhältnismäßig wenig Spuren der amtlichen Thätigkeit des Grafen Wilhelm, der nach wie vor hauptsächlich von seinem Vater direkt beschäftigt wurde und als sein Amanuensis oder Sekretär in derselben Weise fortfungirte, wie sie sich seit dem Jahre 1878 herausgebildet hatte. Nichts war auch natürlicher, als daß der Reichskanzler, wenn er mit den Behörden im Reich oder Preußen oder mit Privaten schriftlich zu verhandeln hatte, sich am liebsten der Feder seines Sohnes bediente, der ihm jederzeit zur Hand war, und der durch diese Vertrauensstellung noch dazu in seiner Uebersicht der Politik des Reichskanzlers nur gewinnen konnte.[1])

Am 15. November 1884 wurde Graf Wilhelm Bismarck auf Vorschlag seines Vaters gleichzeitig mit dem französischen Botschaftsrat Reindre und dem Vizekonsul Schmidt zum Sekretär der von Belgien, Dänemark, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden, Oesterreich-Ungarn, Portugal, Rußland, Schweden-Norwegen, Spanien, der Türkei und den Vereinigten Staaten von Amerika beschickten afrikanischen Konferenz in Berlin ernannt.

Von 1882 bis 1885 hat Graf Bismarck auch dem preußischen Abgeordnetenhause als Vertreter des Wahlkreises Schlawe-Rummelsburg angehört.[2]) Er schloß sich dort der freikonservativen Partei an, nahm an den Beratungen lebhaften Anteil und trat auch im Plenum des Hauses als Redner auf. Wiederum waren es volkswirtschaftliche Fragen, die sein Hauptinteresse in Anspruch nahmen.

---

[1]) 7. Juli 1884 Schreiben des Grafen Wilhelm Bismarck an den Unterstaatssekretär Dr. v. Moeller, betreffend die Beschwerde der vereinigten selbständigen Stromschiffer in Stettin wegen des Verschleuserechts der Dampfschiffe, vgl. meine Aktenstücke zur Wirtschaftspolitik des Fürsten Bismarck, Bd. II. S. 158; desgleichen vom 11. August 1884 an das Auswärtige Amt, betreffend die Reform des deutschen Konsularwesens, a. a. O. S. 161; desgleichen vom 12. August 1884 an den Unterstaatssekretär Dr. v. Moeller, betreffend eine Beschwerde über die Unpünktlichkeit der gerichtlichen Termine, a. a. O. S. 162; desgleichen vom 2. Februar 1885 an den Deutschen Landwirtschaftsrat, betreffend die Ansichten des Fürsten Bismarck über die von dem genannten Verein eingereichte Eingabe hinsichtlich der Statistik über die Belastung des bürgerlichen Grundbesitzes, Fürst Bismarck als Volkswirt Bd. III. S. 26; desgleichen vom 10. März 1885 an das Auswärtige Amt, betreffend die Herstellung eines oberrheinischen Schiffahrtskanals, a. a. O. S. 81; desgleichen vom 23. März 1885 an v. d. Heydt-Kersten & Söhne in Elberfeld, betreffend die Verwendung einer Spende aus Anlaß des in zweiter Lesung verweigerten zweiten Direktorpostens im Auswärtigen Amt, „N. Pr. Ztg." Nr. 75 vom 29. März 1885; desgleichen vom 19. April 1885 an den Dichter Oskar v. Redwitz, betr. Dank für Festgedicht desselben, „N. Pr. Z." Nr. 98 vom 28. April 1885.

[2]) Am 5. September 1884 wurde Graf Wilhelm Bismarck, der infolge seiner Ernennung zum Geheimen Regierungsrat sich einer Neuwahl unterziehen mußte, im Landtags-Wahlkreise Schlawe-Rummelsburg mit 280 Stimmen einstimmig wiedergewählt.

Bei der ersten Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, am 6. Februar 1883 (Stenogr. Berichte S. 564)[1]) begrüßte der Abgeordnete den Entwurf, und er bedauerte nur, daß der Geltungsbereich des neuen Gesetzes nicht auf die ganze Monarchie ausgedehnt werden könne. Im einzelnen hatte er allerdings mehreres auszusetzen; so wünschte er noch größere Kautelen, um einer Verschleuderung der Grundstücke vorzubeugen und um den kleinen Grundbesitzer vor dem Kredit solcher Leute zu schützen, welche dessen Gewährung in der sicheren Voraussicht, beim Verfall keine Zahlung zu erhalten, dazu benützen, um das Grundstück bald unter den Hammer zu bringen und billig erstehen zu können. Außerdem wollte er das Fälligwerden der Hypotheken mit dem Tage der Subhastation geradezu rundweg verbieten. Das Gesetz sollte in seinen Augen ein Hort sein für den Schwachen und Bedürftigen, es sollte auch den Schuldner gegen die Gläubiger schützen. Auch dürfe der Schuldner nicht, wenn die Subhastation perfekt geworden, ohne weiteres von Haus und Hof verjagt und obdachlos gemacht werden. „Er behält nicht so viel Land, um sich darauf begraben zu lassen ... Ich habe nicht unterlassen wollen, die Gelegenheit der Subhastationsordnung zu benützen, um auf das Heimstättenrecht zu verweisen, als eines Instituts, welches dem Gesetzgeber nicht genug ans Herz gelegt werden kann."

Am 25. und 26. Mai 1883 hielt Graf Bismarck zwei Reden zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Zwangsvollstreckung in das unbewegliche Vermögen, zur Verhütung der Ausbeutung des Schuldners durch den Gläubiger und um zu verhindern, daß er in die Lage kommt, sich seine Forderung zweimal bezahlen zu lassen.[2]) In einer dritten Rede vom 26. Mai 1883 verfolgte er dasselbe Ziel, die Anzahl der Konkurrenten im Subhastationstermine zu vermehren durch ein Verbot der Abrede, wonach die Fälligkeit oder Kündbarkeit der im Grundbuch eingetragenen Forderungen vom Eintritt der Zwangsvollstreckung in das Grundstück abhängig gemacht wird. Mit beiden Anträgen vermochte er nicht durchzudringen.

An dem Tage der Feier des siebzigsten Geburtstags des Reichskanzlers, 1. April 1885, verlobte sich Graf Wilhelm mit seiner Cousine, Fräulein Sibylla v. Arnim. An demselben Tage wurde er vom Kaiser durch die Verleihung des Roten Adler-Ordens III. Klasse mit der Schleife ausgezeichnet.

Am 6. Juli 1885 fand in Kröchlendorf die Trauung des Grafen Wilhelm Bismarck mit Fräulein Sibylla v. Arnim statt. Bei derselben waren zu-

---

[1]) In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[2]) Graf Bismarck hatte ein hierauf abzielendes Amendement zu §. 22 des Gesetzentwurfs eingebracht. Drucks. Nr. 220, 15. Legislaturperiode, I. Session 1882—83. In Kohls Bismarck-Regesten übersehen, ebenso die drei oben erwähnten Landtagsreden vom 25. und 26. Mai 1883.

gegen die Eltern des jungen Paares und die nächsten Verwandten, darunter Graf Herbert Bismarck, Geheimrat v. Bismarck-Külz nebst Familie, Herr v. Bismarck-Kniephof, Graf und Gräfin Rantzau, Rittmeister v. Arnim nebst Familie und Landrat v. Kotze nebst Familie. Ferner Gräfin Eickstädt, Prinz Hohenlohe, Geheimrat Rottenburg, Professor Schweninger, Baron Plessen, Baron Ohlen und Landrat v. Balan. Um 1 Uhr fand ein Dejeuner statt.

Einem Berichte über die Vermählungsfeier [1]) entnehmen wir noch folgendes: Von herrlichem Wetter begünstigt, erfolgte heute mittag 12 Uhr der Brautzug nach der kleinen, in gotischem Stil geschmackvoll erbauten Kirche zu Kröchlendorf, unweit Boitzenburg. Vom Schloß bis nach der einige hundert Schritte entfernten Kirche war eine breite Leinwand über den Weg gelegt und mit Blumen und Eichenlaub bestreut. Am Wege hatte ein Photograph mit seinem Apparat Aufstellung genommen, um den vorbeiziehenden Hochzeitszug zu photographiren. Eine dichtgedrängte Zuschauermenge harrte in gespannter Wartung dem Zuge entgegen. Beim zweiten Läuten der Glocken erschien der lange Zug auf der Blumenbahn. An der Spitze derselben zeigten sich zwei liebliche Brautjungfern im zarten Mädchenalter von etwa 12—13 Jahren, junge Anverwandte der Braut. Diesen zunächst schritten weitere Brautjungfern blühenden Alters, geführt von ihren Kavalieren, darunter der älteste Sohn des Reichskanzlers, Unterstaatssekretär Graf Herbert v. Bismarck. Nun erschien im weißen Brautkleide mit langer Schleppe und halbverhüllendem Brautschleier mit dem Myrtenkranze auf dem Haupte die blühende Braut, geführt von ihrem Vater, dem Kammerherrn v. Arnim; ihr folgte die Frau Fürstin v. Bismarck am Arm ihres jüngsten Sohnes, des Bräutigams. Wie auf diese Gruppe, so richteten sich jetzt aller Augen auf den nachfolgenden Reichskanzler, der in seiner blauen Kürassieruniform so prächtig und wohl aussah. Er führte seine einzige Schwester, Frau Malwine v. Arnim. Diesen Hauptpersonen folgten die Hochzeitsgäste, darunter der Bruder des Reichskanzlers, Geheimer Regierungs- und Landrat v. Bismarck.

Nach dem Eintritt des Zuges ins Gotteshaus wurde ein Vers des Liedes: „Jesu, geh voran auf der Lebensbahn!“ gesungen. Dann hielt Pastor Geier aus Külz, der Seelsorger der Familie v. Arnim, die Traurede, der er als Texteswort den Ausspruch des Apostels Paulus 1. Korinther 13, Vers 13 zu Grunde legte: „Nun aber bleibet Glaube, Hoffnung, Liebe, diese drei; aber die Liebe ist die größte unter ihnen.“ Der Text bot dem redegewandten Prediger ausgiebigen Stoff, die Herzen der Zuhörer zu fesseln und zu rühren.

Mittlerweile gingen Glückwunschschreiben, Telegramme u. s. w. in großer Anzahl ein. Es war ein heißer und anstrengender Tag für die Post- und Telegraphenbeamten in Boitzenburg, als der nächsten Poststation von Kröchlen-

[1]) „Kreuzzeitung“ Nr. 156 vom 8. Juli 1885.

dorf. Obgleich dieselben durch Absendung zweier Telegraphenbeamten von Potsdam und Eberswalde eine wesentliche Unterstützung in ihrer anstrengenden Thätigkeit bei Bewältigung der zu Hunderten aus aller Herren Ländern eingelaufenen Glückwunschtelegramme erhielten, so werden sie doch noch lange dieses Tages Last und Hitze gedenken. Auch von Sr. Majestät dem Kaiser und König sowie von der Kaiserin und dem Kronprinzen, ferner vom Staatssekretär Dr. v. Stephan gingen Glückwunschtelegramme an das junge Ehepaar ein, das schon in den Nachmittagsstunden seine Hochzeitsreise nach Paris antrat. Der Reichskanzler begab sich noch am Abend des Hochzeitstages mit seiner Gemahlin nach Berlin zurück.

V. Landrat in Hanau.

Um sich mit dem praktischen Verwaltungsdienste näher vertraut zu machen, wurde der Geheime Regierungsrat Graf Wilhelm v. Bismarck am 15. August 1885 zum Landrat des Landkreises Hanau ernannt (bisheriger Inhaber der Stelle war Freiherr v. Broich) und trat seinen Dienst am 29. September 1885 an.[1]) In actis hat Graf Bismarck in Hanau weniger Spuren seiner Thätigkeit zurückgelassen[2]) als in den Herzen der Kreisbevölkerung, die heute noch viel und gern von ihm spricht und seine Leutseligkeit rühmt. Er war sehr bekannt im Kreise und behauptete selbst, alle Bewohner desselben zu kennen.

Anfangs Juli 1886 wurde der „Berliner Börsen-Zeitung" aus Hanau geschrieben: Der große Diktator der Fortschrittspartei eröffnet nunmehr, da die Parlamentshäuser geschlossen sind, in der „Freisinnigen Zeitung" einen kleinen Sommerfeldzug gegen die Familie des Reichskanzlers. Diesmal schwingt er über den armen Grafen Wilhelm Bismarck, dem er es nimmer verzeihen kann, daß er von dem Begründer des Deutschen Reichs abstammt, das Richterbeil.

In der vorletzten Nummer der „Freisinnigen Zeitung" bringt er unter der vernichtend hämischen Spitzmarke „ein musikalischer Landrat" folgende erbitternde Unthat des Grafen Wilhelm Bismarck zur öffentlichen Kenntnis und läßt die Kardinalpunkte junkerlichen Uebermuts mit gesperrten Lettern setzen: Wie der „Hinterländer Anzeiger" berichtet, gingen der Herr Landrat am 25. Juni, mittags 1 Uhr, in Hanau über die Messe und machten die Wahrnehmung, daß die Caroussels ohne Orgelbegleitung fuhren. Ein deshalb zur Rede gestellter Schutzmann bezeichnete dies als eine Maßnahme des früheren Herrn Landrats. Sofort gab der Herr Graf die Weisung, den Carousselbesitzern anzukündigen, daß sie von jetzt ab den ganzen Tag über bis 10 Uhr abends die Orgeln

---

[1]) In Kohls Bismarck-Regesten unerwähnt.

[2]) Die Kreisverwaltung steckte damals in Hanau noch in den Kinderschuhen; er kam dorthin mit Einführung der Kreisordnung und beschränkte sich im wesentlichen darauf, die laufende Verwaltung zu führen.

spielen lassen dürfen. Herr Richter scheint diese Weisung für einen Akt neronischer Willkür zu halten und bemerkt dazu indignirt: „Für die Anwohner des Platzes muß das recht ohrenstärkend sein!“

Wir heben gerade diese kleine Episode hervor, weil sie für den Charakter der Opposition außerordentlich bezeichnend ist. Graf Bismarck hat, indem er die Weisung gab, daß die „Caroussels mit Orgelbegleitung“ fahren dürfen, gezeigt, welch feines Verständnis und liebenswürdiges Mitgefühl er für die Vergnügungen der Kinder besitzt. Man bedenke, ein Caroussel ohne Drehorgel! Das ist wie ein Ball ohne Musik, wie eine Landpartie ohne Sonnenschein, wie eine Nacht ohne Mondlicht, wie eine Rede Richters ohne persönliche Bemerkungen . . . Wir sind überzeugt, selbst jene Eltern, welche deutschfreisinnig und Anwohner des Platzes in Hanau sind, ja sogar viele deutschfreisinnige Junggesellen werden über die Weisung des Grafen Bismarck höchlich erfreut gewesen sein und vielleicht mit den überglücklichen Kleinen die ersten Fahrten und Ritte mit Orgelbegleitung auf den Caroussels seelenvergnügt mitgemacht haben, anstatt sich griesgrämig die Ohren zuzuhalten.

In der Nr. 286 brachte der „Hanauer Anzeiger“ vom 16. November 1886 folgende Bekanntmachung des Landratamts: [1])

Nachdem sich verschiedene Familienväter der Stadt Windecken über den regelmäßigen Wirtshausbesuch und das öffentliche Kartenspielen der jüngeren Lehrer daselbst wiederholt beschwert hatten, habe ich die Gelegenheit eines mir besonders gemeldeten Falles wahrgenommen, um diesen Lehrern Vorhaltungen wegen ihres Benehmens zu machen und ihnen dessen Aenderung zu empfehlen.

Im eigenen Interesse der Lehrer machte ich ihnen die Eröffnung in Gegenwart des Herrn Lokalschulinspektors mündlich und vertraulich; da aber inzwischen die Angelegenheit, ohne mein Verschulden und mannigfach entstellt, in die öffentlichen Blätter gedrungen ist, so beschreite ich zur Vermeidung von Unklarheiten den Weg der öffentlichen amtlichen Verfügung, indem ich mir erlaube, die Herren Lokalschulinspektoren auf die in der Hanauer Schulordnung vom 7. Dezember 1853 enthaltene Dienstanweisung für die Lehrer aufmerksam zu machen.

Die Dienstanweisung, auf welche nach Verfügung der Königlichen Regierung sämtliche Lehrer bei ihrer Anstellung vereidigt werden, enthält im § 6 neben anderen Vorschriften das ausdrückliche Verbot des Wirtshausbesuches und des Kartenspiels, und auch abgesehen von dieser Vorschrift wird in der Gemeinde das Ansehen des Lehrers nicht gewinnen, der als verheirateter Mann und bei steten Klagen über ungenügende Besoldung fast regelmäßig, sebst am hellen Mittage, im Wirtshause zu finden ist.

---

[1]) In Kohls Bismarck-Regesten ist das obige Schreiben übersehen.

Wie ich die Lehrer des Kreises kennen gelernt habe, ist deren überwiegende Mehrzahl von ihren Berufspflichten so durchdrungen, daß ein Hinweis darauf nicht erforderlich ist; aber gerade die Aufrechterhaltung des hohen Maßes von Pflichtgefühl, welches zu meiner Freude den hiesigen Lehrerstand auszeichnet, erheischt, daß einzelne, welche falsche Wege einschlagen wollen, rechtzeitig gewarnt werden, und ich ersuche die Herren Lokalschulinspektoren ergebenst, sich dieser Aufgabe da, wo dieselbe an sie herantritt, unterziehen zu wollen.

Hanau, am 15. November 1886.

V. 7156. Der Königliche Landrat
Graf Bismarck.

An die Herren Lokalschulinspektoren des Kreises.

Wegen dieser Verfügung wurde Graf Bismarck fast ebenso verketzert wie seinerzeit wegen der Rede im Halleschen Thor-Bezirksverein in Berlin, und alle liberalen Zeitungen beeilten sich, den bedrängten Volksschullehrern des Hanauer Kreises beizuspringen. Die Volksschullehrer — so argumentirte die „Breslauer Zeitung" [1]) — hätten nur die Aufgabe, ihre Pflicht in der Schule zu thun und einen anständigen Lebenswandel zu führen. „Hält aber Graf v. Bismarck den Wirtshausbesuch und Kartenspiel für Gegensätze eines anständigen Lebenswandels, dann würde es wenig anständige Menschen in Deutschland geben. Der Volksschullehrer braucht sich keiner strengeren Bevormundung als ein anderer Bürger zu fügen; er ist nicht rechtlos im Staate, sondern auch für ihn gilt Artikel 4 der Verfassung, welcher besagt: ‚Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich. Standesvorrechte finden nicht statt.' Wirtshausbesuch und Kartenspiel sind verfassungsmäßig nicht Privilegien gewisser Kreise, sie sind auch den Lehrern nicht untersagt. Wir halten das Verbot des Wirtshausbesuches gegen die Lehrer nicht nur für gesetzlich unberechtigt, sondern für schädlich und undurchführbar. Das ganze gesellige Leben aber sammelt sich in den kleinen Städten naturgemäß im Wirtshause; hier halten die Vereine ihre Sitzungen, hier finden die Konzerte, die Bälle statt. Dem Lehrer den Wirtshausbesuch verbieten, heißt unter diesen Umständen ihn zum Paria der Gesellschaft machen . . .

Der Beruf des Volksschullehrers ist der undankbarste, den es giebt, wenn nicht die äußeren Entbehrungen und Mühen durch das Gefühl innerer Befriedigung und gerechter Selbstachtung aufgewogen werden. Wird auch dieses Gefühl durch eine Behandlung à la Hanau zerstört, so wird Preußen bald des Rufes verlustig gehen, das ‚klassische Land der Schulen' zu sein."

Noch schärfer stürmte die „Freisinnige Zeitung" auf den Landrat ein. Zu der von ihr aufgeworfenen Frage: „Hat Graf Wilhelm Bismarck immer

[1]) Der Artikel ist übergegangen in die „Preußische Lehrer-Zeitung" vom 5. Dezember 1886, Nr. 285.

so strenge Ansichten über das außeramtliche Verhalten öffentlicher Beamten vertreten?" wurde dem Richterschen Organ „von zuverlässiger Seite aus Hanau unter Angabe eines Augenzeugen" folgendes mitgeteilt: „Es ist noch nicht lange her — es war in der Nacht nach dem Sedanfeste —, daß unser Herr Landrat, unterstützt durch mehrere Herren von Zivil und Militär, weil das Gasthaus zu den drei (Namen unleserlich) geschlossen war, kurzerhand mittelst Aufkletterns in den oberen Stock eingestiegen ist, um auf diesem Wege in das untere Wirtslokal zu gelangen. Man hat im Publikum — sämtliche Volksschullehrer gewiß einbegriffen — wenig dabei gefunden, man hat darüber gescherzt, und gewiß hat es jedermann fern gelegen, dieserhalb eine Beschwerde irgendwie zu führen. Nun sollte man aber doch andererseits meinen, daß man auch kein Verbrechen darin finden sollte, wenn ein Lehrer an einem öffentlichen Orte einmal Skat spielt."

Zeitungsergüsse dieser Art würden wohl den Grafen Bismarck kalt gelassen haben, als aber die „Vossische Zeitung" auf Grund der bestehenden Vorschriften auch die Rechtmäßigkeit seines Zirkulars in Zweifel ziehen zu können glaubte, ließ er unterm 26. November 1886 der „Hanauer Zeitung" nachstehende amtliche Erklärung [1]) zugehen:

In Ihrer heutigen Abendnummer ist ein Artikel der „Vossischen Zeitung" abgedruckt, welcher in einer längeren Abhandlung zu dem Schlusse kommt, daß die Hanauer Schulordnung vom 7. Dezember 1853 in allen ihren Teilen aufgehoben ist. Diese Ansicht ist irrtümlich. Abgesehen davon, daß die genannte Schulordnung noch heute die Grundlage für alle Erkenntnisse der hiesigen Gerichte in Schulversäumnissachen bildet, haben die ‚Allgemeinen Bestimmungen des Herrn Ministers Falk über Einrichtung, Aufgaben und Ziele der Volksschule' vom 15. Oktober 1872 nur die auf die Schuleinrichtung und den Lehrbetrieb bezüglichen Bestimmungen der hessischen Schulordnungen aufgehoben. Die Zirkularverfügung der Königlichen Regierung zu Cassel vom 23. November 1872, welche sämtlichen beteiligten Behörden diese Aufhebung bekannt giebt, lautet in ihrem Schlußsatze wörtlich:

> Hinsichtlich der noch weiter in Kraft bleibenden, die Beaufsichtigung und Leitung der Schulen, die Schulvorstände, die Dienstanweisungen für Lehrer und Schulinspektoren ꝛc. betreffenden Bestimmungen der genannten Schulordnungen wird anderweite Verfügung vorbehalten.

Da die hier vorbehaltene Verfügung bisher nicht ergangen ist, so stehen der 2., 3. und 4. Abschnitt der Hanauer Schulordnung und namentlich die Dienstanweisung für die Lehrer noch heute zweifellos in Kraft.

Angesichts dieser klaren Sachlage hatte ich erwartet, daß die öffentliche Erörterung der Angelegenheit sich legen und die Presse von selbst zu der Ein-

[1]) In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

sicht gelangen würde, daß die Teile der Hanauer Schulordnung, auf die es ankommt, nach wie vor nicht nur Geltung haben, sondern die Norm darstellen, auf welche sich die gesamte äußere Schulorganisation in dem vormaligen Kurhessen stützt, und ohne welche die Schulbehörden nicht würden funktionieren können. Nachdem ich indessen aus dem oben angeführten Artikel gesehen, daß meine Erwartung mich getäuscht, erachte ich eine Klarstellung im Interesse aller beteiligten Kreise und ersuche Sie ergebenst, die vorstehenden Zeilen in Ihrem Blatte abdrucken zu wollen.

Zur Belehrung des Einsenders in Ihrer Nr. 271 füge ich die Bemerkung hinzu, daß für die städtischen Schulen hier eine besondere Dienstanweisung vom 8. Mai 1850 besteht.

Graf Bismarck,
Königlicher Landrat.

Als Ende Januar 1889 Graf Bismarck infolge seiner Ernennung zum Regierungspräsidenten in Hannover Hanau verlassen mußte, zeigte es sich so recht, in welch seltenem Maße er die Sympathien des Kreises zu erwerben gewußt hatte.

Der „Hanauer Anzeiger“ Nr. 21 vom 25. Januar 1889 brachte demselben folgenden Scheidegruß dar: Seine Majestät der Kaiser und König haben geruht, den Geheimen Regierungsrat Grafen v. Bismarck-Schönhausen zum Regierungspräsidenten in Hannover zu ernennen.

Trotzdem wir uns schon bei der Begrüßung des Herrn Grafen vor drei Jahren sagen mußten, daß wir denselben nicht lange bei uns sehen würden, trotzdem uns dieses Bewußtsein stets geblieben ist, und trotzdem die Versetzung nach Hannover schon längst ein öffentliches Geheimnis war, fällt es uns doch jetzt schwer, unseren geliebten Landrat von hier scheiden zu sehen — und „unser Graf“, wie er im Volksmund schon längst heißt, soll aufhören „unser Graf“ zu sein? Nein, das soll und wird er nie. Er wird aufhören, unser Landrat zu sein, aber er wird nimmer aufhören, „unser Graf“ zu bleiben, an den wir nur mit Ehrerbietung und Liebe denken, und an den wir uns stets mit dem stolzen Gefühle erinnern werden, daß er drei Jahre mit bestem Erfolg unserem Kreise vorgestanden hat.

Es ist nicht nötig, die Verdienste unseres Grafen in Stadt und Land einzeln aufzuführen. Welcher Art diese Verdienste sind, weiß jeder, und sie werden nicht unterschätzt werden. Wir glauben aber nicht unterlassen zu sollen, auf einige Punkte noch besonders hinzuweisen.

Was die Hebung des Wegebaues im Kreise betrifft, so kann die großen Verdienste unseres Grafen nur der beurteilen, der unsere Landstraßen vor drei Jahren kannte, der sie heute kennt und der Gelegenheit hatte, die Verbesserung derselben zu verfolgen. Mit eiserner Konsequenz mußte der Landrat hier vor-

gehen, und Graf Bismarck that es. Wir verdanken ihm einen geregelten Wegebau und können ihm bezüglich dieser so wichtigen Sache nicht genug Anerkennung zollen.

Die Einwohner Ostheims wissen es wohl sicher, daß sie es einzig und allein den persönlichen Bemühungen des Herrn Grafen zu verdanken haben, wenn ihnen die früher oft abgelehnte Haltestelle der Hanau-Friedberger Bahn bewilligt und schon errichtet wurde.

Nicht ohne Hinweis wollen wir ferner das Verdienst lassen, welches dem Herrn Landrat gebührt, indem derselbe bekanntlich zur Hebung des Patriotismus durch seine rege Beteiligung an dem Bestehen, Wachsen und den Interessen des Kriegervereins wesentlich beitrug. In Anerkennung seiner Verdienste wurde er erst kürzlich zum Ehrenpräsidenten des Kriegervereins ernannt, welche Auszeichnung er auch anzunehmen die Güte hatte.

Alle anderen Verdienste aufzuführen, würde zu weit führen, ein jeder wußte, daß Graf Bismarck das Recht achtete und in unparteiischer Weise auch dazu verhalf. Bei allen Dienstgeschäften, die dem Herrn Landrat oblagen, kam es ihm vorzüglich zu statten, daß er die Verhältnisse im Kreise genau kannte. Diese Kenntnis hat er in anstrengenden Bemühungen erworben; kein Wetter scheute der Herr Landrat, wenn es galt, selbst in den entferntesten Orten persönliche Anschauung über eine Sache zu erhalten. Dann öffnete ihm aber auch die leutselige Art des Verkehrs, in der der Herr Graf sich bewegte, die Herzen aller und gestattete ihm vertrauten Einblick in die Interessen der Bevölkerung.

Einen solchen Mann sieht man ungern, sehr ungern scheiden, um so aufrichtiger sind aber auch die Wünsche, welche ihm von der Bevölkerung des ganzen Kreises für sein ferneres Wohlergehen entgegengebracht werden.

Bei manchem Fest der letzten 14 Tage trat diese Ueberzeugung hervor, möge sie „unserem scheidenden Grafen“ eine freundliche Erinnerung an den Kreis sein, der es sich zur Ehre anrechnet, ihn drei Jahre an seiner Spitze gesehen zu haben.

In diesen Gefühlen glauben wir die des ganzen Kreises vertreten zu haben, und wir können es uns nicht versagen, beim Scheiden unseres bisherigen Herrn Landrats demselben ein herzliches Lebewohl zuzurufen.“

Bei den verschiedensten Veranstaltungen, die zu Ehren des Scheidenden stattfanden, [1]) wurde mit beredten Worten sein Lob gesungen, und kein Mißton trübte die verschiedenen Abschiedsgelage.

---

[1]) Man findet Beschreibungen über die Abschiedsfeier der Kreisstände des Landkreises Hanau am 8. Januar 1889 im „Hanauer Anzeiger“ Nr. 8 vom 10. Januar 1889; Abschiedsfeier des Landwirtschaftlichen Kreisvereins Hanau im „Hanauer Anzeiger“ Nr. 11 vom 14. Januar 1889 und Nr. 14 vom 17. Januar 1889; Abschiedsfeier des Kriegervereins im „Hanauer Anzeiger“ Nr. 17 vom 21. Januar 1889; Festmahl aus Hanauer Beamten- und Bürgerkreisen am 19. Januar 1889 im „Hanauer Anzeiger“ Nr. 17 vom 21. Januar 1889.

VI. Regierungspräsident in Hannover.

Am 2. März 1889 hatte die Einführung des neuen Regierungspräsidenten für den Regierungsbezirk Hannover, Grafen Wilhelm Bismarck, durch den Oberpräsidenten v. Bennigsen stattgefunden, wobei man sich gegenseitig in Liebenswürdigkeiten überbot. Bennigsen sprach seine Freude darüber aus, daß an die Spitze der dortigen Regierung der Sohn des um das Vaterland so hochverdienten Reichskanzlers träte. Der Regierungspräsident antwortete, daß es ihm besonders angenehm sei, sein neues Amt unter den Auspizien des Oberpräsidenten v. Bennigsen antreten zu können, der sich seit einer langen Reihe von Jahren große Verdienste erworben habe ꝛc. ꝛc.

Graf Wilhelm Bismarck hat das ihm übertragene neue Amt ruhig und praktisch verwaltet und sich sowohl bei seinen Untergebenen als in den weitesten Kreisen der Einwohnerschaft des Regierungsbezirks große Achtung und allgemeine Beliebtheit erworben. Wenn man das Arbeitspensum überblickt, das von der Regierung in den Jahren 1889 bis 1895 unter seiner Verwaltung erledigt worden ist, so stößt man vor allem auf eine sehr rege Thätigkeit auf dem Gebiete des Bauwesens, die Herstellung mehrerer Brücken über die Weser und Leine, neuer Eisenbahnen, Kirchen und Schulen, und den mächtigen Fortschritt der Stadt Hannover. Bei allen hierbei zur Entscheidung kommenden Fragen war der Regierungspräsident stark beteiligt. Besonders interessirte er sich für die Beseitigung des Abfuhrwesens und die Einführung einer zeitgemäßen Kanalisation durch energische Betonung der sanitären Gesichtspunkte und für den unter ihm begonnenen elektrischen Straßenbahnbetrieb, ein Gebiet, auf dem Hannover fast allen anderen Großstädten, Berlin nicht ausgeschlossen, weit vorgeschritten ist; durch die kategorische Forderung des Accumulatorenbetriebs hat er das Stadtbild vor der Entstellung durch die häßlichen Oberleitungen bewahrt.

Um die politischen Wahlen hat er sich ostentativ nicht bekümmert, dagegen welfische Demonstrationen, die sich früher sogar durch öffentliche Aufzüge am Tage der Schlacht bei Langensalza bemerkbar machten, überall kräftig unterdrückt.

Im Dezember 1893 verlautete, der Regierungspräsident habe einen anonymen Drohbrief erhalten, in dem für sein Wohnhaus in der Georgstraße ein Dynamitattentat in Aussicht gestellt wurde. In der That erhielt der Polizeipräsident ein Schreiben, worin ein Wegfall der Sonntagsruhe für den Sonntag vor Weihnachten gefordert wurde, widrigenfalls die Häuser der Polizeidirektion und des Regierungspräsidenten mit Dynamit in die Luft gesprengt werden würden. Allzu ernsthaft war die ganze Sache wohl von keiner Seite genommen worden; ein wirklicher Attentäter hat kaum die Liebenswürdigkeit, sich vorher anzumelden. Ob der Brief nur ein roher Scherz war oder thatsächlich ein thörichter Nötigungsversuch, blieb unentschieden. Es sprach aber

alles für die erstere Annahme. Wenn die in dem Schreiben bezeichneten Häuser trotzdem einer polizeilichen Bewachung unterstellt wurden, so geschah das wohl nur, weil auf alle Fälle nichts unterlassen werden sollte.

Aus seinem außerdienstlichen Leben knüpfen sich die meisten Erinnerungen an das Militär-Reitinstitut; beim Jagdreiten fehlte er fast nie.

Als Fürst Bismarck im März 1890 entlassen wurde, bat auch Graf Herbert um seinen Abschied. Graf Wilhelm Bismarck dagegen entzog sich der Stellung als Regierungspräsident nicht; er verblieb im Amt und vermied es geflissentlich, auch nur den leisesten Gegensatz zu dem neuen Kurse anzudeuten.

Nach seiner Ernennung zum Oberpräsidenten in Königsberg i. Pr. verabschiedete sich Graf Wilhelm Bismarck von den Eingesessenen des Amtsbezirks im „Amtsblatt für den Regierungsbezirk Hannover“ mit folgenden Worten:

Nachdem Seine Majestät der Kaiser und König Allergnädigst geruht haben, mich zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen zu ernennen, scheide ich aus meinem mir lieb gewordenen hiesigen Amt, und wenn ich auch hochgeehrt bin durch das Allerhöchste Vertrauen, welches mich an die Spitze einer Provinz beruft, so empfinde ich doch die Trennung von einem Wirkungskreise, der mir in langjähriger Thätigkeit ans Herz gewachsen war. Ich kann den schönen Bezirk nicht verlassen, ohne dem Gefühle meines Danks Ausdruck zu geben für das Entgegenkommen und die Unterstützung, welche mir von amtlichen wie von nichtamtlichen Seiten zu teil geworden sind, und könnte mir keine höhere Freude denken, als daß die Bewohner mir ein solches Maß von Wohlwollen bewahren, wie ich angenehme Erinnerungen von hier mit mir nehme.

Hannover, 27. März 1895.

Graf v. Bismarck.

Am 9. April 1895 erschien Graf Wilhelm v. Bismarck in der Magistratssitzung, um sich zu verabschieden. Er sprach in warmen Worten aus, daß es ihm eine Freude gewesen sei, jahrelang mit der Stadtverwaltung in gutem Einvernehmen zu stehen; es seien in dieser Zeit große Aufgaben an die Stadtverwaltung herangetreten zur Förderung des Gedeihens der Stadt, die sich zu hoher Blüte entwickelt habe. Die Zeit, in der er hier gelebt und gewirkt, werde ihm in bester Erinnerung bleiben und auch das Andenken an die einzelnen Personen der Stadtverwaltung, mit denen er zusammengekommen sei.

Stadtdirektor Tramm dankte namens des Magistrats für die freundlichen Worte und fügte hinzu, daß der Magistrat in allen schwierigen und wichtigen Fragen nicht nur im schriftlichen Verkehr, sondern auch bei eingehenden mündlichen Verhandlungen bei dem scheidenden Regierungspräsidenten stets eine objektive und wohlwollende Beurteilung der Verhältnisse gefunden habe, wofür der Magistrat dem Scheidenden lebhaften Dank schulde. Der Graf dürfe über-

zeugt sein, daß es eine Freude gewesen sei, unter seiner Aufsicht die Verwaltung der Stadt zu führen; die Erinnerung an diese Zeit werde bei den Magistratsmitgliedern stets lebendig bleiben.

VII. Oberpräsident der Provinz Ostpreußen.

Am 14. März 1895 publizirte der „Reichsanzeiger" die Ernennung des Grafen Wilhelm Bismarck-Schönhausen zum Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen.[1] Graf Bismarck sowie sein designirter Nachfolger im Regierungspräsidium Hannover v. Brandenstein speisten tags vorher bei dem Minister v. Köller.

Es verlautete damals, daß Fürst Bismarck sehr beglückt war, als ihm die Ernennung seines „Jüngsten" zum Oberpräsidenten gemeldet wurde.

Die „Königsberger Allgemeine Zeitung", welche ihren Lesern ein ungefähres Bild des neuen Oberhauptes der Provinz geben wollte, schrieb unterm 15. März 1895: „Politisch ist Graf Wilhelm in der letzten Zeit wenig hervorgetreten; jedoch darf nach einem Berichte der ‚Magdeburger Zeitung' wohl als ganz sicher angenommen werden, daß er im Gegensatz zu seinem Bruder, dem Grafen Herbert, ein Gegner des Antrages Kanitz ist. Bei Hofe hat Graf Wilhelm wegen seines jovialen, gemütlichen Auftretens recht viele Freunde. Graf Wilhelm Bismarck hat sich die Selbständigkeit seiner Anschauungen immer bewahrt. Von Hannover wird dem Grafen Wilhelm nachgerühmt, daß er ein durchaus korrekter und gewissenhafter Arbeiter ist, der namentlich alle Vorlagen so schnell als möglich erledigt. Namentlich gilt Graf Wilhelm als ein durchaus gemäßigter Mann, dem von junkerlichem Stolz nicht das geringste anhaftet."

Am 19. April 1895 begrüßte die „Königsberger Allgemeine Zeitung" den tags vorher in Königsberg eingetroffenen neuen Oberpräsidenten mit folgenden Worten: „Es ist uns eine angenehme Pflicht, den neuen Chef unserer Provinz, der die Führung der Geschäfte nunmehr baldigst übernehmen wird, an dieser Stelle warm zu begrüßen. Zunächst ist es uns — wir wollen es nicht verschweigen — ein überaus sympathischer Gedanke, den Sohn des Mannes unter uns in hervorragender Stellung zu wissen, zu dessen aufrichtigsten Bewunderern diese Zeitung stets gehört hat. Allein ganz abgesehen von diesem mehr persönlichen Moment glauben wir und glaubt mit uns die Bevölkerung dieser Stadt und Provinz, daß wir auch aus sachlichen Gründen vollen Anlaß haben, dem Wirken des Grafen Wilhelm Bismarck an der Stelle, auf die der Kaiser ihn berufen, mit uneingeschränktem Vertrauen entgegenzusehen. Es ist heute nicht der Augenblick, diese Worte, die nur den Zweck

---

[1]) Später (Mitte Mai) erfolgte auch seine Ernennung zum Kurator der Universität Königsberg.

haben, den Grafen bei seinem Amtsantritt sympathisch zu begrüßen, mit politischen Erwägungen zu verquicken. Indes das, was aus der bisherigen Thätigkeit des Grafen Bismarck, speziell als Regierungspräsident von Hannover, verlautet, giebt gute Gewähr dafür, daß sich die Wohlfahrt unserer Provinz bei ihm in sicherer Hut befinden und er den Interessen der Gesamtbevölkerung, der ganzen großen Allgemeinheit unserer Provinz, seine fördernde Teilnahme zuwenden werde. So heißen wir den Sohn unseres Altreichskanzlers in seinem neuen Amt herzlich willkommen mit dem Wunsche, daß der Tag, der ihn zu uns geführt, für uns und ihn ein gesegneter sein möge."

Sein erstes öffentliches Auftreten erfolgte am 26. Mai bei der Eröffnung der Nordostdeutschen Gewerbe-Ausstellung in Königsberg. Der Oberpräsident Graf Bismarck erklärte, es gereiche ihm zur besonderen Freude, bei Beginn seiner Amtsführung hier ein so bedeutsames Unternehmen wie die Nordostdeutsche Gewerbe-Ausstellung begrüßen zu können, bei dem Hunderte von findigen Köpfen und Tausende von fleißigen Händen thätig gewesen seien. „Es stellt dar den friedlichen Wettstreit der Provinzen unserer Ostmark und will zeigen, bis zu welchem Grade die gewerbliche Leistungsfähigkeit in diesen Landstrichen gediehen ist. Daß das Gewerbe in die Arena steigt und sich der Kritik stellt, ist nützlich. Die einzelnen Zweige lernen voneinander und von der öffentlichen Beurteilung. Bei einer so ernst arbeitenden Bevölkerung wie hier kann das Maß von Selbstprüfung, welches erforderlich ist, um das Unternehmen zu einem fruchtbringenden zu gestalten, vorausgesetzt werden. Gerade, daß die Ausstellung sich auf einen kleineren Kreis beschränkt, macht sie desto lehrreicher, weil die Wettbewerber unter gleichen Vorbedingungen arbeiten. Es ist kein Zweifel, daß im Westen unseres Vaterlandes unter günstigeren Vorbedingungen gearbeitet wird als hier; aber vergessen Sie nicht, daß die dortigen Zustände die Frucht einer Jahrhunderte langen Thätigkeit auf allen Gebieten gewesen ist, daß die glücklichen Zustände dort niemand von selbst zugeflogen sind, sondern daß sie von ernster Arbeit getragen werden. Die klimatischen und Bodenverhältnisse fördern die Entwicklung und unterstützen sie, aber die Haupturheber und Treiber des Wohlstandes bleiben stets Fleiß und Ausdauer. Diese Eigenschaften sind zum Glück in den hiesigen Provinzen vertreten und nicht am wenigsten bei dem Hauptzweige unserer Provinz hier, der Landwirtschaft. Wir wissen alle, daß die Landwirtschaft heute mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, und wenn sie in einzelnen Gegenden weniger hart bedrängt wird, so liegt das im wesentlichen daran, daß sie mit einer blühenden Industrie im Gemenge liegt. Die Landwirtschaft hat ein schwerwiegendes Interesse an der Entwicklung der Industrie, weil diese ihr den Absatz im Inlande, den Markt im kleinen und in der Nähe gewährleistet. Hier in den östlichen Provinzen hat die Industrie noch ein weites Feld zu ihrer Ausbreitung,

in einigen Landstrichen fehlt sie gänzlich. Wir wollen hoffen, daß in dieser Richtung die Nordostdeutsche Gewerbe-Ausstellung sich fruchtbringend und belebend gestalten möge. Wir wollen hoffen, daß ein jeder der Aussteller hier befriedigt von dannen gehen möge. Wir hier aus Ostpreußen danken noch besonders den Ausstellern aus anderen Provinzen, die Lasten und Unbequemlichkeiten auf sich genommen und mit ihrer Beteiligung manche Opfer gebracht haben. Wir hoffen, daß sowohl diese wie alle Aussteller mit reicher Befriedigung nach Hause gehen werden." In dieser Hoffnung erklärte der Oberpräsident die Nordostdeutsche Gewerbe-Ausstellung für eröffnet.

Im Anfang der Amtsthätigkeit suchte sich der neue Oberpräsident auf mehrfachen Inspektionsreisen mit der Provinz bekannt zu machen, und es drangen bei seinen Besuchen von Eingesessenen und provinziellen Instituten [1]) manche Züge an die Oeffentlichkeit, welche demselben bald eine große Popularität sicherten. Recht charakteristisch war eine Rede, welche Graf Bismarck im Kreise Mohrungen als Gast des Herrn v. Reichel-Maldeuten, eines alten Jugendfreundes, hielt. Als der Hausherr seinen Gast bei Tische begrüßt und mehrfach auch den Fürsten Bismarck mit in die Rede eingeflochten hatte, erhob sich der Oberpräsident und erwiderte folgendes: „Mein lieber Reichel! Du hast eben mit so freundlichen Worten mich begrüßt, daß ich dir schon dafür meinen herzlichsten Dank sage. Daß ich gleich im Anbeginn meiner Thätigkeit dein Haus betreten konnte, gereicht mir zur ganz besonderen Genugthuung, da uns mannigfache Bande seit langer Zeit miteinander verbunden haben, als Corpsbruder, als Regimentskamerad und als Freund, Dinge, welche wohl selten alle drei zusammentreffen. Eins möchte ich nur bitten, ich möchte nicht gern Vergleiche zwischen meinem Vater und mir gezogen sehen, denn dabei fahre ich doch zu schlecht. Das deutsche Volk hat seinen Bismarck gehabt und hat daran für lange Zeit genug. Ich möchte in meinen Leistungen für mich allein beurteilt werden, und es wird mein fortwährendes Streben sein, die Interessen der mir anvertrauten Provinz nach meinen besten Kräften zu fördern. Warnen möchte ich jedoch davor, meine Leistungen zu überschätzen und sich Hoffnungen hinzugeben, die sich vielleicht doch nicht verwirklichen, denn meine Einwirkung ist immerhin nur eine sehr geringe. Hoffen wir, daß die schwere landwirtschaftliche Krisis, welche seit Jahren auf der Provinz lastet, die längste Zeit überdauert hat, die Betriebsamkeit seiner Bewohner muß nur nicht erlahmen. Ich danke dir, lieber Reichel, auch herzlich, daß du mir Gelegenheit gegeben, mit mehreren Herren des Mohrunger Kreises in Verbindung zu treten;

[1]) Ueber den Besuch in dem Bernsteinbergwerk der Firma Stantien & Becker zu Palmnicken vgl. das ausführliche Referat in der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" Nr. 204 vom 8. Mai 1895.

dieser Kreis, in dem so viel Intelligenz vertreten ist, wird auch diese Zeit überwinden."

Graf Bismarck schloß mit einem Hoch auf den Mohrunger Kreis.

Den Anlaß zu einer ferneren Ansprache gab ein von der Künstlerschaft Königsbergs am 15. Oktober 1895 zum Jubelfest der dortigen Künstlerakademie veranstalteter gemütlicher Abend. Der Oberpräsident eröffnete die Reihe der Toaste mit folgenden Ausführungen:

An zwei Vorbedingungen sei die Kunst gebunden: den Wohlstand und den Frieden. Wenn diese Vorbedingungen vorhanden seien, dann blühe sie. Wenn aber kein Feind von außen drohe, dann zanke man sich untereinander. Er wundere sich nicht darüber und beklage das auch nicht. Kampf sei Leben, und wenn man nicht mehr kämpfe, dann schlafe man ein. Die neue Richtung in der Kunst sage sich los von der alten. Aus dieser Thatsache lasse sich schließen, daß in dieser vielleicht irgend welche Fehler vorhanden seien. Wenn man bei eifriger Prüfung aber finde, daß man keine Fehler begangen habe, dann könne man mit gutem Gewissen den Kampf aufnehmen, und dann werde man siegen. Er glaube nicht, daß die sezessionistische Richtung einen dauernden Erfolg haben werde. Aber sie verhüte, daß die Kunst verknöchere und in eine gewisse Einseitigkeit verfalle. Sie sei der Hecht im Karpfenteiche. Er glaube, daß die Akademie auf dem Wege, den sie eingeschlagen, den richtigen Weg gehe. Die Kunst müsse nicht nur treu und wahr sein, sie könne auch schön sein. Das werde sie aber nur erreichen, wenn die Technik in richtiger Weise ausgebildet werde. Kein Meister falle vom Himmel. Er habe sich von hervorragenden Meistern sagen lassen, daß die Ausbildung in der Technik eine der ersten Hauptbedingungen für jeden Künstler sei. Diese Technik sei in Königsberg in schöner Weise ausgebildet worden. Was er hier gesehen, habe ihn sehr befriedigt, sowohl die Denkmäler außen in der Stadt als die Gemälde im Innern der Gebäude. In seiner eigenen Dienstwohnung seien hervorragende Kunstwerke vorhanden. Für diese sage er den Verfertigern seinen besten Dank. Auch in Insterburg habe er bei seinem neulichen Besuche in der Aula des dortigen Gymnasiums vortreffliche Kunstwerke kennen gelernt, die ihm nicht bloß in der Ausführung sondern auch in der Idee besonders gefallen hätten. Er könne, um es noch einmal zu betonen, der Richtung, welche die Akademie eingeschlagen, nur seinen vollen Beifall zollen. Er danke den Lehrern für das, was sie bisher geleistet. Die hiesige Akademie sei gerade zur richtigen Zeit gegründet worden und käme nun gerade in die richtige Bewegung hinein. Die Akademie habe die Genugthuung, auf viele Meister, die aus ihr hervorgegangen, zurückblicken zu können, und er wünsche, daß das auch ferner so sein möge. In ein kräftig aufgenommenes Vivat, crescat, floreat die Akademie klang die gehaltvolle Rede aus. Später toastete Graf Bismarck noch einmal

auf die Zukunft, auf die heranwachsende Künstlergeneration, mit dem Wunsche, daß auch aus ihr mancher tüchtige Meister erstehen möge, der Akademie und der Provinz Ostpreußen zur Ehre und zur Zierde.

Am 17. Januar 1896 eröffnete der Oberpräsident als Königlicher Kommissär den XX. Provinziallandtag der Provinz Ostpreußen mit einer längeren Rede, in welcher er das Arbeitsfeld überblickte, das der provinziellen parlamentarischen Körperschaft harrte. Mehr erweckt unser Interesse sein Toast bei Gelegenheit des an demselben Tage den Mitgliedern des Landtags gegebenen Festmahls. Er, der Oberpräsident, sei noch neu im Amt, und es sei ihm daher bis jetzt nicht möglich gewesen, seine Besuche in der Provinz so weit auszudehnen, wie ihm dies wünschenswert sei; dort aber, wo er erschienen, sei er überall mit großer Herzlichkeit aufgenommen, und er erwidere dies Gefühl aufs herzlichste. Er selbst fühle sich ganz als ein Kind des Ostens, ihm sei die Provinz Ostpreußen daher sozusagen wie aus der Kindheit vertraut, und was er hier sehe und beobachte, selbst die Schattenseiten, berühren ihn sympathisch. Der Einfluß eines Oberpräsidenten sei nicht so mächtig und reiche nicht so weit, um alle die Wünsche befriedigen zu können, die laut würden, aber eins wolle er sagen: er werde stets für jeden ein offenes Ohr haben und für die Provinz thun, was irgend nur in seinen Kräften stehe. Manches sei ja auch für diese geschehen, Geld für Meliorationen sei bewilligt, es sei nur notwendig, mit diesen Mitteln alles vorsichtig einzuleiten und zu verfolgen. Im übrigen sei es ja leider wahr, Ostpreußen sei arm; allein gegenüber dem Westen hätten die Bewohner dieser Provinz doch eins voraus: die innere Kraft, das Bewußtsein dieser Kraft, die Freude an der Arbeit. Drum möge man den Westen nur auf seinem Reichtum brüten lassen und getrost vorwärtsstreben. Demnächst gemahnte der Redner mit warmen Worten an die 25jährige Gedenkfeier der Wiederaufrichtung des Reichs. „Wir Preußen sind in der glücklichen Lage, die Bedeutung dieser Tage besonders würdigen zu können; wir haben einen König, der für uns gleichzeitig den Reichsgedanken repräsentirt. In der Liebe zu diesem König finden wir uns alle vereint, ihm gilt — und mächtig schwoll die Stimme hier an und ging laut und klar durch den Saal — unser Glas: der König und Kaiser lebe hoch!“

Mit jubelndem Zuruf thaten die Festteilnehmer dem Redner Bescheid. Graf Bismarck zeigte sich an diesem Tage als ein gewiegter, und was mehr sagen will, als ein sehr sympathischer Redner. Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ faßte ihr Urteil über ihn wie folgt zusammen: „Offenbar spricht er ohne Vorbereitung, um so wärmer und unmittelbarer berührt das, was er sagt, berührt das Spontane, das Offene in seiner Redeweise. Als er auf die 25jährige Gedenkfeier zu sprechen kam, wurde sein Ton warm und wärmer, und warm und wärmer mag auch manchem der Anwesenden ums Herz

geworden sein in der Empfindung, in diesem Augenblicke dem Sohne des Mannes gegenüberzustehen, der das Deutsche Reich zusammengeschmiedet hat. Ueberhaupt: die Erinnerung an den Altreichskanzler wurde man den Abend über nicht recht los. Unser Oberpräsident hat in seiner Erscheinung gar viel von ihm, vor allem das große, klar und offen blickende Auge. Auch sah man hier und dort, auf den Kaminen und Tischen, Bilder des Fürsten, und so wurde man immer wieder an den gemahnt, dem das Gedenken nur zu gern sich zuwendet."

Das Festmahl nahm nach der Rede des Grafen seinen weiteren behaglichen Verlauf. Es war bisher Sitte, daß bei diesen Festen nur der Oberpräsident als Vertreter des Königs das Wort nahm. Man war daher überrascht, und sehr angenehm überrascht, als sich nach der Rede des Grafen Bismarck der Vorsitzende des Provinziallandtages, Graf Eulenburg-Praffen, zu einer kurzen Ansprache erhob. Man dürfe wohl von der Sitte abweichen, wenn es sich um Abschied und Willkommengruß handle. Er, der Redner, sei heute in der Lage, dem neuen Oberpräsidenten einen Willkommengruß darzubringen. Wie Graf Bismarck der Provinz offen und sympathisch entgegentrete, so erwecke er auch deren Sympathie. Er wünsche, daß dem verehrten Provinzchef eine noch recht lange Wirksamkeit in dieser Provinz vergönnt sei. Dem Grafen und der Frau Gräfin gelte sein Hoch! Allerliebst war ein kleines Intermezzo, wie es in diesen Räumen bei derartigen Festen noch nicht vorgekommen. Plötzlich erschienen zwei kleine Damen, die jungen Komtessen Bismarck, von langem Blondhaar umwallt, gar niedlich anzuschauen in ihren weißen Kleidern und rosa Schärpen.

Von seiner Frau waren ihm bis dahin drei Kinder geschenkt worden. Hertha Johanna Marie, geboren 10. Mai 1886 zu Hanau, Irene Ottilie Malvine Marie, geboren 7. März 1888 zu Hanau, und Dorothee Sibylle Katharina, geboren 9. Dezember 1892 zu Hannover. Am 26. Mai 1896 wurde er auch durch die Geburt eines Sohnes, Wilhelm Nikolaus Otto Oskar, des ersten Enkels des Fürsten Bismarck, beglückt. [1])

Die Stellung eines Oberpräsidenten ist in Preußen nicht dazu geeignet, um politische Programmreden zu halten. Um so mehr ist die Kunst anzuerkennen, mit welcher Graf Bismarck es bei öffentlichen Anlässen verstand, seine eigenen Ansichten hell durchschimmern zu lassen, ohne dadurch mit den politischen Traditionen zu brechen.

Am 4. Mai 1896 fand die konstituirende Sitzung der auf Grund des Gesetzes vom 30. Juni 1894 einberufenen Landwirtschaftskammer für die

[1]) Am 25. Januar 1896 schloß der Oberpräsident den Landtag mit einer kurzen, rein geschäftlichen Ansprache.

Provinz Ostpreußen statt. Die Sitzung wurde durch den Oberpräsidialrat Dr. Maubach unter Verlesung des folgenden Anschreibens des Oberpräsidenten Grafen v. Bismarck eröffnet:

Königsberg, den 4. Mai 1896.

Geehrte Herren!

Ein längeres Krankenlager hindert mich, Sie persönlich zu begrüßen, und das ist mir um so schmerzlicher, als der erste Zusammentritt Ihrer neu gegründeten Körperschaft in dieser hauptsächlich Landwirtschaft treibenden Provinz von besonderer Bedeutung ist. Sie wissen, daß Ihre Provinzialvertretung sich seinerzeit nicht ohne Widerstreben für die Einrichtung einer ostpreußischen Landwirtschaftskammer ausgesprochen hat, weil besorgt wurde, daß die Thätigkeit der nicht nur durch eine Ueberlieferung von Jahrzehnten, sondern namentlich durch positive praktische Leistungen bewährten und im Vertrauen der Bevölkerung stehenden beiden Zentralvereine Eintrag erleiden könnte. Es wird aber die Hoffnung nicht unberechtigt sein, daß diese Besorgnis sich als grundlos erweist, und daß selbst die früheren Anhänger einer ausschließlichen Wirksamkeit der Zentralvereine finden werden, daß sich der Landwirtschaftskammer ein ersprießliches Feld der Thätigkeit auch neben den Zentralvereinen zum Nutzen der Landwirtschaft bietet. Dieses Feld ist in dem Gesetze abgegrenzt, und es wird nicht erforderlich sein, dessen Bestimmungen zu wiederholen. Sie ergeben zur Genüge den Fortschritt gegen den bisherigen Zustand. Wenn auch die Königliche Staatsregierung schon bisher einen ausgiebigen Gebrauch von den Kenntnissen und der Arbeitskraft der Zentralvereine gemacht und sie in allgemeinen wie in speziellen landwirtschaftlichen Fragen um Auskunft ersucht hat, so wird zweifellos die Aeußerung einer auf Gesetz beruhenden amtlichen Vertretung einen anderen Widerhall finden, als solche einer privaten auch noch so anerkannten und von der Regierung begünstigten Vereinigung. Erschwerend wirkte bisher die hier vorhandene Zweiteilung der Vereine, welche zwar nicht notwendig gegensätzliche Stellungnahmen zeitigte, indessen unmöglich machte, daß die ostpreußische Landwirtschaft als geschlossenes Ganzes auftrat. Wie in den Zentralvereinen seit den letzten Jahren das Interesse an der Behandlung technischer Fragen der Neigung zu politischen Erörterungen vielfach gewichen ist, so wird die Landwirtschaftskammer den allgemeinen und wirtschaftspolitischen Angelegenheiten eine noch erhöhte Betonung und eingehendere stärkere Pflege zu teil werden lassen. Die Verhandlungen der Kammer werden dadurch eine lebhaftere und thätigere Anteilnahme der Mitglieder erzielen und zur Klärung der Ansichten über mannigfache Streitpunkte führen, weil sie zugleich den Mitgliedern ein fleißiges Studium und gründliches Verarbeiten der vorkommenden Stoffe auferlegen und einen durch den anderen belehren werden. Manche Stimme, die jetzt nutzlos im kleinen Kreise verhallt, wird zur Geltung kommen und ein Forum geschaffen werden für provinzielle Beschwerden und Wünsche

aller Art, welche sich zur Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften des Reichs oder der Monarchie nicht eignen und jedenfalls hier ihre Vorbereitung zu weiterer Behandlung erfahren können.

Die Zweiteilung der Vereine hat den Vorteil gehabt, daß die Vereinsthätigkeit sich den lokalen Bedürfnissen der beiden Provinzialhälften anzupassen und die Interessen der einzelnen Landesteile mit eingehender Sach- und Landeskunde zu fördern vermochte. Dem gegenüberstehenden Nachteil aber, daß diese beiden Hälften sich dadurch ferner geblieben sind und ihre Angehörigen sich persönlich wenig kennen gelernt haben, wird die Landwirtschaftskammer ebenfalls abhelfen, indem sie die landwirtschaftlichen Vertreter der ganzen Provinz, welche in anerkannter Tüchtigkeit zahlreich vorhanden sind, einander nähert und schon dadurch den Geist der Zusammengehörigkeit sowie das Gefühl der Solidarität der Interessen kräftigt. Bei der augenblicklich bedrängten Lage der gesamten Landwirtschaft ist Einigkeit und geschlossenes Vorgehen auch in den einzelnen Provinzen von hohem Werte und wird dazu führen, daß die dringend notwendigen Mittel zur Abhilfe des Notstandes, sobald sie sich als gangbar erwiesen haben, schneller zur Verwirklichung gelangen.

Die Gegenstände Ihrer ersten Tagesordnung, welche ich mir erlaubt habe Ihnen vorzuschlagen, ergeben sich aus dem Gesetze und aus den vorgeschriebenen Satzungen. Die wichtigste Frage, welche außerdem Ihrer Beschlußfassung harrt, ist das zukünftige Verhältnis der Landwirtschaftskammer zu den beiden Zentralvereinen, und ich bin sicher, daß es ihrer Sachkunde und Weisheit gelingen wird, eine allseitig befriedigende Entscheidung zu treffen, welcher vorzugreifen mir fern liegt. Noch anderweite Vorlagen der Königlichen Staatsregierung werden Ihnen im Laufe der Beratung zugehen.

Ich bitte Sie, geehrte Herren, einzutreten in den Kreis Ihrer Beratungen, indem Sie der Erwartungen eingedenk sind, welche die ostpreußischen Landwirte von Ihnen hegen. — Sie werden das Vertrauen Ihrer Berufsgenossen zu der neuen Einrichtung bald dauernd erwecken, wenn Sie sich Ihren Aufträgen mit dem Eifer und der Hingebung widmen, welche der wichtigste Erwerbszweig unserer Provinz erfordert.

Am 19. Februar 1897 eröffnete Graf Bismarck den XXI. ostpreußischen Provinziallandtag mit der üblichen Programmrede, und am Nachmittag versammelte er wiederum die Mitglieder desselben zu einem Festmahle. Im Laufe seines Toastes bemerkte der Oberpräsident, das letztemal habe er sich entschuldigen müssen, daß er wegen der Kürze der Zeit noch nicht alle Kreise habe persönlich kennen lernen können; jetzt habe er das Versäumte nachgeholt, soweit langes Kranksein dies ermöglicht habe, und er könne sagen, daß er die meisten Kreise besucht habe. Das sei für ihn sehr lehrreich gewesen. Ueberall habe er ein eifriges Streben gefunden. Dies Streben würde sich allerdings

noch viel wirksamer erweisen, wenn die Bewohner der Provinz sich entschließen könnten, ihre politische Gesinnung nicht so sehr in den Vordergrund ihres Wirkens zu stellen und dadurch nicht selten sogar die geselligen Beziehungen zu stören.

Und bei dem Diner, welches zwei Tage darauf, am 21. Februar 1897, die Abgeordneten des Provinziallandtages dem Oberpräsidenten gaben, antwortete derselbe in längerer Rede auf eine Begrüßung durch den Landrat v. Hüllessem: Es sei richtig, daß er, Graf Bismarck, in Königsberg für seine Person und für seine Familie während der Zeit seines bisherigen Aufenthaltes nur Glück gefunden habe. „Es wird nach wie vor mein Bestreben sein, die Provinz und ihre Bewohner gründlich kennen zu lernen, aber auch von ihnen kennen gelernt zu werden. Die nähere gegenseitige Bekanntschaft ist durchaus erforderlich, sie wird hoffentlich zu meist erfreulichen Ergebnissen führen. Indessen, es kann auch mal anders kommen. Daß ich noch nicht genügend gekannt werde, haben mir Vorgänge des letzten Jahres gezeigt. Es ist eine alte Regel, daß Leute, die jemand nicht wohl wollen — und die wird es immer in ausreichender Anzahl geben —, ihm für sein Verhalten gerade diejenigen Beweggründe unterzulegen suchen, die er nicht gehabt hat und die seinem Charakter völlig widerstreben. Darüber rege ich mich nicht weiter auf, weil ich es aus alter Praxis kenne, weil ich, lange schon im öffentlichen Leben stehend, daran gewöhnt bin. Befremdlicher ist es, wenn solche Versuche bei Personen Glauben finden, von denen man annimmt, gekannt zu sein, und die sich ohne schwieriges Nachdenken die Grundlosigkeit jener Versuche klar machen und ihren Zweck durchschauen könnten. Sollten trotzdem einmal Zweifel obwalten, so empfehle ich die persönliche Aussprache. Allzeit bin ich für jedermann zu sprechen und nur geneigt, eine Ausnahme zu machen bei Besuchern, die aus allen Instanzen wohlbegründete schriftliche Bescheide erhalten haben und nun von der mächtigen Wirkung ihrer Persönlichkeit noch eine Aenderung erhoffen, zu der ich selbst gar nicht befugt bin. Ich bin überzeugt, daß ich mit allen Eingesessenen dieser Provinz, die die Grundlagen unserer Staatseinrichtungen anerkennen, amtlich auf einem guten Fuße leben kann und auch persönlich, soweit Gegenseitigkeit gewährleistet wird.

Mein Augenmerk ist auf das Wohl der Provinz gerichtet. Daß sich dabei Meinungsverschiedenheiten über die zu beschreitenden Wege ergeben, ist natürlich. Das muß von keiner Seite übelgenommen werden. Ich habe mir schon im vorigen Jahre erlaubt, Ihnen vorzuhalten, wie mannigfaltig die Ansichten sind über die Maßnahmen, mit denen der Provinz gedient werden kann. Auf dem einen oder dem anderen Gebiete werden sich doch die anfänglichen Uneinigkeiten mit der Zeit zu Einigkeiten entwickeln, und wir werden vorwärts kommen. Was brauchbar ist, wird schließlich von der Mehrheit als solches anerkannt und gefördert werden. Dafür birgt mir der praktische Sinn der Ostpreußen.

Es kann dabei allerdings vorkommen, daß nützliche Maßregeln langsamer zur Durchführung gelangen als notwendig ist, aber das ist sicherer als Ueberstürzung.

Die Provinz leidet unter ihrer geographischen Lage zu dem weiteren Vaterlande, der Globus ist nicht zu ändern, und dieser Uebelstand läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Wie er zu mildern ist, darüber giebt es verschiedene Auffassungen, die zu erörtern hier nicht der Platz ist. Alle Maßregeln, auch anscheinend unbedeutende, müssen mit einem Ausgleiche von Interessen rechnen, der immer schwieriger ist, als geglaubt wird. Ich brauche nur auf die Hindernisse zu verweisen, welche sich zum Beispiel dem Ausbau bereits bewilligter Staatseisenbahnen entgegenstellen, Einrichtungen, die heute im allgemeinen wohl auf keine starke Opposition stoßen.

Daß die Königliche Staatsregierung von Wohlwollen für die Provinz geleitet wird, haben Sie neuerlich bei verschiedenen Anlässen erfahren, und daß sich über diese bethätigte Gesinnung keiner mehr freut und keiner sie mehr zu kräftigen sucht als ich, werden Sie mir glauben. Unterstützen Sie mich weiter mit Ihrem ehrenvollen Rate und mit Ihrem thatkräftigen Beistande, für deren bisherige Gewährung ich Ihnen zu Danke verpflichtet bin. Das schöne Ostpreußen und seine Bewohner mögen gedeihen und blühen. Erheben Sie Ihre Gläser und trinken Sie mit mir auf das Wohl der Provinz."

Die „Königsberger Allgemeine Zeitung" Nr. 90 vom 23. Februar 1897 bemerkte bei Wiedergabe dieser Rede: „Es ist nicht zu verkennen, daß der Oberpräsident Graf v. Bismarck, nachdem er Zeit und Gelegenheit gefunden, sich mit den Verhältnissen unserer Provinz, mit den Eigentümlichkeiten, den Bedürfnissen und Stimmungen ihrer Bewohner bekannt zu machen, manches beobachtet hat, was ihm als dem Verwaltungschef der Provinz Anlaß zu Bedenken giebt. Um volkstümlich zu reden: der Oberpräsident hat offenbar den Vertretern der Provinz gegenüber ‚mancherlei auf dem Herzen', was jetzt nach Ausdruck strebt. Auf dem ersten Festessen bereits, welches Graf v. Bismarck dem Landtage am Freitag gab, sprach derselbe leise andeutend seine Mißbilligung darüber aus, daß in unserer Provinz die politische Haltung der einzelnen sich viel zu sehr in die kommunalen, ja sogar in die gesellschaftlichen Beziehungen mische — ein Vorwurf, von dem wir nur wünschen können, daß er allseitig recht beherzigt werden möge.

Da wir dieser zweiten, in ihrem Eingange immerhin recht auffallenden Rede des Oberpräsidenten gegenüber die Empfindung haben, daß sie öffentliche Interessen der Provinz berührt — denn sonst hätte er sie an dieser Stelle schwerlich gehalten —, so haben wir es für unsere publizistische Pflicht gehalten, nachzuforschen, auf welche konkreten Vorgänge sich seine Betrachtungen beziehen. Denn offenbar handelt es sich hier nicht um allgemeine Stimmungen und Verstimmungen, sondern um thatsächliche Begebenheiten. Leider aber haben wir

nicht in Erfahrung bringen können, was den Herrn Oberpräsidenten zu der Annahme bringen kann, seine Absichten würden in der Provinz hier und da verkannt. Wir können also nur mit dem berühmten Sabor sagen: Es geht etwas vor, man weiß nur nicht was."

An den Beratungen des XXI. Provinziallandtags nahm der Oberpräsident lebhaften Anteil, und er griff persönlich in die Diskussion ein (22. Februar 1897), als es sich darum handelte, die Entschädigungspflicht für an Milzbrand gefallenes Vieh festzustellen.[1])

Am 6. März 1897 war es dem Oberpräsidenten zum erstenmal möglich, die Landwirtschaftskammer der Provinz Ostpreußen persönlich zu eröffnen. „Ich habe" — so bemerkte er bei der Begrüßungsrede — „seit Ihrer ersten Tagung mit Ihrem Vorstande rege Fühlung gehalten und mit Freuden und Befriedigung festgestellt, daß sich die bei der Konstituirung der Landwirtschaftskammer gehegten Hoffnungen vollkommen erfüllt haben, daß es gelungen ist, der neuen Einrichtung Boden und Ansehen bei der Provinzialbevölkerung wie bei den Behörden zu schaffen. Eine Fülle von Anregungen ist aus Ihrem Vorstande hervorgegangen und als schätzbares Material der Königlichen Staatsregierung unterbreitet worden." — Der Vorstand möge auch fernerhin mit der Königlichen Staatsregierung, gewissermaßen wie mit einem Auftraggeber, in lebendiger Fühlung bleiben, um wie einst Antäus aus der Berührung mit der Mutter Erde neue Kräfte zu schöpfen. Nicht als ob der Vorstand einer Auffrischung bedürfe. Mit Recht habe schon der Vorsitzende hervorgehoben, daß die anfänglichen Zweifel gegen die Organisation der Landwirtschaftskammern völlig geschwunden seien. In kurzer Zeit habe die Landwirtschaftskammer sich Ansehen in der Provinz zu erwerben gewußt. Unter einem für die Landwirtschaft guten Zeichen beginne die Kammer diesmal ihre Thätigkeit. Er denke hier nicht an die landwirtschaftliche Woche in Berlin, sondern an die landwirtschaftliche Woche in Königsberg, d. h. an den Besuch des landwirtschaftlichen Kursus. Möge die ostpreußische Landwirtschaft stets in enger Berührung mit der Alma mater, dem Born der Weisheit, bleiben. Für die ganze Provinz sei die Landwirtschaft ein hervorragender Faktor, sie habe somit ein hervorragendes Recht, an ihren Brüsten zu saugen. Das Studium sei nicht an das Alter gebunden; auch an diese Stelle sei man nur zum Studium, zum gegenseitigen Unterricht gekommen. So wünsche er denn, daß diese Beratungen der Landwirtschaftskammer zum Wohle der Provinz und ganz besonders zum Wohle der Landwirtschaft der Provinz ausschlagen mögen!

---

[1]) Der Schluß der Tagung erfolgte am 25. Februar 1897 durch eine rein geschäftliche Ansprache des Oberpräsidenten.

Am 25. Februar 1898 eröffnete Graf Bismarck den XXII. Provinziallandtag der Provinz Ostpreußen mit einem Ueberblick über die Vorlage, welche die Staatsregierung seiner Beschlußfassung zu unterbreiten gedacht, und versammelte auch dieses Mal nachmittags die Mitglieder der Körperschaft zum Festmahle in den Räumen des Oberpräsidiums. Bei Ausbringung des Kaisertoastes erinnerte der Oberpräsident daran, wie es sich getroffen, „daß in den beiden letzten Jahren, die wir hier getagt haben, wir unter dem Eindruck gefeierter und zu feiernder vaterländischer Feste standen, welche der Erinnerung an glorreiche Zeiten galten und unsere Herzen besonders höher schlagen ließen. Wohl ist es nicht nur angenehm, sondern auch nützlich, sich patriotischem Schwunge hinzugeben und sich der Wiedergeburt unseres Vaterlandes zu freuen, aber wir sind auch verpflichtet, Ausblick in seine Zukunft zu halten und in der Gegenwart für sie zu sorgen. Da darf ich auf die bevorstehenden Wahlen zu den parlamentarischen Körperschaften hinweisen. Nachdem das Verlangen der Deutschen nach einem geeinigten Vaterlande erfüllt worden ist und das Ideal, welches sie erstrebten, gesichert dasteht, erscheint es natürlich, daß jetzt bei der Wahl das materielle Interesse sich mehr in den Vordergrund schiebt. Das ist auch kein Unglück, denn die Wahlen sind der Boden, auf welchem die streitenden Interessen sich auszugleichen haben. Mag ein jeder sich dabei nach seinen Kräften zur Geltung bringen. Nur darf ich Sie bitten, die Hitze nicht so weit zur Aeußerung zu bringen, daß ein späteres Wiederzusammenkommen zur Unmöglichkeit wird. Und vergessen Sie nicht, daß es einen Rahmen giebt, aus dem man, wenn man seine Bestrebungen geltend macht, niemals heraustreten soll: das ist unser gemeinsames Vaterland. Mag ein jeder um den Platz kämpfen, den er in demselben beansprucht. Denjenigen aber, die es verleugnen, sollen alle Vaterlandsfreunde in geschlossener Front entgegentreten. Das Vaterland ist der Edelstein, der über allen Tagesstreit in hellem, ungetrübtem Glanze erstrahlen muß.

Jede ehrliche Arbeit hat Anspruch anf Schutz und Förderung, ob sie in Landwirtschaft, in Industrie, in Handel oder im Handwerk vor sich geht; und wenn die Interessen verschiedener Gruppen sich zu kreuzen scheinen, so muß der Streit in dem Augenblick vergessen werden, wo ein gemeinsamer Feind auftritt, der die Grundpfeiler unseres Vaterlandes und unserer Gesittung stürzen will.

Seine Majestät der Kaiser hat die deutschen Stämme aufgerufen zum Schutze der nationalen Arbeit und zum Kampfe gegen die Umsturzbestrebungen. Hier winkt dem Kämpfenden ein Ideal, das sich heraushebt aus dem Streit um wirtschaftliche Vorteile, das ist das Ideal der bürgerlichen Freiheit, wie sie nur von einer weisen und starken Monarchie gewährleistet werden kann.“

In der 6. Plenarsitzung des XXII. Provinziallandtags der Provinz Ostpreußen am 2. März 1898 stand zur Beratung die Vorlage, betreffend die Bewilligung einer Beihilfe von 200 000 Mark aus Provinzialfonds zu den Grunderwerbskosten für den Masurischen Schiffahrtskanal.

Nach dem Abgeordneten v. Jungschulz ergriff der Oberpräsident Graf Bismarck zweimal das Wort. Er habe eigentlich den Worten des Herrn Referenten nicht viel hinzuzufügen. „In einer vortrefflichen Darstellung hat derselbe die Vorteile des Kanals dargelegt und die Einwände entkräftigt, die gegen den Kanal vorgebracht sind. Als ich vorhin die Herren sprechen hörte, die sich gegen den Antrag wendeten, da machte es auf mich den Eindruck, als ob Sie hier im preußischen Landtage sprächen. Als ob es sich heute hier darum handelte, den Kanal schon zu erbauen. Dieser Gesichtspunkt ist kein richtiger. Es handelt sich heute lediglich darum, zu sagen: Ist uns dieser so viel hin und her besprochene Kanal im jetzigen Augenblicke 200 000 Mark wert? Zweimalhunderttausend Mark, das heißt also einen jährlichen Zuschuß von circa 7000 Mark, so viel, als Sie zum Beispiel der physikalisch-ökonomischen Gesellschaft alljährlich als Zuschuß bewilligen. (Hört! hört!) Sie müssen den Standpunkt der Königlichen Staatsregierung im Auge halten. Die Königliche Staatsregierung sucht der Provinz Ostpreußen zu helfen. Sie hat Bahnen gebaut, und sie hat jetzt diesen Kanal in Bearbeitung genommen. Große Schwierigkeiten stehen hier entgegen. Seit zwei Jahren ist ein Bureau thätig, in welchem die technischen Gutachten nach allen Gesichtspunkten angefertigt und geprüft werden. Nun verlangt die Königliche Staatsregierung nur eine kleine Antwort, ob den Herren hier, welche das Interesse der gesamten Provinz vertreten, der Kanal etwas wert sei. Ich hatte eigentlich erwartet, daß sich vielleicht eine starke sachliche Opposition regen werde, daß behauptet und zu erweisen gesucht würde, der Kanal sei schädlich. Ich habe erwartet, Sie würden verschiedene Bedenken entwickeln und so zu dem Resultate kommen, daß der Kanal wohl gewisse Vorteile für gewisse Leute habe, die Nachteile aber so gewaltige seien, daß Sie nicht die Hand dazu bieten wollen. Den Antrag des Abgeordneten v. Jungschulz [1]) aber könnte ich nur begreifen, wenn es sich heute schon darum handelte, daß der Landtag hier 20 Millionen bewilligen solle. Dann könnte man den Einwand stellen, die Vorbereitungen seien nicht genügend. Sie sollen ja aber doch nur 200 000 Mark zu den Grunderwerbs-

---

[1]) Derselbe ging dahin: „Provinziallandtag wolle unter Anerkennung der erheblichen Vorteile, die der Kanal einzelnen Teilen der Provinz zu verschaffen geeignet erscheint, beschließen:

Von dem Beschlusse, betreffend eine Subvention seitens der Provinz, bis zur nächsten Tagung des Provinziallandtags Abstand zu nehmen, da die Unterlagen für die Subvention zu den Grunderwerbskosten zurzeit durchaus mangelhaft und ungenau sind."

kosten bewilligen, und dieser Summe gegenüber ist es gar nicht von Interesse, ob die bisher angestellten Berechnungen auch wirklich auf Heller und Pfennig stimmen. Es ist eine Redensart, zu behaupten, daß Sie zu A später auch B sagen müßten. Treten später weitere Forderungen an Sie heran, dann bleibt Ihrer Hand die Entscheidung überlassen. Es ist wiederholt die Rede davon gewesen, daß man lieber Nebenbahnen haben wolle als den Kanal. Das steht doch heute gar nicht in Frage. Die Königliche Staatsregierung baut so viel Bahnen, als sie nur kann. Wenn das nicht schnell genug geht, so liegt das meiner Meinung nach an den Kreisen. Was mir da oft für Schwierigkeiten begegnen, ahnen Sie nicht. Jeder will da oft am liebsten, daß ihm die Bahn bis vor seinen Hof gebaut wird. Es dauert gewöhnlich 4 bis 6 Jahre, bis die Frage des Grunderwerbs geregelt ist. Gesetzlich sind nun einmal Grund und Boden herzugeben. Ich möchte Ihnen allen bei dieser Gelegenheit ans Herz legen, in Ihren Kreisen dafür zu wirken, daß sich die beteiligten Interessenten schneller einigen.

Nachteile des Kanals sind heute nicht vorgebracht, die Vorteile hat der Referent schon erwähnt. Es sind: die Melioration, die Schiffahrt, die Entwicklung der elektrischen Kräfte. Das Ihnen im Druck zugegangene Gutachten hierüber stammt von einem gewiegten Ingenieur und hat in mir den Eindruck verstärkt, den ich schon lange von der Entwicklung der elektrischen Kräfte gehabt habe. Wenn auch nur 6000 Pferdekräfte sozusagen umsonst hier zu gewinnen sind, so ist das ein Kapital, das zu erwerben die Provinz sich dazu halten sollte. Der ohne Berechtigung als Beispiel herangezogene Oberländische Kanal war ein Experiment, es war ein Anfang und in technischer Hinsicht vielleicht verfehlt. Es wäre sehr bedauerlich, wenn Sie heute das für die Provinz so ergiebige Unternehmen scheitern lassen wollten. Den möglicherweise eintretenden Nachteilen des Kanals habe ich ein aufmerksames Auge zugewendet. Es ist ja gar keine Frage, daß durch die Wasserentnahme und Trockenlegung auf der einen Seite die Möglichkeit der Versumpfung auf der anderen Seite eintreten kann. Aber nach den neuen Projekten sollen ja nur sechs statt zwölf Kubikmeter entnommen werden, die Gefahr wird dadurch also verringert. Wie man weiter darin noch helfen kann, das wollen wir der Fürsorge der Instanzen überlassen. Ich möchte Sie bitten, die Vorlage nicht an den Provinzial-Ausschuß zurückzugeben, denn ich fürchte: so kommt es nie dazu. Die Stadt Königsberg ist ja schon in dankenswerter Weise vorgegangen, sie hat gar nicht gefragt, ob Unterlagen da sind, sie hat einfach gesagt: wenn gebaut werden wird, dann sind wir zur Hergabe von 100 000 Mark bereit. Wenn Sie heute die geforderte Summe bewilligen, dann erleichtern Sie der Königlichen Regierung ihre Aufgabe, mit dem Bau des Kanals vor den Landtag zu treten."

In namentlicher Abstimmung wurde darauf die Summe von

200 000 Mark zu den Grunderwerbskosten für den Masurischen Seekanal bewilligt.

Bei Eröffnung der Landwirtschaftskammer für die Provinz Ostpreußen am 9. März 1898 sprach der Oberpräsident Graf Bismarck derselben die lebhafte Anerkennung für ihre Thätigkeit aus. „Sie selbst werden die Ueberzeugung mitgebracht haben, daß in der Provinz und in den Kreisen Ihrer Berufsgenossen das Ansehen der Körperschaft mehr und mehr im Steigen begriffen ist, und daß sie entschieden für die Kreise der Landwirtschaft in Preußen eine populäre Einrichtung ist, die Anerkennung findet in anderen Provinzen, die einer Landwirtschaftskammer bisher entbehren, die aber doch jetzt in Erwägungen darüber eingetreten sind, ob sie auch eine solche Behörde einrichten sollen. Gerade im Zusammentagen der Vertreter der einzelnen Landwirtschaftskammern sind die Kammern geeignet, eine wertvolle Gesamtvertretung der Landwirtschaft der ganzen Monarchie zu schaffen. In anderen Kreisen, welche nicht zu Ihren Berufsgenossen gehören, hat sie Entgegenkommen und Anerkennung gefunden, wie zum Beispiel hier in den Börsenkreisen, wo es ermöglicht worden ist, daß die Vertreter der Landwirtschaftskammer in ordnungsmäßiger, gesetzmäßiger Form an der Feststellung der Preise und sonstigen gesetzlichen Befugnissen beteiligt sind. Diese Lage ist ein schöner Lohn für Ihre Thätigkeit und ein neuer Beweis dafür, daß Sie sich auf dem richtigen Wege befinden mit der ganzen Richtung, die Ihre Thätigkeit nimmt. Ich kann beim Beginn Ihrer Beratungen nichts Besseres wünschen, als daß Sie auf dem Wege fortfahren, daß Ihre Beschlüsse und Versammlungen nicht nur zum Segen der Provinz Ostpreußen, sondern der ganzen deutschen Landwirtschaft gereichen werden. [1])

Bei der im März 1897 in Königsberg i. Pr. abgehaltenen Centenarfeier ereignete es sich, daß Graf Bismarck dem Oberbürgermeister Hoffmann, welcher bei der Denkmalseinweihung die Festrede zu halten hatte und bei Begrüßung des Oberpräsidenten demselben die Hand entgegenreichte, in Gegenwart der Behörden und der ganzen Festversammlung den Händedruck verweigerte.

Ob dieses Vorganges, der in der Presse viel Staub aufwirbelte, [2]) wandte sich der Oberbürgermeister an den Minister des Innern, als den Vorgesetzten

[1]) Auf einem am 3. März 1898 vom Akademisch-landwirtschaftlichen Verein zu Ehren der Kursusnehmer veranstalteten großen Festkommers hatte der Herr Oberpräsident, dem das Präsidium übertragen worden war, eine längere Rede gehalten, die in ein Hoch auf die Landwirtschaft ausklang.

[2]) Eine nähere Würdigung dieses Vorkommnisses findet man in der „Volkszeitung“ Nr. 146 vom 27. März 1897, Nr. 158 vom 3. April 1897 und Nr. 182 vom

des Oberpräsidenten, um eine Art Genugthuung zu erlangen. Nach einiger Zeit wußte der „Ostpreußische General-Anzeiger“ zu melden, daß der Bescheid gelautet habe, ein Eingreifen des Ministers sei nicht begründet, da der Oberbürgermeister hätte abwarten müssen, ob der Oberpräsident als der dem Range nach Höhere ihm die Hand reichen würde. Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ setzte dieser Nachricht ein entschiedenes Dementi entgegen, aber eine Berichtigung im „General-Anzeiger“ erfolgte nicht. Im April 1898 fragte nun in der Stadtverordnetenversammlung von Königsberg ein neugieriges Mitglied an, was auf die Beschwerde des Oberbürgermeisters erfolgt sei. Bürgermeister Brinkmann erwiderte, seines Wissens sei ein Bescheid darauf nicht ergangen. Darauf wurde die nachstehende Resolution angenommen: „Die Stadtverordnetenversammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß in der die gesamte Stadt angehenden Angelegenheit des Verhaltens des Herrn Oberpräsidenten gegenüber dem Herrn Oberbürgermeister die Königliche Staatsregierung sich nicht veranlaßt gefühlt hat, die der Stadt Königsberg angethane Kränkung durch eine Mißbilligung jenes Verhaltens zu sühnen.“ Während der Erörterungen stellte sich heraus, daß eine formelle Beschwerde seinerzeit an den Minister nicht gerichtet worden war, sondern daß Herr Oberbürgermeister Hoffmann diesem nur in einer Eingabe von dem Vorfalle Kenntnis gegeben hatte in der Hoffnung, dieser werde die Mittel zu einem friedlichen Ausgleich finden und anwenden. In den Aeußerungen verschiedener Redner fand eine gewisse Mißstimmung darüber Ausdruck, daß nicht der Magistrat einen formellen Schritt gethan habe, um Remedur zu schaffen. Indessen, da es jetzt zu spät war, noch etwas Derartiges zu unternehmen, hielt es die Mehrheit der Versammlung für angebracht, vor allem ihrem Solidaritätsgefühl mit dem Oberbürgermeister Ausdruck zu geben. Daher fand nur die obige Resolution Annahme. Die Angelegenheit hatte damit ihre Erledigung gefunden.

Aus Anlaß des Ablebens des Fürsten Bismarck erließ Graf Wilhelm Bismarck folgende Danksagung:

Die vielen Beweise der Teilnahme, welche mir aus Anlaß des Hinscheidens meines Vaters zugegangen sind, haben mich tief bewegt, weil sie nicht nur die persönliche Anhänglichkeit an den Verewigten bekunden, sondern auch die treue Hingabe an sein Werk und die Gesinnungen, die er sein Leben lang hochgehalten und bethätigt hat. Wird mein Herz gehoben durch die große Zahl der Trauerbezeigungen und herrlichen Blumenspenden, so ist es mir doch nicht

20. April 1898; „Berliner Tageblatt“ Nr. 171 vom 3. April 1897 und Nr. 200 vom 21. April 1898; „Berliner Zeitung“ Nr. 109 vom 3. April 1897; „Königsberger Allgemeine Zeitung“ Nr. 160 vom 5. April 1897; „Deutsche Tageszeitung“ Nr. 184 vom 21. April 1898.

möglich, seinem Drange folgend, jedem einzelnen zu danken. Ich bitte alle Freunde, insbesondere die Angehörigen der meiner Verwaltung anvertrauten Provinz, deren Gemüter in diesen Tagen hierher gerichtet sind, dem Gefühle meiner innigen Dankbarkeit an dieser Stelle Ausdruck geben zu dürfen.

Graf Bismarck,
Oberpräsident.

Bismarcks Entlassungsgesuch.

Bismarcks Entlassungsgesuch.

An Seine Majestät den Kaiser.[1])

Berlin, den 18. März 1890.

Bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. M. haben Eure Majestät mir befohlen, den Ordre-Entwurf vorzulegen, durch welchen die Allerhöchste Ordre vom 8. September 1852, welche die Stellung eines Ministerpräsidenten seinen Kollegen gegenüber seither regelt, außer Geltung gesetzt werden soll. Ich gestatte mir über die Genesis und Bedeutung dieser Ordre nachstehende allerunterthänigste Darlegung. Für die Stellung eines „Präsidenten des Staatsministeriums“ war zur Zeit des absoluten Königtums kein Bedürfnis vorhanden, und es wurde zuerst auf dem Vereinigten Landtage von 1847 durch die damaligen liberalen Abgeordneten (Mevissen) auf das Bedürfnis hingewiesen, verfassungsmäßige Zustände durch Ernennung eines „Premierministers“ anzubahnen, dessen Aufgabe es sein würde, die Einheitlichkeit der Politik des verantwortlichen Gesamtministeriums zu übernehmen und herbeizuführen und die Verantwortung für die Gesamtergebnisse der Politik des Kabinets zu übernehmen. Mit dem Jahre 1848 trat diese konstitutionelle Gepflogenheit bei uns ins Leben, und wurden „Präsidenten des Staatsministeriums“ ernannt, wie Graf Arnim, Camphausen, Graf Brandenburg, Freiherr v. Manteuffel, Fürst von Hohenzollern, nicht für ein Ressort, sondern für die Gesamtpolitik des Kabinets, also der Gesamtheit der Ressorts. Die meisten dieser Herren hatten kein eigenes Ressort, sondern nur das Präsidium, so zuletzt vor meinem Eintritt der Fürst von Hohenzollern, der Minister v. Auerswald, der Prinz von Hohenlohe. Aber es lag ihnen ob, in dem Staatsministerium und dessen Beziehungen zum Monarchen diejenige Einigkeit und Stetigkeit zu erhalten, ohne welche eine ministerielle Verantwortlichkeit, wie sie das Wesen des Verfassungslebens bildet, nicht durchführbar ist. Das Verhältnis des Staatsministeriums

[1]) Der Wortlaut des Bismarckschen Entlassungsgesuchs ist sogleich nach Bismarcks Ableben im „Berliner Lokal-Anzeiger“ von Moritz Busch veröffentlicht worden, nach einer von demselben im März 1891 in Friedrichsruh genommenen Kopie der Urschrift, die ihm vom Kanzler selbst übergeben wurde. Demnächst ging das Dokument auch in das Buch von Busch: „Bismarck und sein Werk. Beiträge zur inneren Geschichte der letzten Jahre bis 1896 nach Tagebuchblättern“ über.

und seiner einzelnen Mitglieder zu der neuen Institution des Ministerpräsidenten bedurfte sehr bald einer nähern, der Verfassung entsprechenden Regelung, wie sie im Einverständnisse mit dem damaligen Staatsministerium durch die Ordre vom 8. September 1852 erfolgt ist. Diese Ordre ist seitdem entscheidend für die Stellung des Ministerpräsidenten zum Staatsministerium geblieben, und sie allein gab dem Ministerpräsidenten die Autorität, welche es ihm ermöglicht, dasjenige Maß von Verantwortlichkeit für die Gesamtpolitik des Kabinets zu übernehmen, welches ihm im Landtage und in der öffentlichen Meinung zugemutet wird. Wenn jeder einzelne Minister Allerhöchste Anordnungen extrahiren kann ohne vorherige Verständigung mit seinen Kollegen, so ist eine einheitliche Politik, für welche jemand verantwortlich sein kann, nicht möglich. Keinem Minister und namentlich dem Ministerpräsidenten bleibt die Möglichkeit, für die Gesamtpolitik des Kabinets die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit zu tragen. In der absoluten Monarchie war eine Bestimmung, wie sie die Ordre von 1852 enthält, entbehrlich und würde es noch heute sein, wenn wir zum Absolutismus ohne ministerielle Verantwortlichkeit zurückkehrten. Nach den zu Recht bestehenden verfassungsmäßigen Einrichtungen aber ist eine präsidiale Leitung des Ministerkollegiums auf der Basis der Ordre von 1852 unentbehrlich. Hierüber sind, wie in der gestrigen Staatsministerialsitzung festgestellt wurde, meine sämtlichen Kollegen mit mir einverstanden, und auch darüber, daß jeder meiner Nachfolger im Ministerpräsidium die Verantwortlichkeit nicht würde tragen können, wenn ihm die Autorität, welche die Ordre von 1852 verleiht, mangelte. Bei jedem meiner Nachfolger wird dieses Bedürfnis noch stärker hervortreten wie bei mir, weil ihm nicht sofort die Autorität zur Seite stehen wird, die mir ein langjähriges Präsidium und das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser bisher verliehen hat. Ich habe bisher niemals das Bedürfnis gehabt, mich meinen Kollegen gegenüber auf die Ordre von 1852 ausdrücklich zu beziehen. Die Existenz derselben und die Gewißheit, daß ich das Vertrauen der beiden hochseligen Kaiser Wilhelm und Friedrich besaß, genügten, um meine Autorität im Kollegium sicherzustellen. Diese Gewißheit ist heute aber weder für meine Kollegen noch für mich selbst vorhanden. Ich habe daher auf die Ordre von 1852 zurückgreifen müssen, um die nötige Einheit im Dienste Eurer Majestät sicherzustellen.

Aus vorstehenden Gründen bin ich außer stande, Eurer Majestät Befehl auszuführen, laut dessen ich die Aufhebung der vor kurzem von mir in Erinnerung gebrachten Ordre von 1852 selbst herbeiführen und kontrasigniren, trotzdem aber das Präsidium des Staatsministeriums weiterführen soll.

Nach den Mitteilungen, welche mir der Generallieutenant v. Hahnke und der Geheime Kabinetsrat v. Lucanus gestern gemacht haben, kann ich nicht im Zweifel sein, daß Eure Majestät wissen und glauben, daß es für mich nicht möglich ist, die Ordre aufzuheben und doch Minister zu bleiben. Dennoch haben

Eure Majestät den mir am 15. erteilten Befehl aufrecht erhalten und in Aussicht gestellt, mein dadurch notwendig werdendes Abschiedsgesuch zu genehmigen. Nach früheren Besprechungen, die ich mit Eurer Majestät über die Frage hatte, ob Allerhöchstdemselben mein Verbleiben im Dienst unerwünscht sein würde, durfte ich annehmen, daß es Allerhöchstdemselben genehm sein würde, wenn ich auf meine Stellungen in Allerhöchstdero preußischen Diensten verzichtete, im Reichsdienst aber bliebe. Ich habe mir bei näherer Prüfung dieser Frage erlaubt, auf einige bedenkliche Konsequenzen dieser Teilung meiner Aemter, namentlich des künftigen Auftretens des Kanzlers im Reichstage, in Ehrfurcht aufmerksam zu machen, und enthalte mich, alle Folgen, welche eine solche Scheidung zwischen Preußen und dem Reichskanzler haben würde, hier zu wiederholen. Eure Majestät geruhten darauf, zu genehmigen, daß einstweilen alles beim alten bliebe.

Wie ich aber die Ehre hatte, auseinanderzusetzen, ist es für mich nicht möglich, die Stellung eines Ministerpräsidenten beizubehalten, nachdem Eure Majestät für dieselbe die capitis diminutio wiederholt befohlen haben, welche in der Aufhebung der Ordre von 1852 liegt.

Eure Majestät geruhten außerdem, bei meinem ehrfurchtsvollen Vortrage vom 15. d. M. mir bezüglich der Ausdehnung meiner dienstlichen Berechtigungen Grenzen zu ziehen, welche mir nicht das Maß der Beteiligung an den Staatsgeschäften, der Uebersicht über letztere und der freien Bewegung in meinen ministeriellen Entschließungen und in meinem Verkehr mit dem Reichstage und seinen Mitgliedern lassen, deren (dessen) ich zur Uebernahme der verfassungsmäßigen Verantwortlichkeit für meine amtliche Thätigkeit bedarf.

Aber auch wenn es thunlich wäre, unsere auswärtige Politik unabhängig von der inneren und unsere Reichspolitik so unabhängig von der preußischen zu betreiben, wie es der Fall sein würde, wenn der Reichskanzler der preußischen Politik ebenso unbeteiligt gegenüber stünde wie der bayerischen oder sächsischen und an der Herstellung des preußischen Votums im Bundesrat dem Reichstage gegenüber keinen Teil hätte, so würde ich doch nach den jüngsten Entscheidungen Eurer Majestät über die Richtung unserer auswärtigen Politik, wie sie in dem Allerhöchsten Handschreiben zusammengefaßt sind, mit dem Eure Majestät die Berichte des Konsuls in — gestern begleiteten, in der Unmöglichkeit sein, die Ausführung der darin vorgeschriebenen Anordnungen bezüglich der auswärtigen Politik zu übernehmen. Ich würde damit alle für das Deutsche Reich wichtigen Erfolge in Frage stellen, welche unsere auswärtige Politik seit Jahrzehnten im Sinne der beiden hochseligen Vorgänger Eurer Majestät in unseren Beziehungen zu — — unter ungünstigen Verhältnissen erlangt hat, und deren über Erwarten große Bedeutung mir — — nach seiner Rückkehr aus — bestätigt hat.

Es ist mir bei meiner Anhänglichkeit an den Dienst des Königlichen Hauses und an Eure Majestät und bei der langjährigen Einlebung in Verhältnisse,

welche ich bisher für dauernd gehalten hatte, sehr schmerzlich, aus den gewohnten Beziehungen zu Allerhöchstdemselben und zu der Gesamtpolitik des Reichs und Preußens auszuscheiden, aber nach gewissenhafter Erwägung der Allerhöchsten Intentionen, zu deren Ausführung ich bereit sein müßte, wenn ich im Dienst bliebe, kann ich nicht anders, als Eure Majestät alleruntertänigst bitten, mich aus dem Amte des Reichskanzlers, des Ministerpräsidenten und des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten in Gnaden und mit der gesetzlichen Pension entlassen zu wollen. Nach meinen Eindrücken in den letzten Wochen und nach den Eröffnungen, die ich gestern den Mitteilungen aus Eurer Majestät Zivil- und Militärkabinet entnommen habe, darf ich in Ehrfurcht annehmen, daß ich mit diesem meinem Entlassungsgesuch den Wünschen Eurer Majestät entgegenkommen und also auf eine huldreiche Bewilligung mit Sicherheit rechnen darf.

Ich würde die Bitte um Entlassung aus meinen Aemtern schon vor Jahr und Tag Eurer Majestät unterbreitet haben, wenn ich nicht den Eindruck gehabt hätte, daß es Eurer Majestät erwünscht wäre, die Erfahrungen und die Fähigkeiten eines treuen Dieners Ihrer Vorfahren zu benützen. Nachdem ich sicher bin, daß Eure Majestät derselben nicht bedürfen, darf ich aus dem politischen Leben zurücktreten, ohne zu befürchten, daß mein Entschluß von der öffentlichen Meinung als unzeitig verurteilt wird.

v. Bismarck.[1])

*

---

[1]) Es ist, so bemerken die „Berliner Neuesten Nachrichten", eine Staatsschrift ersten Ranges, die hier vorliegt, deren ernste, streng logische, überzeugende Klarheit sich den bedeutendsten Schriftstücken von der Hand des Fürsten Bismarck inhaltlich und stilistisch ebenbürtig anschließt. Die Deutschland so schwer erschütternde Katastrophe vom März 1890 wird damit zum erstenmal aktenmäßig klargestellt. — Es ist übrigens eingewendet worden, die von Busch gefertigte Abschrift weise einige kleine Unkorrektheiten auf, die fest- und richtigzustellen ohne Einsicht des Originals natürlich nicht möglich ist.

Briefe des Fürsten Herbert Bismarck beim Ableben seines Vaters.

Aus allen fünf Weltteilen hallt der Kummer, der die Familie an dem Sarge niederbeugt, in rührender Teilnahme wieder, und es thut mir weh, nicht jede Kundgebung beantworten zu können.

Ich bitte die deutschen Zeitungen, diesen Worten Aufnahme zu gewähren, und danke im Namen der nächsten Angehörigen von ganzem Herzen allen, die durch Trostesworte und Blumenspenden von nie gesehener Pracht der Trauer, welche unser Land erfüllt, Ausdruck gegeben haben.

H. Bismarck.

*

An den Senat von Hamburg.

Friedrichsruh, den 4. August 1898.

Eure Magnificenz bitte ich, den Ausdruck des verbindlichsten Dankes für Ihr freundliches Gedenken zugleich im Namen meiner Angehörigen geneigtest entgegennehmen zu wollen. Wir wissen die Ehre voll zu schätzen, die Sie uns durch die Einladung vom 4. cr. zur Gedächtnisfeier in Hamburg erwiesen haben, und es würde uns zu einem späteren Zeitpunkt eine besondere Genugthuung gewesen sein, gerade der von der regierenden Behörde Hamburgs veranstalteten Feier beizuwohnen. Unter dem heutigen Datum bitte ich Eure Magnificenz aber ergebenst, unser Fernbleiben entschuldigen zu wollen.

H. Bismarck.

*

An den Reichskanzler Fürsten zu Hohenlohe, Berlin.

Friedrichsruh, den 8. August 1898.

Die warme Anerkennung, welche der Bundesrat in vollendeter Form dem Andenken meines entschlafenen Vaters gewidmet hat, und die schönen Worte, mit denen die hohe Körperschaft seiner Thaten gedenkt, werden für alle Zeiten sein Gedächtnis ehren [1]) und eines der wertvollsten Stücke des Familienarchivs bilden. Eure Durchlaucht darf ich als Vorsitzenden des Bundesrats ergebenst bitten, den Ausdruck meines tiefsten Dankes für diese denkwürdige Kundgebung geneigtest entgegennehmen und den unterzeichneten Herren übermitteln zu wollen.

H. Bismarck.

*

---

[1]) Der Bundesrat hatte dem Fürsten Herbert Bismarck eine Beileidsadresse übersandt, welche folgendermaßen lautete: „Der Bundesrat kann sich nicht versagen, Eurer Durchlaucht den tiefgefühlten Schmerz über das Hinscheiden des großen, heldenhaften ersten Kanzlers des geeinigten Vaterlandes auszusprechen. Die zwei Jahrzehnte, die er an unserer Spitze gewirkt, sind unvergängliche Marksteine geworden für Deutschlands Größe und Wohlfahrt. Sein Geist war so mächtig, daß er in Deutschland noch nach Jahrhunderten fortwirken wird. Stets wird sein Name gefeiert werden als der höchste Inbegriff für treue Vaterlandsliebe und völkerlenkende Staatskunst. Ihm ist darum der ewige Dank des Bundesrats sowie des ganzen deutschen Volkes gesichert."

Schönhausen, den 30. Oktober 1898.

Seit der für die ersten Beileidsbezeugungen veröffentlichten Danksagung sind mir zumeist aus fernen Gegenden zahllose weitere Kundgebungen von treuer Teilnahme an dem Hinscheiden meines Vaters zugegangen, denen auch jetzt noch fast täglich neue folgen.

Ich kann es mir nicht versagen, an dem heutigen Tage, der das erste traurige Vierteljahr zum Abschluß bringt, allen denen noch besonders zu danken, die aus der Fremde und vielfach in schönen feierlichen Schriftstücken ihre Mitempfindung zum Ausdruck gebracht haben. An erster Stelle sind es Vereinigungen Deutscher in den großen Städten und Centren Nord- und Südamerikas, in Australien, Neuseeland, Südafrika, welche meines Vaters und seiner Hingabe für das Vaterland in patriotischer Weise gedache haben. Da die Bethätigung meines Dankes an jede Adresse leider undurchführbar sein wird, so bitte ich unsere Landsleute, die in weiter Ferne mit den Hinterbliebenen trauern, ihnen auf diesem Wege sagen zu dürfen, wie wohlthuend uns ihre warme Teilnahme gewesen ist.

H. Bismarck.

Bismarcks Verdienst um die Erschließung des Grunewalds.

Bismarcks Verdienst um die Erschließung des Grunewalds.[1])

Längst schon war bekannt, daß Bismarck zuerst für den Gedanken einer Erweiterung Berlins nach dem Grunewald zu eintrat. Sein nächstes Ziel war der Ausbau des Kurfürstendammes, bezüglich dessen Bismarck am 5. Februar 1873 auf Wunsch des Kaisers das folgende Gutachten abgab, welches mit weitausschauendem Blick den nach dem Westen später genommenen großartigen Aufschwung Berlins in vollkommen zutreffender Weise voraussagt.

Dieses Schriftstück lautet:

An den Königlichen Geheimen Kabinetsrat Herrn v. Wilmowski[2])
Hochwohlgeboren hier.

Berlin, den 5. Februar 1873.

Eurer Hochwohlgeboren erwidere ich unter Rücksendung der mir übermittelten Anlagen auf die im Allerhöchsten Auftrage an mich gerichteten gefälligen Schreiben vom 4. November vorigen Jahres und vom 30. Januar dieses Jahres ganz ergebenst, daß mir die Erhaltung der ganzen Breite des Kurfürstendammes in fiskalischem Besitz zu Gunsten der öffentlichen Interessen späterer Zeit geboten erscheint, und daß meines Erachtens den Anbauern zu beiden Seiten des Kurfürstendammes nicht gestattet werden sollte, irgend einen Teil desselben mit in ihre Häuserberechtigung hineinzuziehen und als Ersatz für die ihnen obliegende Pflicht zur Hergabe des Straßenterrains zu benützen; dieselben Gründe, die ich mir zu entwickeln erlauben werde, sprechen gegen Verwendung irgend eines Teiles der Dammbreite zur Pferdebahn. Ich will nicht gegen die Pferde-Eisenbahn überhaupt votiren, nur bin ich der Ansicht, daß das zu derselben notwendige Terrain aus den Mitteln der Grundbesitzer jener Gegend hergegeben, nicht aber der Weg da verengt werden sollte, wo der fiskalische Besitz ausnahmsweise Gelegenheit zu breiter und schöner Straßenentfaltung bietet.

---

[1]) Die obenstehenden Mitteilungen sind einem größeren Aufsatze von John Booth über die Gründung der Villenkolonie Grunewald entnommen.

[2]) Bisher stand der Wortlaut des Schreibens nicht fest. Kohl citirt in den Bismarck-Regesten Bd. II. S. 62 nach den von mir anonym herausgegebenen „Bismarck-Briefen. Neue Folge“ Bd. III. S. 143 und läßt dahingestellt, ob der Minister des Innern der Adressat sei.

Erfahrungsmäßig sind alle Hauptverkehrsstraßen in so massenhaft wachsenden Städten wie Berlin zu eng.

Auch die Straße am Kurfürstendamm wird nach den jetzt bestehenden Absichten zu eng werden, da dieselbe voraussichtlich ein Hauptspazierweg für Wagen und Reiter werden wird. Denkt man sich Berlin so wie bisher fortwachsend, so wird es die doppelte Volkszahl noch schneller erreichen, als Paris von 800 000 Einwohnern auf 2 Millionen gestiegen ist.

Dann würde der Grunewald etwa für Berlin das „Bois de Boulogne" und die Hauptader des Vergnügungsverkehrs dorthin mit einer Breite wie die der Elysäischen Felder durchaus nicht zu groß bemessen sein. An der in Rede stehenden Stelle allein liegt die Möglichkeit einer großen Straßenverbindung mit dem Grunewald vor, weil eine fiskalische Straße, der Kurfürstendamm, über die gesetzlichen Anforderungen hinaus existirt. Mein Votum würde sonach dahin gehen, daß von den Anbauern die Herstellung der üblichen Straßenbreite in vollster Ausdehnung gefordert würde, ohne Rücksicht auf das Vorhandensein des Kurfürstendammes, so daß letzterer eine exceptionelle Zugabe zur Straßenbreite bildete. Nur auf diese Weise würde über den Tiergarten hinaus eine bequeme Zirkulation der Berliner Bevölkerung ins Freie nach dem Grunewald hergestellt werden können; und nur bei diesem Prinzip wird sich ein ähnlicher Reitweg, wie ihn das sonst wenig kavalleristische Frankreich von Paris nach dem Bois de Boulogne besitzt, schaffen lassen.

Sollte noch eine Pferde-Eisenbahn in die dortige Straßenbreite hineingelegt werden, so würde der Luxus- und Feiertagsverkehr von Wagen und Pferden außerordentlich beengt und behindert werden.

Wenn man sich Berlin, welches seit kurzem von 200 000 Einwohnern auf 800 000 Einwohner angewachsen ist (eine Ziffer, die Paris zur Zeit von Louis Philipp hatte, während es dieselbe seitdem mehr wie verdoppelt hat), in demselben Maße weiter zunehmend denkt, und nach den bisherigen Erfahrungen wächst es besonders gegen Charlottenburg und den Grunewald hin, so können leicht Verhältnisse eintreten, in welchen man es bereuen wird, eine Straßenlinie, welche zur Königlichen Verfügung stand, derselben nicht erhalten zu haben. Man würde dann vergebens bedauern, daß man diese Straße am Kurfürstendamm zu Gunsten vereinzelter Privatinteressen zu gewöhnlicher Breite hätte einschrumpfen lassen.

Eine Abhilfe wäre aber dann nicht mehr möglich, während jene Breite, welche man jetzt für den Reitweg konservirt, bei überwiegendem öffentlichem Bedürfnis immer noch chaussirt und dem Fahrverkehr übergeben werden kann.

Mein Antrag würde daher dahin gehen, daß ganz unabhängig von dem fiskalischen Kurfürstendamm die gesetzlichen Straßenbreiten aus eigenen Mitteln herzugeben sind, die Pferdebahn-Konzessionäre aber gleichzeitig auf Aufsuchung anderer Wege zu verweisen. v. Bismarck.

Auf dieses Bismarckſche Gutachten erſchien demnächſt eine Allerhöchſte Kabinetsordre, welche die ganze Breite des Kurfürſtendammes auf 53 Meter feſtſetzte; indeſſen lag die Sache jahrelang ſtill, da niemand Luſt hatte, die Luxusſtraße in der vorläufig ganz öden Gegend zu bauen.

Zu Anfang des Jahres 1881 hielten einige Engländer ſich längere Zeit in Berlin auf. Eines Tages, auf einem Spaziergang im Weſten ſtellte einer derſelben Betrachtungen darüber an, welche Zukunft das ganze vor ihm liegende kahle Feld, bei ordentlichen Straßenanlagen, mit Pferdebahnen, angeſichts des großen Aufſchwungs, den Berlin nach dem franzöſiſchen Kriege genommen, haben müſſe. Ein anderer nahm dieſe Aeußerung ſeines Landsmannes ernſthaft auf, und kurz und gut, die Engländer deponirten einige Monate nachher eine beträchtliche Kaution bei der Stadt Charlottenburg, um den Aufſtellungen, welche ſie ſich über ſämtliche Terrains am Kurfürſtendamm (an der jetzigen Kaiſer Wilhelm-Gedächtniskirche bis Halenſee) geben ließen und die einen Wert von circa 17 Millionen Mark hatten, einen ernſthaft gemeinten, geſchäftlichen Hintergrund zu geben. Darauf ließen die Engländer zur Vorbereitung der demnächſt in London geplanten Terrainaktiengeſellſchaft ihren Rechtsbeiſtand nach Berlin kommen.

Nachdem dieſer das Projekt ſtudirt und eine genaue Lokalbeſichtigung unternommen war, gab derſelbe ſein Votum dahin ab: „Wenn auch anzunehmen iſt, daß ſchon durch den Bau dieſer Straße die anliegenden Terrains gewinnen werden, ſo iſt es doch immerhin ungewiß, ob die Berliner ſich in naher Zukunft hin in dem Maße anbauen werden, wie es für die von uns zu bildende Geſellſchaft notwendig wäre. Dann aber würden unſere für den Bau der Straße veranslagten Millionen feſtgelegt ſein, und ein großes Riſiko wäre daher nicht ausgeſchloſſen. Wir ſind daher zu folgendem Entſchluß gekommen: Laut Kabinetsordre bauen wir den Kurfürſtendamm auf unſere Koſten, verlangen aber als Bonifikation von der Regierung einige hundert Morgen Grunewald zu mäßigen Preiſen zu kaufen.“

In dieſem Stadium überaus glücklich eingegriffen zu haben, iſt das Verdienſt John Booths, des Beſitzers der früheren, Ende des vorigen Jahrhunderts gegründeten Flottbecker Baumſchulen bei Hamburg. Die Veranlaſſung ſeiner bis in das Jahr 1877 zurückreichenden Bekanntſchaft mit Bismarck war die Naturaliſation ausländiſcher, namentlich amerikaniſcher Waldbäume im deutſchen Walde geweſen. Dieſer dem Fürſten an ſich ſehr ſympathiſche Gegenſtand nahm ſein Intereſſe um ſo mehr in Anſpruch, als ſeit mehr denn 100 Jahren eine kurzſichtige, bureaukratiſche Oppoſition dieſe Bäume, welche ſich in unzähligen einzelnen Fällen, auch in unſerem Klima, als vollkommen hart bewährt hatten, grundſätzlich ignorirt hatte.

John Booth hatte ſich mannigfaltiger Beweiſe der Güte und des Wohlwollens ſeitens des Fürſten zu erfreuen, und ſo glaubte er es wagen zu können,

diese ganz neue und unerwartete Forderung der Engländer vertrauensvoll demselben vorlegen zu dürfen. Die nachgesuchte Unterredung [1]) wurde umgehend gewährt. Der Kanzler war hoch erfreut, die Ausführung des von ihm zuerst angeregten, nun seit acht Jahren — seit 1873 — ruhenden Planes vielleicht nun endlich zur Ausführung gebracht zu sehen.

„Wenn die Engländer", sagte der Fürst, „uns den Kurfürstendamm vorschriftsmäßig ausbauen wollen, so können sie gerne ein Stück Grunewald bekommen. Seit dem Erscheinen der Allerhöchsten Kabinetsordre sind Jahre verflossen. Es ist niemand erschienen, der ein Vergnügen daran gefunden hätte, die Straße zu bauen, deshalb muß derjenige, der solches unternimmt, unterstützt werden! Ist doch der Teil des Grunewalds, um den es sich handeln wird, durch den Bau der Berlin-Wetzlarer Eisenbahn forstlich und jagdlich nicht mehr zu gebrauchen. Daß die Engländer ein Teil Grunewald als Bonifikation fordern, finde ich eigentlich ganz in der Ordnung vom Standpunkte ihrer Spekulation. Denn es scheint mir viel wahrscheinlicher, daß eher im Grunewald eine Menge Leute sich ansiedeln werden, als daß die kahlen Terrains am neuen Kurfürstendamm bebaut werden." (Ist auch thatsächlich so eingetroffen!)

Nach Tische wurden dann manche Einzelheiten besprochen und die Ausarbeitung der Pläne zur Vorlage an den Kaiser, mit entsprechenden Anträgen John Booths, beschlossen.

Am 16. April 1881 reichte der Fürst dieselben ein und erläuterte sie am 17. durch mündlichen Vortrag bei Sr. Majestät, und schon nach drei Tagen kam der Fürst in den Besitz der folgenden Kabinetsordre:

Ich habe aus der Mir unterm 16. d. M. eingereichten und hierbei zurückfolgenden Eingabe des John Booth zu Klein-Flottbeck zu Meiner lebhaften Befriedigung ersehen, in welcher Weise erstrebt wird, den von Mir gehegten Wunsch, daß an Stelle des Kurfürstendammes eine Straße in großartigem Stile angelegt werden möge, zu realisiren; es wird Mir zu großer Freude gereichen, wenn die Bemühungen Erfolg haben, und werde Ich einer solchen Anlage, soweit es gesetzlich und finanziell thunlich sein wird, gern Meine wohlwollende Förderung zuwenden.

Berlin, den 20. April 1881.

Wilhelm.

An den Präsidenten des Staatsministeriums
Fürsten von Bismarck.

Und wiederum nur einen Tag später erhielt John Booth folgendes Schreiben [2]) vom Fürsten:

---

[1]) In Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[2]) In Kohls Bismarck-Regesten übersehen, ebenso die Daten 16. und 17. April 1881.

Berlin, den 21. April 1881.

In Erwiderung auf das gefällige Schreiben vom 31. v. M. gereicht es mir zur Freude, Ew. Hochwohlgeboren mitteilen zu können, daß Se. Majestät der Kaiser und König von dem von Ihnen vorgelegten Projekte, an Stelle des Kurfürstendammes eine Straße in großartigem Stile anzulegen, mit lebhafter Befriedigung Kenntnis genommen und einer solchen Anlage, soweit es gesetzlich und finanziell thunlich sein wird, Allerhöchstihre wohlwollende Förderung zugesagt haben.

Es ist mir dies um so erfreulicher, als bereits vor Jahren Se. Majestät der Kaiser ähnlichen von mir damals angeregten Plänen bezüglich der Verbindung der Stadt mit dem Grunewald ein lebhaftes Interesse zugewandt hat und die Ausführung des vorliegenden Projektes die Verwirklichung langjähriger Wünsche Sr. Majestät ermöglichen würde.

Die Anlagen Ihres Schreibens haben Sr. Majestät vorgelegen und erfolgen hierbei zurück.

v. Bismarck.

An Herrn John Booth, Hochwohlgeboren.

Die wichtigste Aufgabe der nach mancherlei Zwischenfällen durch die Deutsche Bank im Herbst 1882 ins Leben gerufenen Kurfürstendamm-Gesellschaft bestand in dem Ausbau des alten Kurfürstendammes nach der Kabinetsordre Sr. Majestät des Kaisers vom Jahre 1875.

Mit diesem Bau nahmen nun die Schwierigkeiten ihren Anfang, indem bei jedem Schritt, den das Unternehmen machen wollte, unerbittlich der fiskalisch-bureaukratische Standpunkt vorgekehrt wurde. Wiederholt hatte John Booth dem Fürsten Bismarck über die versteckte Opposition der Behörden zu berichten, wiederholt mußte er dessen Hilfe gegen unberechtigte Forderungen derselben anrufen. Und niemals hat diese versagt! Stets in gütigster Weise diese Berichte anhörend, selbst in politisch bewegter Zeit fand er immer noch eine Stunde für diese verwickelte Sache. Und dann mit welcher Energie suchte der Fürst diese Schwierigkeiten zu beseitigen. Wie konnte er gegen diejenigen wettern, die oftmals wegen ganz untergeordneter Formalien oder unter Aufrechthaltung unbilligster Forderungen monatelang ein großes Unternehmen hinschleppten, dessen Vollendung dem Kanzler so sehr am Herzen lag.

Eine Frage von großer Wichtigkeit für die zukünftige Villenkolonie war eine möglichst direkte und schnelle Verbindung mit Berlin. Die Kurfürstendamm-Gesellschaft hatte den in Berlin bis dahin noch unbekannten Dampfwagen in Aussicht genommen. Eines Tages forderte Bismarck John Booth auf, zu ihm zu kommen. Er wollte hinausfahren nach dem Kurfürstendamm,

um selbst eine Probefahrt zu machen. Da John Booth dieses vorausgesehen hatte, war der Wagen seit einer Woche stets geheizt, um jederzeit bereit zu sein.

Während der Fahrt durch den Tiergarten konnte John Booth aus den Worten des Fürsten entnehmen, wie man ihm diesen Wagen selbst geschildert hatte. Angekommen da, wo jetzt die Kaiser Wilhelm-Gedächtniskirche steht, wurde der Wagen bestiegen und die Fahrt nach Halensee angetreten. — Unterwegs wurde ausgestiegen, der Fürst wollte sich persönlich überzeugen, in wie kurzer Zeit der Wagen zu stoppen vermöge. Es wurden verschiedene Exercitien zur Zufriedenheit ausgeführt. Während der Rückfahrt durfte John Booth wahrnehmen, welch günstigen Eindruck diese Probefahrt auf den Fürsten gemacht hatte. Bei der Verabschiedung reichte Bismarck ihm die Hand und sagte in der ihm eigenen verbindlichen Art: „Ich danke Ihnen für die Belehrung, ich habe ein Vorurteil gehabt.“ Die obrigkeitliche Genehmigung ließ nun nicht mehr lange auf sich warten.

An dieser Stelle ist auch noch einer anderen interessanten Episode zu gedenken: Die Beseitigung des berüchtigten schwarzen Grabens. Einen wahren Rattenkönig an Schwierigkeiten hatte der Fürst ihn einst genannt. Diese offene, stinkende Cloake, deren schwarze, breiartige Masse langsam von Schöneberg nach Charlottenburg floß und die ganze Gegend, den ganzen Westen Berlins verpestete. Und doch war die Beseitigung dieser Pesthöhle, man sollte es nicht für möglich halten, mit den unglaublichsten Schwierigkeiten verknüpft. Die Gelder für diese Kanalisation lagen seit langer Zeit bereit, aber verschiedene Herren aus verschiedenen Ministerien waren noch nicht ganz einig, und so stritt man sich schon seit einer Reihe von Jahren über allerlei gänzlich untergeordnete Dinge.

In seinem berechtigten Zorn brauste der Fürst einmal auf und sagte — was bei anderen Gelegenheiten durch ähnliche Veranlassungen verursacht, auch von ihm schon einmal gemeldet worden ist —: „Bei uns wird's überhaupt nicht eher besser, bis nicht alle Geheimräte mit Stumpf und Stiel ausgerottet sind!“ Und dabei sprühten seine Augen Feuer! Und alles Bitten, alle Vorstellungen und Petitionen blieben erfolglos. Einmal hatte der Fürst ein an ihn gerichtetes Schreiben über dieses öffentliche Aergernis bei sich liegen. Ehe dieses an die zuständige Stelle weiterging, schrieb er an den Rand: „Ich kann die Richtigkeit nur bestätigen, denn ich habe mich gestern aus eigenem Nasenschein davon überzeugt.“ Aber trotz alledem konnte er in seiner Eigenschaft als preußischer Ministerpräsident dem schwarzen Graben nichts anhaben, — dieser ließ sich in seinem schwarzen Bett nicht stören, wohl wissend, daß die Uneinigkeit in den Ministerien ihn sobald nicht aus seiner Ruhe herausholen würde.

Wiederum war es John Booth, welcher die Angelegenheit endlich ihrer Erledigung zuführte. Es war demselben klar, daß das Spiel gewonnen war, wenn dem als Ministerpräsidenten ohnmächtigen Fürsten eine Handhabe gegeben würde, als Reichskanzler einzuschreiten. Nun erinnerte sich John Booth, wie der Fürst ihm im Winter 1879 einmal in Friedrichsruh erzählt hatte, welche Maßregeln er gegen die Einschleppung der in Rußland aufgetretenen Pest von Reichswegen ergriffen habe. Als nun Ende September 1886 die Cholera in Budapest auftrat, machte John Booth nach vorheriger Besprechung und Verständigung mit der Reichskanzlei eine Eingabe an den in Varzin weilenden Fürsten Bismarck, worin die schleunigste Beseitigung dieser großartigen Bazillenkultur im Hinblick auf die drohenden Gefahren der aus dem Südosten heranziehenden Cholera beantragt war. Nun griff Bismarck durch Vermittlung des Kaiserlichen Gesundheitsamts ein, und am 20. Oktober bereits, nachmittags 6 Uhr, konnte John Booth nach Varzin depeschiren:

„Ehrerbietigst für Eurer Durchlaucht Machtwort dankend, gestatte ich mir die gehorsamste Mitteilung zu machen, daß soeben der erste Spatenstich zur Kanalisation des schwarzen Grabens gethan wurde."

Nicht umsonst hat Fürst Bismarck in späteren Jahren sich John Booth und anderen gegenüber wiederholt dahin geäußert, „daß ihm beim Bau des Kurfürstendammes unzählige Schwierigkeiten in den Weg gelegt worden seien, mehr als alle Diplomaten Europas ihm je in einer Sache bereitet hätten".

Zwei Tage vor seiner Abreise aus Berlin, am 27. März 1890, traf John Booth den Fürsten zum letzten Male im Grunewald. Indem der Fürst denselben der in seiner Begleitung befindlichen Dame vorstellte, sagte er: „Gnädigste Frau Gräfin, hier kann ich Ihnen den berufensten Zeugen meiner Thätigkeit im Grunewald vorstellen." Als John Booth darauf lebhaft erwiderte: „Aber Durchlaucht, was wäre aus uns ohne Ihre mächtige und schützende Hand geworden?!" — antwortete Bismarck, die Hand an die Mütze legend: „Ich habe nur den Willen meines Allerhöchsten Herrn ausgeführt."

Bismarck im Antiquariat.

Bismarck im Antiquariat.

Bald nach dem Hinscheiden Bismarcks ging die nachstehende Notiz durch die Zeitungen:

Bismarck-Briefe sind gegenwärtig ein begehrtes und zugleich wertvolles Objekt. Mit dem Ableben des Fürsten ist seinerseits die Abfassung handschriftlicher Dokumente natürlich beendet und den gewerbsmäßigen Sammlern das Feld eröffnet, um die schon bei Lebzeiten des Fürsten gewonnenen Schriftstücke rentabel zu verwerten. Ein bekannter Pariser Autographensammler hat sofort auf die Kunde von dem Ableben des Fürsten hin ein Verzeichnis der in seinen Händen befindlichen Bismarck-Briefe an die hervorragendsten Autographensammler aller Länder versendet. Weit über 400 Briefe, die bis in die Jugendzeit des Fürsten hinabreichen, sind darin aufgeführt. Bei der Schwierigkeit der Erlangung solcher Briefe ist es erklärlich, daß ganz enorme Preise dafür gefordert werden. Auf Grund einer Nachfrage bei hiesigen Händlern werden Preise bis zu 500 Mark gefordert. Die einfache Unterschrift im Lapidarstil unter einem Briefe stellt sich auf 20 Mark und steigt bis zu 100 Mark.

Die Notiz stellte sich als eine plumpe Zeitungsente heraus. Auf eine an einen bekannten Pariser Autographenhändler gerichtete Anfrage erging folgende Antwort: „La Collection de 400 lettres de Bismarck me parait une fumisterie. Je ne connais personne, qui soit capable de réunir 400 pièces."

Die Zahl der bereits früher[1]) nachgewiesenen, durch Kauf an Private gelangten Briefe ꝛc. Bismarcks wollen wir nachstehend noch um einen vermehren.

Ein burschikoser Brief aus Bismarcks Jugendzeit befand sich in einer Berliner Autographensammlung. Das Schreiben ist datirt „den 19. Januar 1832", stammt also aus einer Zeit, wo Bismarck noch nicht 17 Jahre alt war, und ist an Bismarcks Vetter, Gardelieutenant Graf v. Kessel in Potsdam gerichtet. Der äußerst drastisch gehaltene Brief hat folgenden Wortlaut:

Vetter, wie es wenige giebt! Ruhe ist die erste Bürgerpflicht; ich sehe jedoch in Allem klar und deutlich, Dein Brief ist aber sehr räthselhaft. Auch

---

[1]) Vergl. Bismarck-Portefeuille Bd. I. S. 173 f., Bd. II. S. 189 f., Bd. III. S. 179.

würde ich mich nicht des Wortes ‚geschmackvoll' bedient haben, da ich weiß, daß ein Gentleman keinen Geschmack und keine Hämorrhoiden hat. Schreibe mir noch einmal, Du gesunkener Sohn der Republik. Ich werde indeß über die Vergänglichkeit der Jungfernschaft nachdenken.

Dein Dich platonisch liebender Vetter

Otto v. Bismarck.

Im Jahre 1886 erwarb der Besitzer diesen Brief in einer Berliner Versteigerung für 95 Mark.

Sonst kamen noch in den Handel:

Bismarck (Fürst Otto v.). Eigenhändiges Briefcouvert: An des Kronprinzen Kaiserliche und Königliche Hoheit, Potsdam. Mit Siegel Bismarcks und Stempel-Oblate: Auswärtiges Amt.

— derselbe. Eigenhändige Rückantwort (3 Zeilen mit Bleistift) auf einer von Lothar Bucher an ihn gerichteten Notiz. 1 Seite 8⁰.

— derselbe. Eigenhändiges Briefcouvert mit Namen: An Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit den Kronprinzen. v. Bismarck. klein 4. (17 × 15 Centimeter.)

— derselbe. Eigenhändiges Briefcouvert mit Siegel. Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit dem Kronprinzen. klein 4. (15,5 × 13 Centimeter.)

— Bismarck (Johanna Fürstin v.), die Gemahlin des Reichskanzlers, Friedrichsruh, 25. Juni 1891. 1 Seite 8⁰.

— Bismarck (Graf Wilhelm), der Sohn des Reichskanzlers. Varzin, 9. November 1877.[1] 1 Seite 8⁰.

Der Brief ist im Namen des Fürsten geschrieben, welcher seinen Dank für Uebersendung einer französischen Dose aussprechen läßt, welche zwar „an einen unerfreulichen Moment unserer Geschichte anknüpft, doch immer von historischem Wert und Interesse ist".

[1]) In Kohls Bismarck-Regesten unerwähnt, ebenso der vorhergehende Brief d. d. 19. Januar 1832.

Helgoland.

In Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ findet sich Bd. II. S. 31 eine Stelle, woraus ersichtlich ist, daß der Erwerb von Helgoland in den Augen desselben keinen besonderen Gewinn darstellte. In einer Unterredung, welche Bismarck im Sommer 1890 bei Tisch mit dem Chef des Hamburger Welthauses Adolf Woermann über den Austausch von Sansibar gegen den Nordseefelsen hatte, führte derselbe näher aus, daß die Erwerbung Helgolands für Deutschland zunächst nur Kosten verursachen würde. Im Besitze Englands sei Helgoland im Kriege neutral und könne also eine Deutschland feindliche Flotte sich dort nicht mit Kohlen versehen; als neutraler Punkt könne es der französischen Flotte nicht als Stützpunkt vor der Elbe dienen; sei es aber deutsch, so habe Deutschland es zu verteidigen, und auch mit viel Geld würde aus Helgoland ein uneinnehmbares Gibraltar vielleicht nicht herzustellen sein.

Ein Albumblatt.

Frau Julie v. Massow teilt in ihren Friedensblättern Einträge aus ihrem fast 50jährigen Album mit. Zu den Personen, welche vor 48 Jahren mit großmächtiger Schrift einen Beitrag geliefert, gehört auch ihr damaliger Freund Otto v. Bismarck-Schönhausen. Er wählte aus Psalm 102 die Verse 15 bis 17 und fügte eine echt Bismarcksche Glosse bei. Hier der Wortlaut:

Ein Mensch ist in seinem Leben wie Gras, er blühet wie eine Blume auf dem Felde, wenn der Wind darüber geht, so ist sie nimmer da, und ihre Stätte kennet sie nicht mehr, die Gnade des Herrn aber währet von Ewigkeit zu Ewigkeit über die, so ihn fürchten. (Prosa des Königs David.)

oder:

Es ist ja nichts auf dieser Erden
Als Gaukelei und Taschenspiel,
Wie auch die Menschen sich gebärden,
Der Kluge giebt darauf nicht viel.

(Poesie des konstitutionellen Zeitalters.)

Berlin, den 25. Februar 1850.

v. Bismarck-Schönhausen.

In eigener Sache.

In dem Werke von Busch: Bismarck, Some secret pages of his history finde ich Bd. III. S. 105 ein auf mich bezügliches Gespräch desselben mit Bismarck vom November 1883. Busch legt hier dem Fürsten die Bemerkung in den Mund, ich hätte bei Abfassung meines Werkes über denselben Bismarcks Depeschen und Briefe verkauft, aber vergessen, von dem Erlöse ihm, dem Fürsten Bismarck, irgend einen Anteil zu senden: „Poschinger has done so, and sold my despatches and lettres, forgetting even, to send me any remuneration." Die Stelle kann sich, da ich bis 1883 ein anderes Werk über Bismarck nicht geschrieben habe, nur auf „Preußen im Bundestag" beziehen. Hier muß aber Busch Bismarck nicht verstanden haben. Das Sachverhältnis war nämlich folgendes:

Als mein Werk „Preußen im Bundestag" fertiggestellt war, stellte ich dem Fürsten Bismarck den ganzen Ertrag des Werkes zur Verfügung. Ich machte dabei geltend, es sei für mich schon eine große Ehre, die sich über acht Jahre hinausziehende großartige politische Korrespondenz des Fürsten aus der Frankfurter Zeit herausgeben zu dürfen, ich wollte mich nicht auch noch mit dem geistigen Eigentum Bismarcks bereichern. Fürst Bismarck ging aber hierauf nicht ein und sagte: „Der Arbeiter sei seines Lohnes wert, deshalb solle ich an dem von dem Verleger S. Hirzel in Leipzig bezahlten Honorar mit der Hälfte partizipiren, die andere Hälfte wolle er einem Staatsfonds zuwenden, und zwar demjenigen zur Förderung von Publikationen aus dem Königlich preußischen Staatsarchiv. Da die Publikation zum großen Teil auf den Akten dieses Archivs beruhte — einen Teil der dorthin noch nicht abgeführten Akten durfte ich im Auswärtigen Amt einsehen —, so war diese Entscheidung ebenso billig als korrekt.

Bismarck-Portefeuille.

Fünfter Band.

Bismarck-Portefeuille.

Herausgegeben

von

Heinrich von Poschinger.

Fünfter Band.



Stuttgart und Leipzig.
Deutsche Verlags-Anstalt.
1900.

Papier und Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart.

Inhaltsverzeichnis.

Neue Bismarck-Briefe.

Neue Bismarck-Briefe.

An den Prorektor der Universität Göttingen.

Berlin, den 16. November 1833.

Eure Magnificenz hatten die Güte, eine mir zuerkannte Karzerstrafe bis nach meiner Rückkunft aus den Michaelisferien aufzuschieben. Jetzt nötigt mich ein neuer Rückfall meiner Krankheit, deren Ende noch nicht abzusehen ist, hier zu bleiben und meine Studien fortzusetzen, da meine ohnehin geschwächte Gesundheit eine so weite Reise nicht thunlich erscheinen läßt. Aus diesem Grunde ersuche ich Eure Magnificenz gehorsamst um die Erlaubnis, meine Karzerstrafe hier statt in Göttingen abhalten zu dürfen.

Eurer Magnificenz

unterthänigster

Otto v. Bismarck.

Stud. jur. [1])

*

An Herrn Hagedorn in Hamburg.

Frankfurt a. M., den 12. November 1851.

Eure Wohlgeboren ersuche ich ergebenst, mir von den Dama-Zigarren, der kleinsten von den erhaltenen Proben, noch 500 Stück zu übersenden. Mit der Zahlung durch Anhalt & Wagener bin ich einverstanden, noch lieber ist es mir, wenn sie das Haus hier am Platz auf mich anweist, da ich den Betrag sonst mit der Post nach Berlin schicken muß.

v. Bismarck.

*

An Herrn Hagedorn in Hamburg.

Frankfurt a. M., den 29. Mai 1851.

Ich bitte um Proben im Preise von 30 bis 60 Thaler, ganz kleines und mittleres Format, keine Regalia. Meine Bestellungen sind nicht wegen Unzufriedenheit ausgeblieben, obschon die letzten Regalia sehr abfielen gegen die

---

[1]) Der Bitte wurde entsprochen. Bismarck saß die Strafe in Berlin ab. Im dortigen Karzerbuch findet sich aus jener Zeit folgender Vermerk: „Otto v. Bismarck drei Tage. Erkenntnis von Göttingen. Betragen musterhaft.“

früheren, sondern weil ich Gelegenheit zu einem größeren direkten Ankauf hatte, bei dem ich Regal. Dos Hermanos von sehr viel besserer Qualität als die von Ihnen erhaltenen franko hier und versteuert für 51 Thaler bezog.

Hochachtungsvoll

Eurer Wohlgeboren ergebener

v. Bismarck.

*

An den Unterstaatssekretär Gruner.[1])

Frankfurt a. M., den 17. Februar 1859.

Eurer Hochwohlgeboren würde ich schon eher mit dem Versuche genaht sein, schriftlich denselben offenen Gedankenaustausch einzuleiten, den Sie mir mündlich gestatteten, wenn ich nicht mein Interesse für die hiesigen Angelegenheiten künstlich mit der Betrachtung unterdrückt hätte, daß es hier nicht mehr auf meine, sondern auf die Ansicht meines Nachfolgers[2]) ankommt. Ich glaube dem letzteren aber kaum entgegenzutreten, wenn ich vor dem Abgange des Regierungsrats Zitelmann[3]) und dem anscheinenden Eingehen der hiesigen Preßstelle den Anlaß zu einigen Zeilen entnehme. Ich überschätze weder unsere bisherige Preßorganisation noch deren hiesige Leistungen. Der Alleinbesitz von ein oder zwei Zeitungen in Deutschland, welche so redigirt worden wären, daß kein Blatt sie hätte ignoriren können, würde mehr geleistet haben, als der zahlreiche Landsturm mittelmäßiger Litteraten mit ihrem beschränkten und bedingten Zutritt zu obskuren Provinzialblättern. Wie aber die Sachen einmal stehen, so glaube ich, daß wir in der öffentlichen Meinung von Süd- und Westdeutschland erheblich zurückkommen, wenn wir nicht zu unserer Verteidigung analoge Mittel anwenden, wie sie zu dem Zwecke, uns herabzudrücken, in Thätigkeit sind. Die „Postzeitung“ und das „Journal de Francfort“ gehören direkt der österreichischen Regierung und werden auf der Präsidial-Gesandtschaft redigirt. Die erstere hat kaum einen andern Zweck als den, am Ansehen Preußens zu nagen; sie thut es mit Geschick und hat dazu, außer drei oder vier untergeordneten Litteraten (Hehner? ꝛc.) zwei recht tüchtige Publizisten, die Herren v. Linde und Braun (den hiesigen Residenten). Bei letzterem findet der tägliche Vortrag aller hier im Solde Oesterreichs stehenden Korrespondenten statt, sowohl in betreff des Inhaltes der „Postzeitung“ als der Korrespondenzen, welche an fast alle süddeutschen und rheinischen Blätter, auf Grund der von Wien an die Gesandtschaft gelangenden generellen Inspiration, täg-

[1]) Die obenstehenden Briefe Bismarcks an Gruner, aus den Jahren 1859—1861 stammend, wurden zuerst in der „Deutschen Revue“, Band XXIII, Dezemberheft 1898, veröffentlicht.

[2]) Graf Usedom.

[3]) Zitelmann war Hilfsarbeiter für Preßsachen bei der preußischen Bundestagsgesandtschaft.

lich abgefertigt werden. Es giebt kaum ein erhebliches preußisches Blatt am Rhein und in Berlin, zu welchem nicht wenigstens ein im Solde Oesterreichs stehender und von dort inspirirter Korrespondent Zutritt hätte. Dieses wohlverzweigte Berieselungssystem findet das Terrain für die Befruchtung mit spezifisch österreichischen Anschauungen zum Teil durch zwei andere Prinzipien vorbereitet; einmal durch das ultramontane, und durch die Katholicität im allgemeinen, dann durch dasjenige, was ich bambergische Bundespolitik nennen möchte, so wie sie in München, Stuttgart, Karlsruhe, Wiesbaden, Hannover, Darmstadt verstanden und betrieben wird. Beide Elemente bieten sehr nutzbare Unterlagen für eine österreichische Preßpolitik, welche sich die Umgarnung und Abrichtung Preußens zum Ziele stellt. *Wir* haben dagegen keine andere Vertretung als diejenige, welche wir selbst leisten. Jeder *gewöhnliche* Zeitungsleser bildet sich seine politischen Auffassungen einigermaßen nach dem Blatte, welches er täglich liest. Die so entstehende öffentliche Meinung *könnte* uns gleichgültig sein, weil sie in entscheidenden Momenten nichts leistet; sie *ist* es aber nicht, wir gestatten ihr Einfluß auf unsere Entschließungen, auch wenn wir wissen, wie sie entsteht, wie wandelbar sie ist, und wie schwache Unterlagen sie uns zum Handeln gewährt. Der Unsinn, wie ihn die „Postzeitung" in Nr. 75 ausspricht, daß wir Oesterreichs Kriege führen *müssen*, daß dieses „keine Sache von Sympathie oder Antipathie, von Freundlichkeit oder Unfreundlichkeit, von Leistung auf Dank hin, sondern einfach unser eignes Interesse" sei, wird widerspruchslos von allen deutschen Blättern vertreten, und bildet sich zu dem Axiom aus, daß die Existenzfähigkeit Preußens nur auf dem Schutze Oesterreichs beruht, daß wir verloren sind, sobald diese unsere Schutzmacht besiegt wäre, und daß wir also zu einer von Oesterreich unabhängigen Politik weder Recht noch Macht haben. Wenn wir jetzt Oesterreich beistehen, so erscheint es als ein verdienstloser Akt, welchen die Pflicht der Selbsterhaltung uns auferlegt, höchstens als eine ganz natürliche und in jedem analogen Falle unvermeidliche Erfüllung der in *unserm* eigenen Interesse erweiterten Bundespflicht. Ich würde mich gefreut haben, in der Wüste der Presse wenigstens einer Stimme begegnet zu sein, die es auszuführen gewagt hätte, daß es Preußen einige Ueberwindung kosten müßte, nicht nur Olmütz zu vergessen, sondern den jüngeren Widerstand Oesterreichs gegen unsere Teilnahme am Pariser Friedensschluß und an den Donau-Konferenzen sowie die Haltung Oesterreichs in der Neuenburger Sache, am Bund (Rastatt, Mainz!), im Zollverein; daß es deshalb als ein besonderer Beweis deutsch-patriotischer Selbstverleugnung würde angesehen werden müssen, wenn Preußen die jetzige Lage mit der bundesfreundlichen Unbefangenheit auffaßte, welche sich erwarten ließe, wenn Oesterreich von allem immer das Gegenteil gethan hätte. Die Ehrgeizigsten unter unsern preußischen Patrioten nehmen an, wenigstens haben es einige gegen mich ausgesprochen, Oesterreich bitte uns dermalen mit der Be-

redsamkeit eines verschuldeten Kavaliers am Verfallstage um unsern Beistand, und wir brauchten uns unser Pfand, auf das wir die Armee herleihen, nur unter den Schätzen, auf welchen der Bundesdrache liegt, auszusuchen. Soviel ich weiß, weichen diese Vorstellungen sanguinischer Borussen sehr von der Wirklichkeit ab; es scheint fast, als sei uns bisher noch keine andere Eröffnung über die Frage von Wien aus zugegangen, als das an Oldenburg und Nassau gleichmäßig gerichtete Zirkular vom 5. Uns ist dabei freilich gesagt, daß Oesterreich von Schritten am Bunde sich nur nach vorhergegangener Verständigung mit uns Erfolg verspreche; aber ist nicht dieselbe Redensart auch Bayern gegenüber und vielleicht bei allen Königreichen als schmeichelhafte Wendung benutzt worden? Jedenfalls ist das ganze Zirkular vom 5. ein Akt der Bundespolitik ohne Verständigung mit uns. Rechberg[1]) sagte mir, er zweifle nicht, daß dieser Schritt einen sehr günstigen Eindruck in Berlin gemacht haben werde. In seiner wenig geschickten Manier hob er hervor, daß Oesterreich weit entfernt sei, eine immerwährende Garantie seiner außerdeutschen Besitzungen zu verlangen, denn „eine solche Garantie würde uns eine Art von Recht zur Einmischung in Oesterreichs italienische und orientalische Politik verleihen". Ich erwiderte scherzend: also thaten sollen wir mit, aber nicht raten.

Wenn die Kriegsgefahr näher rücken sollte, so glaube ich an etwa folgende mise en scène der Wiener Politik. Zunächst wird die österreichisch-bayerische Presse fortfahren, die öffentliche Meinung zu montiren; sie findet das bereitwilligste Echo bei allen Inhabern zinstragender Papiere, insbesondere österreichischer; diese hat man überzeugt, daß Preußens unbedingter Anschluß an Oesterreich den Frieden und die Hausse an der Börse sicherstellen würde. Analog bei den kleinen Fürsten, die für die Metalliques ihrer Privatvermögen, für ihre Behaglichkeit, ihre Schlösser und ihre Wildparks in Sorge sind. Dann bei allen geistlichen und weltlichen Ultramontanen, die es gern sehen, wenn Preußen den Blitzableiter für Oesterreich macht, indem es das französische Gewitter auf sich zieht. Endlich bei den vielen ehrlichen Leuten, die mehr großdeutsch als preußisch fühlen. Es ist im ganzen nicht schwer, den deutschen Philister zu Aeußerungen nationaler Erregung hinzureißen. In jeder größeren Versammlung, besonders wenn die Mitglieder nicht militärpflichtig sind und kein Geld aus eigner Tasche geben sollen, ist eine sonore Stimme und eine blühende Phrase vollkommen ausreichend, um einen Ausbruch kriegerischen Nationalgefühls hervorzurufen, der am andern Tag in den Zeitungen einen recht stattlichen Beleg der öffentlichen Stimmung abgiebt.

Wenn wir auf solchen Wegen hinreichend zu der Einsicht gebracht sein werden, daß die öffentliche Meinung von uns den Anschluß an Oesterreich verlangt,

---

[1]) Oesterreichischer Präsidialgesandter am Bundestag.

so denke ich mir auch den Moment gekommen, wo das Wiener Kabinet uns eröffnet, was es im Namen Deutschlands und im eignen Interesse Preußens von uns erwartet, voraussichtlich unter gleichzeitiger Zirkular-Depesche an alle Bundesregierungen. Die Eröffnung an uns wird dann ihre Unterstützung in Sturmpetitionen finden, welche die übrigen deutschen Fürsten an uns richten, in begeisterten Artikeln der „Kölnischen" und der „Spenerschen Zeitung", in patriotischen Adressen sowohl der Inhaber von Metalliques und Staatsbahn als auch einer großen Anzahl sehr ehrenwerter und mit der auswärtigen Politik durchaus unbekannter Leute.

Sollten die Eröffnungen des Wiener Kabinets demungeachtet bei uns noch nicht unbedingte Willfährigkeit finden, so werden die nötigen Anträge am Bunde, nicht von Oesterreich, denn das sähe aus, als ob es in dessen Interesse läge, sondern lediglich im deutschen Interesse, von Bayern, als „dem größten rein deutschen Staate", gestellt werden. Nach Art. 47 der Schlußnote wird man mit erheblicher Majorität auch gegen Preußen beschließen, daß die Bedrohung der Lombardei Gefahr für das Bundesgebiet involvire; dann entwickelt sich die Sache genau verfassungsmäßig nach Art. 38 weiter; danach werden Verteidigungsmaßregeln sofort beschlossen, also das Bundesheer aufgestellt, der Oberfeldherr gewählt, und die Wahl fällt auf den Kaiser von Oesterreich. Dieser Oberfeldherr hat verfassungsmäßig eine diktatorische Gewalt über die Kriegsmittel des Bundes und ist nicht verbunden, seine Operationspläne irgend jemand mitzuteilen (§ 49 des Kriegsverfassungs-Beschlusses vom 11. Juli 1822 und XII der organischen Bestimmungen vom 9. April 1821). Ich weiß nicht, wie weit unser Wille, einer solchen Wendung Widerstand zu leisten, gehen würde; verfassungsmäßig könnten wir nicht viel dagegen einwenden, und von unseren Bundesgenossen glaubt wohl keiner daran, daß wir uns nicht schließlich fügen würden, wenn der Plan von der andern Seite fest und korrekt durchgespielt wird. Sie nehmen im Gegenteil an, daß wir es nicht bis zur Entwicklung einer österreichisch-bayerischen Bundespolitik auf dem Rechtsboden von Art. 47 werden kommen lassen. Und in der That, wenn wir nicht entschlossen sind, gutwillig unseren Strang zu ziehn, so müssen wir schon in früheren Stadien eine Haltung annehmen, der gegenüber den anderen der Mut verginge, uns maßregeln zu wollen.

Unsrer Depesche vom 12. zolle ich meine volle Anerkennung, aber der Haltung unsrer Presse nicht; sie giebt uns zu wohlfeil weg und erschwert das Terrain für die diplomatische Taktik der Folgezeit über Gebühr. Wir sollten mehr kaltes Wasser hineingießen, wie es die „National-Zeitung" mitunter thut: aber viel kälter und viel mehr. Daß Frankreich eingeschüchtert wird, ist unter allen Umständen nützlich, aber auch daß Oesterreich geängstigt wird. Wenn Frankreich doch losschlägt, so ist uns die „freie Entschließung" durch Mitwirkung unserer eignen Presse schon ziemlich schwer gemacht, das

Terrain ist sehr abschüssig gegen ein Bündnis à tout prix und auf Tod und Leben mit Oesterreich geworden, wie auch die Dinge sich wenden mögen.

Ich stehe auf dem Sprunge zur Reise nach Norden und warte nur noch auf Usedom; fast mit Ungeduld, denn ich liebe die Uebergänge nicht. So trübe wie in Berlin, unter dem Einfluß der Grippe und nervösen Niedergeschlagenheit betrachte ich meine Sendung nach Norden nicht mehr; aber recht begeistern kann ich mich doch noch nicht dafür. Meine Kollegen fassen diese Versetzung als disgrâce auf, als Desaveu der Rastatter &c. Politik, deren Träger ich war. Die Ordensverleihung nennen sie ein Pflaster auf meine Wunde und erwarten nun, daß Usedom das goldene Zeitalter der Bundespolitik bringen werde. Ich wünsche ihm Glück zu den Hoffnungen, die er zu enttäuschen haben wird, wenn er nicht den Leporello der österreichischen Don Juan-Politik spielen will.

Den 19. Ich schließe erst heut diese Zeilen, welche ich Sie als freundschaftliche Plauderei aufzunehmen bitte. Gestern hat der Kollege den Umstand, daß ich wegen Unwohlseins seit einigen Tagen das Zimmer hüte, dergestalt mit Besuchen gemißbraucht, daß ich gar nicht an den Schreibtisch gelangt bin. Nach manchem, was ich bei diesen Gesprächen vernommen habe, muß ich glauben, daß Oesterreich neben der uns mitgeteilten Zirkular-Depesche vertraulich und mündlich durch seinen Gesandten noch weitere Wünsche an die Bundesregierungen, wenigstens an die ihm näherstehenden, hat gelangen lassen. Jedenfalls ist dabei den Mitgliedern der gemischten Armeecorps empfohlen worden, sich schon jetzt über die Wahl der Corpsführer zu verständigen, und wenigstens in Dresden und Stuttgart ist, bei Gelegenheit der Depesche vom 5., in den mündlichen Erläuterungen der Vertreter Oesterreichs auf den Art. 47 der Schlußakte Bezug genommen worden. Auch habe ich mich überzeugt, daß der General Schmerling[1]) zu seinen Kollegen in der Militärkommission die Wahl der Corpsführer, die Vorbereitung zur Mobilisirung der einzelnen Kontingente offiziös besprochen und sich ihre Autorisation zu derjenigen vertraulichen Korrespondenz mit den Bundesfestungsbehörden erbeten hat, welche die Umstände erheischen möchten. Ueber letzteren Punkt ist er bereits vor Wochen mit dem General Dannhauer[2]) in Verbindung getreten, wie mir dieser vor einigen Tagen mitteilte. Die andern Besprechungen haben aber, soviel ich weiß, ohne Zuziehung unsers Militär-Bevollmächtigten stattgefunden und den Charakter diskreter Vertraulichkeit gehabt. Jedenfalls ist Neigung vorhanden, und nicht bloß in Wien, die „Bundespolitik“ ohne unsere Mitwirkung richtigzustellen, und nach den zur Zeit der orientalischen Frage hier rückhaltlos in den Sitzungen ausgesprochenen Ansichten der Mehrheit wird die auswärtige Politik eines jeden Bundesstaates, namentlich Preußens, sich der durch die

---

[1]) Oesterreichischer erster Bevollmächtigter in der Bundes-Militärkommission.

[2]) Preußischer erster Bevollmächtigter in der Bundes-Militärkommission.

Mehrheitsbeschlüsse der Versammlung vorgezeichneten Bundes-Politik zu accomodiren haben. Wenn ich Oesterreicher wäre, so wünschte ich mir auch so ein Preußen.

Sobald Usedom mich ablöst, komme ich mit möglichster Beschleunigung. Ich würde gern schnell auf einige Wochen nach Petersburg gehen, um selbst zu sehen, was ich dort zu meiner Einrichtung brauche, was ich von meinen Sachen behalte, was ich neu anschaffe und wo. Die Einrichtung ist eine harte Nuß, die ich wohl ohne einen privativen Schaden von 10 bis 20000 Thalern nicht werde knacken können.

In der Hoffnung auf baldiges Wiedersehen bin ich mit freundschaftlicher Hochachtung

der Ihrige

v. Bismarck.

*

An Herrn Gruner.

Frankfurt, den 24. Februar 1859.

Eurer Hochwohlgeboren sage ich meinen verbindlichsten Dank für das gefällige Schreiben von vorgestern. Wenn ich vor meiner Abreise noch mit einigen Zeilen darauf antworte, so geschieht dieses, weil ich den Tag der ersteren noch nicht sicher bestimmen kann. Ich bin seit meiner Rückkehr aus Berlin noch nicht gesund gewesen, muß eben wieder das Zimmer hüten, und möchte eine so große Reise doch nicht mit der Gefahr antreten, unterwegs fremden Aerzten in die Hände zu fallen und in einem russischen Posthause das Zeitliche zu segnen.

Ich schreibe hauptsächlich, um Sie zu bitten, daß Sie den General Dannhauer und sein Thun in der Militärkommission im Auge behalten. Ich kann ihn nicht zwingen, mit mir die Geschäfte zu besprechen; seit meine Abberufung bekannt ist, bewegt er sich vollkommen unabhängig, was mich bei seiner gänzlichen Urteilslosigkeit in politischen Dingen mit einiger Sorge erfüllt.[1]) Sein österreichischer Kollege hat ihn in der Tasche und benutzt ihn, wie er will. Bei der eigentümlichen Stellung der Militärkommission können deren Beschlüsse in Zeiten wie die heutigen zu Demonstrationen benutzt werden, die hinter einer Bundes-Mobilmachung der Wirkung nach wenig zurückbleiben. Die Geheimhaltung ist unmöglich, denn durch den holländischen Bevollmächtigten und die dänische Gesandtschaft wird, wenigstens in Paris, alles bekannt; nicht durch die Herren persönlich, aber durch ihre Höfe.

Kommen kriegerische Vorlagen aus der Militärkommission an den Ausschuß, so ist der Bund von der politischen Tagesfrage saisirt. Der Widerspruch kann in der Kommission technischer Natur sein, im Ausschuß schon wird er zur politischen Diskussion. Wollen wir letztere am Bunde vermeiden, so müssen wir

---

[1]) In der That stellte der General Dannhauer Ende Februar mehrere Anträge in der Bundes-Militärkommission, welche aber sofort von Berlin aus desavouirt wurden.

solchen Anträgen, die uns zu weit gehen, in der Militärkommission technisch entgegentreten. Dem General Dannhauer fehlt die Einsicht und die Besonnenheit, und seit er von Berlin zurück ist, schwindelt ihm der Kopf von politischen Besprechungen, die er mit dem Regenten und dem Minister gehabt hat. Er wird uns hier „vertraulich" in Anträge der Militärkommission engagiren und kompromittiren, ehe er es selbst merkt.

Ein Privatbrief aus Berlin sagt mir, daß ich Rechenberg nach Petersburg bekommen soll. Das ist doch wohl nicht Ernst? Ich hatte gehofft, daß darüber wenigstens nicht ohne Anhörung des beteiligten Gesandten würde entschieden werden, besonders bei einer Stellung, wo der Sekretär so gut wie Mitglied der Familie des Gesandten wird. Auch in geschäftlicher Beziehung ist ein gewisser Grad von persönlichem Vertrauen des Gesandten zu seinen Beamten erforderlich, wenn ersterer verantwortlich für den Betrieb bleiben soll. Wenn wirklich von Rechenberg die Rede ist, so möchte ich Sie bitten, bei dem Herrn Minister zu befürworten, daß nicht ohne Besprechung mit mir über die Sache entschieden wird. Die Besetzung eilt ja nicht, und ich kann recht gut ohne Sekretär bestehen.

Mit der Bitte, daß Sie diesen flüchtigen Zeilen ihren privativen Charakter bewahren wollen, bin ich in freundschaftlicher Hochachtung und Ergebenheit

der Ihrige

v. Bismarck.

*

An Herrn Gruner.

Petersburg, den 14./2. Mai 1861.

Verehrtester Herr und Freund!

Mit dem verbindlichsten Dank habe ich durch den letzten Kurier Ihr freundliches Schreiben vom 5. erhalten, und war es mir besonders lieb, aus demselben einige Fingerzeige über unsere deutschen Beziehungen zu entnehmen, für welche ich mich der Teilnahme, die ich ihnen 8 Jahre hindurch unter ungünstigen Verhältnissen zuzuwenden hatte, noch nicht entschlagen kann, und über welche die sonst so dankenswerten Mitteilungen der Berichte meiner Kollegen mir spärlicheres Material gewähren als über die europäischen Tagesfragen. Die günstigere Haltung Mecklenburgs und Badens ist höchst erfreulich, und hat besonders Roggenbach den Ruf, unser Freund zu sein; ich hoffe, Flemming spielt ihm auf seinem Cello die wohlthuendsten Melodien. Solange aber nicht das Metall in der Hitze kritischer Situationen flüssiger wird, werden wir der würzburgisch-österreichischen Koalition doch nicht das Terrain abgewinnen, dessen wir in Deutschlands Gesamtinteresse bedürfen. Schrenk in München ist vergleichsweise eine ehrliche Natur, aber offensiv katholisch, hartköpfig und, wenn er einen Anschluß wählen soll, immer lieber für den an Oesterreich. Etwas schlimmer schon ist Hügel; Dalwigk ist der Rheinbunds-Mann vom schmutzigsten

Wasser und ihm kein Wort zu glauben, und wenn er auf Ehre und Seligkeit schwört; er ist bei jeder Konspiration beteiligt, die von der russischen bis zur spanischen Grenze gegen uns gezettelt werden mag; seine beste Seite ist seine Furchtsamkeit. Die schlimmsten Klippen aber bleiben, außer Rechberg, immer Beust und König Georg in Hannover; die werden uns gutwillig nicht eines Haares Breite einräumen. Ich weiß nicht, ob wir Mittel und Absicht haben, durch Anregung bayerischer ehrgeiziger Gelüste auf das achte Armeecorps München für uns zu gewinnen; sonst werden unsere militärischen Anträge immer Oesterreich, die vier Königreiche, beide Hessen und Holstein gegen sich haben, und Nassau-Braunschweig vermag uns eine Majorität von 9 gegen 8 zu geben, aber Beschlüsse, wie wir sie brauchen, bedürfen der Stimmeneinhelligkeit. Haben wir also auf dem Wege verfassungsmäßiger Anträge und Beratungen irgend welche Aussicht, aus der jetzigen Verfahrenheit der deutschen Wehrkraft herauszukommen? Es scheint, daß wir es noch hoffen, sonst hätten wir den Antrag vom 2. cr. nicht gestellt. Und wenn er angenommen wird, so haben wir die Anweisung auf Verständigung mit Wien, Stein statt Brot. Haben wir ein Symptom, nach welchem wir von Rechberg etwas anderes erwarten dürfen, als er 1850 und von 1855 bis heute in betreff unser gethan hat? Er würde uns längst dahin gebracht haben, ihm gerührt in die Arme zu sinken, wenn er auf die Verständigung mit uns einen kleinen Teil von dem guten Willen verwenden wollte, den er aufbietet, um Rußland zu gewinnen, zu Thuns Verzweiflung, der die Sisyphus-Arbeit satt hat. Wenn Napoleon die Hand dazu bieten wollte und könnte, so würde er um eine mehr oder weniger katholisierende Entente cordiale in Wien nicht lange zu bitten brauchen. Man wirft mir blinden Haß gegen Oesterreich vor; aber ich wäre noch heut, wie im Stande politischer Unschuld vor 10 Jahren, bereit, mich ehrlich mit Oesterreich zu verbinden, so schwach es seitdem geworden ist, wenn ich den kleinsten Beweis von gutem Willen für uns an der Donau zu entdecken vermöchte. Mit der kaltblütigen Parteilosigkeit eines beobachtenden Naturforschers spreche ich die Ueberzeugung aus, daß das Wiener Kabinet zwar die alte heilige Allianz mit Rußland und einem durch beide bevormundeten Preußen aus Sicherheitsgründen in erster Linie erstrebt, aber ebenso gern das Schwarzenbergische Drei-Kaiser-Bündnis oder einen westmächtlichen Dezemberbund eingeht und sich, wenn Napoleon will, lieber mit ihm allein einläßt, als mit irgend einer Konzession auf dem Präsentierteller an unsere Thür zu klopfen. Daß es, wie einzelne Zeitungen drohen, mit national-deutschen Anträgen am Bunde vorgeht, glaube ich nicht; es würde die außerdeutschen Großmächte dadurch herausfordern. Auch wir werden nichts der Art thun. Es unterbleibt also. Wie dieser Mangel an politischer Bewegung, diese Stagnation auf dem Gebiet nationaler Politik bei uns wirkt, geht aus der Thatsache hervor, daß unser öffentliches Leben seit 6 Monaten von Stieber-Schwark und Patzke zehrt.

Man fragt sich mit Recht: wie kann ein Staat wie Preußen, der gut regiert sein soll, ein intelligentes Volk in dieser Lage Europas an solchen Misèren ersticken? Ist der Haß der Unterthanen gegen ihre Obrigkeit so groß, daß auf Anlaß solcher Lappalien die ganze Presse einstimmig über das ganze Regierungssystem herfällt und Europa mit ihren Anklagen über die Verworfenheit preußischer Beamten erfüllt? Wir haben das Interesse an Politik großgezogen im Volke und füttern es nicht, da sucht es sich seine Nahrung in der Gosse und im Kehricht. Was wäre unsere Presse seit dem Herbst ohne Stieber, Macdonald und Patzke, ohne die Hosen und Pferde der Schutzmänner von Berlin geworden?

Ich wende mich zu etwas Erfreulicherem: ich bin recht froh, daß die Grundsteuer abgethan ist. Ich halte sie für eine sehr ungerechte Steuer, aber seit 6 Jahren habe ich meinen Parteigenossen zugeredet, dem Moloch der Zeit dieses Opfer zu bringen, ohne so viel Anklang zu finden, daß ich in anderer Form als der einer isolirten Apostasie mich öffentlich hätte in diesem Sinne aussprechen können. Die öffentliche Meinung wird durch dieses Votum übrigens doch nicht mit dem Herrenhause ausgesöhnt werden. Ich bin von Hause aus kein Anhänger dieser Institution, so wie der Hochselige König sie geschaffen hat, gewesen, ich finde ihre Unterlage zu dünn und willkürlich. Bei der Einrichtung wurde meine Ansicht gelegentlich erfordert. Ich stimmte für eine auflösbare gewählte Repräsentation der gesamten Rittergutsbesitzer der Monarchie, mit einem Kern erblicher Pairs von Standesherren und großen Magnaten, so viel wir deren haben. Ich fiel aber im Kabinet gegen Niebuhr,[1]) der dabei war, glänzend durch. Ich würde noch heute raten, eine verfassungsmäßige Reform in dieser Richtung anzustreben, wenn die Sache Leben behalten soll.

In der holsteinischen Sache bedaure ich, daß wir die englischen Vermittlungsbestrebungen so kühl und kurz abgelehnt haben. Könnten wir allein mit dem Bund etwas Tüchtiges in der Sache herstellen, so wäre es sehr gut; da sie aber nur als tote Last auf unsern Schultern ruht, so hätte ich wenigstens die Zeit mit Unterhandlungen betrogen und guten Willen gezeigt. Gortschakow hat meines Erachtens ganz recht, wenn er sagt, Schleswig ist keine rein deutsche Sache, der Ehrenpunkt, fremde Vermittlung in innern Angelegenheiten fern zu halten, greift also nicht Platz. Daß die englischen Vorschläge so ohne weiteres annehmbar wären, will ich nicht behaupten, aber ich hätte es lieber gesehen, wenn wir uns der Verhandlung nicht versagt hätten. Es hätte die Sache auf Papier und in die Länge gezogen und uns ein versöhnliches, billig denkendes Ansehen gegeben. Quid nunc?

Den 15. Ich werde nächstens ein Urlaubsgesuch einreichen; ich kann nicht wieder wie im vorigen Jahre der einzige Sommer-Gesandte im Peters-

[1]) Kabinetsrat Friedrich Wilhelms IV.

burger Staube sein, ich bedarf einer Auffrischung und Luftveränderung, und hier ein Landhaus zu nehmen, erlaubt mein Budget nicht. In vierzehn Tagen bin ich ein Jahr mit Familie hier; in dem Jahre habe ich, bei verhältnismäßig strenger Einschränkung und Verzicht auf jede Repräsentation, über 38000 Thaler ausgegeben und noch mehr als 2000 Rechnungen zu bezahlen. Schon aus wirtschaftlichen Rücksichten muß ich Urlaub haben; meine Familie schicke ich diese Woche schon fort und lasse sie bis zum September auf Grasung in Pommern. Thun sagt, daß er im Herbst nicht wiederkommt, weil er sich zu sehr derangirt; er hat freie Wohnung und 60000 Gulden mit 15 % Kursentschädigung = 34000 Thaler, mit der Wohnung etwa 42000 zu rechnen, und seine Frau sagt mir, daß sie im letzten Jahr 14000 Thaler zugesetzt haben. Napier hat 7800 Pfund Sterling (55000 Thaler) und erklärt mir, daß er, unter Zusetzung seines eigenen mäßigen Einkommens, doch nur als bescheidener Privatmann und nicht auf dem Fuße eines Botschafters existiren könne. Er will lieber mit 5000 Pfund Sterling in England leben als hier mit 10. Ich will versuchen, wie weit mich einiger Urlaub ins Gleichgewicht bringen kann; gelingt es nicht, so bin ich à bout de mon latin. Die Geschäftsträgerzulage, eine überall ganz unmotivirte Einrichtung, ist hier auf etwa 300 Thaler monatlich bemessen; ein Sündengeld für einen Geschäftsträger, dessen allseitige Unbeliebtheit (in geschäftlicher Hinsicht) mich der Gefahr einer Urlaubsverweigerung aussetzt.

Von den deutschen Kollegen hat sich Könneritz [1]) bereits aus dem Staube gemacht. Münster [2]) geht am Sonnabend, zu meiner Freude, denn einen leidenschaftlicheren Gegner haben wir kaum in Deutschland, und dabei ein verlogener Intrigant, der hier bei aller Welt Unkraut gegen uns ausstreut; er bringt zum Glück der Kosten wegen immer nur vier Wintermonate hier zu.

Ich komme noch einmal auf Dänemark zurück. Läßt sich nicht in der Presse die Exekutions- und Kriegsfrage mit der Oberfeldherrnfrage in der Art in Verbindung bringen, daß man schreiben läßt: es sei unter den jetzigen Bundesmilitärverhältnissen von Preußen nicht zu verlangen, daß es anders als zur Notwehr Schritte thue, welche schließlich zu Kriegen im großen Stile führen könnten; die jetzige Kriegsverfassung biete nicht die nötigen Garantien der Probehaltigkeit, um uns auf sie für Notfälle verlassen zu können; wenn angegriffen, so müßten wir mit ihr schlagen, wie es geht; zu aktivem Vorgehen aber könnte sie wenig ermuntern, angesichts des Würzburger Separatismus u. s. w.? In der „Zeit“ würde sich dergleichen ganz gut ausnehmen. Ich kenne dieses Blatt zwar nicht, sondern bin nur durch einen mir anonym aus Frankfurt zugegangenen Artikel darauf aufmerksam geworden, in welchem

---

[1]) Der sächsische Gesandte.

[2]) Der hannoversche Gesandte.

ich als eine leidliche Spezies von junkerhaftem Rüpel figurire, der nur den Fehler gehabt habe, zu sehr mit Beust und Pfordten zu liebäugeln. „Der kennt mir jenau,“ würde Schultze oder Müller sagen. Ich habe in Frankfurt, außer auf stricten Befehl, nur in einer Reaktion die Hand im Spiele gehabt, das war die von Hannover, und die Früchte dieser Saat, die ich dem Hochseligen König zu Allerhöchstdessen höchster sittlicher Entrüstung gerade so vorhersagte, wie wir sie heute in der Stimmung des hannoverschen Volkes erkennen, sind, wie mich dünkt, nicht ganz ungünstig für preußische Interessen ausgefallen. Man muß nur auch darauf Bedacht nehmen, sie zu ernten; sonst faulen sie auf dem Felde und stinken in unsere eigene Nase.

Wir haben augenblicklich, 15. abends, 1 Grad Frost, und die Newa treibt so dicht mit morgengroßen Eisschollen, als wollte sie von neuem zugehen, die Sendung aus dem Ladoga- und Onegasee, die seit vierundzwanzig Stunden die ganze Wasserfläche deckt. Ein freundliches Land, wohl wert, Schulden zu machen, um hier leben zu können. Die Jagd ist das einzige versöhnende Moment der Situation.

Unser verehrter Chef hat mir auf eine Anfrage wegen meiner amtlichen Stellung im Verhältnis zum Militärbevollmächtigten noch nicht geantwortet; ich kann mir denken, daß Allerhöchsten Ortes die Entscheidung über die Unklarheiten dieser Fragen Bedenken findet. Ist denn in der Huldigungs- und Krönungsfrage schon ein Beschluß gefaßt?

Es wäre sehr liebenswürdig, wenn Sie bei der nächsten Adlergelegenheit wieder einige Tropfen Tinte für mich übrig hätten; Sie sehen aus der Länge, zu der ich den geringen Stoff zum Antworten ausspinne, wie dankbar ich für die Brosamen außerordentlicher Nachrichten bin, die Sie mir von Ihrem wohlbesetzten Tische zukommen lassen.

In aufrichtiger und freundschaftlicher Ergebenheit

der Ihrige

v. Bismarck.

*

An Herrn Gruner.

Petersburg, den 31. Mai 1861.

Verehrtester Freund,

ich bin Ihnen wahrhaft dankbar, daß Sie mir wiederum geschrieben haben, wenn ich auch bei jedem Anlaß, der mein Interesse an der deutschen Politik näher anregt, mich unerfreulicher Empfindungen nicht erwehren kann. Oesterreich und die Würzburger können wir wenigstens nicht beschuldigen, daß sie uns durch erheuchelte Sympathien über ihre wahren Gesinnungen täuschten. Dem ungeachtet scheint mir unsere Gesamtpolitik darauf zugeschnitten, daß wir in

dem Wohlwollen des österreichischen und der mittelstaatlichen Kabinete unseren Rettungsanker für die Not erwarten. Solange wir selbst unsere Situation ausschließlich aus dem Gesichtspunkte der Hilfsbedürftigkeit gegen Frankreich auffassen und uns nicht getrauen, Gefahren von dort her selbst abzuwehren, oder doch darauf zu rechnen, daß der Bestand Preußens für England und Rußland, selbst für Oesterreich, fast ebenso notwendig ist als für uns, so lange wird man uns auch von Wien bis Darmstadt mit vornehmer Ueberlegenheit behandeln. Wir tragen es in Ergebung, denn wir erwarten unsere Rettung von den mächtigen Kriegsherren der gemischten Armeecorps und von der Fülle der Kraft, welche Oesterreich aus der Treue seiner Völker und aus der Blüte seiner Finanzen schöpft. Verzeihen Sie mir, wenn die Quelle langjähriger Gallenergießungen bei jeder Berührung von neuem fließt; ich will mich bescheiden, daß mein nordisches Exil unter anderem auch den Vorzug für mich hat, mir in betreff deutscher Politik sagen zu können: was deines Amtes nicht ist, da laß deinen Fürwitz.

In der dänischen Frage hofft England auf eine Londoner Konferenz, zu 5 oder zu 7, mit Schweden. Ich kann mir Vorbedingungen für eine solche Kombination denken, vermöge deren es relativ (und die Politik ist eine Wissenschaft des Relativen) für uns das Beste wäre, die Sache in die verlängerte Schwebung zu bringen, welcher sie notwendig anheimfällt, wenn sie Gegenstand der Instruktionseinholungen von 7 Konferenzgesandten auf der einen und von 35 Bundestäglern auf der andern Seite wird. Diese Vorbedingungen, deren Feststellung man immerhin als Aufgabe mit in die Konferenz nehmen könnte, würden die provisorischen Zustände Holsteins angehen.

Sie fragen mich in Ihrem Schreiben, wie in meiner Abwesenheit die Geschäftsträgerfrage geordnet werden soll. Ich hatte darauf gerechnet, daß Croy mich vertreten würde. Ist der dazu nun ein für allemal unfähig, so folgt doch daraus meines Erachtens mit Notwendigkeit, daß er hier nicht bleiben kann. Den hiesigen Gesandten ohne dieselbe Möglichkeit eines Urlaubs zu lassen, deren sich seine günstiger situirten Kollegen erfreuen, scheint mir eine Härte, die den sonstigen Traditionen unserer auswärtigen Verwaltung nicht entspricht. Ich war im vorigen Sommer der einzige in der Stadt anwesende Gesandte; ich kann nicht einmal dem Minister aufs Land folgen, wie meine Kollegen, denn ich habe täglich verantwortliche Geschäfte in der Kanzlei. Die unzähligen Reklamationen meiner circa 60000 Schutzbefohlenen und 150000 jährlich die russische Grenze überschreitenden Landsleute sind so heterogener Natur, und zum Teil so geeignet, bei unrichtiger Auffassung zu amtlichen oder publizistischen Beschwerden zu führen, daß der, welcher seine Unterschrift dazu giebt, auch die Natur jedes Falles bestens kennen muß. Nicht der zehnte Teil der Arbeit kommt zur Kenntnis des hohen Ministeriums, und nach den hiesigen Zuständen muß ich täglich in eigenhändigen offiziösen Privatschreiben an alle

mögliche Beamte im Reich die Sachen betreiben. Kurz, ich habe, wenn ich meine Schuldigkeit thun will, eine Arbeitslast, wie keiner meiner Kollegen, hier oder anderswo; es beruht hier eben alles auf Willkür und Gefälligkeit, und ein Besuch in höflicher Form richtet zu Gunsten eines beschädigten Preußen mehr aus als die gerechteste Sache.

Wenn ich aber das Jahr hindurch meine Person so einsetze, so glaube ich auch auf eine Erholung im Sommer, also auf einen vertretungsfähigen Sekretär Anspruch machen zu dürfen, sonst gehe ich mit meinen Nerven in die Brüche. Sie werden mir sagen, daß man ja die liebenswürdigste Bereitwilligkeit zeigt, mich abzulösen, eine solche Vertretung aber durch einen andern Gesandten würde ohne Zweifel von traurigen Folgen für mein schon derangirtes Budget begleitet sein, denn der Minister wird nicht immer so wohlwollend mit mir abrechnen können wie im vorigen Jahre. Ich vermag nicht in jedem Jahre, wie in den letzten 12 Monaten geschehen, 10000 Thaler ex propriis zuzusetzen, und so schwer es mir werden würde, auf die Beschäftigung und Stellung, an die ich mich gewöhnt habe, zu verzichten, so kann ich doch das Vermögen meiner Kinder nicht untergraben. In dieser Hinsicht würde ich, bei uns auf dem Lande lebend, selbst ohne Dispositionsgehalt angenehmer gestellt sein als hier.

Meine Hoffnung war darauf gerichtet, durch Abwesenheit von hier etwas mehr Gleichgewicht in mein Budget bringen zu können, obschon ich nicht den ganzen Haushalt von Leuten, Pferden und Wohnung jetzt auflösen und im Herbst neu einrichten kann. Meine Frau geht in 3 Tagen nach Pommern und bleibt dort bis Ende September. Ich selbst würde ihr gern Anfang Juli, wenn die Seebad-Saison beginnt, folgen und vor Ende August wieder herkommen. Sollte ich aber diese Exkursion mit erheblichen Vertretungskosten bezahlen müssen, so würde ich mich lieber auf genau 4 Wochen Seebad einschränken oder ganz hier bleiben und durch verminderte Anstrengung im Dienst das Gleichgewicht meiner Kräfte herzustellen suchen: ein System, bei welchem sich manche Kollegen ganz vortrefflich befinden. Ein früherer Vorgesetzter hat mir ohnehin gesagt, daß diensteifrige Gesandte durchaus nicht zu den Annehmlichkeiten des Ministeriums gehören, und die Präsumtion, daß jeder in gleichem Maße seine Schuldigkeit thäte, bei uns nicht leicht zu entkräften sei.

Ich weiß nicht, daß die Sekretärstelle in Brüssel augenblicklich vakant ist; wenn es wäre, so sollte ich meinen, daß dieses eine Fügung der Providenz für Croy ist; in Brüssel leben ihm Verwandte aller Art, er ist zur Hälfte Belgier, nahe bei seiner Heimat, und man sagt mir, daß er eine Pariserin heiratet, die keine erhebliche Mitgift hat. Ob ihm der Herzog so viel geben wird, daß er verheiratet hier leben kann, weiß ich nicht; als Garçon im vorigen Jahre hat er, wie er gelegentlich äußerte, 8000 Thaler zugesetzt, obschon er freie Station bei mir hat. Ich zweifle kaum daran, daß ihm Brüssel ganz willkommen sein wird, wenn die Niederlage der guten Meinung vor sich selbst

erst verschmerzt ist. Wäre ich sicher, daß die Vakanz vorhanden ist, so würde ich ihm selbst schreiben, um sie seiner Beachtung zu empfehlen. Falls seine hiesige Stelle vakant wird, so kann ich für dieselbe niemand als den zweiten jetzigen Sekretär, Schlözer.[1]) vorschlagen. Ich sollte zwar nach dem Erlebnis mit Croy mich hüten, eigne Vorschläge zu machen; aber ich wüßte nicht, wie ich Schlözer augenblicklich hier entbehren sollte. Daß er in der seit Jahren innegehabten Stellung als zweiter Sekretär unter einem neuen und an Jahren jedenfalls jüngeren ersten verbleibt, kann ich von ihm kaum erwarten, obschon ich ihn nicht darüber befragt habe. Er ist verhältnismäßig in reiferen Jahren und wohlhabend genug, um selbständig leben zu können. Er ist der einzige, an dem ich bisher eine wirkliche Hilfe im Arbeiten habe, und die Lokalkenntnis nebst den Personalbeziehungen zu den hiesigen Beamtenkreisen, die er sich erworben hat, sind so lange nicht zu missen, als nicht ein andrer Beamter der Gesandtschaft ihn darin ersetzen kann. Dabei bewährt er für jeden unter den Tausenden von Unterthanen, welche des Beistandes der Gesandtschaft bedürfen, das thätigste Interesse, wie es schwerlich ein andrer Sekretär leisten würde. Ich kann nicht wohl mehr arbeiten, als geschieht, und wenn ich an Schlözers Stelle für das massenhafte Fach der Intercessionalien einen andern anlernen sollte, so weiß ich nicht, wo ich die Zeit hernehmen könnte, nachdem ich meine gesellschaftlichen Beziehungen aus Zeitmangel schon auf das dienstlich notwendigste Maß habe beschränken müssen. Schlözer ist im Umgange mit Vorgesetzten schwierig, und ich habe anfangs üble Zeiten mit ihm durchgemacht, aber seine dienstliche Tüchtigkeit und Gewissenhaftigkeit hat meine Verstimmung vollständig entwaffnet. Auch Gortschakow hat mir, bei seiner wiederholt ausgesprochenen Abneigung, mit Croy zu verhandeln, empfohlen, ihm lieber Schlözer zu schicken, mit dem er ganz gut fertig werden würde. Im Sommer tritt hier stets eine Zeit der Ruhe ein. Gortschakow braucht, wenn er von Moskau zurückkommt, in Zarskow und Peterhof beliebige Kuren, wird später wahrscheinlich den Kaiser auf seiner Reise nach der Krim begleiten, da er ihn nicht gern aus den Augen läßt. Da glaube ich, daß Schlözer mit Holstein und ohne Croy auf einige Wochen den Geschäften wohl vorstehen könnte, zumal um diese Zeit fast alle Gesandten Petersburg verlassen und ein geschäftlicher Stillstand mit Ausnahme der Unterthanensachen eintritt.

Bevor ich ein förmliches Urlaubsgesuch einreiche, möchte ich gern über die Frage meiner Vertretung und deren Kostenpunkt Gewißheit haben. Tritt eine solche ein, so wäre mir Harry Arnim der angenehmste und nützlichste Ersatzmann, falls er disponibel und geneigt dazu ist.

In politischen Geschäften ist hier augenblicklich nicht viel zu thun, weil Gortschakow fort ist. Tolstoj, nachdem ich ihn gestern endlich gesprochen, sagt

[1]) Später Gesandter beim Vatikan.

mir, daß er noch dans les ténèbres sich befinde, und sich erst zum Licht hindurch arbeiten müsse. Er thut das mit zögernder Vorsicht, kommt nur Donnerstags und Freitags für uns zur Stadt und ist daneben durch Krankheit seiner Frau präoccupirt.

1. Juni. Ich wollte noch einige betrachtende Zeilen über innere Zustände dieses Landes hinzufügen, bin aber durch so viel Solizitanten den Morgen über in Anspruch genommen worden, daß der Dampfer, für den ich schreibe, schon starke Wolken von Rauch vor mein Fenster treibt, bevor ich dazu kam, diese Zeilen zu schließen, und ich kann nur noch den Ausdruck freundschaftlicher Verehrung zufügen, mit der ich bin

Ihr ergebenster

v. Bismarck.

*

An Herrn Gruner.

Petersburg, 12. Juni 1861.

Verehrtester Herr und Freund!

Mit dem verbindlichsten Dank habe ich durch die Adlerfittiche unsers alten Reffner Ihr Schreiben vom 7. gestern erhalten. Ich bin sehr erbaut von der klaren und treffenden Auseinandersetzung Richthofens [1]) und hoffe, daß der Exekutionspassus der Thronrede nur der Dampf einer blinden Salve ist, hinter dessen Wolke wir eine veränderte Frontstellung nehmen. Die Erklärung Bayerns, sich bei etwaiger Exekution nicht beteiligen zu wollen, scheint mir ein providentieller Fingerzeig. Wir haben seit vier Jahren mit Erfolg daran gearbeitet, dieser dornenvollen und für jetzt unfruchtbaren Frage den Charakter einer auf Preußens Schultern ruhenden Privatlast zu benehmen und sie der Bundeskorporation als Gemeindelast zuzuweisen. Lassen wir uns von diesem System nicht wieder abdrängen. Diese voreilige Weigerung Bayerns in Verbindung mit der ganzen Würzburger Sonderbündelei könnte uns bei einiger Vorbereitung durch die Presse wohl Anhaltspunkte bieten, unsern Eifer in Sachen Schleswigs zu mäßigen, ohne eine Verschuldung dabei auf uns zu laden. Ich würde publizistisch und offiziell erklären, daß das Gebot der Notwehr uns zwar auf dem Platz finden, wir aber freiwillig nichts thun würden, wodurch Kriegsgefahren für Deutschland heraufbeschworen würden, solange die Kriegsverfassungsfrage nicht befriedigender als jetzt geordnet ist. Mit dem hiesigen Kabinet ist geradezu nichts zu machen, solange Gortschakow nicht zurück ist. Tolstoj ist der reine know-nothing, Fragen wie die dänische sind gar nicht mündlich mit ihm zu verhandeln; wenn man praktischen Erfolg davon haben

[1]) Der Vater des jetzigen Unterstaatssekretärs im Auswärtigen Amte.

will, so verweist er sie auf schriftlichen Weg, „écrivez-moi un petit mot là-dessus“, und das schickt er nach Moskau. Wir Diplomaten sind hier augenblicklich für politische Geschäfte ganz überflüssig, und Napier ist so gereizt darüber, daß im nächsten Blaubuch wohl einige Sottisen über Tolstoj zu lesen sein werden. Es könnte keine bessere Zeit geben, auf Urlaub zu gehen, als gerade jetzt; es ist nur noch nicht die Jahreszeit zum Seebade. Croy hat einen Brief an Holstein geschrieben, aus dem hervorgeht, daß es mit dem Befinden des alten Herzogs immer schlechter wird, und er aus diesem Grunde gern noch länger in Dülmen bleiben würde. Vielleicht kommt er in Berlin um Urlaub ein, gegen dessen Bewilligung ich meinerseits keine Bedenken haben würde. Ich glaube in der That, daß Schlözer die politischen Geschäfte, die hier in der saison morte überhaupt gemacht werden können, während Minister und alle Gesandte auf dem Lande sind, ausreichend besorgen würde. Soll aber eine Vertretung stattfinden, so ist es für die Legations- wie für meine Kasse immer besser, den ersten Sekretär als den Minister plenipo vertreten zu lassen. Ich meine damit, daß Croy sicher um Urlaub einkommt, sobald er erfährt, daß man ihm die Geschäfte nicht anvertrauen will, und wird ihm für den Herbst Brüssel in Aussicht gestellt, so nimmt er vielleicht längeren Urlaub. Dann würde ich primo loco vorschlagen, Schlözer und Holstein für die Zeit meiner Abwesenheit allein hier zu lassen. Holstein hat Anlage, ein recht guter und fleißiger Arbeiter zu werden. Findet dieser Gedanke aber die hohe ministerielle Billigung nicht, so möchte ich anheimstellen, Harry Arnim zu fragen, ob er nicht glaubt, daß seine Augen sich in der kühlen und feuchten Luft Finnlands eher erholen als verschlimmern würden; glaubt er ersteres, so wäre er, wie mir scheint, ganz der geeignete Mann und würde auch auf Gortschakow einen guten Eindruck machen; das ist hier ja doch die alleinige Hauptsache und bei Perponcher, den ich in petto wittere, durchaus nicht der Fall gewesen. Gortschakow hat über ihn ganz analoge Sarkasmen, wie über Croy in Umlauf gesetzt. Magnus hat zu viele Verwandte in Rußland, von denen er sich nicht würde freihalten können; er vermöchte hier keine gesellschaftliche Position zu gewinnen. Ich möchte einstweilen nur gern darüber Gewißheit haben, ob beabsichtigt wird, eine Vertretung auf meine Kosten herzuschicken. Ist das der Fall, so müßte ich zunächst wissen, wie teuer mir diese Operation werden würde. Alles ist relativ in der Welt, und der dringlichste Urlaub kann zu kostspielig, der angenehmste Gesandtschaftsposten ruinös werden. Ich kann, wenn es sein muß, mich auf vier Wochen Urlaub für Seebad einschränken; eine weitere Ausdehnung desselben würde zur Erholung meiner Gesundheit zuträglich und daneben ein dringliches finanzielles Bedürfnis für mich sein. Ob ich letzteren Zweck dabei erreiche, ist aber durch die Anregung der Vertretungsfrage für so lange unsicher geworden, als ich nicht weiß, wie die Reise- und Vertretungskosten bestritten werden sollen. Für jede An-

deutung in dieser Beziehung würde ich sehr dankbar sein, und wenn ich darüber beruhigt bin, werde ich mich bemühen, vom Minister eine wohlwollende Entscheidung in betreff der Dauer des Urlaubs zu erlangen.

Montebello betrachtet die Anerkennung des Königreichs Italien durch Napoleon als sicher und behauptet, daß sie schon vor dem Tode Cavours beschlossene Sache gewesen sei. Er ist in der Hauptsache glaubwürdig, weil er eher wünschen würde, daß sie nicht erfolge. Ich werde mich bemühen, näheres darüber zu erfahren, um Sonnabend mit dem Kurier (Adler) schreiben zu können. Diesen Brief schicke ich durch Privatgelegenheit.

Schlözer meldet sich eben krank; sollte das ernstlich werden, so muß ich seine Herstellung abwarten, bevor ich an Reisen denke, sonst steht die gesandtschaftliche Maschine still, Croy mag wiederkommen oder nicht. Schlözer ist halskrank und augenblicklich außer stande, zu sprechen. Für heute muß ich schließen; leben Sie wohl und erfreuen Sie mich bald mit einer antwortenden Zeile. In aufrichtiger Verehrung Ihr

ergebenster

v. Bismarck.

Amtliche Leute sagen mir, daß wider Erwarten ein Statthalter Polens ernannt, der Name aber strenges Geheimnis sei. Vielleicht ist Murawiew gemeint, dessen Verwandte mir aber sagen, daß er abgelehnt habe, nachdem er sich in Warschau selbst die Dinge angesehen.

*

An den Vorsitzenden des Bismarck-Stipendiums in Straßburg,
Herrn Ernst Magnus in Berlin.

Berlin, den 19. April 1873.

Mit lebhafter Genugthuung habe ich von dem günstigen Erfolge Kenntnis genommen, welcher nach der gefälligen Mitteilung vom 17. d. M. die Bemühungen des von Eurer Wohlgeboren vertretenen Komites um Begründung eines Stipendienfonds bei der Universität Straßburg begleitet hat. Ich bitte Sie, meinen Dank dafür sowie die Versicherung entgegenzunehmen, daß die Verbindung, in welche das Komite die Stiftung mit meinem Namen gebracht hat, mir zur dauernden Freude gereichen wird. Mit Ihnen wünsche und hoffe ich, daß durch die Hilfe der Stiftung manche junge Kraft in den Stand gesetzt werde resp. sich dem Dienste und der Pflege der Wissenschaft zu weihen.

Gegen die mir übersandte Stiftungsurkunde nebst Statut walten Bedenken nicht ob. Ich habe dieselbe Seiner Majestät dem Kaiser mit der Bitte vorgelegt, der Universität Straßburg zur Annahme der Schenkung die Allerhöchste Ermächtigung zu erteilen.

Nach Eingang der Allerhöchsten Bestimmung werde ich die Urkunden dem Komite wieder zugehen lassen. Die Reichshauptkasse wird demnächst Ihrem Wunsche entsprechend Anweisung erhalten, den bei ihr von der Aachen-Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft deponirten, für die Stiftung bestimmten Betrag der Landeshauptkasse zu Straßburg noch vor dem 1. Mai d. J. zu überweisen.

Der Reichskanzler
v. Bismarck.[1])

*

An den Feldmarschall Freiherrn v. Manteuffel.[2])

Varzin, den 8. November 1875.

Ich danke verbindlichst für die Erinnerung an morgen, und obiges Datum zeigt, daß ich ihrer eingedenk bin. Aber ich habe hier die Reden Ihres Herrn Vetters im Herrenhause gelesen. Einem Manne, der selbst ausreichend die Schwierigkeit des Regierens in Preußens kennen gelernt hat und dennoch so reden konnte in seinem hohen Ehrenalter, dem kann ich keinen Gruß senden. Ich habe seine Politik, ich meine die auswärtige, niemals öffentlich berührt, obwohl ich seit der Zeit, wo ich unter ihm diente, viel Stoff dazu hätte, und finde es mehr als geschmacklos, wenn ein Vorgänger, der die Geschäfte doch hinreichend kennt, so sie dem Nachfolger zu erschweren sucht. Der Grund, warum ich mich zu Ihnen, Excellenz, mit persönlicher Zuneigung und Verehrung hingezogen fühle, und das Bedürfnis habe, Ihnen obiges zu sagen, mag ein breiterer sein; aber wesentlich ist an ihm die Sicherheit, mit welcher Sie unter allen Umständen, auch wenn Sie mir und anderen Machthabern gram waren, dem Kompaß der Pflicht und Liebe für Dynastie und Vaterland folgten und niemals persönliche Verstimmungen den Staat entgelten ließen; das fehlt Ihrem Vetter. Er ist von der europäischen Höhe nicht in würdige Zurückhaltung, sondern in die Fraktion der malkontenten Velleitäten herabgestiegen, wie Kleist-Retzow und alle die ehemaligen Präsidenten und Staatssekretäre, die, wenn sie einen Stein brauchen, um den Gegner zu treffen, die

[1]) Bereits am 19. Februar 1873 war aus dem Reichskanzler-Amt an den stud. jur. E. Magnus in Berlin das nachstehende Schreiben ergangen: Eurer Wohlgeboren danke ich für die von Ihnen und Ihren Herren Kommilitonen mir gemachte Mitteilung des Aufrufs zur Gründung eines Stipendiums für Straßburg, welchem Sie meinen Namen beigelegt haben. Ich werde Ihr patriotisches Unternehmen mit lebhafter Teilnahme begleiten und mich aufrichtig freuen, wenn Ihr Aufruf den Anklang findet, dessen der Gedanke, aus welchem er entsprang, würdig ist. Der Reichskanzler v. Bismarck.

[2]) Im November 1875 wollten die Freunde des ehemaligen Ministerpräsidenten v. Manteuffel ihm zur Erinnerung an seine, 25 Jahre vorher erfolgte Ernennung eine Ehrenerweisung bereiten. Bismarck lehnte die Teilnahme daran nach Inhalt des obenstehenden Briefes an den Feldmarschall v. Manteuffel ab.

clefs de voûte unseres Staatsgebäudes nicht schonen, und ihrem Unmut auf Kosten der Zukunft des Landes und des Thrones unbedenklich die Zügel schießen lassen. Ich kann meinem früheren Chef weder brieflich noch persönlich die Hand reichen, nachdem ich seine Herrenhausrede gelesen habe. Ihnen aber, geehrter Feldmarschall, bleibe ich stets von Herzen ergeben.[1])

v. Bismarck.

*

An Herrn John Booth in Klein-Flottbek.

Friedrichsruh, den 4. Mai 1878.

Durch meine Erkrankung bin ich so lange an das Zimmer gefesselt worden, daß ich erst bei meinem heutigen Ausgange die schönen Koniferen gesehen habe, welche von Ihnen zur Zierde meiner Parkanlagen bestimmt sind. Die reiche Auswahl derselben hat mich in der That überrascht und ich sage Ihnen für diese seltene Sammlung edler Nadelhölzer meinen verbindlichsten Dank in der Hoffnung, daß es mir noch vor meiner Abreise von hier vergönnt sein wird, denselben mündlich zu wiederholen.

v. Bismarck.

*

An Herrn John Booth in Klein-Flottbek.

Berlin, den 28. Mai 1879.

Geehrter Herr Booth!

Ich hatte bisher gehofft, im Laufe dieses Monats auf einige Tage hier abkommen zu können, um im Verein mit Ihnen die Douglasen und Nordmannianen zu pflanzen, welche Sie so liebenswürdig waren, in Friedrichsruh zu stiften, und Ihnen persönlich meinen herzlichsten Dank für Ihre erneute Güte zu sagen.

Leider haben mir meine Dienstgeschäfte keine Zeit dazu gelassen, und da ich die Pfingstzeit wegen baulicher Geschäfte in Varzin zubringen muß, so will ich Ihnen wenigstens schriftlich den Ausdruck meiner Dankbarkeit übermitteln.

Noch im Laufe des nächsten Monats aber gedenke ich mich schadlos zu halten und mich mit Ihnen an dem Gedeihen der schönen Pflanzen zu erfreuen.

v. Bismarck.

---

[1]) Die aus diesen Zeilen sprechende Verstimmung des Fürsten Bismarck gegen den früheren Minister Freiherrn v. Manteuffel hat nicht angehalten. Der Fürst erwies ihm später, als Manteuffel einmal Berlin besuchte, persönliche Aufmerksamkeiten und richtete bei dessen Ableben an den Sohn desselben, den späteren Führer der Konservativen, zurzeit Landesdirektor und Vizepräsident des Herrenhauses, ein in warmen Worten gehaltenes Kondolenzschreiben.

An Herrn John Booth in Klein-Flottbek.

Berlin, den 8. März 1880.

Eurer Hochwohlgeboren sage ich meinen verbindlichsten Dank für die guten Nachrichten [1]) über die Pflanzungen in Friedrichsruh und ganz besonders für den neuen Zuwachs, welchen Ihre liebenswürdige Güte dem dortigen Koniferenbestande in Aussicht stellt.

Ich werde mich sehr freuen, Sie an jedem Tage, wo Sie Berlin besuchen, bei mir zu sehen und Ihre Mitteilungen über einen Gegenstand, welcher uns beide so lebhaft interessirt, entgegenzunehmen.

Ich hoffe aber, daß Sie mir, wenn Sie mich besuchen, auch die Ehre erweisen, bei mir zu essen. Ich bleibe mindestens bis Ostern in Berlin.

v. Bismarck.

*

An Herrn John Booth in Klein-Flottbek.

Friedrichsruh, den 7. September 1880.

Eurer Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für die freundliche Uebersendung der beiden Broschüren [2]) und freue mich darauf, ihren interessanten Inhalt nach der Rückkehr von Ihrer Reise nach Baden-Baden, zu der ich den besten Erfolg wünsche, mit Ihnen besprechen zu können.

v. Bismarck.

*

[1]) Am 4. März 1880 hatte John Booth dem Fürsten Bismarck gemeldet, daß der ausnahmsweise frühe und langanhaltende Winter 1879/80 glücklicherweise den in Friedrichsruh gepflanzten Koniferen nur wenig geschadet habe. Er beabsichtige, einige neue Versuchspflanzen aus dem nordwestlichen Amerika nach Friedrichsruh zu senden; auch habe er für den Fürsten eine bereits mündlich besprochene Denkschrift, betreffend die Anpflanzung fremder Holzarten in der preußischen Monarchie, vollendet und sei sein lebhafter Wunsch, dieselbe persönlich Seiner Durchlaucht vorzutragen. „Es ist, — so bemerkte er in dem Schreiben — ein großes und schönes und Eurer Durchlaucht würdiges Unternehmen, das seit einem Jahrhundert in dieser Richtung bei uns Versäumte nachzuholen — aber nur einem mächtigen Willen kann es gelingen, aus den heutigen Verhältnissen, dem Widerstreit der Meinungen und über bureaukratische Indolenz und Opposition hinweg uns herauszubringen. Ich erlaube mir nun, an Eure Durchlaucht die ganz ergebene Frage zu richten, ob Hochdieselben geneigt sein würden, mich zwischen dem 12. und 15. März, wo ich in Berlin sein würde, zu empfangen, oder ob es Eurer Durchlaucht besser konveniren würde, bei Hochdero nächster Anwesenheit in Friedrichsruh Sich von mir vortragen zu lassen."

[2]) John Booth hatte dem Fürsten Bismarck die Referate übersandt, die derselbe bei der Versammlung deutscher forstlicher Versuchsanstalten in Baden-Baden im September 1880 vorzutragen beabsichtigte.

An den Schriftsteller Dr. Moritz Busch.[1])

Kissingen, den 3. August 1883.

Verehrter Herr Doktor!

Sie machen sich wahrscheinlich keine der Wirklichkeit entsprechende Vorstellung von dem Zustande meiner Gesundheit und meinem Ruhebedürfnis; sonst würden Sie wohl nicht der einzige sein, der mir letzteres mißgönnt, nachdem Kaiser und Reich mit allen ihren Behörden es sorgfältig respektiren. Vielleicht machen Sie sich auch keinen richtigen Begriff von den Schwierigkeiten der Arbeit, die Sie mir zumuten. Ich habe bei frühern ähnlichen Anlässen Irrtümer in Thatsachen richtiggestellt, die bei Ihnen durch eignes oder fremdes Mißverstehen erzeugt waren. Jetzt aber wollen Sie dem Publikum aus zum großen Teil faktisch unrichtigen eignen und fremden Beobachtungen Schlußfolgerungen über meine Denkungsweise und meinen innern Menschen liefern.[2]) Dabei ist nicht zu verwundern, daß Ihre Ergebnisse mit der Wirklichkeit nicht übereinstimmen, so daß ich, wenn Sie in die Oeffentlichkeit damit treten, zur Widerlegung und Polemik genötigt sein würde. In den Aeußerungen und Vorgängen, die Sie Ihrer Konstruktion meiner vermeintlichen Denkungsweise zu Grunde legen, kommen grobe thatsächliche Irrtümer vor und Verwechslungen von Scherz und Ernst. Sie gehen von der Voraussetzung aus, als ob ich bei allem, was ich je zur Unterhaltung meiner Gäste bei Tische und im Hause in Ihrer Gegenwart gesagt habe, oder was Ihnen durch die Unzuverlässigkeit der Meldungen dritter zugekommen ist, stets den vollen Ernst meiner innersten Empfindungen mit der Gewissenhaftigkeit eines vereideten Zeugen vor Gericht im Auge behalte.

Bei der Pedanterie, mit der Sie abgerissene Bruchstücke von Konversationen verwerten, wäre ein Mann in meiner Stellung genötigt, die schriftliche Form und den amtlichen Kothurn in keinem Augenblick zu verlassen. Alles, was Sie namentlich über meine Stellung zum Christentum, zur Judenfrage sagen, ist nicht nur ungeheuerlich indiskret, sondern grundfalsch. Die Scherze von meinem Aberglauben sind sonst schon gedruckt und, soweit Wahrheit darin, eben Scherze oder Rücksicht auf die Gefühle anderer. Ich esse zu dreizehn, so oft Sie wollen, und nehme am Freitag die wichtigsten und bedenklichsten Geschäfte vor.

Besonders interessirt mich heutzutage die Richtigstellung der öffentlichen Meinung über meine Beteiligung an der katholischen Frage. Was Sie darüber

[1]) Der obenstehende Brief konnte in Bd. IV des „Bismarck-Portefeuille" S. 24 nur unvollständig und inkorrekt infolge einer Rückübersetzung aus dem Englischen mitgeteilt werden.

[2]) In den Händen des Fürsten befanden sich das zweite und dritte Kapitel sowie die größere Hälfte des vierten Kapitels von dem später abgeändert erschienenen Werke von M. Busch „Unser Reichskanzler".

geben, ist unvollständig und oberflächlich, und ich möchte Ihnen, sobald ich gesünder bin, besseres Material liefern. Dazu ist notwendig, daß ich Sie, nachdem ich mit meiner Kur fertig bin, persönlich sehe. Denn wenn ich diese und andere Punkte schriftlich in Ordnung bringen wollte, so hätte ich Ihr Buch meinerseits neu zu schreiben. Für die Dauer meiner Kissinger Kur aber muß ich absolut in Ruhe gelassen werden und kann mich mit so schwierigen und delikaten Fragen, wie Sie berühren, nicht redigirend befassen.

Ich möchte Ihnen überhaupt eine Umarbeitung Ihres Buches vorschlagen, denn so, wie es liegt, glaube ich an keine günstige Aufnahme. Das Elaborat ist viel zu lang und wärmt namentlich zu viele, von Ihnen und anderen längst gedruckte Materialien auf, und was neu darin ist, hat zum Teil geringes Interesse, zu einem andern Teile ist es unrichtig und würde von mir öffentlich bestritten werden müssen.

Ich will recht gern die weiteren Abdrücke lesen, um mir über das Ganze ein Bild zu machen, mit dem vor Augen ich Ihnen mein Urteil demnächst in Berlin oder Friedrichsruh mitteilen kann, aber so lange ich hier bin, muß ich jede kritische oder redaktionelle Leistung ablehnen.

v. Bismarck.

*

An Herrn F. Alex in Danzig (Auszug).

Berlin, den 28. Februar 1885.

Zwar habe ich die Ehre, welche mir die Herren erzeigen wollen,[1]) nicht in der Weise verdient, wie sie es voraussetzen, — als Beweis dafür ist der stenographische Bericht der Reichstagssitzung vom 16. Februar dem Antwortschreiben beigefügt — dieser Irrtum ist aber für mich kein Anlaß, auf die mir zugedachte Ehre zu verzichten, und ich bin erfreut, mich als Ehrenmitglied der Danziger Kornträger betrachten zu dürfen.[2])

*

---

[1]) In der Reichstagssitzung vom 16. Februar 1885 sollte der Reichskanzler nach einem (unkorrigirten) Bericht die Kornträger in Danzig (die „kräftigen Arbeiter") „Bosses" genannt haben. Daraufhin richteten 125 Kornträger Danzigs an den Reichskanzler ein ironisches Schreiben, in welchem sie demselben die Ehrenmitgliedschaft der Danziger Kornträger-Vereinigung anboten. Das Schreiben kam zunächst als unbestellbar zurück mit dem Bemerken: „Annahme unstatthaft, weil Absender unbekannt." Nachdem aber der Absender den fehlenden Vermerk auf der Adresse nachgetragen, wurde es befördert. Fürst Bismarck hat diesmal die Sache von der harmlosesten Seite aufgefaßt und den „kräftigen Arbeitern in Danzig" eine Genugthuung gegeben, gegen welche nichts einzuwenden ist. Das obenstehende Schreiben Bismarcks ist in Kohls Bismarck-Regesten übersehen.

[2]) Der stenographische Bericht über die Rede des Kanzlers enthielt den Ausdruck „Bosses" nicht.

An den Bürgermeister Fuchs in Kissingen.[1])

Berlin, den 26. März 1885.

Die freundlichen Glückwünsche, welche Eure Hochwohlgeboren mir namens meiner Herren Mitbürger übersandt haben, machen mir eine um so größere Freude, als ich mich in Kissingen nicht bloß als Ehrenbürger, sondern als heimisch ansehen darf; ich bitte Sie, den Herren meinen herzlichen Dank auszusprechen.

v. Bismarck.

*

An den Bürgermeister Feldmann in Saarbrücken.

Berlin, den 20. April 1885.

Eure Wohlgeboren bitte ich, den städtischen Behörden meinen verbindlichsten Dank für die hohe Ehre auszusprechen, welche dieselben mir durch Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Saarbrücken aus Anlaß meines 70. Geburtstages erwiesen haben.

v. Bismarck.

*

An den Oberbürgermeister Brüning in Osnabrück.[2])

Berlin, den 20. April 1885.

Eure Hochwohlgeboren bitte ich, den städtischen Behörden meinen verbindlichsten Dank für die hohe Ehre auszusprechen, welche dieselben mir durch Verleihung des Ehrenbürgerrechts der Stadt Osnabrück aus Anlaß meines 70. Geburtstages erwiesen haben.

v. Bismarck.

*

An den Bürger Trampedang, Kreisstadt Wenden in Livland.

1885.

(Erteilung der nachgesuchten Erlaubnis, dem dem Trampedang erstgebornen Sohn den Namen Bismarck beilegen zu dürfen.)

„Sollte mir trotz meines hohen Alters der Himmel noch einen Jungen bescheren, so werde ich nicht verfehlen, ihn — Ihre Einwilligung vorausgesetzt — auf den Namen Trampedang taufen zu lassen.“[3])

*

[1]) In Kohls Bismarck-Regesten ist weder der Wortlaut dieses Schreibens angegeben noch die Quelle, wo es zu finden ist. Dasselbe gilt von dem folgenden Schreiben vom 20. April 1885.

[2]) Kohl erwähnt in den Bismarck-Regesten nur die Thatsache des erfolgten Dankschreibens, ohne den Wortlaut zu publiziren, den ich der Güte des Bürgermeisters von Osnabrück verdanke.

[3]) Der Wendener Bürger verwahrt dieses eigenhändige Schreiben Bismarcks sorgfältig unter Glas und Rahmen, und er nannte den Knaben, der inzwischen ein heranwachsender Primaner geworden ist, wirklich Bismarck. Ein „Trampedang Bismarck“ ist aber, wie vorauszusehen war, ausgeblieben.

An Herrn Hugo Rudolphy in Berlin.[1])

Varzin, den 6. September 1894.

Ihre durch gelungene poetische Form ansprechende Begrüßung zum 16. Juli[2]) habe ich damals gern erhalten und jetzt mit Vergnügen wieder gelesen. Nehmen Sie meinen verbindlichsten Dank für die freundliche Widmung und für die Photographien, unter denen die der Herren von der studentischen Verbindung besonders gelungen ist.

v. Bismarck.

*

---

[1]) In Kohls Bismarck-Jahrbuch nicht erwähnt.

[2]) Das von Hugo Rudolphy improvisirte Gedicht, vorgetragen auf der Durchreise des Fürsten Bismarck auf dem Stettiner Bahnhof in Berlin am 16. Juli 1894 nach der Rede des Fürsten an eine Studentenverbindung und das Publikum, lautet:

„Fürst Bismarck sprach!“ So klingt es
Vom Alpgeländ' zum Belt.
„Fürst Bismarck sprach!“ So dringt es
Wie Sturmwind durch die Welt.
Und in die kleinste Hütte
Bis in den Königssaal
Eindringt sein Wort so wärmend
Wie Frühlingssonnenstrahl.
Und in des Herzens Tiefen
Da ruht viel goldne Saat;
Da sproßt und grünt und blüht es,
So oft er sich genaht.
Wohl manche Frucht schon reifte,
Da er die Saat gestreut.
Wie herrlich wird einst grünen
Dein Baum in fernster Zeit. —
Du unser großer Lehrer,
Du aller Deutschen Hort,
Du unsrer Güter Mehrer,
Lang tön' uns noch dein Wort!
Und Kindern sei's und Enkeln
Ein Buch so heilig hehr;
Vor tausend andern Büchern
Birgt keins so edle Lehr'. —
Lang leucht' uns noch dein Auge,
So blau, so meerestief,
Das oft schon sorgend wachte,
Als noch Germania schlief.
In ew'gen Liedern hall' es,
In Jubelchören stark:
„Das war der Reichsbaumeister!“
„Das war Fürst Eisenmarck!“

An den Vorstand des Deutschen Kriegervereins in Buenos Aires.[1])

Friedrichsruh, den 26. Juli 1897.

Es wird mir eine Auszeichnung sein, dem Verein als Ehrenmitglied anzugehören.[2]) Ich bitte die Herren aber, von der Uebertragung des Ehrenvorsitzes abzusehen.

v. Bismarck.

*

[1]) In Kohls Bismarck-Jahrbuch bei der Chronik des Jahres 1897 nachzutragen.

[2]) Im Juni 1897 hatte der Vorstand des Deutschen Kriegervereins an den Fürsten Bismarck die Bitte gerichtet, den Ehrenvorsitz des Vereins annehmen zu wollen. Der eingeschriebene Brief, in dem Fürst Bismarck dem Kriegerverein die Annahme der Ehrenmitgliedschaft mitteilte, ist aus noch unaufgeklärten Gründen nach einer langen Irrfahrt als unbestellbar zurückgegangen und konnte erst im April 1899 auf Veranlassung des Fürsten Herbert v. Bismarck durch Vermittelung der Kaiserlichen Gesandtschaft dem Kriegerverein zugestellt werden.

Im Auftrage Bismarcks ergangene Kundgebungen.

Im Auftrage Bismarcks ergangene Kundgebungen,

welche in Kohls Bismarck-Regesten nachzutragen sind.[1])

An den Advokaten Kindler in Schöneberg.

Berlin, den 3. Juni 1870.

Auf den von Eurer Wohlgeboren unter dem 22. v. M. gestellten Antrag übersendet Ihnen das Bundeskanzler-Amt Abschrift der von dem Herrn Bevollmächtigten für Mecklenburg-Strelitz über die Verfassungsangelegenheit des Fürstentums Ratzeburg am 28. Oktober 1867 abgegebenen, im Bundesratsbeschlusse vom 1. Mai c. erwähnten Erklärung beifolgend ergebenst.

Das Bundeskanzler-Amt.
Delbrück.

Erklärung. „Die Großherzogliche Regierung muß sich den Ausführungen des Ausschusses gegenüber auf die von den Bevollmächtigten bereits zur Sprache gebrachten rechtlichen und faktischen Momente zurückbeziehen, und hat namentlich nicht die Ueberzeugung sich aneignen können, daß der Artikel 13 der ehemaligen deutschen Bundesakte ihr die Verpflichtung auferlegt hat oder jetzt auferlegt, dem Fürstentum Ratzeburg eine landständische Verfassung zu gewähren. Da aber nichts den Absichten und Wünschen Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs ferner liegt, als in dem nach altem Rechte und guten Ueberlieferungen verwalteten Lande und dessen loyaler und in blühendem Wohlstande befindlichen Bevölkerung Zweifel über Rechts- und Verfassungsfragen Raum gewinnen zu lassen, so ist der Bevollmächtigte zu der Erklärung ermächtigt, daß die Großherzogliche Regierung bereit ist und beschlossen hat, baldthunlichst die Einleitung zur Einführung einer Landesvertretung im Fürstentum Ratzeburg zu treffen, welcher für dessen Interessen diejenige Zuständigkeit eingeräumt werden wird, die unter Wahrung der der Landesherrschaft zustehenden Rechte auf das Do-

---

[1]) Die mit einem Kreuze versehenen Schreiben waren zur Zeit der Abfassung der gedachten Regesten bereits veröffentlicht, sind also dort übersehen.

manium wie auf dessen Verwaltung und Einkünfte den Anforderungen des genannten Artikels 13 der Bundesakte genügt."

*

An den Geheimen Legationsrat Professor Aegidi in Berlin.

Varzin, den 21. Juli 1871.

Verehrter Herr Kollege!

Der Chef läßt Sie bitten, ihn künftige Woche auf einige Tage zu besuchen, die Sie nach Ihrer Konvenienz wählen wollen. Ich bitte nur, mich von der Zeit Ihrer Ankunft 24 Stunden vorher zu benachrichtigen. Sie fahren mit dem 8¾ Uhr-Zuge und thun wohl, sich telegraphisch bei dem Postamt Schlawe Extrapost zu bestellen; dann sind Sie gegen 7 Uhr abends hier. Frack unverwendbar. Alles andere auf mündlich.

Ganz der Ihrige

Bucher.

Diesem Brief folgte ein Telegramm:

Professor Aegidi Berlin, Auswärtiges Amt.

Bitte, nicht vor Mittwoch zu kommen.

*

An den Professor Dr. Schulte.

Berlin, den 15. April 1874.

Hochgeehrter Herr Professor!

Seine Durchlaucht ist mit der Beschränkung (scil. des späteren Gesetzes vom 4. Mai 1874, betreffend die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern) auf 5 Jahre einverstanden, auch sonst befriedigt. Es ist mir leider ganz unmöglich, abzukommen, nachdem eine halbe Stunde oben gewesen und dringende Aufträge erhalten habe.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bucher.

*

An den Professor Dr. Schulte.

Berlin, den 20. April 1874.

Hochgeehrter Herr Geheimrat!

Ich glaube nicht versäumen zu dürfen, zur Ergänzung meiner kurzen Mitteilung von neulich zu bemerken, daß der Fürst die Beschränkung auf

5 Jahre nur als ein pis aller annimmt für den Fall, daß das Gesetz anders nicht durchzubringen ist.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Bucher.

*

Berlin, den 14. Juli 1874.

Das Reichskanzler-Amt bringt hierdurch zur öffentlichen Kenntnis, daß dem Reichskanzler während seines Aufenthaltes in Kissingen der schriftliche Verkehr, und namentlich der geschäftliche, ärztlich untersagt ist. Wenn nichtsdestoweniger zahlreiche Schreiben unter der persönlichen Adresse des Reichskanzlers an denselben gerichtet werden, so werden die Absender hierdurch benachrichtigt, daß alle rekommandirten Sendungen unter Verweigerung der Annahme an den Absender zurückgehen, alle übrigen aber uneröffnet dem Auswärtigen Amt in Berlin zugehen, welches dieselben öffnet und, soweit nötig, ressortmäßig verteilt. Dienstliche Mitteilungen werden während der Abwesenheit des Reichskanzlers jederzeit, je nach ihrem Inhalt, an das Reichskanzler-Amt oder an das Auswärtige Amt zu richten sein. Für Privatangelegenheiten des Fürsten von Bismarck ist der Herr Justizrat Drews in Berlin, Friedrichstraße 62, mit Vollmacht versehen.

Das Reichskanzler-Amt.

Eck.

*

Spezial-Bureau des Reichskanzlers.

An Herrn Booth in Klein-Flottbek. [1])

Berlin, den 23. August 1877.

Eure Wohlgeboren beehre ich mich ergebenst zu benachrichtigen, daß der Fürst von Bismarck das ihm übersandte Werk gern entgegengenommen hat und dasselbe, sobald es seine Zeit erlaubt, mit Interesse lesen wird.

---

[1]) Im Frühjahr 1877 erschien aus der Feder von John Booth bei Julius Springer in Berlin eine Schrift, betitelt: „Die Douglas-Fichte und einige andere Nadelhölzer, namentlich aus dem nordwestlichen Amerika, in Bezug auf ihren forstlichen Anbau in Deutschland.“ J. Booth wollte darin einen Beitrag zur Frage liefern, welche fremden Tannenarten für einen Teil unseres deutschen Vaterlandes sich als anbauwürdig im großen erweisen. Es sollte namentlich versucht werden, zu zeigen, von wie vielen lokalen und individuellen Gründen die mehr oder minder erfolgreichen Resultate der hierauf bezüglichen Versuche abhängen und wie schwierig es sich häufig durch mancherlei in Betracht kommende Umstände gestaltet, ein abschließendes Urteil zu erlangen. Dieses Buch legte John Booth mit nachfolgendem Schreiben d. d. Klein-Flottbek, den 16. August 1877, dem Fürsten Bismarck vor: Eurer Hochfürstlichen

Ich bin beauftragt, Eurer Wohlgeboren den verbindlichsten Dank des Fürsten für die Seiner Durchlaucht erwiesene freundliche Aufmerksamkeit zu übermitteln.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Eurer Wohlgeboren ergebenster

v. Kurowsky,
Regierungs-Assessor.

*

† An die Firma Grunwald & Comp. in Breslau.

Berlin, den 9. November 1882.

Auf die von Ihnen in Gemeinschaft mit einigen anderen Interessenten an mich gerichtete Eingabe vom 7. d. M., in welcher die Befürchtung ausgesprochen ist, daß eine Erneuerung des Handelsvertrags mit Spanien über den 15. Dezember cr. hinaus nicht stattfinden, und daß dadurch für die Provenienzen Deutschlands der Verlust der seither genossenen Meistbegünstigung eintreten werde, erwidere ich Ihnen ergebenst, daß Spanien nur mit denjenigen Staaten eine kurze Verlängerung der bestehenden Verträge vereinbart hat, mit welchen eine Verständigung über die Grundlagen für einen neuen Vertrag bereits erfolgt ist.

Der bestehende Handelsvertrag zwischen Deutschland und Spanien ist bis zum 15. Dezember d. J. verlängert worden, nachdem ein Einverständnis zwischen beiden Regierungen über die Grundlagen eines neuen Vertrags erreicht worden ist.

Die erwähnten Befürchtungen für die Zukunft erscheinen somit nicht gerechtfertigt.

Durchlaucht würde ich das anbei erfolgende Buch schon früher geschickt haben, wenn ich nach Zeitungsberichten nicht hätte annehmen müssen, daß alle derartigen Sendungen an Eure Durchlaucht überhaupt gar nicht berücksichtigt würden. Herr Oberförster Lange aus Friedrichsruh, welcher den gestrigen Tag bei mir zugebracht hat, um einen Teil meiner ausgedehnten Kulturen zu besichtigen, hat mir versprochen, die kleine Schrift direkt und sicher in Eurer Durchlaucht Hände gelangen zu lassen, und mit der ganz ergebenen Bitte meinerseits begleite ich dieselbe, sie von mir geneigtest annehmen zu wollen. Wenn ich meiner besonderen Verehrung ferneren Ausdruck verleihen darf, so bitte ich, mir gestatten zu wollen, von einzelnen der in meinem Buche beschriebenen Arten einige hundert bereits herangewachsener, sieben bis zehn Fuß hoher, prächtiger Bäume in Friedrichsruh im nächsten Frühjahre pflanzen zu dürfen, an den von Eurer Durchlaucht zu bestimmenden Plätzen. In höchster Verehrung Eurer Durchlaucht treu ergebener John Booth.



Den Herren Mitunterzeichnern der Eingabe von Vorstehendem Mitteilung zu machen, stelle ich Ihnen ergebenst anheim.

Der Reichskanzler.
In Vertretung
v. Boetticher.

*

An die Handelskammer zu Breslau.

Berlin, den 30. April 1883.

Die von der Handelskammer an den Bundesrat gerichtete Eingabe vom 9. Oktober v. J., betreffend die Beseitigung der postalischen Verschiedenheiten im Deutschen Reich, ist dem Bundesrat vorgelegt worden. Derselbe hat, nachdem zwischen der Reichspostverwaltung, der Königlich bayerischen Postverwaltung und der Königlich württembergischen Postverwaltung ein Uebereinkommen getroffen ist, demzufolge vom 1. April d. J. beginnend innerhalb des Reichsgebiets sich bewegende Postkarten, welche nicht mit der Marke des Aufgabegebiets sondern mit derjenigen einer anderen deutschen Verwaltung versehen sind, gegen Erhebung von fünf Pfennig Porto und fünf Pfennig Zuschlaggebühr befördert werden sollen und die unrichtig verwendeten Postwertzeichen des Bestimmungsgebietes dem Empfänger gut gerechnet werden, beschlossen, der Eingabe eine Folge nicht zu geben.

Der Reichskanzler.
In Vertretung
Eck.

*

† An die Handelskammer zu Osnabrück.

Berlin, den 1. Juli 1883.

Der Handelskammer erwidere ich auf die von dem Königlich preußischen Herrn Minister für Handel und Gewerbe hierher abgegebene Eingabe vom 7. März d. J. ergebenst, daß der Umstand, daß bei einem mehr oder minder großen Teil des Handelsstandes hinsichtlich der Anwendung des Reichsstempelgesetzes vom 1. Juli 1881 in einzelnen Punkten eine andere Auffassung besteht, als bei dem Bundesrat, die Notwendigkeit einer Revision des bezeichneten Gesetzes keineswegs zu begründen scheint. Die Entscheidungen des Bundesrats sind zunächst für die Handhabung des Gesetzes seitens der Steuerbehörden maßgebend, es bleibt aber den beteiligten Steuerpflichtigen überlassen, abweichende Meinungen nach Maßgabe der in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden gesetzlichen Bestimmungen im gerichtlichen Wege geltend zu machen. Der Bundesrat hat die geeigneten Veranstaltungen getroffen, um die ergehenden Entscheidungen der Gerichte, insbesondere diejenigen des Reichsgerichts, für die

Handhabung des Gesetzes fruchtbar zu machen, und es ist nur zu wünschen, daß den Gerichten mehr als bisher Gelegenheit gegeben werde, sich über die bestehenden Differenzpunkte auszusprechen.

Der Reichskanzler.
In Vertretung
Burchard.

*

† An den Minister für Handel und Gewerbe Fürsten v. Bismarck.

Berlin, den 20. Juli 1883.

Eurer Durchlaucht beehre ich mich den mit dem gefälligen Schreiben vom 2. d. M. übersandten Jahresbericht der Handelskammer zu Münster für 1882 angeschlossen mit dem Erwidern ergebenst zurückzusenden, daß vom Standpunkte des diesseitigen Ressorts nur das auf Seite 12 bis 15 bezüglich der Mühlenindustrie Gesagte zu Ausstellungen Anlaß giebt.

Die bezeichneten Angaben sind, abgesehen von der, anderen Erfahrungen widersprechenden Behauptung, daß an gebeuteltem Mehl aus Weizen statt der angenommenen 75 % des Bruttogewichts nur 65 % des Nettogewichts gewonnen werden, insofern nicht zutreffend, als sie unberücksichtigt lassen, daß nach den Bestimmungen des Mühlenregulativs (cfr. die Mustereintragungen auf Seite 4 der Anlage A des Regulativs vom 27. Juni v. J., Centralblatt für das Deutsche Reich, Jahrgang 1882 Seite 296) bei den vierteljährlichen Abrechnungen der Zollverwaltung mit dem Mühleninhaber nicht allein die der Mehlausfuhr im Vorquartal, sondern auch diejenigen der Ausfuhr in früheren Quartalen entsprechenden Getreidemengen, welche bis dahin bei den Zollabrechnungen wegen Fehlens einer in Gegenrechnung zu bringenden Getreideeinfuhr nicht zur Abschreibung gelangt und deshalb auf neue Abrechnung übertragen sind, von dem eingeführten ausländischen Getreide in Abzug kommen.

Der Reichskanzler.
In Vertretung
Burchard.

*

† An die deutschen Bundesregierungen.

Berlin, den 15. August 1883.

Des Kaisers und Königs Majestät wünschen aus Anlaß des schweren Unglücks, durch welches Ischia heimgesucht worden ist, der warmen Sympathie Deutschlands einen nationalen und einheitlichen Ausdruck zu geben. Mit Allerhöchster Genehmigung ist unter dem Vorsitze Seiner Kaiserlichen und Königlichen Hoheit des Kronprinzen ein Komite zusammengetreten, welches sich die Aufgabe stellt, Sammlungen für die Verunglückten in Deutschland zu veranstalten.

Das Schreiben, durch welches Seine Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz die Bereitwilligkeit ausspricht, Höchstsich an die Spitze der Sammlungen zu stellen, ist in dem „Reichs-Anzeiger“ vom 11. d. M. veröffentlicht.

In der Ueberzeugung, daß die darin ausgedrückten Gesinnungen von den verbündeten Regierungen geteilt werden, erlaube ich mir an . . . das ergebene Ersuchen zu richten, die beabsichtigten Sammlungen innerhalb des dortigen Staatsgebiets nicht nur zuzulassen, sondern durch Mitwirkung der Landesbehörden und durch Bildung von Lokalkomites zu fördern und die gesammelten Beiträge an die Legationskasse des Auswärtigen Amtes einsenden zu wollen.

In Vertretung des Reichskanzlers:
Graf Hatzfeldt.

*

† Adressat unbekannt. [1])

Berlin, den 18. November 1884.

Die von Eurer Wohlgeboren in Gemeinschaft mit anderen Beamten der Magdeburger Allgemeinen Versicherung-Aktiengesellschaft an des Kaisers Majestät gerichtete Immediatvorstellung vom 24. v. M. ist mir zur Prüfung und Bescheidung überwiesen worden. Nachdem diese Prüfung stattgefunden hat, erwidere ich Ihnen ergebenst, daß ich außer stande bin, den Beamten der Privat-Unfallversicherungsgesellschaften, welche in ihrem Erwerb durch den Erlaß des Unfall-Versicherungsgesetzes beeinträchtigt werden sollten, eine Entschädigung zu gewähren, nachdem der Bundesrat beschlossen hat, der hierauf gerichteten Anregung des Reichstages keine Folge zu geben.

Ebensowenig vermag ich Ihnen Aussicht auf Verwendung im Reichsdienste zu eröffnen.

Wegen Anstellung im Dienst eines Bundesstaates stelle ich Ihnen anheim, an die zuständigen Bundesregierungen sich zu wenden.

Die Mitunterzeichner Ihres Immediatgesuches wollen Sie mit entsprechender Mitteilung versehen.

Der Reichskanzler.
Im Auftrage
Bosse.

*

---

[1]) Viele durch Verstaatlichung des Unfallversicherungsgeschäfts voraussichtlich brotlos werdende Beamte hatten sich in einem Immediatgesuch an Seine Majestät den Kaiser gewandt; dem Veranstalter der Petition wurde die obenstehende Antwort aus dem Reichsamt des Innern zu teil.

† An die Handelskammer zu Solingen.

Berlin, den 7. Februar 1885.

Der Handelskammer erwidere ich auf die Eingabe vom 23. Dezember pr., betreffend den spanisch-amerikanischen Vertrag über den Handel von Cuba und Puerto-Rico, daß den eingegangenen Nachrichten zufolge die Aussichten für die Genehmigung und Inkraftsetzung des in Rede stehenden Vertrags seitens der beteiligten gesetzgebenden Körperschaften gering zu sein scheinen und daß daher voraussichtlich die bisherigen Handelsbeziehungen zwischen und zu den genannten Ländern eine Aenderung nicht erfahren werden.

Daß der Vertrag in Geltung treten werde, ist um so weniger wahrscheinlich, als bei den betreffenden Erwägungen der Umstand nicht unberücksichtigt bleiben wird, daß anderen Ländern vertragsmäßig das Meistbegünstigungsrecht zusteht, und daß dasselbe insbesondere auch uns durch Art. 9, 14 und 22 unseres Handelsvertrages mit Spanien vom 12. Juli 1883 und durch Art. 5 unseres Handels- und Freundschaftsvertrages mit den Vereinigten Staaten von Amerika vom 1. Mai 1828 zugesichert ist.

Der Reichskanzler.
Im Auftrage
Busch.'

*

† An die Redaktion der Zeitung „Germania“ in Berlin.

Berlin, den 3. November 1885.

Die „Germania“ enthält in ihrer Nummer vom 27. v. M. in einem mit den Worten „Was man bei uns unter Religionsfreiheit versteht“ beginnenden Artikel verschiedene die „Reichsregierung“ und das „Auswärtige Amt“ betreffende Behauptungen, welche unrichtig sind.

Unrichtig ist die Behauptung, daß „erst in Angra Pequena und dann in Kamerun die Katholiken ausgeschlossen werden“. Es ist seitens des Reiches keinerlei dahingehende Anordnung getroffen worden.

Unrichtig ist es ferner, daß zwei Pariser Missionare der Congrégation du St. Esprit auf dem Auswärtigen Amt den Bescheid erhalten haben, „ein deutsches Missionshaus könne auf preußischem Gebiete wegen der Maigesetze nicht errichtet werden“. Es ist den Herren vielmehr eröffnet worden, daß die gedachte Kongregation nach dem Bundesratsbeschlusse vom 13. Mai 1873 als mit dem Orden der Gesellschaft Jesu verwandt anzusehen sei, und daß folgeweise Niederlassungen derselben so wenig in den deutschen Schutzgebieten wie in Deutschland selbst zugelassen werden dürfen.

Unrichtig ist drittens die Behauptung, den vorerwähnten Missionaren sei auf dem Auswärtigen Amt mitgeteilt worden, „daß Niederlassungen katholischer Missionare in Kamerun nicht gestattet würden, weil seitens der Reichsregierung

mit der protestantischen Baseler Missionsgesellschaft ein Vertrag abgeschlossen sei, nach welchem sich das Reich verpflichtet, katholischen Missionaren keinerlei Niederlassungen in Kamerun zu gestatten". In der Unterredung, welche der Pater Weik mit einem Rat des Auswärtigen Amts hatte, ist von der Baseler Missionsgesellschaft nicht gesprochen worden.

Weder mit der letztgenannten noch mit einer anderen protestantischen Missionsgesellschaft ist eine Vereinbarung irgend einer Art schriftlich oder mündlich getroffen worden. Insbesondere ist auch seitens des Reichskanzlers niemals ein angeblich von Herrn Lüderitz mit einer protestantischen Missionsgesellschaft abgeschlossener Vertrag, durch den den katholischen Missionaren der Aufenthalt und jede Wirksamkeit in Angra Pequena untersagt sein soll, anerkannt oder abgelehnt worden; es ist sogar nicht einmal das Vorhandensein dieses angeblichen Vertrages zur Kenntnis der Reichsbehörde gelangt.

Unrichtig ist endlich die Behauptung, daß in der mehrerwähnten Unterredung von einem vortragenden Rat des Auswärtigen Amts die „staunenswerten Erfolge" der deutschen Trappisten in Natal und die „segensreiche Thätigkeit" der Tilburger Missionare auf den Inseln der Südsee anerkannt worden seien. Die Verhältnisse in Natal und auf den Südsee-Inseln sind bei jener Gelegenheit mit keinem Worte berührt worden.

Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes für das Deutsche Reich vom 7. Mai 1874 ersuche ich die Redaktion der „Germania", die vorstehende Berichtigung in ihrer Zeitung aufzunehmen.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.
v. Boetticher.

*

† An die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, zu Händen des Herrn Dr. Karl Peters.

Berlin, den 7. Juli 1886.

Die Gesellschaft für evangelisch-lutherische Mission in Ostafrika, welche laut einer Eingabe vom 8. Februar d. J. mit der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft bereits in Verbindung getreten ist, hat in der auszugsweise beigefügten Eingabe vom 5. d. angezeigt, daß sie am 1. k. M. ihre beiden Missionare abzuordnen gedenkt. Indem ich dieses zur gefälligen Kenntnis der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft bringe, bemerke ich noch, daß der Kaiserliche Generalkonsul in Sansibar angewiesen worden ist, der gedachten Missionsgesellschaft und ihren Missionaren nach Möglichkeit Schutz und Beistand zu leisten.

Der Reichskanzler.
Im Auftrage
Graf Berchem.

*

† An den Direktor der Berliner Bockbrauerei Herrn Paul Hänel.

Berlin, Mitte Mai 1888.

Eurer Wohlgeboren bin ich beauftragt, den verbindlichsten Dank des Herrn Reichskanzlers für die freundliche Aufmerksamkeit auszusprechen, welche Sie ihm durch Uebersendung des Fäßchens Jubiläumsbräu erwiesen haben. Das Bier hat Seiner Durchlaucht vortrefflich gemundet.

Legationsrat v. Schwartzkoppen.

Bismarck im deutsch-französischen Kriege.

Nach der Schilderung von Augenzeugen.

Bismarck im deutsch-französischen Kriege.

Nach der Schilderung von Augenzeugen.

Nachträge zum ersten und zweiten Teil.[1])

Ich schließe hier noch einige Nachträge zu der ersten Periode (31. Juli bis 1. September 1870) an, Notizen, welche erst nach dem Erscheinen des vierten Bandes des „Bismarck-Portefeuille“ bekannt geworden sind.

Mainz, den 2.—7. August 1870.

Ueber den Aufenthalt Bismarcks in Mainz hat Hans Fischer (Hamm i. W.) kürzlich einige Notizen veröffentlicht, die um so dankenswerter zu begrüßen sind, als darüber bisher fast nichts bekannt geworden war.

Hans Fischer schreibt: Es war am 2. August, als König Wilhelm von Preußen mit seinen Paladinen, dem Bundeskanzler Grafen Bismarck, dem Generalstabschef v. Moltke und dem Kriegsminister v. Roon in Mainz, der Gutenbergstadt, das erste Hauptquartier nahm. Tosende Begeisterungsausbrüche begrüßten die Helden, die von hier aus die entscheidenden Schläge gegen Frankreich vorbereiteten. Sie hatten eine Arbeitslast sondergleichen zu bewältigen, und ein ruhiges, bequemes Heim brauchte ein jeder; deshalb war es Bismarck nur recht, als sich ihm durch die Einquartierungskommission das herrlich auf der Mathilden-Terrasse belegene Haus des Sektfabrikanten Chr. Adt. Kupferberg — Begründers der bekannten Mainzer Sektkellerei Chr. Adt. Kupferberg und Co., A.-G. — als Wohn- und Arbeitsstätte öffnete. Kupferberg stellte dem Kanzler das ganze Haus zur Verfügung. Seltsam, daß über die Tage, die Bismarck in diesem „Quartier“ verbrachte, noch nichts bekannt geworden ist. Bismarck hat hier im Kreise der Kupferbergschen Familie vor dem Kriege die letzten frohen Stunden auf heimatlichem Boden verbracht. Deutschlands Begründer ist tot und auch sein vaterlandsbegeisterter, thatenfroher Gastgeber, Chr. Adt. Kupferberg schlummert längst, doch eine Hauptzeugin jener unvergeßlichen Zeit, jener Stunden, wo Bismarck Staatsmann und Mensch zugleich

---

[1]) Dieselben stehen im Bismarck-Portefeuille Bd. III. S. 19—50 und Bd. IV. S. 49—82.

war, lebt noch in beneidenswerter Geistesfrische. Es ist die Witwe jenes tüchtigen Mainzers, Frau Meta Kupferberg. Ihrer Güte und der ihres jüngsten Sohnes, des Herrn Dr. med. Kupferberg in Mainz, haben es die Verehrer des Kanzlers zu danken, wenn ein interessanter, bisher unerhellter Abschnitt seines Lebens dem Vaterlande bekannt wird.

Vom 2. bis zum 7. August befand sich das Hauptquartier in Mainz, und ebenso lange weilte Bismarck im Kupferbergschen Heim. Nichts ist dem Gedächtnis der nun 73 Jahre zählenden ehrwürdigen Frau des Hauses entschwunden; jede Stunde der großen deutschen Tage ist ihr gegenwärtig. Bismarck war nicht allein gekommen; die Legationsräte v. Abeken und v. Keudell, seine nächsten Mitarbeiter, standen im wahrsten Sinne des Wortes Tag und Nacht zur Verfügung des Kanzlers. Die Dienerschaft Bismarcks belief sich auf fünf Personen. Von seinem Arbeitszimmer aus hatte Bismarck eine unvergleichlich schöne Aussicht über die unten liegende Stadt, das Taunusgebirge und das mittelrheinische Land; oft trat er, wenn auch nur für Augenblicke, an das Fenster und ließ den Blick über das schöne Stückchen Erde schweifen. Freilich, zu Träumereien hatte Bismarck wohl wenig oder gar keine Zeit, denn die Anforderungen des Dienstes stiegen von Tag zu Tag; Generale, Minister, Räte, sie kamen und gingen. Moltke, Kriegsminister v. Roon, Graf Hatzfeldt, Graf Bismarck-Bohlen (des Kanzlers Vetter) sprachen wiederholt vor. Doch so streng und gemessen Bismarck im amtlichen Verkehr auch erschien, so liebenswürdig und echt menschlich gab er sich, wenn er der Arbeitslast ledig war.

In den Augusttagen von 1870 lagerte Gluthitze über Mainz. Da saß denn der Kanzler, wenn er vorher noch bei König Wilhelm gewesen war, bis lange nach Mitternacht mit Frau und Herrn Kupferberg bei Champagner und Selterwasser oder Bier im kühlen Garten, und konnte dann stundenlang mit seinen Gastgebern über kleine und große Dinge plaudern. Ueber vieles mit erstaunlicher Offenheit! Dann kam ein unvergeßlicher Moment. Es war in der Nacht oder am Morgen zum 7. August, als das Haus alarmirt wurde; eine Ordonnanz, ein Depeschenbote löste den andern ab; Bismarck wurde aus dem Schlafe geweckt, um — Siegesnachrichten in Empfang zu nehmen. Zuerst erhielt man Kunde von dem Siege bei Spichern, dann von dem bei Wörth. Der geschäftige Abeken rieb sich vergnügt die Hände und sagte: „Nun kriegen die Franzosen den Rhein nicht!“ Auch Ludwig Bamberger machte Bismarck seine Aufwartung. Die Mainzer waren nicht wenig verwundert, als sie an diesem Tage den einst zum Tode verurteilten „Revolutionär“ mit dem ersten Staatsmann der Welt zusammen durch die Straßen fahren sahen. Die Abschiedsstunde nahte nur zu rasch. Bismarck dankte für die gewährte Gastfreundschaft, schrieb sich ins Album und küßte Frau Kupferberg die Hand. Er hat die Familie nicht vergessen. Als er sieggekrönt aus Frankreich zurückkehrte, sah er in Bingen auf dem Bahnhof Herrn Chr. Adt. Kupferberg die

Truppen erwarten. „Sind Sie mit uns zufrieden?“ fragte er lächelnd. Später sollte der Aufenthalt des Kanzlers in dem Hause auf der Mathilden-Terrasse ganz Mainz zu gute kommen. Einige Jahre nach dem Kriege befand sich Herr Kupferberg als Delegirter der Stadt Mainz mit einer Abordnung in Berlin, um mit Vertretern der Reichsregierung wegen der Erweiterung von Mainz zu unterhandeln. Herr Kupferberg ließ sich auch bei Bismarck melden, und er wurde mit Herzlichkeit aufgenommen. Jetzt genoß er die Gastfreundschaft des nunmehrigen Reichskanzlers, der ihn in seiner Familie einführte, und wie einst in der alten Stadt am Rheine, so saß man wieder stundenlang plaudernd bei einander. Die Fürstin machte dabei die Honneurs, schenkte den Thee ein und reichte Zigarren.

— — — Kein Monument, keine Säule, nur eine kleine Gedenktafel an dem Hause, wo er wohnte, erinnert äußerlich in Mainz an Deutschlands großen Kanzler.

*

Ich trete das Wort an den schon erwähnten jüngsten Sohn der Familie Kupferberg, Herrn Dr. med. Kupferberg, ab. Er hat meiner Bitte, seine Kindheitserinnerungen an den großen Kanzler niederzuschreiben in Liebenswürdigkeit entsprochen. Dr. Kupferberg erzählt:

Als Bismarck bei uns einzog, war mein ältester Bruder Franz als Einjähriger bei den Dragonern bereits einige Tage vorher mit ins Feindesland abgerückt. Mein zweitältester Bruder hatte sich, da er zum Dienen noch zu jung war, als freiwilliges Mitglied einer Sanitätskolonne, die nach Frankreich ging, angeschlossen. Im elterlichen Hause blieben meine Schwestern Lina und Helene, mein Bruder Flor und ich. Die Haupterinnerung für uns Kinder bildete vor allem Bismarcks imposante Erscheinung, betrug doch seine Größe, wenn ich nicht irre, 1,90 Meter. Sein durchdringend, unter den buschigen Brauen blickendes Adlerauge bleibt uns unvergeßlich. Mehrmals überraschte er uns beide Knaben, wie wir uns in seinem in der Waschküche improvisirten Stalle mit seinem riesenhaften Pferde beschäftigten, auf das wir mit Hilfe einer Leiter zu klettern versuchten. Eines Tages sprach er seine Freude darüber aus, daß wir Interesse an Pferden hätten, „dies müssen die Knaben“. Dabei hob er mich auf den Rücken des Pferdes, was ich früher mit der Leiter vergeblich gesucht hatte, da das Pferd sehr unruhig stand. Ein fernerer Gegenstand unserer Bewunderung war des Kanzlers Riesenpallasch und Helm. (Bismarck trug in Mainz stets die gelbe Kürassieruniform.) Ehe er das Speisezimmer meiner Eltern betrat, stellte er stets den Pallasch, auf den er den Helm stülpte, in eine Ecke. Wie schmerzlich für uns Kinder, daß wir nicht mitessen durften. Zum Zeitvertreib trachteten wir danach, den Pallasch aus der Scheide zu ziehen, allein die Mühe war vergeblich. Meine älteste Schwester lebte in Frankreich (Epernay), an einen Sektfabrikanten verheiratet.

Eines Tages, während Bismarck mit den Eltern beim Mittagessen saß, kam ein Brief dieser Schwester. Als der Kanzler die französische Freimarke sah, fragte er sogleich, was denn die Tochter aus Frankreich neues berichte, worauf ihm mein Vater den Brief teilweise vorlesen mußte, in welchem der Passus vorkam, daß die Franzosen nicht eher ruhen wollten, als bis sie in Berlin einzögen und Bismarcks Kopf und Wilhelms Degen besäßen. Bismarck schmunzelte und meinte scherzend, daß das den Franzosen doch nicht so leicht werden sollte. Es ist für Bismarcks umfassenden Geist bezeichnend, daß er sich auch für das Geschäft meines Vaters und dessen Aussichten für die Zukunft lebhaft interessirte. In einer Plauderstunde kam die Rede darauf, daß die Anschauungen des Volkes — auch in Mainz — über ihn, Bismarck, in verhältnismäßig kurzer Zeit völlig andere geworden wären. Bismarck wußte das am besten. Er hatte sogar Kenntnis davon, daß viele süddeutsche Damen die Photographie des Attentäters Blind als Reliquie in ihren Albums aufbewahrt hatten. Meine Mutter wurde bei diesem Gespräch feuerrot, und Bismarck neckte: „Also auch Sie, Frau Kupferberg?“ Und die verlegene Antwort lautete: „Ich zwar nicht, aber meine Tochter!“ „Na, da sehen Sie, daß ich recht hatte,“ antwortete der Kanzler.

*

Brief Bismarcks an seinen Sohn Herbert.[1])

Reims, 7. September 1870.

Mein geliebter Junge!

Heut bei Tisch sagte mir der König, daß Du zum Offizier ernannt seist, Bill zum Fähnrich; Du hast von den Ernannten einen vor Dir, ich glaube, Behr war der Name, dann Du, dann Dohna und noch eine Anzahl. Ich freue mich, daß Du es im Felde geworden bist und nach einer so glänzenden Waffenthat des Regiments wie die vom 16. Gott gebe Dir lange Jahre, daran zurück zu denken, mit Dank für die Gnade, die Euch beide in diesem Blutbade bewahrt hat. Die anderen Minister sind mit ihren Söhnen unglücklicher gewesen; von Itzenplitz weißt Du, Roons gute, lange Bombe wurde am 1. in seiner Batterie durch den Unterleib geschossen, Gewehrkugel, starb am 3. abends. Mein armer, alter Roon ist recht krank vor Kummer und liegt im Bette; er sagte mir, daß auch Leonhardt einen Sohn verloren habe. Wenige Familien bei uns werden ohne Trauer sein. In Paris ist Republik; ob sie sich hält, wie sie sich entwickelt, müssen wir abwarten. Mein Wunsch wäre, daß wir die Leute dort etwas in ihrer Sauce schmoren lassen und uns in den eroberten Departements häuslich einrichten, ehe wir weiter vorgehen. Thun wir es zu früh, so verhindern wir damit, daß sie sich untereinander

[1]) Zuerst veröffentlicht in Kohls Bismarck-Jahrbuch.

entzweien. Lange kann ihr innerer Frieden mit dieser ziemlich sozialistischen Gesellschaft an der Spitze nicht dauern. Vor allem möchte ich, daß unsere Ersatzmannschaften bald eingingen. Die Regimenter haben den bei Wörth erlittenen Verlust noch nicht einmal ersetzt erhalten, und zu Hause steht doch alles bereit. Es ist viel Zopf in diesen Dingen und Schreiberei. Bazaine macht aus Metz wiederholt Ausfälle, heute wieder; über den Verlauf von heute erwarten wir noch Nachricht, da der Draht bei Clermont wieder zerschnitten. Bald wird er doch wohl kapituliren müssen wie Sedan. Am 1. und 2. haben wir etwa 90000 Gefangene gemacht, 60 Generale und etwa 6000 Offiziere oder Leute im Offiziersrang. Straßburg hat auf freien Abzug schon kapituliren wollen, wir möchten ihnen aber die 16000 oder 18000 Mann nicht lassen, die darin sind. Gott behüte Dich, mein alter Junge, und gebe Dir bald Dein Bein wieder. Herzliche Grüße

Dein treuer Vater

v. B.

Dritter Teil.

Von Ferrières bis Versailles.[1]

(19. September bis 5. Oktober 1870.)

Ferrières, den 19. September 1870.

Der württembergische Regierungsrat Holland, welcher sich mit dem zur Uebernahme einer Präfektur in Frankreich designirten württembergischen Staatsminister Freiherrn v. Linden in das Hauptquartier des Königs begeben hatte, um die Stelle als Lindens adlatus, oder wie man es in Frankreich nennt, als secrétaire général zu übernehmen,[2]) berichtet über seine Begegnungen mit Bismarck.

In Meaux mittags angekommen, wurde uns die Kunde, das Hauptquartier sei am Morgen dieses Tages nach Ferrières aufgebrochen. Dahin ging also unser Weg. Zuerst an Weinbergen vorbei, aus welchen im Marsche befindliche Bayern Trauben naschten; dann einförmiges Gelände, zwischendurch große Meiereihöfe; endlich abends gegen 5 Uhr Ankunft in Ferrières. Die ganze Reise hatten wir bei denkbar günstigster Witterung zurückgelegt; ein

---

[1]) Notizen, welche sich bereits in meinen früheren Bismarck-Büchern befinden, sind hier nicht berücksichtigt. Eine reiche Fundgrube bilden meine Werke über den Bundesrat, die Parlamentarier, die Tischgespräche, Graf Fred Frankenberg, Unruh, Bucher.

[2]) Die nachstehende, der Schwäbischen Kronik des „Schwäbischen Merkurs“ (Nr. 187 vom 13. August 1898) entnommene Darstellung ergänzt die in meinem Werke: „Fürst Bismarck und der Bundesrat“, Band II, S. 38 mitgeteilten Daten.

blauer, sonniger Himmel sich über der Landschaft wölbend, goldene Strahlen sendend; duftige Spätsommerabende; zum öfteren, namentlich von Nancy bis Bar le Duc stundenlange Fahrten durch große Waldungen, wobei ein gewisser bei uns vorhanden gewesener göttlicher Leichtsinn dazu gehörte, nicht daran zu denken, daß wir vom Waldversteck aus trotz oder vielmehr infolge der Ulanenbegleitung hätten angeschossen werden können; ab und zu rechts oder links der Straße bivakirende Truppenteile mit Lagerfeuer, kräftige, auf den meist steinharten Straßen munter ausschreitende Rößlein, geführt von tüchtigen Rossetenkern; je näher Paris hin, desto mehr auf der Straße zurückgebliebene Spuren von Märschen großer Truppenkörper, desto öfter Hemmungen im Weiterfahren durch dichte Marschkolonnen von Infanterie, Artillerie, Reiterei, desto häufiger Zeichen der Zerstörung, unfahrbar gemachte Eisenbahntunnels, gesprengte Brücken, Notbrücken, Umgehungs- und Notwege.

Ferrières, ein unschönes Dorf, außerhalb desselben das Rothschildsche Schloß, darin das Hauptquartier Seiner Majestät des Königs Wilhelm. Das Dorf vollgepfropft von Soldaten und zwar Württembergern unter dem Kommando des Generals v. Hügel. Sie hatten die Ehre, die Wache des Königs zu sein. Außerhalb des Dorfes ein Lager der Württemberger. Nachdem wir Quartier erhalten und Toilette gemacht hatten, Gang ins Schloß, um den Grafen Bismarck aufzusuchen. Er war aber noch nicht angekommen; es sei ungewiß, zu welcher Stunde er kommen werde, sagte der Kammerdiener. Als ihm dann bedeutet wurde, wir müßten bei der Ankunft seines Herrn da sein und auf Vorzeigung der Geleitspässe ließ er uns ein nach anfänglichem Zögern. Wir benützten die Zeit, uns im Schlosse umzusehen; prachtvolle große Räume, jedoch überladenen Stils, sodann zum Zeitvertreib Durchblättern von auf den Tischen aufliegenden illustrirten französischen Zeitschriften, Gravüren u. s. w. So verrann eine gute Stunde. Da, mit einem Male that sich die Thür auf und in ihrem Rahmen ward sichtbar eine Reckengestalt in der Uniform eines Kürassieroffiziers. Es war Graf Bismarck. Raschen Schrittes auf uns zutretend, stieß er die Worte hervor: „Was thun Sie da? Wer sind Sie?“ Er war nämlich, wie sich aufklärte, unbemerkt vom Kammerdiener, der augenblicklich nicht zur Stelle gewesen, gekommen. Freiherr v. Linden stellte sich und mich vor, übergab seine Beglaubigung, den Zweck seiner Mission erklärend.

Von da ab war der Graf die Liebenswürdigkeit selbst. Er sei aufgehalten worden unterwegs durch eine Zusammenkunft mit Jules Favre; württembergische Feldjäger haben ihm ein Haus dazu ausgemittelt; im freien Felde sei es doch nicht angängig gewesen, zu konferiren; das seien anstellige Leute, diese Feldjäger, von schmucker Uniform. Seit dem Morgen habe er eigentlich nichts zu sich genommen, der Magen fordere nun sein Recht, ob die Herren auch Hunger und Durst haben; wir sollen uns nicht geniren. Es wurde nun kalte Küche und Bordeaux bei dem inzwischen zum Vorschein gekommenen Kammerdiener bestellt.

Nachdem der Graf dem Magen seinen Tribut entrichtet hatte und Zigarren in Brand gesetzt waren, kam das Gespräch erst recht in Fluß. Baron Linden war dem Grafen als württembergischer Zollbundesbevollmächtiger nicht ganz fremd; das gab verschiedene Anknüpfungen. Dann, ob v. Linden etwa besondere Wünsche habe bezüglich einer Präfektur. Als dieser meinte, in Châlons habe es ihm sehr wohl gefallen: „Gut, also dahin wollen Sie gehen.“ Graf Hatzfeldt (der jetzige Botschafter in London) wurde alsdann gerufen. Knapp und klar: die Weisung zu Ausstellung der Bestallungsordre; „Zu Befehl, Excellenz“, die Antwort.

Nun kam man auf allerlei zu sprechen, Lebensalter u. s. w. Baron Linden war der Aeltere. „Der Schweinehirt in Schönhausen — bemerkte der Graf — hat desselbigen Tages wie ich das Licht der Welt erblickt.“ Dann kam die Reihe an mich, Alter, Stellung in Württemberg u. s. w. Im weiteren Verlaufe des Gespräches äußerte er sich, Jules Favre werde noch bei ihm vorsprechen, es sei ein eigenes Ding, über Frieden zu verhandeln mit einer Regierung, die eigentlich in der Luft schwebe. Sodann wurde die Okkupation gestreift. Reims beherberge zahlreiche Arbeiterschaft; eine brotlose Arbeitermasse im Rücken der Armee sei eine bedenkliche Sache; soweit möglich sei dazu beizutragen, daß Gewerbe und Handel ihren Fortgang nehmen; und die französische Presse? ja, die müsse einer Zensur unterworfen werden; über bloße Stichelreden könne man hinwegsehen; Beschimpfungen des Königs, Deutschlands u. s. w. dürfen nicht geduldet werden. Die französischen Blätter müssen gezwungen werden, die Podbielskischen Drahtberichte über die Kriegsereignisse aufzunehmen; setzen dieselben verlogene Berichte ihren Lesern vor und schenken diese solchen Lügen mehr Glauben als den Podbielskischen Meldungen, so sei das ihre Sache; die Thatsachen werden ihnen bald genug die Augen öffnen. Sonst solle der Presse Freiheit gelassen, der Rotstift nicht ohne Not angewandt werden. Man erfahre aus ihr immerhin viel Wissenswertes. Die Hauptsache für alle diese Dinge sei: „bon sens“; Leute vom grünen Tische, die alles auszirkeln, schematisiren, und wenn das Schema versage, nicht wissen, was thun, könne man hierzu nicht brauchen. Solche, die mitten im praktischen Leben stehen, das seien die rechten Männer. — Das alles etwas stoßweise und in Absätzen.

Nachdem die Bestallungsordres eingehändigt und wohl $1^1/_2$ Stunden verflossen waren, empfahlen wir uns. Auf dem Rückweg zum Quartier ließ ich die, von Baron Linden mit Lachen quittirte, scherzhafte Bemerkung fallen: „Also keinerlei Instruktion mit so und so viel Paragraphen, keinerlei Reglement. Eine Situation zum Händeringen für waschechte Bureauseelen. Wohin mit den Wörtchen ‚dürfte‘, ‚könnte‘, ‚möchte‘, wohin, wenn's, um bildlich zu reden, irgendwo brennt, mit Anfrage berichten, — hat manches für sich, auf der anderen Seite läßt sich aber auch die entgegengesetzte Ansicht rechtfertigen, wonach u. s. w.“, „hohem Bescheid wird alles unterstellt.“

J. Favre war zu aller Verwunderung ohne alle Vollmacht seiner Kollegen erschienen; er bot Geld, so viel man wolle, aber keine Scholle von Frankreich, und kein Einzug in Paris! Die letztere Bedingung hatte ihm sehr am Herzen gelegen. Bismarck machte ihm dagegen seinen Standpunkt klar und teilte ihm zum Schlusse auch noch mit, daß im Süden von Paris am 19. ein heftiges Gefecht gegen drei französische Divisionen stattgefunden hätte, welche von den Bayern und dem 5. Corps geschlagen wurden. Diese Niederlage machte aber gar keinen Eindruck auf Favre, so daß Bismarck äußerte, der Mann wisse wohl nicht, was eine Armee und was Kriegführen sei.[1])

Nach Stieber[2]) soll Bismarck zu Jules Favre gesagt haben: „Ich will und muß Elsaß und Lothringen, so weit es deutsch ist, haben, und soll ich noch drei solcher Armeen nach Frankreich schicken, und soll der Krieg drei Jahre lang dauern, und soll die Welt veröden, ich will einmal Ruhe vor Frankreich haben und mit Frankreich Abrechnung halten!"

Verdy[3]) bemerkt, Bismarck habe bei den Verhandlungen über einen Waffenstillstand mit Jules Favre folgende Forderungen gestellt:

Uebergabe von Bitsch, Toul und Straßburg.

Kriegsgefangenschaft der Besatzung von Straßburg.

Fortdauer des Kriegszustandes von Metz.

In Bezug auf Paris: entweder Aufrechthaltung der Einschließung oder Uebergabe einiger der beherrschenden Forts.

Die neu zu wählende Landesvertretung sollte nach Paris oder Tours einberufen werden.

L. Schneider, der Vorleser des Königs, berichtet über dieselben Verhandlungen:[4])

Jules Favre war bereits nachmittags in Ferrières angekommen und im Dorfe bei dem „Régisseur des Châteaux du Baron de Rothschild" einquartiert worden. Um halb acht Uhr begab er sich auf das Schloß, mußte aber bis neun Uhr warten, bis Graf Bismarck dinirt hatte, worauf beide Herren eine Unterhaltung zusammen hatten, die bis halb zwölf Uhr dauerte. Sie fand in dem Bureau des Kastellans, rez de chaussée statt. Während ihrer Dauer war der König angekommen, hatte sich aber gleich in sein Zimmer zurückgezogen, und als Graf Bismarck gegen Mitternacht anfragen ließ, ob Seine Majestät noch sichtbar wären, antwortete der Kammerdiener, der König habe sich schon zur Ruhe begeben.

*

[1]) Wilmowski: Feldbriefe 1870/71, S. 59.

[2]) Denkwürdigkeiten, S. 275.

[3]) v. Verdy du Vernois: Im Großen Hauptquartier 1870—71, S. 186—187.

[4]) L. Schneider: Aus dem Leben des Kaisers Wilhelm, Band II S. 252.

Unterredung Bismarcks mit einem im Auftrag der französischen Regierung abgesandten Vertrauensmann des Dänen Julius Hansen über Deutschlands Friedensforderung.

Ferrières, den 20. September 1870.

Hansen schreibt darüber in seinem Werke: „Les coulisses de la diplomatie“ (Paris 1880). S. 226:

„Der Kanzler hatte ihm [1]) wiederholt, was man ihm bereits in Brüssel gesagt hatte; nämlich, daß man auf jeden Fall in den Besitz von Elsaß treten wolle und daß man wegen der anderen Bedingungen unterhandeln könnte.

*

Ferrières, den 20. September 1870.

Graf Bismarck [2]) nimmt seit Bar le Duc zum erstenmal wieder an einem Kriegsrat beim König teil. Nach dem Vortrage ließ der Graf Herrn Favre ersuchen, noch einmal zu ihm zu kommen; diesmal dauerte die Unterhandlung nur eine halbe Stunde.

Nach der dritten Unterredung Bismarcks mit J. Favre erhielt der Generalstabsoffizier v. Winterfeld den Auftrag, Favre durch die Vorposten nach Paris zurückzubringen.[3]) Von dort aus schrieb er Bismarck, daß die von diesem mitgeteilte Basis, auf welcher von uns Frieden geschlossen werden könne, von seinen Kollegen nicht angenommen sei, vielmehr der Krieg mit allen Mitteln fortgesetzt und das Weitere Gott anheimgestellt werden solle![4])

*

Geheimrat Abeken schreibt am 20. September abends an seine Frau:[5])

„Da wir heut ein Telegramm darüber nach Berlin geschickt haben, darf ich Dir nun auch erzählen, daß ich heut den großen Jules Favre gesehen habe. Er hat einen sehr klugen, doch nicht angenehmen Kopf, der zu groß für seine übrigens gedrungene Figur ist, mit graulichem Backen- und Unterkinnbart und graulicher Haartolle. Klug sieht er aus, aber nicht wie ein energischer Revolutionsmann. Er kam schon gestern heraus; die Besprechungen gestern und heut haben sich, wie Dir die Zeitungen schon gesagt haben werden, nur

---

[1]) Dem Vertrauensmanne Hansens.

[2]) L. Schneider: Aus dem Leben des Kaisers Wilhelm, Bd. II S. 254.

[3]) L. Schneider: Aus dem Leben des Kaisers Wilhelm, Bd. II S. 254.

[4]) Wilmowski: Feldbriefe 1870/71, S. 59.

[5]) Dem Werke: Heinrich Abeken. Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit (Berlin 1898) entnommen.

darum gedreht, wie man eine Form finden könne, um zu konstatiren, daß irgend eine Regierung, mit der wir unterhandeln könnten, auch Gehorsam in Frankreich finden werde. Ob die Besprechung zu irgend einer Aussicht geführt hat, weiß ich selbst nicht; einstweilen ist Mr. Favre nach Paris zurück. Unsere militärischen Operationen gehen natürlich fort.

Ich fasse meine Schilderungen zusammen.

Am Sonntag abend kam die Anfrage, ob Jules Favre den Minister sprechen könne; am Montag mittag mußten wir von Meaux fort, ich im Wagen kam direkt hierher, die anderen waren zu Pferde, begegneten Herrn Favre mit seinen beiden Begleitern, und der Minister hatte unterwegs eine Besprechung mit ihm, in dem kleinen Château à la Maison haute bei Montry.

Jules Favre kam uns hierher nach, wurde aber natürlich nicht mit dem König im Schloß, sondern im Dorf einlogirt; hatte noch am Abend eine Besprechung mit dem Minister und gestern morgen wieder. Vor dieser letzten Besprechung war Beratung zwischen dem Chef und Moltke und Roon bei dem König. Da Jules Favre früher kam, als diese zu Ende war, wurde er mit seinen beiden Begleitern (von denen ich den einen, Mr. Ring, als früheren französischen Legationssekretär in Berlin kannte) in unser Bureau geführt, und da saßen sie eigentlich etwas jämmerlich. Halb nun aus Neugier, halb aus Mitleid, weil ich fühlte, daß man doch den Leuten nicht unhöflich sein dürfte, ging ich hinein, ließ mich Herrn Jules Favre vorstellen und habe mich wohl ein halb Stündchen lang mit den dreien unterhalten, natürlich über die unverfänglichsten Gegenstände. Nach der Besprechung mit dem Minister habe ich sie nicht mehr gesehen; und über den Gegenstand und Inhalt der Besprechung weiß ich nur, was ich gestern abend noch zur Information der Presse nach Berlin telegraphiren mußte: daß sie zum Zweck gehabt, klarzustellen, ob und welche Bürgschaft zu finden sei, daß ein Abkommen, welches mit irgend einer faktischen Regierung in Frankreich geschlossen würde, auch wirklich im Lande als gültig angesehen werde. Diesen Inhalt werden Dir die Zeitungen erzählen; es ist auch wirklich das einzige, worüber man bis jetzt sich noch besprechen kann; denn wie kann man über den Frieden unterhandeln, ehe man weiß, mit wem? Ob man da zu bestimmten Gedanken gekommen, weiß ich nicht; denn der Minister spricht sich nicht aus, solange er noch in sich arbeitet, und thut wohl recht daran.

Gestern waren wir den ganzen Tag über in großer Spannung, der Chef hatte natürlich über seine Besprechungen mit Favre alles andere liegen lassen; nachdem sie zu Ende waren, hatte er einen langen Spaziergang gemacht in den Garten und die Absicht geäußert, sich unter einen Baum zu legen und auszuruhen, er muß geistig selbst in großer Aufregung, An- und zuletzt Abspannung gewesen sein. Wir waren alle in solcher Spannung, daß wir die schöne freie Zeit gar nicht einmal nutzen konnten. Als wir endlich gegen

Abend den Chef persönlich sahen und ihn heiter und guten Mutes fanden, da waren wir alle wieder sehr froh und beruhigt. Müde bekannte er sich selbst: und das war kein Wunder."

*

In Paris fand Jules Favre wegen seiner Reise zu Bismarck die höchsten Ehren, und er war Gegenstand vielfacher Manifestationen. Dr. Cahn (Pariser Gedenkblätter Bd. II S. 14 f.) vermochte nicht einzusehen, wie man von der That Jules Favres als einem politischen Akt ersten Ranges sprechen konnte. In dem ganzen Beginnen Jules Favres und in der Unterhandlung, so wie sie von ihm geführt worden sei, finde sich auch nicht ein Körnchen politischer Weisheit, Favre glaubte, wie er in dem Eingange seines Berichts sagt, auf der Basis einer Geldentschädigung mit Preußen fertig zu werden. Diesem Gedanken hat er jedoch nur in dem Berichte, nicht Bismarck gegenüber Ausdruck gegeben, und das scheint ihm ein guter Geist geraten zu haben, denn Bismarck ist der Mann, der für den groben Kloß solcher Unverschämtheit den groben Keil wahrheitsgetreuer Beleuchtung der Sachlage bereit gehabt hätte. Es liegt ein unsäglicher Hochmut in dem Gedanten der Abfindung der Deutschen durch eine Geldentschädigung, sowie auch in der von Jules Favre in seinem Runderlaß vom 6. September zuerst gebrauchten Phrase, keinen Zoll breit Landes abzutreten. Das alles zeugt von höchster politischer Unreife.

*

Der oben erwähnte württembergische Regierungsrat Holland, secrétaire général des zum Präfekten in Châlons ernannten württembergischen Ministers v. Linden, berichtet:

Am 20. September machte ich mich vormittags auf die Socken in die Bureaus des Kanzleramts. Dort gab ich den vom Grafen B. in Châlons mir mitgegebenen Brief für Geheimrat Abeken ab, und erfuhr unter anderem, Jules Favre sehe ganz verstört und verfallen aus, es sei, wie wenn er über Nacht um zehn Jahre älter geworden wäre. Starke Nerven scheine der Mann nicht zu besitzen. Wohl möglich; sein rhetorisches Pathos mochte wirkungslos an dem Realisten abgeprallt, er mochte von den Himmeln der überlieferten Phrase auf den Boden der grausamen Wirklichkeit herabgestürzt sein. — Ins Quartier zurückgekehrt, erhielt ich von Baron Linden die Mitteilung, daß er und ich zur Tafel des Königs befohlen seien. Alsdann gemeinschaftlicher Gang ins Lager der Württemberger, fröhliche Begrüßung daselbst, wo man bereits unsere Anwesenheit in Erfahrung gebracht hatte.

Zur angesagten Stunde fanden wir uns im Schlosse ein. Der König mit seiner Umgebung befand sich in einem großen Zimmer. Vorstellung des Baron Linden, dann meiner Person durch Graf Perponcher. Darauf Vor-

stellungen bei Herren der Umgebung, unter anderem bei Moltke. Kurz vor Beginn der Tafel kam noch der württembergische Kriegsminister v. Suckow mit seinem Adjutanten, Oberstleutnant v. Steinheil, um deren Ankunft wir nicht gewußt hatten. Aufenthalt in diesem Zimmer eine halbe Stunde. Alsdann zur Tafel: da erst kam Graf Bismarck. An derselben nahm Platz der König und 23 Herren. Der König in der Mitte der einen Langseite, ihm gegenüber Graf Bismarck. Zur Linken des Königs v. Suckow, zur Rechten v. Linden. Der letztere vom König ganz besonders ausgezeichnet durch reges, fortgesetztes Gespräch; Graf Bismarck schweigsam, die Augen im Kreise der an der Tafel Sitzenden herumrollen lassend. Mein Nachbar zur Linken sprach viel auf mich ein, unter anderem über das Thema des Hasses, der sich bei den Württembergern gegen Preußen kundgegeben habe. Im übrigen zeigte er sich nicht ununterrichtet über manche württembergische Dinge, so mit der Bemerkung: „An Minister v. Mittnacht (damals Justizminister) hat Ihr Land einen bedeutenden Mann, der auch größeren Verhältnissen gewachsen wäre.“ Nach aufgehobener Tafel Kaffee in zwei gegen den Park gehenden Zimmern stehend eingenommen; durch lebhafte Konversation gefesselt, gingen wir etwas später fort; im Schloßhof trafen wir v. Suckow in nicht eben rosig angehauchter Stimmung.

*

Brief Bismarcks an den Grafen Herbert.

Ferrières, den 23. September 1870.

Heute vor acht Jahren wurde ich, dünkt mich, Minister.

Mein geliebter Junge!

Ich erhalte heute zwei Briefe von Deiner Mutter vom 15. und 16., aus denen ich mit Kummer entnehme, daß es noch immer nicht gut mit Deiner Wunde geht. Du hast an Körperleiden ein schweres Jahr, aber dennoch preise ich dankbar Gottes Schutz, daß er Dich, so wie es ist, den Ritt des Regiments vom 16. August hat überleben lassen; denn es ist nicht vielen gegeben, zu erzählen, daß sie dabei gewesen sind. Hier giebt es nichts mehr zu reiten, läßt Dir der Kronprinz sagen, der bei mir war, als ich die Briefe erhielt, und dem ich die mütterlichen Klagen vorlas. Was hier noch zu thun ist, wenn überhaupt etwas anderes als Aushungern, wird von Infanterie und Artillerie besorgt.

Daß ich Bill bei Meaux im Kantonnement besuchte und wohl fand, werdet ihr inzwischen wissen. Die Briefe an ihn habe ich erhalten und befördert; auch den von Malle erhalten. Die Kränkung über Wihelmshöhe begreife ich; die Küche, Stall und Livreen sind gegen den Willen des Königs von Berlin ge-

schickt worden, und Napoleon hat darauf seine eigene schnell entlassen und verkauft, um zu sparen. Im übrigen ist uns ein gut behandelter Napoleon nützlich, und darauf allein kommt es mir an. Die Rache ist Gottes. Die Franzosen müssen ungewiß bleiben, ob sie ihn wiederbekommen, das fördert ihre Zwistigkeiten. Sie haben sich vorgestern nacht schon mit Geschütz in den Straßen von Paris geschlagen. Wir haben nicht die Aufgabe, sie gegen uns zu einigen.

Ich habe hier mit den Franzosen (Favre, v. Ring und Hall, sehr kleinlaut, begleitet) schon dreimal stundenlang verhandelt, sie bekamen aber über das Elsaß noch immer so schweres Bauchgrimmen, daß wir abbrechen mußten. Fünftausend Millionen Franken glauben sie zahlen zu können und schienen bereit dazu, wenn wir ihnen Straßburg ließen. Aber ich sagte ihnen, von dem Gelde wollten wir erst später reden, vorher die deutsche Grenze feststellen und dicht machen. Denn sobald sie zu Kräften kämen, griffen sie uns doch wieder an, sagte ich, was sie unter ganz pomphaften Friedensschwüren bestritten. Alles schon dagewesen. Was aber noch nicht dagewesen, ist die schnelle und volle Heilung, die ich Dir, mein Herzensjunge, wünsche und von Gott erbitte, mit tausend Grüßen an Mama und Marie.

Dein treuer Vater

v. B.

*

Ferrières, den 24. September 1870.

Geheimrat Abeken schrieb morgens an seine Gemahlin:

„Die Verhandlungen mit Jules Favre haben, wie Du inzwischen aus den Zeitungen ersehen wirst, zu nichts geführt. Wir hatten sehr billige Bedingungen gestellt für einen Waffenstillstand, während dessen sie eine neue Versammlung des französischen Volkes zusammenrufen könnten, um Gewißheit einer anerkannten Regierung zu haben; Du wirst sie in den Zeitungen lesen; Jules Favre ist nicht selbst wieder herausgekommen, sondern hat die Ablehnung im Namen der Regierung durch einen in der Nacht vom 22. zum 23. hier angekommenen Brief notifizirt. Also der Krieg geht fort! Wir können das ruhiger mit ansehen als sie!"

*

Ferrières, den 25. September 1870.

Geheimrat Abeken an seine Gemahlin: „Graf Bismarck, der in den ersten Tagen der vorigen Woche körperlich und geistig verstimmt war, und den die Verhandlungen mit Favre offenbar drückten, ist seit dem Abbruch derselben viel menschlicher und munterer; freilich war das auch eine furchtbar anspannende Zeit. Außerdem hat er manchmal mit uns gegessen statt mit dem König.

Die Bemerkung eines Offiziers, daß man gar keine Französinnen zu sehen bekomme, ist ganz richtig; Graf Bismarck bemerkte neulich, junge und hübsche Mädchen seien so selten, daß er jede, die ihm begegne, besonders salutire."

*

Ferrières, den 26. September 1870.

Nach Louis Schneider bestand an diesem Tage wiederum zwischen den Offizieren des Großen Generalstabes und den Beamten des Bundeskanzler-Amts große Gereiztheit. „Der Feld-Polizeidirektor stand, wie schon erwähnt, in seiner Zugehörigkeit zum Hauptquartier unter dem Großen Generalstabe, als Geheimer Regierungsrat aber in Gehalt beim Bundeskanzler-Amt und erhielt von diesem auch die Gelder zur Bezahlung seiner geheimen Agenten. Kamen nun wichtige Nachrichten, so hielt er es für seine Pflicht, dieselben zuerst dem Grafen Bismarck mitzuteilen, hatte aber so viel Anhänglichkeit an den König, daß er mir auch oft etwas davon sagte, weil er ja wußte, daß ich täglich bei Seiner Majestät vorgelassen wurde. Beides wollten die Herren vom Großen Generalstabe durchaus verhindern und wandten alles mögliche an, nicht eher etwas an den Grafen Bismarck und an den König gelangen zu lassen, als bis sie selbst davon unterrichtet waren. Stieber befand sich hierdurch hin und wieder in einer sehr unangenehmen Situation, hatte aber doch dieselbe Ueberzeugung wie ich, nämlich, daß der König vor allen Dingen alles, auch das Unangenehme, wissen müsse. Glücklicherweise besaß er auch dieselbe Hartnäckigkeit wie ich, lieber das Peinliche dieses Verhältnisses zu ertragen, als dem Drucke nachzugeben, der oft in der allerempfindlichsten Weise geübt wurde." [1])

*

Ferrières, den 27. September 1870.

Geheimrat Stieber an seine Frau: „Tag und Nacht ist keine Ruhe. Dabei Dutzende von Bauern und Weibern, die über Soldaten Klage führen, heulen und weinen. Ich weiß manchmal nicht, wo mir der Kopf steht. Eine geheime Instruktion treibt die andre, und ich bin manchmal halbe Nächte bei Bismarck oder seinen Räten."

*

Ferrières, den 28. September 1870.

Geheimrat Abeken an seine Gemahlin: „Ungefähr gleichzeitig mit diesem Briefe wirst Du Graf Bismarcks Bericht über seine Besprechungen mit Jules Favre in den Zeitungen lesen; es ist ein vortrefflich abgefaßtes, klares und

---

[1]) L. Schneider: Aus dem Leben des Kaisers Wilhelm, Bd. II, S. 266.

ruhiges Aktenstück, Graf Bismarck hat es ganz an Graf Hatzfeldt diktirt; es ist also seine eigenste Arbeit. Ich glaube nicht, daß ein Billiger die Billigkeit unserer Forderungen verkennen kann. Um so besser, daß sie abgelehnt sind."

*

Ferrières, den 28. September 1870

An diesem Tage veranstaltete Graf Bismarck, die Abwesenheit des Königs benutzend, der zu den Belagerungstruppen hinausgefahren war, eine Fasanenjagd. „Es giebt hier (im Schloßpark Ferrières) Fasanen," schrieb Stieber am 29. September an seine Gattin,[1]) „so groß wie Pfauen und so zahlreich wie die Sperlinge. Ich habe ihn selten so vergnügt gesehen. Da alle Jagdgewehre bei Todesstrafe fortgenommen und verbrannt, alle Schießvorräte vernichtet sind, so war es unmöglich, Jagdgewehre und Munition zu schaffen. Mein Ingenium mußte wieder aushelfen, und bald kam ich mit zwei kostbaren Lefaucheuxgewehren mit Patronen an, deren Versteck wir kannten. Wir trieben die Fasanen wie Schafherden, und Bismarck schoß drei prächtige Hähne. Ich glaube, Napoleon kann ihm nicht mehr Spaß gemacht haben, als der eine herrliche Hahn, den er vom Baume herunterholte."

*

Ferrières, den 29. September 1870.

Als Louis Schneider vom König aus dem Schlosse zurückkam und in der Gärtnerwohnung Geheimrat Stieber besuchte, fand sich ein Mann dort ein, welcher am vorhergehenden Abend angekommen war, bei einem Kanzleibeamten des Grafen Bismarck übernachtet hatte und nun der Feldpolizei zu Quartier und Verpflegung überwiesen wurde. Er nannte sich Regnier, zeigte sich über die Verhältnisse sehr wohl unterrichtet, behauptete, Aufträge von der Kaiserin Eugenie in England an den Kaiser auf Wilhelmshöhe und an den Marschall Bazaine in Metz zu haben, kurz, gerirte sich als einen möglicherweise sehr brauchbaren Agenten. Der Feldpolizeidirektor, der eine eingehende Konversation in französischer Sprache nicht führen konnte, beobachtete diesen Herrn Regnier nur und sagte zu Schneider, als er fortgegangen war: „Mit dem soll sich Graf Bismarck in acht nehmen. Hätte ich ihn gesehen und gesprochen, ehe Bismarck ihn empfing, so hätte ich abgeraten, sich irgendwie mit ihm einzulassen. Ich kenne meine Leute. Das ist ein zweifelhaftes Subjekt. Aber so geht es, wenn man ohne Polizeibeamte auf eigene Hand Polizei machen will."[2])

*

[1]) Denkwürdigkeiten, S. 276.

[2]) L. Schneider: Aus dem Leben des Kaisers Wilhelm, Bd. II, S. 271.

Ende September 1870 verfaßte der Großherzog von Sachsen ein langes Memorandum, welches für Rußland bestimmt sein mochte. Als naher Verwandter und Freund Kaiser Alexanders war er allerdings dazu besonders geeignet. Bismarck lobte das Memorandum, woran er auch nicht ein Komma geändert haben wollte. Diese Angelegenheit verhalf dem Leibarzt des Großherzogs, Dr. P. Matthes, zu einem Autograph Bismarcks. Graf Beust, der Adjutant des Großherzogs, hatte früher einmal gegen ihn geäußert, daß er alle eingelaufenen Briefe sofort beantworte und dann zerreiße. Als Matthes nun das Schreiben Bismarcks, in welchem er um eine Audienz beim Großherzog nachsuchte, liegen sah, bat er, es ihm zu geben, statt es zu vernichten, und erhielt es auch.[1])

*

Aus Kaiser Friedrichs Tagebuch.

30. September 1870.

Nach Ferrières günstige Nachrichten von Delbrück zu Bismarcks Ueberraschung.

*

Ferrières, den 1. Oktober 1870.

Geheimrat Abeken an seine Gemahlin:

„In Tours, dem Sitze eines Teiles der Regierung, scheint eine vollständige Lügenfabrik etablirt; nicht allein immer neue Siegesnachrichten, sondern heut verkünden sie sogar, in Versailles hätten zwei badische Regimenter revoltirt und nicht ins Feuer gewollt, so daß man eine Anzahl hätte erschießen müssen. Nun steht um ganz Paris herum nicht ein einziger badischer Soldat. Das beste ist, daß wir gute Ursache haben, anzunehmen, daß Trochu es in Paris gerade so mit den Zuaven gemacht, die schließlich geflohen waren. Und Bismarck lassen sie an Favre sagen, er würde Krieg machen, bis er Frankreich zu einer Macht zweiten Ranges herabgebracht hätte! Er denkt und beabsichtigt es selbstverständlich gar nicht, und in unseren Friedensbedingungen, die Frankreich noch stark genug lassen, liegt es wahrhaftig nicht."

*

Ferrières, den 2. Oktober 1870.

Festessen (6 Uhr) bei Moltke, an dem Graf Bismarck und General v. Roon mit Begleitung teilnahmen. Einzelne Teilnehmer an dem Diner hatten bereits um 4 Uhr beim König zu Mittag gespeist, was dem hohen Herrn Anlaß gab,

---

[1]) Matthes: Im Großen Generalstab, S. 85.

dieselben mit ihrem „grandiosen Appetit" zu necken. General Verdy du Vernois schreibt über dieses im Kriege einzig dastehende Festessen: Das Menu erschien für unsere Verhältnisse wahrhaft lukullisch. Wir blieben von 6 bis 10 Uhr bei Tische. Nachher war unser Chef auf eine Partie Whist, wie er sagte, „zugeschnitten", und da am Schluß noch ein guter Punsch gemacht wurde, dehnte sich unser Zusammensein bis gegen 1 Uhr aus. Graf Bismarck erzählte in seiner so überaus charakteristischen und einzigen Weise vieles Hochinteressante und Scherzhafte aus Gegenwart und Vergangenheit, so auch von seiner letzten Unterhaltung mit Jules Favre und dessen langen Reden („er fing an, mich als Volksversammlung zu behandeln"). Es wurde zum Amüsement auch der Inhalt von verschiedenen neuen französischen Zeitungen vorgetragen, die sowohl aus Paris wie aus Tours stammten. In einer derselben war der „achtzigjährige Moltke" abgebildet, wie er mit knöchernen Fingern die deutschen Armeen als Marionetten hin und her schob, und Graf Bismarck von hinten sie mit dem Stock vorwärtsprügelte. Die frohe Stimmung setzte bereits unmittelbar nach der Suppe in eklatantester Weise ein. Unser guter Meydam hatte von einem unserer berühmtesten Poeten ein wundervolles Gedicht erhalten, welches sich auf die gegenwärtigen Verhältnisse bezog. Er brannte vor Begierde, uns dies vorzutragen, und als er unmittelbar nach der Suppe hierzu aufgefordert wurde, wollte das Unglück, daß er gleich bei den ersten Zeilen durch Herüberziehen eines Buchstabens an das letzte Wort des vorhergehenden einen Satz konstruirte, der hier nicht wiederzugeben ist, der aber inmitten der getragenen Stimmung eine so komische Wirkung erzeugte, daß wir lange Zeit vor Lachen kein Wort zu sprechen vermochten. Die hierdurch heraufbeschworene fröhliche Stimmung trat bei den einzelnen Festgenossen in der verschiedensten Weise hervor. Der eine legte beide Arme auf den Tisch und den Kopf darauf, der andere sprang auf und tanzte in der Stube umher, und unser Moltke gab seinem Vergnügen dadurch Ausdruck, daß er ein Stück Weißbrot nach dem andern in das vor ihm stehende Weinglas tauchte und es mir an den Kopf warf.

Auch ein sehr niedliches Geschichtchen, welches dabei kolportiert wurde, will ich hier wiederholen. Es betraf den Generalmajor X., Kommandeur einer Kavallerie-Brigade, der auf dem Marsche durch das französische Land eines Nachmittags mit seinem Stabe und dem eines seiner Regimenter Unterkunft in einem sehr luxuriös eingerichteten Landschlosse fand. Die Herrin des Hauses, eine sehr würdige Dame aus altem Geschlecht, empfing ihn mit all den Rücksichten des ancien régime. Das gegen Abend eingenommene Diner verlief so glänzend, daß der General seine Befriedigung in allen möglichen Weisen auszudrücken suchte; nur vermochte er doch nicht, da er fast kein Wort französisch sprach, diese der neben ihm sitzenden Herrin des Hauses sprachlich zu übermitteln. Als man nach beendetem Diner auf den Balkon trat und

hier Kaffee und Liqueur nahm, brach gerade der Halbmond durch die Wolken und ließ den sich unten weithin ausdehnenden prächtigen Park in magischer Beleuchtung erscheinen. Dies begeisterte den General doch derartig, daß er alles, was er an französischen Worten wußte, zusammenholte und, indem er die eine Hand auf den Arm der Marquise legte, mit der andern nach oben zeigend, zu dieser sagte: „Voyez, Madame, quel joli demi-monde!“

Von Bismarcks Tischgesprächen weiß v. Verdy du Vernois leider nichts zu berichten, dafür entschädigt er uns mit folgender köstlichen Geschichte: Bismarck ließ sich den Verwalter der Rothschildschen Besitzung in Ferrières kommen und sagte ihm, er wolle aus dem Keller des Herrn Baron Wein kaufen. Dieser entgegnete, er könne kein Geld dafür annehmen, in diesem Hause spiele das Geld überhaupt keine Rolle, worauf ihm der Graf erwidert haben soll: Nach dem ganzen Empfange hier könne er das Haus nur als ein Wirtshaus betrachten; er wolle daher nicht nur seinen Wein hier kaufen, sondern verlange auch, da er diesen Wein im Hause selbst zu trinken gedächte, daß auf jede Flasche ein Pfropfengeld von 30 Centimes, wie es üblich wäre, angesetzt würde.

*

Ferrières, den 2. Oktober 1870.

Geheimrat Abeken an seine Gemahlin:

„Unsere Tage fließen sehr gleichförmig hin. Während die große äußere Politik ruht und die Entscheidung vor oder in Paris abwartet, tritt schon die deutsche Frage, das heißt die künftige Gestaltung Deutschlands mehr in den Vordergrund, besonders seit den Besprechungen Delbrücks in München. Deshalb hat Graf Bismarck unsern Kollegen Bucher hierher berufen, der die deutschen Sachen immer bearbeitet hat und schon bei der Norddeutschen Bundesverfassung mitwirkte. Es ist mir das sehr lieb; denn in diesen Verfassungssachen giebt es sehr viel, das mir fremd ist; es wäre das freilich hauptsächlich Keudell zugefallen, der ja aus seiner früheren Carriere mit der Administration vertraut ist, aber Keudell ist schon überhäuft, da ihm obliegt, die Besprechungen mit Behörden, geheimen und nicht geheimen Agenten und dergleichen und die ganze Korrespondenz mit den Verwaltungsbehörden in den occupirten Provinzen zu halten, so daß er gar nicht durchkommen könnte. Mit Bucher wird noch ein Chiffreur und ein Kanzleidiener kommen; es ist auch für alle Arbeit da. Unser Hauptquartier wird immer unbehilflicher; das ist ein Nachteil, der aber durch den Vorteil der vermehrten Arbeitskraft und die dadurch für uns alle entstehende Erleichterung aufgehoben wird.“

*

Ferrières, den 3. Oktober 1870.

Die verschiedene Auffassung Bismarcks und des Generalstabs spiegelte sich auch in der Presse ab. So hieß es in einer englischen Korrespondenz aus

Belgien, Graf Bismarck ginge von der Ansicht aus, irgend eine militärische oder Polizeigewalt müsse doch übrig bleiben, wenn man in Paris eingezogen sei und die Regierung des 4. Septembers verjagt habe. — Da nun bereits hunderteinundfünzigtausend Mann französische Kriegsgefangene in Deutschland waren und die noch in Paris vorhandenen Truppen sich nach der Kapitulation naturgemäß auflösen mußten, so würde die dann eintretende Regierung, gleichviel welche, weder Militär noch Polizei haben. In Metz stand die Sache allerdings anders. Bazaine hatte die Republik dort noch nicht proklamirt, war also noch ungebunden und konnte sich der künftigen Regierung zur Disposition stellen, freilich durften dann seine Truppen nicht ebenfalls Kriegsgefangene sein, sondern mußten eine Art von Unbesiegtheit für sich in Anspruch nehmen können. Der Generalstab — so hieß es weiter — wolle aber von dergleichen nichts hören und verlange die unbedingte Unterwerfung der Armee, der Nation und der Regierung, die sie dann gerade haben werde.[1])

[1]) L. Schneider: Aus dem Leben des Kaisers Wilhelm, Bd. II. S. 280.

Fürst Bismarck und sein diplomatischer Generalstab.

Der Gesandte v. Kusserow.

Fürst Bismarck und sein diplomatischer Generalstab.

Der Gesandte v. Kusserow.

I. Aus der Jugendzeit.

Heinrich v. Kusserow, geboren den 5. November 1836 zu Köln am Rhein, ist der dritte Sohn des ehemaligen Generalleutnants z. D. Ferdinand v. Kusserow, eines der verdientesten Offiziere des damaligen preußischen Heeres. Dieser war am 26. Dezember 1793 zu Berlin geboren, wo er mit dem 15. Lebensjahre das französische Gymnasium absolvirte, um dann auf dem Friedrich Wilhelms-Institut Medizin zu studiren. Obwohl erst 20 Jahre alt, nahm er an dem Kriege von 1813—1814 schon als Oberarzt im 1. Garderegiment teil. Auf seinen Wunsch 1815 als Leutnant im Heere angestellt, wurde er 1816 von General v. Gneisenau zur Kriegsschule und dann zum topographischen Bureau in Coblenz berufen und 1821 in den Generalstab einrangirt. Seit 1827 Hauptmann, war die Unterdrückung des 1831 in den Fürstentümern Neuenburg und Vallendis ausgebrochenen Aufstandes wesentlich sein Verdienst. Nachdem er in Abwesenheit des wegen Krankheit einige Zeit auf der Reise nach Neufchatel aufgehaltenen Gouverneurs, General v. Pfuel, die dem König von Preußen treu gebliebenen Elemente, unter welchen sich besonders auch die Grafen v. Pourtalès rühmlich auszeichneten, militärisch organisirt hatte, führte Kusserow nach Ankunft des Gouverneurs einen Teil derselben selbständig zu dem entscheidenden Siege im Val-Travers, um dann unter dem Oberbefehl des Generals als Kommandeur der Avantgarde die Insurgenten zur Kapitulation oder Flucht über die Grenze zu zwingen. Für diese Waffenthaten verlieh ihm 1844 König Friedrich Wilhelm IV. nachträglich den Adel. Kusserow war der einzige preußische Offizier, der zwischen 1815 und 1848 für das schwarz und weiße Banner im Feuer gewesen ist. Von 1832 ab im großen Generalstabe thätig, wurde er 1834 als Major zum Generalkommando in Coblenz versetzt, 1842 Chef eines Kriegstheaters im Großen Generalstabe in Berlin und 1843 Chef des Generalstabes des VII. Armeecorps in Münster, in welcher Stellung er bis zum Oberst avancirte. 1847 wurde er Kommandeur des 39. Infanterie-Regiments in Luxemburg und 1848 des wegen der Unruhen in

Trier dorthin kommandirten Magdeburgischen 26. Regiments. Ende desselben Jahres erhielt er das Kommando einer mobilen Kolonne zur Beruhigung des Moselgebiets, nahm 1849 mit einer mobilen Brigade ruhmvollen Anteil an dem badischen Feldzug und wurde nach dessen Beendigung im August desselben Jahres von dem Oberbefehlshaber der Operationsarmee, Prinzen von Preußen, mit der Besetzung der insurgirten Fürstentümer Hohenzollern beauftragt, bis dieselben in die Verwaltung Preußens übergingen. Von 1850 an kommandirte er eine Brigade, deren Stab abwechselnd in Düsseldorf, Köln und Düsseldorf stand. Bald nach Antritt eines wegen schwerer Erkrankung benötigten Urlaubs erbat und erhielt er in den gnädigsten Formen seinen Abschied als Generalleutnant und verstarb schon kurz darauf, am 7. Januar 1855, in Düsseldorf.

Die früheste Erziehung seiner Söhne hatte General v. Kusserow im Hause durch Kandidaten der Theologie leiten lassen. Die erste von Heinrich v. Kusserow besuchte Schule war das Athenäum in Luxemburg im Winter 1847/48. In der Zeit vom Herbst 1848 bis zum Frühjahr 1850 besuchte er das Gymnasium in Arnsberg und abwechselnd diejenigen in Düsseldorf, Köln und Düsseldorf. Auf dem letzteren war es ihm vergönnt, endlich in Ruhe die drei obersten Klassen zu absolviren, und gelang es ihm, trotz der durch die vielen Wechsel bedingten Unterbrechungen und Schwierigkeiten, zu den besten Schülern zu gehören. Auch ward Kusserow mit der Abschiedsrede für die Abiturienten über das Thema „Der Wahrheit widmen wir das Leben" betraut, ein Vorgang, welchen, gelegentlich eines im Dezember 1897 von ihm über die Flottenfrage in Leipzig gehaltenen Vortrages, sein jüngerer Zeitgenosse, damals Oberreichsanwalt, jetzt Oberlandesgerichtspräsident Dr. Hamm, in ehrende Erinnerung brachte.

Noch nicht ganz 18 Jahre alt, bezog Kusserow im Oktober 1854 die Universität Bonn, wo er Jura und Cameralia studirte. Im Hinblick auf den von ihm zu ergreifenden diplomatischen Beruf hörte er mit Vorliebe Collegia über Staatsrecht, Völkerrecht und Geschichte bei Dahlmann, Perthes, Löbel und anderen, wenigstens insoweit er hierzu als begeisterter Corpsstudent die Zeit fand. Er war sechs Semester im Corps der Hansea aktiv, führte eine gute Klinge und bekleidete in seinen drei letzten Semestern zuerst die dritte, dann die erste Charge. Seine Zeitgenossen gedenken noch heute seiner seltenen Festigkeit und Gewandtheit in Wahrnehmung der Interessen seines Corps im Seniorenkonvent.

Am 1. März 1858 wurde v. Kusserow als Auskultator bei dem Königlichen Landgericht in Köln vereidigt. Nachdem er die üblichen Stagen erledigt und die schriftliche Gerichts-Referendariatsprüfung bestanden hatte, wurde er am 20. September 1859 aus dem königlichen Justizdienst zum Zweck des Uebertritts zur Verwaltung entlassen. Am 29. Oktober 1859 bestand er die mündliche Referendariatsprüfung bei der Königlichen Regierung in Potsdam. Von dort wurde er für mehrere Monate dem Königlichen Polizeipräsidium in Berlin zur Beschäftigung

überwiesen. In dieser Zeit verkehrte er vorzugsweise in den Familien und Gesellschaftskreisen der damaligen altliberalen Minister, was in manchen Beziehungen nicht ganz ohne Einfluß auf seine politische Richtung bleiben konnte. Von dem damaligen Ministerpräsidenten Fürsten Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen und dem preußischen Gesandten in Paris Grafen Albert von Pourtalès, welche ihm in Erinnerung an die Verdienste seines Vaters wohlgesinnt waren, bei dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten Freiherrn v. Schleinitz empfohlen, wurde v. Kusserow zum diplomatischen Dienst zugelassen und zunächst am 31. Oktober 1860 der Königlichen Gesandtschaft im Haag attachirt.

II. Ein Vorschlag zur Lösung der deutschen Frage.
(1861.)

Bei seiner aktiven Natur und Begeisterung für den politischen Beruf konnten ihm die einem Attaché bei einer kleineren Gesandtschaft obliegenden Kanzleiarbeiten nicht genügen. Unter dem noch frischen Eindruck der von dem österreichischen Brudervolk im Jahr 1859 durch die vereinigten Heere Frankreichs und Sardiniens erlittenen Niederlage, und zugleich in der Annahme, daß Oesterreich nach der gemachten Erfahrung sich leichter als bisher zu einer Anerkennung der deutschen Mission Preußens verstehen und demselben zu einer friedlichen Lösung der deutschen Frage die Hand bieten würde, verfaßte v. Kusserow im Jahre 1861 eine Broschüre mit dem Titel „Ein positiver Vorschlag zur *friedlichen* Lösung der deutschen Frage“. Der Inhalt dieser Schrift zeugt dafür, wie die durch eigenes Studium und Nachdenken gebildeten politischen Anschauungen Kusserows, ohne daß er noch mit Herrn v. Bismarck in Berührung gekommen war, sich schon damals in der Richtung Bismarckscher Politik bewegten. An der Spitze der Broschüre steht der Satz: „Eine den wahren Interessen Deutschlands und zugleich Oesterreichs entsprechende Lösung der deutschen Frage ist nur im Wege einer Verständigung zwischen den Regierungen Preußens und Oesterreichs auf der Grundlage *gegenseitiger* Zugeständnisse möglich.“ An allen bisherigen Reformprojekten im Sinne der Errichtung eines engeren Bundesstaats unter der Hegemonie Preußens vermißte er eine *Gegenleistung* an Oesterreich, ohne welche sich dasselbe niemals dazu verstehen würde, freiwillig auf seine historisch begründete Machtstellung in Deutschland zu verzichten.

Bei Prüfung der verschiedenen damals ventilirten Reformprojekte verwarf Kusserow den Gedanken eines Einheitsstaats für Deutschland, welchen die einen durch die preußische Dynastie erstrebten, indem sie von dieser erwarteten, daß dieselbe nach dem Vorbild Piemonts revolutioniren und annektiren werde, während die anderen den nationalen Staat nur durch die Revolution von unten für möglich hielten und auf diesem Wege, sei es zum Kaiserreich oder zur Republik zu gelangen hofften. Als alleinige Ursache und Berechtigung der

deutschen Bewegung bezeichnete Kusserow den Drang der Nation nach einer ihrer Geschichte und Kulturstufe würdigen Machtstellung. Er wies deshalb die vielfach gezogene Parallele mit Italien zurück. Möge auch dort schon längst eine Partei bestanden haben, welcher die Konstituirung einer einheitlich regierten Nation als Ideal vorschwebte; bei dem Mangel politischer Bildung der breiteren Volksschichten in Italien, namentlich im Süden, würde ein solches Ideal nicht im stande gewesen sein, eine wirklich nationale Bewegung hervorzurufen. Hierzu mußte die sardinische Regierung ein anderes Element zu Hilfe nehmen. Dies war die in den meisten italienischen Einzelstaaten bestehende Unzufriedenheit der Bevölkerungen mit ihren Landesregierungen, welche bei Oesterreich Schutz fanden. Bei der verhältnismäßigen Ohnmacht Sardiniens gegenüber Oesterreich bedurfte ersteres zur Verwirklichung seiner Pläne der Hilfe des Auslandes und mußte hierfür ein erhebliches Opfer bringen. In diesem Gedankengange schrieb Kusserow:

„Die unitarischen Resultate in Italien sind demnach nicht die Folge eines allgemein in einer schon fertigen und politisch gereiften Nation vorherrschenden Strebens nach nationaler Einheit und Macht und nach einer die bestehenden Staaten verbindenden gemeinsamen Zentralregierung. Vielmehr verdankt der jetzige Zustand Italiens seine Entstehung zum großen Teil der Mißregierung in einzelnen Staaten, zu einem anderen Teil dem Ehrgeiz Piemonts, zumeist aber der Politik Frankreichs, welche es verstand, jene Elemente im eigenen dynastischen und nationalen Interesse in ihren Dienst zu nehmen.“ Dem gegenüber fragte Kusserow: „Wo ist in Deutschland ein Staat, dessen Bevölkerung zur Vertreibung des Landesfürsten geneigt und gesonnen wäre, sich einem sogenannten Musterstaate in die Arme zu werfen? . . . Nächst der Eifersucht der deutschen Dynastien auf ihre ungeschmälerten Souveränitätsrechte ist leider nichts der deutschen Sache so nachteilig, als die Abneigung gegen das spezifische Preußentum . . . Und wenn dennoch Preußen der Staat ist, von dem die Rettung Deutschlands aus seiner bisherigen Ohnmacht erwartet wird, so hat dies keinen anderen Grund, als daß Preußen als europäische Großmacht, und zwar als Großmacht durch seine fast ausschließlich deutschen Bestandteile am meisten befähigt ist, den Wunsch der deutschen Nation nach einer ihrer Würde und ihren Interessen entsprechenden Machtstellung im europäischen Staatensystem zu befriedigen.“

Indem Kusserow nun für das Reformprojekt eines engeren Bundesstaates mit einer aus direkten Wahlen hervorgehenden Nationalvertretung für das außerösterreichische Deutschland eintrat, in welchem Preußen die diplomatische, militärische und handelspolitische Leitung übernähme, führte er des näheren aus, daß die friedliche Verwirklichung dieses Projekts lediglich durch eine direkte Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich möglich sei. Die meisten anderen deutschen Regierungen wollten im Ernst überhaupt keine Reform, zumal nicht zu Gunsten der preußischen Hegemonie. Oesterreich, scheinbar der Mittelpunkt der gegen einen solchen Reformplan gerichteten Politik der widerstrebenden mittel- und kleinstaatlichen Regierungen, werde im Grunde genommen nur von kleindynastischem Egoismus ausgenutzt. Mißlinge die Verständigung zwischen den Regierungen Preußens und Oesterreichs, so wachse die Gefahr eines Krieges zwischen beiden unter Einmischung des Auslandes.

Bei Untersuchung der Bedingungen, unter welchen eine Verständigung mit Oesterreich über das preußische Reformprojekt vielleicht erreichbar sei, wies Kusserow zunächst die jüngst der preußischen Regierung von Graf Rechberg gemachte Zumutung zurück, sich mit einem Alternat im Präsidium abfinden zu lassen und für dieses wertlose Zugeständnis die materielle Garantie für Oesterreichs außerdeutsche Besitzungen zu übernehmen. Dagegen befürwortete er die Uebernahme einer solchen Garantie unter den beiden Bedingungen, daß Oesterreich in die Organisirung des außerösterreichischen Deutschland zu einem repräsentativen Bundesstaat unter der Führung Preußens willige, und daß das staatenbundliche Verhältnis zwischen dem österreichischen Kaiserstaat und Preußen-Deutschland als Schutz- und Trutzbündnis aufrecht erhalten und auf die nicht zum deutschen Bunde gehörigen Länder und Provinzen sowohl Oesterreichs wie Preußens erstreckt werde.

Als unannehmbar bekämpfte er alle Vorschläge, welche das Verlangen der deutschen Nation nach einer gemeinsamen Volksvertretung durch die Berufung eines aus Delegirten der einzelnen Landesvertretungen zu bildenden Staatenhauses, dem mit Rücksicht auf die österreichischen Länder nur eine ganz beschränkte Kompetenz eingeräumt werden könnte, abfinden wollten.

Kusserow stellte nun folgende, aus sieben Artikeln bestehende Punktation als Grundlage für eine direkt zwischen den Regierungen Preußens und Oesterreichs anzuknüpfende Verhandlung auf.

Artikel 1. Oesterreich giebt seine Zustimmung dazu, daß die außerösterreichischen Staaten des deutschen Bundes sich zu einem engeren deutschen Bundesstaat mit gemeinsamer Zentralregierung und Nationalrepräsentation vereinigen.

Artikel 2. Preußen tritt mit seinen sämtlichen Besitzungen, also auch den beiden bisher nicht zum deutschen Bunde gehörenden Provinzen Preußen und Posen, in den neuen engeren Bundesstaat ein und entsagt, indem es seine eigene Großmachtstellung auf diesen engeren deutschen Bundesstaat überträgt, seiner bisherigen Sonderstellung. Hierfür übernimmt Preußen die militärische, diplomatische und handelspolitische Leitung dieses engeren Bundesstaates, und der König von Preußen wird als solcher erbliches Oberhaupt des engeren Bundes nach preußischer Erbfolge.

Artikel 3. Das staatenbundliche Verhältnis zwischen dem engeren Bundesstaat und Oesterreich erstreckt sich gleichfalls auf die beiden bisher nicht zum deutschen Bunde gehörenden Provinzen Preußen und Posen. Oesterreich übernimmt daher auch für diese beiden Provinzen dieselbe Garantie, wie dies von ihm durch die Bestimmungen der deutschen Bundesakte vom 15. Mai 1820 für die zum deutschen Bunde gehörigen anderen Länder auf alle Zeiten übernommen worden ist.

Artikel 4. Oesterreich verzichtet auf jede direkte Teilnahme an der Zentralregierung des engeren deutschen Bundesstaates.

Artikel 5. Der engere deutsche Bundesstaat übernimmt, außer der durch die Bundesakte vom 8. Juni 1815 und die Wiener Schlußakte vom 15. Mai 1820 für die zum deutschen Bunde gehörigen deutschen Provinzen Oesterreichs festgesetzten Garantie, die Verpflichtung, jede auch gegen die außerdeutschen gegenwärtig zum österreichischen

Kaiserreich gehörenden Bestandteile gerichteten feindlichen Angriffe eines fremden Staates als eine Kriegserklärung gegen den engeren deutschen Bundesstaat anzusehen.

Artikel 6. Oesterreich vereinigt seine Bemühungen mit denjenigen Preußens, den vorstehenden Punktationen die allgemeine Anerkennung der übrigen zum deutschen Bunde gehörigen Staaten zu verschaffen.

Artikel 7. Für den Fall, daß irgend eine fremde Macht sich der Verwirklichung dieses Programms widersetzen sollte, sind die beiden deutschen Mächte fest entschlossen, jede fremde Einmischung energisch, eventuell mit den Waffen, zurückzuweisen.

Aus der Begründung der einzelnen Punkte heben wir folgendes hervor:

ad Artikel 2. Die Aufnahme der preußischen Provinzen Preußen und Posen in den von Oesterreich mit zu garantirenden Besitzstand könne jedem Deutschen nur vorteilhaft erscheinen. Dieser Länderzuwachs von 714 Quadratmeilen mit ungefähr 4029500 Einwohnern ist für den deutschen Bundesstaat schon an und für sich nicht gleichgültig. Namentlich aber dürfte für den Fall eines, nach Rußlands Wiedererstarkung und bei Wiederinangriffnahme seiner traditionellen, sogenannten slavischen Mission nicht unmöglichen Krieges zwischen diesem Reiche und Deutschland, die unbedingte Hilfeleistung Oesterreichs zur Garantie des Besitzes jener beiden Provinzen, von denen die erstere doch zweifellos Anspruch auf Deutschlands ungeteiltes Interesse hat, dem deutschen Bundesstaat sicherlich nur wünschenswert sein. Auch mit Rücksicht auf die Polnische Frage läge die österreichische Garantie für unsere Ostsee-Provinzen gewiß in unserem Interesse. Denn da nach den heutigen Bedingungen eines Staatenlebens ein jeder selbständige, lebensfähige Staat zu einer erreichbaren Küste dränge, so läge die Besorgnis nahe, daß bei den auf Wiedererrichtung eines Königreichs Polen gerichteten Bestrebungen, die bekanntlich zu dem napoleonischen Programm gehören, die Küste der Provinz Preußen als zur Ausgestaltung Polens zu einem lebensfähigen Staate unentbehrlich angesehen werden möchte.

Zu Artikel 4 führte Kusserow aus, daß derselbe die Gefahr für Deutschland beseitigen würde, in ein nördliches und ein südliches zerschnitten zu werden. Das deutsche Volk würde sich endlich einer starken Zentral-Regierung erfreuen und durch energische Zusammenfassung seiner Kräfte eine nie gekannte Stufe der Macht, des Ansehens und des Wohlstandes erreichen.

In der Annahme des Artikel 5 erblickte Kusserow die einzige Möglichkeit einer friedlichen Lösung der deutschen Frage.

Er untersuchte nun, ob die Garantirung des gegenwärtigen außerdeutschen Besitzstandes Oesterreichs etwa eine zu große Gegenleistnng Preußen-Deutschlands für den Verzicht des Hauses Habsburg auf seine bisherige Stellung in Deutschland sein würde, und verneint diese Frage.

Deutschland und Oesterreich, nach innen zwei unabhängige Reiche, durch eine gemeinsame nationale Politik nach außen ein Reich, würden im Zentrum Europas eine so imponirende Macht darstellen, daß an Friedensstörungen durch einen ehrgeizigen Nachbar nicht mehr zu denken wäre. Ihrem Charakter nach defensiv, würde diese Zentralmacht, ohne eine Drohung für das Ausland zu enthalten, jedes Offensivgelüst des Auslandes gegen uns in der Geburt ersticken. Für die Lösung des Problems eines wirklichen europäischen Gleichgewichts wäre hiermit eine feste Grundlage gefunden. Deutschland und Oesterreich, jedes für sich kaum einem der mächtigen Nachbarn gewachsen, würden so vereinigt selbst einem vereinten Angriff Frankreichs und Rußlands mit Erfolg widerstehen

können. Wer an die Unwahrscheinlichkeit einer solchen Allianz denken sollte, den erinnern wir an den panischen Schrecken, der im Jahre 1859 durch Deutschlands Gaue zog, als man von einem franko-russischen Bündnis sprach."

Kusserow prüfte alsdann das mögliche Verhalten der anderen Großmächte für den Fall, daß es wegen der deutschen Frage zum Bruch zwischen Preußen und Oesterreich käme.

Für eine Einmischung Frankreichs sah er drei Möglichkeiten voraus. Griffe Preußen zu den Waffen, um gewaltsam sein Reformprojekt durchzuführen, so würde Frankreich etwa erklären, es habe nichts gegen die Konsolidirung Deutschlands unter preußischer Hegemonie, doch erheische seine eigene Sicherheit eine Verstärkung seiner östlichen Grenze; es werde daher sich der preußischen Politik nicht widersetzen, dieselbe sogar unterstützen, wenn Preußen zur Abtretung der Rheingrenze bereit sei. Ein derartiger Anspruch Frankreichs sei nach den Erfahrungen Sardiniens mit Savoyen und Nizza als wahrscheinlich anzusehen. Da die Zurückweisung desselben von seiten Preußens zweifellos sei, würde Frankreich, und dies sei die zweite Möglichkeit, sich an die Regierungen der deutschen Mittelstaaten wenden und ihnen Schutz und Zuwachs auf Kosten Preußens und einiger deutscher Kleinstaaten unter der von Preußen zurückgewiesenen Bedingung zusagen, daß Frankreich die Rheingrenze erhielte. Die Annahme, daß ein solcher Vorschlag auch seitens der deutschen Mittelstaaten zurückgewiesen werden würde, werde durch die Geschichte nicht unterstützt. Eine dritte Möglichkeit für Frankreich sei, die schwierige Lage Oesterreichs zu benutzen und ihm ein Bündnis auf der Grundlage anzutragen, daß Oesterreich auf Venedig verzichte und gestatte, daß Frankreich die Rheingrenze nähme, sich selbst aber in Deutschland auf Kosten Preußens entschädige und außerdem mit Hilfe Frankreichs zu geeigneter Zeit Ersatz im Orient fände. Ob Oesterreich eine solche Lösung von der Hand weisen würde, bezweifelte Kusserow, um dann fortzufahren:

„Denken wir uns dagegen Preußen-Deutschland mit Oesterreich eng verbunden, so wird Frankreich kaum versuchen, mit diesen Mächten anzubinden. Wir Deutsche, bis zum Spott friedfertig, solange man uns nicht angreift, könnten, für den Fall eines Angriffs von jener Seite, auf Grund des von Frankreich neuerdings aus seinem historischen Todesschlaf erweckten und nach Belieben angewandten Nationalitätenprinzips, oder auf Grund der Idee der natürlichen Grenzen — als welche man ja nicht Flüsse, sondern Gebirge anzusehen hat — uns einiger Länder erinnern, die einstens zum Deutschen Reich gehört haben, und wo die deutsche Sprache noch immer Volkssprache geblieben ist."

„Was Rußland angeht, so ist dieses Reich allerdings in diesem Augenblick nicht in der Lage, seinen Nachbarn große Besorgnisse einzuflößen. Man täusche sich aber nicht über die Folgen der jetzigen russischen Bewegung für seine Macht. Aus seiner augenblicklichen Krise wird dieses Reich, von dem unser hochseliger König sagte, daß es kein Land, sondern ein Weltteil sei, weit mächtiger und für seine Nachbarn gefährlicher hervorgehen, als es je gewesen. Auch sollte man in Oesterreich nicht vergessen, daß Rußland grollt, und daß es seinem Grolle schon längst Luft gemacht haben würde, wenn es sich hierzu im stande gefühlt

hätte. Aber, selbst nach seiner Wiedererstarkung, dürfte es zweifelhaft sein, ob Rußland mit einem einigen Deutschland-Oesterreich sich in einen Kampf einlassen werde. Daß eine Besiegung Oesterreichs durch Rußland auch eine Kalamität für Deutschland sein würde, wird von jedermann zugegeben werden, der eine Ahnung von der Expansionskraft des Slaventums besitzt. Daß infolge der Niederwerfung Oesterreichs der Panslavismus auf Kosten des Germanentums unberechenbare Fortschritte machen, daß zunächst das deutsche Element in den außerdeutschen Provinzen Oesterreichs unter die Füße getreten werden würde, bedarf keiner näheren Ausführung.

Fragen wir, welche Haltung England gegenüber einer solchen Lösung der deutschen Frage vermutlich einnehmen wird? Zu England haben wir das feste Vertrauen, daß es, wenn wir infolge einer antiösterreichischen Politik auf einem der oben angedeuteten Wege seitens Frankreichs mit dem Verluste des linken Rheinufers bedroht werden, — keine Hand für uns rühren wird. Englands aktive Teilnahme und Hilfe fängt erst mit seinem Interesse an. Denn es ist ja bekanntlich nur Frankreich, das „für eine Idee einen Krieg zu unternehmen, das generöse Herz hat". — So lange Frankreich Belgien und Holland in Frieden läßt, wird England höchstens einige Noten zu unseren Gunsten schreiben, um uns seine Sympathie zu beweisen. — Anders aber, wenn wir einig mit Oesterreich sind. Sollten wir dann eines Tages mit Frankreich oder Rußland, oder mit beiden in Krieg geraten, so dürfen wir mit aller Bestimmtheit auf Englands Hilfe rechnen. Denn einmal würde England, namentlich wenn Frankreich allein uns angriffe, diese Gelegenheit für zu günstig halten, um nicht zur Hinwegräumung der Ursache seines wenig erfreulichen Kriegsbudgets, nämlich der französischen Flotte, mindestens einen energischen Versuch zu machen. — Für jenen ersten Fall aber, wo wir Oesterreich feindlich gegenüberständen, würde England aus verschiedenen Gründen neutral bleiben. Aus wirklichen Sympathien für uns, die ihre nationale, historische und dynastische Ursache haben, wird es nicht gegen uns Partei ergreifen wollen. Für uns aber sich an dem Kriege zu beteiligen, würde ihm vielleicht das eigene Interesse nicht erlauben. Denn Frankreich würde durch einen Krieg gegen uns, in welchem es Oesterreich und einen Teil Deutschlands auf seiner Seite hätte, wahrscheinlich nicht genug in Anspruch genommen sein, um nicht gleichzeitig auch einen empfindlichen Schlag gegen England führen zu können. Auch dürfte es bei Englands Staatsmännern ins Gewicht fallen, ob es ratsam wäre, für einen Krieg, dessen Resultat mehr als zweifelhaft sein würde, die so wichtige und gehätschelte Allianz mit Frankreich aufzugeben. Schließlich darf England im Hinblick auf seine Interessen im Orient sich nicht schlecht mit Oesterreich stellen. Alle diese Bedenken fallen in einem Kriege eines vereinigten Deutschland-Oesterreich gegen einen gemeinsamen Feind fort. Bei Einigkeit unter sich könnten diese Mächte für alle politischen Komplikationen auf Englands Hilfe rechnen. England bedarf einer starken Kontinentalmacht ebenso sehr, wie seine Hilfe für diese in einem Kriege gegen eine Seemacht nötig ist.

Fassen wir hiernach dasjenige kurz zusammen, was im vorstehenden bezüglich der durch die Annahme unserer Vorschläge gesteigerten Machtstellung Deutschlands gesagt ist, so ergiebt sich für den Fall einer Verständigung mit Oesterreich folgendes Resultat:

Konsolidirung Deutschlands, Zusammenfassung aller deutschen Kräfte unter einer einheitlichen Zentralregierung, Defensivbündnis zwischen Deutschland und Oesterreich zur Verteidigung aller gegenwärtigen Besitzungen gegen jeden feindlichen Angriff und Herstellung einer so gewaltig imponirenden Macht im Zentrum Europas, daß irgend ein feindlicher Angriff auf Deutschland oder Oesterreich kaum denkbar ist.

„Wem nicht einleuchtet, daß ein solches Resultat für die Machtstellung und Sicherheit Deutschlands nach außen ein so befriedigendes wäre, wie man es selbst dann nicht erzielt hätte, wenn das ganze Deutschland, einschließlich der deutschen Provinzen Oesterreichs, ein einiges Kaiserreich bildete, der will eben nicht sehen."

Kusserow wandte sich alsdann gegen diejenigen Gefühlspolitiker, welche nichts davon wissen wollten, daß wir wegen Venedigs gegenüber Oesterreich eine Verpflichtung übernähmen. Aus Begeisterung für die unverzügliche und absolute Einigung Italiens vergäßen dieselben das eigene Vaterland, welches seit Jahrhunderten nach einer nur relativen Einigung seufzte. Wenn es Italien gelänge, sich vorläufig auch ohne Venedig zu einem Einheitsstaate zu konsolidiren, so würde es hiermit schon weit mehr erreicht haben, als Deutschland für absehbare Zeit erhoffen könne. Auch sollte man in Deutschland nicht vergessen, daß einstweilen infolge der Besiegung Oesterreichs durch die französischen Heere der Einfluß Frankreichs in Italien der dominirende geworden sei. Der Deutsche aber, der sich für den Einfluß und die dominirende Stellung Frankreichs in Italien begeistern könnte, sei wohl kaum ein ernst zu nehmender Politiker. Wir sollten nicht vergessen, wie seit Jahrhunderten der deutsche und der französische Einfluß sich in Italien bekämpft haben. Er fährt dann fort:

„Nachdem Deutschland es ruhig hat geschehen lassen, daß das österreichische Brudervolk den italienischen Boden mit seinem Blute tränkte, um ihn von Frankreichs Scharen zu räumen, nachdem die Lombardei infolge hiervon für Oesterreich verloren gegangen und der Schacher mit Savoyen und Nizza zu stande gekommen ist, welcher deutsche Patriot könnte da noch die Stirn haben, Oesterreich den Verzicht auch auf Venedig anzuraten, solange der Franzmann fortfährt, sich auf italienischem Boden zu befestigen?

Auch fragen wir, ob etwa Italien einen stärkeren Anspruch auf Venedig zu erheben berechtigt ist, wie etwa Deutschland auf Elsaß und Lothringen? Nach der Ansicht mancher sardinischen Politiker würde es sich freilich von selbst verstehen, wenn Italien, nachdem es in den Besitz Venedigs gelangt wäre, auch die Dependenzen dieser alten Republik beanspruchen dürfte. Dies wäre das Wiederaufleben der Reunionspolitik Ludwig XIV. — Wohin würde die mit solchen Ansprüchen sympathisirende Gefühlspolitik führen? Zu neuen Niederlagen, zur Verstümmelung Deutschlands und zum Glanz und zur Herrlichkeit anderer Mächte.“

Mit Rücksicht darauf, daß damals gerade die Frage der Anerkennung des Königreichs Italien durch die preußische Regierung auf der Tagesordnung des preußischen Landtags stand, erklärte Kusserow, daß ein solcher Akt, wenn er in diesem Augenblick erfolgte, die Möglichkeit einer im deutschen Interesse liegenden Verständigung Preußens mit Oesterreich über eine friedliche Lösung der deutschen Frage in hohem Maße erschweren müßte. Sympathien für Italien dürften den preußischen Politiker angesichts der auf dem Spiele stehenden preußisch-deutschen Interessen nicht beeinflussen. Bei der Haltung einer großen Partei in Preußen würde ein solcher Akt als eine absichtliche Kränkung Oesterreichs und als eine Drohung für die Existenz der Mittel- und Kleinstaaten ausgelegt werden. Die preußische Regierung würde durch einen solchen Schritt ihre Gegner nur um so erbitterter und deshalb um so widerstandsbereiter machen. Trotz aller Versicherungen des Gegenteils würde man die Anerkennung des Königreichs Italien als eine Anerkennung und Billigung der Revolutions- und Annexionspolitik Piemonts deuten und als den ersten Schritt zur Nachahmung

dieser Politik bezeichnen, um sich desto mehr jedem preußischen Reformversuch zu widersetzen.

Daß die Anerkennung Italiens im Fall eines offenen Bruchs mit Oesterreich und seinen Alliirten uns eine Allianz, das heißt die thatkräftige, über einige anerkennende Noten hinausgehende Unterstützung Englands verschaffen würde, sei aus den früher entwickelten Gründen zu bezweifeln.

Was Frankreich anbetreffe, so möge man sich durch die nahe Aussicht auf den Abschluß eines Handelsvertrages nicht täuschen lassen. Die Aussicht auf einen solchen Vertrag würde die Einmischung Frankreichs in die deutschen Angelegenheiten bei sich bietendem Anlaß nicht abwenden. In der Erwerbung des linken Rheinufers würde Frankreich gewiß einen größeren materiellen Nutzen erblicken, als in dem unverzüglichen Abschluß eines Handelsvertrages, den es ohnehin auch später und nach einem glücklichen Kriege sogar unter günstigeren Bedingungen erlangen könnte. Kurz, die Anerkennung Italiens würde in diesem Augenblick die friedliche Lösung der deutschen Frage in höchstem Maße erschweren, vielleicht für immer unmöglich machen.

Die Besorgnis, daß Deutschland durch Art. 5 sich zum Diener einer etwaigen österreichischen Reaktionspolitik, namentlich in Ungarn machen könnte, wies Kusserow als unbegründet zurück. Einerseits liege kein Anhalt dafür vor, daß Oesterreich selbst zu einer Reaktionspolitik zurückkehren werde. Andererseits sei mindestens zu bezweifeln, ob die österreichische Regierung nach der mit der russischen Intervention gemachten Erfahrung zum zweitenmal für innere Angelegenheiten des österreichischen Kaiserstaates fremde Hilfe in Anspruch zu nehmen geneigt sein würde. Vor allem aber bezwecke Art. 5 lediglich, daß Oesterreich für den Fall eines feindlichen Angriffs von außen sich der Hilfe Deutschlands versichert halten könne. Die vorgeschlagene enge völkerrechtliche Verbindung des ganzen österreichischen Kaiserstaates und Deutschlands dem Auslande gegenüber würde sich namentlich in Bezug auf Ungarn als besonders vorteilhaft erweisen.

„Ungarn, dieses seit Jahrhunderten mit Oesterreich eng verbundene Land, welches ohne Oesterreich nur unbedeutend, mit Oesterreich aber mächtig ist, würde seine innere Ruhe wieder erlangen, sobald der dort jetzt vorwiegende Einfluß ein kräftiges Gegengewicht in der imponirenden Wirkung fände, welche der enge Zusammenschluß des Kaiserstaates und Deutschlands nach außen ausüben würde. Das trügerische Vertrauen auf fremde Hilfe, auf baldige Zertrümmerung Oesterreichs und die Aufrichtung eines unabhängigen Magyarenreiches würde der besseren Einsicht und dem Verständnis für die größere Nützlichkeit eines Zusammenbleibens mit Oesterreich das Feld räumen. Die Magyaren, zur Besinnung zurückgekehrt, würden anerkennen, daß nur in der Verbindung mit dem liberal gewordenen Oesterreich ihre Nationalität und ihre freie innere Entwicklung dauernd gesichert ist, daß sie dagegen nach Lostrennung von Oesterreich über kurz oder lang dem slavischen Koloß zur Beute fallen und, von diesem einmal verschlungen, zu einer nichtssagenden Unbedeutendheit herabsinken müssen.

Es ist nach alledem kaum mehr notwendig, besonders auf die Vorteile hinzuweisen, die Oesterreich aus der Annahme unserer Vorschläge ziehen würde. Seine Macht und seine

Sicherheit gegen feindliche Angriffe würden erhöht. Es hätte weder Frankreich und Italien, noch Rußland, noch ein zweifelhaftes Deutschland zu fürchten; es könnte seine Kräfte, die sich jetzt in einem unerschwinglichen Kriegsbudget verzehren, auf die Wiederherstellung seiner Finanzen, auf Erschließung und die Ausbeutung neuer Quellen des Nationalreichtums konzentriren, seine vielen kleinen Nationalitäten, deren jede für sich keine Lebensfähigkeit hat, anstatt dieselben wie bisher gewaltsam zusammenzuhalten, durch die moralische Macht seiner freien Institutionen in einen Guß zusammenschmelzen. Die günstigen Folgen hiervon für die unter Oesterreichs Scepter lebenden Völker, für die Ruhe und Blüte des österreichischen Kaiserreichs, für die Sicherheit und Machtstellung Deutschlands und für den Frieden Europas sind kaum zu berechnen.

Auch nach einer anderen Seite hin müßte Oesterreich das dringendste Interesse daran haben, dem Verlangen der deutschen Nation nach größerer Einigung unter der von uns vorgeschlagenen Bedingung gerecht zu werden. Nach dem eigenen Zugeständnisse aller österreichischen Staatsmänner ist Oesterreich allein, das heißt ohne Deutschlands sicher zu sein, der orientalischen Frage nicht gewachsen. Daß Oesterreich aber bei der bisherigen Organisation des Deutschen Bundes auch in dieser Hinsicht nicht auf Deutschland zählen kann, haben die Ereignisse der Jahre 1827 und 1854 unzweifelhaft bewiesen. An Deutschland fand es nicht nur nicht eine Rücklehne, sondern durch Deutschlands zweideutige Haltung ward es vielmehr in seiner eigenen selbständigen Bewegung behindert. Oesterreich bedarf im Hinblick auf die über kurz oder lang zur Lösung kommende orientalische Frage eines sicheren Alliirten. Dieser kann nur Deutschland sein. Oder giebt es etwa jemand in Deutschland, der der Ansicht wäre, daß Deutschland nach seiner Konsolidirung und Erhebung zu einer Macht ersten Ranges bei Lösung der orientalischen Frage die Hände in den Schoß legen sollte? Wenn Deutschland aber nicht neutral bleiben, sondern im entscheidenden Augenblick ein Wort mitsprechen will und muß, warum sollte man sich denn davor scheuen, Oesterreich gegenüber schon jetzt sich zur Hilfeleistung zu verpflichten, falls dessen Stellung und Einfluß, hiermit aber auch das germanische Interesse im Orient ernstlich bedroht werden sollte? Wollte Deutschland sich selbst für solche Fälle freie Hand bewahren, um eventuell auch gegen Oesterreich Partei zu ergreifen, dann wäre freilich Oesterreich in seinem Recht, wenn es keine Neigung hätte, seinem direkten Einfluß in Deutschland zu entsagen. Dann hätte es gewiß ein größeres Interesse daran, Deutschland zerrissen, schwach und ungefährlich zu erhalten, als dazu mitzuwirken, daß Deutschland ein zugleich stärkerer und unter Umständen gefährlicherer Nachbar würde.

Im Vergleich mit allen Vorteilen, welche sich aus einer Regeneration Deutschlands für Oesterreich ergeben würden, welches Interesse könnte dieses noch daran haben, an der alten Bundesorganisation, der es zum größten Teil seine jetzige Kalamität verdankt, eigensinnig festzuhalten? Es ist allerdings eine Frage der Ehre und der Selbsterhaltung Oesterreichs, sich nicht schlankweg und bedingungslos aus Deutschland herausdrängen zu lassen. Wir fragen aber, würde das vorgeschlagene Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich nicht vielmehr eine innigere und wertvollere Verschwisterung beider Reiche darstellen? Wenn einerseits Oesterreich wegen seiner heterogenen Bestandteile sich an einem repräsentativen engeren Bundesstaate nicht beteiligen kann, wenn seine jetzige Verbindung mit Deutschland ein andauerndes Hemmnis für dessen innere freiere Entwicklung bildet, wenn dieses Hemmnis nur dazu beitragen kann, Oesterreich die Sympathien der deutschen Nation zu entfremden, so würde Oesterreich andererseits durch den freiwilligen Verzicht auf seine bisherige legitime Stellung in Deutschland zu Gunsten der deutschen Nation an Stelle der bisherigen zweifelhaften Allianz mit den deutschen Kabinetten an dem deutschen Volk den sicheren Alliirten gewonnen haben, dessen es zu seiner Sicherheit gegen mehrere Feinde und zur Lösung seiner Mission im Orient bedarf. Oder lassen sich etwa die starken Sympathien der deutschen Nation für das öster-

reichische Brudervolk fortleugnen? Haben wir vergessen, wie im Jahre 1859 die Schwesterliebe der deutschen Nation ohne den plötzlichen Eintritt des Friedens von Villafranca die noch unschlüssigen Kabinette in einen Kampf auf Leben und Tod mit den Feinden Oesterreichs fortgerissen haben würde, und ging nicht ein allgemeines Murren durch Deutschland über den faulen Frieden, der seither wie eine Sündenschuld auf dem deutschen Namen lastet? Wenn die Sympathien des deutschen Volkes schon für das absolutistisch regierte und der deutschen Einigung widerstrebende Oesterreich solche Gestalt annehmen konnte, welche Regierung würde dann wohl den Ausbruch dieser Sympathien für ein freiheitlich regiertes und zum Wohle der deutschen Nation auf seine bisherige staatsrechtliche Stellung in Deutschland verzichtendes Oesterreich widerstehen können, zumal wenn diese Sympathien in einer deutschen Volksvertretung ihr legitimes Organ gefunden haben werden? Voraussetzung für die Erhaltung dieser Sympathien würde freilich die sein, daß Oesterreich in Zukunft keine dynastische Politik triebe: seine Politik müßte einen deutsch-nationalen Charakter tragen. Wird diese Politik aber etwa eine andere sein können? Ist nicht gerade das deutsche Element das Bindemittel für Oesterreichs heterogene Bevölkerungen? Dieses deutsche Element durchdringt alle österreichischen Lande und wird in der Verwaltung, dem Handel, der Industrie und dem Reichsrat zur Geltung gebracht. Dieses deutsche Element, zudem durch die deutsche Dynastie der Habsburger verkörpert, ist die beste Bürgschaft für eine sichere Allianz zwischen Oesterreich und Deutschland.

Eine Gefahr, aus Deutschland gewaltsam verdrängt zu werden, sehen wir hiernach für Oesterreich nur in dem Falle voraus, wenn es, statt den Wünschen des deutschen Volkes gerecht zu werden, eigensinnig darauf beharrt, Sklave eines durchaus falschen point d'honneur und unbewußt der Diener mittelstaatlicher Sonderinteressen zu bleiben.

Glaubt man in Oesterreich, unter keinen Umständen dem jüngeren Rivalen Preußen einen Fußbreit in Deutschland weichen zu dürfen, so fragen wir, was hat Oesterreich in Zukunft von Preußen zu befürchten? Kann Oesterreich es dem Hause Hohenzollern mißgönnen, wenn es für das Aufgeben seiner spezifisch preußischen Stellung, ein Schritt, der mit Begeisterung in allen Gauen Deutschlands begrüßt werden würde, in einem engeren deutschen Bunde zur Oberhauptswürde gelangte? Die bisherige für Oesterreich oft unfreundliche Politik Preußens ist nur die notwendige Folge seines unbefriedigten Machtbedürfnisses. Zu groß und mächtig, um der gewonnenen Großmachtstellung zu entsagen, und doch zu klein und wegen seiner eigenen Zerrissenheit zu schwach, um den heutigen Tages einer Großmacht gestellten Anforderungen genügen zu können, ist Preußen auf Deutschland angewiesen. An eine Unterordnung Preußens unter Oesterreich im Deutschen Bunde könnte nur noch der Romantiker denken; an eine Unterordnung Oesterreichs unter Preußen im Bunde hat nie ein vernünftiger Mensch gedacht. Der Dualismus kann aber beiden, insbesondere Oesterreich, nur zum Nachteil gereichen. Zur Oberhauptswürde im engeren Bunde berufen, würde Preußen für seinen berechtigten Ehrgeiz und für sein materielles Bedürfnis volle Befriedigung finden; als Vertreter der nationalen Politik eines engeren deutschen Bundes würde Preußen der treueste Alliirte Oesterreichs im weiteren Staatenbunde werden. Preußen in Deutschland aufgegangen, d. h. als Vertreter nur deutscher Interessen durch die Sympathien der Nation selbst getragen und gleichzeitig zu einer nationalen und deshalb Oesterreich freundlichen Politik gezwungen: Wo ist da noch ein Grund der Eifersucht und der Befürchtung für Oesterreich?

Mit dem im vorhergehenden zur Begründung unserer Vorschläge 1—5 Gesagten dürfte zugleich dem Bedenken entgegengetreten sein, daß die Uebernahme einer Verpflichtung zur Hilfeleistung für kommende Eventualitäten der selbständigen Politik der beiden Reiche präjudiziren könnte. Wir fassen gleichwohl, was dieses Bedenken zu beseitigen geeignet erscheint, nachstehend nochmals zusammen:

Wenn es wahr ist, daß das eine Reich des andern zu seiner Sicherheit gegen äußere Feinde durchaus bedarf, und es daher nur im Interesse beider liegen kann, für die Eventualität eines feindlichen Angriffs der gegenseitigen Hilfe versichert zu sein, und wenn es wahr ist, daß beide Regierungen aus innerer Notwendigkeit nur nationale Interessen vertreten und nationale Politik machen werden, und deshalb das eine Reich jederzeit mit Bestimmtheit auf das andere zählen kann, so ist es nicht minder wahr, daß ein förmlicher Pakt, durch welchen dieses auf einer inneren Notwendigkeit beruhende Verhältnis eine im Völker- wie im Privatleben gebräuchliche Sanktion erhielte, nichts Bedenkliches für denjenigen enthalten kann, der es mit seiner Freundschaft ernstlich meint. Da es aber feststeht, daß ungeachtet des wechselseitigen Hilfebedürfnisses für gewisse Fälle Oesterreich nicht bereit sein kann, auf die ihm durch internationale Akte zugesicherten Rechte in Deutschland zu verzichten, ohne daß ihm andere Vorteile vertragsmäßig gesichert würden, so sollten unsere Staatsmänner sich hierzu bald entschließen. Je länger gezögert wird, unsere (die preußischen) Bundesreformvorschläge in dieser Richtung zu ergänzen, um so mehr muß Oesterreichs Mißtrauen gegen unsere bundesfreundlichen Absichten ihm gegenüber wachsen, und um so schwieriger wird eine friedliche Lösung der deutschen Frage werden. Und je größer das Interesse Oesterreichs daran sein muß, an Deutschland einen unter allen Umständen zuverlässigen Alliirten zu gewinnen, um so eher sollte es sich entschließen, zu einem solchen Pakt die Hand zu bieten, anstatt wie bisher sich der deutschen Bewegung entgegenzustellen und mit Forderungen hervorzutreten, welche sowohl die preußische Regierung wie das deutsche Volk abschrecken müssen.

Der Widerstand, auf welchen die Durchführung der Bundesreform etwa auch nach einer Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich bei den Mittelstaaten beziehungsweise deren Regierungen stoßen sollte, würde gegenüber den berechtigten Wünschen der Nation wie Spreu vor dem Winde verschwinden, sobald dieser unnationalen Opposition durch die gemeinsame Haltung der beiden Großmächte jeder Rückhalt entzogen würde. „Wann," ruft er aus, „wird die Zeit kommen, wo Friedrich des Großen Worte eine Wahrheit sein werden: ‚Der Fürsten Glorie besteht in dem Glücke ihrer Völker?‘ Werden die Fürstenhäuser in Deutschland stets fortfahren, das Glück Deutschlands ihrem kleinlichen Partikularismus zu opfern? Den Wunsch, jede Einmischung und Beteiligung des Auslandes bei der Ordnung unserer inneren Angelegenheiten bis zum letzten Tropfen Bluts abzuwehren, wird wohl jeder Deutsche teilen, der Ehre im Leibe hat. Was es heißt ‚Italia farà da se‘ haben wir erfahren; für ein ähnliches ‚Germania farà da se‘ dankt jeder wahre deutsche Patriot.

Noch ist es Zeit, die deutsche Frage in friedlicher Weise, d. h. ohne Revolution und ohne Krieg, ohne Gefahr weder nach innen noch nach außen, zu einer alle Teile befriedigenden Lösung zu bringen. Die Staatsmänner, in deren Händen das Wohl Deutschlands, Preußens und Oesterreichs ruht, mögen sich ihrer Pflichten als Baumeister und Schirmherren der ihrer Obhut anvertrauten Staaten und Völker erinnern. Das alte Gebäude ist morsch geworden. Man säume nicht, ein neues beizeiten unter Dach zu bringen, bevor das Ungewitter heraufzieht. Der Glaube, daß die alten Mauern, weil sie nun schon so lange ausgehalten haben, auch noch länger standhalten werden, würde sich als trügerisch erweisen, und wenn der alte Bau zusammenbricht, dann wird die Nation ihre eigene Baumeisterin werden. An einer Verständigung zwischen Preußen und Oesterreich ist alles gelegen. Zum Notenwechsel mit den Mittelstaaten, die nicht beraten sein wollen, ist keine Zeit mehr. Eine persönliche Beratung der beiden Souveräne und leitenden Minister Preußens und Oesterreichs auf der Grundlage gegenseitiger Zugeständnisse scheint uns der einzige Weg, um dem Verderben vorzubeugen, welches beiden Teilen droht."

Dem vierundzwanzigjährigen Diplomaten haben die Ereignisse bis auf einen Punkt recht gegeben. Kusserow rechnete nicht mit dem ihm, wie der

ganzen Welt, damals noch unbekannten Genie eines Bismarck, der alles möglich machte, was nach den Leistungen seiner Vorgänger unmöglich erscheinen mußte. Daß auch er lange auf eine friedliche Verständigung mit Oesterreich gehofft hatte, ist bekannt. Daß ihm die kriegerische Auseinandersetzung mit dem österreichischen Kaiserstaat und einem großen Teile Deutschlands unter Abwehr fremder Beihilfe und schließlich auch die Ueberwindung Frankreichs unter Fernhaltung jeder fremdländischen Einmischung gelingen werde, hatte niemand, außer ihm selbst, zu hoffen gewagt. Aber daß wir uns bei erster Gelegenheit mit Oesterreich-Ungarn fester denn je alliiren würden, dies hatte Kusserow schon 1861 vorgeahnt und als eine Aufgabe preußisch-deutscher Staatskunst bezeichnet, zu deren Lösung, trotz der Besiegung Oesterreichs, freilich nur ein Bismarck befähigt war.

Wie begründet die von Kusserow damals vertretene Meinung war, daß eine Verhandlung mit den Mittelstaaten behufs Errichtung eines engeren Bundesstaats mit preußischer Spitze von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt sei, liegt heute, wo man über die in jener Zeit gepflogenen Verhandlungen unter den Kabinetten, wie auch unter den Fürsten selbst durch authentisches Material unterrichtet ist, klar vor aller Augen. Am prägnantesten tritt uns dies in der Beschreibung entgegen, welche Herzog Ernst von Sachsen-Coburg-Gotha in seinem Werk „Aus meinem Leben und aus meiner Zeit", 3. Band, Seite 42ff. von dem Verlauf des Fürstentages entwirft, der in Baden-Baden sich im Juni 1860 an die Entrevue zwischen dem Prinzregenten von Preußen und Kaiser Napoleon III. knüpfte. Danach hatten die beiden Großherzoge von Baden und Sachsen-Weimar und der Herzog von Coburg-Gotha für eine von ihnen erstrebte Verständigung unter den anwesenden deutschen Fürsten ein Programm aufgestellt, wonach versucht werden sollte, unter der Führung Preußens ein gemeinsames Schutz- und Trutzbündnis aller deutschen Fürsten mit Oesterreich zu schließen und dem letzteren die Garantie seiner sämtlichen Provinzen unter der Voraussetzung anzubieten, daß Preußen eine größere Machtstellung im alten Bunde eingeräumt werde. Auch sollte die Berufung eines deutschen Parlaments zu den Punkten gehören, welche bei den Verhandlungen über zeitgemäße Reformen in erster Linie zu erledigen seien. Es ergab sich aber bald, daß dieses Programm keine Aussicht hatte, von den anwesenden Königen von Bayern, Sachsen, Hannover und Württemberg angenommen zu werden. Gingen diese Fürsten doch so weit, daß sie unter der Führung des Königs von Württemberg von dem Prinzregenten von Preußen — nachdem dieser unter den gewonnenen Eindrücken erklärt hatte, daß er den gegenwärtigen Augenblick für eine Reform, wie er sie unter gewissenhafter Wahrung der Interessen aller erstrebe, nicht für geeignet erachte — die Ergreifung von Maßnahmen zur Unterdrückung des deutschen Nationalvereins verlangten, weil derselbe durch seine programmatischen Bestrebungen zur Errichtung einer Zentral-

regierung und, bis zu deren definitiver Konstituirung, zur eventuellen Uebertragung der militärischen und diplomatischen Vertretung des Bundes auf einen Bundesstaat, Preußen, sich mit der zu Recht bestehenden Bundesverfassung in Widerspruch gesetzt habe. Herzog Ernst erzählt weiter Seite 101 ff. a. a. O., wie Anfangs 1861 die Würzburger Konföderirten die Anträge Preußens über die Frage des Oberbefehls der Bundesarmee in Frankfurt zu Fall brachten, und wie Preußen sich weigerte, ohne Gewährung dieses Oberbefehls auf die von den Großherzögen und dem Herzog angeregte Bundesreform einzugehen. Herr v. Schleinitz leugne die Opportunität einer Verhandlung über Einsetzung einer Zentralgewalt und Volksvertretung am Bunde, da die Lösung der Frage bei dem Verhältnis von Oesterreich und Preußen unmöglich sei. Preußen könne sich bei einer derartigen Gestaltung nur beteiligen, wenn ihm die Führung anvertraut werde, und Oesterreich würde dies nimmermehr zugeben.

Aus allen Veröffentlichungen über jene Zeit ist jedenfalls nicht zu ersehen, daß eine direkte Verhandlung zwischen Preußen und Oesterreich ohne Beteiligung der Mittelstaaten in der 1861 durch Kusserow vorgeschlagenen Richtung versucht worden wäre. Sein Vorschlag unterschied sich aber auch in einem anderen wesentlichsten Punkte von dem Reformprojekt, welches damals nach dem Werke des Herzogs Ernst dieser mit den beiden Großherzögen von Baden und Sachsen-Weimar erstrebte. In dem Mémoire (siehe S. 127 a. a. O.), durch welches der Herzog einen ihm von Heinrich v. Gagern in österreichischem Sinne gemachten Vorschlag beantwortete, kehrt immer der Gedanke wieder, in den neuen Bund alle germanischen Elemente des alten Bundes wieder aufzunehmen, in welchem der Dualismus trotz einheitlichen Parlaments fortgewuchert hätte. Uebrigens bezweifelte Herzog Ernst in seinem Mémoire vom 25. Januar 1861 selbst (siehe S. 133 a. a. O.) die alsbaldige Ausführbarkeit dieses Planes; denn er sagte: „Ohne die dringende Notwendigkeit eines Augenblicks, in welchem alle Verhältnisse, interne und externe, in Frage stehen, wird man freilich weder in Wien noch in Berlin sich gern mit der Lösung der Aufgabe beschäftigen."

Was Preußen anbelangt, so schrieb Herzog Ernst auf Seite 136 a. a. O.: „Die Reform des Bundes, mit Einsetzung einer Zentralgewalt und Volksvertretung wurde von Herrn v. Schleinitz immer für wünschenswert und stets als unmöglich erklärt, und kein Beweggrund schien stark genug, um den preußischen Minister aus diesem verhängnisvollen Zirkel zu befreien. Er wüßte die Schwierigkeit, die aus dem Verhältnis Oesterreichs und Preußens zur Sache entsprängen, in keiner Weise zu beseitigen. . . . Ernste Konflikte aber seien in einer Zeit wie die jetzige, wo von Frankreich her Gefahr drohe, mehr denn je zu vermeiden."

Es fehlte also auf preußischer Seite damals am Entschluß, diese Gefahr durch rechtzeitige Verständigung mit Oesterreich auf einer für dieses, wie

Kusserow noch hoffte, annehmbaren Basis zu beschwören und ihr eventuell zu begegnen.

Kusserow, der von dieser Sachlage nicht informirt war, empfand, daß, trotz des persönlichen Wohlwollens, dessen er sich von seiten der damaligen Minister zu erfreuen hatte, schon seine untergeordnete Stellung als Gesandtschafts-Attaché ein Hindernis für eine objektive Würdigung seines Vorschlages bilden würde. Er konnte sich daher nicht dazu entschließen, seine Arbeit unter seinem Namen dem Minister v. Schleinitz einzureichen. Er wählte deswegen die Form der anonymen Broschüre, die er leider fern vom politischen Zentrum in Düsseldorf erscheinen ließ, so daß dieselbe kaum bekannt geworden zu sein scheint. Auf welche Aufnahme sein Vorschlag bei den Durchschnitts-Diplomaten Oesterreichs und der Mittelstaaten zu rechnen hatte, hiervon konnte er sich allerdings persönlich im Haag durch Unterhaltungen mit den betreffenden Vertretern, denen er seine Broschüre durch eine dritte Person hatte senden lassen, genugsam überzeugen.

III. Vorbereitung für das diplomatische Examen und Thätigkeit bei der Königlichen Gesandtschaft in Turin.

1862 bis Ende 1863.

Da Kusserow inzwischen die Themata für seine schriftlichen Arbeiten zum diplomatischen Examen erhalten hatte und durch diese, neben den laufenden Geschäften bei der Gesandtschaft, vollauf in Anspruch genommen war, so ließ er vorläufig seine Arbeiten über die deutsche Frage ruhen, zumal auch er die Hoffnung auf die irgendwie erreichbare freiwillige Zustimmung Oesterreichs zur Errichtung eines Bundesstaates unter preußischer Hegemonie allmählich verlor.

Die eine seiner Prüfungsarbeiten bot ihm den Anlaß, sich mit der holländischen Kolonialpolitik genauer vertraut zu machen; und hing er seit damals dem Gedanken an den kolonialpolitischen Beruf Deutschlands nach, für dessen Erfüllung wir ihn seit Anfang der siebziger Jahre, unbekümmert um allen und jeden ihm auf diesem Wege begegnenden Widerstand, später haben wirken und kämpfen sehen. Die Argumente, mit welchen er im Jahre 1880 bei der schriftlichen Begründung der bekannten Samoa-Vorlage und bei deren Vertretung im Reichstag mitwirkte, waren großenteils seinen in Holland erworbenen Kenntnissen entnommen.

Eine andere, die staatsrechtliche Prüfungsarbeit, die sich auf die Freiheit der Schiffahrt auf den mehreren Staaten gemeinsamen, sogenannten internationalen Strömen bezog, sollte später ebenfalls der amtlichen Thätigkeit Kusserows zu statten kommen, indem sie ihm im Jahre 1884 die Ausarbeitung der auf der Berliner Konferenz 1884/85 beschlossenen Kongo- beziehungsweise Niger-Schiffahrtsakte erleichterte.

Im Frühjahr 1862 verließ Kusserow den Haag und begab sich nach Berlin,

um sich dort ausschließlich der Vorbereitung zum diplomatischen Examen zu widmen. Er bestand dieses am 21. März 1863 mit dem bestmöglichen Prädikat. Nachdem er aus Gesundheitsgründen gebeten hatte, den ihm als besondere Anerkennung sofort angebotenen etatmäßigen Legationssekretärposten in Rio-de-Janeiro nicht zu übertragen, wurde er Anfang Juni 1863 der Königlichen Mission in Turin als diätarisch besoldeter Legationssekretär beigegeben. Die Gesandtschaft vertrat damals, außer Preußen, nicht nur alle deutschen Mittel- und Kleinstaaten, sondern auch Oesterreich-Ungarn, dessen Beziehungen zum Königreich Italien noch äußerst gespannte waren. Turin war daher ein arbeitsamer Posten, reich an Gelegenheit zur praktischen Ausbildung. An der Spitze der Mission stand Graf Usedom, bekanntlich kein begeisterter Anhänger, vielmehr ein noch unbekehrter Gegner des damaligen Minister-Präsidenten v. Bismarck.

IV. Uebersendung eines Vorschlags zur Einrichtung einer deutschen Bundeszentralgewalt nebst Einführung eines deutschen Bundesparlaments an Herrn v. Bismarck.

August 1863.

Als im August 1863 das Wiener Kabinet den Versuch machte, die deutsche Frage in großdeutschem Sinne ohne Rücksicht auf die Großmachtstellung Preußens durch eine Bundesreform zu lösen, welche eine Suprematie Oesterreichs in Deutschland völkerrechtlich und verfassungsmäßig festlegen sollte, und der Kaiser von Oesterreich die deutschen Fürsten zur Beschließung dieser Bundesreform nach Frankfurt einlud, ließ der Gedanke, daß in diesem Reformprogramm dem Könige von Preußen der Verzicht auf seine Gleichstellung im Bunde mit dem Kaiser von Oesterreich angesonnen war, Kusserow nicht ruhen. In der Besorgnis, daß der König dem fortgesetzten Drängen nachgeben und sich trotz seiner ersten Ablehnung dennoch zum Erscheinen auf dem Fürstentag entschließen könnte, griff Kusserow schnell und kühn zur Feder. Von der Ueberzeugung ausgehend, daß sein König entweder von Frankfurt überhaupt fern bleiben müsse, oder nur mit einem die Machtstellung Preußens wahrenden Gegenvorschlage dort erscheinen dürfe, entwarf er in wenig Tagen einen solchen Gegenvorschlag und sandte denselben am 25. August mit einer erläuternden Denkschrift an Herrn v. Bismarck nach Baden-Baden. Zu seiner freudigen Ueberraschung erhielt Kusserow umgehend ein im höchsten Maße anerkennendes Schreiben des Ministers vom 29. desselben Monats.[1]) Diese Korrespondenz verdient wenigstens dem Inhalt nach näher erwähnt zu werden, weil von da ab das Interesse des großen Staatsmanns für den jungen Diplomaten datirte, der später zu einem seiner politischen Generalstabsoffiziere sich ausbilden sollte.

---

[1]) In Kohls Bismarck-Regesten nachzutragen.

Kusserow stand noch unter der Herrschaft der seiner Zeit in den Kreisen der Altliberalen empfangenen und durch Graf Usedom nichts weniger als gemilderten Eindrücke, welche nicht geeignet waren, ihn schon damals zu einem rückhaltlosen Anhänger Bismarcks zu machen. Um so stärker war bei ihm der Wunsch, selbst den Schein zu meiden, als wenn er mit seiner Arbeit bezwecke, sich dem Minister zu insinuiren. In seinem Begleitschreiben an Herrn v. Bismarck berief er sich deshalb nicht sowohl auf seine amtliche Stellung gegenüber seinem Chef, wie auf ein auch ihm als Staatsbürger zustehendes Recht, in einer so wichtigen nationalen Frage seine Meinung an maßgebender Stelle zu äußern. Die Form, in welcher Herr v. Bismarck seinen Untergebenen auf diesen formellen Fehlgriff, der ihm unter jedem andern Minister hätte nachteilig, vielleicht für seine Laufbahn gefährlich werden können, „als älterer Landsmann" aufmerksam machte, ist ein neues, überaus ehrendes Zeugnis für die hochherzigen Gesinnungen Bismarcks als Edelmann im wahrsten Sinne des Wortes. Zugleich aber bewies die Antwort, welche der Minister trotz seiner angespannten Thätigkeit in Baden-Baden dem jungen Diplomaten umgehend und eigenhändig erteilte, in welchem Maße er den inneren Wert der ihm übersandten Arbeit schätzte. Das Schreiben Bismarcks lautet im Auszuge:

Baden, den 29. August 1863.

„Euer Hochwohlgeboren Schreiben vom 25. dieses Monats und das Mémoire über die deutsche Reform sind mir heute zugegangen. Ich habe letzteres mit lebhaftem Interesse gelesen und beeile mich, Ihnen meinen Dank für die Mitteilung und meine Anerkennung derselben als einer Arbeit auszusprechen, welche mir den Beweis Ihrer Befähigung für das erwählte Fach und des Ernstes liefert, mit welchem Sie sich Ihrem Berufe widmen."

Nachdem er sodann einige Wendungen in dem Schreiben Kusserows monirt hatte, schloß der Minister mit folgenden Worten:

„Es ist dies der längste eigenhändige Brief (es waren vier enggeschriebene große Quartseiten), den ich seit Monaten geschrieben habe, und erwähne ich dies, um die Bemerkung zu unterstützen, daß Vorstehendes nicht der Ausfluß einer schulmeisterlichen Laune ist, sonst würde ich kanzleimäßig geantwortet haben, sondern daß mir Ihre Arbeit warme Teilnahme für Ihre zukünftige Laufbahn eingeflößt hat, und ich es deshalb aufrichtig beklagen würde, wenn Sie durch Reibung mit dem Formengeiste der Bureaukratie entmutigt würden, wie so mancher gescheite Kopf vor Ihnen, dessen Augenmaß für die glatten aber mächtigen Verhältnisse des alltäglichen Lebens nicht Schritt hielt mit der Entwicklung seines Geistes. Ich hoffe, wenn ich im Amt bleibe, Ihnen thatsächlich

zu beweisen, daß meine gute Meinung von Ihrer Befähigung nicht bloß eine staatsbürgerliche, sondern auch eine ministerielle ist.

Mit aufrichtiger Hochachtung

Euer Hochwohlgeboren

ergebenster

v. Bismarck."

Auch später hat sich Fürst Bismarck noch öfter jener Arbeit Kufferows erinnert und dieselbe, wie unter anderen Bucher wiederholt erzählt hat, als eine selten vorzügliche Leistung bezeichnet. Dies dürfte rechtfertigen, jene Arbeit nach dem uns zur Verfügung gestellten Konzept wiederzugeben, welches nach der Erinnerung Kufferows sich von der bei den Akten des preußischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten befindlichen Reinschrift nur in Aeußerlichkeiten unterscheiden kann.

Dieselbe bestand in einem von 2 Anlagen begleiteten Promemoria mit der Ueberschrift: „Vorschlag zur Einrichtung einer deutschen Bundeszentralgewalt nebst gleichzeitiger Einführung eines deutschen Bundesparlaments." Die erste Anlage enthielt den Reformplan selbst, und die zweite „Einige Bemerkungen zur Beleuchtung des speziell preußischen Interesse an der vorgeschlagenen Bundesreform."

Das Promemoria lautete:

Das Bedürfnis einer gründlichen Bundesreform, durch welche gleichzeitig eine stärkere Konzentration der Kräfte Deutschlands und die Erfüllung des Wunsches der Nation nach einer verfassungsmäßigen Vertretung erzielt wird, ist heute allgemein von den deutschen Fürsten und Völkern anerkannt.

Die Bestrebungen, durch die Bildung des engeren Bundesstaates, unter Ausschluß Oesterreichs, Preußen an die Spitze des sogenannten Klein-Deutschlands zu stellen, sind durch die günstigere Gestaltung der Verhältnisse in Oesterreich und durch seine kühne Initiative zur Bundesreform fürs erste in friedlichem Wege nicht realisirbar. Daß ein zur Erreichung dieses Ziels zu unternehmender Krieg, der ein deutscher Bürgerkrieg unter Einmischung des Auslandes sein würde, die Aussicht auf ein entsprechendes Resultat, namentlich unter gleichzeitiger Aufrechterhaltung der Integrität des deutschen Bodens gewähren würde, wird niemand zu behaupten wagen. Und gelänge auf diesem Wege die Herstellung des engeren Bundesstaates, so würde sich hieraus möglicherweise keine Stärkung, sondern eine Schwächung des sogenannten Klein-Deutschlands ergeben, da seine einzige bisher ungefährdete Seite dann ebenfalls von einem Feinde, und vielleicht von seinem erbittertsten Feinde stets bedroht sein würde. Der Gedanke an dieses Projekt muß also für immer oder wenigstens bis zu einem günstigeren Moment, wo man Oesterreich für den von ihm in Deutschland aufzugebenden Einfluß ein wirkliches in materiellem Zuwachs bestehendes Aequivalent zu bieten in der Lage ist, aufgegeben werden.

Hiernach hat gegenwärtig eine Reform nur in dem Falle Aussicht auf allseitige Annahme, wenn Oesterreich in dieselbe einbegriffen wird. Der Gedanke an eine materielle oder formelle Unterordnung des einen Großstaats unter den anderen, ist keiner Erörterung wert.

Was daher die zu errichtende neue Zentralgewalt angeht, so erscheint als praktisch möglich nur eine Reform im Sinne der Berufung eines

I. Bundesdirektoriums.

Um die neue Bundes-Zentralgewalt vor den Mißständen der bisherigen Bundesverfassung zu bewahren, muß einesteils eine schnelle Beschlußfassung ermöglicht, anderenteils dem in der bisherigen Bundesverfassung zu Gunsten der Rechtsgleichheit aller Staaten nicht genug berücksichtigten Element der materiellen Macht mehr Rechnung getragen werden. Zu dem Ende haben einmal die Fürsten selbst in die Leitung der gemeinsamen Bundes-Angelegenheiten, also persönlich einzugreifen, und muß zum andern ihre Berechtigung hierzu im Verhältnis zu ihrer Macht stehen.

Das erstere dieser beiden Erfordernisse bereitet keine Schwierigkeit, wohl aber das letztere. Die Zusammensetzung des Direktoriums ist daher der erste und schwierigste Teil der Reform. Eine möglichst geringe Anzahl von Direktoren scheint sich wegen der dadurch gegebenen größeren Konzentration zu empfehlen. Hier aber fragt es sich nach der Zahl. Daß Preußen und Oesterreich eine gleich bevorzugte Stelle einnehmen müssen, hierüber kann kein Zweifel obwalten. Dies ergäbe vorläufig zwei Direktoren. Sollen neben diesen beiden nur noch ein oder drei oder noch mehr Direktoren ihren Platz finden? Die Drei-Zahl würde keine Garantie bieten, daß namentlich die äußere Politik stets eine national-deutsche bleiben wird. Wenn die Fünf-Zahl angenommen wird, sollen dann neben dem Könige von Preußen und dem Kaiser von Oesterreich noch der König von Bayern und zwei gewählte Direktoren stehen, wie Oesterreich es vorgeschlagen? Hierauf erwidern wir: Können die Mittelstaaten sich nur schwer dazu entschließen, den beiden mächtigen Großstaaten gegenüber irgend welche Opfer an der Rechtsgleichheit zu bringen, so werden sie um so weniger geneigt sein, Bayern einen so bedeutenden Vorrang vor ihnen einzuräumen. Entscheidet man sich für die Fünf-Zahl, so müssen daher drei gewählte Direktoren neben Preußen und Oesterreich angenommen werden. Wenn sich nun der Gedanke einer Wahl nicht mit der Würde oder den Wünschen der Mittelstaaten vertragen sollte, so muß man dazu übergehen, ein aus einer größeren Anzahl von Personen zusammengesetztes Direktorium einzurichten. Telegraph und Eisenbahn ermöglichen in dringenden Fällen eine schleunige Zusammenkunft binnen längstens 24 Stunden. Der Gefahr, daß hierdurch die Kraft der Exekutive abgeschwächt werde, ist durch die Bestimmung, daß gewöhnliche Majorität zum Beschluß genügt, vorgebeugt. Es können natürlich nicht alle Staaten in diesem Direktorium vertreten sein, da die Macht vieler derselben so gering ist, daß sich für ihr Verhältnis zu der Macht der Großstaaten ein praktischer Maßstab nicht finden läßt. Die kleinen Staaten erhalten daher nur Kollektivstimmen. Bei dem großen Unterschied indessen zwischen der Macht der Großstaaten und derjenigen der Mittelstaaten würde es jedoch gleichfalls unmöglich sein, diesen allen denselben Einfluß im Direktorium einzuräumen; es müssen daher die Vertreter der Großstaaten auch jeder mehr Stimmen haben als diejenigen der Mittelstaaten, Preußen und Oesterreich dreimal so viel als Bayern, und dieses zweimal so viel als jeder andere Mittelstaat. Das bei Anwendung dieses Grundsatzes sich ergebende Stimmenverhältnis schließt einerseits die Gefahr für die Großmächte aus, von den kleineren Staaten majorisirt zu werden, und trägt andererseits dem gerechten Selbstgefühl aller Staaten Rechnung, ohne daß die Kraft der Exekutive beeinträchtigt würde. Hierdurch wird es möglich, eine angemessene Proportion zu finden, wodurch unter größter Schonung des Rechts die realen Machtverhältnisse in der Weise berücksichtigt werden, daß für eine kräftige und gleichzeitig nationale Politik alle Garantien geboten sind.

Es kann nicht Aufgabe dieser kurzen Gedankenskizze sein, die einzelnen Befugnisse, welche dem Direktorium zustehen sollen, bis ins Detail zu verfolgen. Jedenfalls gehören Krieg,

Frieden, Verträge politischer und handelspolitischer Natur, überhaupt alle gemeinsamen äußeren und inneren Angelegenheiten zur Kompetenz des Direktoriums.

Um die Arbeit des nur periodisch und ausnahmsweise zusammentretenden Direktoriums vorzubereiten und zu erleichtern, sowie um dessen Beschlüsse auszuführen, und namentlich um die Vorlagen für das Bundesparlament auszuarbeiten, erscheint ein

II. Bundesrat

unerläßlich. Dieser würde aus den ständigen Gesandtschaften der Direktorialregierungen und den von allen Staaten zu beschickenden technischen Kommissionen zu bestehen haben. Dieser Bundesrat würde ständig den deutschen Bund repräsentiren, und bei ihm würden die fremden Gesandten accreditirt sein.

Soll die Reform eine zeitgemäße, nationale und nach allen Seiten hin befriedigende sein, so ist neben diesen Organen der Bundesexekutive zu berufen ein

III. Bundesparlament.

Nachdem die Landesvertretungen in den einzelnen Staaten für alle Gegenstände der Gesetzgebung beschließende Stimme erhalten haben, hieße es sich einer Illusion hingeben, wollte man annehmen, daß die deutsche Nation sich mit einer Vertretung zufrieden erklären würde, der man nur eine beratende Zuständigkeit einräumte. Die Verfolgung eines solchen Gedankens würde einer Provokation zur Revolution gleichkommen. Das Parlament muß also in betreff aller Bundesgesetze ein beschließendes Votum erhalten.

Bei der Zusammensetzung des Parlaments sind drei Rücksichten wahrzunehmen:

Erstens muß Sorge getragen werden, daß alle Staaten als solche unter möglichster Berücksichtigung des Rechtes der einzelnen Staaten,

Zweitens, daß die deutsche Nation in ihrer Gesamtheit durch möglichste Berücksichtigung der Machtverhältnisse, und

Drittens, daß die gleichberechtigten konservativen und bewegenden Elemente innerhalb der Nation ihre Vertretung und ihren Ausdruck finden. Diese Anforderungen machen die Anwendung des Zweikammersystems unerläßlich.

Die erste Kammer, die man nach deren angedeutetem Zweck Staatenhaus nennen könnte, würde daher aus Delegirten der Landtage aller Einzelstaaten und zwar in der Art zu bilden sein, daß die ersten Kammern, respektive die Senate darin, in einem die konservative Richtung dieses Staatenhauses sichernden Verhältnisse Platz finden würden.

In dem Umstande, daß alle, selbst die kleinsten Staaten, hier wenigstens einen Vertreter fänden, wäre der Einzelsouveränität Genüge geleistet. Und damit nicht die größeren Staaten die kleineren hier von vornherein überstimmen können, muß bei dem Zahlenverhältnis ebenfalls auch auf das Recht der Einzelstaaten besondere Rücksicht genommen werden. Es kann hier nicht ein der Einwohnerzahl absolut entsprechendes Zahlenverhältnis eintreten, weil sonst die Individualität der kleinen Staaten keine Gelegenheit fände, sich irgendwie Geltung zu verschaffen.

Die zweite Kammer, das Volkshaus, dagegen ist nach der Einwohnerzahl als dem einzig möglichen Maßstab für die reale Macht zusammenzusetzen, und muß zu dem Ende ein Zahlenverhältnis gefunden werden, welches ebensowohl dem Uebelstand einer zu großen, als demjenigen einer zu kleinen Anzahl von Abgeordneten vorbeugt. Doch muß zu Gunsten der Rechtsgleichheit aller Staaten die Ausnahme gemacht werden, daß auch der kleinste Staat wenigstens durch einen Abgeordneten vertreten werden kann.

Daß die Fassung irgend eines Entschlusses in der Richtung der Einigung nicht mehr aufzuschieben ist, werden namentlich diejenigen Fürsten sich nicht verhehlen, die den Frankfurter Kongreß besuchen und sich hierdurch dem Urteil der Nation und der Welt bloßstellen.

Die Lage Europas, das ausgesprochene Uebergewicht Frankreichs und sein Eroberungsgelüst am Rhein gebietet es aber auch Preußen, nicht länger mehr zu zögern und aus seiner Negation und Inaktion mit einem positiven Projekt herauszutreten. Schon fängt man in Frankreich an, die Frage zu diskutiren, ob Deutschland berechtigt sei, sich eine neue Verfassung zu geben.

Die erste Anlage zum Promemoria enthielt den Reformplan selbst und lautete wesentlich folgendermaßen:

I. Die Bundesexekutive

liegt in der Hand des Bundesdirektoriums und des Bundesrats.

1. Das Bundesdirektorium.

Dasselbe besteht aus 14 Mitgliedern mit 25 Stimmen, und zwar in nachstehendem Verhältnis:

Preußen	hat 6	Stimmen
Oesterreich	„ 6	„
Bayern	„ 2	„
Hannover	„ 1	Stimme
Sachsen (Königreich)	„ 1	„
Württemberg	„ 1	„
Baden	„ 1	„
Holstein (Lauenburg)	„ 1	„
Luxemburg und Nassau zusammen	„ 1	„
Großherzogtum Hessen und Kurfürstentum Hessen zusammen	„ 1	„
Die beiden Großherzogtümer Mecklenburg zusammen	„ 1	„
Braunschweig, Oldenburg, Waldeck, Lippe-Detmold und Lippe-Schaumburg zusammen	„ 1	„
Das Großherzogtum Sachsen, die Herzogtümer Sachsen und Anhalt, die schwarzburgischen und reußischen Fürstenhäuser und Liechtenstein zusammen	„ 1	„
Die 4 freien Städte zusammen	„ 1	„

Zusammen 14 Direktoren mit 25 Stimmen.

Mitglieder des Direktoriums sind die regierenden Herren oder ihre Stellvertreter, seien es Prinzen oder in Ausnahmefällen Minister, die ohne Instruktionen mit unbedingter Vollmacht handeln. Das Direktorium tritt regelmäßig zweimal im Jahre in Frankfurt am Main zusammen, außerdem ist jedes Mitglied des Direktoriums befugt, eine außerordentliche Sitzung zu veranlassen.

Zu dem Ende wendet man sich an den Vorsitzenden, welcher das Direktorium zu berufen hat.

Der Vorsitz alternirt zwischen Preußen und Oesterreich von Jahr zu Jahr. Das Alternat ist eine Forderung der Gleichberechtigung zwischen den beiden Großstaaten.

Es ist hier ebensowohl dem Prinzip der Macht wie dem des Rechts Rücksicht geschenkt, letzterem natürlich in den Grenzen, ohne deren Innehaltung das ganze Werk illusorisch sein würde.

Namentlich empfiehlt sich das Zahlenverhältnis. Denn dasselbe gestattet, daß sogar die kleinsten Staaten an dem Direktorium teilnehmen und von der Exekutive nicht ganz ausgeschlossen sind.

Für diejenigen Staaten, die gemeinschaftlich einen Direktor zu wählen haben, ist Alternat oder irgend ein besonderer Wahlmodus einzurichten.

Das Direktorium übt die äußere Souveränität des Bundes aus, hat das aktive und passive Gesandtschaftsrecht, schließt und ratifizirt Verträge, entscheidet über Krieg und Frieden, ernennt den oder die Oberbefehlshaber der Bundesstreitkräfte beim Ausbruch des Krieges und leitet überhaupt alle gemeinsamen äußeren und inneren Angelegenheiten in den näher zu bestimmenden Grenzen.

2. Der Bundesrat.

Jeder Direktor hat einen ständigen Gesandten in Frankfurt für die laufenden Geschäfte und zur ununterbrochenen Vertretung der Bundes-Zentralgewalt, bei welcher die fremden Gesandten beglaubigt sind.

Der Bundesrat hat mit Hilfe besonderer technischer Kommissionen (politische, militärische, Handels-, Gewerbe-, Gerichts- u. s. w. Kommissionen) die Gesetze vorzubereiten, welche in der nächsten Sitzung des Direktoriums und beziehungsweise der nächsten Parlamentssitzung vorgelegt werden sollen.

Dieser Gesandtenrat ist mit den Kommissionen quasi Staatsrat des Bundes. Es ist deshalb insbesondere darauf Bedacht zu nehmen, daß Fachmänner zu den technischen Kommissionen abgeordnet werden. Da dieser Staatsrat keine endgültige Entscheidung hat, sondern nur vorberatendes Organ ist, so steht es jedem Direktor frei, sich durch die ihm angemessen erscheinende Anzahl von Fachmännern vertreten zu lassen. Denn es kann nur im Interesse der Allgemeinheit liegen, wenn jeder Ansicht, die bei Abwägung zu ergreifender Maßnahmen ins Gewicht fallen kann, Rechnung getragen wird.

II. Das Bundesparlament

besteht aus einem Staatenhaus und einem Volkshaus.

1. Das Staatenhaus.

In demselben sind vertreten:

Preußen	mit	27	Delegirten
Oesterreich	„	27	„
Bayern	„	9	„
Sachsen (Königreich)	„	6	„
Württemberg	„	6	„
Hannover	„	6	„
Baden	„	6	„
Großherzogtum Hessen	„	4	„
Kurfürstentum Hessen	„	4	„
Mecklenburg-Schwerin	„	4	„
Holstein (Lauenburg)	„	4	„
Oldenburg	„	3	„
Luxemburg	„	3	„
Nassau	„	3	„
Braunschweig	„	2	„
Sachsen-Weimar	„	2	„
Sachsen-Meiningen	„	1	„
Sachsen-Altenburg	„	1	„
Sachsen-Coburg	„	1	„
Mecklenburg-Strelitz	„	1	„
Anhalt-Dessau und Anhalt-Cöthen .	„	1	„
Anhalt-Bernburg	„	1	„
Schwarzburg-Sondershausen . . .	„	1	„
Schwarzburg-Rudolstadt	„	1	„

Liechtenstein	mit	1	Delegirten
Waldeck	„	1	„
Reuß älterer Linie	„	1	„
Reuß jüngerer Linie	„	1	„
Schaumburg-Lippe	„	1	„
Lippe-Detmold	„	1	„
Hessen-Homburg	„	1	„
Lübeck	„	1	„
Hamburg	„	1	„
Bremen	„	1	„
Frankfurt am Main	„	1	„
		135	Mitglieder.

Diese Delegirten gehen aus den Landesvertretungen der einzelnen Staaten hervor.

Nachdem alle Dynastien im Direktorium ihre Vertretungen gefunden haben, insoweit sich diese Rücksicht mit dem allgemeinen Ziele verbinden läßt, so gilt es zunächst, auch in dem Parlament jedem Staate als solchem, gleichfalls unter möglichster Versöhnung des Rechts und der Macht, Geltung zu verschaffen. Deshalb findet sich auch hier jeder einzelne noch so kleine Staat vertreten. Auch ist das vorgeschlagene Stimmenverhältnis in hohem Grade zu Gunsten der Mittel- und Kleinstaaten, da die beiden deutschen Großmächte hier nur 54, die anderen Staaten zusammen 81 Stimmen haben. Man kann annehmen, daß die Delegirten der einzelnen Landtage die Stimme ihres Landes vertreten, und somit findet hier die staatliche Anschauung in den einzelnen Fragen ihren Ausdruck. Der konservative Charakter, welchen diese Versammlung haben muß, da neben ihr noch ein Volkshaus bestehen soll, wäre dadurch zu wahren, daß sie zum sehr bedeutenden Teil aus Mitgliedern der ersten Kammern der einzelnen Landtage gewählt würden, etwa so, daß zum Beispiel in Preußen, Oesterreich, Bayern, Sachsen, Hannover, Württemberg, Baden je ein Drittel aus den ersten Kammern und zwei Drittel aus den zweiten Kammern, bei den Staaten mit 4 Stimmen wenigstens 2, in den anderen Staaten wenigstens 1 Mitglied aus den ersten Kammern hervorgingen und daher der Delegirte der Staaten mit nur 1 Stimme stets aus der ersten Kammer sein müßte. (Bei Staaten mit dem Einkammersystem würde dieser Modus ein für allemal feststehen.) Hierdurch würden 61 Mitglieder den respektiven ersten Kammern angehören und der konservative Charakter dieser Versammlung gesichert erscheinen, zumal nicht anzunehmen ist, daß sämtliche Delegirten, welche aus den zweiten Kammern hervorgehen, der ultra-liberalen Partei angehören, vielmehr wenigstens noch zu ein Viertel bis ein Drittel einer konservativen Richtung zugethan sein werden.

2. Das Volkshaus.

Dasselbe wird aus direkt und nach Verhältnis der Bevölkerung gewählten Abgeordneten der einzelnen Staaten bestehen.

Je 100 000 Seelen wählen einen Abgeordneten. Von diesem Grundsatz wird jedoch zu Gunsten der kleinsten Staaten Abstand genommen, so daß auch der kleinste Staat wenigstens einen Abgeordneten wählt, und daß bei den Staaten, deren Bevölkerung die Seelenzahl von 300 000 nicht übersteigt, schon die Summe von 50 000 Seelen das Recht zur Wahl eines Abgeordneten mehr verleiht. Es würde also zum Beispiel Sachsen-Weimar, das über 250 000, aber weniger als 300 000 Seelen zählt, nicht 2, sondern 3 Sitze im Volkshaus erhalten.

Eine ganz genaue Berechnung, wie viel Abgeordnete auf jeden Staat entfallen, ließe sich nur an der Hand der neuesten Bevölkerungsstatistik aufstellen. Annähernd aber stellt sich das Zahlenverhältnis folgendermaßen dar:

Es entfallen auf

Preußen	etwa	133	Abgeordnete
Oesterreich	„	130	„
Bayern	„	45	„
Hannover	„	19	„
Sachsen (Königreich)	„	21	„
Württemberg	„	17	„
Baden	„	14	„
Großherzogtum Hessen	„	9	„
Kurfürstentum Hessen	„	8	„
Holstein	„	6	„
Mecklenburg-Schwerin	„	6	„
Nassau	„	5	„
Luxemburg	„	4	„
Oldenburg	„	3	„
Braunschweig	„	3	„
Sachsen-Weimar	„	3	„
Sachsen-Meiningen	„	2	„
Sachsen-Altenburg	„	2	„
Sachsen-Coburg	„	2	„
Hamburg	„	2	„
Lübeck	„	1	„
Bremen	„	1	„
Frankfurt am Main	„	1	„
Mecklenburg-Strelitz	„	1	„
Hessen-Homburg	„	1	„
Die 3 anhaltinischen Herzogtümer	je	1=3	„
Die beiden Fürstentümer Reuß	„	1=2	„
Die beiden schwarzburgischen Fürstentümer	„	1=2	„
Liechtenstein	„	1	„
Waldeck	„	1	„
Lippe-Detmold	„	1	„
Lippe-Schaumburg	„	1	„
	Insgesamt etwa	450	Abgeordnete.

Nachdem die Dynastien in dem Direktorium und die Staaten als solche, sowie das konservative Element der Nation in dem Staatenhause zur Geltung gekommen, ist das Volkshaus dazu bestimmt, das Organ der materiellen Machtverhältnisse unter den einzelnen Staaten und des dem konservativen Elemente ebenbürtigen bewegenden Elements im Volke zu sein. Als der einzig mögliche Machtmesser ist eine bestimmte Einheit von Einwohnern anzunehmen, deren Vorhandensein zur Wahl je eines Abgeordneten das Recht verleiht. Die vorgeschlagene Einwohnerzahl von 100 000 empfiehlt sich, weil hierdurch die Summe der Abgeordneten weder zu groß, noch zu klein sein wird. Die zu Gunsten der kleinsten Staaten beantragte Ausnahme erscheint unerläßlich, damit auch den unbedeutendsten Staaten die Gelegenheit nicht abgeschnitten werde, ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen. Eine Zusammenlegung mehrerer kleinen Staaten zu gemeinsamen Wahlkörpern würde zum Teil örtliche Schwierigkeiten bieten, teils der Würde der staatlichen Individualität zu nahe treten und endlich auch gegen das Prinzip des Staatenbundes verstoßen.

Was den Wahlmodus angeht, so scheint sich die direkte Wahl mit einem wenigstens

o hoch zu bemessenden Wahlzensus für das aktive Wahlrecht zu empfehlen, daß die Wahlen vor denjenigen Uebelständen bewahrt werden, denen sie in den meisten Einzelstaaten unterworfen sind. Die Erfahrung (zum Beispiel in Holland) spricht für direkte Wahlen, wenn sie einigermaßen vernünftig geleitet werden, das heißt wenn die Regierungen und deren Behörden, ebenso wie die Parteien und deren Kandidaten, ohne Anwendung unmoralischer Mittel, durch getreue Darlegung positiver Verhältnisse und Zwecke auf die Wähler einwirken. Der Wahlmann, welcher sich der unmittelbaren Verantwortlichkeit für das Resultat der Wahl bewußt ist, übt sein Recht mit größerem Interesse aus, als wenn er, wie dies bei indirekten Wahlen der Fall ist, gewöhnlich kaum eine Vorstellung von den Ansichten und Zielen, weder der Regierung, noch derjenigen besitzt, zu deren Wahl er durch Ernennung von Wahlmännern mittelbar beiträgt.

Damit aber auf ein solches Bewußtsein, das heißt auf das Zusammentreffen von Unabhängigkeit nach oben und unten und auf genügende Intelligenz nur einigermaßen gezählt werden könne, bedarf es einer annähernden Garantie. Der Grundsatz der politischen Rechtsgleichheit der Staatsbürger ist nicht so auszulegen, daß alle unbedingt dieselben Rechte thatsächlich ausüben, sondern daß das Recht zur Ausübung derselben grundsätzlich zwar niemand verschlossen, daß aber die Ausübung selbst an gewisse Bedingungen geknüpft sein soll, deren Erfüllung durch Fleiß und Arbeit für alle möglich ist. Es wird also das bedingte suffrage universel vorgeschlagen, das heißt ein solches, das an einen angemessenen Zensus, als Bürgschaft für einen gewissen Grad von Unabhängigkeit und Intelligenz gebunden ist.

Wenn nun schon an und für sich die Anwendung eines Zensus für das aktive Wahlrecht geeignet ist, eine wirkliche Nationalvertretung, das heißt eine Vertretung der wahren materiellen und intellektuellen Bedürfnisse und Interessen der Nation sicherzustellen, so dürfte es sich nach den in dieser Beziehung gemachten Erfahrungen vielleicht noch empfehlen, das Abgeordnetenamt für unentgeltlich zu erklären. Hierdurch wird die Gefahr einer Ueberschwemmung des Volkshauses durch ein mehr phrasenreiches als staatsmännisch denkendes Advokaten-, Beamten-, Richter-, Gelehrten- und Adelsproletariat vermindert. Mag es immerhin hart erscheinen und bedauerlich sein, wenn hin und wieder tüchtige Männer nur wegen einer weniger günstigen äußeren Lage sich der Wahl zum Volkshause zu entziehen genötigt sind. Derartige Fälle werden jedoch stets zu den seltensten Ausnahmen gehören, da in unserer Zeit der Oeffentlichkeit jedem wirklich ausgezeichneten Talente hinreichende Gelegenheit geboten wird, wenigstens in einem reiferen Lebensalter in den Besitz des für die Uebernahme eines solchen Ehrenamtes genügenden materiellen Einkommens zu gelangen. Auch steht der aus einem solchen exceptionellen Fall sich ergebende negative Nachteil für die Gesamtheit in keinem Verhältnis zu dem positiven Schaden, der dem Vaterlande aus der unpraktischen Phrasenmacherei und dem nicht immer uninteressirten Verhalten von auf Popularität oder Carriere spekulirenden Geistern erwachsen kann, wie sich dies in manchem Landtag der deutschen Einzelstaaten gezeigt hat. Uebrigens sei hier bemerkt, daß in Italien außer den vorstehenden Grundsätzen auch die Bestimmung gilt, daß Beamte und Richter erst in den höheren Rangklassen das passive Wahlrecht besitzen."

Es folgen nun in der zweiten Anlage zu dem Promemoria einige kurze Bemerkungen zur Beleuchtung des speziell preußischen Interesses an der vorgeschlagenen Bundesreform. Dieselben lauten:

„In dem Promemoria ist bereits auf die Notwendigkeit hingewiesen, den Gedanken an die Herstellung eines engeren Bundesstaates mit Ausschluß Oesterreichs, wenn nicht für immer, so jedenfalls einstweilen aufzugeben.

Wenn es nun aber für Preußen unmöglich ist, bei einer Bundesreform eine direkt hervorragendere Stellung im alten Bundesgebiet zu erreichen, als Oesterreich fortgesetzt ein-

geräumt werden muß, so fragt es sich zunächst, ob es im Interesse Preußens liegen würde, daß seine bisher nicht zum Bunde gehörenden Provinzen in denselben aufgenommen würden. Ganz abgesehen davon, daß eine derartige Erweiterung der Bundesgrenzen ein Bruch der Verträge von 1815 wäre, der dem Auslande Gelegenheit zu Protestationen und zur Intervention geben würde, so ist die vorstehende Frage auch im rein preußischen Interesse zu verneinen. Denn da der Bundesreform keineswegs die krankhafte Idee der Nationalitäten zu Grunde liegt (man müßte denn die polnischen Elemente ausscheiden und dafür von Rußland, Dänemark und Frankreich deren Besitzungen mit deutschen Völkerschaften revindiziren), so würde einem derartigen Verlangen Preußens ein ähnliches Ansinnen Oesterreichs auf dem Fuße folgen. Solange aber Oesterreichs Einfluß in Deutschland fortbesteht, hat Preußen ein wesentliches Interesse daran, gleich Oesterreich nicht nur eine deutsche, sondern auch eine europäische Großmacht zu bleiben. Auch kann es Preußen bestimmt sein, mittels seiner deutschen Besitzungen, die nicht zum Bunde gehören, sein Werk der Germanisirung nach Osten fortzusetzen. Zur Sicherstellung dieser Provinzen bedarf Preußen aber deren Aufnahme in den Bund nicht, da es keinem Zweifel unterliegt, daß bei einer Bedrohung derselben ganz Deutschland zu Preußen stehen würde. In dieser Beziehung genießt Preußen also einen unschätzbaren Vorzug vor Oesterreich. Da es sich bei einem großen Kriege von selbst ergeben wird, daß mehrere Armeen gleichzeitig, aber getrennt operiren müssen, so wird es sich auch ganz von selbst ergeben, daß Preußen im Norden den Oberbefehl führt, wo es nicht nur als Bundesstaat, sondern mit seiner ganzen Macht in den Kampf eintritt.

Für den Fall, daß, trotz aller hiergegen sprechenden naheliegenden Bedenken, daran gedacht werden sollte, anstatt des vorgeschlagenen Staatenhauses ein Fürstenhaus zu bilden, in welchem die Souveräne ihren Platz hätten, so wäre noch zu berücksichtigen, daß der König von Preußen und der Kaiser von Oesterreich sowie die Könige von Dänemark und der Niederlande schwerlich in der Lage sein würden, bei Abgabe ihres Votums ihre Personen in Herrscher über Bundes- und in Herrscher über Nichtbundesland zu teilen.

Das für das Bundesdirektorium vorgeschlagene Zahlenverhältnis entspricht wesentlich dem preußischen Interesse. Denn da die Interessen der Staaten Norddeutschlands meistens mit denen Preußens identisch sind, so werden die betreffenden Fürsten, namentlich wenn die bei einigen derselben herrschende Eifersucht gegen und die Furcht vor Preußen sich vermindert haben wird, fast immer mit dem König von Preußen stimmen. Infolge dessen würde Seine Majestät nicht nur über seine eigenen 6, sondern noch über wenigstens 8—9 andere Stimmen verfügen. Die Gefahr, wie sie bei der Fünfzahl im Direktorium mit gleicher Stimmenberechtigung vorhanden wäre, nämlich, daß Preußen mit seinen Streitkräften auch den außerdeutschen Interessen Oesterreichs wider Willen dienstbar gemacht werden könnte, fände sich hierdurch bei der vorgeschlagenen Bildung des Direktoriums hinlänglich beseitigt. Ohne den Namen eines Oberhauptes zu führen, stünde Preußen doch in der That an der Spitze der wirklich deutschen Interessen. Und sollten einmal die Ereignisse Oesterreich weiter nach Osten drängen, so wäre die Politik, dem Hause der Hohenzollern die Hegemonie im außerösterreichischen Deutschland zu geben, hinlänglich vorbereitet. In diesem Augenblick erscheint es gewiß staatsklug, die Verwirklichung dieses Gedankens zu vertagen, da Oesterreich jetzt weniger als je gesonnen sein würde, ohne furchtbaren Kampf, in welchem es vielleicht den größten Teil Deutschlands für sich hätte, sich aus Deutschland drängen zu lassen.

Die Zusammensetzung des Staatenhauses nach den vorgeschlagenen Grundsätzen und Verhältnissen entspricht ebenfalls dem berechtigten Interesse Preußens. Denn da jeder Staat wenigstens eine Stimme erhalten soll, die meisten kleinen Staaten aber im Norden Deutschlands liegen und mit ihren individuellen staatlichen Interessen auf den Anschluß an Preußen angewiesen sind, so werden wir im Staatenhause stets über wenigstens 85—90 Stimmen verfügen.

Da schließlich anzunehmen ist, daß von den Abgeordneten im Volkshause zunächst diejenigen der norddeutschen Staaten aus denselben Gründen zu wenigstens drei Viertel und sodann auch diejenigen der süddeutschen nichtösterreichischen Staaten doch mindestens zu einem Viertel den durch die preußischen Abgeordneten vertretenen Ansichten zustimmen werden, so ist vollkommene Gewißheit vorhanden, daß die preußischen Interessen im deutschen Volkshause gleichfalls nicht gefährdet sein werden.

Der am Schluß des Promemoria ausgesprochenen Meinung hinsichtlich der Dringlichkeit, daß Preußen seinerseits bald mit einem positiven Reformplan hervortreten möchte, welcher Aussicht auf Annahme hätte, darf hier noch folgendes hinzugefügt werden:

Ein Krieg, den Deutschland gemeinsam mit Oesterreich gegen das Ausland führen würde, um das Recht auf eine selbständige Lösung der deutschen Frage zu erzwingen, wenn man ihnen dieses streitig machen wollte, wäre ebensosehr durch die Ehre und durch das Interesse Preußens und Deutschlands geboten, wie es Aussicht auf günstigen Erfolg bieten würde. Frankreich könnte allein der Angreifer sein. England würde um des lieben Friedens willen vielleicht für die Aufrechterhaltung des status quo in Deutschland viele Artikel und Noten schreiben, schließlich aber durch seine Interessen entweder zur Neutralität oder sogar zu unserer Unterstützung getrieben werden. Selbst Italien wäre für uns zu gewinnen. Denn hier ist der Haß gegen Frankreich weit größer als gegen Oesterreich. Und durch die Aussicht, bei einem Kriege, der Frankreichs Kräfte sehr in Anspruch nehmen würde, Rom zu erhalten, würde man ohne viele Mühe eine italienische Allianz zu erreichen in der Lage sein. Nur um Venedigs halber erträgt man hier jetzt die Occupation Roms durch französische Truppen. Ist aber Rom durch deutsche Hilfe zu gewinnen, so giebt man hier vielleicht einstweilen den Gedanken an Venedig auf. Hinsichtlich Venedigs ließe sich einmal bei Gelegenheit der orientalischen Frage eine passende Transaktion zwischen Italien und Oesterreich finden."

König Wilhelm und Bismarck hatten sich inzwischen von der Unmöglichkeit überzeugt, in dem gegenwärtigen Zeitpunkt zu irgend einer Vereinbarung mit Oesterreich und den Mittelstaaten über die deutsche Frage zu gelangen, welche mit der Würde der preußischen Krone und der Mission Preußens in Deutschland vereinbar gewesen wäre. Der König blieb deshalb auf den Rat Bismarcks seinem Entschluß getreu, der Einladung nach Frankfurt keine Folge zu geben.

V. Einberufung in die politische Abteilung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten.

Januar bis Oktober 1864.

Die von Bismarck am Schluß seines Schreibens an Usedom vom 29. August 1863 erteilte Zusage erfüllte der Minister noch vor Ablauf des Jahres, denn durch Erlaß vom 9. Dezember [1]) eröffnete er demselben, daß er beschlossen habe, ihn für einige Zeit in der politischen Abteilung des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten zu beschäftigen. Es war dies der erste Fall, daß ein noch im Anfang seiner Laufbahn stehender junger Diplomat dieser Auszeichnung teilhaftig wurde. Nachdem Usedom zuvor mit dem in der Begleitung Viktor Emanuels von Neapel über Rom nach Turin zurückkehrenden

[1]) In Kohls Bismarck-Regesten nachzutragen.

Grafen Usedom in Florenz zusammengetroffen und unter dessen kunstverständiger Führung dort und noch in anderen Städten Norditaliens sich an den herrlichen Kunstschätzen zu erfreuen den Vorzug genossen hatte, verließ er Ende Dezember Turin, um über Venedig und Wien nach Berlin zu reisen. In Venedig besuchte er auch den österreichischen Statthalter Ritter von Toggenburg. Als dieser ihn über seine politischen Eindrücke daselbst befragte und, ohne die Antwort abzuwarten, selbst bemerkte: „Die Italiener hier sagen von uns „sono forestieri, ma buona gente", erwiderte ihm Kusserow mit höflichem Lächeln: „Um Vergebung, Excellenz, die Leute sagen „sono buona gente, ma forestieri", womit er andeutete, daß man die Fremden los zu werden hoffe. In Wien zeichnete ihn Graf Rechberg durch mündliche Aufträge an Herrn v. Bismarck aus, welche bei dem ersteren noch eine gewisse Geneigtheit erkennen ließen, sich mit Preußen über einzelne schwebende Fragen zu verständigen. Diese Geneigtheit bethätigte sich ja auch eine Weile wenigstens in der schleswig-holsteinschen Frage.

In der politischen Abteilung des auswärtigen Ministeriums konnte Kusserow zu seiner freudigen Genugthuung seine dem Minister aus Turin übersandte Arbeit mit zustimmenden Randbemerkungen desselben in den Akten über die deutsche Frage wiederfinden. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß bei der späteren Ausarbeitung der Verfassungen des Norddeutschen Bundes beziehungsweise des Reichs auch die Arbeit Kusserows mitbenutzt worden ist.

Kusserow war in der politischen Abteilung des auswärtigen Ministeriums vom Beginn bis zum Oktober des Jahres 1864 beschäftigt und bearbeitete das italienische Decernat; zugleich aber leistete er dem mit der Bearbeitung der deutschen Angelegenheiten, insbesondere der schleswig-holsteinschen Frage betrauten Geheimen Legationsrat Abeken Hilfe durch Anfertigung von Promemorien u. s. w., welche zur Informirung und Instruirung der preußischen Gesandten, namentlich in Frankfurt, und der Bevollmächtigten auf der Londoner Konferenz dienten.

Bei einem der ersten Vorträge über italienische Angelegenheiten — derselbe betraf einen Bericht des Grafen Usedom über die militärischen Verhältnisse in Italien —, bei welchem der Minister auszusetzen hatte, daß der Gesandte sich lediglich auf Mitteilungen italienischer Generale bezog, ohne eine für den Leiter der preußischen Politik brauchbare eigene Ansicht auszusprechen, nahm Kusserow seinen ehemaligen Chef in Schutz, indem er ausführte, daß dieser nicht Militär sei und deshalb selbst wünsche, es möchte ihm baldmöglichst ein Militär-Attaché beigegeben werden. Der Minister gab dem Vortragenden recht und nahm die Erfüllung des Vorschlages in Aussicht. Diese Anregung führte zwar nicht unmittelbar aber später zu der Entsendung des durch seine Tagebuchblätter allgemein bekannt gewordenen militärischen Schriftstellers Theodor von Bernhardi, der sich des besonderen Vertrauens des Generals v. Moltke erfreute.

VI. Beschäftigung bei der preußischen Botschaft in Paris.

Oktober 1864 bis Oktober 1865.

Nach Beendigung dieser Episode wurde Kusserow durch Erlaß vom 7. Oktober 1864 der Königlichen Botschaft in Paris, an deren Spitze Graf von der Goltz stand, zur Beschäftigung überwiesen. Als Kusserow dort ankam, befand sich Graf Bismarck noch in Biarritz, wo er im Hinblick auf die definitive Lösung der schleswig-holsteinschen Frage und den möglichen Konflikt mit Oesterreich die ersten Besprechungen hierüber mit Napoleon III. hatte. Doch war es Kusserow vergönnt, den Minister gelegentlich seiner Rückreise nach Berlin mehrfach auf der Botschaft in Paris zu sehen. —

Obwohl daselbst die Grafen Solms-Sonnenwalde, Paul Hatzfeldt-Wildenburg und Lynar die Stellungen als erster, zweiter und dritter Botschaftssekretär bekleideten, gab es dort auch für Kusserow eine umfangreiche Thätigkeit. Außer seiner Mitarbeit bei sonstigen politischen Angelegenheiten, galt es damals, die französische Regierung und die öffentliche Meinung in Frankreich im voraus mit einer Lösung der schleswig-holsteinschen und der deutschen Frage im Sinne Bismarcks thunlichst zu befreunden und womöglich eine Preußen wohlwollende Neutralität Frankreichs für kriegerische Eventualitäten sicherzustellen. Die für uns schon freundlicher gewordene Stimmung in Frankreich erlitt infolge der Nachrichten über unsere mit der Konvention von Gastein vom 14. August 1865 zum vorläufigen Abschluß gelangten Verhandlungen mit Oesterreich einen bedenklichen Rückschlag. Man war sichtlich enttäuscht, daß Preußen sich mit Oesterreich über die Zukunft Schleswig-Holsteins friedlich auseinanderzusetzen schien, und besorgte, daß sich die beiden deutschen Mächte auch sogar über die deutsche Bundesreform einigen könnten, während Napoleon III. an dem Gedanken seiner Unentbehrlichkeit für Preußen und an der Hoffnung auf einen territorialen Vorteil, oder mindestens auf die Erhöhung seines Prestiges infolge seiner Mitwirkung bei einer endgültigen Lösung dieser Fragen festhielt. Hierzu kam, daß sich in der Pariser Presse ein wahrer Sturm gegen den Gasteiner Vertrag erhob, nicht nur aus den vorstehenden Erwägungen, sondern auch mit Rücksicht darauf, daß die Grundsätze der Nationalität und Selbstbestimmung der Bevölkerung, als deren Verfechter das französische Kaiserreich gelten wollte, angeblich durch die Abmachungen zwischen Preußen und Oesterreich mit Füßen getreten waren. Es galt daher, sowohl die Regierung wie die öffentliche Meinung, auf welche dieselbe sich stützen mußte, zu beruhigen und erneut derjenigen preußischen Politik günstig zu stimmen, für welche es Bismarck bei seinem ersten Besuch von Biarritz im Oktober 1864 gelungen war, Napoleon persönlich zu gewinnen. Unter diesem Gesichtspunkt richtete Bismarck unter dem 15. August einen Erlaß an den Grafen Goltz mit dem Auftrag, der Kaiserlichen Regierung vorzustellen, wie der Vertrag von Gastein nur einen provisorischen Charakter trage und

an der endgültigen Auseinandersetzung mit Oesterreich sowohl über die Zukunft der Elbherzogtümer wie über die deutsche Bundesreform in der mit dem Kaiser besprochenen Richtung nichts ändere. Aus der aktenmäßigen Darstellung bei Sybel, Band IV, Seite 202 ff., ist bekannt, daß der französische auswärtige Minister, Herr Drouyn de l'Huys, zur Unterstützung Preußens ohne die vorhergehende positive Zusicherung eines sehr reellen Anteils am Gewinn nicht geneigt war, und daß er in seinen Unterhaltungen mit dem Grafen Goltz, unter Hinweis auf Nachbarländer, welche den Gegenstand von Kombinationen bilden könnten, deutlich hinwies, um den eventuellen französischen Gewinnanteil zu kennzeichnen. Die durch die Instruktionen Bismarcks vorgeschriebenen ausweichenden Aeußerungen des Grafen Goltz befriedigten den französischen Minister so wenig, daß er um so fester in seinem Streben blieb, den Gasteiner Vertrag bei Napoleon gegen Preußen zu verwerten. Sybel schildert, wie der Minister, nach der Rückkehr Napoleons aus dem Lager von Chalons, bei seinem Vortrag am 27. August, ohne die Erläuterungen des Grafen Goltz über den provisorischen Charakter des Gasteiner Vertrags zu erwähnen, gegen diesen den Kaiser durch Hervorhebung der Nichtachtung der großen Fundamentalsätze der französischen Politik, der populären Selbstbestimmung und des Nationalitätsprinzips, in Harnisch brachte und sich die Weisung erwirkte, ein den Vertrag tadelndes Rundschreiben zu verfassen, nach welchem die französischen Gesandten bei etwaigen Gesprächen ihre Aeußerungen einzurichten hätten. Der Kaiser befahl jedoch ausdrücklich, daß die Gesandten den Erlaß selbst den fremden Höfen nicht mitteilen dürften. Denn in Berlin sollte man zwar seinen, Napoleons, Verdruß erfahren, doch wünschte er jede unhöfliche Form vermieden zu sehen, welche Preußen leicht dem Wiener Hofe noch stärker annähern konnte.

Bei der Unterredung, welche Graf Goltz tags darauf, am 28. August, mit Napoleon in St. Cloud hatte, gab dieser seiner Verstimmung über die Gasteiner Konvention unter den vorangegebenen Gesichtspunkten einen lebhaften Ausdruck und wies besonders darauf hin, in welchem Maße die öffentliche Meinung in Frankreich, die er nicht unbeachtet lassen könne, sich von Preußen abwende. Gleichwohl verlief nach der Auffassung des Grafen Goltz ein Nachmittagsgespräch in freundlicherem Tone; denn Napolon sagte dem Botschafter: „Schreiben Sie dem Grafen Bismarck, bei einem Kriege zwischen Preußen und Oesterreich würde ich wohlwollende Neutralität beobachtet haben, aber ich sei sehr überrascht durch das, was geschehen ist.“ Als Graf Goltz mit der Frage antwortete: „Wenn die Krisis sich erneuern sollte, dürfen wir doch auf dieselbe wohlwollende Gesinnung hoffen?“ erwiderte der Kaiser: „Gewiß, aber ich beklage, daß Preußen mehr und mehr von seinem überlieferten Beruf zurücktritt, sich an die Spitze der nationalen Bewegung in Deutschland zu setzen. Wenn der König ein liberales und nationales Programm aufstellt, wozu er keines Krieges bedarf, so werden alle liberalen Elemente in Deutschland ihm zufallen,

und man wird die elenden parlamentarischen Zänkereien und die traurige Frage der Herzogtümer vergessen." Von dieser Aeußerung war Bismarck nicht so befriedigt wie der Botschafter, zumal die Befolgung des guten Rats, die elenden parlamentarischen Zänkereien aufzugeben, unter den Umständen gleichbedeutend gewesen wäre mit einem Verzicht auf die Durchführung der Armee-Reorganisation, welche die erste Bedingung für den Erfolg der preußisch-deutschen Politik bildete.

Je günstiger Graf Goltz berichtet hatte, um so mehr mußte das fortdauernde feindliche Toben gegen Preußen in den französischen Regierungsblättern auffallen. Noch verletzender aber wirkte die infolge einer vielleicht beabsichtigten Indiskretion erfolgte Veröffentlichung jenes Rundschreibens des Herrn Drouyn de l'Huys vom 29. August in einer belgischen Zeitung. Dasselbe ließ, wie Sybel (Seite 210 a. a. O.) bemerkt, an massiver Grobheit nichts zu wünschen übrig, so daß Bismarck es im ersten Augenblick für eine freche Fälschung hielt. Der hierdurch in Berlin hervorgerufene Eindruck wurde noch dadurch verschärft, daß alsbald auch ein vielleicht auf die Einwirkung der französischen Regierung zurückzuführendes Zirkular Lord John Russells vom 14. September, welches sich dem Gedankengang des französischen Schriftstückes genau anschloß, ebenfalls veröffentlicht wurde.

Inzwischen aber hatte ein Erlaß des Grafen Bismarck vom 16. August (Tag nach seiner Erhebung in den Grafenstand) an den Grafen Goltz gute Früchte getragen. Sybel hat diesen Erlaß in der Anmerkung zu Seite 218 a. a. O. in teilweisem Wortlaut veröffentlicht. In den Bismarck-Regesten von Horst Kohl wird derselbe durch folgende Inhaltsangabe gekennzeichnet: „Erlaß, betreffend das traditionelle System der kontinentalen Politik seit 1815 und das moderne Prinzip der „„unabhängigen und freien Entwicklung des preußischen und norddeutschen Elements zu einer selbständigen Großmacht, die ohne Anlehnung sich durch eigene Macht sicher fühlt"", Frage, betreffend die Haltung Napoleons gegenüber dem Streben Preußens nach einer selbständigen Stellung in Deutschland und Europa."

Die Botschaft sollte den Gedankengang dieses Erlasses sowohl in Regierungskreisen wie bei einer zu versuchenden Einwirkung auf die öffentliche Meinung verwerten. In letzterer Beziehung galt es daher, eine Annäherung an die namhaftesten regierungsfreundlichen und unabhängigen Journale zu suchen, welche auf die öffentliche Meinung des Landes einen besonderen Einfluß ausübten. Der Botschafter betraute mit dieser Aufgabe in erster Linie Kusserow, ohne daß demselben irgendwelche materiellen Mittel hierfür zur Verfügung gestellt worden wären. Es gelang ihm dies zunächst bei einigen regierungsfreundlichen Blättern, deren Redakteure die Zusage einer den preußischen Plänen freundlicheren Haltung unter dem Vorbehalt erteilten, daß sie sich hierdurch nicht mit den Intentionen der eigenen Regierung würden in Widerspruch

setzen dürfen. Den Haupterfolg erzielte Kusserow in einem Lager, welches man auf der Botschaft für geradezu unnahbar gehalten hatte. Es war dies die „Opinion Nationale", deren Einfluß auf die öffentliche Meinung ihrem Namen in hohem Maße entsprach, die sich aber bis dahin als Hauptvertreterin der sogenannten liberalen Prinzipien durch ihre Angriffe auf Bismarck ganz besonders hervorgethan hatte. Durch seine Unterredung mit dem Chefredakteur dieses Blattes, Herrn Ad. Guéroult, gelang es Kusserow, denselben vollstandig umzustimmen. Derselbe veröffentlichte in den Nummern der „Opinion Nationale" vom 3., 5., 8., 12. und 15. September eine Serie von Artikeln mit der Ueberschrift „La Politique de la Prusse", deren Epoche machende Bedeutung damals in Paris wie in Berlin anerkannt wurde. Gleich in den beiden ersten Artikeln vom 3. und 5. September vollzog sich eine vollständige Schwenkung in der Beurteilung der Konvention von Gastein. Nachdem Herr Guéroult die größeren Vorteile, welche Preußen aus derselben ziehe, und die sich daraus ergebende Unzufriedenheit Oesterreichs beleuchtet hatte, zog er daraus die folgenden Schlüsse:

Die Rivalität der beiden Großmächte habe sich durch diese Abmachung nur vergrößert, ohne daß dieselbe zu einer friedlichen definitiven Lösung führen könne, weder für die endliche Regelung der Frage der Herzogtümer, noch für die Erfüllung der Pläne Preußens, deren Verfolgung für dasselbe eine zu gebieterische Notwendigkeit sei, als daß man glauben dürfe, dieselben beruhten nur in der Einbildung von Schriftstellern und diplomatischen Dilettanten und hätten keinen ernsten reellen Hintergrund. Man müsse vielmehr anerkennen, daß hinter diesen diplomatischen Miseren sich sehr große Interessen bewegten. Er schilderte sodann das ganze Elend der deutschen Zerrissenheit, welche das größte Mißbehagen in Deutschland hervorrufe. Man empfinde, daß sich diese Verhältnisse nicht aufrecht erhalten ließen, und doch wage niemand das Zeichen zu geben und das Banner der Veränderung aufzupflanzen. Während die Liebe zur Unabhängigkeit die Köpfe zur Einheit triebe oder wenigstens zur Zweiteilung, fürchteten die kleinen Hauptstädte für die relativ große Rolle, welche daselbst die kleinen Souveräne spielten. Dieselben würden sich aber vergeblich sträuben. Dem jetzt nur in der Ohnmacht bestehenden Gleichgewicht müsse durch die Initiative einer der beiden großen deutschen Mächte ein Ende gemacht werden. Alles weise darauf hin, daß diese Macht nur Preußen sein könne. Es genüge ein Blick auf die Karte Deutschlands, um sich zu überzeugen, daß Preußen unter keinen Umständen sich bescheiden könne, so zu bleiben, wie es ist, und daß eine Art geographischer Fatalität es dazu zwinge, in Deutschland das Werkzeug der Veränderung zu sein. Es gebe in der That keinen Staat, der geographisch schlechter gebildet sei, wie Preußen. Nach näherer Schilderung der preußischen Grenzen und Enklaven meint der Verfasser, daß, wenn man auf einem zu unbequemen Kopfkissen zu ruhen verurteilt sei, man an Schlaflosigkeit leiden und mit offenen Augen träumen müsse. Preußen könne nicht anders, als an seine Vergrößerung, an die Herstellung des Zusammenhangs zwischen seinen verschiedenen Besitzungen, an die Eröffnung des Weges zum Meere und an die Besitzergreifung der großen Flußmündungen denken. Wenn Preußen seit 1815 scheinbar an nichts derart gedacht, wenn es in einem engen Bündnis mit Rußland und Oesterreich gelebt habe, wenn es einer der ergebensten Vorkämpfer der alten konservativen Parteien Europas gewesen sei, so müsse man dies der furchtbaren Erschütterung zuschreiben, welche es unter dem ersten Kaiserreich erlitten habe, sowie der gemeinsamen Furcht vor Frankreich, welche so lange das Band der europäischen Koalition gebildet habe, und auch der Mittelmäßigkeit der preußischen Staats-

männer, welche die Traditionen des großen Friedrich und die unabweisliche Zwangslage und Pflicht Preußens vergessen hätten, sich im Zentrum zu verstärken und sich längs der Ostsee und der Nordsee auszudehnen. Seit einigen Jahren aber scheine Preußen in eine neue politische Phase eingetreten zu sein. Ein neuer Souverän habe den Thron bestiegen. Ein kühner Minister habe die Zügel der Regierung in die Hand genommen und sich ebenso kräftig und herausfordernd gegen Oesterreich und den Deutschen Bund erwiesen, wie seine Vorgänger schwach und nachgiebig gewesen seien. Während er den Kampf mit Dänemark gemeinsam mit Oesterreich begonnen und mit Ueberlegenheit die Früchte des gemeinsamen Sieges geerntet habe, sei er nicht davor zurückgeschreckt, zugleich gegenüber dem Parlament einen anderen Kampf zu bestehen und gegen das Votum der Abgeordneten die Grundlage der militärischen Organisation aufrecht zu erhalten, welche die Vorbedingung des Erfolgs und das Werkzeug zu seiner Popularität bilde.

Könne man nun wohl glauben, daß Herr v. Bismarck nach Ueberwindung des Widerstandes im Parlament, nach Pflückung der Lorbeeren von Düppel und nachdem er Oesterreich die Konvention von Gastein aufgenötigt habe, auf halbem Wege stehen bleiben und seine Pläne für die Geschicke Preußens auf spätere Zeiten vertagen und in Frankreich und Wien den ermüdenden Protokoll- und Papierkrieg wieder aufnehmen werde? Vielmehr dürfe man von ihm erwarten, daß er die Hoffnungen, die er wachgerufen, ernst nehmen und die übernommene große Rolle für sich und sein Land fortspielen, den König von Preußen zum Viktor Emanuel, sich selbst zum Cavour Deutschlands und Preußen zum Mittelpunkt und Grundpfeiler der deutschen Einheit machen und zu einer ausreichend starken Macht gestalten werde, um nicht länger aus Furcht vor Frankreich des Schutzes bei Rußland zu bedürfen, daß er die gespaltene Macht Oesterreichs brechen und den alten verrosteten Mechanismus des Deutschen Bundes in das Antiquitätenmuseum werfen werde.

In welcher Weise schon der erste Artikel den Gegnern Preußens in die Parade fuhr, hiervon konnte sich Kusserow am 3. September bei seiner zufälligen Begegnung mit dem ganz besonders antipreußischen politischen Schriftsteller und Freunde des Prinzen Napoleon, Emile de Girardin, überzeugen, mit welchem er auf der Fahrt nach dem Landgut der Schwägerin des Ministers Fould zusammentraf, wo er Girardin, Ollivier und andere Politiker häufig antraf. Girardin konnte beim Lesen des von ihm beim Einsteigen gekauften Exemplars der „Opinion Nationale“ seine Verblüffung und Aufregung über die unerwartete Schwenkung seines Kollegen Guéroult vor Kusserow nicht verbergen. Der Einfluß, den diese Schwenkung nach oben ausübte, erleichterte zunächst auch die Schritte bei einzelnen Regierungsblättern. Es brachte z. B. schon die „Patrie“ vom 5. September einen Lefévre unterschriebenen Korrespondenzartikel, welcher ebenfalls den durch die Konvention von Gastein in Frankreich erzeugten falschen Eindruck beleuchtete und zurückwies.

Es wurde darin ausgeführt, wie Preußen anfangs geneigt gewesen sei, es auf eine Volksabstimmung im nördlichen Teil von Schleswig ankommen zu lassen, wie aber Oesterreich sich dem entgegengestellt habe, weil es unter keinen Umständen ein Prinzip anerkennen wollte, welches sich eventuell auch gegen das österreichische Staatsinteresse kehren könnte. Dann sei es zu den Schlachten von Düppel und Alsen und zum Wiener Frieden gekommen, in welchem der König von Dänemark durch die Abtretung der Herzogtümer an die Sieger der Nationalitätsfrage ein Ende machte, indem er sie selbst zu Gunsten Deutschlands löste. Auch

sei es Oesterreich, welches, da es die Sympathien in den Herzogtümern für Preußen kenne, sein Interesse daran habe, die Aeußerung der Wünsche des Landes hinauszuschieben. Zudem werde die Frage neuerdings durch die Haltung des Herzogs von Augustenburg erschwert, der den antipreußischen Einflüssen Gehör schenke und zu glauben scheine, daß er auch ohne die ihm nur unter gewissen, ganz gerechtfertigten Bedingungen gewährte Unterstützung Preußens den Thron der Herzogtümer besteigen könne. Hierdurch werde er sich wohl um diesen Thron bringen, und sei wenigstens vorerst das durch die Konvention von Gastein eingerichtete Provisorium unvermeidlich geworden. In der Zwischenzeit würden die Bevölkerungen in den Herzogtümern sich wohl überzeugen, daß es vorteilhafter für sie sei, mit Preußen vereinigt zu werden, als dem persönlichen Ehrgeiz eines Prätendenten und dem Egoismus einer Klasse zu dienen, welche hoffe, durch die Errichtung einer kleinen Souveränität sich den Lasten, die gleichmäßig von allen Bürgern eines großen Staats getragen werden müssen, entziehen zu können.

Es darf jedenfalls angenommen werden, daß die gerade in jenen Tagen dem Grafen Goltz zuteil gewordene ehrende Einladung, den Kaiser am 7. September nach Biarritz zu begleiten (Sybel, S. 212 a. a. O.), durch den sich anbahnenden Umschwung in der öffentlichen Meinung mindestens erleichtert wurde. Graf Goltz legte jenen Artikeln in der „Opinion Nationale“ vom 3. und 5. September einen großen Wert bei und begrüßte freudig deren Fortsetzung. Herr Guéroult untersuchte in seinen Artikeln vom 8. und 12. September die voraussichtlichen Folgen der in den ersten Artikeln angenommenen Vergrößerung Preußens für Deutschland und Europa, und erörterte alsdann die Hauptfrage, welche Haltung dem gegenüber Frankreich in seinem wohlverstandenen Interesse einzunehmen habe.

„Wenn es wahr ist, wie wir bis dahin dargelegt zu haben glauben, daß Deutschland nicht länger seine jetzige unförmige und komplizirte Gestalt behalten kann, wenn es wahr ist, daß weder die kleinen Staaten noch Oesterreich in der Lage sind, die Grundlage der Reorganisation zu bilden, welche providentiell Preußen zugewiesen erscheint, wenn es wahr ist, daß die Rekonstruktion Deutschlands auf der Grundlage einer stärkeren und konzentrirteren Macht den wirklichen Interessen der ganzen deutschen Rasse und selbst denjenigen Europas entsprechen würde, dessen Vorposten es gegen die ehrgeizigen moskowitischen Projekte sein würde, so haben wir nun noch die eine Frage zu prüfen: „Bis zu welchem Punkte ist die Errichtung eines einheitlichen und starken Deutschlands verträglich mit den Interessen und der Sicherheit Frankreichs?“

Er führt dann aus, daß das früher in Frankreich wie ein Dogma seiner alten Diplomatie herrschende Vorurteil, wonach sein erstes Interesse darin bestehe, von einem Gürtel kleiner und schwacher Staaten umgeben zu sein, sich heute nicht mehr aufrecht erhalten lasse. Auch sei zu erwägen, daß die Möglichkeit eines Ausbruchs von Kriegen zwischen großen Staaten sich vermindern würde, wenn sie nicht mehr durch sogenannte kleine neutrale Staaten getrennt werden. Nach einer Aufzählung der durch die Zerrissenheit von Deutschland und Italien bisher erleichterten Gewaltthätigkeiten und Kriege kommt er zu dem Schluß: „Je mächtiger die Nachbarstaaten, je gleicher sie in ihren Kräften sind, um so weniger Chancen hat der Krieg. Dies ist einer der Gründe, aus welchen wir ohne Besorgnis die Einigung Italiens und die Bildung eines Staates von 25 Millionen Einwohnern an unserer südöstlichen Grenze haben vollziehen lassen“ . . . „Dasselbe Raisonnement, welches wir für Italien gemacht haben, scheint uns auch anwendbar auf Preußen. Wenn thatsächlich Deutschland der Einheit und Konzen-

tration bedarf, so wäre es im Grunde genommen ungerecht und unmoralisch, darauf hinzuarbeiten, es in einem Zustand der Zerrissenheit, welcher ihm schädlich ist, zu erhalten, selbst in der sehr bestreitbaren Hypothese, daß diese Zerrissenheit für unsere Interessen nützlich sein würde.

Wenn Deutschland heute sich transformiren, sich regeneriren, sich unifiziren will, so hat niemand das Recht noch die Macht, es daran zu hindern, und Frankreich würde unverzeihlicher wie jede andere Macht handeln, wollte es gegen seine Nachbarn eine neue Koalition von Pilnitz zu bilden versuchen. Diese unfähigen Versuche würden nichts verhindern, sondern nur beleidigen und die Nation, gegen welche sie gerichtet wären, tief irritiren.

Wenn es untersagt ist, uns dem großen Einheitswerk zu widersetzen, welches sich in den Geistern Deutschlands vorbereitet, und dessen Grundpfeiler Preußen bilden zu müssen scheint, so haben wir nur noch zu untersuchen, wie und wie weit wir uns damit associiren können, ohne die dauernden Interessen unseres eigenen Landes preiszugeben."

Nach einem Rückblick auf die vielfachen Kriege zwischen Preußen und Frankreich, um zu zeigen, wie das Bündnis, welches seit 1815 Preußen an Oesterreich und Rußland gefesselt habe, nur auf die Furcht vor Frankreich gegründet gewesen sei, fuhr Herr Guéroult fort:

Auch habe die europäische Diplomatie nach dem Sturz des ersten Kaiserreichs mit Vorbedacht streitige Grenzen zwischen Preußen und Frankreich gezogen und hierdurch den Grund zu einem fortwährenden Mißtrauen gelegt, welches Preußen während 50 Jahren in einer Art von Abhängigkeit gegenüber Rußland und der Inferiorität gegenüber Oesterreich erhalten habe. Heute sei Preußen aus dieser langen Inferiorität herausgetreten. Sein Streben, eine maritime Macht zu werden und sich eine starke Position in der Ostsee zu schaffen, könne für Rußland keinenfalls angenehm sein. Zugleich froissire und rudoiire es Oesterreich und erkläre ihm offen seinen Entschluß, anstatt seiner die Vormachtstellung in Deutschland einzunehmen. „Um so große Angelegenheiten zu unternehmen und durchzuführen, bedarf Preußen offenbar der Allianz oder wenigstens des guten Willens Frankreichs. Daher eine gewisse Annäherung, oder vielleicht eine gewisse Tendenz zu einer Annäherung, welche einstweilen durch einige wenig accentuirte Symptome erkennbar ist."

Herr Guéroult wies dann auf die unzuverlässige Haltung Englands gegenüber Preußen in der polnischen wie in der dänischen Frage hin, um auch hieraus die Notwendigkeit einer Annäherung Preußens an Frankreich herzuleiten.

„Denn ohne sein eigentliches Prinzip aufzugeben, wonach in den Herzogtümern der Wunsch der Bevölkerung festzustellen wäre, hat Frankreich durch seine reservirte Haltung in der dänischen Frage in Deutschland viele Besorgnisse beseitigt und an Popularität gewonnen. Hieraus folgt, daß vielleicht zum erstenmal, seit Preußen eine große Rolle in Europa spielt, eine Allianz zwischen Frankreich und ihm möglich geworden ist und sich beiderseits durch ernste Argumente befürworten läßt.

Es bleibt uns noch übrig zu sehen, unter welchen Bedingungen die Allianz realisirbar ist, und was Frankreich dabei gewinnen könnte."

Der Schlußartikel vom 15. September enthielt die folgenden Konklusionen des Herrn Guéroult:

Die Verwicklung der Verhältnisse in Deutschland sei auf einen Punkt gekommen, der die Aussicht auf eine friedliche Entwirrung ausschließe.

Der Konflikt zwischen Preußen und Oesterreich sei unvermeidlich; der Deutsche Bund selbst entbehre jeder Macht und jeden Zusammenhangs, und seine geteilten Stücke, tronçons,

würden den hauptsächlichsten Kriegsparteien nur als Stützpunkte dienen. Er fragt nun, welche Politik Frankreich gegenüber einer solchen Eventualität einnehmen müßte.

Das erste, was sich darzubieten scheine, sei der von Kaiser Napoleon in seiner Rede vom 5. November 1863 eingenommene Standpunkt, wo er sagte: „Die Verträge von 1815 haben zu bestehen aufgehört.“ Nach Anführung alles dessen, was im Widerspruch mit jenen Verträgen sich in Griechenland, Belgien, Frankreich, Italien, wie an der Donau vollzogen habe, schrieb Guéroult: „Wenn Oesterreich im Jahre 1846 mitten im tiefen Frieden seine Hand auf Krakau legen, wenn es jüngst durch die Konvention von Gastein sich Holstein zueignen, wenn Preußen sich Schleswigs bemächtigen und sich die ganze dänische Bevölkerung im Norden dieses Herzogtums aneignen, wenn Rußland in Polen mit Feuer und Schwert, mit dem Galgen und der Verbannung auch die letzten Spuren der Verträge von 1815 verwischen konnte, so würde man vergeblich nach einem zwingenden Grunde suchen, welcher Frankreich verpflichtete, auf jeden Ehrgeiz zu verzichten, während jeder dem seinigen freien Lauf läßt, und allein die Verträge zu respektiren, welche den Spielball von ganz Europa bilden. Fügen wir hinzu, daß auch noch andere Gründe das Verlangen nach einer Vergrößerung Frankreichs rechtfertigen würden. Alle Bedingungen des europäischen Gleichgewichts sind umgestoßen. Rußland befindet sich jetzt in Polen zu Hause: Es hat sich des Kaukasus bemächtigt; es kann das Schwarze Meer umgehen und, wenn es will, Konstantinopel im Rücken fassen. Preußen steht vielleicht im Begriff, einige Millionen Unterthanen hinzuzugewinnen und eine große Seemacht zu werden. Warum sollten wir da der einzige Staat sein, welcher nicht an dem Benefizium des Zerreißens der Verträge beteiligt würde? Ist es nicht ein nicht nur französisches sondern auch europäisches Interesse, daß Frankreich stark und im stande sei, die Prinzipien von 1789 zu verteidigen und zu beschirmen, welche das alte Europa abbrechen, um es neu aufzubauen?“

„Wenn daher nach allem, was sich seit einigen Jahren unter unseren Augen vollzogen hat, Frankreich bei der ersten günstigen Gelegenheit die Hand auf die Rheinprovinzen legte, so würde man vergeblich in Europa nach einer unbefleckten Macht suchen, welche das Recht hätte, den ersten Stein auf Frankreich zu werfen.

Aber, wenn auch die Situation so ist und Frankreich das unbestreitbare Recht hätte, aus der sich unter seinen Augen vollziehenden allgemeinen Umgestaltung der Karte Europas für sich selbst Vorteil zu ziehen, so bleibt doch die Frage der Konvenienz und der Nützlichkeit zu prüfen. Liegt es heute in unserem Interesse, Preußen die Rheinprovinzen, gestützt auf denselben Titel und mit besserem Recht zu entreißen, als dasjenige, welches den Preußen gestattet hat, den Dänen Schleswig abzunehmen? Wir glauben dies nicht und wollen sagen warum.

Erstlich ist es nicht ausreichend bewiesen, daß die Rheinprovinzen die französische Herrschaft wünschen und danach verlangen, und es wäre etwas unlogisches und verletzendes, wenn wir dasselbe am Rhein thäten, was wir an der Eider tadeln. Das Prinzip der Nationalitäten ist die einzige mögliche Basis der europäischen Rekonstruktion; unser Interesse wie auch unsere Pflicht erheischt, dasselbe überall zu respektiren. Wenn alle Welt um die Wette die alten Verträge zerreißt, welche das Recht der Eroberung und der Gewalt heiligten, so würde es uns nicht anstehen, das einzige Prinzip in Frage zu stellen, welches der Reorganisation Europas als Basis und für unsere moralische Autorität als Fundament dienen kann.

Eine andere Erwägung ist die folgende: Jeder Angriff von unserer Seite auf den Rhein würde den inneren Zwistigkeiten Deutschlands ein Ende machen, dasselbe gegen uns vereinigen und der alten Koalition der drei nordischen Mächte die gern gewährte Unterstützung Englands sichern. Wir würden von der Rolle des Unparteiischen, des Protektors des Rechts zur Rolle des Angreifers herabsteigen. Das, was jede andere Großmacht unter dem Ge-

scheltenlassen Europas für sich wagen durfte, würde, wenn von Frankreich versucht, allgemeine Mißbilligung erwecken, und wir würden damit den Weg unendlicher Komplikationen beschreiten.

Nehmen wir im Gegenteil an, daß Frankreich, statt in dem Chor der territorialen Ambitionen und Begehrlichkeiten mitzuwirken, eine abwartende Haltung einnähme und sich Preußen diplomatisch näherte, indem es dieses über seine Absichten beruhigte und ihm alle möglichen Garantien einer wohlwollenden Neutralität gäbe, und sehen wir, was alsdann geschehen würde.

Einmal von seiten Frankreichs beruhigt, wird Preußen mit wachsender Energie seine Pläne für die deutsche Hegemonie verfolgen. Weit entfernt, einen Konflikt mit Oesterreich zu fürchten, wird es denselben suchen und sogar provoziren; die Gewalt der Verhältnisse und die Gemeinsamkeit der Interessen werden zweifellos zu einer Allianz zwischen Preußen und Italien führen, deren Preis für das letztere die Erwerbung Venedigs sein wird und für Europa die Lösung einer Frage, welche es bisher weder vermeiden noch lösen konnte.

Eine andere Folge von noch höherer Bedeutung wäre die, daß Preußen, von seiten Frankreichs beruhigt, in der doppelten Allianz mit Frankreich und Italien das Unterpfand für die Erfüllung seiner ehrgeizigen Pläne und das Mittel zu einer Vergrößerung finden würde, die es zu erstreben genötigt ist, und daß es sich von Rußland, das ihm schwer aufliegt und es bedroht, losmachen könnte, um die Macht und das Ansehen, über welche es verfügt, von der östlichen Gruppe auf die westliche zu übertragen. Hierdurch würde es mit der Koalition von 1815, welche noch fortbesteht, und zugleich mit der alten konservativen europäischen Partei vorbei sein, welche nichts konservirt, aber für jede Freiheit, jeden Fortschritt, jede Emanzipation ein Hindernis bildet, und welche nur dazu dient, eine unerträglichere Unordnung zu verlängern."

Nach einem etwas radikalen Exkurs auf die innere Politik Preußens schloß Herr Guéroult mit folgendem Satz:

„Wenn der Hauptgedanke, der uns beschäftigt, wenn die Allianz zwischen Frankreich und Preußen für die Lösung der großen europäischen Probleme etwas Gutes ist, wenn sie einige Solidität hat, so wird sie ihren Weg von selbst machen, und der öffentliche ‚bon sens' wird sie erfassen und besser vervollständigen, als wir es könnten."

Auch spätere Artikel der „Opinion Nationale" bewegten sich in gleicher Richtung.

Diese glückliche Preßcampagne hatte die öffentliche Meinung, auf welche Napoleon mehr als jeder andere Potentat Wert zu legen hatte, günstig beeinflußt und hierdurch dem zweiten Besuch Bismarcks in Biarritz vorgearbeitet, zu welchem der Kanzler sich entschloß, um sich persönlich von der voraussichtlichen Haltung Napoleons im Hinblick auf die nahe Auseinandersetzung mit Oesterreich zu vergewissern, zumal ihm die Berichte des Botschafters hierzu nicht ausreichten. Wie man seitdem erfahren, fiel es dem Grafen Goltz auch damals noch schwer, an die Mission Bismarcks zur Lösung der deutschen Frage zu glauben. Um jene Zeit konnte man noch Aeußerungen von ihm hören, deren Sinn war, daß Bismarck ihm eigentlich das Konzept hierzu verderbe. Auch stand Graf Goltz im Ruf, manches durch die Lorgnette der Kaiserin Eugenie zu sehen, für welche er eine lebhafte Bewunderung hegte. Er ist ja nicht der einzige fremde Diplomat gewesen, der an dieser Stelle sterblich war. Infolgedessen waren

die Berichte des Grafen Goltz mitunter geeignet, einen die Bismarckische Politik vorübergehend erschwerenden Einfluß auf den König auszuüben.

VII. Seine Versetzung nach Washington.

November 1865 bis August 1868.

Als Anfang September 1865 Kusserow erfuhr, daß Graf Bismarck beabsichtige, nach dem eben erfolgten Ableben des kaufmännischen Königlichen Generalkonsuls Schmidt in New York daselbst ein Berufs-Generalkonsulat zu errichten und dieses dem Königlichen Legationsrat bei der Gesandtschaft in Washington v. Grabow zu übertragen, sobald sich als Ersatz für diesen ein der englischen Sprache mächtiger Legationssekretär gefunden haben werde, meldete sich Kusserow hierzu, obwohl es ihm gewiß schwer wurde, sich von dem so interessanten Aufenthalt in Paris loszureißen. Es überwog aber bei ihm der Wunsch, sich weiter in der Welt umzusehen, und interessirte es ihn besonders, die politische und wirtschaftliche Rekonstruktion der Vereinigten Staaten von Amerika nach dem soeben beendeten Bürgerkriege in der Nähe zu beobachten. Durch Erlaß vom 15. September 1865 wurden ihm die Geschäfte des Legationssekretärs in Washington zunächst provisorisch übertragen. Als Kusserow am 20. September den Erlaß empfing, welcher ihn nach Washington versetzte, befand sich Graf von der Goltz mit dem zweiten Botschaftssekretär v. Radowitz, welcher an die Stelle des nach dem Haag versetzten Grafen Hatzfeldt getreten war, noch am Hoflager Kaiser Napoleons in Biarritz. Kusserow bat um die Erlaubnis, sich dort von seinem Chef zu verabschieden und erhielt dieselbe unter der Bedingung, daß er bereit sei, nach einem Aufenthalt von 24 Stunden mit wichtigen Depeschen von Biarritz über Paris ohne Aufenthalt daselbst direkt nach Berlin zu reisen. Mit den besagten Depeschen von Biarritz am Morgen des 27. September in Paris angekommen, fuhr Kusserow zur Vervollständigung seines Gepäcks für Berlin nach seiner Wohnung und von da nach dem Nordbahnhof, wo er sich inzwischen durch einen Kanzleiboten der Botschaft ein Coupé nach Köln bestellen ließ. Der Stationschef geleitete Herrn v. Kusserow persönlich an das Coupé, ohne daß eine Coupirung des Fahrbillets stattfand. Von der Nachtreise ermüdet, schlief Kusserow bald ein, um zu seinem Schrecken in Lille zu erwachen. Es ergab sich, daß der Stationschef in Paris ihm irrtümlicher Weise ein Coupé in dem Zuge nach Calais angewiesen hatte, welcher unmittelbar vor dem Kölner Zuge stand. Infolge des hierdurch verschuldeten Umwegs über Brüssel langte Kusserow statt am Morgen erst am Nachmittage des 28. September in Berlin an, wo er sich sofort bei dem Grafen Bismarck, der einem Ministerrat präsidirte, zur persönlichen Uebergabe der Depeschen anmelden ließ. Der Minister kam persönlich aus der Sitzung, um die Depeschen in Empfang zu nehmen und redete Kusserow mit den Worten an: „Eigentlich waren Sie mir ja schon zu heute

früh von Graf Goltz angemeldet." Als Kusserow die Verspätung zu erläutern anfing, sagte Graf Bismarck lächelnd: „Es thut nichts, es ist mir auch so ganz recht." Hieran fügte er einige wohlwollende Abschiedsworte an Kusserow im Hinblick auf dessen bevorstehende Abreise nach Washington und seine eigene nach Biarritz. Hinterher erfuhr Kusserow, daß es dem Minister auf Grund früherer Vorgänge nur lieb gewesen sein konnte, noch nicht im Besitz der fraglichen Berichterstattung des Grafen Goltz gewesen zu sein, als er am Morgen des 28. September Seiner Majestät dem Könige vor dessen Abreise nach Baden noch am Bahnhofe Vortrag zu erstatten hatte. Der Kanzler konnte vermuten, daß der Goltzsche Bericht sich nicht ganz mit seinen Absichten für die Reise nach Biarritz decken möchte, zu welcher Graf Bismarck nicht ohne weiteres die Allerhöchste Genehmigung erhalten hatte, und welche der Botschafter vielleicht ungern sah.

Als Kusserow Mitte Oktober von Berlin wieder in Paris eintraf, um sich dort zu verabschieden und seine Reise über London nach Washington vorzubereiten, befand sich Graf Bismarck schon in Biarritz, Graf Goltz dagegen wieder in Paris. Während seines Aufenthalts in London hatte Kusserow den Vorzug, sich von den dort gerade zum Besuch der Königin Viktoria weilenden Kronprinzlichen Herrschaften verabschieden zu dürfen. Mitte November landete er in New York.

Zunächst machte Kusserow dort die betrübende Wahrnehmung, in welchem Maße der Nationalfehler der Deutschen, sich im Auslande als Ausländer zu geriren und die Zugehörigkeit zum deutschen Vaterlande um äußerer Vorteile willen zu verleugnen, auch in den Vereinigten Staaten, besonders in den großen Städten des Ostens verbreitet war. Mit Entrüstung erzählt er zum Beispiel, wie ein wohlhabender Hannoveraner, an welchen er empfohlen war, und der in New York, wie man sich auszudrücken pflegt, ein großes Haus ausmachte, ihn mit seinen erwachsenen Söhnen und Töchtern bekannt machte, nachdem er ihn zuvor um Entschuldigung gebeten, daß diese ganze jüngere Generation der deutschen Sprache absolut nicht mächtig sei. Die Verbannung der Muttersprache aus seinem Hause habe er nach der von ihm selbst vor Jahren gemachten Erfahrung für das einzige Mittel halten müssen, um seinen Kindern schnellstens die sozialen Vorzüge des Amerikanertums zu sichern. Um so mehr konnte sich Kusserow des Umschwungs erfreuen, der in dieser Beziehung nach den preußischen Siegen von 1866 eintrat. Das Wort „Dutchman" als Schimpfwort für die Deutschen machte dem Wort „German" ein für allemal Platz.

Die preußische Gesandtschaft in den Vereinigten Staaten erfreute sich damals einer ganz besonderen Beliebtheit in den amtlichen und politischen Kreisen Washingtons; denn seit Ausbruch des Bürgerkrieges hatte Preußen im Unterschied von den meisten anderen Mächten sich moralisch auf die Seite der für

die Integrität der Union und für die Beseitigung der Sklaverei kämpfenden Nordstaaten gestellt, und viele ehemalige deutsche Offiziere hatten unter Grant, Sherman, Mac-C'lellan und Sheridan gekämpft und ihr Blut vergossen.

Nicht nur die inneren Fragen, welche die amerikanische Union bewegte, sondern auch die gespannten Beziehungen derselben zu Frankreich infolge der kriegerischen Expedition dieser Macht nach Mexiko zur gewaltsamen Errichtung des Kaiserreichs daselbst unter Maximilian von Oesterreich hatten dem Posten in Washington eine größere politische Bedeutung verliehen.

Als ein Beweis dafür, welch unbedingtes Vertrauen Kusserow in die Bismarckische Politik setzte, verdienen hier zwei Vorgänge aus dem Juli 1866 Erwähnung. Als er am 19. Juli eine Reise nach dem Norden der Vereinigten Staaten anzutreten im Begriff stand und sich dem französischen Gesandtschaftsgebäude näherte, um sich von dem Marquis de Montholon zu verabschieden, winkte ihm dieser schon von seinem Balkon aus zu und empfing ihn persönlich an der Hausthür, um ihm die eben eingelaufene, wie er meinte für beide Nationen so erfreuliche Nachricht von dem Sieg der Preußen bei Sadowa mitzuteilen. Nachdem Kusserow für den Glückwunsch gedankt, ließ er die Frage einfließen, warum er, der französische Gesandte, die Freude der Preußen in dem bekundeten Maße teile. Die Antwort des Marquis lautete: „mais c'est à la fois une grande victoire militaire de la Prusse et un grand triomphe diplomatique pour la France“, und der Gesandte hielt sich für überzeugt, daß Frankreich für seine wohlwollende Neutralität mindestens Landau, Mainz und Luxemburg erhalten würde. Kusserow zerstörte diese freudige Aufwallung des französischen Diplomaten durch die bestimmte Antwort: „Da müßte ich Bismarck schlecht kennen, wenn Frankreich auch nur einen Fuß breit deutschen Landes erhielte.“

Auf seiner Reise nach Norden Ende Juli in Niagara angelangt, entfaltete Kusserow die neuesten Tageszeitungen erst, als er, auf einem Felsen mitten zwischen den Fällen sitzend, dieses überwältigende Schauspiel der Natur betrachtet hatte. Noch mehr aber überwältigte ihn die Thatsache, daß die in den Zeitungen stehende erste direkte Kabeldepesche von Europa nach New York die Bestimmungen des Präliminarfriedens von Nikolsburg enthielten. Als ihn einer seiner preußischen Kollegen bald darauf fragte, ob er es für möglich halte, daß Preußen wirklich im Frieden mit den deutschen Südstaaten und mit Oesterreich sich keinen territorialen Zuwachs gesichert haben sollte, antwortete er ohne Zögern: „Wenn Bismarck dies unterlassen hat, so wird er sich der Südstaaten durch geheime Verträge für den Kriegsfall mit Frankreich versichert haben, und mit Oesterreich wird er bald ein freundschaftliches Verhältnis erstreben und erreichen.“ Im Jahre 1870 hat ihn dieser Kollege wegen seiner damaligen Voraussicht, was die Südstaaten anbelangt, beglückwünscht. Und auch in betreff Oesterreichs ist dieselbe durch die Geschichte bestätigt worden.

Nachdem Legationsrat v. Grabow den neu geschaffenen Posten eines Berufs-Generalkonsuls des Norddeutschen Bundes in New York erhalten hatte, wurde Kusserow am 24. Januar 1867 zum etatsmäßigen Legationssekretär in Washington ernannt.

Anfang des Jahres 1867 war der von den Franzosen verlassene Kaiser Maximilian von Mexiko nach der Eroberung der Festung Queretaro von den Juaristen eingeschlossen und erhielt auf Wunsch der österreichischen Regierung die norddeutsche Gesandtschaft den telegraphischen Auftrag des Grafen Bismarck, im Einvernehmen mit der österreichischen Gesandtschaft alle Schritte der letzteren bei dem Kabinet von Washington zum Zweck der Errettung des unglücklichen Kaisers mit ihrem Einfluß zu unterstützen. In Abwesenheit des Gesandten, Freiherrn von Gerolt, begab sich Kusserow unverzüglich zu dem österreichischen Gesandten, um sich ihm im Sinne des telegraphischen Auftrags zur Verfügung zu stellen und ihn zu befragen, welche Schritte er gethan habe, sowie ob und in welcher Weise die norddeutsche Gesandtschaft am zweckmäßigsten bei dem Staatssekretär Seward ihren Einfluß geltend machen könne. Kusserow fügte hinzu, daß er eventuell seinen Chef telegraphisch bitten würde, beschleunigt nach Washington zurückzukehren, um selbst die Angelegenheit zu betreiben. Der österreichische Gesandte wies aber die angebotene Unterstützung als nicht erforderlich und nach Lage der von ihm gethanenen Schritte als sogar nachteilig zurück, ohne sich über die Schritte selbst irgendwie äußern zu wollen. Nach einigen Tagen lief aus Berlin ein schriftlicher Erlaß, welcher den telegraphischen Auftrag bestätigte und ergänzte, in Washington ein. Kusserow verfügte sich abermals zu dem österreichischen Gesandten und erhielt die gleiche Antwort. Er erwiderte demselben, daß er nur in zwei Fällen sich die Ablehnung würde erklären können. Entweder habe der Gesandte bereits von dem Washingtoner Kabinet die bestimmte Zusage erhalten, daß die Regierung der Vereinigten Staaten ihren ganzen Einfluß in Mexiko zu Gunsten der Infreiheitsetzung Kaiser Maximilians ausüben werde, oder es seien die Mittel für die Befreiung des Kaisers durch ein den Verhältnissen entsprechendes Lösegeld mit voller Sicherheit des Erfolgs angebahnt. Träfe keine dieser Hypothesen zu, so würde die Ablehnung der von der österreichischen Regierung selbst gewünschten und seitens der Regierung Seiner Majestät des Königs bereitwillig zugesagten diplomatischen Unterstützung doch wohl vom Uebel sein. Da der Gesandte nichtsdestoweniger auf seinem Standpunkt beharrte, ohne sich über den Charakter der von ihm gethanen Schritte näher zu äußern, sagte ihm Kusserow: „Sie sehen also Schritte, die wir im Anschluß an die Ihrigen etwa bei der amerikanischen Regierung thun würden, als gewissermaßen nur das fünfte Rad am Wagen, oder gar wie eine mögliche Erschwerung des Erfolgs an? Ich muß Sie bitten, zur Deckung der Verantwortlichkeit der norddeutschen Gesandtschaft mir diese Frage positiv zu bejahen.“ Nachdem der Gesandte

diese Bejahung bündig ausgesprochen hatte, empfahl sich Kusserow und unterbreitete seinem nach einigen Tagen zurückkehrenden Chef den Bericht über diese Vorgänge, welcher alsbald seinen Weg nach Berlin und anscheinend auch nach Wien gefunden hat. Der bald hierauf eingehenden Nachricht von der Erschießung des unglücklichen Kaisers Maximilian, der den Tod der Flucht vorzog, folgte in nicht langer Zeit die Abberufung des österreichischen Gesandten. Der letztere entstammte einer nach Oesterreich ausgewanderten Familie Westfalens.

Im Jahre 1867 trieb die Luxemburger Frage ihre Wellen auch an die nordamerikanische Küste. In Abwesenheit des Gesandten Freiherrn von Gerolt von Washington kam Kusserow in die Lage, durch die rechtzeitige Feststellung und telegraphische Meldung von erheblichen Einkäufen amerikanischer Hinterlader und einiger größerer und kleinerer Kriegsschiffe seitens der französischen Regierung der Politik des Grafen Bismarck einen von demselben durch besonderen Erlaß anerkannten Dienst zu leisten, dessen Wert mindestens in der Vermehrung des Beweismaterials dafür lag, daß Napoleon III. ernstlich zum Kriege rüstete.

Um jene Zeit hatte Kusserow die Genugthuung, ein Dankschreiben des preußischen Marineministeriums für das durch Berichte über neue amerikanische Schiffsbauten von ihm bekundete — seitdem bekanntlich bei jeder Gelegenheit bethätigte — lebhafte Interesse für unsere Kriegsflotte zu erhalten.

Der Aufenthalt in den Vereinigten Staaten übte einen besonderen Einfluß auf die Ansichten Kusserows über nationale Handelspolitik aus. Durch seine wissenschaftliche Vorbildung und durch den Verkehr sowohl in liberalen wie in konservativen landwirtschaftlichen Kreisen, welche bei uns bekanntlich früher fast ausnahmslos der freihändlerischen Richtung angehörten, war er als eingeschworener Freihändler nach den Vereinigten Staaten gegangen. Eine gründliche Umwandlung erfuhr er aber gerade in dieser Beziehung unter dem mächtigen Eindruck des riesenhaften Aufschwungs der nationalen Arbeit in den Vereinigten Staaten unter der Herrschaft hoher Schutzzölle und dank dem die amerikanische Industrie kräftig unterstützenden Patent- und Musterschutz. Kusserow entwarf und unterbreitete dem Königlichen Gesandten manchen Bericht, welcher diese Einrichtungen dem Kanzler des Norddeutschen Bundes zur Erwägung für die heimatliche Gesetzgebung empfahl. Wie er sich aber später in Berlin zu überzeugen die Gelegenheit hatte, erwiesen sich solche Empfehlungen bei uns noch für einige Jahre als unfruchtbar, bis erst allmählich in die Festung des im Bundeskanzler-Amt herrschenden radikalen Freihandelssystems Bresche gelegt werden konnte.

Im Frühjahr 1868 hatte ein Pistolenduell zwischen Kusserow und einem amerikanischen General, der die Stellung als Gesandter der Vereinigten Staaten in Zentralamerika bekleidete und sich auf Urlaub in Washington befand, zur Folge, daß der letztere, wie es nach den dortigen Gesetzen unvermeidlich war,

von seiner Regierung durch Dienstentlassung bestraft, und daß hierdurch die Versetzung Kusserows unvermeidlich wurde. Während die hierüber gepflogene amtliche Korrespondenz noch schwebte, unternahm Kusserow mit Zustimmung seines Chefs eine Reise nach dem Westen der Vereinigten Staaten. Zunächst fuhr er nach Chicago, um der daselbst unter dem Vorsitz des ihm aus Washington bekannten und befreundeten Senators Karl Schurz tagenden Konvention der republikanischen Partei zur sogenannten Nomination des Präsidentschaftskandidaten dieser Partei beizuwohnen. Nominirt wurde der später zum Präsidenten gewählte General Grant. Mit Empfehlungen von Karl Schurz fuhr Kusserow alsdann weiter nach Westen und konnte auf der im Bau begriffenen ersten Central-Pacificbahn nicht nur bis nach Chayenne gelangen, sondern von dort aus noch einige Tage die Konstruktionsarbeiten bis über das Felsengebirge hinaus beobachten. Nach Chayenne zurückgekehrt, fuhr er mit der Overland-Mail durch die Prairien südlich nach Denver-City, der damals erst 8—9000, jetzt nahe an 250 000 Einwohner zählenden Hauptstadt von Colorado, und von dort aus mit dem damaligen Marquis, jetzt Prince de Broglie, Enkel der Madame de Staël, den er in Washington kennen gelernt und in Chicago angetroffen hatte, auf amerikanischem Buggy in die Gold- und Silberminendistrikte von Georgetown. Unter Führung von einigen im Bergfach beschäftigten deutschen Landsleuten bestieg er den Mount Mac-Clellan. Nach Denver zurückgekehrt, bot sich ihm das interessante Schauspiel eines großen Feldlagers der unter Ausnützung eines Waffenstillstands zu Ankäufen von Munition und Provisionen dort vereinigten Indianerstämme der Sioux. Nur dank diesem Waffenstillstand war es ihm möglich, ungefährdet zu Wagen durch die Prairien auf dem Wege nach St. Louis bis zu einem befestigten Lager amerikanischer Kavallerie zu gelangen, wo ihm durch die Liebenswürdigkeit einiger Offiziere die Gelegenheit zur Teilnahme an einer Büffeljagd geboten wurde. In St. Louis traf er wieder mit Karl Schurz zusammen, der damals dort wohnte und die beste deutsche Zeitung, die „Westliche Post“ herausgab. Hier erreichte ihn auch ein amtliches Telegramm, welches ihm ankündigte, daß Graf Bismarck ihn zum zweiten Botschaftssekretär in London ernannt hatte. Diesen Posten trat er jedoch nicht an, weil er nach seiner im August erfolgten Rückkehr in die Heimat sich verlobte und den Wunsch hegte, seine Ehe in der Heimat zu begründen. Auf seinen Antrag, vorläufig in Berlin beschäftigt zu werden, übertrug ihm Bismarck das diplomatische Decernat im Bundeskanzler-Amt.

VIII. Hilfsarbeiter im Bundeskanzler-Amt.

Herbst 1868 bis Juli 1870.

Um jene Zeit lag, außer für die inneren Fragen des Norddeutschen Bundes, auch der Schwerpunkt der norddeutschen Handelspolitik und aller damit zusammen-

hängenden Fragen im Bundeskanzler-Amt unter der Leitung des Präsidenten dieser Behörde, Wirklichen Geheimen Rats Delbrück. So kam es, daß ein großer Teil der bis dahin in der handelspolitischen Abteilung des preußischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten bearbeiteten diplomatischen Fragen damals im Bundeskanzler-Amt ihre Erledigung fand. Hierzu gehörte insbesondere die Wahrnehmung der deutschen Handelsinteressen über See, und wurde Kusserow speziell Referent für diese Angelegenheiten. In dieser Thätigkeit im Bundeskanzler-Amt war es ihm im Jahre 1869 zum ersten Male vergönnt, die Feder in einer Frage zu führen, welche nur durch das Eingreifen deutscher Kriegsschiffe zu einem befriedigenden Abschluß gebracht werden konnte. Es handelte sich um die Erledigung verschleppter Reklamationen der norddeutschen Vertretung in Carácas gegen die Regierung von Venezuela.

Kurz vor Ausbruch des deutsch-französischen Krieges befand sich Kusserow gerade zur Kur in Karlsbad. Obwohl er unmittelbar nach der ersten Nachricht über die Wahrscheinlichkeit des Kriegsausbruchs nach Berlin eilte, kam seine Bewerbung um Verwendung in der Kriegskanzlei des Bundeskanzlers zu spät, um noch berücksichtigt werden zu können. Da meldete er sich am 22. Juli zum Dienst bei den Johannitern, obwohl er im Frieden diesem Orden nicht angehört hatte. Doch schon am 24. desselben Monats wurde er zur Vertretung des zu den Fahnen einberufenen Botschaftsrats v. Krause zu der Botschaft nach London entsandt. Da alle Reiserouten durch Militärzüge in Anspruch genommen waren, mußte Kusserow von Hamburg aus sich auf einem kleinen Hamburger Dampfer nach Hull einschiffen. Die Besorgnis, unterwegs französischen Kriegsschiffen zu begegnen, erfüllte sich nicht, was um so erfreulicher war, da Kusserow wichtige Depeschen mitgegeben waren, die er schlimmstenfalls hätte ins Meer versenken müssen.

IX. An der preußischen Botschaft in London.

Juli 1870.

Zu den vielen in London auf Kusserow ruhenden Arbeiten gehörte die Entwerfung der bekannten Neutralitätsdepeschen, welche der Botschafter Graf Bernstorff an Lord Granville richtete, um der großbritannischen Regierung vorzustellen, wie die massenweise Zufuhr von Kriegsbedarf aus England nach Frankreich mit einer strikten Neutralität nicht vereinbar sei. Es ist erinnerlich, daß diese Vorstellungen, für welche Kusserow sich die thatsächlichen Unterlagen durch genaue Feststellung aller abgehenden Lieferungen zu verschaffen verstand, erfolglos blieben und endlich sogar ganz aufgegeben werden mußten, als der englischen Regierung durch ihren Gesandten in Washington bekannt wurde, daß unser Auswärtiges Amt, angesichts einer noch in Kraft bestehenden Bestimmung des Vertrages zwischen Preußen und den Vereinigten Staaten von Amerika von 1828, außer stande war, gegen die Zufuhr von Kriegsbedarf aus Nord-

amerika und zwar auch aus den Regierungsarsenalen, nach Frankreich mit Aussicht auf Erfolg zu remonstriren. Wie wir später sehen werden, ist Kusserow durch diese Erfahrung bald nach dem Kriege zu einer das Seerecht in Kriegszeiten näher behandelnden Veröffentlichung „Les devoirs d'un gouvernement neutre“ veranlaßt worden, welche auch heute noch von aktueller Bedeutung ist.

Bei dem großen Einfluß, welchen die Presse in England auf die öffentliche Meinung und durch diese auf Regierung und Parlament ausübt, war es unerläßlich, zu den hervorragendsten Journalen der englischen Hauptstadt in Fühlung zu treten. Besonders schwierig gestaltete sich diese Aufgabe, als nach dem Sturz des Kaiserreichs die Neigung der Neutralen wuchs, aus angeblichen Humanitätsrücksichten sich in den Gang der Kriegsereignisse einzumischen und Deutschland nicht in den vollen Genuß der in blutigem Ringen geernteten Früchte gelangen zu lassen. Im Auftrage des Botschafters unterzog sich Kusserow dieser schwierigen Aufgabe, ohne daß ihm hierfür irgend welche andere Hilfsmittel zur Verfügung gestellt worden wären, als die Verwertung positiver Kriegsdepeschen aus dem deutschen Hauptquartier, die unverzüglich veröffentlichen zu können von jedem Leiter einer Zeitung als ein Vorzug angesehen werden durfte. Da die englischen Redakteure ihre Leitartikel für die Morgenblätter in der Nacht zuvor zu schreiben pflegten, so verbrachte Kusserow in vielen Nächten manche Stunden bald auf diesem, bald auf jenem Redaktionsbureau, und waren viele deutschfreundliche Leitartikel auf seine dortigen Unterhaltungen zurückzuführen.

Als wertvollste Gegengabe wurde ihm am Morgen des 25. August 1870 von dem ihm seit Jahren befreundeten Eigentümer eines der angesehensten Londoner Journale eine Nachricht zu teil, die dieser gerade von seinem Kriegskorrespondenten in Frankreich, einem zuverlässigen englischen Offizier, erhalten hatte. Es war die telegraphische Mitteilung von dem Flankenmarsch Mac Mahons von Chalons nach der belgischen Grenze, mit dem Plan, die in Metz eingeschlossene Armee Bazaines zu entsetzen. Diese für die deutsche Kriegsführung so überaus wichtige Nachricht überbrachte Kusserow spornstreichs dem Militär-Attaché bei der Botschaft, dem damaligen Major, späteren General der Artillerie v. Roerdanz. Kusserow erinnert sich noch lebhaft, wie dieser, die Karte des Kriegsschauplatzes vor sich, die damaligen Stellungen der verschiedenen Heereskörper der deutschen und französischen Armeen erwägend, mit dem Zirkel in der Hand die fast unausführbar erscheinenden Geschwindmärsche berechnete, deren es für die deutschen Armeecorps bedürfen würde, um Mac Mahon den Weg zu verlegen. Auf Grund der Mitteilungen Kusserows redigirte Roerdanz ein Telegramm, welches entweder unter seinem Namen oder unter demjenigen des Botschafters unverzüglich nach dem deutschen Hauptquartier abgefertigt wurde. Dies ist die historische Londoner Depesche, von welcher Feldmarschall Graf Moltke in seiner Geschichte des deutsch-französischen Krieges (S. 69—71) schreibt:

„Im Großen Hauptquartier zu Bar-le-Duc ging an diesem Tage (25. August 1870) ein Telegramm aus Paris über London ein. Es besagte, daß Mac Mahon bei Reims stehe, er suche Vereinigung mit Bazaine zu gewinnen.“ Diese Nachricht wurde noch durch andere Mitteilungen vom selben Tage als richtig bestätigt, auch lautete ein Telegramm über London aus dem Pariser „Temps“ dahin, „daß Mac Mahon plötzlich den Entschluß gefaßt habe, Bazaine zu Hilfe zu eilen, obwohl ein Aufgeben der Straße nach Paris die Sicherheit Frankreichs gefährde“.

„Noch abends wurde der Rechtsabmarsch vom Könige genehmigt, und gingen in der Nacht die Befehle direkt an die betreffenden Armeecorps ab.“

Bald nach der Schlacht von Sedan und dem Sturz des Kaiserreichs hatte Thiers seine Rundreise zu den neutralen Höfen angetreten, um dieselben zu einer Intervention zu Gunsten Frankreichs zu bereden. Sein Weg führte ihn zunächst nach London. Im Zusammenhang mit diesen Demarchen erhielt Kusserow auf der Botschaft, in Abwesenheit des Grafen Bernstorff, den Besuch Lord Granvilles, der ihn fragte, ob und unter welchen Bedingungen er eine Friedensvermittlung Englands für möglich halte. Kusserow antwortete dem Minister ohne Zögern, eine Instruktion des Grafen Bismarck für eine solche Eventualität habe die Botschaft bisher nicht erhalten; er nehme aber keinen Anstand, seine Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß von Friedens- oder auch nur von Waffenstillstandsverhandlungen so lange keine Rede sein könne, als die jetzige Regierung in Paris bei dem jüngst von Herrn Jules Favre in seinem Zirkular vom 6. September ausgesprochenen Satz festhielte: „Wir werden weder einen Zoll unseres Territoriums noch einen Stein unserer Festungen cediren.“ Hierauf entfernte sich Lord Granville sichtlich enttäuscht, kehrte aber schon nach etwa zehn Minuten zurück, um an Kusserow die Frage zu richten, ob seine Antwort von vorhin wirklich keiner Modifikation fähig sei. Kusserow erwiderte: „Nach unseren bisherigen Informationen und nach meiner Kenntnis der Bismarckschen Politik kann ich meine Versicherung nur wiederholen, daß unter den von mir bezeichneten Umständen jeder Vermittlungsversuch ein vergeblicher bleiben müßte.“ Ueber die Stellung des Grafen Bismarck gegenüber den damaligen Einmischungsversuchen einiger neutraler Regierungen giebt folgende Note Lord Granvilles an Graf Bernstorff vom 14. September 1870 (englisches Blaubuch) Aufschluß.

Herr Botschafter!

Während Ew. Excellenz von London abwesend war, überreichte mir Herr v. Kusserow gestern nachmittag die vom Grafen Bismarck auf Ew. Excellenz Telegramm vom 10. d. M. eingetroffene Antwort. Die Antwort war in folgenden Ausdrücken abgefaßt:

„Welche Bürgschaft kann man uns bieten, daß Frankreich, ja für den

Augenblick nur die Truppen in Metz und Straßburg, die Vereinbarungen anerkennen werden, die man mit der gegenwärtigen Pariser Regierung oder einer von denjenigen, die ihr höchstwahrscheinlich folgen werden, treffen könnte?"

Lord Granville sagt dann, daß er diese Antwort unverzüglich durch den englischen Botschafter in Paris zur Kenntnis des Herrn Jules Favre habe bringen lassen.

Die Korrektheit des von Kusserow in seiner obigen Unterredung mit Lord Granville eingenommenen Standpunkts wurde sodann aber besonders durch den Inhalt der von dem Bundeskanzler an die diplomatischen Vertreter des Norddeutschen Bundes bei den neutralen Mächten aus Meaux den 16. September 1870 (Nr. 4106 der Aktenstücke des Staatsarchivs von Aegidi und Klauhold, 19. Band) gerichteten Depesche vollends bestätigt. Diese Instruktion beginnt mit dem Satz:

„Ew. . . . . . ist das Schriftstück bekannt, welches Herr Jules Favre im Namen der jetzigen Machthaber in Paris, welche sich selbst das Gouvernement de la défense nationale nennen, an die Vertreter Frankreichs im Auslande gerichtet hat. Gleichzeitig ist es zu meiner Kenntnis gekommen, daß Herr Thiers eine vertrauliche Mission an einige auswärtige Höfe übernommen hat, und ich darf voraussetzen, daß er es sich zur Aufgabe machen wird, einerseits Glauben an die Friedensliebe der jetzigen Pariser Regierung zu erwecken, andererseits die Intervention der neutralen Mächte zu Gunsten eines Friedens zu erbitten, welcher Deutschland der Früchte seines Sieges berauben und jeder Friedensbasis, welche eine Erschwerung des nächsten französischen Angriffs auf Deutschland enthalten könnte, vorbeugen sollte.

Die Zumutung, daß wir jetzt einen Waffenstillstand ohne jede Sicherheit für unsere Friedensbedingungen abschließen sollten, konnte nur dann ernsthaft gemeint sein, wenn man bei uns Mangel an militärischem und politischem Urteil oder Gleichgültigkeit gegen die Interessen Deutschlands voraussetzt."

Ein anderer interessanter Vorgang aus der Thätigkeit Kusserows in London war eine Besprechung mit dem zur Armee des Marschall Bazaine gehörenden General Boyer, welcher bekanntlich nach seiner Unterredung mit Graf Bismarck am 14. Oktober in Versailles von dort nach England reiste, um mit der Kaiserin Eugenie die Bedingungen festzusetzen, unter welchen versucht werden könnte, mit der Regierung König Wilhelms über den freien Abzug der Armee Bazaines aus Metz zu verhandeln. Bald nach seiner Ankunft in London und nachdem er zweifelsohne zuvor die Kaiserin Eugenie gesehen hatte, suchte General Boyer, da der Botschafter auf einige Tage von London abwesend war, Herrn v. Kusserow auf und schilderte ihm die Vorteile, welche es für Deutschland bieten würde, mit einer zum Frieden geneigten Regierung zu verhandeln. Die Armee Bazaines würde bei freiem Abzug im Namen der Kaiserin-Regentin nach dem Innern Frankeichs auf Paris rücken, die Regentschaft würde erneut

die gesetzgebenden Körper berufen, und diese würden den von der Regentschaft geschlossenen Frieden sanktioniren. Um seinerseits vor allem festzustellen, welche Bedingungen eventuell Bazaine beziehungsweise die Regentin für den Friedensschluß annehmen würde, und welchen Grad von Zuverlässigkeit die Eröffnungen und Zusicherungen des Generals Boyer etwa verdienten, legte Kusserow diesem die zwiefache Frage vor, ob er glaube, daß Bazaine beziehungsweise die Kaiserin Eugenie eine Landabtretung zugestehen würde, und ob General Boyer sich wenigstens persönlich mit seinem Ehrenwort als Offizier und Gentleman dafür verbürgen könnte, daß die Armee Bazaines, wenn sie einer Armee der Regierung der Nationalverteidigung auf dem Wege nach Paris begegnen sollte, unter keinen Umständen mit dieser fraternisiren würde, um gemeinsam gegen die deutschen Heere Front zu machen. Als General Boyer diese beiden Fragen zu bejahen Anstand nahm, brach Kusserow die Unterhaltung ab. Die hierüber unverzüglich an das Hauptquartier gerichtete telegraphische Meldung war jedenfalls nicht geeignet, die Verhandlungen mit Bazaine in die Länge zu ziehen. Tags darauf erhielt Kusserow ein Billet der Kaiserin Eugenie unter dem Namen Gräfin Pierrefonds, mit der Anfrage, wann Graf Bernstorff voraussichtlich zurückkehren werde. Er antwortete der Kaiserin, daß dies bald der Fall sein werde, und benachrichtigte den Botschafter. Dieser billigte bei seiner Rückkehr in vollem Maße die in seinem Namen an Graf Bismarck gemeldete Unterhaltung Kusserows mit General Boyer und entsprach, inzwischen mit näheren Instruktionen von dem Kanzler versehen, dem Wunsch der Kaiserin Eugenie um eine Unterredung. Nachdem er den Verlauf derselben dem Kanzler telegraphisch gemeldet hatte, machte dieser den Verhandlungen mit Bazaine durch seine Schreiben an den Marschall und an den Prinzen Friedrich Karl von Preußen vom 24. Oktober 1870 ein rasches Ende. Am 27. desselben Monats erfolgte die Kapitulation von Metz.

Die Mitteilungen Kusserows über seine Thätigkeit in London bestätigen den Eindruck, welchen man aus dem bereits veröffentlichten Schriftwechsel zwischen Bismarck und Bernstorff gewinnen muß, daß der letztere, im Unterschiede von Graf Goltz, neidlos und voller Bewunderung die Erfolge des großen Kanzlers begrüßte und stets aus innerster Ueberzeugung bemüht war, im Sinne Bismarcks zu wirken. Bei einem längeren, diese Erfolge beleuchtenden Gespräch mit Kusserow machte Graf Bernstorff folgende, ihn selbst ehrende freimütige Aeußerung:

„Bei der Popularität, deren mein Ministerium sich seinerzeit in Deutschland zu erfreuen hatte, hätte es ja auch mir, und möglicherweise leichter als Bismarck, der mit so vielen Vorurteilen zu kämpfen hatte, gelingen können, die deutsche Frage zu lösen. Ich muß aber offen gestehen, daß mir hierzu der hohe Grad von Verantwortlichkeitsmut gefehlt hat, der Bismarck auszeichnet."

X. Eintritt in die parlamentarische Carriere.

Frühjahr 1871.

Während eines ihm aus Familienursachen erteilten kurzen Urlaubs in die Heimat trat an Kusserow die Frage heran, ob er sich nicht, angesichts der in Aussicht stehenden Wahlen zum ersten Deutschen Reichstag, um ein Mandat bewerben wolle.

Es bot sich hierzu eine Aussicht im Wahlkreise Elberfeld-Barmen, wo es sich darum handelte, einen geeigneten Kandidaten zu finden, um den bisherigen Abgeordneten im Norddeutschen Reichstag, den bekannten sozialdemokratischen Führer Dr. v. Schweitzer, aus dem Felde zu schlagen. Als Kusserow bei seinem Chef die Erlaubnis zu seiner Bewerbung um das Mandat beziehungsweise den zur Betreibung seiner Wahl erforderlichen Urlaub nachsuchte, äußerte sich Graf Bismarck zu seiner Umgebung, unter anderen zu Geheimrat Bucher:

„Ich halte Kusserow für sehr befähigt; er hat Kenntnisse und eigene Ansichten; bei seinem unabhängigen Charakter und der Bestimmtheit, mit welcher er seine Meinung vertritt, wird er voraussichtlich bei älteren Leuten, die sich von jüngeren nicht gern belehren lassen, mitunter anstoßen."

Ueber den Wahlkampf in Elberfeld-Barmen entnehmen wir folgende Einzelheiten einer die Reichstagswahl daselbst behandelnden Broschüre, welche in Elberfeld im März 1871 erschien, sowie der „Elberfelder Zeitung" der damaligen Tage. Bei der numerischen Stärke der Sozialdemokraten konnte der Sieg gegen dieselben nur von einem Kompromiß der andern Parteien erhofft werden. Der nationalliberale Wahlverein übernahm die Vermittlung dieses Kompromisses. Nachdem verschiedene ältere Parlamentarier, wie Herr v. Forckenbeck, sich nicht hatten binden wollen, eine auf sie in diesem Kreise fallende Wahl unter allen Umständen anzunehmen, einigten sich nach längeren Unterhandlungen die Vertrauensmänner der Nationalliberalen, Altliberalen, Freikonservativen und Konservativen über die Kandidatur Kusserows, der von namhaften Vorstandsmitgliedern dieser Parteien warm empfohlen war. Unter andern äußerte sich Dr. Friedrich Kapp in einem Telegramm aus Berlin:

„Bin nach langjähriger Bekanntschaft mit v. Kusserow in Amerika und hier fest überzeugt, daß er für freisinnige Entwicklung deutscher Verfassung mit voller Unabhängigkeit eintreten wird. Er ist durchaus zuverlässig und thut eher mehr, als er verspricht."

Bei einem kurzen Besuch zu Anfang Februar gelang es Kusserow, sich bei einer größeren Anzahl maßgebender Persönlichkeiten der vorgenannten Parteien Sympathien zu erwerben. Die Fortschrittspartei behielt sich noch freie Hand vor, und die den Namen „Christlich-soziale Partei" führenden extremen Katholiken (Ultramontane) stellten in der Person des Dr. Lieber aus Kamberg ihren eigenen Kandidaten auf. Auf Einladung der Kompromißparteien zur Kandidatenrede traf Kusserow von London aus am 23. Februar in Elberfeld ein, wo er sich

zunächst einer größeren Versammlung dortiger konservativer und liberaler Wähler vorstellte und von denselben als Kandidat proklamirt wurde. Am 24. Februar hielt er in Barmen vor einer großen Wählerversammlung, auf welcher auch die Fortschrittspartei erschien, seine Hauptwahlrede, aus welcher wir einzelne Stellen für erwähnenswert halten, weil sie beweisen, in welchem Maße Kusserow, neben der Selbständigkeit seiner Anschauungen und Gesinnungen, in den Hauptfragen von echt Bismarckscher Politik durchdrungen war.

Vor allem erklärte Kusserow, daß er keiner der vielen Parteien, welche sich in den letzten Jahren im Norden und Süden gebildet hätten, beitreten wolle. Er gedenke vielmehr, sich an der Begründung einer neuen Mittelpartei zu beteiligen, welche er für berufen halte, einen großen Teil der den neuen Verhältnissen nicht mehr entsprechenden Parteien in sich zu vereinigen.

Auf die Aufgaben des Deutschen Reichstags übergehend, nahm er zunächst gegenüber den vielfach zu Tage getretenen unitarischen Bestrebungen Stellung. In dieser Beziehung äußerte er sich folgendermaßen:

„Daß unser Deutsches Reich kein Einheitsstaat geworden ist, darüber besteht wohl kein Zweifel. Ob dies wünschenswert gewesen wäre oder sein würde, darüber laufen die Ansichten so diametral auseinander, daß sogar Gefahr vorhanden war, nicht einmal den Bundesstaat für ganz Deutschland zu erringen. Nachdem aber der nationale Gedanke auch in der bayerischen Landesvertretung den Sieg über den Partikularismus davongetragen, wollen wir mit aller Treue und Energie an dem Bundesstaat festhalten und uns durch keinerlei Deuteleien um diese Errungenschaft bringen lassen. Ich würde es für ein Unglück halten, wenn es den Gegnern des Bundesstaates gelänge, durch das Hinwerfen von Schlagworten sofort im Schoße des Deutschen Reichstages Zwiespalt zu stiften. Dies würde aber geschehen, wenn sich diejenigen, welche in ihrem Innern dem Einheitsstaat den Vorzug geben und ihn als ihr Ideal ansehen, dazu verleiten ließen, den Partikularisten gegenüber, welche unser Reich zum Staatenbund stempeln wollen, den Einheitsstaat auf ihre Fahne zu schreiben. Beißen wir auf diesen Zopf nicht an, meine Herren, sondern bleiben wir treu der eben unter harten Kämpfen erreichten bundesstaatlichen Verfassung. Ob dieselbe für die Dauer nicht ausreicht, oder ob sie sich nicht vielmehr als zweckmäßig und der ganzen Richtung unseres Volkes und unserer Zeit entsprechender als der Einheitsstaat erweisen werde, das können wir getrost als eine offene Frage, als eine Frage der ferneren Zukunft behandeln. Eine gewaltsame sofortige Zentralisation und Einrichtung des Einheitsstaates würde sich möglicherweise schwer vertragen mit dem allgemeinen Wunsch nach möglichster Selbstverwaltung."

Kusserow erklärte sich sodann gegen das bei der Debatte über die Reichsverfassung vielfach geäußerte Verlangen nach einem Staatenhause. Er sagte darüber:

„Ich teile dieses Verlangen nicht, weil ein eigentliches Oberhaus, wie es den Antragstellern vorschwebt, eine Institution des Einheitsstaates ist. Auch weiß ich nicht, welche Befugnisse ich dem Oberhaus übertragen sehen möchte, da für die nötige Vorbereitung der Gesetzentwürfe und die nötige Ponderirung der Gewalten und Berücksichtigung der Interessen und Bedürfnisse der einzelnen Staaten und Provinzen der Bundesrat sich nicht nur als vollkommen ausreichend, sondern auch als nützlich erwiesen hat. — Die Bildung eines Staatenhauses würde aber auch aus dem Grunde nicht erwünscht sein, weil wir vor durchgeführter Selbstverwaltung sowohl in Preußen wie in den meisten anderen deutschen Staaten

kaum würden erwarten können, jetzt ein der Gleichberechtigung der nationalen Kräfte der Gegenwart mehr entsprechendes deutsches Oberhaus zu erhalten, als beispielsweise unser preußisches Herrenhaus. Das Hineinschieben eines solchen Oberhauses in unsere Reichsverhältnisse möchte daher kaum im Interesse einer raschen und freisinnigen Entwicklung erwünscht sein."

Desgleichen wandte sich Kusserow gegen das Verlangen nach einem kollegialischen Reichsministerium:

„Diesem Verlangen liegt die in dem Wesen des Verfassungsstaates beruhende Idee der Verantwortlichkeit zu Grunde, einer Verantwortlichkeit, die in der beschränkten Monarchie von der Person des Monarchen getrennt und auf seine ersten Ratgeber übertragen wird. Von mancher Seite wird dieses Verlangen als ein Beweis für einheitsstaatliche Gelüste bezeichnet und als ungerechtfertigt zurückgewiesen. Diesen Grund kann ich nicht gelten lassen; wohl aber frage ich mich, ob es zweckmäßig ist, dem verantwortlichen Reichskanzler gleichberechtigte Kollegen an die Seite zu stellen. In dieser Hinsicht schwebt mir vielmehr eine Gliederung des Bundeskanzler-Amts vor, die mehr dem englischen und amerikanischen Muster der Staatsjekretäre entspricht. Einesteils glaube ich, daß die Verantwortlichkeit in ihrer politischen Bedeutung eine größere ist, wenn sie, statt von vielen, von einem einzigen getragen wird. Denn ist dieselbe bei einem Kollegium gleichberechtigter Minister eine solidarische, so läuft man Gefahr, wie ich dies im Jahre 1860 und 1861 in Holland gesehen habe, binnen kurzer Zeit dreißig Excellenzen zu erleben, was namentlich für die einzelnen Ressorts nicht zuträglich ist. Ist die Verantwortlichkeit eine individuelle, so teilt sich dieselbe in so viele Teile, als Ressorts vorhanden sind. In diesem Falle ist es aber den übrigen Ministern vom Standpunkte des Amtes mehr oder minder gleichgültig, ob der sechste oder siebente Kollege zu Falle gebracht wird. Die Verantwortlichkeit für die Gesamtleitung wird dadurch auf den sechsten oder siebenten Teil vermindert."

Ueber die Presse äußerte sich Kusserow wie folgt:

„Ich glaube, daß nur die vollkommenste Freiheit die politische Presse ihrer Schädlichkeit entkleiden und ihr diejenige geachtete Stellung verschaffen kann, deren sie sich nach ihrer großen Aufgabe der Bildung des Volks überall erfreuen sollte. Ich wünsche nur, daß das Publikum gegen den Mißbrauch geschützt werde, der darin besteht, daß außer der politischen Stellung der Regierung oder des Parteigegners auch sein Privatcharakter und das Familienleben des einzelnen ungestraft verunglimpft werden kann, wie ich dies in Amerika erlebt habe, wo die Verleumdung eines Senators oder Repräsentanten in seiner persönlichen Ehre oder in derjenigen seiner weiblichen Angehörigen häufig nur ein Partei- oder Wahlmanöver ist. Ich wünsche Ausschluß des Präventivverfahrens unter der einzigen Bedingung, daß auch die Verantwortlichkeit für das Preßerzeugnis gesichert werde. Solche Verantwortlichkeit ist zum mindesten für die Freiheit ebenso wichtig wie die Ministerverantwortlichkeit."

Auch äußerte sich Kusserow für eine freisinnige reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechts.

Nach seiner von den zum Kompromiß entschlossenen Parteien beifällig aufgenommenen Rede wurde Kusserow von dem Führer der Fortschrittspartei über eine Anzahl von Fragen interpellirt, welche dem bekannten speziellen Programm dieser Partei angehörten: Grundrechte, einjähriges Militärbudget, zweijährige Militärdienstzeit, Diäten, direkte oder indirekte Reichssteuern. Diese Fragen beantwortete Kusserow mit unzweideutiger Entschiedenheit, unbekümmert

um die hierdurch vorauszusehende Ablehnung seiner Kandidatur seitens der Fortschrittspartei:

Die in der Verfassung stehenden Grundrechte seien an und für sich wertlos, wenn ihre Ausführung nicht durch die Spezialgesetzgebung gesichert und geregelt werde. — Im Prinzip sei er für ein einjähriges Militärbudget, doch werde er für ein solches in dem Falle nicht stimmen, daß der Leiter der deutschen Politik und die höchsten militärischen Autoritäten erklären sollten, daß dasselbe ohne Gefährdung höherer Interessen zur Zeit noch nicht möglich sei. Denn er werde sich nicht an einer Wiederholung des vor 1870 begangenen parlamentarischen Fehlers beteiligen, in den die Wehrhaftigkeit des Reichs betreffenden Fragen gegen die Sachkenntnis der bewährten Führer eine prinzipielle Opposition zu treiben. Dies gelte namentlich auch für die Frage wegen Dauer der militärischen Dienstzeit.

Was die Bewilligung von Diäten an die Mitglieder des Reichstages anbelange, über welche es bei uns noch an hinreichender Erfahrung fehle, so werde er sich vorerst, gestützt auf die Reichsverfassung und auf seine eigenen Wahrnehmungen und Erfahrungen im Auslande, gegen die Bewilligung erklären.

Bei eventueller Einführung von Reichssteuern werde er, da er kein Prinzipienreiter sei, je nach der praktischen Seite für die eine oder die andere Art der Besteuerung votiren.

Infolge dieser Antworten Kusserows verwarf die Fortschrittspartei seine Kandidatur und beschloß zunächst ihre Stimme auf Herrn v. Forckenbeck zu vereinigen. Obwohl dieser mit seiner Ablehnung den Rat verband, so viele Stimmen als möglich auf Kusserow zu vereinigen, stellte die Fortschrittspartei doch im ersten Wahlgang vom 3. März einen eigenen Kandidaten auf, welcher 1345 Stimmen erhielt. Die Christlich-soziale Partei gab für Dr. Lieber 1952 Stimmen ab. Der bisherige sozialdemokratische Vertreter des Kreises, Dr. v. Schweitzer, erhielt 5666 und v. Kusserow 6388 Stimmen. Bei der engeren Wahl zwischen den beiden letzteren Kandidaten, am 12. März, entfielen auf Dr. v. Schweitzer 8477, auf v. Kusserow 9540 Stimmen. Da anzunehmen war, daß die Sozialdemokraten schon beim ersten Wahlgang alle ihre Mannschaften hatten auf dem Plan erscheinen lassen, so ließ die Zunahme der für ihren Kandidaten im zweiten Wahlgang abgegebenen Stimmen um beinahe 3000 die Vermutung zu, daß für denselben auch ein großer Teil der Fortschrittspartei und der „Christlich-sozialen“ gestimmt hatte. Die nächste Folge der Wahl Kusserows war die Erklärung des Dr. v. Schweitzer im „Sozialdemokrat“, daß das Wahlergebnis, wenn es auch nicht die Ursache seines Rücktritts bilde, ihm doch die Gelegenheit hierzu biete, und daß er die Präsidentschaft des Deutschen Arbeitervereins niederlegen werde. Er verschwand dann in der That von der politischen Bildfläche, um sich der Bühnenschriftstellerei zu widmen.

Bei dem Zusammentritt des Reichstags nahm v. Kusserow regen Anteil

an den Verhandlungen verschiedener Gruppen von Abgeordneten aus Nord und Süd zu dem Zweck, eine auf dem neuen Boden der wiedergewonnenen Reichseinheit stehende Mittelpartei zu bilden. Er hat diese Bemühungen in einer von ihm im Jahre 1881 vor den damaligen Reichstagswahlen bei Duncker & Humblot in Leipzig anonym herausgegebenen Broschüre „Eine Mittelpartei im Reich" folgendermaßen geschildert:

Es traten Abgeordnete zum ersten Deutschen Reichstag aus den verschiedensten Gauen Deutschlands, teils, wie Kusserow, noch ohne parlamentarische Vergangenheit, zu großem Teil aber schon bewährte Parlamentarier und Staatsmänner zusammen, um eine auf dem neuen Boden des Reiches stehende Mittelpartei ins Leben zu rufen. Besonderen Anteil an diesen Bemühungen nahmen die hervorragendsten Führer der Liberalen Partei aus Bayern: Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Dr. Marquardt-Barth, v. Hoermann, Dr. Völk, Graf Luxburg, Dr. Fischer (Augsburg). Aus Sachsen waren es wesentlich solche Elemente, die nach ihrer Vergangenheit in einer der norddeutschen Fraktionen schwer ihren Platz einzunehmen vermocht hätten, ohne gegen ihre bessere Ueberzeugung den alten Fraktionshader wieder aufzunehmen. Das Verlangen, das Reich über diese hinter ihnen liegende Kampfeszeit zu stellen, erleichterte es Männern wie Dr. v. Schwarze, Ackermann, Graf Münster (Sachsen), Günther und Hirschberg, miteinander und mit den obengenannten Liberalen Bayerns sowie mit den ehemaligen preußischen Altliberalen v. Patow, v. Bonin, v. Bernuth, Overweg und mit anderen preußischen Abgeordneten gemäßigter Richtung, wie v. Kusserow, zusammenzutreten. Verstärkt wurde diese Gruppe durch den im Kampfe gegen die antipreußische Dalwigksche Politik bekannt gewordenen Freiherrn Nordeck zur Rabenau aus Hessen, den um die Vertretung des Reichsgedankens in Süddeutschland verdienten Freiherrn v. Roggenbach aus Baden und durch einige hervorragende Hanseaten, wie Roß und Dr. Schleiden. Während kurzer Zeit war Aussicht vorhanden, daß es gelingen werde, von rechts und links bedeutende Kräfte aus den alten norddeutschen Fraktionen an sich zu ziehen. Leider erwies sich bei den Verhandlungen die Sprödigkeit alter Parteiprogramme dennoch zu stark. Die Freikonservative Partei stellte das für süddeutsche Abgeordnete unverständliche und unerfüllbare Verlangen, ihr für die preußischen Wahlen entworfenes Programm als dasjenige einer neuen Partei im Reich einfach zu adoptiren. Zerschlug sich daher die Aussicht auf eine Vereinigung mit den Freikonservativen, durch welche allein schon eine Partei von circa 70 Abgeordneten entstanden wäre, so verlor die Gruppe gleichzeitig auch an Anziehungskraft für eine Anzahl von freisinnigen süddeutschen Abgeordneten, welche das Bedürfnis des Anschlusses an eine größere Partei empfanden und unter dieser Voraussetzung geneigt schienen, sich mit einer solchen neuen Mittelpartei zu verbinden, nun aber der Nationalliberalen Partei beitraten.

Infolgedessen beschlossen in einer Versammlung vom 24. März 1871 die zu der Gruppe des Fürsten zu Hohenlohe-Schillingsfürst gehörenden Abgeordneten die Bildung einer besonderen Partei. Das von einem Ausschuß ausgearbeitete Parteiprogramm wurde in einer Versammlung vom 26. mit dem von Herrn v. Kusserow vorgeschlagenen Namen „Reichspartei" angenommen. Mit Rücksicht auf den Wunsch mehrerer bayerischer Abgeordneten, vor ihrem eigenen Beitritt sich mit einigen noch unschlüssigen Landsleuten zu beraten, führte zu dem Beschluß, vorläufig von dem Resultat der Beratungen noch keinen öffentlichen Gebrauch zu machen. Am 28. März erfolgte unter dem Beitritt dieser bayerischen Abgeordneten die endgültige Konstituirung der Partei. Abends vorher aber

hatte sich die Gruppe der preußischen Freikonservativen unter Hinzutritt einiger Abgeordneten aus Süddeutschland, wie z. B. Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, ebenfalls neu konstituirt und, anscheinend auf Vorschlag eines Abgeordneten aus Schlesien, welcher den Versammlungen der anderen Gruppe beigewohnt und sich nach beiden Seiten hin seinen persönlichen Beitritt vorbehalten hatte, gleichfalls den Namen „Reichspartei" angenommen und war hiermit sofort in die Oeffentlichkeit getreten. Hierdurch sah sich die Gruppe Hohenlohe-Schillingsfürst, ihrer ursprünglichen Absicht entgegen, genötigt, ihrem Namen „Reichspartei" ein sie von der andern Gruppe unterscheidendes Beiwort hinzuzufügen. Bei der vorwiegend freisinnigen Zusammensetzung der Partei entschloß man sich zu dem Namen „Liberale Reichspartei", obwohl ursprünglich gerade die Absicht bestanden hatte, die alten trennenden Gegensätze von liberal und konservativ, welche in den neuen Verhältnissen einstweilen keine Berechtigung hätten, nicht ohne zwingende Gründe in das Parteileben des Reichs hineinzutragen. Die freikonservative Gruppe nahm hierauf den Namen „Deutsche Reichspartei" an. Diese beiden Reichsparteien kämpften in den meisten Fragen Schulter an Schulter und wurden deshalb in parlamentarischen Kreisen die „Milchschwestern" genannt.

Die Liberale Reichspartei konstituirte sich mit folgendem Programm:

1. Den Einigungspunkt für unsere gemeinsame Thätigkeit als Mitglieder des Reichstags erblicken wir in der aufrichtigen Mitwirkung zur praktischen Durchführung der unter dem Einfluß der großen Ereignisse der jüngsten Vergangenheit vereinbarten Verfassung des Deutschen Reiches.

2. Wir werden die Befugnisse der Reichsgewalt wie die Autonomie der Bundesglieder auf der Grundlage der Reichsverfassung gleichmäßig wahren, jeder unnötigen Zentralisation zwar entgegentreten, aber zu solchen Kompetenzerweiterungen oder sonstigen Verfassungsänderungen, für welche sich im Interesse gesunder Entwicklung ein Bedürfnis herausstellt, gern mitwirken.

3. Neben der organischen Einheit ist es die Gewähr der persönlichen, bürgerlichen und politischen Freiheit, welche das deutsche Volk verlangt. Wir werden diesem Verlangen auf allen einschlägigen Gebieten der Reichsgesetzgebung, namentlich bei der Regelung des Preß- und Vereinswesens, im Sinne wahren Fortschritts entschieden Rechnung tragen.

4. Wir werden den Zeitpunkt gewissenhaft wahrnehmen, in welchem die Lasten des Volks ohne Gefährdung der Sicherheit des Reiches in nachhaltiger Weise gemindert werden können.

5. Wir lassen es dahingestellt, ob nicht in der Folge es nötig werden kann, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche mehr oder minder in die Zuständigkeit der Reichsgesetzgebung zu ziehen, halten aber zur Zeit ausreichende Gründe dafür nicht gegeben.

Jedenfalls würden wir der Aufnahme eines die Selbständigkeit der Religionsgesellschaften verbürgenden Satzes in die Reichsverfassung nur bei gleichzeitigem Erlaß eines den Gegenstand eingehend regelnden und die unentbehrlichen Rechte des Staates sowie die volle Freiheit der einzelnen Staatsangehörigen auf dem religiösen Gebiete wahrenden Reichsgesetzes zustimmen.

Nachdem Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, welcher den konstituirenden Parteiversammlungen präsidirte, den dauernden Vorsitz aus verschiedenen Gründen nicht übernehmen zu können erklärt hatte, wählte die Liberale Reichspartei zu Vor-

standsmitgliedern die Herren Dr. Marquardt-Barth, v. Bernuth und Freiherrn v. Roggenbach, sowie v. Kusserow zum Schriftführer. Die anderen Mitglieder der Partei waren die Abgeordneten Ackermann, v. Bonin, Fischer (Augsburg), Günther (Sachsen), Hirschberg, v. Hoermann, Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Kastner, Kottmüller, v. Lottner, Louis, Graf v. Luxburg, Graf zu Münster (Plauen), Freiherr Nordeck zur Rabenau, Overweg, Freiherr v. Patow, Roß (nach dessen Tod Schön), Dr. Schleiden, v. Swaine, Dr. Schwarze, Stadlberger, Dr. Völk, Evelt, Dr. Hasenclever, Behringer, Wagner (Dillingen).

Das Programm seiner Partei wie die persönliche Haltung Kusserows während der Dauer seines Mandats entsprachen vollkommen denjenigen Anschauungen, welche er vor seinen Wählern in Elberfeld-Barmen entwickelt hatte. Wie ernst er es mit getreuer Pflichterfüllung als Abgeordneter nahm, ergiebt sich schon daraus, daß er sich für ein Jahr von seinen Dienstgeschäften entbinden ließ. Ueber die Thätigkeit der Liberalen Reichspartei entnehmen wir einem von derselben im Sommer 1873 verbreiteten Rechenschaftsbericht einige Sätze, welche ihr thatkräftiges Eintreten für die Ausgestaltung des Reichs und seiner Kompetenz in allen Fragen von gemeinsamem politischen oder wirtschaftlichen Interesse und nicht minder für eine wahrhaft freisinnige Entwicklung zu kennzeichnen geeignet sind:

„Was die organische Einheit des Reichs betrifft," heißt es in dem Bericht, „so hat die Partei sowohl zu dem Antrage auf Annahme des gesamten Zivilrechts in die Reichskompetenz als zu dem Antrage auf Errichtung eines Reichs-Eisenbahnamtes in ihrer großen Mehrheit mitgewirkt, und gilt dasselbe von allen Anträgen ähnlicher Art, bei welchen eine Kompetenzerweiterung oder sonstige Aenderung im wahren Interesse gesunder Entwicklung in Frage war."

Für die Gewähr der persönlichen bürgerlichen und politischen Freiheit sei zwar in der abgelaufenen Legislaturperiode weniger, als wünschenswert gewesen wäre, erzielt worden; hieran aber trüge nicht etwa Unthätigkeit der Liberalen Reichspartei die Mitschuld. Die Partei habe vielmehr für die Aufnahme eines Verfassungsartikels gestimmt, der jedem Einzelstaate eine zeitgemäße Landesverfassung zu sichern bezweckte, und insbesondere das Zustandekommen eines Reichs-Preßgesetzes auf das eifrigste betrieben.

An den Verhandlungen hierüber beteiligte sich v. Kusserow in der Kommission und im Plenum des Reichstags in wahrhaft freisinnigem Geiste. Hierauf kommen wir später zurück. —

Der Bericht sagt dann weiter:

„Die Kirchenfrage hat mit ihrer Wucht die gute Absicht der Partei, diesen Gegenstand weit aussehender Kämpfe von dem Reich möglichst lange fern zu halten, sehr bald überholt. Der Mißbrauch, welcher im christlich-sozialen [1]) Lager von der Freiheit der Geistlichen, von der Kanzel ihre Ansichten zu entwickeln, ohne daß ihnen in der Versammlung widersprochen werden darf, gemacht wurde, und die Art und Weise, wie die Jesuiten, den Grundsätzen ihrer Schule getreu, das Reich zu unterminiren suchten, machten in beiden Richtungen Maß-

[1]) Damals nannten sich die Ultramontanen so.

regeln notwendig, zu deren Durchführung die Einzelstaaten teils wegen des Zusammenhanges jener Maßregeln mit der Strafgesetzgebung nicht kompetent, teils zu schwach waren. Hier mußte daher von Reichswegen eingeschritten werden, und die Liberale Reichspartei, weit entfernt, vor diesem Einschreiten zurückzuschrecken, hatte vielmehr nicht sobald die Notwendigkeit desselben erkannt, als sie auch unter den Vorkämpfern für energisches Eingreifen von Reichswegen sich befand.

Früher bereits hatte die mit der Liberalen Reichspartei gleichzeitig entstandene klerikale oder sogenannte Zentrumsfraktion den im Programm der ersteren vorausgesehenen Antrag auf Annahme eines die Selbständigkeit der Religionsgesellschaften verbürgenden Satzes (nach Analogie des Artikels 15 der preußischen Verfassung) in die Reichsverfassung im Reichstage eingebracht. Diesen Antrag hat die Liberale Reichspartei, wie die Verhandlungen des Reichstages vom Jahre 1871 ausweisen, auf das entschiedenste und mit Erfolg bekämpft. Die nachgefolgten Ereignisse, welche den Staat Preußen zum Erlaß einer die Grundsätze seiner Verfassung über die Rechtsverhältnisse der Religionsgesellschaften erläuternden Novelle und der erforderlichen Ausführungsgesetze nötigte, haben sattsam gezeigt, wie gut der Reichstag daran gethan hat, daß er das Verlangen nach Aufnahme jener Grundsätze in die Reichsverfassung zurückwies.

Nun nachdem einmal die Kirchenfrage von der Kompetenz des Reiches doch nicht vollständig hatte ferngehalten werden können, und die Erlassung von Reichsgesetzen, welche die volle Freiheit der einzelnen Staatsangehörigen auf dem religiösen Gebiete wahren, notwendig geworden, hat die Liberale Reichspartei bei der Einbringung verschiedener Anträge auf Einführung der obligatorischen Zivilehe und Beseitigung der Führung des Zivilstandesregisters durch den Klerus als solchen sich beteiligt. Es haben aber diese Anträge und die infolge derselben in der Kommission ausgearbeiteten Gesetzentwürfe leider dasselbe Schicksal, wie der Entwurf eines Preßgesetzes, und zwar aus denselben Gründen gehabt."

Als solche Gründe bezeichnet der Bericht die Nachwirkungen des französischen Krieges und die Notwendigkeit, vor allem die Organisation des soeben entstandenen Reiches auszubilden.

Nach Konstituirung des Reichstages wurde v. Kusserow durch die Wahl seiner Partei die Ehre zu teil, als Mitglied der ersten Reichstagsdeputation zur Ueberreichung der Adresse am 2. April 1871 bei Kaiser Wilhelm I. zu erscheinen.

Reden in Angelegenheiten der Kaiserlichen Marine.

Zum ersten Male ergriff Kusserow in der Sitzung vom 9. Mai 1871 das Wort gelegentlich der Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Kriegsdenkmünze für das Reichsheer. (Sten. Ber. de 1871, Bd. I. S. 604.) Der Abgeordnete Schmidt (Stettin) hatte einen Vergleich zwischen den Leistungen des Heeres und der Marine während des Krieges sehr zu Ungunsten der letzteren gezogen und insbesondere die reservirte Haltung des Panzerschiffs „König Wilhelm" bemängelt, von dem man vergeblich große Thaten erwartet hätte. Dies veranlaßte Kusserow zu folgender Entgegnung:

„Meine Herren, es ist schon von verschiedenen Seiten darauf aufmerksam gemacht worden, welche Hindernisse sich dem „König Wilhelm" entgegenstellten, um im Sinne des Herrn Abgeordneten Schmidt seine Schuldigkeit zu thun. Ich kann aus der Zeit des Krieges, zu welcher ich die Ehre gehabt habe, bei der deutschen Botschaft in London zu fungiren,

Zeugnis dafür ablegen, ohne ein Dienstgeheimnis zu verraten, daß das Marinedepartement verschiedentlich versucht hat, den „König Wilhelm" nach England zurückzuschicken, wo er gebaut worden ist, um daselbst wieder in den nötigen Stand gesetzt zu werden. Die englischen Neutralitätsgesetze ließen es aber nicht zu.[1]) Es trifft also das Kommando des „König Wilhelm" und unser Marinedepartement durchaus kein Vorwurf.

Ich hoffe, daß der Herr Abgeordnete Schmidt bei Gelegenheit der Beratung des Marineetats seine Bemängelungen unserer Marine wiederholen wird; es werden dann Vertreter des Marinedepartements hier sein, um sich gegen solche Vorwürfe zu rechtfertigen; ich hoffe dann aber auch, daß der Herr Abgeordnete aus großem Säckel die Mittel bewilligen wird, die wahrscheinlich die Vertreter des Marinedepartements verlangen werden, um unsere Marine in den Zustand zu versetzen, den wir alle wünschen. Ich möchte auch hervorheben, daß ebensoviel Tapferkeit dazu gehört, der Versuchung, anzugreifen, zu widerstehen, wenn man den Feind vor sich hat, als dazu gehört, draufzugehen."

Seitdem sehen wir Kusserow bis heutigen Tages bei jeder Gelegenheit für die Stärkung der deutschen Flotte mit einer Entschiedenheit eintreten, welche ihm schon 1871 den ehrenden Beinamen „Marineenthusiast" einbrachte, zu dem sich in späterer Zeit das andre Epitheton ornans „Kolonialenthusiast" hinzugesellte.

In der Reichstagssitzung vom 21. November 1871 stand der Marineetat für 1872 zur Beratung. Dieser Teil des Etats war durch eine besondere Kommission vorberaten worden, in welche Kusserow von seiner Partei gewählt war. Die Kommission schlug dem Reichstag einen Antrag vor, welcher den Reichskanzler aufforderte, „dem nächsten Reichstage eine ausführliche Denkschrift vorzulegen, in welcher mit Bezug auf den im Jahre 1867 vorgelegten Gründungsplan namentlich erörtert wird: wie weit derselbe bereits ausgeführt ist, und welche Mittel zur Ausführung desselben noch erforderlich sind". Die Majorität der Kommissare schlug zu diesem Antrag den Zusatz vor:

„Ob es sich nicht empfiehlt, die ursprünglich in Aussicht genommene Gründungsperiode abzukürzen."

Kusserow beantragte für den Fall der Annahme dieses Zusatzes, demselben die Worte hinzuzufügen:

„und die hierfür erforderlich werdenden Mittel aus der französischen Kriegskontribution zu entnehmen."

Demgegenüber wurde von den Herren v. Freeden, Dr. Wehrenpfennig und Genossen ein Antrag gestellt, welcher zwar ebenfalls eine ausführliche Denkschrift mit Bezug auf die bisherige Ausführung des Flottengründungsplanes von 1867 verlangte, zugleich aber der Denkschrift selbst durch eine Art technischer Direktive präjudicirte, deren Befolgung einer teilweisen Preisgebung des Flottengründungsplanes von 1867 gleichgekommen wäre. Die mündliche Begründung dieses Antrages ließ noch mehr als sein Wortlaut erkennen, daß

---

[1]) Wohl die Reparatur des Kriegsschiffes, aber nicht die Rückkehr desselben in deutschen Besitz während der Dauer des Krieges.

derselbe im Effekt die dritte in dem 1867er Plane gestellte Aufgabe, die Offensivkraft der Flotte weiter zu entwickeln, nahezu beseitigt haben würde.

Jene parlamentarischen Vorgänge hat Kusserow im Februar 1898 unmittelbar vor der ausschlaggebenden Beratung der Budgetkommission über das Flottengesetz in einem von den „Grenzboten“ veröffentlichten Artikel „Budgetrecht und Flottengesetz“, durch welchen er, wie seitens des Staatssekretärs des Reichs-Marine-Amts ihm gegenüber in amtlicher Form dankbar anerkannt worden ist, der Opposition gegen das Flottengesetz den aus der Verfassung hergeleiteten Einwand gegen eine langjährige Bindung des Budgetrechts unter den Füßen wegzog, in folgender Weise geschildert:

„Die Mehrheit der mit dieser Vorberatung betrauten Kommissarien des Reichstags von 1871, als deren Wortführer Herr v. Forckenbeck auftrat, erklärte sich für eine Beschleunigung des Flottengründungsplanes (von 1867) unter gleichzeitiger Festhaltung an dessen drei Aufgaben, namentlich auch an der vollen Entwicklung der Offensivkraft der Flotte. Der auf Abkürzung der zehnjährigen Periode gerichtete Antrag der Kommissare, den ich (Kusserow) durch den Eventualantrag ergänzt hatte, zu dem Ende einen entsprechenden Anteil aus der französischen Kriegskontribution zu entnehmen, blieb allerdings in der Minderheit, weil von dem Marineminister Grafen Roon eingewandt wurde, daß sich schneller, als in der bezeichneten zehnjährigen Frist, das Personal nicht ausbilden lassen würde. Im übrigen aber erklärte sich auch Graf Roon für die volle Durchführung des Planes, namentlich was die Offensive anlange, die er als die beste Defensive bezeichnete, und Anträge, die den Plan von 1867 in dieser Richtung abzuschwächen versuchten, blieben in der Minderheit. Mit großer Majorität wurde alsdann eine Resolution angenommen ....“ — Die letztere entsprach dem oben erwähnten Prinzipalantrage der Kommission wegen Vorlegung einer Denkschrift.

Wir möchten nur einige Sätze aus der Rede Kusserows anführen, durch welche er am 21. November 1871 seinen Eventualzusatz begründete, indem er zugleich das Hauptamendement der Majorität der Kommissare im Hinblick auf die Kriegsaufgaben der Marine verteidigte:

„Die Majorität der Kommissare ist so bescheiden, sich auf den Standpunkt des Flottengründungsplans vom Jahr 1867 zu stellen, der sich, soviel ich mich erinnern kann, der fast einstimmigen Annahme des Norddeutschen Reichstags erfreute. Denn die nicht zustimmenden Voten bezogen sich nicht sowohl auf das Prinzip, wonach eine des Norddeutschen Bundes würdige Flotte geschaffen werden sollte, sondern auf die finanzielle Seite der Frage. Es waren konstitutionelle Bedenken geltend gemacht worden gegen die damals proponirte Anleihe, und es wurde hervorgehoben, daß es sich mehr empfehlen möchte, wenn überhaupt ein Bedürfnis vorhanden sei, statt zu einer Anleihe überzugehen, lieber den Weg einer Erhöhung der Matrikularbeiträge zu beschreiten; aber ein prinzipieller Gegensatz bestand nicht. Nun, meine Herren, nachdem durch die glorreichen Erfolge unserer Armee die Schäden teilweise haben abgewendet werden können, die unser Handel durch unsere Schwäche zur See erlitten hat, nachdem der Norddeutsche Bund sich in das Deutsche Reich umgewandelt hat, in das Deutsche Reich aufgegangen ist, mutet man der mächtigeren deutschen Nation zu, von dem Standpunkte, den der Norddeutsche Bund eingenommen hatte, wieder zurückzugehen, und man gründet diese Zumutung auf die Erfahrungen des letzten Krieges. Nun, meine Herren, welche Erfahrungen hat man denn gemacht? Man hat die Erfahrung gemacht, daß die Franzosen, verdutzt, überrascht durch die glänzenden Erfolge unserer Armee, anscheinend auch

zur See das Gedächtnis an ihre glänzenden Tage von vordem vergaßen und sich mit ihrer Flotte unthätig verhielten."

Kusserow warnte davor, auch für die Zukunft auf Wiederholung derselben Mängel in der französischen Marineverwaltung zu rechnen, infolge deren die französischen Kriegsschiffe teilweise mit einem für den Angriff ungenügenden Kriegsmaterial ausgefahren waren. Noch weniger dürften wir mit Bestimmtheit darauf zählen, in einem neuen Kriege gleich zu Anfang ebenso entscheidende Erfolge zu erzielen. Die französische Kriegsverwaltung habe dem Admiral, welcher die Entsendung von Landungstruppen beantragte, antworten müssen: „Wir können keinen Mann entbehren." Auch erinnerte Kusserow an die großen Schäden, welche den deutschen Ost- und Nordseeprovinzen durch die Blockaden zugefügt wurden, obgleich dieselben zeitweise nicht einmal effektive, sondern nur Papier- und Kreuzerblockaden gewesen seien.

„Warum," fragt er, „haben wir diese Blockaden nicht durchbrochen? — Weil es uns an einer Anzahl derjenigen Schiffe gefehlt hat, die nötig sind, um die Verteidigung in ihrem offensiven Teile zu einer wirksamen zu machen. Es hat uns an der nötigen Anzahl von Panzerschiffen gefehlt, um hinauszugehen auf die See und die einzelnen kleineren Flottillen Frankreichs an ihrer Verbindung zu verhindern. Warum haben die französischen Flotten, ohne nach Frankreich zurückkehren zu müssen, um sich ihren Proviant zu holen, sich ununterbrochen in der Nord- und Ostsee halten können? Weil es uns an der nötigen Anzahl von seetüchtigen und schlachtfähigen Schiffen gefehlt hat, um zu verhindern, daß sie ihren Kohlenbedarf aus England bezogen.

Ich kann nicht annehmen, daß es hier in diesem Hause irgend jemand geben wird, der in Zukunft noch ruhig denselben Hohn erdulden möchte, den wir von seiten der Neutralen haben ertragen müssen, indem wir, ohne ihnen in dieser Beziehung Unrecht geben zu können, es uns gefallen lassen mußten, wenn sie uns sagten: ‚Ja, warum habt ihr keine Kriegsschiffe, die ausgehen, um die Blockade zu durchbrechen; warum habt ihr keine Kriegsschiffe, die in den Kanal fahren und verhindern, daß die französische Armee durch Waffen und Munitionszufuhr vom Auslande gestärkt wird?'"

In Betreff seines Eventualantrages bemerkte Kusserow, es sei allerdings ein allgemein anerkannter und gerechtfertigter Grundsatz, daß eine parlamentarische Versammlung die Regierung nicht auf Geldmittel hinweisen solle, wenn diese nicht selbst das Bedürfnis für eine Mehrausgabe nachgewiesen habe. Gegen diesen Grundsatz verstoße jedoch sein Unterantrag keineswegs, weil derselbe nur ein hypothetischer sei und nur rechtzeitig Vorsorge treffen wolle, für den Fall, daß die durch den Hauptantrag veranlaßten Erwägungen zu der Anerkennung des von der Majorität der Kommissare eingenommenen Standpunktes und ihres Wunsches wegen möglichst beschleunigter Ausführung des Flottengründungsplans von 1867 führen sollten.

„Für die Möglichkeit, daß die Ansicht, die wir (die Majorität der Kommissare) vertreten, im nächsten Jahre die Zustimmung der Regierung und des Reichstages finden werde, wünschen wir, daß man bei dem Entwurf zur Verteilung der Kriegskontribution schon jetzt auf das Bedürfnis der Marine Bedacht haben möge, damit wir nicht Gefahr laufen, daß ein großer Teil von denjenigen, die prinzipiell dasselbe wollen wie wir, nachher hiervor zurück-

schrecken, weil sie dem Lande eine Erhöhung der Matrikularbeiträge und damit eine Steuererhöhung oder eine neue Anleihe nicht zumuten wollen. Suchen wir zu verhüten, daß es unserer Marine, die überhaupt im allgemeinen bisher etwas stiefmütterlich behandelt worden ist, nicht ergehen möge, wie einstens dem Poeten bei der Teilung der Erde, und daß der Zeus der deutschen Finanzen ihr nachher zurufen könne: ‚Was thun, die Welt ist weggegeben!'"

Daß Kusserow mit seinem Eventualantrage das Richtige getroffen hatte, erwies sich schon bald. Denn das Gesetz vom 8. Juni 1872 über die französische Kriegskostenentschädigung bestimmte, daß aus den von dieser einstweilen reservirten anderthalb Milliarden, über deren Verwendung im Wege der Reichsgesetzgebung Bestimmung getroffen werden solle, insbesondere die auf Grund der Gesetze vom 9. November 1867 und vom 20. Mai 1869 zur Erweiterung der Bundeskriegsmarine und zur Herstellung der Küstenverteidigung kontrahirten und noch zu kontrahirenden Anleihen zu tilgen seien. Desgleichen enthielt das Schreiben des Reichskanzlers vom 21. April 1873, mit welchem Fürst Bismarck dem Reichstag den sogenannten Flottengründungsplan von 1873 vorlegte (Kusserow hat dasselbe in seinem schon erwähnten Grenzboten-Aufsatz „Budgetrecht und Flottengesetz" vom Februar 1898 ebenfalls in Erinnerung gebracht), einen Passus, demzufolge bei Aufbringung der Mittel für die außerordentlichen Ausgaben der Jahre 1873 bis 1882 im Gesamtbetrage von 72812500 Thalern, für die Jahre 1873 und 1874 über 18 Millionen Thalern aus der französischen Kriegskostenentschädigung übernommen werden sollten.

Gelegentlich derselben Beratung des Marineetats für 1872 im November 1871 benutzte Kusserow die von einem sachverständigen Mitglied auf der linken Seite des Hauses hingeworfene Bemerkung: „Es wird in unserer Marine zu viel geschrieben und zu wenig gesegelt," um darauf hinzuweisen, daß die Flotte zur Zeit sogar ihrer Friedensaufgabe, also dem Schutz unseres transatlantischen Handels und der Wahrung der deutschen Flaggenehre in fernen Regionen bei weitem nicht gewachsen sei. Hierfür verlange der Flottengründungsplan von 1867 9 größere und 8 kleinere Kriegsschiffe, welche auf den 5 auswärtigen Stationen zu verteilen seien. Die bisher vorhandene Anzahl von Kriegsschiffen genüge jedoch kaum, um auch nur den dritten Teil dieser Friedensaufgabe lösen zu können. Der vorgelegte Marineetat bleibe aber selbst hinter der vorhandenen Möglichkeit zurück; denn der Ausgabeposten für die Instandhaltung von Schiffen sei in dem vorgelegten Etat für 1872 niedriger als in dem letzten Etat. Nur, wenn wir die nötigen Schiffe nicht nur besäßen, sondern auch in Dienst stellten, um unseren Handel nach allen Richtungen hin zu schützen, würde der Marine die Gelegenheit geboten sein, „weniger zu schreiben und mehr zu segeln" und praktische Erfahrungen zu sammeln.

Kusserow hat seitdem, bis zum Beginn der von Herrn v. Caprivi perhorrescirten Kolonialpolitik, sowohl als Reichstagsabgeordneter wie als Decernent im Auswärtigen Amt für die überseeische Politik mit den Chefs und Offizieren

der Kaiserlichen Admiralität die persönlich und amtlich besten Beziehungen unterhalten, die den Dienst erleichterten und den zu vertretenden deutschen Interessen zu gute kamen.

Getreu den im Wahlkampf geäußerten Absichten trat Kusserow Ende 1871 auch auf dem Gebiet des Heerwesens in die Schranken.

In der Sitzung des Reichstags vom 1. Dezember 1871 (Sten. Bericht II. Session 1871 Bd. I, S. 651) stand der Gesetzentwurf, betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres, zur dritten Beratung. Es handelte sich um Bewilligung eines Militärpauschquantums für drei Jahre. In der zweiten Lesung war dasselbe mit nur 150 gegen 134 Stimmen angenommen worden. Zu dieser schwachen Majorität hatte nur der kleinere Teil der Nationalliberalen, unter andern von Forckenbeck und Miquel gehört, während die Mehrzahl gerade dieser damals stärksten Partei unter der Führung von Lasker und Bamberger auf der Gegenseite geblieben waren. Die Besorgnis, daß bei der dritten Lesung das Pauschquantum abgelehnt werden könnte, war daher nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Kusserow zog bei der Wichtigkeit der Frage die Konsequenz aus der bei seiner Wahl abgegebenen Erklärung, in militärischen Fragen die von unsern bewährten militärischen Autoritäten vertretenen Auffassungen zu unterstützen, und nahm deshalb in der dritten Lesung das Wort. Nach einer kurzen Zurückweisung der zuvor von dem Abgeordneten Sonnemann gemachten Ausfälle gegen den Fürsten Bismarck wandte er sich direkt an die große respektable Minorität des vorherigen Tages. Bezüglich der erhobenen konstitutionellen Bedenken gegen einen mehrjährigen Verzicht des Reichstags auf die jährliche Spezialberatung des Militäretats konnte er sich auf die Widerlegung derselben durch Forckenbeck und andere berufen, welche den Nachweis geführt hatten, daß die Verfassung ebensowohl ein Ja wie ein Nein rechtfertige. Er wolle daher nur in praktischer und politischer Hinsicht einige Bemerkungen machen. Er zweifle, ob das Ansehen des Reichstags dadurch gewinnen würde, wenn es an eine für die nächsten Jahre aus technischen Gründen nicht zu lösende Frage Zeit und Kraft verschwende. Das Land verlange nicht nach dem Schauspiel eines Zwistes zwischen dem Reichstag und den Regierungen. Die Ablehnung der Vorlage würde der parlamentarischen Diplomatie gerade derjenigen Parteien zum Siege verhelfen, welche von der Majorität des Reichstags, einschließlich der Nationalliberalen Partei, durch verschiedene Beschlüsse über wichtige Fragen, zum Beispiel die Ausdehnung der reichsgesetzlichen Kompetenz auf das bürgerliche Recht, als dem Deutschen Reiche und seiner Entwicklung weniger freundlich gekennzeichnet worden seien. Denn die Ablehnung würde alte unfruchtbare Kämpfe wieder anfachen und zur Zurückstellung vieler praktischer Fragen nötigen, deren Lösung Eintracht unter allen nationalen Parteien erfordere.

Im Auslande würde die Ablehnung Zweifel hervorrufen, ob sich das

Geschick nicht versehen habe, als es dem deutschen Volk zu der jetzt errungenen Machtstellung in Europa verhalf. In Frankreich besonders, wo man unsere Verhältnisse niemals objektiv mit klarem Auge betrachtet habe, und wo der politische Blick heute mehr denn je durch giftigen Haß und pessimistische Spekulation auf die von Deutschland zu begehenden Fehler getrübt sei, werde man in der Ablehnung der Vorlage einen Bruch zwischen der Reichsregierung und der Majorität des Reichstages, und hierin den Anfang innerer Kämpfe und Zwistigkeiten erblicken, aus welchen die Politik der Revanche neue Hoffnung schöpfen würde. Ein ablehnendes Votum würde daher die inneren und äußeren Feinde des Reichs stärken, dagegen den Einfluß des Parlaments, die Sicherheit, den Frieden und die Freiheit des deutschen Volks nicht fördern, sondern schwächen. Kusserow schloß seine Rede mit einem direkten Appell an die Mitglieder der Nationalliberalen Partei, welche bei der zweiten Lesung gegen die Vorlage gestimmt hatten, und erinnerte an die glorreiche Devise „Durch Einigkeit zur Freiheit", unter welcher die Partei zahlreiche Siege erfochten und dem Lande große Dienste geleistet habe.

Diese Rede rief besonders den Unwillen des Dr. Lasker hervor, der an seinen Verfassungsbedenken festzuhalten entschlossen, deshalb für die anderen politischen Erwägungen nicht zugänglich und zugleich besonders empfindlich dagegen war, daß ihm solche von einem parlamentarischen Anfänger entgegengehalten wurden. Seine Verstimmung teilte sich alsbald dem Gros der Nationalliberalen Partei im Wahlkreise Elberfeld-Barmen mit und trug wesentlich dazu bei, daß diese Partei im Jahre 1874 nicht geneigt war, ein Kompromiß zu Gunsten Kusserows zu erneuern, was freilich zu dem glänzenden Sieg des sozialdemokratischen Kandidaten Hasenclever führte. Hierauf kommen wir noch zurück.

Seine Empfehlung von Vergleichsausschüssen zur Verhütung von Strikes.

Während der Reichstagsferien im Sommer 1871 beteiligte sich Kusserow an den Beratungen des volkswirtschaftlichen Kongresses in Lübeck, dessen freihändlerische Richtung er im übrigen nicht teilte, lediglich zu dem Zweck, um die Einrichtung von Vergleichsausschüssen zur Verhütung von Strikes in Anlehnung an englische Muster, über welche er während seines Aufenthalts in England Studien angestellt hatte, der Beachtung zu empfehlen. Sein Antrag lautete: „Zur Verhütung von Arbeitseinstellungen empfiehlt der volkswirtschaftliche Kongreß den beteiligten Kreisen die Errichtung von Vergleichsausschüssen."

Die „Elberfelder Zeitung" vom 6. September 1871 Nr. 246 brachte über den von Kusserow zur Begründung dieses in Lübeck gehaltenen Vortrages ein eingehendes Referat, das wir bei der auch heute noch behaupteten Bedeutung der von ihm behandelten Frage nicht kürzen möchten:

„Die Frage, in welcher Weise die zunehmende Spannung zwischen Arbeitgebern und

Arbeitnehmern zum Besten beider Teile beigelegt, wie namentlich, unbeschadet der durch die Gesetzgebung des Deutschen Reichs gewährleisteten Koalitionsfreiheit, und überhaupt ohne Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit dem Ausbruch von Arbeitseinstellungen vorgebeugt werden könne, sei eine so brennende, daß es einer Entschuldigung dafür nicht bedürfe, wenn er sich erlaube, durch seinen Antrag das reichhaltige Programm des Kongresses noch zu erweitern. Er werde seinerseits bestrebt sein, die Diskussion lediglich auf die praktische Seite der Frage zu beschränken und daher ängstlich vermeiden, auf den Schulstreit zwischen den verschiedenen Parteien der Volkswirte einzugehen. Noch weniger sei es seine Absicht, zu untersuchen, inwieweit der Aufregung unter den Arbeitern lediglich eine sozialdemokratische Agitation zu Grunde liege, wie vielfach behauptet werde, oder ob nicht ihre Forderungen hier und da berechtigte seien. Er halte eine Parteiergreifung zwischen den Streitenden für sehr bedenklich und wolle sich nur mit demjenigen Mittel beschäftigen, welches er für geeignet halte, dem thatsächlich vorhandenen Uebel zu steuern.

Daß die Erscheinung der Arbeitseinstellung zu einem thatkräftigen Vorgehen in der Richtung der Organisation des Genossenschaftswesens und zur Förderung der Volksbildung auffordere, könne er als selbstverständlich ansehen. Es frage sich aber, ob es nicht ein Mittel gebe, von welchem ein schnellerer und unmittelbarer Erfolg sich erwarten ließe, indem es sich als fähig erwiese, den Arbeitseinstellungen da, wo sie ausgebrochen sind, ein Ende zu machen und namentlich den Ausbruch neuer Strikes für die Zukunft zu verhüten.

Die deutsche Gewerbeordnung ermögliche im § 108 die Errichtung von Schiedsgerichten unter gleichmäßiger Hinzuziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Von der richtigen Anschauung ausgehend, daß solche Schiedsgerichte auf dem Boden der Selbstverwaltung und der Selbsthilfe erwachsen müssen, begnüge sich der Gesetzgeber mit dieser Anregung und überlasse die Ausführung den beteiligten Kreisen. Leider aber sei von diesem Rechte bisher noch so gut wie kein Gebrauch gemacht worden. Es scheine das nötige Vertrauen zu der Heilkraft des Mittels zu fehlen. Dieser Mangel an Vertrauen gründe sich zum Teil auf die Unfähigkeit der in einzelnen Teilen der preußischen Monarchie bestehenden Gewerbegerichte und ähnlicher Institutionen in anderen Ländern, dem Ausbruch von Arbeitseinstellungen vorzubeugen. Diese Unfähigkeit sei eine unleugbare. Weder die Gewerbegerichte am Rhein, noch die Conseils des Prud'hommes in Frankreich und Belgien, noch die Friedensgerichte in England, welche nach einem Gesetze Georgs IV. auf Antrag als Schiedsrichter über bestehende Vertragsverhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entscheiden können, noch endlich die durch die sogenannte Bill des Lord St. Leonards von 1867 angeordneten „Equitable Councils of Conciliation and Arbitration" seien im stande gewesen, den Strikes und Lock-outs ein Ende zu machen. Anstatt nun das Vertrauen zu solchen Vermittlungsorganen überhaupt zu verlieren, sollte man lieber nach der Ursache forschen, welche alle jene Institutionen den Arbeitseinstellungen gegenüber zur Ohnmacht verurteilt habe. Die Kompetenz aller jener Organe sei auf die Entscheidung über schon ausgebrochene Streitigkeiten beschränkt, welche sich auf bereits bestehende Vertragsverhältnisse beziehen; sie seien nicht kompetent, in die Regulirung zukünftiger Lohnverhältnisse einzugreifen. Es frage sich aber gerade, ob es nicht möglich sei, Organe zu bilden, welchen die beteiligten Kreise selbst eine Kompetenz zuerkennen könnten, die eigentlichen Behörden und Gerichten zu übertragen unthunlich sei.

Die Arbeitseinstellungen würden veranlaßt einerseits durch das Streben der Arbeiter, die Lohnverhältnisse immer vorteilhafter für sich zu gestalten, und andererseits durch die Abneigung der Arbeitgeber, auf die Forderungen der Arbeiter überhaupt einzugehen, oder sich dieselben mit dem kategorischen Imperativ eines einseitig gefaßten Arbeiterbeschlusses abzwingen zu lassen. Ein präventives Eingreifen der Staatsbehörden oder der ordentlichen Gerichte würde sich nicht empfehlen, und würde für diese selbst die größten Unzuträglich-

keiten im Gefolge haben. Es handle sich daher nur um Bildung von Organen der Gewerbsgenossen, mehr um die Wahl von Vergleichsausschüssen der Interessenten, behufs einer freiwilligen periodischen Vereinbarung über die Lohnverhältnisse. — Daß dieser Gedanke keine Chimäre sei, hierfür hätten einige verdiente Männer in England den thatsächlichen Beweis geliefert. Er hoffe, es werde ihm gelingen, den Kongreß davon zu überzeugen, wie nachahmungswert die durch die Herren Mundella, Kettle, Kane, Dale und andere ins Leben gerufenen Vergleichsausschüsse seien.

Herr Mundella, Parlamentsmitglied (und später Minister), einer der ersten Strumpfwarenhändler in Nottingham, einem Ort, der früher durch die Häufigkeit von Arbeitseinstellungen und Exzessen eine traurige Berühmtheit erlangt hatte, sei im Jahre 1860 nach einem elfwöchentlichen Strike des Strumpfwarengewerkes mit seinen Gesinnungsgenossen dahin übereingekommen, auf die Repressalie eines Lock-Out zu verzichten, habe mit den Arbeitern sich verglichen und sodann zur Verhütung neuer Lohnstreitigkeiten einen permanenten Vergleichsausschuß (Board of Arbitration) gegründet. Derselbe bestand aus neun Arbeitgebern und neun Arbeitern, beiderseits frei gewählt. Die Arbeitervertreter wählten aus den Vertretern der Arbeitgeber den Präsidenten; der Vizepräsident ward umgekehrt aus den Arbeitern gewählt. Der Präsident sollte im Falle der Stimmengleichheit den Ausschlag geben. Obwohl Herr Mundella noch vor nicht langer Zeit in einer Parlamentskommission erklären konnte, daß die Abgabe einer entscheidenden Stimme bisher noch nicht notwendig geworden sei, hätte doch im vorigen Jahre auf Seiten der Arbeitgeber die Absicht bestanden, den Vorschlag einzubringen, daß man eine dritte Person für längere Zeit wählen möchte, um eventuell den Ausschlag zu geben, damit sich die Arbeiter niemals über den Ausfall einer Entscheidung beklagen könnten, und damit es nicht nötig sei, gerade wenn eine größere Spannung zwischen beiden Teilen in der Gleichheit der Stimmen über eine wichtige Frage eintrete, die Wahl einer beiderseitigen Vertrauensperson vorzunehmen, deren Ausfindigmachung dann doppelt schwer falle. Der Vergleichsausschuß setze in seiner Plenarsitzung die sämtlichen Vertragsbedingungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern, vor allem auch die Lohnverhältnisse, die Höhe der Löhne, die Bestimmungen über die Arbeitszeit, Stücklöhne u. s. w. für eine bestimmte Zeit fest. Wolle der eine Teil eine Veränderung, so könne sein hierauf gehender Antrag erst einen Monat nach Anmeldung desselben zum Gegenstand der Beratung und Beschlußfassung des Board gemacht werden. Die Prüfung und Entscheidung über Differenzen geringfügiger Art liege einem engeren Ausschuß von vier Mitgliedern, je zwei Arbeitgebern und Arbeitern ob. Sei hier eine Einigung nicht zu erreichen, so gehe die Sache an das Plenum, das sich regelmäßig alle drei Monate versammle und außerdem zusammentreten müsse, sobald drei Mitglieder es verlangen. Dieser Board habe sich bald in so hohem Grade das Vertrauen auch weiterer Kreise erworben, daß sein Geltungsbereich sich allmählich über das ganze Strumpfwarengewerk in Nottingham, Derbyshire und Leicestershire erstreckte. Er habe den Frieden zwischen mehr als 60000 Arbeitgebern und Arbeitern jetzt seit zehn Jahren gesichert. Seine Beschlüsse sollen dabei meistens mit solcher Einmütigkeit gefaßt worden sein, daß es nur in wenig Fällen zu einer Abstimmung zu kommen brauchte. Der Board führe zwar den Namen eines Schiedsamts (Board of Arbitration), sei indessen mehr ein Vergleichsausschuß, da es sich dabei nicht um eine richterliche Entscheidung handle, die an und für sich gerichtlich vollstreckbar sei. Auch scheine Herr Mundella jedem Zwang in dieser Richtung abgeneigt zu sein.

Mehr den Charakter eines eigentlichen Schiedsamtes habe das von einem Herrn Kettle, Richter bei einem Worcestershire-Country-Court ins Leben gerufenen „Court of Arbitration". Das erste derartige Amt sei 1865 in Wolverhampton aus Anlaß einer Arbeitseinstellung der Baugewerke entstanden.

Es wurden je sechs oder sieben Arbeitgeber und Arbeiter gewählt, um unter Zugrunde-

legung der gegenseitigen Forderungen, welche zu Papier gebracht werden mußten, und unter Berücksichtigung der Preis- und Lohnverhältnisse in benachbarten Orten sich über alle Streitpunkte zu einigen.

Ein gewählter Obmann sollte diejenigen Punkte, hinsichtlich deren eine Einigung nicht zu erzielen sei, nach Anhörung sämtlicher Beisitzer regeln. Die Verständigung ward indes auch diesmal nach dreitägigen Verhandlungen vollkommen erreicht. Das Resultat derselben ward in ein Schriftstück unter gewissen Formen niedergelegt, sodann vervielfältigt und in jeder Werkstatt angeschlagen und vorgelesen. Jeder Arbeitgeber und Arbeiter erhielt ein Exemplar, um dasselbe zu unterschreiben. Dieses Uebereinkommen galt nun als ein Kontrakt für ein Jahr. Als nach einiger Zeit einmal zwischen einem Zimmermeister und seinen Gesellen eine Meinungsverschiedenheit über eine Vertragsbestimmung entstand, berief der Vorsitzende die zwölf Beisitzer und entschied nach Anhörung derselben zu Gunsten der von den Gesellen vertretenen Auffassung. Der Meister unterwarf sich bereitwillig dieser authentischen Interpretation. — Es ist zweifelhaft, ob das Erkenntnis des Obmanns nach Lage der englischen Gesetzgebung eventuell auf Antrag bei einem ordentlichen Gerichte vollstreckbar gewesen, oder ob nicht die Vollstreckbarkeit solcher Erkenntnisse noch durch einen besonderen Akt der Gesetzgebung angeordnet werden müßte. Redner neigt sich zur letzteren Ansicht, da eine zur Vorberatung des in diesem Jahre in Kraft getretenen Gesetzes über die Gewerkvereine (Trades-Unions Bill) niedergesetzte Parlamentskommission in ihrem Schlußbericht sich dahin ausgesprochen habe, daß „kein System eines obligatorischen Schiedsgerichts durch einen Akt der Gesetzgebung einzuführen sein möchte, weil es keine allgemein anerkannten Grundsätze in dieser Frage gebe, die dem Schiedsrichter einen festen Anhalt gewähren, und weil es kaum möglich sei, eine so fluktuirende Bevölkerung wie die der arbeitenden Klassen an eine Entscheidung für längere Zeit zu binden". Die Parlamentskommission scheine sich hiernach auch im Prinzip mehr dem Grundsatz des Mundellaschen Systems zuzuneigen, wonach den Vergleichsausschüssen der Charakter der Freiwilligkeit durchweg zu wahren wäre. Wie dem auch sei, jedenfalls habe auch das Kettlesche Verfahren sich als geeignet erwiesen, den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitern wieder herzustellen und zu erhalten. Mit Rücksicht darauf, daß die meisten Bestellungen im Baugewerbe im Frühjahr eingehen, gelte der Kontrakt immer vom 1. Mai des laufenden bis zum 1. Mai des folgenden Jahres. Veränderungen, die für das nächste Jahr gewünscht würden, seien im Januar anzumelden, um in dem Vergleichsausschuß geprüft und geschäftsordnungsmäßig geregelt zu werden. — Der gute Erfolg dieser Organe habe auch in ferneren Kreisen seine Wirkung nicht verfehlt. So wären beispielsweise im vorigen Jahre die Baugewerke zu Liverpool mit der Errichtung eines Vergleichsgerichts umgegangen, dessen Zusammensetzung sogar eine zweite und eine dritte Instanz vorgesehen. Jeder einzelne Zweig des Baugewerbes sollte sechs Meister und sechs Arbeiter wählen, der Gesamthof in drei Sektionen zerfallen. Die erste Sektion, Court of Conciliation (Versöhnungshof) genannt, sollte aus je einem Arbeitgeber und einem Arbeiter desjenigen Gewerbszweiges bestehen, in dessen Schoß gerade eine Differenz auszugleichen sei. Einige man sich hier nicht, so sollte die Sache vor die zweite Sektion, Court of Appeal (Appellationshof) gelangen, aus sechs Meistern und sechs Arbeitern eben desselben Gewerbszweiges gebildet. Gelinge auch dort die Verständigung nicht, so sei die Angelegenheit endgültig durch die dritte Sektion, Special-Court (besonderer Hof), zu entscheiden, welche sich aus je einem Meister und einem Arbeiter sämtlicher Zweige des Baugewerbes zusammensetzen sollte. — Die Verhandlungen in der ersten Sektion seien bei verschlossenen Thüren zu führen, und müßten die Parteien hier selbst erscheinen. Die Verhandlungen in den beiden anderen Instanzen sollten öffentlich sein, zur Belebung des allgemeinen Vertrauens in die Rechtsprechung, und könnten sich dort die Parteien auch durch Sachwalter vertreten lassen. Ob dieses Projekt zur Ausführung gekommen, sei dem Redner nicht bekannt, da er inzwischen England verlassen und nicht

Gelegenheit gehabt habe, darüber Nachrichten einzuziehen. Jedenfalls zeuge dasselbe von der wachsenden Einsicht unter den Arbeitern, daß ihnen der Krieg mit den Arbeitgebern nachteilig sei, und daß sich allen Lohnstreitigkeiten in geordneter Weise vorbeugen lasse.

Eine im vorigen September von 22 Compagnien, jede durch die Unterschriften von sowohl Arbeitgebern als Arbeitern vertreten, einem Herrn Dale, Vorsitzenden des für die Eisenindustrie Nord-Englands seit einigen Jahren bestehenden Board of Arbitration, votirte Dankadresse beweise, wie alle Beteiligten die Wohlthaten dieses Vergleichsverfahrens anerkennen. Auch sei es diesem Herrn Dale, in Gemeinschaft mit einem Herrn Kane, Beisitzer in demselben Board, im vorigen Jahre gelungen, den Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitern nach West-Schottland zu tragen. Infolge eines Strikes der Eisenarbeiter in Blochairn war eine Arbeitseinstellung der ganzen Eisenindustrie jenes Landesteiles eingetreten. Herr Kane ward von den Arbeitern, Herr Dale von den Arbeitgebern um die Vermittlung angegangen. Ersterer bereiste sämtliche Etablissements und brachte es dahin, daß alle eine Versammlung von Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zu Glasgow beschickten, welche die zukünftigen Lohnverhältnisse reguliren sollte, und daß die Arbeit sofort wieder aufgenommen wurde mit der Maßgabe, daß die neuen Bedingungen mit dem Tage des Arbeitsantritts in Kraft zu treten hätten. Am 18. Juni 1870 ward der neue Vertrag vollzogen, und man beabsichtigte, ebenfalls einen permanenten Vergleichsausschuß zur Verhütung von zukünftigen Arbeitseinstellungen einzurichten.

Kusserow resumirte nun in folgendem die Hauptgesichtspunkte, welche bei diesen mit so gutem Erfolg gekrönten Versuchen in Betracht gekommen seien.

Das erste Moment sei der Grundsatz der Freiwilligkeit, der sich von selbst verstehe, wenn man nicht überhaupt zu den alten Zwangsmitteln des Zunftwesens zurückkehren und die Bahnen der Gewerbefreiheit von neuem verlassen wolle. Der zweite Gesichtspunkt sei das Prinzip der gleichen Vertretung der Interessen der Arbeitgeber und der Arbeiter. Auch dieses Prinzip sei durch die deutsche Reichsgesetzgebung, speziell durch § 108 der Gewerbeordnung anerkannt und könne der Nachahmung der englischen Muster bei uns nicht im Wege stehen. Auch lasse sich erwarten, daß die deutschen Arbeiter, die an Durchschnittsbildung sich mit den Arbeitern aller Länder messen könnten, sich dieser Gleichberechtigung würdig erweisen würden. Am wenigsten aber sei ernstlich zu besorgen, daß bürgerlicher Hochmut auf seiten der Arbeitgeber dem Zustandekommen solcher Vergleichsausschüsse auf dem Prinzip der Gleichberechtigung hinderlich sein würde. Man habe die Strikes und Lock-Outs von England importiert, und werde sich gewiß nicht weigern, auch das englische Heilmittel gegen dieses Uebel anzunehmen.

Ein drittes Moment sei die Entscheidung durch Berufsgenossen. Denn um einem solchen Vergleichsausschuß Vertrauen zu sichern, sei Fachkenntnis ebenso unentbehrlich als gute Gesinnung. Ein Maurer werde sich nicht leicht dem Urteil eines Webers oder eines Bäckers unterwerfen.

In England sei, nach dem vor der früher erwähnten Parlamentskommission abgegebenen Zeugnis der Herren Mundella und Kettle, die bestehende Organisation der Gewerkvereine dem Zustandekommen solcher Vergleichsorgane dienlich gewesen; namentlich habe dieselbe den Gehorsam gegen die Beschlüsse dieser freiwilligen Schiedsgerichte gesichert. So habe das Vergleichsverfahren auch umgekehrt sich als ein wertvolles Korrektiv gegen die bedenklichen Seiten der „Trades-Unions“ erwiesen und bewirkt, daß diese Vereine, da wo Vergleichsausschüsse bestehen, immer mehr die Wege der „Friendly Societies“ und anderer Kooperativ-Genossenschaften gegangen seien. Diese Erfahrung habe wesentlich die Annahme der in diesem Jahre (1871) in Kraft getretenen „Trades-Unions Bill“ gefördert, durch welche auch diese bis dahin nur mit Grauen und Mißtrauen angesehenen und nur geduldeten Gesellschaften die Rechte eingetragener Genossenschaften erhalten haben. Man gebe sich in England eben der Hoffnung

hin, daß die Legalität derselben ihre bisher nur vereinzelt bewährte Geneigtheit und Befähigung zur Förderung eines ersprießlichen Vergleichssystems zwischen Arbeitgebern und Arbeitern vermehren werde. Es sei eine Thatsache, daß viele Gewerkvereine in ihren Statuten die Bestimmung enthielten, erst nach Erschöpfung aller Vergleichsversuche von dem Mittel des Strikes Gebrauch zu machen. Redner meint, es liege die Frage nahe, ob nicht auch bei uns eine sichtbare Organisation der Arbeiter mit gesetzlich anerkannten Statuten für ihre eventuellen Strikebedürfnisse im allseitigen Interesse wenigstens besser sei, als die nach der augenblicklichen Lage der Gesetzgebung allein möglichen „Strikekomites“ mit ihrer bewußten oder unbewußten Anlehnung an geheime Gesellschaften. Doch dies sei eine Frage, die bei Gelegenheit der Beratungen über das Vereinswesen zur Sprache zu bringen sei. — Es sei aber unbestreitbar, daß seit dem Bestehen der „Trades-Unions“ in England die Strikes, wenn auch häufiger und nachhaltiger, so doch unblutiger geworden seien, als sie es früherhin ohne die Disciplin dieser Vereine gewesen, und als sie es in vielen Ländern noch seien, wo das Recht der Koalition zum Zweck der Erzielung höherer Löhne erteilt wurde, ohne daß demselben das Recht einer sichtbaren Organisation von Lohn-Garantie-Vereinen an die Seite gestellt worden wäre. Redner wies in letzterer Beziehung namentlich auf Frankreich und Belgien hin und drückte die Hoffnung aus, daß man in Deutschland nicht auf halbem Wege stehen bleiben möge. Nachdem man den Arbeitern die Koalitionsfreiheit gegeben, müsse man, unter Gewährleistung eines kräftigen Schutzes für Andersdenkende, durch eine sich dem Auge nicht entziehende Organisation, den Gebrauch dieser Freiheit seines gemeinschädlichen Charakters zu entkleiden suchen. Vor allem aber gehöre hierzu, daß man den Arbeitern Gelegenheit gebe, ihre Interessen in anderer Weise als durch „Strikes“ zur Geltung und Anerkennung zu bringen.

Der volkswirtschaftliche Kongreß könne vermöge des Einflusses, den er in seiner Gesamtheit, und welchen manches seiner Mitglieder in seiner speziellen Heimat ausübe, hierzu beträchtlich mitwirken, indem er die Errichtung von solchen Vergleichsausschüssen, wie sie in England nicht ohne günstigen Erfolg versucht worden, auch vom Standpunkt der Volkswirtschaft für empfehlenswert erkläre. Es handle sich einstweilen noch nicht um die Entscheidung zwischen verschiedenen Systemen. Man überlasse die Einzelheiten der Organisation solcher Ausschüsse vor der Hand am besten der Wahl der beteiligten Berufsgenossen. Es komme zunächst nur darauf an, daß überhaupt etwas in dieser Richtung geschehe. Man solle nicht immer alles von den Staats- und öffentlichen Behörden erwarten, wenn man sich als für eine gesunde Selbstverwaltung reif erweisen wolle. Denn wahre Selbstverwaltung bestehe doch darin, daß die einzelnen Berufskreise ihre speziellen Interessen selbst in die Hand nehmen. — Er halte auch dafür, daß die durch solche Organe der Selbstverwaltung ermöglichte Teilnahme der arbeitenden Klassen an einer geordneten Verwaltung ihrer nächstliegenden Interessen das beste Korrektiv gegen die vielfach behaupteten und teilweise vorhandenen Mängel des allgemeinen Stimmrechts bilden würde, indem selbst die ärmsten Fabrikarbeiter hierdurch allmählich auch zum Verständnis für ferner liegende größere Interessen herangebildet würden. Daß aber diese Beteiligung des Arbeiters an solchen Ausschüssen, und der dadurch angebahnte innigere Verkehr desselben mit dem Arbeitgeber ihn für den Beruf selbst tüchtiger machen würde, liege auf der Hand. Der über alle bei einem Geschäftsbetrieb in Betracht kommenden Momente belehrte Arbeiter werde nicht mehr allein auf das Urteil anderer angewiesen und der Gefahr ausgesetzt sein, von falschen Propheten auf volkswirtschaftlichem und politischem Gebiete ausgebeutet zu werden. — Die durch solche Ausschüsse gesicherte Verständigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern würde vor allem aber zu einer freundschaftlichen Gestaltung der wechselweisen Beziehungen mächtig beitragen und immer mehr die Ueberzeugung von der Identität ihrer beiderseitigen Interessen befestigen. Hiermit aber wäre gewiß ein bedeutender Schritt zur Versöhnung zwischen Arbeit und Kapital gethan.“

Nach diesem Vortrage entspann sich eine lebhafte Diskussion, an der sich namentlich die Herren H. B. Oppenheim, als Mitantragsteller, Faucher, Dr. Böhmert aus Zürich, Dr. Wolff aus Stettin und Dr. Witte aus Rostock beteiligten. Nachdem Kusserow zum Schluß konstatirt hatte, daß sich die Gegnerschaft einzelner Redner weniger gegen die Vergleichsausschüsse als gegen die in seinem Vortrag erwähnten englischen Gewerkvereine richte, und daß man den Beweis dafür schuldig geblieben sei, die Vergleichsausschüsse würden volkswirtschaftlich nachteilig sein, ward sein obiger Antrag mit großer Majorität angenommen.

Der Zufall wollte, daß ungefähr um dieselbe Zeit auf einer Versammlung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in Berlin ein Antrag angenommen wurde, welcher Lohnstreitigkeiten der Entscheidung von „Einigungsämtern" unterworfen wissen wollte. Die wegen der radikalen Tendenzen der Abgeordneten Hirsch und Duncker bestehenden Vorurteile gegen die von ihnen geleiteten Gewerkvereine trugen dazu bei, daß das von ihnen empfohlene Institut der Einigungsämter nur geringen Sympathien begegnete, und wurde hierdurch der Vorschlag Kusserows in Mitleidenschaft gezogen. Es hat bekanntlich noch fast zwei Dezennien gedauert, bis die Nachteile von Arbeitseinstellungen und Arbeitsaussperrungen für alle Beteiligten den Nutzen von Friedensorganen zwischen Kapital und Arbeit mehr und mehr erkennen ließen und dahin führten, daß man damit anfing, dem § 108 der deutschen Gewerbeordnung, welcher lediglich die Errichtung von Schiedsgerichten unter gleichmäßiger Hinzuziehung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ermöglichte, durch Spezialgesetze auf diesem Gebiet einen nutzbringenden Inhalt zu geben.

Kusserow fand jedoch schon in der Reichstagssession von 1872 die Gelegenheit, seinen Gedanken in einer Richtung zu verwerten, welche auch heute noch den Anspruch auf Beachtung zu verdienen scheint. Die Liberale Reichspartei hatte ihn in die Kommission für den Schulzeschen Gesetzentwurf, betreffend die privatrechtliche Stellung von Vereinen, gewählt. Die „Elberfelder Zeitung" vom 13. Juni 1872, Nr. 162, berichtet folgendermaßen über die Sitzung dieser Kommission vom 10. Juni:

„Der § 1 erfuhr auf den Antrag des Abgeordneten v. Kusserow eine Abänderung, welche sehr geeignet erscheint, die erfreuliche Bewegung zu Gunsten der Errichtung von Einigungsämtern und Schiedsgerichten zu fördern, indem er verlangt, daß die Vereine von Arbeitgebern oder Arbeitern, welche sich die Veranstaltung von Arbeitsaussperrungen oder Einstellungen zur Aufgabe machen, von den Wohlthaten des Gesetzes (Gewährung von Korporationsrechten) ausgeschlossen bleiben sollen, insofern sie nicht in ihren Statuten die Verpflichtung anerkennen, sich an den die Verhütung und Schlichtung von Streitigkeiten über Lohn und Arbeitsbedingungen bezweckenden Einigungs- und Schiedsämtern zu beteiligen. — Hiernach würden also, wenn der § 1 in dieser Gestalt Gesetzeskraft erhält, wozu bei der von der Regierung bisher eingenommenen ablehnenden Haltung allerdings vorerst wenig Aussicht vorhanden ist, die sogenannten Strikevereine der Sozialdemokraten, welche der Einführung von Einigungsämtern und Schiedsgerichten feindlich entgegenstehen, nicht unter das Gesetz fallen, also die Rechtswohlthat der juristischen Persönlichkeit nicht empfangen. Die deutschen Gewerkvereine dagegen, wie alle anderen Vereine von Arbeitern und Arbeitgebern, welche die Veranstaltung von Arbeits-

einstellungen oder Aussperrungen nur als einen Nebenzweck im Auge haben und erst nach Erschöpfung aller Vergleichsversuche von diesem Gewaltmittel Gebrauch machen, würden den jetzt noch entbehrten Schutz des Gesetzes finden. — Die Normativbestimmungen in § 3 des Schulzeschen Entwurfs wurden unverändert angenommen, doch ward unter Benutzung der in einer der ersten Kommissionssitzungen von dem Abgeordneten v. Kusserow eingebrachten Anträge mit Rücksicht auf die Kumulirung verschiedener Vereinsgewerke folgender Zusatz beschlossen: „Die zur Unterstützung von Kranken und Invaliden, oder für die Begräbniskasse, oder zu anderweitigen Unterstützungszwecken erhobenen Gelder sind getrennt zu halten, zu buchen und zu verwalten und dürfen unter keiner Bedingung zur Unterhaltung von Arbeitseinstellungen oder Aussperrungen, oder zu anderen Zwecken, als für welche sie erhoben worden sind, verwendet werden. Dementsprechend hat eine jährliche oder periodische öffentliche Rechnungslegung über die Vereinnahmung, Veranlagung und Verwendung der Gelder je nach den verschiedenen Vereinszwecken stattzufinden, und muß die Einsicht in die Bücher des Vereins jederzeit und jeder an dem Vereinsvermögen interessirten Privatperson sowie der in diesem Gesetz bezeichneten Aufsichts- („Registrirungs“-) Behörde gestattet werden.“ Diese letzteren Bestimmungen sind im wesentlichen dem im vorigen Jahre in England erlassenen Gesetze über die Trades-Unions entnommen und bezwecken die Verhütung des Mißbrauchs, der darin besteht, daß die von Vereinen zu einem bestimmten Zweck erhobenen Gelder gegen den Willen des Leistenden zu andern Zwecken verwandt werden.“

Schließlich kam der Gesetzentwurf nach seiner Ablehnung durch die Majorität der Kommission nicht zur Verabschiedung, wesentlich aus dem Grunde, weil die verbündeten Regierungen und die Majorität des Reichstags es nicht für zweckmäßig erachteten, wie dies nach dem Schulzeschen Entwurf der Fall war, die privatrechtliche Stellung aller, also auch der politischen Vereine ein und denselben Normativbedingungen für die Verleihung von Kooperationsrechten zu unterwerfen. Auch schien regierungsseitig besorgt zu werden, daß die Verleihung der juristischen Persönlichkeit an Vereine, welche Unterstützungszwecke verfolgen, der in Aussicht genommenen Reichsgesetzgebung über das Kassen- und Versicherungswesen vorgreifen könnte.

Sein Interesse für deutschen Patentschutz.

Während der Wintersession 1871/72 war Kusserow Mitglied der Petitionskommission, welcher eine größere Anzahl von Petitionen zu Gunsten des Erlasses eines Reichspatentgesetzes vorlagen. Er hatte, wie schon früher erwähnt, während seines Aufenthalts in den Vereinigten Staaten von Amerika sich für die Einführung des Patentschutzes in Deutschland in hohem Maße erwärmt, und legte seine Ansichten hierüber in der Petitionskommission so überzeugend dar, daß die letztere ihn zum Referenten für das Plenum designirte, während die gegenteilige Ansicht durch den freihändlerischen Abgeordneten Dr. Banks als Korreferent vertreten werden sollte. Es kam jedoch nicht mehr zu einer Plenarberatung über diese Frage. Denn der Präsident des Reichskanzler-Amts, Minister Delbrück äußerte den Referenten gegenüber den Wunsch, daß die Angelegenheit wenigstens so lange verschoben werden möchte, bis die grade in jenen Tagen erwarteten Beschlüsse einer englischen Parlamentskommission vorliegen würden,

welche darüber beriet, ob der in England bestehende Patentschutz nicht etwa ganz aufzuheben sei. Im Gegensatz zu der letzteren Annahme fiel das Votum dieser Kommission dahin aus, daß der in England bestehende Patentschutz noch der Verschärfung bedürfe. Als diese Nachricht in Berlin einlief, war jedoch die Session des Reichstags eben geschlossen worden. Bekanntlich brachte Fürst Bismarck hierauf die Frage des Patent- und des Musterschutzes sowie den Schutz des geistigen Eigentums, wovon unsere Freihändler bis dahin nichts hatten wissen wollen, bald in Fluß.

Eintreten für Preßfreiheit.

Mit derselben Entschiedenheit, wie Kusserow, unbekümmert um den ultraliberalen Teil seiner Wähler, für die Wehrhaftigkeit des Reichs eintrat, ebenso bekundete er, getreu den bei seiner Wahl ausgesprochenen Grundsätzen, seine Unabhängigkeit durch unerschrockenes Auftreten für Preßfreiheit, und zwar nach englischem Muster. In der Sitzung des Reichstags vom 15. Mai 1871 (Sten. Bericht I. Leg.-Per. I. S. 2. Bd. S. 705) nahm er das Wort zu Gunsten des von ihm und anderen Mitgliedern der Liberalen Reichspartei unterstützten Gesetzentwurfs der Abgeordneten Dr. Völk, Wiggers und Genossen, betreffend die Kautionspflichtigkeit periodischer Druckschriften und die Entziehung der Befugnis zum Betriebe eines Preßgewerbes. Dieser Spezialgesetzentwurf bezweckte, vorbehaltlich der Einbringung eines allgemeinen deutschen Preßgesetzes, vorerst die Presse von diesen schlimmsten Beschränkungen zu befreien.

Kusserow benutzte die dritte Lesung, nicht nur, um sich zu Gunsten der baldigen Aufhebung der vorbezeichneten, die Presse herabdrückenden Präventivmaßregeln im Wege des beantragten Spezialgesetzes auszusprechen, sondern auch um bei diesem Anlaß der Presse selbst den Wunsch nach besseren Parlamentsberichten, wie solche in England erstattet würden, nahe zu legen.

Im Verlauf seiner Rede bemerkte Kusserow:

„Wir wollen die Presse durch eine freie Gesetzgebung von den degradirenden Fesseln befreien, die bisher ihre freie Entwicklung verhindert haben. Oder ist nicht etwa die Kaution eine degradirende Fessel? Denn sie behandelt die Presse schlechter als den Verbrecher. Die Kaution ist eine Art Polizeiaufsicht vor begangenem Verbrechen und vor dem Urteil. Der Presse vertrauen wir unsere Gedanken an, und selbst die Gegner der Preßfreiheit möchten nicht gerne darauf verzichten, daß ihre Gedanken durch die Presse vervielfältigt und an richtiger Stelle gelesen werden."

Der Reichstag nahm den Antrag Völk und Genossen mit großer Majorität an und beschloß außerdem eine Resolution, welche den Herrn Reichskanzler ersuchte, dem Reichstage in der nächsten Session den Entwurf eines für das ganze Bundesgebiet geltenden Preßgesetzes vorzulegen und denselben zuvor auch der öffentlichen Kritik zu unterbreiten.

Im Laufe der bald eintretenden Parlamentsferien hatte Kusserow Gelegen-

heit, sich davon zu überzeugen, daß sein offenes Eintreten in der vorstehenden Angelegenheit nicht nach dem Geschmack des einen oder andern seiner hochkonservativen Vorgesetzten war. Graf Bernstorff hatte Kusserow im Juli 1871 mitgeteilt, daß Seine Majestät der Kaiser ihm, dem Botschafter, in Anerkennung der auf seinem Posten während des Krieges geleisteten hervorragenden Dienste den Schwarzen Adler-Orden verliehen habe, und hinzugefügt: „Ich wünschte nur, daß nun auch meine Vorschläge für meine Mitarbeiter recht bald berücksichtigt würden, da ich mich sonst schäme, allein belohnt zu sein für die schwere Müh' und Arbeit." Da gleichwohl während der nächsten Monate für Kusserow, im Unterschiede von den andern Mitgliedern der Botschaft, nichts erfolgte und er dies dem Botschafter mitteilte, zog Graf Bernstorff hierüber in Berlin gelegentlich eines Urlaubes Erkundigungen ein und schrieb an Kusserow: „Wie mir angedeutet worden, haben Ihre Reden im Reichstage das Auswärtige Amt nicht in die Stimmung versetzt, Ihnen eine Auszeichnung zu teil werden zu lassen." Kusserow hatte bis dahin nur die eine improvisirte Rede zur Abwehr von Angriffen auf die Marine wegen ihrer geringen Leistungen im Kriege und die andere in Angelegenheit der Presse gehalten; es konnte daher nur diese letztere Mißfallen erregt haben. Er gab der Sache keine weitere Folge, bis ihm wiederum einige Monate später gesagt wurde, daß eine angebliche Verstimmung des Fürsten gegen ihn das Hindernis dafür bilde, ihn seinem Dienstalter gemäß zum Legationsrat vorzuschlagen, und daß hierunter auch einige seiner Hintermänner zu leiden hätten. Dies letztere veranlaßte Kusserow, den Fürsten Bismarck am 28. Januar 1872 um eine Audienz zu bitten. Hier erfuhr er zu seiner Ueberraschung, daß ihm fälschlich nachgesagt worden sei, er habe den Dienst verlassen. Zugleich aber konnte er sich überzeugen, daß Fürst Bismarck weit entfernt, ihm irgend etwas nachzutragen und eine Verstimmung gegen ihn zu hegen, von dem Vorschlag des Grafen Bernstorff überhaupt nie etwas gehört hatte. Im Laufe der Unterhaltung brauchte der Fürst die kräftige Wendung: „Man lügt so gräßlich viel auf mein Conto zusammen. Ich habe z. B. gar keine Zeit, mich um Ordensangelegenheiten zu bekümmern, und pflege daher blindlings die Vorschläge der Missionschefs zu genehmigen. Ich erinnere mich aber nicht, irgend welchen Vorschlag zu Ihren Gunsten abgelehnt zu haben." Als ihm Kusserow sagte, daß er sich nur mit Rücksicht auf sein Reichstagsmandat für ein Jahr von den Dienstgeschäften habe dispensiren lassen, aber nicht den Dienst verlassen habe, entgegnete der Fürst, daß er sich hierüber sehr freue; „denn, wie ich noch heute morgen mich dem Minister Delbrück gegenüber ausgesprochen, habe ich mich, seit Sie mir von Turin nach Baden geschrieben und mir ein Memoire über die deutsche Frage übersandt haben, für Ihre Laufbahn interessirt, weil ich mich freute, einen jungen Diplomaten kennen zu lernen, der sich mit solchem Eifer seinem Berufe widmete und in demselben etwas Höheres erblickte, als lediglich die gesellschaftlichen Annehm-

lichkeiten desselben zu genießen." Der Fürst fragte alsdann Kusserow, ob er sich etwa im Bundeskanzler-Amt unbehaglich gefühlt habe, er, wie Minister Delbrück seien doch sehr zufrieden mit ihm gewesen, Kusserow habe sich dort in viel versprechender Weise seiner Arbeiten entledigt. Dieser antwortete hierauf, daß er keine Ursache zu klagen habe, denn Minister Delbrück sei ihm stets ein wohlwollender Chef gewesen und habe ihm, bevor er als stellvertretender Botschaftsrat nach London ging, seine Anerkennung und den Wunsch ausgesprochen, nach dem Kriege wieder zu ihm zu kommen. Seine Lust und Liebe zum diplomatischen Fach sei die alte geblieben, er habe aber nach den ihm gewordenen Mitteilungen an der Möglichkeit eines weiteren Fortkommens in dieser Laufbahn zweifeln und den Versuch zur Lösung dieses Zweifels machen müssen. Fürst Bismarck gab ihm wiederholt die feste Versicherung „als Gentleman", daß er falsch unterrichtet worden sei. Die Unterredung schloß damit, daß Fürst Bismarck Kusserow sagte, er müsse nun aber auch diesem selbst die Initiative überlassen, wann er wieder eintreten wolle.

Um seinen guten Willen zu bekunden, und um zu zeigen, daß es ihm nur darum zu thun gewesen, sich von den Gesinnungen des Fürsten gegen ihn zu überzeugen, begab sich Kusserow schon am folgenden Tage zu Minister Delbrück und stellte sich demselben bedingungslos wieder zur Verfügung. Dieser bestätigte ihm, daß Fürst Bismarck keinerlei Tadel über ihn geäußert, sondern nur mit großer Anerkennung, insbesondere von der ihm aus Turin gesandten Arbeit gesprochen habe. Am selben Abend gewahrte Fürst Bismarck Kusserow in einer Gesellschaft beim österreichischen Botschafter, ging sofort auf ihn zu und sprach ihm seine Freude über den von ihm gethanen Schritt aus. Die Ernennung Kusserows und einiger anderer Legationssekretäre zu Legationsräten erfolgte erst am 28. Mai 1872, vermutlich, weil Kusserow aus Delikatesse davon abgesehen hatte, durch eine schriftliche Vorlage an den Reichskanzler diejenigen, die es anging, zu einem Vortrage zu zwingen. So gelang es diesen Einflüssen, die für Kusserow im Jahre 1871 von dem Botschafter Grafen Bernstorff beantragte Anerkennung seiner Dienste während des Krieges auch weiter bis zum Ordensfest 1874 zu hintertreiben. Aehnliche ihm feindliche Einflüsse haben Kusserow auch später wiederholt persönlich ohne Vorwissen des Fürsten Bismarck zu schädigen verstanden.

Da dem am 8. April 1872 zu seiner III. Session zusammengetretenen Reichstage ein Preßgesetzentwurf nicht vorgelegt noch in Aussicht gestellt worden war, richtete dieserhalb eine größere Anzahl von Abgeordneten eine Interpellation an die Reichsregierung, welche am 22. desselben Monats zur Verhandlung kam. Der Präsident des Reichskanzler-Amts erklärte es für unmöglich, den Gesetzentwurf, welcher einstweilen noch die Bundesregierungen und den Bundesrat in Anspruch nehme, schon in dem jetzt versammelten Reichstage einzubringen. Bei Besprechung der Interpellation wurden zunächst von

anderer Seite die Preßgesetzgebungen in einigen Bundesstaaten einer scharfen Kritik unterworfen. Die Liberale Reichspartei hatte Kusserow zur Beteiligung an den Verhandlungen ermächtigt. In seiner Rede (Sten. Bericht Session 1872, Bd. I. S. 110) sprach er die Ansicht aus, daß seines Erachtens das Zustandekommen eines wirklich freisinnigen Preßgesetzentwurfs im Schoße des Bundesrats wesentlich bedingt sein werde durch den Grad des Vertrauens, welches die verbündeten Regierungen in das Gelingen einer Verständigung über diejenigen Kautelen gewinnen könnten, von welchen die Preßfreiheit in einem geordneten Gemeinwesen umgeben sein müsse. Er erörterte deshalb die Frage nach diesen beiden Seiten hin. Zunächst sei zu erwarten, daß der zu erhoffende Gesetzentwurf, dem Beschluß des Reichstags vom Frühjahr 1871 gemäß, die Zeitungskautionen und die Entziehung der Befugnis zum Betriebe des Preßgewerbes beseitigen werde. Er wünsche aber auch ein drittes Element des Präventivsystems, die vorläufige Beschlagnahme, mit zwei Ausnahmen, aufgehoben zu sehen. Die eine sei der Kriegszustand, der nach den vor dem Ausbruch des letzten Krieges in einzelnen Gebieten des Reichs gemachten Erfahrungen die vorläufige Beschlagnahme von Preßerzeugnissen erheische, schon um dem großen Publikum die Last eines Belagerungszustandes zu ersparen. Als zweite Ausnahme lasse er die vorläufige polizeiliche Beschlagnahme auswärtiger Zeitungen gelten, da es nicht möglich sei, den strafbaren Inhalt derselben strafrechtlich zu verfolgen und es sich um so mehr empfehle, sie durch Beschlagnahme unschädlich zu machen. Im übrigen aber halte er die vorläufige Beschlagnahme für schlimmer als die Zensur. Die Beseitigung der Präventivmaßregeln werde die deutsche Presse von dem moralischen Bann befreien, der bisher schädlich auf ihr gelastet habe. Die Richtigkeit dieser Auffassung werde durch einen Vergleich zwischen der sozialen Stellung zum Beispiel der englischen und deutschen Journalisten dargethan. In England werde der Journalist als solcher überall nicht weniger gern gesehen als ein Beamter, Künstler oder Gelehrter. Dort hielten es hervorragende Offiziere und Edelleute nicht unter ihrer Würde, das Amt eines Zeitungsberichterstatters zu übernehmen. „Wie anders bei uns." Die schlechtere soziale Stellung der deutschen Journalisten sei wesentlich auf den moralischen Druck zurückzuführen, der bisher diese Berufsthätigkeit in Gestalt der Präventivmittel gewissermaßen unter beständige Polizeiaufsicht stelle.

Kusserow führte alsdann aus, daß die Leistungsfähigkeit der Presse nicht nur von dem guten Willen und von der Intelligenz der Träger dieses Berufs, sondern auch von den ihnen zur Verfügung stehenden materiellen Mitteln abhänge. Diese Mittel gewähre der Absatz der Zeitungen. Gestützt auf seine im Ausland gewonnenen Erfahrungen, plaidirte er deshalb auch für die Aufhebung der Zeitungsstempelsteuer.

Bei Besprechung der Kautelen, welche der Staat und das Publikum einer freien Presse gegenüber zu verlangen berechtigt seien, wies er auf die Schwierigkeit

hin, in jedem Falle eines strafbaren Preßerzeugnisses den wirklich Schuldigen ausfindig zu machen. Er empfahl deshalb das Muster der englischen Preßgesetzgebung. In England gingen die Kautelen gegen den Mißbrauch der Presse Hand in Hand mit der Entwicklung der Preßfreiheit. Ohne diese Kautelen komme man zu einer mehr den Namen Preßlicenz verdienenden Preßfreiheit, wie er sie in Amerika kennen gelernt habe. Nach der englischen Gesetzgebung sei aber gerade derjenige Grundsatz für die Verantwortlichkeit der herrschende, den bedauerlicherweise jüngst der deutsche Journalistentag für bedenklich gehalten habe. Der letztere wolle die Verantwortlichkeit auf den Dolus beschränkt wissen, das englische Gesetz dagegen treffe schon die That. Für den englischen Richter komme der Dolus nur bei der Strafbemessung in Betracht. Kusserow entwickelte an der Hand englischer Autoritäten, wie Park und Shortt, das Wesen des englischen Law of Libel. Hiernach sei englischer Grundsatz, daß die Thatsache der Veröffentlichung des Libels für die Strafbarkeit genüge. Die Bestrafung trete ein, wenn konstatirt werden könne, daß dem Kläger ein Nachteil erwachsen sei; stehe dies fest, so werde eine diesem Nachteil entsprechende, oft sehr hohe Geldstrafe verhängt, und diese treffe in der Hauptsache den Eigentümer des Blattes, weil derselbe aus allen darin erscheinenden Preßerzeugnissen den materiellen Vorteil ziehe. Dieser Grundsatz würde auch bei uns immer mehr an Bedeutung gewinnen, je mehr die Presse aus einzelnen Händen auf anonyme Preßunternehmungen übergehe, denen es immer leicht sein würde, für gutes Honorar einen Sitzredakteur zu finden. Wolle man ordentliche Kautelen gegen den Mißbrauch der Presse schaffen, so würde man auch bei uns, wie in England, sich zur Verhängung größerer Geldbußen verstehen müssen.

Sei die Preßfreiheit nach englischem Muster mit solchen der Gerechtigkeit entsprechenden Kautelen umgeben, so sei auch die freie Konkurrenz auf dem Gebiet der Presse nicht zu besorgen. Es sei ein Irrtum, von der Entfesselung der Presse lediglich das Entstehen einer Menge schädlicher Winkelblätter zu erwarten. Man müsse zugleich durch die Gesetzgebung den bisher erschwerten Vertrieb der Zeitungen durch die Straßen und durch das ganze Land möglichst erleichtern. Hierdurch würde die Verbilligung der größeren, also mit größeren Mitteln und größerer Intelligenz betriebenen Blätter und deren Verbreitung auch in die entferntesten Teile des Reichs ermöglicht werden. Eine Gefahr bestehe nicht in der Preßfreiheit, sondern in der Einseitigkeit, an welcher nicht bloß die ärmeren, sondern auch die wohlhabenderen Klassen litten. Verhältnismäßig nur wenige hielten sich gleichzeitig mehrere Zeitungen. Die meisten stünden deshalb unter dem täglichen Einfluß ihres einzigen gedruckten Lehrmeisters. In England sei das Zeitungsabonnement ein vollständig sekundärer Begriff; die große Masse des Publikums aller Klassen kaufe sich zumeist bei der sich in der Straße auf Schritt und Tritt bietenden Gelegenheit bald diese,

bald jene Zeitung, die man gerade mit Rücksicht auf einen bestimmten Gegenstand zu lesen wünsche. So lange bei uns nicht alle Hemmnisse beseitigt würden, welche den Vertrieb der Zeitungen bisher beschränkten, würde das verbreitete Uebel der Einseitigkeit fortdauern, und mit diesen Hemmnissen werde die Preßfreiheit, selbst bei Aufhebung der auf der Presse lastenden Präventivmaßregeln, wie die Kaution und die vorläufige Beschlagnahme, eine Illusion bleiben. Kusserow schloß mit den Worten: „Ich empfehle Ihnen das Muster der englischen Preßfreiheit mit den Kautelen des englischen Rechtes."

Wohl selten vorher hatte sich ein preußischer Regierungsbeamter mit solcher Entschiedenheit für die Beseitigung der in der preußischen wie in anderen deutschen Gesetzgebungen bestehenden Beschränkung der Freiheit der Presse ausgesprochen. Auch blieb die Rede Kusserows nicht ohne Wirkung auf die konservativen Mitglieder des Reichstags, von welchen sich niemand zur Bekämpfung der von ihm entwickelten Ansichten erhob. Kusserow bewies jedenfalls auch durch jene Rede erneut, daß kein persönliches Interesse ihn abhalten konnte, seine politischen Anschauungen öffentlich zu bekennen.

Wir wollen hier jedoch konstatiren, daß es bei den Beratungen über den im Jahre 1874 von dem Reichstag beschlossenen Preßgesetzentwurf, welcher im übrigen alle von Kusserow befürworteten Entlastungen der Presse brachte, nicht gelungen ist, den von ihm zur Berücksichtigung empfohlenen englischen Grundsatz, wonach schon die That, unabhängig vom Dolus, strafbar ist, zur vollen Geltung zu bringen. Hierauf aber ist der auch vom Fürsten Bismarck oft gerügte, fortdauernde Uebelstand zurückzuführen, daß es nach wie vor in Deutschland schwerer als in England ist, die Nachteile einigermaßen aufzuwiegen, welche in vielen Fällen dem Privatmann durch den Mißbrauch der Preßfreiheit zugefügt werden.

Sein Standpunkt in der Diätenfrage.

In Konsequenz der Ansichten, welche Kusserow über die Frage der Bewilligung von Diäten an die Mitglieder des Reichstages schon im Jahre 1863 in dem oben erwähnten Promemoria an Herrn von Bismarck aus Turin und vor seiner Wahl im März 1871 seinen Wählern gegenüber zum Ausdruck gebracht hatte, nahm er am 26. März 1873 (Sten. Bericht I. Leg. Per. IV. S. 1873 S. 75) das Wort gegen den von dem Abgeordneten Schulze und Genossen wieder eingebrachten Antrag auf Abänderung des Artikels 32 der Verfassung, behufs Einführung von Diäten für die Reichstagsabgeordneten.

Er wies zunächst die Grundlosigkeit der Behauptung zurück, daß die Verweigerung der Diäten eine dem Geist der Verfassung widersprechende Verkürzung und Verkümmerung des allgemeinen Wahlrechts darstelle; denn gerade in der Verfassung sei dem allgemeinen direkten Wahlrecht ganz ausdrücklich und mit Vorbedacht die Diätenlosigkeit der Reichstagsmitglieder gegenübergestellt worden. Schon die redaktionelle Anordnung der betreffenden Verfassungsbestimmungen spreche für die Absicht dieser Gegenüberstellung. Eine Störung dieses Ver-

hältnisses würde eine Störung des ganzen Organismus zur Folge haben. Die Artikel 20 und 32 des Abschnitts V der Verfassung bezeichnet er als die Säulen, auf denen der Reichstag beruhe. Man könne unmöglich die eine dieser Säulen verkürzen, ohne eine entsprechende Verkürzung der andern. Der Diätenantrag erscheine liberal, würde jedoch in seinen Konsequenzen nicht geeignet sein, eine freisinnige Entwicklung der Reichsverhältnisse zu fördern. Vor allem würde dadurch das Verlangen, dem auf demokratischer Grundlage beruhenden Reichstag ein aristokratisch-konservatives Oberhaus gegenüberzustellen, wieder aufleben. Kusserow erinnerte in dieser Beziehung an eine diese Forderung vertretende Rede des Abgeordneten für Meppen gelegentlich der Verhandlungen im Norddeutschen Reichstage über die Annahme der deutschen Verfassung; Dr. Windhorst sagte: „Also, meine Herren, ich verlange absolut und notwendig das Oberhaus. Für das Volkshaus verlange ich — natürlich, wenn das erste Desiderium erfüllt ist — die Herstellung von Diäten." Kusserow wies unter fernerer Bezugnahme auf dieselbe Rede Windhorsts nach, daß es diesem bei dem Verlangen nach einem deutschen Oberhause nicht um eine freisinnige Entwicklung der Reichsverhältnisse, sondern um die Aufrichtung eines Bollwerks des konservativen Partikularismus zu thun sei, den zu unterstützen, er nicht als liberale Politik bezeichnen könne. Nach Lage der Verhältnisse würden die Antragsteller, um die Bewilligung von Diäten zu erreichen, entweder sich eine Verkürzung des bestehenden Wahlrechts gefallen lassen, oder der Bildung eines konservativen Oberhauses, wie der Abgeordnete für Meppen ein solches empfohlen habe, zustimmen müssen. Es wäre eine Selbsttäuschung, anzunehmen, daß die Reichsregierung und der Bundesrat ohne weiteres mit allen Stimmen, also auch gegen die bewußten 14, auf den Antrag eingehen würden, ohne wenigstens den Versuch einer Aenderung der Verfassung in der einen oder anderen angedeuteten Richtung zu machen. Dies seien seine ernsten Verfassungsbedenken gegen den Antrag, die er als wirklich freisinniger Mann darzulegen für seine Pflicht halte. Auch treffe der zur Begründung des Antrags gezogene Vergleich mit dem preußischen Landtagsabgeordneten nicht zu, da die preußische Verfassung, die von der Reichsverfassung grundverschieden sei, ausdrücklich die Bewilligung von Diäten garantire. Zudem käme in Preußen ein Abgeordneter auf je 45 000 Seelen, während die deutschen Reichtagsmitglieder Wahlkreise von je 100 000 bis 150 000 Seelen vertreten. Wollte man annehmen, daß es in Preußen bei 24 Millionen Einwohnern schwierig sein würde, ohne Diäten 500 zum Abgeordnetenmandat geeignete Persönlichkeiten zu finden, so folge daraus immer noch nicht, daß in ganz Deutschland bei einer Einwohnerzahl von 40 Millionen (dies war im Jahre 1873; heute sind es bereits nahe an 60 Millionen) sich zukünftig nicht 390 und mehr geeignete Männer finden sollten, welche auch ohne Diäten ein Reichstagsmandat anzunehmen bereit wären. Zur Verhütung der behaupteten, wenn auch bisher nicht nachgewiesenen Schwierigkeit, für alle Wahlkreise geeignete Persönlichkeiten zu ermitteln, könne man ohne Verfassungsänderung durch Abänderung des Wahlgesetzes die ohnehin thatsächlich vielfach überschrittene Zahl von 100 000 Seelen für einen Reichstagsabgeordneten auf 150 000 erhöhen. In Zukunft werde man ohnehin hierzu greifen müssen, wenn nicht bei der rapiden Zunahme der deutschen Bevölkerung der Reichstag ein allzu vielköpfiger werden solle. Andernfalls würde man sich in absehbarer Zeit einem Reichstag von 500, 600 oder 700 Abgeordneten gegenübersehen. Auch das für die Diätenforderung geltendgemachte Argument der Billigkeit treffe nicht zu, da der Diätenbezug keine wirkliche Ausgleichung der gebrachten Opfer bilde; denn die Opfer, welche das Mandat gerade den außerhalb Berlins wohnenden Abgeordneten auferlege, wögen unter allen Umständen schwerer als einige Thaler Diäten, während die in Berlin ansässigen Abgeordneten, welche die geringeren Opfer brächten, mit den Diäten fast ein Geschenk erhielten. Er möchte auch nicht in das testimonium paupertatis einstimmen, welches in der Voraussetzung liege, daß die Abgeordneten dann pünktlicher erscheinen würden, wenn sie täglich 3 oder 5 Thaler absitzen könnten.

Wollte man die Nachteile der häufigen Beschlußunfähigkeit vermindern, so sollte man,

es lieber nach englischem Muster mit einer Herabsetzung der Beschlußfähigkeitsziffer des Reichstages versuchen.[1]) Er müsse daher den Antrag ablehnen, weil derselbe eine thatsächlich nicht notwendige, ihren eigentlichen Zweck nicht sichernde, dagegen in ihren Konsequenzen eine für die freisinnige Entwicklung der Reichsverhältnisse nicht vorteilhafte Verfassungsänderung verlange.

Kusserow ergriff noch mehrfach das Wort in Schiffs- und Auswanderungsangelegenheiten. Zuletzt sprach er in der zu Ende gehenden Legislaturperiode am 21. Juni 1873 (Sten. Ber. S. 1330) bei Beratung des Reichshaushaltsetats pro 1874, Verwaltung des Reichsheeres, Titel 57, zu Gunsten der Invaliden, indem er verschiedene Punkte des Militär-Pensionsgesetzes vom 27. Juli 1871 zur Sprache brachte. Er erklärte, bei der Geschäftslage des Hauses und aus anderen Opportunitätsgründen sich der Einbringung eines selbständigen Antrags zu enthalten, richte seine Wünsche vielmehr nach Lage der Verhältnisse vorzugsweise an die Adresse der Reichsregierung. Die Pensionssätze des Gesetzes von 1871 entsprächen schon jetzt nicht mehr dem Geldwerte der Gegenwart.

„Wenn wir uns — und zwar viele mit schwerem Herzen — dazu entschlossen haben, über den im Jahre 1871 in Form des Pauschquantums zu stande gekommenen Kompromiß hinaus, die Einnahmen der Offiziere und Unteroffiziere, also der im aktiven Dienst stehenden Militärpersonen, zu vermehren, so glaube ich, daß wohl nichts näher liegen kann und namentlich bei den Beteiligten der Wunsch sehr erklärlich ist, nun auch die Pensionssätze im Verhältnis zu der veränderten wirtschaftlichen Lage abgeändert zu sehen. Ich enthalte mich natürlicherweise, einen hierauf zielenden positiven Antrag einzubringen oder auch nur eine Forderung zu stellen, schon mit Rücksicht auf den ja im allgemeinen richtigen Grundsatz, daß

---

[1]) In seiner oben erwähnten Broschüre von 1881: „Eine Mittelpartei im Reich“ hat Kusserow diesen Gedanken näher ausgeführt. Er schrieb daselbst:

„In dieser Beziehung empfiehlt sich unseres Erachtens gleichzeitig eine Einschränkung und eine Erweiterung der verfassungsmäßigen Beschlußfähigkeitsziffer. Während für viele Beratungen und Abstimmungen eine erheblich kleinere Anzahl als die Hälfte der Reichstagsmitglieder auszureichen scheint, würden wir mit dem Reichskanzler, der sich dem Vernehmen nach bei parlamentarischen Unterhaltungen in diesem Sinne ausgesprochen haben soll, für die entscheidenden Beschlüsse über Gesetze eine erhebliche Erhöhung der Ziffer nach den Erfahrungen der letzten Legislaturperioden für geboten erachten, wo es wiederholt vorkam, daß bei der Anwesenheit von nur wenig mehr als der Hälfte der Abgeordneten ein Gesetz mit nur wenig Stimmen über die Majorität der Anwesenden schon in zweiter Lesung verworfen wurde und eine dritte Lesung gar nicht mehr erlebte. Eine Revision der Verfassung wie der Geschäftsordnung des Reichstags zur Verhütung solcher Vorkommnisse würde auf die Annahme nicht bloß seitens der Konservativen, der Deutschen Reichspartei und der gemäßigt Liberalen, sondern auch der Opposition als eines Mittels zur Stärkung des Ansehens der Volksvertretung Anspruch haben.

Wir möchten daher der allgemeinen Erwägung empfehlen . . . und Art. 28 dahin abzuändern, daß zur Beschlußfassung des Reichstags im allgemeinen die Anwesenheit von etwa ein Drittel, zur Gültigkeit der Beschließung von Gesetzen in zweiter und dritter Lesung aber die Anwesenheit von drei Viertel der Abgeordnetenzahl erforderlich ist.“

wenigstens aus der Initiative des Hauses ein das Budget wesentlich belastender Antrag nicht hervorgehen sollte, obgleich ich glaube, annehmen zu dürfen, daß der Reichstag mit Rücksicht auf die Invaliden vielleicht geneigt sein möchte, eine Ausnahme von der Regel zu statuiren. Ich hoffe aber, daß die Reichsregierung aus dieser Anregung, wenn es nicht schon an und für sich geschehen sein sollte, Veranlassung nehmen möchte, den Wünschen der Invaliden und der Familien der Gefallenen in der angedeuteten Richtung Rechnung zu tragen und vielleicht für die nächste Reichstagssession eine Vorlage vorzubereiten, die eine entsprechende Revision des Invalidengesetzes bezweckt.

Je knapper die Pensionssätze normirt sind, je weniger sie jetzt noch der wirtschaftlichen Lage der Gegenwart entsprechen, um so ungerechtfertigter erscheinen mir zwei Bestimmungen des Invalidenpensionsgesetzes. Es sind dies die §§ 33 und 103, welche die Wirkung haben, daß die Pensionssätze sofort Abzüge erleiden, sobald der im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienste verdiente Gehalt einen bestimmten Betrag übersteigt.

Ich halte die genannten Bestimmungen für unwirtschaftlich und ungerecht, wenigstens in ihrer Tragweite, in ihrer Absicht gewiß nicht, denn nichts hat dem Gesetzgeber ferner gelegen, als in irgend einer Weise auf die Pensionäre drücken zu wollen.

Unwirtschaftlich sind die Bestimmungen nach zwei Seiten hin. Einmal in Bezug auf die Pensionäre selbst; denn indirekt enthalten diese Bestimmungen jedenfalls das Gegenteil einer Ermunterung, die den Invaliden verbliebenen oder zurückgekehrten Kräfte im Reichs-, Staats- oder Kommunaldienste zu verwerten. Nach der anderen Seite wirken diese Bestimmungen unwirtschaftlich in Bezug auf die Gesamtheit. Es kann weder dem Reiche, noch dem Staate, noch der Kommune gleichgiltig sein, ob die im allgemeinen Interesse noch zu verwertenden Kräfte brach gelegt bleiben oder nicht.

Ungerecht in ihren Wirkungen sind jene Bestimmungen, weil sie sich als eine Bevorzugung der Wohlhabenderen vor den Aermeren darstellen. Der Wohlhabende ist jederzeit im stande, in einer der Kontrolle der Aufsichtsbehörde sich entziehenden Weise sein Einkommen zu vermehren, indem er sich an guten und schlechten Industrieunternehmungen beteiligt. Der Arme hat gar nicht die Mittel dazu, und man wird ihn nicht ermutigen wollen, sich gewagten Spekulationen hinzugeben. Diese Bestimmungen lasten also vorzugsweise auf demjenigen, welcher gezwungen ist oder die Neigung hat, seine Kräfte nur dem Interesse der Gesamtheit dienstbar zu machen. Ich möchte daher den Wunsch aussprechen, daß die Pensionen entweder bedingungslos oder wenigstens unter angemessener Veränderung der Sätze, wie sie im § 103 normirt sind, in Zukunft gewährt werden möchten."

Auch beanstandete Kusserow die Bestimmung der §§ 30 und 99 des Gesetzes wegen der monatlichen Zahlung der Pension, weil es sehr vielen Invaliden, die sich in hohem Alter befänden oder krank seien, schwer falle, sich monatlich auf irgend ein Bureau zu begeben, um ihre Identität nachzuweisen. Es empfehle sich daher, auch die Zulassung einer vierteljährlichen Zahlung mit der Genehmigung der obersten Militär-Verwaltungsbehörde. Kusserow schloß mit folgender Aeußerung:

„Ebenso versage ich es mir auch, um Ihr Wohlwollen für meine Wünsche zu kaptiviren, eine Lobrede auf die Helden unseres deutschen Einheitskrieges von 1870/71 zu halten, oder eine Schilderung von der traurigen Lage zu entwerfen, in welcher sich viele der Familien der Invaliden befinden. Denn ich bin mir nur zu sehr bewußt, wie sehr meine Rednergabe hinter den Verdiensten der einen und hinter dem Grade der Sympathie des Reichstags für die anderen zurückbleibt." (Bravo!)

Seine Thätigkeit zu Gunsten einer zeitgemäßen Reform des Seerechts in Kriegszeiten.

In der Reichstagssession von 1871/72 war im Schoße der mit der Vorberatung des Marineetats betrauten Kommission, welcher v. Kusserow angehörte, die Neigung hervorgetreten, die Seerechtsfragen zum Gegenstand einer Erörterung im Reichstag zu machen. Für die Opportunität schienen insbesondere die beiden folgenden Thatsachen zu sprechen.

Es war dies zunächst der am 26. Februar 1871 erfolgte Abschluß eines Handelsvertrages zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Italien, welcher in Betreff des Seerechts in Kriegszeiten nach allen Richtungen hin gegen die Pariser Deklaration von 1856 einen bedeutenden Fortschritt darstellt. Er enthält den Verzicht nicht nur auf die Privat- sondern auch auf die Staatskaperei allen denjenigen Staaten gegenüber, welche diesem Grundsatz ihrerseits beitreten; er schließt, durch eine präzise Definition des Begriffs einer effektiven Blokade, den Mißbrauch sogenannter Papier- und Kreuzerblokaden aus; er bezeichnet genau, was als Blokadebruch zu behandeln ist; er begrenzt den Begriff der Kriegskontrebande ausschließlich auf die hierfür ausdrücklich erklärten Artikel, wodurch die für den neutralen Handel und für die schwächere Seemacht in einem Kriege nachteilige Praxis der relativen Kriegskontrebande beseitigt wird; endlich bindet er die Ausübung des Durchsuchungsrechts an bestimmte schonende Formen.

Die zweite Thatsache war der in Washington am 8. Mai 1871 erfolgte Abschluß des sogenannten Alabama-Vertrages, welcher den Konflikt zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika wegen der Verletzung der Pflichten der Neutralität durch die erstere Macht während des amerikanischen Bürgerkriegs ausglich. Der Vertrag legte in seinem Artikel VI dem neutralen Staat prinzipiell die Verpflichtung auf, im Bereich seiner Souveränität die Ausrüstung und das Auslaufen von Schiffen zu Kriegszwecken für und gegen kriegführende Staaten, sowie den Gebrauch seiner Häfen und Gewässer als Operationsbasis durch einen kriegführenden Staat gegen den anderen, oder zum Zweck der Erneuerung von Kriegsmaterial oder der Rekrutirung von Mannschaften zu verbieten und durch die Aufwendung der erforderlichen Sorgfalt, „due diligence“, die Verletzung dieser Verpflichtung nachdrücklich zu verhindern. Im letzten Absatz des bezeichneten Artikels hatten sich die kontrahirenden Mächte vorbehalten, diese Grundsätze zur Kenntnis der übrigen Mächte zu bringen und die letzteren zum Beitritt einzuladen. Diese Einladung konnte täglich erwartet werden.

Es fragte sich, ob es erwünscht sei, daß der Reichstag sich anläßlich dieser beiden veröffentlichten Verträge über das Seerecht in Kriegszeiten ausspräche. Jedenfalls war nach Ansicht Kusserows zu verhüten, daß der Reichstag wieder

nur eine Resolution im Sinne des Beschlusses des Norddeutschen Reichstags von 1868 wegen Anerkennung des Prinzips der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See, ohne Rücksicht auf andere noch nicht zur allgemeinen Anerkennung gelangte völkerrechtliche Grundsätze beschlösse. Jedenfalls würde der Versuch zu machen sein, die bitteren Erfahrungen, welche Deutschland in seinem Kriege mit Frankreich hinsichtlich des Handels der neutralen Seemächte mit Kriegskontrebandeartikeln gemacht hatte, zu praktischen Resultaten zu fördern. Denn ohne ein völkerrechtliches Verbot dieses Handels würde der Verzicht auf die Staatskaperei unsere Lage als Kriegspartei nur noch verschlechtern. Wir würden deshalb verlangen müssen, daß die Lieferung von Kriegsmaterial an einen der Kriegführenden durch Neutrale nicht anders zu behandeln sei, wie die Ausrüstung Alabamas.

Auch schien damals die Aussicht auf den Erfolg von Verhandlungen zur generellen Regelung dieser Fragen nicht ungünstig; denn, mit der einzigen Ausnahme von England, hatten während des Krieges sämtliche neutrale Staaten Europas Verbote gegen die Aus- und Durchfuhr von Kriegskontrebande erlassen. Es berechtigten sogar manche Aeußerungen englischer Staatsmänner im Parlament bei Gelegenheit der Beratungen über den Foreign Enlistment-Act vom Jahre 1870 und zahlreiche Kundgebungen in der englischen Presse aus Anlaß der deutschen Reklamationen wegen der Waffenlieferungen an Frankreich zu der Hoffnung, daß das damalige großbritannische Kabinet die Hand dazu bieten werde, ähnlichen Klagen für die Zukunft vorzubeugen, wenn dasselbe auch an dem Standpunkt festhielt, daß nach bisherigem Völkerrecht dieser Handel nicht als eine Verletzung der Neutralität anzusehen sei.

Was Amerika anbetraf, so konnte mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß die Regierung des Präsidenten Grant, welche durch den Unwillen der deutschen Bevölkerung der Union wegen des massenhaften Verkaufs von Waffen aus den Regierungsarsenalen an Frankreich schon im Hinblick auf die nahe bevorstehende Präsidentschafts-Wahlcampagne sich um so leichter zu generellen Verhandlungen über das Seerecht in Kriegszeiten entschließen werde, wenn es sich darum handeln würde, bei der Gelegenheit Großbritannien zum Verzicht auf die Staatskaperei zu vermögen, oder es auf diesem Gebiet zu isoliren.

Für die Geneigtheit Frankreichs, in derartige generelle Unterhandlungen einzutreten, sprachen nicht nur vielfache Aeußerungen französischer Völkerrechtslehrer, sondern auch Kundgebungen französischer Staatsmänner vor dem Kriege und sogar während desselben.

Kusserow ließ im Winter 1871/72 ein in vorstehendem Sinne gehaltenes Memorandum an den Fürsten Bismarck gelangen, um festzustellen, ob vom Standpunkt der auswärtigen Politik die Erörterung dieser Völkerrechtsfragen im Reichstag genehm sein würde, sei es bei der zweiten Lesung des Marineetats, oder bei der dritten Lesung des auswärtigen Etats, eventuell auf Grund

eines selbständigen Antrages, wie dies in der Sitzung des Norddeutschen Reichstags vom 18. April 1868 der Fall gewesen. Bejahenden Falls würde er mit anderen im Reichstag einen Antrag etwa folgenden Inhalts einbringen:

Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanzler zur Erwägung zu stellen, ob es erwünscht sei, aus Anlaß des zwischen Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika unter dem 8. Mai 1871 abgeschlossenen Ausgleichvertrages, welcher in seinem Artikel VI bestimmte Grundsätze über die Pflichten neutraler Staaten im Kriege aufstellt, zu deren Anerkennung auch die anderen Seemächte eingeladen werden sollen, Verhandlungen mit dem Auslande anzuknüpfen, welche den Zweck hätten:

1. den Handel neutraler Staaten mit Kriegskontrebande während eines ausgesprochenen Krieges allgemein in derselben Weise zu beschränken, wie der vorgenannte Vertragsartikel dies hinsichtlich der Ausrüstung und des Auslaufens von Schiffen für Kriegszwecke zu thun beabsichtigt,

2. die Begriffe Kriegskontrebande, effektive Blockade und Blockadebruch übereinstimmend zu definiren und über die Ausübung des Durchsuchungsrechtes gleichmäßige Normen aufzustellen,

3. möglichst auch in Verbindung mit den vorstehenden Punkten das Prinzip der Unverletzlichkeit der Person und des Privateigentums der Angehörigen kriegführender Staaten, mit Ausnahme der Kriegskontrebande und des Blockadebruchs, zum allgemeinen Grundsatz des Völkerrechts zu erheben.

Auf Wunsch des Reichskanzlers wurde jedoch von einer Erörterung dieser Fragen im Reichstag ganz abgesehen. Vermutlich zweifelte Fürst Bismarck an der Wahrscheinlichkeit eines Erfolgs: denn er kannte seine „Pappenheimer“ jenseits des Kanals und zog es vor, zunächst das Terrain in den diplomatischen Formen aufzuklären. In der Sache hatte das Memorandum Kusserows das Richtige getroffen und vielleicht den Anstoß zu dem im Frühjahr 1872 stattgehabten Meinungsaustausch mit einzelnen Regierungen gegeben.

Jedenfalls ergab sich aus einem im österreichischen Rotbuch veröffentlichten Depeschenwechsel zwischen dem Grafen Beust und dem österreichischen Botschafter in London Grafen Andrassy aus jener Zeit, daß Fürst Bismarck, angesichts der im Artikel VI des Vertrags von Washington angekündigten Einladung der Kontrahenten an die übrigen Mächte zum Beitritt zu den in diesem Artikel aufgestellten Grundsätzen, in London die Ansicht vertreten hatte, daß die zwischen den Vereinigten Staaten und Großbritannien in Bezug auf die Ausrüstung von Schiffen vereinbarten Regeln, wenn sie zu Grundsätzen des Völkerrechts erhoben werden sollten, auch auf die Zufuhr von Waffen und Kriegsmunition Anwendung finden müßten, daß jedoch Lord Granville diese Bedingung wegen der mit der entsprechenden Kontrolle verknüpften technischen Schwierigkeiten als eine unerfüllbare Forderung bezeichnete.

Die Stellung, welche die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika speziell dieser Frage gegenüber damals einnahm, ließ sich aus einer Aeußerung des englischen Schatzkanzlers in der Sitzung des Oberhauses vom 12. Juli 1871 erkennen, wo derselbe erklärte, die Vereinigten Staaten blieben, in gleicher

Weise wie Großbritannien, dem bisher bestehenden praktischen Grundsatz ergeben, daß durch die Lieferung von Waffen an die Kriegführenden eine Verletzung der Neutralität nicht begangen werde.

Bei Gelegenheit der Beratungen über die am 11. Dezember 1871 zwischen dem Deutschen Reich und den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossene Konsularkonvention hatten 1872 verschiedene Redner im Reichstage den Wunsch geäußert, daß baldmöglichst ein Handelsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und der amerikanischen Union abgeschlossen werden möchte. Da hiernach angenommen werden durfte, daß dieser Wunsch in einer der nächsten Sessionen des Reichstags wieder zur Sprache kommen würde, und nachdem zu Anfang des Jahres 1873 bekannt wurde, daß der Gesandte der Vereinigten Staaten von Amerika die Seerechtsfragen gegenüber dem Fürsten Reichskanzler zur Sprache gebracht hatte, kam Kusserow in einem Memorandum vom 4. Februar 1873 auf die Sache zurück. Bei dem Schritt des amerikanischen Gesandten konnte es sich ebensowohl um die in dem Artikel VI des Washingtoner Vertrages vom 8. Mai 1871 vorbehaltene Einladung, den Bestimmungen dieses Artikels beizutreten, wie auch darum handeln, die Kaiserliche Regierung für den Abschluß eines, den Grundsatz der Freiheit des Privateigentums zur See im Sinne des amerikanisch-italienischen Vertrages vom 26. Februar 1871 anerkennenden Vertrages zwischen der Union und dem Reich zu gewinnen. Kusserow wies deshalb auf die Notwendigkeit hin, zunächst durch Kündigung des preußisch-amerikanischen Vertrages vom 1. Mai 1828 die einstweilen zwischen Preußen und der Union noch in Geltung gebliebene Bestimmung des Artikel XII dieses Vertrages aus der Welt zu schaffen, welche sich 1870/71 einer amtlichen Beschwerde in Washington wegen der Waffenlieferungen an Frankreich entgegengestellt und zugleich unseren Reklamationen gegen England die Spitze abgebrochen hatte. Durch Artikel XII des Vertrages von 1828 ist Artikel XIII des preußisch-amerikanischen Vertrags vom 11. Juli 1799 wieder in Kraft gesetzt worden, welcher in Uebersetzung des französischen Textes folgendermaßen lautet:

„Im Falle einer der vertragschließenden Teile sich mit einer andern Macht im Kriege befindet, soll zur Verhütung aller Schwierigkeiten und Mißverständnisse, welche gewöhnlich in Betreff der Kriegskontrebandeartikel, wie Waffen, Munition und Kriegsvorräte aller Art entstehen, keiner dieser Artikel, welche die Schiffe von Unterthanen oder Bürgern des einen Teils oder sie selbst dem Feinde zuführen werden, als Kontrebande in der Weise angesehen werden, daß daraus für die Individuen die Konfiskation oder die Kondemnierung und der Verlust ihres Eigentums entsteht. Gleichwohl sollen diese Schiffe und diese Gegenstände angehalten und so lange als diejenigen, welche sie anhalten, es für notwendig erachten, deteniert werden, um den Schaden zu verhüten, der aus der Fortsetzung ihrer Reise erwachsen könnte, indem jedoch den Eigentümern für den Verlust, den eine solche Anhaltung ihnen verursacht haben kann, eine gerechte Kompensation gezahlt wird. Außerdem wird es dem anhaltenden Teile erlaubt sein, die also angehaltenen Kriegsvorräte ganz oder zum Teil für den eignen Gebrauch zu verwenden, indem er den Eigentümern den ganzen Wert dieser Gegenstände nach dem Marktpreis des Bestimmungsortes zahlt. Wenn aber, in dem ange-

nommenen Falle, wo ein Schiff wegen Kontrebande angehalten worden ist, der Führer dieses Schiffes die Gegenstände, die als Kriegskontrebande angesehen werden, herausgeben will, so soll er auch hierzu befugt sein; dann soll das Schiff nicht nach irgend einem Hafen gebracht werden und nicht länger angehalten werden können, und es soll seine Reise frei fortsetzen dürfen. Als Kriegskontrebande sollen angesehen werden: Mörser, Feuerwaffen, Pistolen, Bomben, Granaten, Kugeln und Geschosse, Musketen, Gewehre, Lunten, Pulver, Salpeter, Schwefel, Küraffe, Lanzen, Säbel, Säbelgehänge, Patrontaschen, Sättel, Zügel, über die Zahl und die Menge hinaus, die für den Gebrauch des Schiffes, oder für jedes der am Bord dienenden oder sich als Passagiere befindenden Individuen nötig ist, und im allgemeinen alles, was unter der Bezeichnung Waffen und Kriegsmunition irgend welcher Art zu begreifen ist."

Kusserow führte in seinem Memorandum aus, wie erst durch Hinwegräumung dieser noch geltenden Bestimmung, welche den Handel mit Kriegskontrebandeartikeln mit den Feinden der beiden vertragschließenden Teile legalisirt, freie Bahn für einen neuen Vertrag geschaffen werden könne, welcher den nach dem Ausspruch des englischen Schatzkanzlers von den Vereinigten Staaten von Amerika wie von Großbritannien festgehaltenen „praktischen" Grundsatz, daß durch Lieferung von Waffen an Kriegführende die Neutralität nicht verletzt werde, beseitigen würde.

Auf Grund behördlicher Erlaubnis hatte Kusserow im Staatsarchiv der Entstehung jener preußisch-amerikanischen Vertragsbestimmung nachgeforscht, welche sich in den Verträgen der Vereinigten Staaten von Amerika mit den Hansestädten vom 24. Juni 1828, mit Hannover vom 10. Juni 1846 und mit Mecklenburg vom 23. Dezember 1847 nicht findet. Diese enthalten überhaupt keinerlei seerechtliche Bestimmungen, während doch die verfassungsmäßige Einheit der deutschen Flagge eine verschiedenartige Behandlung der Seerechtsfragen seitens der einzelnen deutschen Staaten in ihren Beziehungen mit dem Auslande ausschließt. Kusserow wies an der Hand der Geschichte der Verhandlungen über die preußisch-amerikanischen Verträge von 1785, 1799 und 1828 nach, daß die seerechtlichen Vereinbarungen in denselben auf Voraussetzungen beruhten, welche schon lange nicht mehr zutrafen.

Insbesondere hatten im Jahre 1785 die beiden Kontrahenten noch den bescheidenen Standpunkt eingenommen, daß sie die materielle Möglichkeit eines Seekrieges untereinander, geschweige denn mit einer größeren Seemacht, überhaupt nicht in Betracht zogen. Aber schon bei den Verhandlungen im Jahre 1799 war dieser Standpunkt bei den Vereinigten Staaten wesentlich verschoben. Denn im Hinblick auf die Eventualität eines Seekriegs mit Großbritannien wollten die amerikanischen Staatsmänner von dem prinzipiellen Verzicht auf die Kaperei nichts mehr wissen und weigerten sich gegen die Aufnahme einer diesen Grundsatz anerkennenden Bestimmung in den neuen Vertrag, und so blieb der betreffende Schlußpassus des Artikels XXIII des Vertrages von 1785, betreffend die Freiheit des Privateigentums zur See, aus dem Vertrage von 1799 fort.

Aus den Verhandlungen über den Vertrag von 1828 ergiebt sich aber,

daß der preußische Unterhändler, der nach seinen früheren Weisungen nur an ein zur See neutrales Preußen dachte, kein Bedenken trug, jene Bestimmung, welche die Nichtkonfiskabilität der Kriegskontrebande aussprach, aus dem Vertrage von 1799 in den neuen aufzunehmen, bevor ihm eine Instruktion zuging, welche ihn aufforderte, den letzteren womöglich durch drei Zusatzartikel, betreffend die Kaperei, die Blockade und die Kriegskontrebande. zu vervollständigen.

Als der Gesandte berichtete, der Abschluß solcher Additionalartikel sei aus Opportunitätsgründen auf Widerspruch gestoßen, und er habe das Zustandekommen des generellen Reciprocitätsvertrages nicht aufs neue in Frage stellen zu sollen geglaubt, verzichtete die preußische Regierung unter den Umständen auf eine nachträgliche Verhandlung über jene Punkte.

Kusserow bezeichnete in seinem Memorandum die jetzt, angesichts der seerechtlichen Bestimmungen des amerikanisch-italienischen Vertrages vom 26. Februar 1871 und des amerikanisch-englischen Vertrages von Washington vom 10. Mai dess. Js. durch die Initiative der amerikanischen Regierung zum Abschluß eines Handelsvertrages mit dem Deutschen Reich sich bietende Gelegenheit als eine vielleicht günstige, um auf eine zeitgemäße generelle Regelung der Seerechtsfragen hinzuwirken, bei welcher über die gegenseitigen Rechte und Pflichten der Kriegführenden und Neutralen nicht lediglich nach der Konvenienz der großen Seemächte bestimmt werde. Vor allem aber stellte er die Frage zur Erwägung, ob es nicht zweckmäßig sei, durch Kündigung des preußisch-amerikanischen Vertrages vom 1. Mai 1828 sowohl für generelle wie für Verhandlungen mit Amerika den Weg freizulegen.

Es kam aber auch jetzt nicht zu Verhandlungen, zu generellen nicht wegen der Aussichtslosigkeit, England zum Verzicht auf die Staatskaperei zu vermögen, zur speziellen mit Nordamerika nicht wegen der Schwierigkeiten des Abschlusses eines Handelsvertrages zwischen dem Reich und den Vereinigten Staaten, welche sich daraus ergaben, daß einerseits die deutsche Handelspolitik sich der Zeit noch in den Bahnen des absoluten Freihandels bewegte, während andererseits die Vereinigten Staaten an der Politik hoher Schutzzölle festhielten. Die damals in den noch herrschenden freihändlerischen Kreisen Deutschlands gehegte Hoffnung, daß dies bald anders werden würde, zerschlug sich immer wieder.

Inzwischen war zu Gent das „Institut de Droit International“ begründet worden, und hatte dasselbe die Erörterung der drei Neutralitätsregeln des Artikels VI des amerikanisch-englischen Vertrages von Washington auf die Tagesordnung seiner zum Sommer 1874 einberufenen ersten regelmäßigen Versammlung gesetzt. Es lag auf der Hand, daß die Beschlüsse dieses aus den angesehensten Völkerrechtslehrern aller Länder gebildeten wissenschaftlichen Gerichtshofs nicht ohne Einfluß auf die öffentliche Meinung bleiben würden. Aus diesem Grunde schien es Kusserow angezeigt, im voraus

dahin zu wirken, daß nicht etwa in Gent die eine oder die andere der kontroversen Fragen des Seerechts in Kriegszeiten isolirt erörtert, sondern daß dieselben als die integrirenden Bestandteile eines organischen Systems behandelt, daß also die Rechte der Neutralen oder die Rechte der Kriegführenden nicht einseitig, sondern in ihrem Zusammenhang mit den entgegenstehenden Pflichten der Neutralen und Pflichten der Kriegführenden erörtert werden möchten, und daß überall dem Grundsatz vollkommenster Reciprocität Rechnung getragen werde. Er verfaßte deshalb einen Aufsatz „Les devoirs d'un gouvernement neutre“, in welchem er diesen inneren Zusammenhang nachwies. Der Aufsatz erschien im Februar 1874 in der von dem Institut de Droit International herausgegebenen Revue. Kusserow unterbreitete denselben dem Reichskanzler und den Spitzen der Reichsbehörden, dem Grafen Moltke, dem Fürsten Carl Anton von Hohenzollern, als seinem ersten Chef, und teilte ihn den hervorragendsten Völkerrechtslehrern des In- und Auslandes mit. Es wurden ihm infolgedessen die anerkennendsten Schreiben von allen Seiten zu teil.

Nachdem ihm der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Herr v. Bülow, in einem persönlichen Schreiben vom 21. Februar 1874 seine Anerkennung ausgesprochen, richtete derselbe unter dem 14. März 1874 ein amtliches Schreiben an Kusserow, welches ihn davon in Kenntnis setzte, daß der Herr Reichskanzler den ihm überreichten Aufsatz mit Interesse entgegengenommen habe.

Der Chef der Admiralität, General v. Stosch bestätigte unter dem 2. März 1874 dankbar den Empfang der Broschüre und bemerkte besonders, daß Kusserow durch diese Veröffentlichung erneut sein Interesse für alle Seeangelegenheiten bethätigt habe.

Fürst Carl Anton von Hohenzollern schrieb ihm am 8. April 1874:

„Ihre Abhandlung, so zeitgemäß als möglich, habe ich mit vielem Interesse gelesen. Sie beweisen dadurch, daß Sie der Wissenschaft stets fortdienen, was heutzutage nicht immer zu finden ist, weil bei dem raschen Pulsschlag des politischen Lebens ein Sichvertiefen in die Genesis und Ausbildung solcher staatlichen Rechtsfragen eine große Mühewaltung erfordert.“

Graf Moltke dankte ihm unter dem 28. Februar 1874 für die Uebersendung, indem er hinzufügte:

„Mit großem Interesse habe ich Ihre gründliche Untersuchung des schwierigen Gegenstandes gelesen.“

Der württembergische Staatsminister Freiherr v. Varnbüler schrieb am 2. April 1874:

„Ich habe Ihre vortrefflich klare Auseinandersetzung mit dem Wunsche gelesen, daß die in derselben niedergelegten Grundsätze recht bald zur Geltung kommen möchten.“

Felix Dahn sprach ihm seine vollkommenste Zustimmung aus. Die damalige „Augsburger Allgemeine Zeitung“ brachte in der Nummer vom

21. März 1874 einen Artikel: „Der Vertrag von Washington und der Waffenhandel der Neutralen", an dessen Spitze die Initialen F. D. stehen, den man daher wohl auf Felix Dahn zurückführen darf. In demselben stellte er das „praktische" Prinzip der Ausbeutung und Verlängerung des Krieges zu Gunsten der Neutralen in das gehörige Licht und erwähnt den Artikel VI des Vertrages von Washington, betreffend die Verpflichtung neutraler Staaten und die bisherige Unterlassung der in dem Vertrag selbst vorbehaltenen Einladung der übrigen Staaten zum Beitritt, um dann sich folgendermaßen zu äußern: „Ueber die Gründe der Unterlassung hat Herr Heinrich v. Kusserow in einem vortrefflich geschriebenen Aufsatz in dem letzterschienenen Hefte der „Revue de Droit International" sehr beachtenswerte Auskünfte gegeben; wir möchten die allgemeine Aufmerksamkeit den wichtigen, zumal für Deutschland wichtigen Fragen zulenken, welche sich an diese Verhandlungen knüpfen."

Die „Kölnische Zeitung" vom 17. März 1874, 1. Blatt, enthielt ebenfalls einen Artikel aus sachkundiger Feder, überschrieben „Die Pflichten der Neutralen", welcher die hauptsächlichsten Gesichtspunkte der Veröffentlichung v. Kusserows resumirte und namentlich auf die uns aus dem Fortbestand jenes Artikels des preußisch-amerikanischen Vertrages von 1828 entstandenen großen Nachteile hinwies. Es heißt dann:

„Herr v. Kusserow hat sehr recht gehabt, auf diesen Drudenfuß aufmerksam zu machen, welcher der von ihm vertretenen Reform der Völkerrechtsbestimmungen über Kontrebande u. s. w. im Wege liegt. Ganz offen zu sprechen, glauben wir allerdings nicht, daß ein Einverständnis, welches die bisherige Lehre von der Kontrebande wesentlich verändern und zum Nachteil der Neutralen verschärfen würde, auf rasche Annahme Aussicht hat. Es geht mit den Staaten bezüglich des Rechts der Kriegführenden und Neutralen ein wenig nach der Antwort des Junkers: ‚Ja, Bauer, das ist ganz was anders!' Wer annimmt, daß er voraussichtlich in der nächsten Zeit als Neutraler dastehen wird, will die Rechtsstellung der Neutralen nicht verschlechtern; wer erwarten muß, zu den Kriegführenden zu gehören, möchte kein Mittel energischer Kriegführung, welches das internationale Recht bisher gestattet, aus den Händen geben."

Auch die Londoner „Daily News" widmete in ihrer Nummer vom Freitag den 1. Mai 1874 der Veröffentlichung Kusserows einen mit „German Views on Neutral Duties" überschriebenen Artikel. Nach kurzer Erwähnung der von dem norddeutschen Botschafter in London erhobenen Reklamationen gegen die massenweise Waffenzufuhr aus England nach Frankreich während des deutsch-französischen Krieges und der unterschiedlichen Behandlung derselben Frage in Washington, zu welcher Deutschland durch die Entdeckung verurteilt wurde, daß jener Artikel des preußisch-amerikanischen Vertrages von 1828 noch in Geltung sei, sagte das Blatt:

„... aber abgesehen von dem historischen Interesse des Gegenstandes, ist Herr v. Kusserow in der Lage, demselben ein schwerwiegendes praktisches Interesse zu geben. Er deutet an, daß Preußen den Vertrag von 1799 (sollte wohl 1828 heißen) kündigen werde, und daß dann

nach einem Jahr die Vereinigten Staaten und England sich hinsichtlich der Frage des Handels mit Kriegsmunition Deutschland gegenüber in derselben Stellung befinden würden.

Professor v. Bluntschli schrieb an Kusserow unter dem 16. Juni 1874 aus Heidelberg:

„Wenn ich es bisher unterlassen habe, Ihnen für Ihre gütige Zusendung Ihrer Abhandlung über den Washingtoner Vertrag in der „Revue de Droit International" meinen verbindlichsten Dank auszusprechen, so ist der Grund dieser Zögerung der: Ich erwartete damals schon und seither die Mitteilung der englischen und der nordamerikanischen Berichte unserer Kollegen im Institut über denselben Gegenstand und hoffte, Ihnen dann zugleich mit meiner persönlichen Ansicht diese Meinungen mitteilen zu können. Zu meinem Bedauern verzögert sich aber der mir zugesagte Bericht der zunächst Beteiligten, und ich will daher meinen Dank nicht länger aufschieben.

In der Sache teile ich die von Ihnen ausgesprochene Ansicht, daß die Pflichten der Neutralen bezüglich der Ausrüstung von Kriegsschiffen in ihrem Gebiete zur Förderung einer Kriegspartei und bezüglich der Waffensendung im Großen ganz dieselben seien. Es wird aber gegenüber der bisherigen Praxis der Engländer und der Amerikaner nicht ganz leicht sein, diese Gleichstellung zur Anerkennung zu bringen. Man wird es versuchen müssen, und der Vorgang des Deutschen Reichs ist selbstverständlich geeignet, jene Wahrheit ins Licht zu stellen. Ihre Abhandlung hat das Verdienst, diesen Zusammenhang zuerst dem wissenschaftlichen Publikum klar gemacht zu haben."

Unter den ausländischen Autoritäten, welche an Kusserow in der Sache schrieben, sind folgende zu nennen: Herr Rolin-Jacquemyns, damaliger Vorsitzender des Instituts de Droit International und Chefredakteur der Revue in Gent, später belgischer Minister; der niederländische Staatsrat und Professor T. M. C. Asser im Haag, neuerdings als einer der hervorragendsten Mitglieder der Haager Friedenskonferenz besonders bekannt geworden; Dr. Lorenz von Stein in Wien; Attlmayr, Professor an der K. K. Marine-Akademie in Fiume. Alle stimmten mit den von Kusserow entwickelten Ansichten, wie auch darin überein, daß die Hauptschwierigkeit für eine baldige Reform des Seerechts in der angestrebten Richtung bei England zu suchen sei. In gleichem Sinne äußerte sich Professor Vidari in Pavia unter dem 20. Januar 1874:

„Ich habe mit großer Aufmerksamkeit und mit großem Nutzen Ihre gelehrte Broschüre gelesen und stimme mit den von Ihnen gezogenen Konklusionen ganz überein. Persönlich glaube ich, daß es schwerfallen wird, England aus seiner Haltung einer Quasi-Feindseligkeit gegen wirkliche Fortschritte des Völkerrechts herauszubringen, außer etwa, wenn es befürchten müßte, sich zu isoliren und in dieser Beziehung aus dem Konzert der zivilisirten Staaten ausgeschlossen zu sehen. England muß durch die Verhältnisse genötigt werden; juristische Argumente werden zu seiner Ueberredung sehr wenig vermögen. Was Italien anbelangt, so wird es stets mit größter Bereitwilligkeit jeden wirklichen Fortschritt zur Verbesserung der Beziehungen unter den Staaten unterstützen."

Professor W. Besobroso in Petersburg schrieb unterm 25. Februar 1874 an v. Kusserow, er möchte sich angesichts der bevorstehenden Erörterungen dieser Fragen durch das Institut de Droit International vorläufig einer definitiven Aeußerung enthalten, indem er aber hinzufügte:

„Sie haben einen großen Dienst geleistet, indem Sie diese Frage mit der Unparteilichkeit und der Gründlichkeit, welche Ihre Nation auszeichnet, ausgearbeitet haben. Vermutlich wird alle Welt Ihnen dafür dankbar sein, diese schwere Materie behandelt und unsere gemeinsamen Anstrengungen, den Krieg zu humanisiren, unterstützt zu haben."

Theodore D. Woolsey, Präsident des Yale College schrieb aus New Haven, Connecticut, V. St., unterm 20. April 1874 an Kusserow: er habe vor einigen Wochen die Broschüre erhalten, habe dieselbe mit großer Befriedigung gelesen und stimme mit den von Kusserow gezogenen Konklusionen überein. Diese Uebereinstimmung erstreckte er sogar auf die Ausführungen Kusserows hinsichtlich des Artikels XII des preußisch-amerikanischen Vertrages von 1828, insoweit derselbe die Bestimmungen des Artikels XIII der Verträge von 1785 und 1799 wieder in Kraft gesetzt habe:

„Ich hoffe, daß die im Artikel XV vorgesehene Kündigung des Vertrages erfolgen und daß Preußen (d. h. das Reich) auf einer Bestimmung bestehen werde, welche die beiden Teile verpflichtet, den Handel mit Kriegskontrebande zu verbieten."

Diejenigen Völkerrechtslehrer, welche, wie Carlos Calvo und andere, in ihren Antworten auf die Sache nicht näher eingingen, motivirten dies damit, daß sie selbst im Begriff seien, die aufgeworfene Frage für die bevorstehenden Verhandlungen des Institut de Droit International vorzubereiten; sie glaubten jedoch die Hoffnung aussprechen zu können, daß sie mit Kusserow in vielen Punkten übereinstimmen würden.

In der That ergab sich auch bei den Verhandlungen in Gent einerseits, daß die große Mehrzahl der Völkerrechtslehrer zu den einzelnen Fragen und hinsichtlich ihres organischen Zusammenhangs die Ansicht Kusserows im großen und ganzen teilten, andererseits aber auch, daß das Beiseitestehen Englands nach wie vor das Haupthindernis für praktische Fortschritte auf dem Gebiete des Seerechts in Kriegszeiten bilden werde.

Es ist ja bekannt, daß auch alle späteren wissenschaftlichen und diplomatischen Erörterungen hierüber, zuletzt auf der Haager Friedenskonferenz, aus derselben Ursache, bis auf einige Verbesserungen der Genfer Konvention, keine wesentlichen Fortschritte zuwege gebracht haben.

Ende seines Reichstagsmandats.

Als die erste Legislaturperiode des Deutschen Reichstags Anfang 1874 zu Ende ging, beabsichtigte Kusserow, für alle Fälle seinen Wählern in Elberfeld-Barmen einen mündlichen Rechenschaftsbericht zu erstatten. Er sah hiervon jedoch ab, als ihm ein besonders einflußreiches Mitglied der Nationalliberalen Partei des Wahlkreises die Bitte aussprach, in die Wahlagitation nicht einzugreifen, da er andernfalls ein aussichtsvolles Kompromiß zu Gunsten eines nationalliberalen Elberfelders vereiteln würde. Dieser würde zweifellos gegen

den sozialdemokratischen Kandidaten Hasenclever siegen. Der letztere dagegen würde ebenso sicher gewählt werden, wenn unter den anderen Parteien eine Zersplitterung einträte, was nicht ausbleiben könne, wenn Kusserow wieder im Wahlkreise erschiene, da ihm alsdann viele tausend Stimmen, aber nicht genug zum Erfolg, zufallen würden. Der Verzicht auf den Rechenschaftsbericht war für Kusserow jedenfalls sehr empfindlich, weil er, wie es bei einem Kompromißkandidaten gar nicht anders sein konnte und wie er es auch vor seiner Wahl vorausgesagt hatte, abwechselnd bei den verschiedenen, an ihren Spezialprogrammen festhaltenden Parteien wegen seiner Stellungnahme in bestimmten Fragen Anstoß erregt hatte. Auch hatte er wiederholt im Lauf der Legislaturperiode auf gut gemeinten aber unpraktischen Rat gehört, mit einem Rechenschaftsbericht noch zu warten, bis sich die gerade jetzt gegen ihn erregten Wähler bald der einen, bald der andern Richtung wieder beruhigt haben würden. Wie sehr es auch seiner Natur widerstrebte, beim Ablauf seines Mandats nicht offen vor seine Wähler zu treten, so glaubte er nun doch aus Patriotismus hierauf verzichten zu sollen, da ihm sonst schließlich der Vorwurf würde gemacht werden, aus persönlichen Rücksichten zur Wahl eines Sozialdemokraten beigetragen zu haben. Leider brachte er dieses persönliche Opfer vergebens, denn der von den Nationalliberalen aufgestellte Kompromißkandidat ging als Besiegter aus dem Wahlkampf hervor. Uebrigens wiederholte sich an Kusserow, was vor ihm hervorragende alte Parlamentarier in dem Wahlkreise Elberfeld-Barmen erfahren hatten. Freilich giebt es kaum noch einen Wahlkreis im Reich, in welchem die Zersplitterung und die Gegensätze der Parteien in gleichem Maße durch die hinzutretende Rivalität zwischen den beiden, zu einem Reichstagswahlkreise gewaltsam zusammengeschmiedeten Städten verstärkt würden.

Rücktritt Kusserows in das Ressort des Auswärtigen Amts.

Nur noch kurze Zeit arbeitete Kusserow im Reichskanzler-Amt. Trotz des persönlichen Wohlwollens, welchem er von seiten des Präsidenten dieser Behörde, Staatsministers Delbrück, begegnete, und ungeachtet seiner persönlichen Verehrung für diesen seinen mehrjährigen Vorgesetzten, wünschte er in sein eigentliches Ressort, das Auswärtige Amt, zurückzukehren, wo er erwarten durfte, sei es wieder im Auslande Verwendung zu finden, oder unter der Leitung des Staatssekretärs v. Bülow auf dem Gebiete der überseeischen Politik, für die er sich ja ganz besonders interessierte, eine nützliche Wirksamkeit entfalten zu können. Bei seinem Ausscheiden aus dem Reichskanzler-Amt erhielt Kusserow ein seine dortige Thätigkeit in hohem Maße anerkennendes Dankschreiben des Ministers Delbrück.

Nachdem Fürst Bismarck erklärt hatte, er wolle auf diese über dem Niveau der jüngeren Diplomaten stehende Arbeitskraft in seiner Nähe nicht verzichten, ward Kusserow am 1. Juni 1874 zunächst der zweiten Abteilung des Auswärtigen Amts zugeteilt, wo ihm einstweilen die dreimonatliche Vertretung des Geheimen Legationsrats Jordan im handelspolitischen Decernat übertragen wurde. Als Herr Jordan zurückkehrte und Kusserow um einen Vorschlag zur Teilung dieses Decernats ersuchte, äußerte dieser kurz entschlossen den Wunsch, sich ein eigenes Decernat zu bilden, in welchem er die überseeischen Interessen Deutschlands bearbeiten möchte. Dieser Wunsch befremdete anfangs um so mehr, weil die bis dahin in dem handelspolitischen Decernat bearbeiteten überseeischen Angelegenheiten sich quantitativ zu den europäischen ungefähr so verhielten, wie die Kaiserliche Marine zu dem deutschen Heere. Kusserow war der Ansicht, daß dies anders werden müsse, und verstand es, zu dem Zweck zunächst die Mehrzahl der überseeischen Angelegenheiten an sich zu ziehen, welche seit der Begründung des Bundeskanzler-Amts von der zweiten Abteilung des Auswärtigen Amts dorthin einfach überschrieben zu werden pflegten. Haben auch später das Reichskanzler-Amt, das Reichs-Schatzamt und das Reichs-Justizamt bei den Vorarbeiten für die Entwürfe von Verträgen mit überseeischen Staaten stets zusammengewirkt, so blieb fortan das Decernat Kusserows im Auswärtigen Amt in diesen Hinsichten die sedes materiae.

Außerdem bearbeitete Kusserow noch die Angelegenheiten der internationalen, d. h. der mehreren Staaten gemeinsamen Ströme, namentlich aber die deutschen Reklamationen, welche in außereuropäischen Staaten oder in unzivilisirten Regionen infolge von Verletzungen der Rechte oder Interessen des Reichs und seiner Angehörigen entstanden und häufig zur Requirirung von Kaiserlichen Kriegsschiffen Anlaß boten. Hieraus entwickelte sich allmählich eine immer kräftigere überseeische Politik, bis diese wiederum zum Sieg des kolonialen Gedankens und zur Erwerbung eigener deutscher Kolonien führte, welche das von Kusserow schon seit seiner Zeit als Attaché im Haag festgehaltene Ziel seiner Thätigkeit gebildet hatte. Ehe er dasselbe erreichte, waren aber viele Hindernisse, sowohl hierarchische wie in der Sache liegende, zu überwinden. Zu schildern, wie diese Fragen ihn dem Fürsten Bismarck näher brachten, bleibt dem zweiten Teile dieser biographischen Skizze vorbehalten.

Interview des Korrespondenten des „New York Herald“ Sidney Whitman mit dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh am 24. Juni 1896.

Interview des Korrespondenten des „New York Herald" Sidney Whitman mit dem Fürsten Bismarck in Friedrichsruh am 24. Juni 1896 [1])

Mehrere meiner früheren Besuche in Friedrichsruh fielen zufällig mit dem Jahrestage eines mehr oder weniger bedeutenden Ereignisses in der Geschichte des Fürsten Bismarck zusammen. Heute ist es genau ein Vierteljahrhundert, seitdem der alte Kaiser Wilhelm den Brief entwarf und unterfertigte, in welchem er die Absicht aussprach, das Gut Friedrichsruh seinem treuen Kanzler zum Geschenke zu machen.

Es war also unter günstigen Auspizien, daß ich mich wieder einmal in dem schlichten Bereiche des berühmten Schlosses im Sachsenwalde eingefunden habe. Eines der meisterhaften Porträts, die Herr v. Lenbach von seinem Helden angefertigt, blickte von einer Wand auf mich nieder, als ich einen der zahlreichen Parterreräume betrat. Ein Stich von Bismarck, mit chinesischen Schriftzeichen beschrieben, den er augenscheinlich — oder sagen wir wahrscheinlich — jetzt erhalten hat, „made in China", lag auf einem Stuhl, und da stand die prachtvolle Eichenstanduhr — eine Großvateruhr auf kolossalem Postament —, welche ich schon oft vorher bewundert hatte. Mehrere Büsten Bismarcks waren in einzelnen Ecken verpackt, gleichsam um Raum zu machen für die mehr unpersönlichen Geschenke, mit welchen die Konsols und Kästen im Zimmer noch beladen waren, abgesehen davon, daß eine große Kollektion von Geschenken, die einen Geldwert von vielen Millionen Mark repräsentiren, von Zeit zu Zeit in das Bismarck-Museum nach Schönhausen gesendet wird. Die Enkel des Fürsten, die jungen Rantzaus, waren zufällig mit ihrem Lehrer in dem Zimmer, plagten sich eben mit der griechischen Grammatik und waren, wie ich vermute, nicht sehr ärgerlich darüber, unterbrochen zu werden.

„Großpapa ist noch nicht da," sagte einer der Knaben, und der Lehrer fügte hinzu, daß Seine Durchlaucht sich keiner guten Nachtruhe erfreut habe und das Frühstück infolgedessen ein wenig verschoben worden sei. Gleichwohl dauerte es nicht lange, bis die Thüren geöffnet wurden; Diener kamen und

---

[1]) Das obenstehende Interview fehlt in meinem Werke: „Fürst Bismarck. Neue Tischgespräche und Interviews", Bd. I und II. Im Hinblick auf die über Transvaal gefallenen Aeußerungen erscheint dieses Interview heute besonders interessant.

gingen, Dr. Chrysander erschien, der ein gewichtiges Packet von Briefen und Zeitungen trug, und man sagte uns, daß Fürst Bismarck sich bereits im Salon befinde und das Frühstück angerichtet sei.

Es ist fast ein Jahr, seitdem ich Deutschlands großen Kanzler zum letztenmal gesehen, er ist aber in seiner äußern Erscheinung in diesem Zeitraume gewiß nicht gealtert. Sein Gesicht zeigt dieselbe gesunde Farbe wie früher, und ungetrübt blitzt noch aus seinen großen blauen Augen das alte Feuer. Nur die Neuralgie, an welcher er so lange leidet, scheint in der letzten Zeit akuter geworden zu sein, denn ich bemerkte, daß er hie und da seine Hand auf die linke Wange legte, als ob er den Schmerz mit der Wärme der Handfläche mildern wollte. Das währte aber nicht lange, und in den Zwischenpausen der Erleichterung kehrte sein heller Humor schnell wieder und damit sein lebendiges Interesse und seine Anteilnahme an jedem Gegenstande des Gespräches. „Welchen Wein sollen wir trinken?" — eine wichtige Frage in einem so gastlichen Hause, aber von geringer Bedeutung für einen begierigen Mann, dessen armer Kopf voll von politischen Fragen und von der Furcht bedrückt ist, sie zu stellen. „Gut, es soll meinetwegen Dürkheimer sein."

„Dürkheimer ist ein Wein aus der Pfalz, und diese Weine sind wirklich excellent, obgleich ziemlich stark," sagte Fürst Bismarck, freundlich die Konversation in liebenswürdigster Laune beginnend. „Früher wußte ich wenig von ihnen, obwohl ich stets von Weinen im allgemeinen einige Kenntnis hatte. Jetzt aber, wo eine so enorme Auswahl von feinen Weinen mir als Geschenke gesendet wurden, brauche ich nicht länger mein eignes Urteil zu üben und denke, meine Freunde werden den Vorteil der Auswahl genießen. In Frankfurt pflegten wir badische Weine, Affenthaler und Markgräfler zu trinken, sie waren in jenen Tagen wirklich billig. Ein Wein erster Güte pflegte nur einen Gulden die Flasche zu kosten und der Durchschnittstafelwein ungefähr achtzehn Gulden per hundert Liter. Ich pflegte auch Zigarren zu rauchen, welche denselben Betrag per Tausend kosteten, aber nur eine im Tage," fügte der Fürst launig hinzu, „als eine Art Erinnerung, daß wir sterblich sind, wie der östliche Potentat, der immer das Bild des Todes vor sich hatte."

Wie gerne wäre ich noch stundenlang gesessen, um diesen köstlichen Reminiscenzen zu lauschen, aber ich hatte meine Pflicht zu erfüllen, und die brennenden Fragen der Politik warteten noch unbehaglich im Hintergrunde. Und doch, wer würde es wagen, den Gang der Konversation mit dem Eisernen Kanzler zu beeinflussen? Glücklicherweise machte jemand die Bemerkung, daß wir alle heutzutage bis zum Uebermaß reisen, und daß das Nervensystem dies schließlich zu bezahlen hat. Schweninger, der Arzt des Fürsten zum Beispiel, lebt buchstäblich in den Eisenbahnwaggons. „Jawohl, Schweninger," bemerkte Fürst Bismarck heiter, „aber er ist, wissen Sie, als Felsen geboren."

Das war eine glückliche Wendung des Gesprächs, denn der Uebergang vom Reisen zu den verschiedenen Ländern und deren politischen Wirren ist meistens ein natürlicher. So gelangten wir langsam zu Armenien, Kreta, Aegypten und selbst so weit wie zum Kap der guten Hoffnung und der Südafrikanischen Republik — der ausgezeichnete Dürkheimer, die lange Pfeife und eine duftende Zigarre hielten unsre Gesellschaft auf dem ganzen Wege fest.

*

England und Deutschland, ihre Berührungspunkte und ihr Widerstreit in der Gegenwart und in der Zukunft, das ist gewiß ein bedeutsamer Gegenstand der Erörterung für den Frühstückstisch, aber für den Moment auch ein recht heikler. Die streitbare und aggressive deutsche Auffassung über diesen Gegenstand wird konstant vom Lieblingsorgan des Fürsten Bismarck, den „Hamburger Nachrichten", dem deutschen Publikum vorgehalten, welche, wie man wohl annehmen darf, die Ansichten des Fürsten vertreten (und mehr oder weniger jene der enormen Zahl von Deutschen, die noch immer blindlings Bismarcks Diktum über solche Fragen acceptiren). Aber es giebt einen bedeutenden Unterschied zwischen Bismarcks persönlichen Ansichten über die Fragen der auswärtigen Politik und deren Behandlung von seiten der deutschen Zeitungen, zwischen ihrer leidenschaftlichen und zuweilen sogar beißenden Art und seiner Leidenschaftslosigkeit, seiner kühlen Abschätzung von Dingen und Personen. So bleibt der Fürst, während seine journalistischen Organe über die verlogene englische Politik und die verlogene englische Presse eifern, kalt. Er schätzt es gering, daß Deutschland sich allzusehr über Dinge erhitzt, durch welche die deutschen Interessen nur entfernt berührt werden. Hie und da mag er sich wohl in einer kaustischen, beißenden Bemerkung über eine englische, aber ebenso über eine deutsche Persönlichkeit der Oeffentlichkeit ergehen, aber so weit es England und Deutschland betrifft, ist er stets gegen ein allzu heftiges Schwingen des Pendels nach der einen oder der andern Seite hin: „Nicht zu sehr schimpfen, nicht zu sehr loben," das ist sein Grundton. Ein Mitglied der Gesellschaft erwähnt die jüngst gefallene Aeußerung des Kaisers: „Blut ist dicker als Wasser." „Ja, das mag sein," sagt Fürst Bismarck, „jedenfalls ist Blut eine zähe Flüssigkeit; ich kann mich aber nicht erinnern, daß Blutsverwandtschaft jemals einer Fehde das Tödliche genommen habe. Die Geschichte erzählt uns, daß keine Kriege so grausam waren, als jene zwischen Völkern derselben Rasse: Zeuge dessen die Gehässigkeit, die in den Bürgerkriegen zu Tage tritt."

Das Gespräch wird allgemein. Ich erlaube mir, Seiner Durchlaucht zu bemerken, in England sei der Verdacht sehr verbreitet — obwohl er wahrscheinlich von vielen maßgebenden Personen nicht geteilt wird —, daß es deutsche Intriguen waren, die im Hintergrunde der Transvaal-Angelegenheit mitgespielt, daß ich von einer sehr einflußreichen Persönlichkeit vor meiner Abreise einen

Brief erhielt, der dies zum Ausdruck brachte, daß ich seither in Berlin eine beträchtliche Anzahl von hervorragenden Journalisten und Politikern, darunter Herrn v. Bennigsen, Prinz Carolath, Professor Delbrück und andre gesprochen und daß diese, einer wie der andre, sich über diese Anschauung lustig machten. Die Ansichten über das Telegramm des Deutschen Kaisers an den Präsidenten Krüger variirten in Hinsicht auf dessen Zweckmäßigkeit. Aber ich habe nicht einen einzigen Menschen in Berlin oder anderwärts getroffen, der etwas gegen die Empfindung einzuwenden hätte, die es ausdrückte. Hier bemerkte Fürst Bismarck, ohne eine Ansicht über die Opportunität des Kaiserlichen Telegramms auszusprechen, einfach: „Das Telegramm des Kaisers hätte dem Präsidenten Krüger mit Schicklichkeit und Anstand von der englischen Regierung selbst geschickt werden können.“ Darauf sagte einer der Anwesenden, daß er neulich hervorragende Amerikaner gesprochen habe, die ihn versicherten, daß in Amerika, namentlich bei der Geistlichkeit und der Lehrerwelt, eine mächtige Strömung vorherrsche, die dem Präsidenten Krüger in enthusiastischer Weise Beifall spende und über die verschiedenen Versuche empört sei, die gemacht wurden, ihn einzuschüchtern oder sein hochherziges Vorgehen gegenüber den Johannesburger Gefangenen zu verkleinern. „Ich weiß nicht, ob Präsident Krüger irgend welche Unterstützung, sei es von deutscher oder von anderer Seite bedarf,“ entgegnete Fürst Bismarck in seinem ruhigen, überzeugenden Tone. „Es war ganz einfach ein Einbruchsversuch oder Seeräuberei, und sollte es zum Schlimmsten kommen (worunter ich verstand, sollten in gewissen Kreisen Gewaltmaßregeln die Oberhand bekommen), so kann man sich, glaube ich, darauf verlassen, daß die Boers, welche eiserne Naturen, dabei von phlegmatischem Temperament sind und gute Schützen obendrein, ihre Unabhängigkeit verteidigen werden.“ Auf die Bemerkung, daß Präsident Krüger bisher besser als seine Gegner weggekommen, sagte der Fürst: „Das war nicht sehr schwierig, wenn man bedenkt . . . und die Klarheit seiner Sache.“ Als sich dann die Konversation andern Gegenständen zuwendete, erlaubte ich mir, den Fürsten zu fragen, ob er glaube, daß Deutschland, wie ich dies behaupten gehört, auf Veranlassung Italiens die Engländer gedrängt habe, die Eroberung des Sudans zu unternehmen. Das verneinte der Fürst entschieden; er verharrt unveränderlich bei seiner Meinung, die er so oft ausgesprochen, daß Deutschland an diesen Angelegenheiten geringes Interesse habe, und die offene, freimütige Art, in der er hinzufügte, daß die Engländer zumindest die Ordnung in Aegypten hergestellt haben, hätte mich, wenn ich dessen bedurft hätte, überzeugt, daß, was immer seine Meinung sei, er frei von jener kleinlichen Animosität gegenüber England ist, die ihm so oft imputirt wurde.

„Was Kreta anbetrifft, so kann ich Sie versichern,“ sagte der Fürst, „daß ich an dieser Insel weniger Interesse nehme, als an irgend einem kleinen Erdhaufen in meinem Garten. Die Kretenser sind, wie ich glaube, leicht ab-

geschätzt (lightly taxed), und unter normalen Bedingungen sollten sie sich weit besser unter türkischer als eventuell unter griechischer Herrschaft befinden. Was der Sultan nötig hat, das sind gute Diener und vor allem Festigkeit. Die Türkei hat schon viel schwerere Krisen als die gegenwärtige durchgemacht, aber es bedarf außerordentlicher Fähigkeiten, um mit einer solchen fertig zu werden."

Als ich Friedrichsruh verließ und die Eindrücke zusammenfaßte, die ich dort sowie früher in Berlin über die Frage England, Deutschland und Transvaal empfangen, drängten sich mir folgende Konklusionen unwiderstehlich auf: Fürst Bismarck ist noch immer wie sonst der treueste und mächtigste Ausdruck der deutschen Volksseele, namentlich was auswärtige Fragen anbelangt. Mit Ausnahme einiger Kolonialfanatiker hat niemand in Deutschland jemals davon geträumt, daß dieses sich Englands Position in Südafrika aneigne, und es ist unwahrscheinlich, daß die Spur eines dokumentarischen Beweises dafür existire, welcher das Gegenteil hiervon bezeugen würde. Das will aber nicht sagen, daß die deutsche Regierung nicht fortfahren wird, ihren ganzen diplomatischen Einfluß aufzubieten, um eine abermalige Verletzung der Unabhängigkeit der Transvaalrepublik, in welcher viele Deutsche ihren Sitz haben und viel deutsches Kapital investirt ist, zu verhindern. Die deutschen Gefühle für die Boers sind hauptsächlich Empfindungen der Sympathie für Männer, die in unverantwortlicher Weise angegriffen und in ihrer Unabhängigkeit bedroht wurden. Und die Deutschen verlangen, wie man mir wiederholt versicherte, dieselbe Freiheit im Ausdrucke ihrer Neigungen, welche die Engländer stets zu Gunsten der Italiener, Polen, Ungarn, Armenier und anderer angeblich unterdrückter Nationen forderten. Es kann auch nicht leicht bestritten werden, daß auch Neid gegenüber England in diesem Ausbruche deutscher Reizbarkeit mitspielt, und dies besonders, seitdem der Austausch von Sansibar gegen Helgoland unter deutschen Politikern fast jeder Partei die Empfindung zurückgelassen, daß Deutschland in dieser Sache von Lord Salisbury übervorteilt (jockeyed) worden sei.

Die vorherrschende Ansicht in Deutschland über Mr. Cecil Rhodes, die, wie ich glaube, vom Fürsten Bismarck geteilt wird, ist, daß er ein gewandter Effektenmanipulant ist, dessen Methode in Falschheit und Bestechung im großen Maßstabe besteht und demgegenüber die englische Regierung bis zum heutigen Tage eine Haltung einnahm, die den Verdacht der Mitwissenschaft oder zum mindesten der Furcht vor ihm erweckt. Die Deutschen sind einigermaßen über den Gedanken belustigt, daß man ihn als Champion der britischen imperialistischen Idee acceptirt (und ich denke, Fürst Bismarck stimmt in den Chor der Heiterkeit ein), denn sie sind genau davon unterrichtet, daß der schlaue Gentleman vor nicht langer Zeit der irischen Nationalistenpartei einen Check auf 10000 Pfund gab, einer Partei, deren Ziel seither von einer großen Majorität des englischen Volkes als stark anti-imperialistisch erklärt wurde. Ich will, obwohl ich mich hierfür nicht auf direkte Autorität berufen kann,

hinzufügen, daß ich guten Grund habe, zu glauben, daß Fürst Bismarck niemals die ihm so oft von radikalen englischen Blättern zugeschriebene Bemerkung gemacht habe, daß Lord Salisbury eine Holzplatte sei, bemalt, um wie Eisen auszusehen. Im Gegenteil, ich glaube, die politischen Talente des englischen Staatssekretärs des Auswärtigen werden in der Nachbarschaft von Friedrichsruh hoch geschätzt. Aber obwohl Lord Salisbury als feine Klinge (fine blade) betrachtet wird, mag doch die Vermutung bestehen, daß Fürst Lobanow eine noch feiner gehärtete Klinge ist (of a plus fine trempe encore).

Curae secundae.

Curae secundae.

In dem vierten Bande des „Bismarck-Portefeuilles“ werden Mitteilungen aus den Unterhaltungen des Fürsten Bismarck mit dem englischen Maler Sir William Richmond gemacht, der sich im November 1887 eine Woche lang als Gast des Fürsten in Friedrichsruh befand, um sein Bild zu malen. In Briefen an seine Angehörigen schildert Richmond dieses für ihn unvergeßliche Erlebnis. Dem Inhalt dieser Briefe vindizirt die Wiener „Neue Freie Presse“ in der Nr. 12449 vom 20. April 1899 eine besondere Merkwürdigkeit. Eben jetzt, angesichts der zeitweiligen deutsch-englischen Entfremdung wegen des Samoa-Konflikts sei es — so meint die „Neue Freie Presse“ — von unmittelbarster Aktualität, zu erfahren, wie Bismarck sich dem britischen Gaste gegenüber in wiederholten Gesprächen über England äußerte. — „Das wenigste, was England thun könnte,“ sagte er eines Abends, „wäre, seine Flotte nach dem Mittelmeer zu schicken und Italien zu unterstützen, dessen wir als Bundesgenossen sicher sind .... Die Franzosen sind glücklich daran, daß zwischen Ihnen und Frankreich das Meer liegt. Wenn die Franzosen könnten, würde ihre Eitelkeit sie verleiten, die ganze Welt zu bekämpfen. Frankreich wird niemals zur Ruhe kommen. Sie lieben die Abwechselung und Aufregung, neue Regierungen zu bilden. Ich wünsche Frieden für Deutschland; um diesen zu haben, müssen wir gerüstet sein.“ An einem anderen Abend führte Bismarck das Thema von dem Verhältnis zwischen Deutschland und England näher aus. „Die natürliche Allianz,“ äußerte er, „ist die zwischen unseren beiden Ländern und Italien. Diese drei Mächte können, wenn auf festem Kriegsfuß, den Frieden Europas gegen Rußland und Frankreich aufrecht erhalten. Ich wünsche von ganzem Herzen, daß wir Englands für den Fall eines Krieges sicher wären. Wenn Europa zweifellos wüßte, daß England, Deutschland und Italien eng verbündet sind, so wäre der Friede gesichert. Vor 45 Jahren traf ich verschiedene Engländer an Bord eines Dampfschiffes. Wir tranken und toasteten. Mein Toast war: Eine Armee für Preußen und eine Flotte für England, und wir werden der Welt trotzen. Das sind noch heute meine Ansichten im Interesse des Weltfriedens.“ Mit der nicht durch anderweitige Aeußerungen Bismarcks, sondern durch seine Trabanten in Umlauf gekommenen Tradition stehen diese Aussprüche in offenbarem Widerspruch, fügt das genannte Blatt hinzu. Es sei jedenfalls durch

diese Bemerkungen des Fürsten ein neues Licht auf seine Gesinnung gegen England gefallen.

Bei Aufnahme der Bismarckschen Gespräche mit dem Maler Richmond hat mir die Erwartung fern gelegen, daß dieselben jetzt nach 11 Jahren ad usum der Tagespolitik verwendet werden würden. Ich glaubte dem durch den Vorbehalt vorgebeugt zu haben, den ich an die Spitze der Richmondschen Wiedergabe stellte, nämlich „daß ich begründete Zweifel hegte, ob derselbe den Fürsten überall richtig verstanden habe". Gerade die von der „Neuen Freien Presse" hervorgehobenen Stellen rechne ich unter die Mißverständnisse, da sie sich in keiner Weise in das politische System Bismarcks einfügen lassen. Bismarcks Auffassung der englischen Politik und Bündnisfähigkeit geht so klar aus der von ihm befolgten Politik hervor, daß es sich für mich erübrigt, die Notizen Richmonds zu korrigiren. Auf eine so unstäte und von parlamentarischen Rücksichten oder wechselnden Strömungen der öffentlichen Meinung beeinflußte Politik, wie die englische, können wir unsererseits keine bestimmten Pläne bauen, müssen uns vielmehr feste Allianzen auf dem Kontinente sichern. Die Bemerkung, welche die Nr. 193 der „Kreuz-Zeitung" in dieser Hinsicht macht, entspricht meiner eigenen Auffassung. In die Realpolitik Bismarcks passen die gutgemeinten Richmondschen freien Variationen des von ihm Gehörten ebensowenig, als die Anfangs Januar dieses Jahres von Herrn von Schlieben in der Kölner Wochenschrift „Das neue Jahrhundert" erschienenen, jetzt als eine Fälschung erwiesenen Gespräche Bismarcks mit Lothar Bucher über Oesterreich.

Der Name L. Bucher scheint für alle diejenigen, die nach berühmten Mustern (Bettina v. Arnim) mit Bismarck krebsen gehen wollen, einen besonderen Reiz zu haben, und eben darum erscheint jede nicht absolut verbürgte Bismarck-Publikation, die Bucher als Aushängeschild benutzt, von vornherein verdächtig. Nach neuerer Prüfung und infolge der inzwischen publizirten Klarstellungen trifft dieses Epitheton auch den Aufsatz „Aus Bismarcks Leben" im Portefeuille, den ich nicht aufgenommen haben würde, wenn mir vor der Drucklegung alle näheren Details bekannt gewesen wären.

Das in Band IV des „Bismarck-Portefeuilles" S. 189 dem Fürsten Herbert Bismarck zugeschriebene Telegramm an den Kaiser, welches ich nach der seinerzeit von verschiedenen Zeitungen gegebenen Version abgedruckt, beruht auf einer willkürlichen Erfindung, die weder nach Form noch Wortlaut dem wirklichen Telegramm entspricht.

Personen-Register
zum IV. und V. Bande.



